

WESTFÄLISCHE
WILHELMS-UNIVERSITÄT
MÜNSTER

Beiträge zur Geschichte des Arbeiter- Samariter-Bundes von seiner Gründung (1888) bis zu seinem Verbot (1933)

Hartwig Hawerkamp

Arbeiterkulturorganisationen

Gesundheitsdienst

Arbeiter-Samariter-Bund

Sozialdemokratie

Erste-Hilfe-Organisation

DRK

Aus dem Universitätsklinikum Münster

Institut für Ethik, Geschichte und Theorie der Medizin

Geschäftsführende Direktorin: Univ.-Prof. Dr. Bettina Schöne-Seifert

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DES ARBEITER-SAMARITER-BUNDES
VON SEINER GRÜNDUNG (1888) BIS ZU SEINEM VERBOT (1933)

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung des doctor medicinae
der Medizinischen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vorgelegt von Hartwig Hawerkamp

aus Lienen

2012

Gedruckt mit Genehmigung der Medizinischen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Dekan: Univ.-Prof. Dr. med. Wilhelm Schmitz

1. Berichterstatter: Univ.-Prof. Dr. med. Hans-Peter Kröner

2. Berichterstatter: Univ.-Prof. Dr. med. Thomas Prien

Tag der mündlichen Prüfung: 20.6.2012

Aus dem Universitätsklinikum Münster
Institut für Ethik, Geschichte und Theorie der Medizin
Geschäftsführende Direktorin: Univ.-Prof. Dr. Bettina Schöne-Seifert
Referent: Univ.-Prof. Dr. med. Hans-Peter Kröner
Korreferent: Univ.-Prof. Dr. med. Thomas Prien

ZUSAMMENFASSUNG

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DES ARBEITER-SAMARITER-BUNDES VON SEINER ENTSTEHUNG (1888) BIS ZU SEINEM VERBOT (1933)

Hawerkamp, Hartwig

Das Wirken des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) vor dem Zweiten Weltkrieg ist in nur wenigen Publikationen dargestellt worden. Anhand des von mir aufgefundenen und ausgewerteten gedruckten und ungedruckten Quellenmaterials kann dies in der ASB-Historiographie vervollständigt werden.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung in der Weimarer Zeit in einen revolutionären und einen reformistischen Teil fand ihren Niederschlag auch in der politischen Ausrichtung der einzelnen Arbeiter-Samariter-Gruppierungen. Die anhaltende Unnachgiebigkeit der sozialdemokratisch-reformistischen Ausrichtung des ASB-Bundesvorstandes gegenüber linksorientierten Mitgliedern führte zur Gründung einer separaten, oppositionellen Arbeitersamariter-Organisation, den Proletarischen Gesundheitsdienst (PGD). Die Aufarbeitung wenig veröffentlichten Materials über den PGD als der Arbeitersamariter-Organisation, die sich den sozialistischen Ursprungsidealen verpflichtet fühlte, soll den Kenntnisstand über dessen Wirken anreichern. Durch die Gegenüberstellung der Zeitzeugenberichte von ASB-Mitgliedern, die ihre proletarische Sanitätsarbeit jeweils im Kontext reformistischer oder revolutionärer Zielsetzungen verstanden, werden die Auswirkungen der Spaltung in der politischen Arbeiterbewegung im Großen auf den ASB im Kleinen beschrieben.

Sowohl Angebote fachbezogener Mitwirkung des reformistisch orientierten ASB-Vorstandes an die nationalsozialistischen Machthaber als auch Hinweise auf ihr beharrliches Streben um die „Reinheit“ der Organisation konnten das Verbot nicht verhindern.

Tag der mündlichen Prüfung: 20.6.2012

Eidesstattliche Erklärung

Ich gebe hiermit die Erklärung ab, dass ich die Dissertation mit dem Titel:

Beiträge zur Geschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes von seiner
Gründung (1888) bis zu seinem Verbot (1933)

im Universitätsklinikum Münster, Institut für Ethik, Geschichte und
Theorie der Medizin

unter Anleitung von Herrn Prof. Dr. Hans-Peter Kröner

1. selbständig angefertigt,
2. nur unter Benutzung der im Literaturverzeichnis angegebenen
Arbeiten angefertigt und sonst kein anderes gedrucktes oder un-
gedrucktes Material verwendet,
3. keine unerlaubte fremde Hilfe in Anspruch genommen,
4. sie weder in der gegenwärtigen noch in einer anderen Fassung
einer in- oder ausländischen Fakultät als Dissertation, Semester-
arbeit, Prüfungs-arbeit, oder zur Erlangung eines akademischen
Grades, vorgelegt habe.

Bielefeld, 20.06.2012

(Hartwig Hawerkamp)

Hartwig Hawerkamp

**Beiträge zur Geschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes
von seiner Gründung (1888) bis zu seinem Verbot (1933)**



WESTFÄLISCHE
WILHELMS-UNIVERSITÄT
MÜNSTER

Wissenschaftliche Schriften der WWU Münster

Reihe V

Band 4

Hartwig Hawerkamp

**Beiträge zur Geschichte des Arbeiter-
Samariter-Bundes von seiner Gründung
(1888) bis zu seinem Verbot (1933)**

Wissenschaftliche Schriften der WWU Münster

herausgegeben von der Universitäts- und Landesbibliothek Münster

<http://www.ulb.uni-muenster.de>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Buch steht gleichzeitig in einer elektronischen Version über den Publikations- und Archivierungsserver der WWU Münster zur Verfügung.

<http://www.ulb.uni-muenster.de/wissenschaftliche-schriften>

Hartwig Hawerkamp

„Beiträge zur Geschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes von seiner Gründung (1888) bis zu seinem Verbot (1933)“

Wissenschaftliche Schriften der WWU Münster, Reihe V, Band 4

© 2012 der vorliegenden Ausgabe:

Die Reihe „Wissenschaftliche Schriften der WWU Münster“ erscheint im Verlagshaus Monsenstein und Vannerdat OHG Münster

www.mv-wissenschaft.com

ISBN 978-3-8405-0070-1 (Druckausgabe)

URN urn:nbn:de:hbz:6-39389500393 (elektronische Version)

direkt zur Online-Version:

© 2012 Hartwig Hawerkamp

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Petra Frank, Bielefeld

Umschlag: MV-Verlag

Druck und Bindung: MV-Verlag



INHALTSVERZEICHNIS

I.	EINLEITUNG	1
I.1.	Forschungsstand	1
I.2.	Quellenlage	5
I.3.	Zielprojektion	6
II.	RAHMENBEDINGUNGEN, DIE ZUR ENTSTEHUNG DES ASB BEITRUGEN	9
II.1.	Die industrielle Revolution in ihrer zweiten Phase	9
II.2.	Auswirkungen des Industriebooms auf die Gesundheit und die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft	11
II.3.	Sozialdemokratie und Gewerkschaften wurden die tragenden Säulen der politischen Arbeiterbewegung	14
II.4.	Entstehung und Verbreitung der Arbeiter-Kultur-Bewegung	21
II.5.	Gründung und Wirken des von Esmarch'schen „Deutschen Samariter-Vereins“ (DSV)	26
II.6.	Das Rote Kreuz und der zivile Sektor im ausgehenden 19. Jahrhundert	31
II.7.	Interessenkonflikte bei der Entwicklung und Installierung eines kommunalen Rettungswesens am Beispiel der Stadt Berlin	36
III.	VORGESCHICHTE UND GRÜNDUNG DES ASB	45
III.1.	Ein Unfallereignis in Berlin lässt Bauarbeiter zur Selbsthilfe greifen	45
III.2.	Die Entwicklung des Arbeiter-Samariter-Bundes bis zum Ersten Weltkrieg	53
III.3.	Der Arbeiter-Samariter-Bund während der Kriegsjahre	60
III.4.	Die politische Situation der sozialistischen Arbeiterbewegung während der revolutionären Nachkriegsphase	68
III.5.	Die Durchsetzung der reformistischen Orientierung der ASB- Führung in den ersten Nachkriegsjahren	73
III.6.	Der Proletarische Gesundheitsdienst (PGD) als Bewahrer sozialistischer Arbeiter-Samariter-Ideale und der Konflikt mit der ASB-Führung	86
III.6.1.	Gründung und Programmatik des PGD	86
III.6.2.	Ausbreitung des PGD über Berlin hinaus	91
III.6.3.	Erster Bundestag des PGD	95

III.6.4.	Ärzte des PGD	98
III.6.5.	Aktivitäten des PGD	101
III.6.6.	Zweiter Bundestag des PGD 1924	109
III.6.7.	Das Verhältnis des PGD zum RFB und zum Reichsbanner Schwarz-Rot- Gold	112
III.6.8.	Der Kampf des PGD um den Verbleib im Berliner Arbeiter- Sport-Kartell	116
III.6.9.	Das Scheitern der Vereinigungsverhandlungen zwischen PGD und ASB	121
III.6.10.	„Linksabweichler“ erschweren die „Einheitsfront“-Politik	131
III.6.11.	Der Kampf des PGD um die Wiederaufnahme in den ASB	141
III.7.	Der ASB in der Weimarer Zeit	150
III.7.1.	Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik	150
III.7.2.	Die Entwicklung des ASB zur Wohlfahrtsorganisationen während der Weimarer Jahre	161
III.7.3.	Massenausschlüsse oppositioneller Arbeiter-Samariter durch den ASB-Bundesvorstand nahmen zu	189
III.7.4.	Anpassungsmanöver der ASB-Führung gegenüber der erstarkenden nationalsozialistischen Bewegung	200
III.7.5.	Verbot des ASB und Gleichschaltung mit dem „Roten Kreuz unter nationalsozialistischer Leitung“	205
IV.	GEGENÜBERSTELLUNG DER AKTIVITÄTEN DER BERGISCHEN KOMMUNISTISCHEN UND DER OLDENBURGISCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITER-SAMARITER	214
IV.1.	Die frühe Linkswendung als regional-politische Besonderheit der Bergischen Arbeiterschaft	214
IV.2.	Ausschluss des oppositionellen ASB-Kreises V	223
IV.3.	Gründungsversuche „neutraler“ Arbeitersamariter im Bezirk 12	236
IV.4.	Lebenserinnerungen oppositioneller Arbeiter-Samariter der Kolonnen Solingen und Wermelskirchen	239
IV.5.	Bergische Arbeiterschaft im Widerstand am Beispiel Solingens	247
IV.6.	Lebenserinnerungen oppositioneller Arbeitersamariter aus dem Bergischen an die Zeit der nationalsozialistischen Machtübernahme	252

IV.7.	Die regionalen Besonderheiten der Städte Rüstingen und Wilhelmshaven mit ihren Auswirkungen auf die lokale Arbeiterbewegung	261
IV.8.	Der ASB-Rüstingen als Beispiel für die Tätigkeit einer sozialdemokratisch-reformistisch ausgerichteten Samariterkolonne	264
IV.9.	Lebenserinnerungen Rüstinger Arbeitersamariter	272
IV.10.	Auswirkungen der neuen Machtverhältnisse in Rüstingen/Wilhelmshaven auf die Arbeiterbewegung vor Ort	284
IV.11.	Lebenserinnerungen Rüstinger Arbeiter-Samariter an die Zeit des ASB-Verbots	288
IV.12.	Lebenserinnerungen einzelner Altsamariter aus Bielefeld, Hamburg und Berlin	292
V.	ABKÜRZUNGS-, QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	303
V.1.	Abkürzungsverzeichnis	303
V.2.	Quellenverzeichnis	306
V.2.1.	Verzeichnis der interviewten Arbeitersamariter	306
V.2.2.	Nicht publizierte Quellen	307
V.3.	Literaturverzeichnis	319

DANKSAGUNG

Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Richard Toellner, emeritierter Direktor des Institutes für Ethik, Geschichte und Theorie der Medizin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, der mich durch seine geduldige Unterstützung immer wieder ermunterte, neben meiner beruflichen ärztlichen Tätigkeit beharrlich meine Arbeit zu vervollständigen. Mit seiner selbstlosverantwortlichen Art übertrug er die weitere Betreuung der Arbeit seinem Nachfolger, Herrn Prof. Dr. Hans-Peter Kröner. Dieser organisatorische Brückenschlag und die Geduld und Zuversicht, die mir daraufhin Herr Kröner entgegenbrachte, führten schließlich zur zügigen Fertigstellung dieser Arbeit.

Im Rahmen der Zeitzeugeninterviews empfand ich viel menschliche Anteilnahme und Dankbarkeit, die schlichte, selbstlose, aber politisch wache Einstellung der um die Jahrhundertwende geborenen Generation erleben zu dürfen. Mit Bewegung und großem Bedauern musste ich die wiederkehrenden, unvermeidlichen Nachrichten über das Ableben vieler meiner Interviewpartner zur Kenntnis nehmen.

Darüber hinaus bin ich den Herren Stefan Appelius, Stefan Hoffmann sowie Hermann Stamerjohann und Herrn Friedel zu besonderem Dank verpflichtet. Herr Appelius ermöglichte mir durch seine privaten Kontakte die Durchführung der Interviews mit den Wilhelmshavener ASB-Veteranen, darüber hinaus stellte er mir selbstlos sein privates Archivmaterial zur Arbeiterbewegung dieser Region zur Verfügung. Herr Hoffmann gab mir durch seine umfangreichen und detaillierten Kenntnisse als Mitglied der Geschichtskommission des ASB wertvolle Hinweise. Herr Stamerjohann aus Hamburg und Herr Friedel aus Erlangen waren aufgrund meiner Suchanzeigen im „Vorwärts“ sofort bereit, mir ihr vielfältiges Material anzubieten.

Ohne die großzügige Bereitstellung des Archivmaterials der Staatsarchive Hamburg, Düsseldorf, Bremen und Münster sowie der Stadtarchive Solingen, Remscheid und Flensburg wäre die Arbeit in diesem Umfang nicht möglich geworden.

Die Historikerin des ASB-Bundesarchivs, Frau Birgitta Frucht, war dankenswerterweise ohne große Umstände bereit, mir in das Material des ASB-Archivs in Köln Einblick zu gewähren. Nicht zuletzt bin ich Frau Petra Frank zu großem Dank verpflichtet, die mich bei der computertechnischen Bearbeitung und Formatierung meiner Arbeit in erheblichem Maß unterstützte. Schlussendlich möchte ich mich bei allen, die diese Arbeit Korrektur gelesen haben, bedanken.

Hartwig Hawerkamp

I. EINLEITUNG

I.1. Forschungsstand

Im Gegensatz zu der Vielzahl kritischer Publikationen über das Wirken des Deutschen Roten Kreuzes in der Weimarer Republik und insbesondere über seine Rolle bei der vorsätzlichen Wandlung von einer zivilen Wohlfahrtsorganisation zur nationalsozialistischen Sanitätsorganisation ist die Aufarbeitung der Geschichte des ASB als proletarisches Pendant mit sozialistischen Wurzeln eher nachgeordnet betrieben worden.¹ Das mag daran liegen, dass der ASB in seiner Blütezeit gerade etwas über 52.000 Mitglieder in 1.574 Kolonnen zählte, während das Rote Kreuz 1932 1.433.169 Mitglieder mit 132.023 aktiven Sanitätsmitgliedern in 3.558 Kolonnen verzeichnete und somit der ASB die deutlich kleinere Samariterorganisation darstellte.²

Die umfassendste, an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtete Arbeit, die die Geschichte des ASB als Gesamtorganisation in dem Zeitraum seiner Entstehung bis zum Verbot 1933 wiedergibt, ist auf bundesrepublikanischer Seite von Alfons Labisch erstellt worden.³ Es folgen z.T. bisher unveröffentlichte Darstellungen des ASB jener Zeit von Stefan Hoffmann⁴ und Hartwig Hawerkamp⁵. Mit dem Wirken regionaler ASB-Kolonnen beschäftigten sich Konrad

¹ So sind in den 1970er und 1980er Jahren einige medizinhistorische Publikationen erschienen, die die Verzahnung des Roten Kreuzes mit dem nationalsozialistischen Regime und damit deren kriegsfördernde Wirkung herausstellen. Augenfällig ist, dass erst in den letzten Jahren die Tätigkeit des Roten Kreuzes während des Nationalsozialismus bei anscheinend wenig Eigeninteresse der Organisation in den Mittelpunkt des historischen Interesses gelangt. Vgl. auch Seithe 1992.

² Die DRK-Schwesternverbände zählten 9.789 Mitglieder. Vgl. Seithe 1992, S. 11. Im ASB waren 1932 52.362 Arbeitersamariter in 1.574 Kolonnen organisiert. Vgl. ASB im Überblick, 1919-1933: http://alt.asb.de/data/navigationoben/asbimueberblick/geschichte/geschichte2_167.htm?animate=false. Die Weimarer Republik, ASB e.V., zuletzt aufgerufen am 10.8.2011. Vgl. auch Labisch 1983, S. 21.

³ Labisch 1979, S.145-166. Weitere Veröffentlichungen zur Geschichte des ASB: Labisch 1977, S. 11-26. Labisch 1980, S. 31-36.

⁴ Hoffmann 1985, 28 S.

⁵ Hawerkamp 1984, 16 S.

Beck⁶, Stefan Appelius/Olaf Bartsch⁷ und Stefan Appelius/Bernd Feuerlohn⁸ sowie Jutta de Jong⁹, wobei jeweils die Entwicklung der Gesamtorganisation gestreift wird.

Zum 100jährigen Bestehen des ASB gab der damalige Bundesvorsitzende Wilhelm Müller 1988 ein reich illustriertes Werk heraus, in dem er anschaulich und anekdotenreich aus der Perspektive eines engagierten Funktionsträgers die vielfältigen Aktivitäten und die wechselvolle ASB-Historie der frühen Jahre nachfühlbar darstellt.¹⁰ Weiterhin liegt eine Vielzahl von Jubiläumsschriften regionaler Kolonnen vor, in denen auf den Zeitraum vor 1933 zumeist nur wenig eingegangen wird.

Im Gegenzug zu den von bundesdeutschen Autoren verfassten Darstellungen bemühte sich die Geschichtsschreibung der ehemaligen DDR ebenfalls, dieses Thema aus ihrer Sicht aufzuarbeiten und in den Kontext zu den politischen Auseinandersetzungen der damaligen Arbeiterbewegung zu stellen. Als wesentlichste Autorinnen und Autoren seien hier Gerd Moschke¹¹, Irena Winter¹² und Herbert Schwartze¹³ genannt. Allerdings werden bei deren Darstellungen das Wirken und die politische Ausrichtung des ASB im Wesentlichen an den Kriterien der „Politik der revolutionären Arbeiterklasse“ gemessen und erhalten somit ein starkes, die realen Verhältnisse oftmals verzerrendes Übergewicht zugunsten kommunistischer Zielvorstellungen in der Arbeitersamariterbewegung.

⁶ Beck 1986, S. 166-196. Becks Darstellung erscheint mir deshalb äußerst beachtenswert, da er durch seine detaillierten Nachprüfungen von Orten und Zeiten der Entstehungsgeschichte der Samariterbewegung in Berlin auch gleichzeitig einen bedeutenden (Korrektur-)Beitrag zur Entstehungsgeschichte des ASB insgesamt liefert, der ja seine Verbreitung von Berlin aus vornahm.

⁷ Appelius/Bartsch 1985. Eine umfassende Darstellung der politischen Verhältnisse gegen Ende der Weimarer Zeit und während der Machtübernahme in Wilhelmshaven beschreiben Appelius/Feuerlohn 1985.

⁸ Appelius/Feuerlohn 1985.

⁹ De Jong 1985.

¹⁰ Müller 1988. Müller brachte schon 1983 eine ASB-Chronik heraus, in der er auf ca. 35 Seiten auf die Entstehungs- und Frühgeschichte des ASB einging: Müller 1983.

¹¹ Moschke 1968; Moschke 1974; Moschke 1975; Moschke 1977 (1); Moschke 1977 (2).

¹² Winter 1968; Winter 1970.

¹³ Schwartze 1971; Schwartze 1977.

Ebenso geben die als Dissertationen verfassten Darstellungen der Aktivitäten der beiden großen ASB-Kolonnen Leipzig und Halle vor 1933 einen lebendigen, nachvollziehbaren Einblick in die Auseinandersetzungen um die Frage der politischen Ausrichtung.¹⁴ Von Alfons Labisch stammen ausführliche Arbeiten über die Gesundheitspolitik der frühen deutschen Sozialdemokratie¹⁵, während sich Irena Winter schwerpunktmäßig der Aufarbeitung der Politik der KPD auf gesundheitlichem Gebiet zuwandte¹⁶.

Bei Hartmann/Wunderer trifft man aus der Perspektive der Darstellungen einiger repräsentativer Arbeiterkulturorganisationen der Weimarer Zeit auch auf den ASB. Diese werden mit den Auswirkungen der polarisierten Auseinandersetzung der beiden großen Strömungen der Arbeiterbewegung anschaulich in Kontext gesetzt.¹⁷ In den Publikationen zur Geschichte der Medizin fand ich nur eine einzige Erwähnung des ASB¹⁸.

Ein umfangreiches, teilweise kaum veröffentlichtes Material fand ich in den Quellen der Staats-, Landes- und Regionalarchive. Wiederholt stößt man auf detaillierte Aufzeichnungen der damaligen Überwachungsorgane, die beispielsweise im Auftrag des „Preußischen Ministeriums des Inneren“ vor allem in den ersten Jahren der Weimarer Zeit Kenntnisse über die politische Zugehörigkeit, insbesondere eine vermutete kommunistische Einstellung von Einzelmitgliedern und Kolonnen, sammelten. Diese Informationen stammten entweder aus persönlichen Beobachtungen, Lageberichtsprotokollen oder bezogen sich auf Artikel aus den (über-)regionalen Ausgaben entsprechender Arbeiterzeitungen.

Nicht nur dieses vorhandene, sondern auch das durch die Neustrukturierung der Archive in den neuen Bundesländern offerierte Material dürfte anregende Ausblicke, die Arbeiter-Samariteraktivitäten auf regionaler Ebene detaillierter zu beleuchten, eröffnen. Ebenso sehe ich Forschungsbedarf in Bezug auf das Ver-

¹⁴ Moschke 1974; Moschke 1975.

¹⁵ Labisch 1976.

¹⁶ Winter 1967 (1); Winter 1967 (2).

¹⁷ Wunderer 1980.

¹⁸ Tutzke 1980, S. 207.

hältnis PGD-ASB, denn der PGD verfügte nicht nur in Berlin, sondern in vielen anderen Städten des Reiches, über eigene Kolonnen, die ihrerseits das Geschehen der Arbeiterbewegung vor Ort mitgestalteten. Ähnliches gilt für das Verhältnis DRK-ASB. Die monarchistisch-militaristische Einstellung des DRK implizierte eine rigoros antisozialistische Positionierung gegenüber dem lästig quirligen Konkurrenten mit seinen proletarischen Wurzeln, die zu einer unentwegten Diffamierung der ASB-Mitglieder führte, was bis dato einer gründlicheren Darstellung entbehrt.

Seit Beginn der 1990er Jahre sind bis heute nur noch wenige Publikationen über die Zeit des frühen ASB erschienen.¹⁹

¹⁹ So fanden sich bei der Recherche in der Deutschen Nationalbibliothek Potsdam folgende Veröffentlichungen: Beck 2000; Hermann 1999; Stoll 1998; 75 Jahre Ortsverband Neukölln, 1983, und einige regionale Jubiläumsschriften über die ASB-Kolonnen Rheinhessen, Erlangen, Nürnberg ohne nähere Angaben.

I.2. Quellenlage

Über die bereits genannte Literatur hinaus fand ich im Archiv des ASB-Bundesverbandes in Köln umfassendes und sorgsam zusammengetragenes Originalmaterial, das mir vorbehaltlos zur Verfügung gestellt wurde. Erfreulicherweise misst der ASB-Bundesvorstand der Aufarbeitung und laufenden Vervollständigung historischer Dokumente eine maßgebliche Bedeutung bei, denn das gut strukturierte Archiv wird seit 1992 durch eine hauptamtlich angestellte Historikerin²⁰ betreut. Hier stieß ich auf Kopien der ASB-Mitgliederzeitschrift selbst aus der Gründungszeit.

In den Staatsarchiven Hamburg, Düsseldorf, Münster und Oldenburg wurde ich durch veröffentlichte sowie unveröffentlichte Dokumente, die dieser Arbeit in Kopie als Anhang beigelegt sind, über die regionalpolitischen Besonderheiten der Arbeiterbewegung jener Epoche und deren Auswirkungen auf die dort ansässigen Arbeiter-Samariter-Kolonnen fündig. Herr Stamerjohann stellte mir Kopien von Artikeln aus den Arbeiterzeitungen, die den Konflikt der linken Arbeiter-Samariter, einschließlich des Organisationsbestehens des PGD, mit ihrer reformistischen Führung zum Inhalt hatten, zur Verfügung.

Herr Stefan Appelius aus Wilhelmshaven, der zu der Zeit meiner Recherchen seinen Zivildienst beim dortigen ASB absolvierte, stellte mir vorbehaltlos seine detailreichen Unterlagen über die regionalhistorische Entwicklung der dortigen Arbeiterbewegung, die er in seinem Privatarchiv laufend vervollständigte, zur Verfügung. Durch seine persönlichen Kontakte zu ASB-Altmitgliedern der Kolonne Wilhelmshaven-Rüstringen wurden mir deren Zeitzeugeninterviews ermöglicht.

Leider verfügten die Altsamariter nur über wenige Dokumente, denn diese wurden entweder durch die SA konfisziert oder zum eigenen Schutz versteckt bzw. vernichtet.

²⁰ Frau Brigitta Frucht, Leiterin des Archivs beim ASB-Bundesvorstand.

I.3. Zielprojektion

In der vorliegenden Arbeit werde ich mit meinem Beitrag den Kenntnisstand über den Zeitraum der Entstehung der ASB-Vorläuferorganisation 1888 bis zu seinem Verbot durch die Nationalsozialisten 1933 erweitern. Die Gründung des Arbeiter-Samariter-Bundes als eine proletarische Selbsthilfeorganisation soll als historisch notwendige Reaktion auf die menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der eigentlichen Erschaffer des Booms der „Gründerjahre“ dargelegt werden. Ich werde belegen, dass durch die explosionsartige Ausweitung des Industrie- und Baugewerbes gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein Vakuum im Bereich der Ersten-Hilfe-Versorgung entstand, das nur ansatzweise durch behördliche oder der Unternehmensebene nahestehende, gesundheitliche Schädigungen minimierende Institutionen aufgefüllt werden konnte. Das offen proklamierte Selbstverständnis der schon bestehenden Sanitätsorganisationen beinhaltete keinerlei Notwendigkeit, im zivilen Bereich dieses Manko nachhaltig ausfüllen zu wollen. Sie lehnten diese Möglichkeit sogar ab. Es soll weiterhin aufgezeigt werden, dass dieses Defizit die Hinwendung zur sich entfaltenden sozialistisch ausgerichteten Arbeiterbewegung begünstigte.

Die Übernahme sozialistischer Ziele der Vorkriegssozialdemokratie auf die gesundheitspolitischen Vorstellungen des jungen ASB soll nachvollzogen werden. Ebenso musste die divergierende Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, die durch das Abstimmungsverhalten bei der Bewilligungsfrage der Kriegskredite offenkundig wurde, ihren entsprechenden Niederschlag auch in der gesellschaftspolitischen Positionierung des ASB finden. So werde ich aufzeigen, dass diese Auseinandersetzung immanent angelegt war und nicht, wie im Sinne bürgerlicher Geschichtsschreibung, von außen hineingetragen wurde.

Dieses von lebhaften Kontroversen geprägte politische Selbstverständnis jener Zeit will ich dem Leser nicht nur anhand von Fakten und Zusammenhängen näherbringen, sondern durch die Verwendung von Zeitzeugeninterviews auf einer atmosphärischen Ebene vermitteln und nachspüren lassen.

Dabei will ich ausarbeiten, dass im ASB, der sich in seiner Anfangszeit als Selbsthilfeorganisation dem Kampf um die Verbesserung der gesundheitlichen Lage, insbesondere der arbeitenden Bevölkerung, verstand, die Frage nach der

Ausrichtung einer lediglich integrativen Wohlfahrtspflegeorganisation oder auf eine Kampforganisation, die sich als Sanitätsorganisation in einer von Profitinteressen befreiten, sozialistischen Gesellschaft verstand, unausweichlich wurde. Dieser antagonistische Konflikt führte zu einer Brisanz, die keinen Kompromiss erlaubte. So soll nachvollzogen werden, dass nur in der Gründung einer eigenen, revolutionär eingestellten Samariterorganisation, des Proletarischen Gesundheitsdienstes (PGD), die Möglichkeit gesehen wurde, den ASB wieder den ursprünglichen Idealen zu verpflichten. Diese Initiativen werden durch vervollständigende Darstellungen einzelner Aktivitäten des PGD aufgezeigt. Dabei soll kritisch angemerkt werden, dass diese Strömung nicht selten über das Ziel hinausschoss. Die globale, klischeehafte Einsortierung des sozialdemokratischen Einflusses als „Arbeitsgemeinschaftler“²¹ durch die kommunistische Bewegung zementierte die Kluft genauso wie die jegliche kritische Auseinandersetzung ablehnende, blindwütig antikommunistische Orientierung der ASB-Führung. Diese hatte sich dem unumstößlichen Ziel verschrieben, neben dem Roten Kreuz die zwar etwas andere, aber ebenso staatlich anerkannte Wohlfahrtspflegeorganisation der Weimarer Republik sein zu wollen und beantwortete jedwedes Aufbegehren mit Massenausschlüssen. Das divergierende Selbstverständnis in der praktischen Tätigkeit wird durch die Gegenüberstellung der revolutionär orientierten Arbeitersamariter aus dem Bergischen Land und der Arbeitersamariter aus dem Wilhelmshavener Raum, die sich der Sozialdemokratie verpflichtet fühlten, anschaulich dargelegt.

Die Integration des ASB in die bürgerliche Republik verbesserte sich auch dadurch nicht, dass die ursprünglichen Ziele aufgegeben wurden. Stattdessen verlor der ASB zunehmend an Kontur, sodass selbst die opportunistischsten Manöver seine Liquidierung als Ganzes nicht verhindern konnten. Letztendlich wird meine Synthese darin bestehen, dass es den „braunen Machthabern“ völlig egal war, welcher konkreten politischen Richtung die ASB-Mitglieder angehörten. Der unentwegte Drang zur narzisstischen Selbstbestätigung sah keine Not-

²¹ Abfällige Bemerkung der Linken gegenüber den proletarischen Organisationen, die die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen (Parallel-)Organisationen, der ASB beispielsweise mit dem Roten Kreuz, anstrebten.

wendigkeit zu einer Differenzierung im Umgang mit dem Andersartigen. Ich werde verdeutlichen, dass das proletarische Selbsthilfeprinzip an sich als unvereinbar mit den faschistischen Herrschaftsprinzipien gesehen wurde.

II. RAHMENBEDINGUNGEN, DIE ZUR ENTSTEHUNG DES ASB BEITRUGEN

II.1. Die industrielle Revolution in ihrer zweiten Phase

Der Übergang von der extensiven zur intensiven Produktionsform²² durch die rasante Entwicklung der Produktivkräfte führte nach der Reichsgründung in Deutschland 1871 zu einem stürmischen, sich gegenseitig potenzierenden Wachstums- und Konzentrationsprozess der deutschen Industrie. Mit dem Ende der Kleinstaaterei und der Gründung des „Norddeutschen Bundes“ waren entscheidende Katalysatoren für ein Voranschreiten der Industrialisierung entstanden. Die Anzahl zentraler Industriebereiche wie Eisen- und Stahlproduktion erhöhte sich sprunghaft, der technische Fortschritt forcierte die Entwicklung neuer Produktionsverfahren und damit das Wachstum der Metallverarbeitungs-, Werkzeugbau- und Textilindustrie sowie des Bergbaus. Der Zuwachs naturwissenschaftlicher Erkenntnisse ließ neue Industriezweige der Elektro-, optischen und chemischen Industrie entstehen und rasch expandieren.²³ Aufgrund der schnelleren Verfügbarkeit größerer Kapitalsummen waren Großbetriebe zunehmend in der Lage, gezielt und schneller zu investieren, und konnten kleinere Betriebe verdrängen. Somit vollzog sich vor allem in den 1890er Jahren, wenn auch in verschiedenen Industriezweigen mit unterschiedlichem Tempo, ein rapider Konzentrationsprozess innerhalb der Monopolbetriebe zu deren Gunsten.²⁴

²² Während die Verlängerung des Arbeitstages das Hauptkriterium der extensiven Produktionsweise war, erhöhte sich nun durch die Zunahme der Mechanisierung der Produktionsprozesse, insbesondere durch die Einführung der Dampfmaschine als Antriebsmaschine und den Ausbau des Eisenbahnnetzes zu Transportzwecken, die Intensität der Arbeitsleistung. Diese lag z.B. 1860-1869 um 38% höher als in der Zeit von 1840-1849. Vgl. Gottwald 1988, S. 56ff.

²³ Beispielsweise wurden von 1871 bis 1874 in Preußen ebenso viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken errichtet wie zwischen 1800 und 1870. Vgl. ebenda.

²⁴ Anzahl der Großbetriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten:

Jahr	1882	1895	1907
Anzahl d. Betriebe	127	252	506

Die rasant fortschreitende Industrialisierung benötigte ein Heer von Arbeitskräften und führte zu einer Urbanisierung in Deutschland. Die Abwanderung vormals auf dem Lande Tätiger ließ innerhalb weniger Jahrzehnte aus einigen ehemals beschaulichen Kleingemeinden große Industriemetropolen entstehen.²⁵

„Bochum wäre ... um 1800 mit etwa 1.500 Einwohnern noch als Dorf aufgenommen worden, und Duisburg, das um 1900 zur Großstadt wurde, wurde kaum ein Halbjahrhundert zuvor von der Droste-Hülshoff als Sommerfrische bevorzugt.“²⁶

Je größer und dichter die Siedlung, desto schneller wuchs die Bevölkerung. Den größten Zuwachs verzeichneten die Großstädte.²⁷ Am stürmischsten vollzog sich diese Entwicklung in Berlin, das sich als Hauptstadt des Deutschen Reiches und vielfältigem staatlichen Verwaltungszentrum nach 1871 zum wichtigsten industriellen Einzelstandort, wo nahezu alle Industrie- und Gewerbebranchen vertreten waren, entwickelte.²⁸ „Ehemalige Handwerksgesellen, Tagelöhner, Landarbeiter, landlose Bauern und Bauernsöhne wurden zu Lohnarbeitern in Fabriken.“²⁹ Der Anteil der Arbeiter in Industrie und Handwerk wuchs beständig und war 1907 auf 8,46 Mio. bzw. auf 30,8% der Erwerbstätigen gestiegen.³⁰ Vor allem in den Mittel- und Großbetrieben fand eine rasche Zunahme des Arbeiteranteils an der Gesamtbeschäftigtenzahl statt. Neue Produktionsverfahren vor allem in der Maschinenbau-, Elektro- und chemischen Industrie sowie im Verkehrswesen dominierten die Arbeitswelt und schufen eine neue Schicht, die Arbeiterklasse.

Vgl. Seeber 1982, S. 106ff.

²⁵ 1871 lebten noch 76% der Bevölkerung in ländlichen Siedlungen unter 5.000 Einwohnern, 19% in Mittel- und Kleinstädten um 5.000 bis 100.000 Einwohner und 5% in Großstädten über 100.000 Einwohnern. 1900 verschob sich dieses Verhältnis folgendermaßen: 57%, 27%, 16%. Vgl. ebenda, S. 123.

²⁶ Kuczynski 1982, Band 4, S. 182.

²⁷ Zuwachs der Bevölkerung von 1867 bis 1900 in %:

Landorte	Landstädte	Kleinstädte	Mittelstädte	Großstädte
1,7	12,0	19,9	27,1	39,3

Vgl. ebenda, S. 181ff.

²⁸ Vgl. Gottwald 1988, S. 60. Um 1800 zählte Berlin noch 172.000, 1870 schon 825.000 und 1900 1.889.000 Einwohner. Vgl. Kuczynski 1982, Band 4, S. 182.

²⁹ Schröder 1982 (1), S. 58.

³⁰ 1907 arbeiteten schon 8,1% der Beschäftigten in Industrie und Handwerk in Betrieben mit über 1.000 Beschäftigten. Vgl. Kuczynski 1982, Band 4, S. 102f.

II.2. Auswirkungen des Industriebooms auf die Gesundheit und die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft

Was gaben die in die Städte strömenden Massen auf, was hofften sie zu gewinnen? Mit der Abwanderung vom Lande eröffnete sich für viele Menschen eine Möglichkeit, ihre Lebensverhältnisse grundlegend zu ändern.

„Wer vom Land in die Stadt kam oder sein Handwerk an den Nagel hängte beziehungsweise der Hausindustrie entflo, der wollte seine Lage verbessern. Wer Industriearbeiter wurde, hatte sich entweder mit dem Gutsbesitzer entzweit, fühlte sich durch den Inspektor ungerecht behandelt oder fand überhaupt keine angemessene Beschäftigung mehr, gehörte also zur Überbevölkerung ... Was sie aufgaben, wenn sie in die Stadt gingen, wußten sie: lange Arbeitszeit, schwere körperliche Arbeit, schlechte Bedingungen am Arbeitsplatz, ständig streitgeladene Arbeitsatmosphäre wegen der persönlichen Abhängigkeiten, geringe Produktivität der Arbeit, niedrigen Lebensstandard, also keineswegs jene Idylle, als die das Leben auf dem Lande in alten Liedern und Gedichten oft erscheint.“³¹

Demgegenüber schienen sich in der Stadt bisher nicht gekannte Vorteile zu verwirklichen. Denn erstmals wurde wöchentlicher, regelmäßiger Lohn gezahlt, wo früher bis zur Ernte gewartet werden musste und statt Geldlohn Naturalien ausgehändigt wurden. Luxusgüter wie Tabak, Alkohol und Schleckereien waren finanzierbar. Durch die Uhr geregelte Arbeitszeiten lösten bisherige Abhängigkeiten z.B. durch Wetter und Jahreszeiten oder durch die Willkür des Gutsbesitzers ab. Sogar die Inanspruchnahme von Urlaub schien in greifbare Nähe gerückt zu sein.³² Eine gewisse Absicherung gegen unvorhergesehene Ereignisse schien zum einen durch die Teilnahme an einem verzweigten Sparkassensystem oder gewerkschaftlich geführten Unterstützungswesen als auch durch das aufkommende Sozialversicherungswesen möglich.³³ Nicht zuletzt lockte die wirkliche oder vermeintliche Unabhängigkeit des Städters.

³¹ Mühlberg 1983, S. 26.

³² Von der Jahrhundertwende an erhielten Arbeiter sogar Urlaub – zunächst nur wenige Tage und nur bei jahrelanger Betriebszugehörigkeit, d.h. als „Belohnung“ für Wohlverhalten. Vgl. ebenda, S. 27.

³³ Die gesetzliche Krankenversicherung (ein Drittel der Beiträge hatte der Arbeiter zu tragen) erfasste um 1900 etwa 10 Mio. Personen. Der gesetzlichen Unfallversicherung, deren Beiträge die Unternehmer zu entrichten hatten, gehörten um die Jahrhundertwende etwa 20 Mio. Bürger an. Die Invaliditäts- und Altersversicherung betraf unge-

Doch schaute man genau hin, schienen die Zuwanderer hinsichtlich ihrer erhofften Lebensbedingungen nicht selten vom Regen in die Traufe zu kommen. Denn die rapide Entwicklung und die Expansion bestehender Industriezweige, der rasante Ausbau neuer Verkehrswege und die forcierte Errichtung neuer Industriestandorte hinterließen tiefe Spuren am Gesundheitszustand der Beschäftigten. Insbesondere die zugewanderten Beschäftigten waren zwar mit der alt-hergebrachten Handarbeit des ländlichen Betriebes vertraut, sahen sich jetzt aber erstmals mit der gefährlichen, überwiegend von Maschinen beherrschten Industriearbeit und den überlangen Arbeitszeiten konfrontiert.

„Die vom Lande kommenden Arbeiter/innen sind im allgemeinen ungelernte, betriebsun- gewohnte Arbeitskräfte, die erfahrungsgemäß schneller einen Unfall erleiden als die lang- jährig mit den Betriebsgefahren bereits vertrauten Arbeiter“.³⁴

Unbekannte Produktionsverhältnisse sowie ständige Übermüdung durch einen überlangen, von monotoner Maschinenarbeit geprägten Arbeitstag trugen zu einer hohen Unfallrate bei.³⁵ Dazu gesellte sich häufig ein zeitaufwendiger, langer Arbeitsweg.

Der Anspruch auf Sonntagsruhe und Urlaub war in vielen Gewerken keines- wegs gesichert, vor allem die saisonabhängigen Berufszweige verzeichneten extrem lange Arbeitstage. So betrug z.B. um 1900 die Arbeitszeit der Maurer in verschiedenen Städten 53 bis 66 Stunden wöchentlich.³⁶ Kinderarbeit war trotz verschiedener Gesetzgebungsinitiativen noch an der Tagesordnung. Immer ra- tionellere Produktionsverfahren ließen die ursprünglich extensive in eine zu- nehmend intensive Arbeitsweise übergehen. Das Resultat war, dass die Hetze am Arbeitsplatz anstieg.

fähr 10 Mio. Personen. Die Beiträge leisteten Arbeiter, Staat und Fabrikant zu gleichen Teilen. Das Rentenalter war auf 70 Jahre festgesetzt. Vgl. ebenda, S. 28.

³⁴ Zumpe 1961, S. 214.

³⁵ Durchschnittliche Arbeitsstunden pro Woche, 1870 bis 1899:

Jahrzehnt	Baugewerbe	Holzverarbeitung	Maschinenindustrie	Druckereien
1870-1879	62,25	57,25	-	57,25
1880-1889	61,75	57,25	67,00	57,25
1890-1899	59,00	56,25	62,75	54,75

Kuczynski, Band 1-6, S. 349.

³⁶ Vgl. ebenda, S. 360.

Zwar gab es erste Ansätze gesetzlicher Unfallschutz- und Krankenversicherungsmaßnahmen, diese blieben aber bis zur Jahrhundertwende noch äußerst lückenhaft, vor allem weil vorerst nur bestimmte Berufsgruppen davon erfasst wurden. 1878 wurde ein allgemeines Fabrikinspektorat, das gleich der Polizei Eintrittsrecht in jede Fabrik hatte, eingerichtet. Doch kamen auch die Entschlossensten unter ihnen nicht umhin, sich angesichts ihrer geringen Personalstärke bei der Fülle von Gesetzesüberschreitungen ihre Ohnmacht einzugestehen.³⁷

Gerade die Berufszweige mit großen Zuwachsraten wiesen entsprechend hohe Unfallbilanzen auf. Als besonders unfallträchtig galt die Eisen- und Metallindustrie, das Bauwesen und der Bergbau. Insgesamt ereigneten sich in diesen Bereichen, die die größten Wirtschaftszweige Preußens ausmachten und 1897 45% der versicherten Arbeiterinnen und Arbeiter umfassten, ca. 60% aller schweren und tödlichen Betriebsunfälle.³⁸ Im Bauwesen kamen allein auf tausend Beschäftigte um die Jahrhundertwende 11,1 tödliche oder schwere Unfälle.³⁹ Die Unfallhäufigkeit der gesamten Industrie nahm von 1886 bis 1900 sogar noch um 67% zu.⁴⁰ Als typische Unfallursachen jener Zeit fanden sich das Hineingeraten in laufende Maschinen oder in nicht abgesicherte Transmissionsriemen, der Einsturz gerade errichteter Bauten, unzureichende Abstützmaßnahmen im Bergbau, der Lasttransport über unsichere Leitern und Transportwege auf Bauten oder in Häfen und vieles mehr. Abgesehen davon, dass die Beschäftigten durch die entstehende Sozialgesetzgebung nur unzureichend gegen die Auswirkungen plötzlicher Unfälle abgesichert waren, mussten sie in anstehenden Sozialgerichtsverfahren den Beweis für ihr Nichtverschulden obendrein noch selbst erbringen.

Der ungebremsste Boom der Bautätigkeit und Industrialisierung führte zu einer sprunghaften Steigerung der Unfallhäufigkeit im Arbeitsbereich.

³⁷ Vgl. ebenda, S. 406ff.

³⁸ Vgl. Zumpe 1961, S. 232.

³⁹ Vgl. Moschke 1968, S. 1.

⁴⁰ Vgl. Zumpe 1961, S. 271.

II.3. Sozialdemokratie und Gewerkschaften wurden die tragenden Säulen der politischen Arbeiterbewegung

Auch wenn in den Revolutionsjahren 1848/49 das Ziel eines einheitlichen deutschen Nationalstaates und somit die vollständige Überwindung des alten Feudalsystems nur teilweise erreicht war, kamen die beteiligten Arbeiter und Handwerker dennoch mit gesteigertem Selbstbewusstsein aus den Revolutionskämpfen hervor. Durch die „Einigung von oben“⁴¹ lösten die Kapitalisten als neue Klasse die bisherigen Feudalmachthaber ab. Der Übergang zu dieser neuen ökonomischen Epoche erforderte die Herausbildung einer quantitativ starken und fachlich kompetenten Arbeiterschaft, die die Erkenntnisse der industriellen Revolution umsetzen und verwertbar machen konnte.⁴²

⁴¹ Im Gefolge des deutsch-dänischen Krieges von 1864 und des preußisch-österreichischen Krieges von 1866 führte Bismarck die nationale Einigung „von oben“, d.h. unter Vorherrschaft Preußens, herbei. Damit hatte er durch die politische Einbindung der alten Feudalmachthaber diesen Rechnung getragen, aber auch die Interessen der Kapitalistenklasse durch die Gründung des „Norddeutschen Bundes“ berücksichtigt, um der anwachsenden europäischen Wirtschaftskonkurrenz geschlossener entgegenzutreten zu können. Dem „Norddeutschen Bund“ gehörten 21 Kleinstaaten und Freie Städte an. Im Ergebnis des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 gelang es Preußen, auch die Vorherrschaft über die süddeutschen Staaten zu erlangen. Am 18.1.1871 wurde das Deutsche Reich ausgerufen und der bayerische König Wilhelm I. zum deutschen Kaiser ernannt, eben jener „Kartätschenprinz“, der die Einigungsbestrebungen „von unten“ aus Angst vor einer eventuellen Volksmacht blutig niedergeworfen hatte. Zur gleichen Zeit waren August Bebel und Wilhelm Liebknecht wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ eingekerkert, da sie zu Protestversammlungen gegen den Krieg aufriefen und sich im Parlament bei der Bewilligung der Kriegskredite ihrer Stimme enthielten. Vgl. Gottwald 1988, S. 57ff.; Schröder 1982 (2), S. 74ff.

⁴² Die Fürsten und der Adel hatten weiterhin bedeutenden politischen Einfluss. Die deutsche Nationalversammlung übertrug einem Fürsten, dem späteren deutschen Kaiser, die oberste Gewalt in Deutschland. Dieser lehnte 1849 die demokratisch beschlossene Reichsverfassung ab, was zu den Volkserhebungen v.a. in Baden, der Pfalz und im Rheinland führte und trotz einiger Zugeständnisse die Installierung des preußischen monarchistisch-militaristischen Staatsapparats zur Folge hatte. Der Kaiser konnte eigenständig den Reichskanzler ernennen. 1849 war Deutschland immer noch in 30 Einzelstaaten zersplittert. Das Volk und v.a. die an den Kämpfen wesentlich beteiligten Handwerker, Arbeiter und Kleinbürger hatten nur wenige eigene politische Vertreter durchsetzen können. Vgl. Schröder 1982 (2), S. 68ff.

Die industrielle Revolution war aufs engste mit der Entstehung des städtischen Proletariats verbunden. Zwar waren sie feudalen Abhängigkeiten entflohen, doch nun wurden sie mit den Auswirkungen frühkapitalistischer Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert. Es galt, sich der Auswirkungen wie Reallohnverlust, Entlohnung durch das Truck-System der Unternehmer, das vorsah, statt Geldlohn Waren beim Unternehmer zu kaufen, Arbeitszeiten bis zu 17 Stunden/Tag, unzureichender Arbeitsschutz- und Sozialgesetzgebung und Kinderarbeit etc. zu erwehren. Unter dem Druck dieser Bedingungen wandelten sich traditionelle Gesellenvereine zu Kampforganisationen, die schon in den vierziger Jahren trotz Koalitionsverbots erste Streiks organisierten.⁴³ Kristallisationskerne erster gewerkschaftsähnlicher Aktivitäten stellten die Unterstützerkassen der Gesellen dar.

In Berlin gründete sich am 18.3.1848 die „Arbeiterverbrüderung“. Im gleichen Jahr bildete sich in Mainz der „Nationale Buchdruckerverein“, in Berlin gründeten die Tabakarbeiter den „Nationalen Unterstützerverband“, mit dessen Hilfe u.a. Kranken- und Wanderungsunterstützung durchgesetzt und Kampfmaßnahmen für Lohnerhöhung und Arbeitsplatzsicherung durchgeführt wurden. Diese drei Initiativen dürften als Keimzelle gewerkschaftlicher Organisationen in Deutschland gelten.⁴⁴ In den folgenden Jahren kamen auch andere Berufszweige hinzu. Nach der Niederschlagung der Revolution mussten die Gewerkschaften die Rücknahme des Koalitionsrechts und der überörtlichen Verbindungsfreiheit einschließlich polizeilich kontrollierter Versammlungseinschränkungen hinnehmen. In den reaktionären 1850er Jahren wurden die Gewerkschaften ganz verboten.

⁴³ Durch den Kontakt deutscher Wandergesellen mit sozialistischen und radikaldemokratischen Organisationen gründete sich in Paris 1834 der radikaldemokratisch orientierte „Bund der Geächteten“, 1836 als sozialistische Abspaltung der „Bund der Gerechten“, der auch Gemeinden in England und der Schweiz hatte. 1847 wandelte sich der Bund unter Einfluss von Karl Marx und Friedrich Engels in den „Bund der Kommunisten“ um. Sie unterlagen zumeist dem Koalitionsverbot, was bedeutete, dass verboten war, sich zum Zwecke kämpferischer Interessenvertretung zusammenzuschließen. So wurden sie entsprechend scharf von den staatlichen Instanzen beobachtet und behindert. Vgl. Deppe/Fülberth/Harrer (Hrsg.) 1977, S. 18.

⁴⁴ In der Reaktionsperiode Fünfzigerjahre wurden die beiden ersten Gewerkschaften vernichtet. Vgl. Fülberth 1977 (1), S. 15.

Zwar gab es gemeinsame Interessen zwischen dem Bürgertum und dem Proletariat, denn beide hatten an den Revolutionskämpfen teilgenommen, doch führten Forderungen nach Koalitions- und vor allem dem allgemeinem Wahlrecht zu unvereinbaren Antagonismen, die die Tätigkeit der zahlreichen Arbeiter-(bildungs-)vereine zu bestimmen begannen. Von diesen bestanden 1862 etwa 100⁴⁵. Unter Ferdinand Lassalle trennte sich in Leipzig der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ (ADAV)⁴⁶ ab, während die übrigen im „Verband deutscher Arbeitervereine“ verblieben, die dem Einfluss der liberalen „Fortschrittspartei“ unterlagen.

Am 26.9.1868 wurde unter Führung von Johann Baptist von Schweitzer in Berlin der „Allgemeine Deutsche Arbeiterschaftsverband“ gegründet, der sich aus mehreren Berufsgewerkschaften zusammensetzte und dessen Präsident er wurde. Diese Organisation gliederte sich in diverse Einzelgewerkschaften („Arbeiterschaften“) auf, die streng zentralistisch organisiert waren.⁴⁷ Am 28.11.1868 veröffentlichte August Bebel, der Präsident des „Verbandes deutscher Arbeitervereine“ war, die von ihm entworfenen „Musterstatuten für Deutsche Gewerksgenossenschaften“. Diese sahen die gewerkschaftliche Organisation auch von Frauen vor und forcierten die Selbstständigkeit der örtlichen Organisationseinheiten, den „Lokalgenossenschaften“.⁴⁸ Anfang 1869 bildeten sich auf lokaler Ebene Gewerkschaften, die sich nach den Bebel'schen „Musterstatuten“ organisierten.⁴⁹ Parallel dazu gründete am 28.9.1868 der liberale Ge-

⁴⁵ In diesen Vereinen sollten ursprünglich Fachkenntnisse vermittelt werden und ebenso Wissen, das in der Volksschule nicht gelehrt wurde. Unter den harten Bedingungen des Vereinsrechts der einzelnen Länder stellten diese Organisationen jedoch ein gewisses Maß an Kommunikation untereinander her. Vgl. ebenda, S. 16.

⁴⁶ Ende August 1863 hatte der ADAV etwa 1.000 Mitglieder, im Herbst des Jahres 1864 bereits 4.610. Vgl. ebenda, S. 21ff.

⁴⁷ Berg- u. Hüttenarbeiter, Metallarbeiter, Färber, Weber, Manufakturarbeiter, Schuhmacher, Bäcker, Buchbinder, Lederarbeiter, Holzarbeiter und Maurer etc. Vgl. Deppe/Fülberth/Harrer 1977, S. 26f.

⁴⁸ Im Unterschied zur Satzung des ADAV sollte das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit nicht bei einem Dachverband liegen, sondern in Verantwortung der örtlichen Organisationseinheiten, eben den „Lokalgenossenschaften“. Vgl. ebenda.

⁴⁹ So entstanden nach diesen Organisationsregeln der „Internationale Buchbinderverein“, die „Gewerksgenossenschaft der Berg- und Hüttenarbeiter“ sowie die „Internationale

werkschaftstheoretiker Dr. Max Hirsch zusammen mit dem Fabrikanten Duncker wirtschaftsfriedliche „Gewerkvereine“, die von der „Fortschrittspartei“ unterstützt wurden. Durch diese sollten Unternehmer und Arbeiter ihre Interessen möglichst ohne Kampfmaßnahmen ausgleichen. 1869 zählte der Allgemeine Deutsche Arbeiterschaftsverband 35.252 Mitglieder, die „Internationalen Gewerksgenossenschaften“ ca. 10.000, die der Hirsch-Dunckerschen Organisationen 30.000 Mitglieder.⁵⁰

In der Folge erheblicher Auseinandersetzungen zwischen dem ADAV und dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverband“ riefen August Bebel, Wilhelm Liebknecht und andere Oppositionelle den „Allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongress“ nach Eisenach ein, auf dem sich am 7./8./9.8.1869 die Gründung der „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ vollzog, wo 262 Delegierte ca. 10.000 organisierte Arbeiter vertraten.⁵¹ 1877 brachte diese schon 41 Zeitungen heraus und entsandte trotz des restriktiven Wahlgesetzes zwölf Abgeordnete in den Reichstag. Auf der Gewerkschaftsseite hielten die Richtungskämpfe noch einige Jahre an. Nach Jahren der Zersplitterung in verschiedene Richtungsgewerkschaften gründete sich 1874 der „Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband“, in dem sich die „Eisenacher“ und die „Lasalleaner“ zusammenfanden. Am 14./15.2.1875 wurde in Gotha durch Zusammenschluss von ADAV und Sozialdemokratischer Arbeiterpartei die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ mit insgesamt ca. 25.000 Mitgliedern gegründet. Bei den Reichstagswahlen 1874 hatten die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der ADAV zusammen mehr als sechs Prozent der Stimmen erreicht.⁵²

Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeitergenossenschaft“. Diese Gewerkschaften waren aus dem Einzugsbereich der Arbeiterbildungsvereine hervorgegangen. Vgl. ebenda.

⁵⁰ Vgl. ebenda, S. 27. Bis 1873 waren nur noch 20.000 Mitglieder in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften.

⁵¹ Der Verband deutscher Arbeitervereine löste sich einen Tag nach der Gründung der Partei auf. Die nach den Bebel'schen Musterstatuten organisierten, der SAP nahestehenden Gewerkschaften nannten sich fortan „Internationale Gewerkschaften“.

⁵² Der ADAV erhielt drei Mandate, die sozialdemokratische Arbeiterpartei sechs. Vgl. Fülberth 1977 (1), S. 27.

1878 nutzte Bismarck zwei Attentatsversuche auf den deutschen Kaiser, um gegen die gesamte Sozialdemokratie vorzugehen, und erließ am 21.10.1878 das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Dieses verbot jedes öffentliche Auftreten der Mitglieder, sah die Verhängung von Ausnahmezuständen über einzelne Städte und Gebiete und die Ausweisung von sozialdemokratischer Agitation verdächtiger Personen vor, gestattete lediglich die Teilnahme an Wahlen und die Wahrnehmung von Parlamentsmandaten sozialdemokratischer Abgeordneter. So sollten die Aktivitäten der Arbeiterbewegung auf parlamentarische Tätigkeiten reduziert werden. Parteien und Zusammenschlüsse, auch Gewerkschaften, politische Zusammenkünfte und die Herausgabe sozialistischer Literatur wurden verboten. Allerdings entwickelten diese nach einer kurzen Phase der Verwirrung neue, hocheffektive Formen des außerparlamentarischen Kampfes wie den Druck illegaler Zeitungen im Ausland und deren Verteilung im Reich mithilfe eines konspirativen Verteilernetzes etc. Die Sozialdemokratie war mittlerweile zu mächtig geworden, als dass man sie durch diese Repressalien hätte vollständig vernichten können. Durch die Betätigungen in „Turn-, Wander- und Gesangsvereinen“ setzte sie ihre politische Tätigkeit fort. Starb eine bekannte sozialdemokratische Autorität, formierte sich der Beerdigungszug zu einer politischen Massendemonstration. Auf diese Weise konnte der allgegenwärtigen politischen Polizei so manches Schnippchen geschlagen werden. Letztendlich ging die Sozialdemokratie sogar gestärkt aus der Illegalität hervor, da sie die Partei beständig vergrößern und das Organisationsnetz ausbauen und straffen konnte.

Bismarck versuchte dem wachsenden Einfluss der organisierten Arbeiterbewegung mit seiner Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ entgegenzutreten. So ging der durch das „Sozialistengesetz“ legitimierte Polizeiterror einher mit der Verabschiedung erster Sozialgesetze, um den Forderungen der Arbeiter die Spitze zu brechen. 1883 wurde das Krankenversicherungsgesetz für Industriearbeiter, 1884 das Unfallversicherungsgesetz (das ab der 13. Krankheitswoche eine kleine Unterstützung und für arbeitsunfähige Arbeiter eine kleine Rente

vorsah) und 1889 das Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung verabschiedet.⁵³

Durch die Unterstützung der großen Streikbewegungen zwischen 1885 und 1889, insbesondere der Bergarbeiterstreiks im Rhein-Ruhr-Revier, gewann die Sozialdemokratie erheblich an Einfluss. So erreichten die Sozialdemokraten 1881 bei der ersten noch unter dem Ausnahmegesetz stattfindenden Wahl 311.961 Stimmen (6,1%), gingen aber schon 1890 mit 1.427.298 Stimmen (19,7%) als stärkste Partei aus den Reichstagswahlen hervor. Sie erhöhten unter illegalen Bedingungen die Zahl der sozialdemokratischen Zeitungen von 47 auf 60. Die Zahl der Mitglieder betrug 1890 ca. 100.000, 1895 schon ca. 150.000. Parallel zum Anwachsen der Sozialdemokratie nahm die Organisationsstärke der Gewerkschaften nach der Gründung eines Dachverbandes 1892 weiter zu; die Mitgliederzahlen stiegen von 227.000 (1890) auf 680.000 (1900).⁵⁴ Das „Sozialistengesetz“ hatte seine Absicht verfehlt und wurde 1890 nicht weiter verlängert. Die Sozialdemokratie war zur politischen Massenpartei der deutschen Arbeiter geworden. Bismarck musste abdanken.

Zur Jahrhundertwende hin entwickelte sich das Kapital zu Monopolen, forcierte die Außen- und Rüstungspolitik, z.B. durch den Bau einer großen Kriegsflotte, und begann sich in Arbeitgeberverbänden mit dem Ziel der Bekämpfung der Gewerkschaften zu organisieren. Die Sozialgesetzgebung kam bald nach 1900 zum Stillstand. Zwar verkürzte sich die Arbeitszeit und die Wohnsituation der Arbeiter verbesserte sich, doch die politischen Rechte wurden eingeeignet. Diese Umstände führten zu politisch motivierten, großen Streikbewegungen, z.B. gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht oder gegen die aufkommende Kriegsgefahr.⁵⁵

Die Zahl der sozialdemokratischen Parteienmitglieder wuchs zwischen 1905/06 und 1913/14 von 384.327 auf 1.085.905 (ab 1908 durften sich auch Frauen Par-

⁵³ Vgl. Seeber 1982, S. 113.

⁵⁴ 1877 vereinigten die freien, d.h. sozialistischen Gewerkschaften 49.055 Mitglieder, 1890 301.200 und 1899 580.473 Mitglieder. Vgl. Fülberth 1977 (1), S. 32.

⁵⁵ Allein von 1910 bis zum Kriegsausbruch streikten insgesamt 1,5 Millionen Arbeiter. Vgl. ebenda, S. 41ff.

teien anschließen), die der Gewerkschaftsmitglieder zwischen 1897 und 1914 von 412.359 auf 2.481.661. Bei der Reichstagswahl 1898 hatte die sozialdemokratische Partei 2.107.076 Stimmen, 1912 waren es 4.250.329.⁵⁶

Um die Jahrhundertwende begannen sich zwei verschiedene Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie herauszubilden. Die marxistisch-revolutionäre Richtung forcierte den außerparlamentarischen Kampf unter Einbeziehung der Gewerkschaften, insbesondere durch die Anwendung politisch begründeter Massenstreiks. Diese Aktionen wurden in erheblichem Maße durch klassenbewusste Industriearbeiter unterstützt. Eine Hauptvertreterin dieser Richtung war Rosa Luxemburg. Parallel dazu bildete sich eine reformistische Strömung heraus, deren Hauptrepräsentant Eduard Bernstein war. Diese Richtung entstand u.a. deshalb, weil sich z.B. in der Chemie- und Elektroindustrie als einem stark monopolisierten Industriezweig eine Differenzierung der Arbeiterschaft aufgrund einer starken Funktionsdifferenzierung im Produktionsprozess mit entsprechend gestaffelter Entlohnung entwickelte.⁵⁷ Dies begünstigte die Entstehung einer sog. „Arbeiteraristokratie“.

Bis zur Jahrhundertwende wurde die Sozialdemokratie zur beherrschenden Kraft der politisch bewussten Arbeiterklasse. Die beginnende Differenzierung innerhalb dieser Klasse ließ erste Ansätze einer revolutionären und einer reformistischen Ausrichtung erkennen.

⁵⁶ Vgl. ebenda, S. 40.

⁵⁷ In der nicht monopolisierten Maschinenbauindustrie war die Belegschaft nicht nach Funktion und Bezahlung gegliedert worden, sodass auch die Facharbeiter ein höheres politisches Bewusstsein besaßen. Vgl. ebenda, S. 44ff.

II.4. Entstehung und Verbreitung der Arbeiter-Kultur-Bewegung

Organisatorische Frühformen kulturell-politischer Betätigung der arbeitenden Bevölkerung fanden sich schon Mitte des 19. Jahrhunderts in Gestalt der Arbeiterbildungsvereine, die ursprünglich von christlicher oder bürgerlicher Seite zur Vertiefung des zur Produktion benötigten (Allgemein-)Wissens eingerichtet worden waren. Da sich allerdings im Laufe der Jahre die Arbeiterschaft ihrer politischen Rolle immer stärker bewusst wurde und begann, eigenständige Forderungen zu erheben und Interessen zu entwickeln, spalteten sich klassenbewusstere Bildungsvereine von den bestehenden ab, neue wurden gegründet. Die Bildungsvereine erhielten zur Zeit des „Sozialistengesetzes“ eine besondere Bedeutung, da sie den einzigen legalen Organisationsrahmen darstellten, in denen relativ unbehelligt sozialdemokratische Politik betrieben werden konnte. Ähnliches traf auf die aufstrebenden Arbeitergesangs- und -sportvereine zu. Somit ist verständlich, dass nach Fall des „Sozialistengesetzes“ diese Vereine ein großes, nach Betätigung drängendes Mitgliederpotential vereinigten, das sich auch auf neu entstandene proletarische Kulturorganisationen ergoss.

Ein weiterer begünstigender Faktor hinsichtlich einer zunehmenden breiten kulturellen Betätigung der Arbeiterschaft dürfte in der Verkürzung der Arbeitszeit zu finden sein, die durch den Übergang von extensiven zu intensiven Produktionsmethoden ermöglicht wurde und somit einen Zugewinn von Freizeit erbrachte. Darüber hinaus verweigerten bürgerliche Vereine und Verbände sozialdemokratisch oder gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern die Aufnahme bzw. den Verbleib in ihren Reihen.

Aber auch zur Hebung des sozialen Prestiges innerhalb der eigenen Klasse schien die Mitarbeit in einer proletarischen Kulturorganisation von „primärem“ Zugewinn an Ansehen begleitet zu sein. Blieb den Arbeiterinnen und Arbeitern zum überwiegenden Teil innerhalb der Gesellschaft der soziale Aufstieg vor allem durch eine mangelnde Partizipation am Bildungswesen verwehrt, so ergab sich durch die Betätigung in einer Kulturorganisation die Möglichkeit, an Geltung zu gewinnen und nicht zuletzt auch Kompetenzen für die Mitarbeit an der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft zu erlangen.

Dennoch war gerade während der Entstehungsphase der Kulturorganisationen das Verhältnis der eigenen politischen Repräsentationsträger nicht unbedingt wohlwollend-solidarisch. So befürchtete die SPD, dass durch die Aktivität in einer proletarischen Kulturorganisation Kräfte zu sehr gebunden würden, die effektiver in der (Partei-)Politik eingesetzt werden könnten, sodass bei den ohnehin schon geringen Kräften obendrein eine „interne“ Konkurrenzsituation aufträte.

Die weitaus mitgliederstärksten Organisationen bildeten schon zu Beginn der proletarischen Kulturbewegung die Arbeitersport- und die Arbeitersängervereinigungen bzw. Volkschöre. Ihre Mitgliederstärke führte dazu, dass in diesen beiden Organisationen die Richtungskämpfe nicht nur besonders deutlich zutage traten, sondern funktionstüchtige, politisch entgegengesetzte Folgeorganisationen ermöglichten. Ausschlaggebend für die Gründung der Arbeitersportvereine war eine tiefe Verachtung gegenüber dem paramilitärischen Gebaren und der ideologischen Deutschtümelei der bürgerlichen Sportverbände. Inhaltlich lehnten die Arbeitersportler die Jagd nach Rekorden und die Konkurrenz auf sportlichem Gebiet zugunsten eines gemeinschaftlichen Mannschaftssports ab. Damit wollten sie sich gegenüber dem unsolidarischen Leistungsstreben in der Arbeitswelt bewusst abgrenzen und den Freizeitbereich davon aussparen.

Zahlenmäßig waren die Arbeiterkulturverbände den entsprechenden bürgerlichen Vereinigungen bei weitem unterlegen, nicht zuletzt auch deshalb, weil ein großer Teil der Arbeiterschaft auch zu deren Mitgliedern zählte.⁵⁸ Gerade die Arbeitersportbewegung, die auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung gegen Ende

⁵⁸ Außer den Arbeitersportvereinen (1893) und den Arbeitersängervereinigungen (1892) gründeten sich während der Jahrhundertwende die (Freie) Volksbühne (1890), die Arbeitersegler (1891), die Arbeiterturner (1892), die Arbeiterruderer (1892), die Naturfreundebewegung (1893), die Arbeiter-Radfahrer (1893), die Arbeiterschwimmer (1897), der Arbeiter-Abstinenter-Bund (1903), die Arbeiterschachspieler (1903), die Freidenker-Bewegung (1905), die Arbeiterathleten (1906), der Arbeiter-Esperanto-Bund (1911), die Arbeiterkegler (1912), die Arbeiterschützen (1913), die Arbeiterwohlfahrt (1919), die Arbeiterangler (1921) sowie verschiedene Intellektuellen- und Lehrergruppierungen und Frauenvereinigungen. Die ASB-Vorläuferorganisationen entstanden 1888, der Arbeiter-Samariter-Bund mit eben diesem Namen gründete sich statutarisch auf überregionaler Ebene 1909. Vgl. Wunderer 1980, S. 29ff.

der Weimarer Republik bis zu 1 Mio. Mitglieder zählte, wurde bisweilen – neben Partei und Gewerkschaft – als die dritte Säule der Arbeiterbewegung apostrophiert.⁵⁹ Die Gründung des Arbeiter-Turn-Bundes (ATB) erfolgte 1893 in Gera; die Turner setzten sich bewusst von der nationalistischen Gesinnung der „Deutschen Turnerschaft“ ab und identifizierten sich weiterhin mit den Ideen der 1848er Revolution.

Im Gegensatz zu vielen anderen proletarischen Kulturorganisationen gerieten die Arbeitersportler am wenigsten in Konflikt mit der Partei. Anscheinend sah die Sozialdemokratie „in ihr nicht nur ein Mittel, Arbeiter aus bürgerlichen Vereinen abzuziehen und sie stetig im sozialistischen Sinne zu beeinflussen, sondern auch einen geeigneten Rahmen für die geistige und körperliche Selbstentfaltung des Proletariats“.⁶⁰ Auf der anderen Seite war es für die Arbeitersportler, z.B. für die Radfahrer, selbstverständlich, in Wahlkampfzeiten in gering besiedelte Gebiete mit geringer Dichte sozialdemokratischer Repräsentanten auszuschwärmen, um Parteipublikationen unter die Leute zu bringen. Obwohl auf der Seite der proletarischen Kulturorganisationen die Arbeitersportverbände der bürgerlichen „Deutschen Turnerschaft“ an Mitgliederzahl nicht nur deutlich unterlegen waren, bestanden deren Mitglieder in ihrer überwiegenden Zahl aus Arbeitern, die zum Leidwesen der Sozialdemokratie obendrein dem ständigen bürgerlich-ideologischen Einfluss ausgesetzt waren. Durch ihre Mitgliedschaft im Arbeitersport oder anderen proletarischen Kulturorganisationen zeigten deren Anhänger ihre Verbundenheit mit der Sozialdemokratie und grenzten sich demonstrativ von den Prinzipien bürgerlich beeinflusster Gegenorganisationen ab. Ein durchgehend schwieriges Problem, mit dem nahezu alle proletarischen Kulturorganisationen zu kämpfen hatten, war die Gewinnung geeigneter Ausbildungskräfte.

Die der Sozialdemokratie nahestehende Arbeitersängerbewegung knüpfte an die traditionellen Handwerks-Gesangsvereine als Gesangsabteilungen der Arbeiterbildungsvereine und des ADAV aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhun-

⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 39ff.

⁶⁰ Ebenda, S. 39.

derts an. 1892 schlossen sich die Arbeitersängervereine zur „Liedergemeinschaft“ und 1908 zum „Deutschen Arbeiter-Sänger-Bund“ (DAS) zusammen, der in diesem Jahr ca. 100.000, 1928 ca. 270.000 und 1932 ca. 320.000 Mitglieder vereinigte. Stärker als die Arbeitersportler mussten sich die Arbeitersänger um die Akzeptanz der Parteiinstanzen bemühen. Aber auch hier setzte sich allmählich die Erkenntnis der positiven Sogwirkung auf bisher unpolitische Arbeiter für die sozialistische Sache durch. Sowohl im Arbeitersport als auch in der -sängerbewegung vollzog sich die tiefe Spaltung der Arbeiterbewegung in reformistische und revolutionäre Kräfte durch deren Organisationsstärke am sichtbarsten und nachhaltigsten. 1928 galt als das für die Arbeitersportler wesentliche Jahr des Auseinanderdriftens in die der SPD oder der KPD nahestehenden Einzelverbände. 1931 schlossen sich die aus dem DAS ausgeschlossenen kommunistischen Gesangsvereine zur „Kampfgemeinschaft der Arbeitersänger“ zusammen.

Ein durchgehend schwieriges Problem, mit dem nahezu alle proletarischen Kulturorganisationen zu kämpfen hatten, war die Gewinnung geeigneter Ausbildungskräfte.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich an dieser Stelle den Wander- und Touristenverein „Die Naturfreunde“, da vor allem seitens der Arbeitersamariter immer wieder Querverbindungen zumeist in Form von Doppelmitgliedschaften oder gemeinsamen Unternehmungen/Benutzung deren Häuser etc. erwähnt wurden. Die Gründerväter hatten vor allem die Verbreitung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse durch persönliches Erleben in Form von Ausflügen, Wandertouren oder Vorträgen vor dem Hintergrund sozialistisch-humanistisch geprägter Bildungsinhalte vor Augen. Insbesondere der Gefahr, durch die alltäglichen Arbeitsbedingungen abzustumpfen, sollte der Kampf angesagt werden. Die Bewegung, die ursprünglich von Wien ausging, hatte 1914 ca. 30.000, nach Kriegsende 26.000, aber schon 1920 75.000 Mitglieder. 1930 erreichte die Organisation auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung ca. 215.000 Mitglieder in mehreren Ländern, allein in der Stadt Wien gab es 1928 60.000 Mitglieder. In gemeinschaftlicher Arbeit errichteten sie eine Vielzahl von Hütten und Heimen (1932: 428 Gebäude). Das Verhältnis zur Sozialdemokratie war „recht harmonisch“. Aber die Spaltung in der politischen Arbeiterbewegung hinterließ tiefe Spuren in der Organisation. Auch hier wurden 1928 200 Ortsgruppen mit

63.000 Mitgliedern (!), in denen die Kommunisten die Mehrheit hatten, ausgeschlossen.⁶¹

Die technische Intensivierung der Produktion einschließlich festgelegter Arbeitszeiten machte erstmalig einen Überschuss an Freizeit möglich. Es entstand ein bis heute nicht wieder erreichtes breites Spektrum an klassenbewussten Arbeiterkulturorganisationen. Allerdings führten auch dort die politischen Richtungskämpfe zu einer zunehmenden Polarisierung und Ende der 1920er Jahre zu einer ideologischen Spaltung.

⁶¹ Vgl. ebenda, S. 71ff.

II.5. Gründung und Wirken des von Esmarch'schen „Deutschen Samariter-Vereins“ (DSV)

Persönlich beeindruckt und angeregt von der Tätigkeit der 1877 in London gegründeten „St. John's Ambulance Association“⁶² rief der Kieler Professor der Chirurgie Friedrich von Esmarch (1823-1908) im Jahre 1882 den „Deutschen Samariterverein zu Kiel“ ins Leben, aus dem die „Samariter Schulen“ im gleichen Jahr hervorgingen. Von Esmarch hatte sich vor allem die Verbreitung des Erste-Hilfe-Gedankens unter ärztlicher Leitung in Deutschland in Form von Vorlesungsreihen zur Aufgabe gemacht.⁶³ Damit stieß er auf ein unerwartet großes Echo. Als er am 25.1.1882 erstmalig seinen „Samariterkurs“, wie seine Vortragsreihen fortan genannt wurden, über „Die Erste Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen“ vor einem Laienpublikum hielt, erschienen weitaus über 800 Teilnehmer, sodass sogar weitere Anmeldungen abgelehnt werden mussten.⁶⁴

Allerdings bestand das Motiv seiner Tätigkeit nicht etwa darin, das bestehende Manko an Erste-Hilfe-Einrichtungen angesichts der sprunghaft angestiegenen Unfallhäufigkeit im expandierenden industriellen Produktions- und Städtebauwesen zu verringern, sondern er wollte ähnlich wie das Rote Kreuz ein Helfer- (und Materialreservoir) für erneute Kriegsfälle in Bereitschaft halten, wobei er die zahlreichen Unglücksfälle als Übungsmöglichkeiten ansah.⁶⁵ Sowohl Fried-

⁶² Die „St. John's Ambulance Association“ wurde 1877 durch den Johanniterorden in London gegründet und sah ihre wesentliche Aufgabe in der unentgeltlichen Beförderung Verunglückter sowie im Erteilen von Unterricht über Erste-Hilfe-Leistungen bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen durch Ärzte. Da hier seit Anbeginn der Organisationsexistenz die Ärzte mit einbezogen waren, kam eine ähnliche Auseinandersetzung, wie sie in den folgenden Jahren in Deutschland einsetzte und um die Frage kreiste, ob Laien überhaupt befugt seien, Erste Hilfe zu leisten, gar nicht zustande. Somit war dort diese Entwicklungerschwernis ausgespart worden. Vgl. Goldmann 1996, S. 85.

⁶³ 1854 wandte er in seiner Kieler Klinik die künstliche Blutleere an. 1869 führte er das Dreieckstuch zur Gefäßkompression und das Verbandspäckchen zur Erstversorgung Verwundeter auf dem Schlachtfeld ein.

⁶⁴ Ursprünglich hatte er zur Bedingung gemacht, dass er seinen Vortrag nur halten wollte, wenn sich mindestens 25 Teilnehmer einfänden. Vgl. Goldmann 1996, S. 85ff.

⁶⁵ „Zugleich aber sagte ich mir, dass auch für die freiwilligen Helfer im Kriege keine schönere Friedensaufgabe und bessere Schulung gefunden werden könne ...“. Ebenda, S. 85.

rich von Esmarch als auch Ernst von Bergmann hatten beide als beratende Armeechirurgen ihre Dienste in den Feldzügen von 1864, 1866 und 1870/71 zur Verfügung gestellt und auf die Dringlichkeit einer adäquaten Versorgung im Felde Verwundeter aufgrund des bestehenden gravierenden Mangels hingewiesen.⁶⁶ In Abgrenzung zur Aufgabe des Roten Kreuzes stellte von Esmarch fortan die Propagierung und Lehre der Ausbildung und Methodenschulung in Erster Hilfe in den Mittelpunkt seines Handelns, da ihm die schlecht organisierten und kenntnisarmen frühen Hilfsvereine vom Roten Kreuz und deren spärlich ausgerüstete Sanitätswachen als nicht ausreichend erschienen. Seine „Samariterkurse“ richteten sich ganz bewusst an ein Publikum ohne ärztliche Vorbildung, was unter der sich seit den 1880er Jahren verstärkt niederlassenden und untereinander stark konkurrierenden Ärzteschaft heftigste Proteste hervorrief und ihm den vehementen Vorwurf der Unterstützung des Kurpfuschertums eintrug.

Von Esmarch ermüdete nicht, wieder und wieder seine ideologische Nähe zum Roten Kreuz herauszustellen. Und schon anlässlich seiner ersten Vorlesungsreihe betonte er, dass er „diese Vorträge als Mitglied des Vereins vom Roten Kreuz und mit steter Rücksicht auf den Krieg halten würde.“⁶⁷ Das Motiv, Anschluss an das Rote Kreuz zu finden, leitete sich aus dem Inhalt der Kriegssanitärordnung ab, die vorsah, dass abgesehen von den drei Ritterorden (Johanniter-, Malteserorden und St. Georgsritter) nur die Vereine vom Roten Kreuz amtlicherseits im Kriegsfall an die militärische Organisation angeschlossen würden. Somit sah sich von Esmarch mit der Befürchtung konfrontiert, dass der Deutsche Samariterverein als Ganzes „seiner patriotischen Pflicht nicht nachkommen könnte“ und sich im Ernstfall außen vor wiederfinden würde.

In den 80er Jahren gelang es dem DSV, sich über ganz Deutschland auszubreiten. 1883 hatten sich in ca. 80 Orten Samariter-Vereinigungen gegründet,

⁶⁶ So befasste sich von Esmarch 1869 in seinen frühen Vorträgen in Kiel im Wesentlichen auch mit dem Problem einer ausreichenden Bereitstellung von Lazaretten, Hospitalschiffen, Eisenbahnlazarettwagen etc. für den Kriegsfall und kam damit dem Gedanken der Genfer Konvention von 1864 nach. Vgl. ebenda, S. 84.

⁶⁷ Goldmann 1996, S. 85ff.

knapp zehn Jahre später gab es im ganzen Reich schon ca. 300 lokale Ableger.⁶⁸ Von dieser Entwicklung profitierten die vaterländisch-konservativ ausgerichteten Krieger- und kaisertreuen Sportvereine. Aber ebenso sahen die staatlichen und kommunalen Behörden eine Chance darin, ihre Bediensteten in Erster Hilfe ausbilden zu lassen.⁶⁹ Städtische Gemeinden selbst konnten gegen eine jährliche Gebühr von mindestens 10 Mark Mitglieder im DSV werden. Für Friedrich von Esmarch nahm die Ausbildung in Erster Hilfe durch seine Samariterschulen einen immer größeren Stellenwert ein. Er stellte sich vor, dass die Samariter des DSV als „Pioniere des Roten Kreuzes“⁷⁰ zur Verbreitung des Unterrichts innerhalb des Roten Kreuzes und somit zur Qualitätssteigerung der Erste-Hilfe-Leistung beitragen könnten, um die Kriegsverletzten nicht wie früher den „hilfsbereiten Schlachtenbummlern“ zu überlassen. Bis 1908 wurden jährliche „Samaritertage“ in wechselnden Orten abgehalten, auf denen jedes Mal die ersehnte Kooperation auf Bundesebene mit dem Roten Kreuz einen der Haupttagesordnungspunkte ausmachte.

Dennoch schien die Tätigkeit seines Bundes nicht die uneingeschränkte Zustimmung der Rotkreuz-Führung zu erhalten. Sein hartnäckiges Bestreben nach organisatorischer Verschmelzung mit dem Roten Kreuz wurde wiederholt desillusioniert. Die Ärzteschaft befürchtete, dass aus den Samariterschulen in allererster Linie „Kurpfuscher“ hervorgingen, deren Halbwissen durch ein er-

⁶⁸ Von Esmarch gab einen sogenannten Leitfaden für die Samariterschulen in fünf Vorträgen heraus, der auch bei dem späteren ASB Verwendung fand. Der Leitfaden wurde bis 1905 in 28 Sprachen übersetzt und erschien in einer Auflage von mehr als 60.000 Exemplaren um die Jahrhundertwende. 1897 wurden 600 Lehrmittelkästen, 2.700 Wandtafeln und 15.000 „Zinktafeln auf welchen die Hilfe zur Wiederbelebung scheinbar Ertrunkener dargestellt“ war, vertrieben. Vgl. Goldmann, 1996, S. 88.

⁶⁹ Der 1885 veröffentlichte Bericht über die Berliner Ausstellung für Hygiene und Rettungswesen von 1882/83 gibt an, dass seit 1882, also noch vor Wirksamwerden der Kranken- und Unfallversicherungsgesetzgebung, in Aachen 70 Polizeibeamte in Erster Hilfe unterrichtet wurden; in Berlin betrug deren Zahl 1893 bereits 300. Auch die Bahnpost verzeichnete im selben Zeitraum 800 ausgebildete Ersthelfer unter ihren Beamten und bei zahlreichen Eisenbahnen wurden Kurse für das Fahrpersonal eingerichtet. Vgl. ebenda, S. 89.

⁷⁰ Vgl. Henius 1905, S. 9.

langtes Prüfungsdiplom in trügerischer Weise auch noch gefestigt würde.⁷¹ Henius gibt das Verhältnis zwischen DSV und Rotem Kreuz in seiner ihm eigenen blumigen Sprache folgendermaßen wieder:

„Der Samariterbund bezweckt natürlich keine Verschmelzung mit dem Roten Kreuz; dazu ist schon die ganze Organisation eine zu verschiedenartige, als daß der eine Verband in den anderen aufgehen könnte; aber seinen Platz an der Sonne möchte er sich doch erkämpfen, wenn er auch ein bescheidener, nicht im Vordergrunde liegender ist; er würde zufrieden sein, wenn die ausgebildeten Nothelfer als Reserve für die ausziehenden Sanitätsmannschaften, und wenn seine sonstigen Einrichtungen als Materialien für den Bedarfsfall angenommen würden.“⁷²

Das Zentralkomitee des Roten Kreuzes verzögerte die Befassung mit dieser Frage wiederholt mit dem Hinweis, dass über diesen Punkt die Landesdelegiertenkonferenz entscheiden müsse. „Aber bald darauf erschien in der offiziellen Zeitschrift ‚Das Rote Kreuz‘ ein Artikel, in welchem in verhöhrender Weise das Entgegenkommen des Samariterbundes zurückgewiesen wurde“.⁷³ Seitdem habe der Bund in dieser Hinsicht keinen weiteren Schritt der Annäherung unternommen. Später kommentierte Henius die permanent reservierte Haltung des Roten Kreuzes deutlich pointierter und benannte als Grund die Angst des Roten Kreuzes vor der wachsenden Konkurrenz auf zivilem Betätigungssektor durch den DSV:

„Immerhin ist es ein auffallendes Zusammentreffen, daß die Friedenstätigkeit des Roten Kreuzes, der jetzt von Jahr zu Jahr größere Aufgaben zur Lösung übergeben werden, sich erst damals ordentlich zu entwickeln begann, als der Samariterbund in der Öffentlichkeit von sich reden machte“.⁷⁴

Dessen ungeachtet kam es jedoch auf regionaler Ebene zu vielfältigen organisatorischen Zusammenschlüssen und Vereinbarungen.⁷⁵

⁷¹ Vgl. ebenda, S. 11. Infolgedessen hatte der Kieler Samariterverein schon frühzeitig die Ausfertigung von Diplomen aufgegeben.

⁷² Ebenda, S. 20.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Ebenda. Henius bezieht sich dabei auf den 2. Samaritertag in Leipzig 1897.

⁷⁵ Henius berichtet, dass ungeachtet der Haltung des Roten Kreuzes auf lokaler Ebene wie in Frankfurt am Main, Köln, Linden bei Hannover und in Schöneberg bei Berlin Vereinbarungen zwischen den Sanitätskolonnen und dem Samariterverein oder Rettungsgesellschaften zu gemeinschaftlichem Wirken getroffen worden waren. Vgl. ebenda, S. 21.

1908 ging der Deutsche Samariterbund zusammen mit dem „Zentralkomitee für das Rettungswesen in Preußen“ in die „Deutsche Gesellschaft für Samariter und Rettungswesen“ auf.

Somit verzettelten sich die beiden bürgerlichen Samariterorganisationen in Konkurrenzkämpfen. Letztendlich verstanden aber beide ihre Erste-Hilfe-Tätigkeit als ein Ausbildungszwischenspiel während der Friedenszeiten, um auf den Kriegsfall umso besser vorbereitet zu sein.

II.6. Das Rote Kreuz und der zivile Sektor im ausgehenden 19. Jahrhundert

Angesichts des nahezu vollständigen Mangels einer medizinischen Versorgung auf dem Schlachtfeld zurückgelassener Verwundeter durch die vorhandenen Heeressanitätsdienste während der Kriege des vorletzten Jahrhunderts und angesichts mangelnder Vereinbarungen über die Notwendigkeit der Versorgung verletzter Soldaten gründeten Einzelpersonen so genannte „freiwillige Hilfsvereine“. So versuchten schon während der Befreiungskriege 1813-1815 gegen die napoleonische Herrschaft Frauenvereine in verschiedenen deutschen Städten und Ländern entsprechende Verwundetenhilfe zu leisten und ansatzweise Versorgungsstrukturen aufzubauen. Sie lösten sich jedoch nach Abschluss der Friedensverhandlungen wieder auf.

Unter dem persönlichen Eindruck der Schlacht von Solferino und angesichts des ungewissen Schicksals von 40.000 unversorgten Verwundeten trieb der Schweizer Bankier Henry Dunant den Gedanken der Gründung „nationaler Hilfsgesellschaften zur Pflege Verwundeter im Kriegsfall“ voran. Am 22.8.1864 unterzeichneten bereits Vertreter von 16 anwesenden Ländern in Genf die „Konvention zur Verbesserung des Loses der verwundeten Soldaten der Armeen im Felde“. In immer mehr europäischen Ländern entstanden von nun an Rotkreuz-Vereine. Parallel dazu wurde seitens des Staates die Bildung freiwilliger Hilfsgesellschaften begünstigt, nicht zuletzt um eine kostengünstige Vervollständigung des Heeressanitätsdienstes zu schaffen. Erklärtermaßen legten diese Vereine zunächst den Schwerpunkt ihrer Tätigkeiten auf die Bereitstellung entsprechender Hilfe während der Kriegszeiten, erhielten aber durch die Richtlinien der Genfer Konvention des Roten Kreuzes erstmals Gelegenheit, auch während der Friedenszeiten und somit im zivilen Bereich aktiv zu werden.

Während des „Schleswigschen Krieges“ 1864 schlossen sich in Berlin 150 Hilfsvereine im „Zentralkomitee der preußischen Vereine“ zusammen. Am 11. November desselben Jahres gründete sich unter Protektion Kaiserin Augustas der „Vaterländische Frauenverein“. Dieser Verein sollte nicht nur in enger Verbindung mit dem „Preußischen Zentralkomitee zur Pflege verwundeter und erkrankter Krieger“ stehen, „sondern auch im vaterländischen Sinn durch eine

augenblickliche Hilfeleistung bei allgemeinen oder örtlichen Landeskalamitäten, wie Krieg, Feuersbrunst, Überschwemmung und Seuchen, die Not zu erleichtern ... suchen.“⁷⁶ Zusammen erfassten diese beiden Vereine 1892 700 Zweigvereine und 90.000 Mitglieder.⁷⁷ Um sich besser auf die medizinischen Auswirkungen im Kriegsfall vorbereiten zu können, wurde die Suche „nach dankbaren Aufgaben für die Hilfsvereine im Frieden“⁷⁸ fortan eine zentrale Aufgabe vor allem auf den Vereinstagen. In Absprache mit dem Kriegsministerium einigte man sich auf die Übernahme bestimmter Aufgaben wie die Schaffung und Bereitstellung von Verbands- und Hilfsmitteldepots, Lazaretten, Sanitätszügen sowie Durchführung von Geldsammlungen. Vor allem in den 1890er Jahren und um die Jahrhundertwende engagierte sich das Rote Kreuz, wenn auch mit (regional) unterschiedlicher Intensität, in vielen zivilen Bereichen wie der Katastrophen- und Seuchenbekämpfung, der Armen- und Gemeindecrankenpflege, der Säuglingsfürsorge, der Bekämpfung der Tuberkulose durch die Errichtung von Lungenheilstätten, der Hilfe bei Missernten und Hungersnöten sowie bei der Hinterbliebenenbetreuung etc. Insbesondere die Tätigkeit der Frauenvereine drang weit in den zivilen Sektor vor.⁷⁹ Gleichwohl wurde der eigentliche Sinn und Zweck der Tätigkeit im zivilen Bereich immer wieder deutlich herausgestellt. Generalarzt Dr. Körting: „... dass die Friedensarbeit ... von der Kriegsvorbereitung inhaltlich nicht zu trennen ist. Etwa abgesehen von der Wöchnerinnen- und Kinderpflege ... gibt es kein Gebiet der Liebestätigkeit, welches nicht in der Kriegsarbeit Gleichwertiges hätte ...“⁸⁰

Die Zahl der Zweigvereine und Mitglieder nahm nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71, der als Bewährungsprobe des neu gegründeten

⁷⁶ Trautmann 1977, S. 25.

⁷⁷ Vgl. von Esmarch 1892, S. 8.

⁷⁸ Ebenda, S. 13ff.

⁷⁹ Z.B. berichtet Grüneisen, dass es wiederholt vorkam, dass Rotkreuz-Schwester aufgrund einer schweren akuten Epidemie in den Dörfern die Seuchenkrankenpflege übernahmen. „Nach Abklingen der eigentlichen Gefahr hatten sich die Schwestern als so unentbehrlich erwiesen, daß man sie nicht wieder gehen ließ. Sie traten in ein dauerndes Vertragsverhältnis zu den Vaterländischen Frauenvereinen, und damit waren die ersten Gemeindecrankenpflegestationen entstanden.“ Grüneisen 1939, S. 126.

⁸⁰ Trautmann 1977, S. 26f.

„Vaterländischen Frauenvereins“ galt, rasch zu. 1880 zählte er bereits 500 Zweigvereine mit 50.000 Mitgliedern und 1890 schon 700 Vereine mit 90.000 Mitgliedern.

1880 erkannte das Deutsche Rote Kreuz voll und ganz die Kriegssanitätsordnung von 1878 an, die vorsah, dass sowohl die Männer- wie die Frauenvereine des Roten Kreuzes im Kriegsfall voll und ganz dem militärischen Oberkommando unterstellt sind.⁸¹

Nicht zuletzt als Folge einer ungewohnt langen Friedenszeit und des resultierenden Betätigungsvakuums der männlichen Mitglieder nahm das Preußische Zentralkomitee vom Roten Kreuz Verhandlungen mit dem Deutschen Kriegerbund mit dem Ziel auf, in 90 Städten Sanitätskolonnen zu gründen, die sich zunächst aus Mitgliedern der Kriegervereine zusammensetzen sollten, später auf Nichtmitglieder erweitert wurden. So gab es 1905 in Deutschland 954 Zweigvereine vom Roten Kreuz mit einer Gesamtmitgliederzahl von 148.415 und 1.426 Sanitätskolonnen mit 20.000 einsatzfähigen Mitgliedern.⁸²

Um die Bindung an Kaiser und Staat zu festigen und somit besser auf zukünftige Kriege vorbereitet zu sein, wurde die Organisationsstruktur des Roten Kreuzes erheblich gestrafft. Das Zentralkomitee erhielt eine immer stärkere Kompetenz, z.B. das alleinige Stimmrecht auf internationalen Konferenzen, die Selbstständigkeit der Landesverbände verringerte sich, die Vormachtstellung des Preußischen Vereins vom Roten Kreuz wuchs. Gleichzeitig wurde eine Tätigkeitserweiterung auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege, u.a. auch Kooperationen mit Gemeinden z.B. zur effektiveren Seuchenbekämpfung beschlossen, aber immer unter dem Gesichtspunkt, die Friedenszeiten zu nutzen, um besser auf den Kriegsfall vorbereitet zu sein.⁸³ Diese wurden 1909 ähnlich den natio-

⁸¹ Die Mitglieder der freiwilligen Krankenpflege unterstanden während ihres Kriegseinsatzes der Militärgerichtsbarkeit, den Kriegsgesetzen und der Disziplinarordnung des Heeres, Austritt aus dem Roten Kreuz war unmöglich. Vgl. ebenda, S. 36.

⁸² Ebenda, S. 29.

⁸³ Dies war das Änderungsergebnis der „Übereinkunft zur Bildung der Gesamtorganisation der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz von 1869“, beschlossen auf der 3. Konferenz 1908 in Dresden. Vgl. ebenda, S. 38.

nenal Rotkreuzvereinen dem Schutz der Genfer Konvention unterstellt, die Rotkreuzvereine dem Heeressanitätsdienst gleichgestellt.

1909 wies das Rote Kreuz folgende Organisationsstärke auf: Im Reichsgebiet bestanden 1.650 Sanitätskolonnen mit 58.901 Mitgliedern, 59 Verbände der „Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriege“ mit 6.958 Mitgliedern, sieben Samariter-Vereine vom Roten Kreuz mit 699 Mitgliedern und drei Formationen vom Roten Kreuz mit 40 Mitgliedern. Diese Formationen wirkten in 1.512 Städten und Gemeinden Deutschlands und schlossen mit 913 Gemeinden, 606 Betrieben und Bergwerken, 39 Berufsgenossenschaften, 405 Eisenbahn- und sonstigen Behörden Vereinbarungen über Rettungsdienste ab.⁸⁴

Allerdings sollte trotz dieser 1909 erstellten Statistik nicht von einer Existenz eines suffizient und umfassend organisierten Rettungswesens in Deutschland ausgegangen werden. So rechnet Trautmann kritisch nach, dass in dieser Zeit in Deutschland 5.100 Städte und Gemeinden existierten und in höchstens einem Drittel Rotkreuz-Vereine überhaupt ansässig waren. Oder anders veranschaulicht konnte selbst unter Einbeziehung der besser versorgten Großstädte umgerechnet lediglich an jedem 9. Tag bei nur einer Person Erste Hilfe durch einen Rot-Kreuz-Sanitäter geleistet werden. Bezogen auf Vereinbarungen muss nüchtern konstatiert werden, dass nicht einmal der fünfzigste Teil aller Betriebe mit über 50 Arbeitern über einen Hilfsvertrag mit dem Roten Kreuz verfügte.⁸⁵

Erst nach dem Ersten Weltkrieg weitete das Rote Kreuz zielstrebig seine Tätigkeit auf den zivilen Sanitätsdienst, die Volkshygiene und die Wohlfahrtspflege aus. Der Grund für die geänderte Schwerpunktsetzung war aber nicht die Folge einer geänderten Gesinnung. Dem Roten Kreuz war durch den Versailler Vertrag schlichtweg verboten, sich zukünftig an jedweder Form der Kriegsvorbereitung zu beteiligen.

Letztendlich fasst Grüneisen in seinem 1947 erschienenen Buch die Friedenstätigkeit des Roten Kreuzes treffend zusammen, indem er darlegt:

⁸⁴ Vgl. ebenda, S. 39.

⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 39f.

„Alle diese Tätigkeitsgebiete dienten dem Kampf gegen die Notstände des deutschen Volkes, als Vorbereitung auf die Aufgaben, die dem Roten Kreuz für Kriegszeiten und in Kriegszeiten oblagen: der Erhaltung der Kraft und Gesundheit des Volkes, der Bekämpfung von Schädigungen der Volksgesundheit und der unmittelbaren Hilfeleistung während des Krieges“.⁸⁶

Es soll dennoch in keinster Weise verkannt werden, dass sich ein beträchtlicher Teil der Rotkreuz-Mitglieder ernsthaft und aufopferungsvoll für eine Friedensarbeit einsetzte und Erhebliches dabei leistete. Dennoch bestand seitens der Rotkreuz-Führung kein Interesse, sich als Erste-Hilfe-Organisation der massiv zunehmenden Unfallhäufigkeit durch den explodierenden Bau- und Produktionsboom in der Industrie entgegenzustellen. Trotz der Ausweitung auf den zivilen Bereich fühlte man sich als Sanitätskorps stärker dem Militarismus und Konservatismus als den Problemen der Klasse der Arbeitenden verpflichtet.

⁸⁶ Grüneisen 1939, S. 129.

II.7. Interessenkonflikte bei der Entwicklung und Installation eines kommunalen Rettungswesens am Beispiel der Stadt Berlin

Das Zustandekommen eines funktionierenden kommunalen Rettungswesens wurde selbst in Berlin als der am raschesten wachsenden Industriemetropole Deutschlands durch eine Vielzahl aufeinanderprallender Interessenskonflikte eher erschwert als ermöglicht. Die ungeheure wirtschaftliche Aktivität zog eine hohe Unfallhäufigkeit nach sich, sodass dort ein entsprechend hoher Druck zur Gründung von Erste Hilfe-Einrichtungen entstand. Die dortigen Initiativen können als richtungweisend für die Errichtung eines Rettungswesens in anderen Städten Deutschlands gelten.

Zwar bestanden in Berlin seit 1872 einige regionale Sanitätswachen vom Roten Kreuz, doch beschränkten diese ihre Tätigkeiten ausschließlich auf die Nachtzeit, boten also während der Hauptverkehrs- und Hauptarbeitszeiten keine Hilfsmöglichkeiten.⁸⁷ Eine Kooperation mit den zwölf bestehenden Krankenhäusern existierte nicht, ganz abgesehen davon, dass die wachsenden Wohngebiete und Industrieviertel sich immer weiter aus deren Einzugsgebieten entfernten.⁸⁸ Nicht selten mussten Unfallopfer eine wahre Odyssee von einem Hospital zum nächsten unternehmen, da es noch an einem koordinativen Informationssystem über die Anzahl freier Betten fehlte.

⁸⁷ Darüber hinaus fungierten sie in ihren Anfangszeiten zumeist nur als Nachweistellen von Ärzten und waren nur unzureichend für Erste-Hilfe-Leistungen ausgerichtet. Allerdings war der Bedarf nicht zu übersehen. So leisteten sie 1891 insgesamt 5.413 Hilfsleistungen. Vgl. von Bergmann 1899, S. 10.

⁸⁸ „... Während also in manchen Bezirken die Krankenhäuser nur wenige Schritte voneinander entfernt lagen, entbehrten große Teile der Stadt derselben gänzlich. Zu diesen Bezirken gehörten aber gerade die allerbelebtesten, wie die Friedrichstadt südlich der Linden bis zum Halleschen Tore, der industriereiche Osten und Süden, die Bezirke Alt-Berlin und Alt-Cölln, die Gegend am Schönhauser Tor, Alexanderplatz u.a.m. Die Berliner Krankenhäuser waren aber auch ferner nicht in der Lage Hilfe nach auswärts zu gewähren, da die wachhabenden Ärzte die Häuser nicht verlassen konnten. Das Publikum war daher bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen gezwungen, entweder auf gut Glück zu einer Anzahl von Ärzten zu senden ... oder auf der Straße nach einem der bekannten Doktorwagen zu spähen und den Insassen um Hilfe zu bitten.“ Frank 1927, S. 3.

In den 1890er Jahren ergriffen die Arbeitgeber eine Initiative, indem sie am 14.10.1894 die Errichtung von vier berufsgenossenschaftlichen Unfallstationen in Berlin bekannt gaben, die sich erklärtermaßen auch für die Behandlung nicht nur bei der Arbeit Verletzter, sondern auch Zivilverletzter zuständig sahen. Durch die Anbindung an angeschlossene kleine Kliniken konnten unfallverletzte Arbeiter aufgenommen und behandelt werden.⁸⁹

„Diese Stationen sind nicht bloß für die Unfallverletzten der Berufsgenossenschaften, sondern für die Allgemeinheit bestimmt, sie leisten bei allen Unfällen Tag und Nacht auf Ansuchen ärztliche Hilfe, und übernehmen, wenn der Verletzte nicht transportfähig ist, erforderlichen Falls die weitere Behandlung, sei es ambulatorisch, sei es stationär ...“⁹⁰

Der Gründung dieser Unfallstationen war ein jahrelanges Tauziehen um die Finanzierung anfallender Entschädigungsleistungen beruflich verunglückter Arbeiter vorausgegangen. Die Unfallversicherungen hielten die ärztliche Versorgung, inklusive der durch die Krankenhäuser, für unzureichend. Nach der bisherigen Gesetzgebung übernahmen ausschließlich die Krankenkassen in den ersten 13 Wochen nach dem Verletzungsereignis die Behandlungskosten. Durch die Revision des Krankenversicherungsgesetzes vom 10.4.1892 wurde nun auch den Berufsgenossenschaften der Weg frei gemacht, sofort nach Eintritt des Schadensereignisses tätig werden zu dürfen.

Durch diese Gründungsinitiativen erhofften sich die Arbeitgeber in erster Linie, Behandlungskosten und (Teil-)Renten durch eine möglichst zügige gesundheitliche Wiederherstellung minimieren zu können. Dabei sollten die Unfallstationen, die bevorzugt in der Nähe von größeren Industriebetrieben errichtet wurden, eine schnelle und suffiziente Behandlung insbesondere sogenannter leichter Verletzungen ermöglichen. Denn diese bildeten den Hauptanteil des Verletzungsgutes. Obendrein wurde das Verletzungsausmaß von den betroffenen Ar-

⁸⁹ Die Initiatoren waren die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft, die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft, die Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie, die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft; diese befanden sich in der Nähe der jeweiligen Hauptbetriebsstätten der Berufsgenossenschaften und konnten einen verletzten Arbeiter sowohl betriebsnah versorgen als auch einen Arzt in den jeweiligen Betrieb entsenden. Vgl. ebenda, S. 4.

⁹⁰ Goldmann 1996, S. 110.

beitern häufig bagatellisiert, was dann zu Komplikationen, die wiederum kostenträchtige und zeitaufwendige Behandlungen nach sich zogen, führte.⁹¹

Die Betreiber der berufsgenossenschaftlichen Unfallstationen machten aus ihren Vorbehalten gegenüber der medizinischen Versorgung sowohl durch die städtischen und konfessionellen Krankenhäuser als auch durch die Privatpraxen keinen Hehl. Sie behaupteten selbstbewusst, dass „thatsächlich in den Unfallstationen und in anderen berufsgenossenschaftlichen Krankenhäusern außerordentliche Erfolge erzielt würden“.⁹² Sehr deutlich wurde die eigentliche Interessenlage durch die Veröffentlichung eines vom 1.1.1897 datierten Schreibens der Berliner Brauereigenossenschaft, die bei diesen Vorstößen eine Vorreiterrolle einnahm, wiedergegeben:

„Den pro 1896 ersparten Capitalwerth darf man nach diesem Ergebniß (bzw. günstige Resultate in Bezug auf die zu entschädigenden Unfälle in Folge eines intensiven Heilverfahrens während der ersten 13 Wochen, sowie einer unausgesetzten Controlle u.s.w.) rund auf 500000 Mark beziffern, der den Mehrbetrag für die Kosten des Heilverfahrens in den ersten 13 Wochen reichlich aufwiegt“.⁹³

Die Berufsgenossenschaften (BG) Berlins erhielten durch das Reichsversicherungsamt einen zusätzlichen Beistand, indem dieses die BG sogar verpflichtete, „die Verletzten in Berlin und den Vororten, bei welchen eine Anstaltsbehandlung für erforderlich erachtet wurde, in eine der (Unfall-, d.A.) Stationen zu überweisen“.⁹⁴

Sowohl die forsche Vorgehensweise als auch die o.a. gesetzliche Bevorzugung der BGs erlebten die Ärzte als eine erhebliche Brüskierung ihres Status. Die Krankenhausmediziner, insbesondere die der Universitätskliniken, fürchteten

⁹¹ Noch 1901 schreibt der diensthabende Arzt der Unfallstation Charlottenburg, „dass das ganze Heer der Zellgewebsentzündungen, der Furunkel, Panaritien, Phlegmonen, inficirter Wunden, mit welchen so viele Arbeiter auf unserer Station Hilfe suchen, nach meiner Erfahrung in mindestens 50% der Fälle auf vernachlässigte, für unbedeutend erklärte Betriebsverletzungen zurückzuführen ist“. Goldmann 1996, S. 113.

⁹² von Bergmann 1899, S. 16ff.

⁹³ Ebenda, S. 12f.

⁹⁴ Ebenda, S. 19. So ergab sich z.B. zum Gespött der Leute, dass Verletzte, die in der Nähe eines Krankenhauses verunglückt waren, an diesem vorbei zu entfernt liegenden Unfallstationen transportiert werden mussten. Vgl. Henius 1905, S. 25ff.

einen Schwund an ausreichendem chirurgischen Anschauungs- und Übungsmaterial angesichts der sich foudroyant entwickelnden Notwendigkeit, im unfallchirurgischen Bereich den aktuellen Erfordernissen gewachsen sein zu wollen. Die niedergelassenen Ärzte befürchteten in erster Linie wirtschaftliche Einbußen durch die Konkurrenz der Unfallstationen.⁹⁵ Sie ärgerte vor allem, dass die Unfallstationen den Status eines privaten Ambulatoriums mit eigener ärztlicher Abrechnungsmöglichkeit erhielten. Abgesehen von der Garantie wirtschaftlicher Sicherheit durch einen relativ kontinuierlichen Patientenzustrom erhielten diese Ärzte eine Pauschale pro behandeltem Patienten, die „mit 4,-Mark pro Tag doppelt so hoch lag wie die ortsüblichen Tarife“⁹⁶ So ließen intrigante Mutmaßungen über die Protegierung und mangelnde Qualifikation der BG-Ärzte nicht lange auf sich warten.⁹⁷ Zu guter Letzt kam auch in dieser Auseinandersetzung das alte Argument auf, dass vor allem angesichts der Notwendigkeit einer medizinischen Akutversorgung und eines zügig durchzuführenden Krankentransports das sog. „Laienelement“ in Form fraglich qualifizierter Samariter zu viel Gewicht erhalten würde und damit die ärztliche Profession in Misskredit brächte.

Als Folge dieser Zwistigkeiten kam es zu teilweise kuriosen Auswüchsen. So errichteten beispielsweise niedergelassene Ärzte sogenannte „Rettungsstellen“ in der Nähe von berufsgenossenschaftlichen Unfallstationen, um der BG-Einrichtung zumindest die nichtarbeitsunfallverletzten Patienten abzuwerben, deren Behandlung die Unfallstationen erklärtermaßen ebenfalls anboten. Um angesichts dieser Entwicklung nicht ohne Konzept dazustehen, stellten sich die

⁹⁵ Denn diese behandelten ja nicht gerade wenige „zivil“ Verletzte oder Erkrankte (s.a. Statistik der BG über die Anzahl entsprechender Behandlungen aus der Bevölkerung). Vgl. Goldmann 1996, S. 120.

⁹⁶ Ebenda, S. 121.

⁹⁷ Anscheinend schloss sich auch Ernst von Bergmann den Vorwürfen mangelnder Qualifikationen der Ärzte der Unfallstationen an: „Das sei aber kein Wunder; (dass Ärzte der Unfallstationen aufgrund mangelnder Kenntnis falsche Diagnosen stellten, d.A.) denn die Herren beständen mit Ach und Krach ihr Examen und bekämen dann durch Protektion eines Stadtraths, eines Onkels, der einen großen Namen hat etc., ihre Stellen in der Unfallstation.“ Ebenda, S. 122.

sich benachteiligt fühlenden Ärzte vor, ein System der Akutversorgung durch die Verquickung von Privatpraxen mit den Krankenhäusern zu installieren.

Die Diskreditierung öffentlicher und konfessioneller Krankenhäuser sowie der niedergelassenen Ärzte durch die Berufsgenossenschaften wurde durch einen Boykott der Ärzte und Krankenkassen gegenüber den Unfallstationen beantwortet. Die Krankenkassen ihrerseits fühlten sich von den Berufsgenossenschaften durch das ihnen verliehene Recht auf sofortige Behandlung von Betriebsverunfallten beschnitten und beschlossen, „das Vorgehen der Berufsgenossenschaften mit den Unfallstationen zu verurtheilen und (ihren Kassenmitgliedern, d.A.) die Nichtbenutzung derselben zu rathen“⁹⁸

Aber nicht nur die Ärzte waren schlecht zu sprechen auf die Unfallstationen, sondern auch die zu behandelnden Arbeiter. Diese sahen in den BG-Einrichtungen in erster Linie „Rentenquetschen“, die anstreben würden, Rentenbeiträge durch eine „intensivere“ medizinische Behandlung einzusparen, um die Arbeitsfähigkeit möglichst bald wiederherzustellen.

Trotz dieser eindeutigen Interessenswahrung stellte das Aufkommen der Unfallstationen einen deutlichen Qualitätssprung in Richtung eines organisierten Rettungsdienstes dar. Waren die sog. Sanitätswachen des Berliner Local-Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger (Rotes Kreuz) eher nach „gefühltem Bedürfnis“ eingerichtet worden und verfügten weder über eine organisatorische oder logistische Verbindung sowohl untereinander als auch zu Krankentransportunternehmen und Krankenhäusern, so wurde die Möglichkeit zur Erste-Hilfe-Leistung nun auf eine qualitativ höhere Stufe gehoben. Die Stationen waren mit einem ständig anwesenden Arzt, der auch zu einem Unfallort gerufen werden konnte (im Gegensatz zu den Krankenhausärzten), einem Heilgehilfen und einem Schwesterndienst versehen. Die Unfallwachen gliederten sich in sog. Haupt- und Nebenwachen. Die Hauptwachen waren für die stationäre Behandlung konzipiert und erhielten einen unter ärztlicher Leitung stehenden Klinikstatus mit 10 bis 20 eigenen Betten, während die Ne-

⁹⁸ Diesem Beschluss schlossen sich 55 Krankenkassen Berlins an. Vgl. von Bergmann 1899, S. 20f.

benwachen rein ambulant tätig sein sollten. Weiterhin verfügten sie über einen, wenn auch noch dezentralen Krankentransportkutschen-Fuhrpark oder zumindest vertragliche Vereinbarungen mit ansässigen Transportunternehmern. Es gab eine direkte, d.h. ohne postalische Vermittlung zustande kommende Telefonverbindung zwischen den Wachen. Ebenfalls wurden gemeinsame und regelmäßige Übungen insbesondere mit den Sanitätskolonnen des Roten Kreuzes vereinbart.

Anscheinend erkannten die Sanitätswachen sehr schnell die Überlegenheit der Unfallstationen und gaben schon im Dezember des gleichen Jahres den Zusammenschluss erster Sanitätswachen mit den Unfallstationen bekannt, wobei durchaus auch einzelne Rotkreuz-Hilfswachen weitergeführt wurden. Bis 1908 hatten sich bereits acht von ihnen mit den BG-Unfallstationen zusammenschlossen.⁹⁹ Das Genfer Abzeichen, das ab 1902 unter gesetzlichem Schutz stand, wurde von den Unfallstationen weitergeführt. Schaut man in die Behandlungsstatistik, so wird die Notwendigkeit der Einrichtung entsprechender Notfallinstitutionen nur allzu offensichtlich. So wurden 1895 ca. 10.400 Fälle behandelt, 1897 über 20.000 und bereits 1900 über 45.600. Der Anteil der Nicht-Betriebsunfälle betrug ca. 40%, anderswo wurden sogar 75% angegeben.¹⁰⁰

Um die Interessenskonflikte zu entschärfen, kamen 1895 Vertreter der ärztlichen Standesvereine, der Berliner Ärztekammer, des „Vereins für freie Arztwahl“, Abgesandte der Stadt und des Ministeriums sowie Vertreter der „freiwilligen Hygienekommission“ zusammen und gründeten die „Kommission für das Rettungswesen“ Berlin, mit dem Ziel, „den Magistrat zur Einrichtung eines städtischen Rettungswesens zu bewegen“.¹⁰¹ Nachdem die Stadt jedoch entsprechende Anträge ablehnte, ging aus dieser Kommission der sogenannte „Zentralausschuss zur Neugestaltung des Berliner Rettungs- und Transportwesens“ hervor, der von einer großen Zahl Berliner Ärzte und dem regionalen Wirtschaftsbürgertum unterstützt wurde. Eine Privatinitiative aus Ärzten, städtischen Honoratioren und Personen aus der Wirtschaft führte den Kampf gegen

⁹⁹ Vgl. Goldmann 1996, S. 117.

¹⁰⁰ Vgl. ebenda, S. 119f.

¹⁰¹ Alexander 1906, S. 13.

den Einfluss der Unfallstationen fort und setzte sich 1895 für ein umfassendes Krankentransportwesen ein, dessen Finanzierung allerdings zunächst von der Stadt abgelehnt wurde. 1897 verfügte Berlin über zwölf Unfallstationen. Im gleichen Jahr gründete die Ärzteschaft unter Führung Ernst von Bergmanns die „Berliner Rettungsgesellschaft“, die über die Neuorganisation des Rettungswesens mit Krankenkassen und Krankenhäusern zu verhandeln begann. Die wesentlichen Prinzipien dieser Gesellschaft bestanden darin, dass die Krankenhäuser mit ihrer humanitären Versorgungsintention gegenüber den vorrangig an materiellen Interessen orientierten Unfallstationen ins Zentrum der Versorgung gestellt werden sollten. Weiterhin hielt man einen ärztlich organisierten Transportdienst für notwendig und wollte die Beteiligung an der Tätigkeit der Rettungsgesellschaft *jedem* sich interessierenden approbierten Arzt ermöglichen. Das wesentliche Novum bildete aber die im Zentrum der Stadt gelegene, ärztlich geleitete Zentralstelle, die über eine Zentralnummer verfügte, in Telefonkontakt zu den wichtigen Hilfsinstanzen stand und die Einsätze koordinieren konnte. So wurde es erstmals möglich, Angaben über die freie Bettenzahl der am Rettungsverbund angeschlossenen Krankenhäuser zu bekommen. Sie gründeten sogenannte Rettungswachen im Stadtgebiet, die statuarisch erkennen ließen, dass die Krankenhäuser als Hauptwachen anzusehen seien und der Transport von Patienten sowie die Behandlung ärztlich organisiert und mit ärztlich ausgebildetem Personal stattzufinden habe. Die Arbeitsbedingungen, z.B. rotierende Arbeitszeiten auf den Wachen und eine einheitliche Entlohnung, wurden klar vereinbart. Somit verfügte Berlin um die Jahrhundertwende über drei verschiedene, miteinander konkurrierende Typen ambulanter Hilfsstationen, nämlich den Sanitätswachen, den Unfallstationen und der Rettungsgesellschaft.¹⁰² Erst auf Initiative des preußischen Kulturministers und unter erneuter wesentlicher Mitwirkung von Bergmanns konstituierte sich auf überregionaler Ebene 1902 das „Zentralkomitee für Rettungswesen in Preußen“.¹⁰³

¹⁰² Vgl. Henius 1905, S. 29ff.

¹⁰³ „In das Komitee wurden gewählt Vertreter der 15 größten Städte Preußens, je ein Vertreter des kaiserlichen Gesundheitsamts, des königlichen Polizeipräsidiums in Berlin, des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, des Deutschen Samariterbundes, des Ausschusses der preußischen Ärztekammern, des Kuratoriums der Ber-

Dennoch fühlte sich die Stadt Berlin weiterhin von den Ärzteverbänden gegängelt. Denn diese forderten angesichts der zwischenzeitlich von der Stadt eingerichteten zweiten Meldestelle vehement die Leitung des bestehenden Rettungswesens. Die Haltung der Stadt wurde durch die Interessenslage der privaten, pekuniär interessierten Krankentransportunternehmer und Fahrzeugdepotverwalter gestärkt. Schlussendlich setzte sich die Einsicht der Gewährleistung einer größtmöglichen Effektivität durch, wenn die Stadt die Regie übernehme. Diese schloss daraufhin im Jahre 1909 entsprechende Verträge mit den Sanitätswachen, der Rettungsgesellschaft und dem Kuratorium der Unfallstationen ab, um eine einheitliche Krankenversorgung und Honorierung der beteiligten Ärzte zu erreichen. Dies hielt 1912 dennoch die Sanitätswachen nicht ab, die Verträge zu kündigen, wodurch seinerseits das Stadtparlament zur Vermeidung einer Wiederholung früherer Konflikte beschloss, dass zum 1.4.1913 das gesamte Rettungswesen städtisch werden sollte, wodurch eine solide finanzielle Basis der bislang unsicheren Verhältnisse erreicht wurde.

Durch diesen Zusammenschluss ergaben sich bessere Voraussetzungen für die Entstehung eines suffizienten Rettungssystems auch in anderen Städten. In Berlin gingen die Unfallstationen der Berufsgenossenschaft zunehmend dazu über, auch Nichtbetriebsunfallopfer zu versorgen. Von den ursprünglich vier berufsgenossenschaftlichen Krankenhäusern war 1897 nur noch eines tätig. Die Vereine des Roten Kreuzes näherten sich immer stärker den Unfallstationen an, sodass sich allmählich eine organisatorische Verschmelzung mit anderen Rettungseinrichtungen vollzog. 1913 gingen die Unfallstationen endgültig in städtische Regie über. Unter Mitwirkung des Zentralkomitees traten in Berlin 1903 die Unfallstationen und die Rettungsgesellschaft zu einem „Verband für erste Hilfe“ zusammen, dem sich alsbald mehrheitlich die Sanitätswachen anschlossen.¹⁰⁴

liner Unfallstationen, des Vorstandes der Berliner Rettungsgesellschaft, der Vereinigung der Berliner Sanitätswachen, sowie mehrere um das Rettungswesen verdiente Einzelpersonen.“ Ebenda, S. 30. Es wurde einstimmig ein Paket von Leitsätzen und Grundzügen beschlossen, die Richtschnur für die vereinheitlichte Arbeit sein sollten. Vgl. ebenda, S. 30ff.

¹⁰⁴ Vgl. ebenda, S. 32.

So kann eigentlich zusammenfassend nur gesagt werden, dass die Einrichtung eines funktionierenden Rettungswesens in den Anfangsjahren Spielball einer Vielzahl konkurrierender wirtschaftlich geleiteter Interessen war und daher nur zögerlich erfolgen konnte. So existierten z.B. noch um die Jahrhundertwende drei verschiedene, miteinander konkurrierende Hilfsstationen: die als Hauptwachen fungierenden Krankenhäuser mit angeschlossenen Rettungswachen, die bis zum Eintreffen des Transportwagens die ambulante Versorgung übernahmen, die Sanitätswachen des DRK und die Unfallwachen der Berufsgenossenschaften.¹⁰⁵ Im Verlauf der weiteren Entwicklung kam es zu noch weiteren Merkwürdigkeiten. So richtete die Stadt 1906 neben der von der Rettungsgesellschaft betriebenen Meldestelle eine eigene Meldestelle ein, um sie in eigener Regie zu betreiben. Erschwerend kam hinzu, dass die Ärzteschaft ihren Anspruch auf exklusive Zuständigkeit emporhielt, nicht zuletzt auch, um das „Laienelement“ außen vor zu halten und erst dann zuzulassen, als es im Rahmen des wachsenden Rettungswesens zum unvermeidlichen Element der Rettungskette wurde.¹⁰⁶

¹⁰⁵ „Bereits im Jahr 1900 arbeiteten im organisatorischen Verbund der Gesellschaft 15 Haupt- und 8 Rettungswachen, von denen 6 in Fusion mit den älteren ‚Sanitätswachen‘ getreten waren.“ Goldmann 1996, S. 134.

¹⁰⁶ Die Befürchtung, der „Kurpfuscherei“ Vorschub zu leisten, hatte sogar zu Animositäten zwischen von Esmarch und von Bergmann geführt, da von Esmarch für die beschleunigte Vermittlung von Erste-Hilfe-Wissen und die Ausbildung von Rettungshelfern eintrat. Vgl. Goldmann 1996, S. 87.

III. VORGESCHICHTE UND GRÜNDUNG DES ASB

III.1. Ein Unfallereignis in Berlin lässt Bauarbeiter zur Selbsthilfe greifen

Sowohl die ersten Impulse, der ereignisreiche Werdegang und die personellen Verflechtungen der ersten Aktivisten, die dem Entstehen einer organisierten Formation der Arbeiter-Samariter-Bewegung vorausgingen, wurden in teilweise minutiöser Kleinarbeit rekonstruiert und in einer Vielzahl von Veröffentlichungen zumeist aus Anlass eines Gründungsjubiläums einer ASB-Kolonie in lebendiger, häufig anekdotenhafter Anschaulichkeit dargestellt.¹⁰⁷ Deshalb möchte ich die Vorphase bis zur Gründung in nur sehr komprimierter Form darstellen. Ein akuter Anlass brachte den Stein zur Gründung ins Rollen:

„Die Routine wird am 28.11.1884, einem Freitag, vormittags um 11 Uhr gründlich durcheinander gebracht. Am Flakensee bei Erkner, auf dem Gelände der Märkischen Eiswerke, gehörend dem Fuhrunternehmer, Druckereibesitzer, Eisenbahnpächter und Natureisverarbeiter Carl Nauck aus Berlin-Wedding, hatte es einen schweren Unfall gegeben. Beim Bau einer großen Lagerhalle war eine 40 Meter lange Seitenwand plötzlich nach innen gekippt und eingestürzt, als die letzten Binder aufgesetzt werden sollten. Dass die drei Kollegen Karl Riese (29 Jahre), Albert Witte (33 Jahre) und Theodor Dieckmann (34 Jahre) dabei umkommen, stimmt Dietrich¹⁰⁸ bitter; ihr Tod ist aber für ihn nicht ungewöhnlich. Daß sein Cousin Max Becker, knapp 20 Jahre alt, an jenem Tag in Erkner mit einer leichten Verletzung davonkam, das war für die Familie Sensation und schönstes Weihnachtsgeschenk zugleich.“¹⁰⁹

Von nun an greift ein Rad ins nächste. Vor diesem Hintergrund erhöhter Unfallgefahr entstanden in Deutschland, allen voran in Berlin als der Stadt mit dem höchsten Industrie- und Bevölkerungszuwachs, Ansätze eines selbstorganisierten, an den Arbeiterinteressen ausgerichteten Familienversicherungswesens. Der 1885 gegründete „Verein für ärztliche Hilfeleistung (Sanitätsverein)“

¹⁰⁷ Vgl. Beck 1986. Beck stellte durch seine Rekonstruktionen von beispielsweise häufig erwähnten Ortsangaben aus der ASB-Gründungsgeschichte fest, dass die Genauigkeit der Darstellung mittlerweile ein eigenwilliges Eigenleben entwickelt hatte.

¹⁰⁸ Der Zimmermann Gustav Dietrich gilt als der Begründer der Arbeiter-Samariter-Bewegung.

¹⁰⁹ Beck 1986, S. 168.

stellte eine für die Berliner Arbeiter zuständige Hilfskasse dar, die gegen einen kleinen Obolus Zuschüsse für anfallende Kosten im Krankheitsfall sowie freie Arztwahl zusicherte. Obwohl noch die restriktiven Bedingungen des Sozialistengesetzes existierten, wurde dieser Verein als „Sanitätsverein der Arbeiter beiderlei Geschlechts Berlin“ (SVA) unter Auflagen in das Vereinsregister aufgenommen. Zu den Aufgaben sollte aber nicht nur eine materielle Unterstützung zählen, sondern der Verein wollte auch präventiv tätig sein. Deshalb wurden regelmäßige Vortragsveranstaltungen zu medizinischen Themen durch einige dem Verein verpflichtete Ärzte, „oft mit mosaischem Trauschein und sozialdemokratischer Legitimationskarte“¹¹⁰ durchgeführt. Angeregt durch einen Vortrag Dr. Alfred Bernsteins am 18.3.1888 über „Die Verhütung von Krankheiten“ konnte Gustav Dietrich, der unter den Zuhörern weilte, aus der resignativen, abschließenden Äußerung des Referenten: „Was nutzt es Euch, wenn ich Euch den Vortrag halte und Ihr könnt ihn nicht praktisch verwerten?“ konstruktive Impulse entwickeln, die er in den folgenden Wochen umsetzte. Nach drei weiteren Vorträgen vor Mitgliedern der „Central-Krankenkasse der Zimmerer“, dem „Unterstützungsverein der Maurer“ und dem „Lokalverband Berlin-West des Verbandes Deutscher Zimmerleute“ fand der Vorschlag Dietrichs allgemeine Zustimmung, selber einen „Lehrkurs für Erste Hilfe bei Unglücksfällen“ zu organisieren. Durch eifrige Propagierung wurde ein erster Lehrkursus eingerichtet, weitere folgten.

Am 20.11.1888 findet sich im „Berliner Volksblatt“ sowie im Lokalteil der „Berliner Volkszeitung“ folgender Appell:

„Einladung zum Lehrkursus über die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Unterzeichnete beabsichtigen, in den Wintermonaten einen Lehrkursus über die erste Hilfe bei Unglücksfällen von einem Arzt zu veranstalten. Zur Theilnahme werden insbesondere die Zimmerleute, Maurer und Bauarbeiter, sowie alle Arbeiter, welche sich für die Sache interessieren, ergebenst eingeladen. Diejenigen, welche geneigt sind, sich daran zu beteiligen, werden ersucht, ihren Namen, Stand und Wohnung auf die jetzt herumgehenden Listen zu setzen, damit, sobald eine größere Anzahl von Personen zusammen ist, dieselben per Karte eingeladen werden können. Zur Deckung der Unkosten (Verbandmaterial, Porto usw.) ist ein einmaliger Beitrag für den ganzen Kursus von 25 Pfennigen zu zahlen. Ausgefüllte Liste

¹¹⁰ Ebenda, S. 169. Zu jener Zeit schlossen sich viele jüdische Ärzte und Intellektuelle der sozialdemokratischen Bewegung an und waren für nahestehende Organisationen wie den ASB tätig.

muß an einen der Unterzeichneten gesandt werden. Die Meldungen können bei den nachstehenden Herren des Abends erfolgen. Der fortgeschrittenen Zeit wegen bitten wir, die Meldungen möglichst beschleunigen zu wollen. Gustav Dietrich, Zossener Straße 31, drei Tr.; Joseph Schmidt, Lausitzer Straße 3, drei Tr.“¹¹¹

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde sogar eine „Abteilung nur für Damen“ auf Initiative Mathilde von Hofstettens gegründet.¹¹²

Nach erfolgreicher Absolvierung des ersten Lehrkurses trat am 25.7.1889 der SVA zur Generalversammlung zusammen. Es wurde das Vorhaben bekräftigt, energisch für die Sache zu agitieren und weitere Lehrkurse einzurichten. Ein Vorstand wurde gewählt. Dietrich bekam die Funktion des Kassierers und Schriftführers. Am 18.10.1889 veröffentlichte der Vorstand einen „Aufruf an alle Arbeiter Berlins“, in dem Auskunft über Sinn, Zweck und Ziel des SVA gegeben wurde.

„Arbeiter Berlins, es ist nachgewiesen, daß bei vorkommenden Unglücksfällen auf Bauten, Plätzen und in Fabriken die Arbeiter größtentheils nicht wissen, was sie mit den Verunglückten anfangen sollen, ehe der Arzt eintrifft, darum hat sich im Jahre 1888 von Berliner Arbeitern ein Lehrkursus gebildet, welcher die Arbeiter durch einen Arzt unterrichten will in Anlegung von Verbänden sowie Transport Verunglückter. Diese Lehrstunden werden bildlich durch Vorträge über die inneren und äußeren Organe des menschlichen Körpers sowie durch praktische Handhabung, Anlegung von Verbänden durch vorhandenes Material veranschaulicht. Auch geht das Bestreben der Theilnehmer dahin, daß die Arbeitgeber, ganz gleich, welcher Branche dieselben angehören, für Verbandsmaterial (Binden und sonstiges Material) zum Reinigen und Verbinden der Wunde Sorge tragen sollen. Diese Vorträge und praktischen Übungen beginnen am 21. Oktober und dann alle 14 Tage, abends 8 1/2 Uhr in Feuersteins Tunnel, Alte Jakobstraße 75, und werden von dem praktischen Arzt Dr. Bernstein, Mittenwalder Straße 2, nach dem System des Professors Dr. Esmarch geleitet. Dieser Lehrkursus ist nicht mit den Sanitätskolonnen oder sonstigen Samaritervereinen zu vergleichen, sondern besteht nur aus Arbeitern oder sonstigen Theilnehmern, welche sich der Sache widmen. Zu wünschen wäre es, wenn sich jede Person mit der Sache befassen würde, da Unglücksfälle keinen Tag ausbleiben, auch diese Methoden in jedem Hausstand angewandt werden können. Nur diejenigen Personen sind ausgeschlossen, welche noch nicht das 18. Lebensjahr überschritten haben. Auskunft ertheilen bereitwilligst die unterzeichneten Vorstandsmitglieder. Um rege Betheiligung sowie um weiteste Verbreitung bittet der Vorstand des Lehrkurses der Berliner Arbeiter zur ersten Hilfeleistung in Unglücksfällen.“¹¹³

¹¹¹ Beck 1986, S. 170f.

¹¹² Vgl. ebenda, S. 173.

¹¹³ Ebenda, S. 172f. Einen ähnlichen Aufruf verfasste etwa zur gleichen Zeit der unterrichtende Arzt Dr. Christeller, der sowohl die unfallträchtigen Arbeitsplatzbedingun-

Gustav Dietrich war gleichzeitig Hauptkassierer des „Verbandes deutscher Zimmerleute“ (VdZ), Beisitzer des „Beerdigungsvereins der Berliner Zimmerleute“ sowie Mitglied des (Hirsch-Dunckerschen) „Verbandes des deutschen Gewerksvereins“.¹¹⁴ Auch im Rahmen seiner Beteiligung bei der „Arbeiter-Sanitäts-Commission“¹¹⁵, die sich in Berlin angesichts der 1892 drohenden Cholera-Epidemie gründete und erst 1902 provinziell aufgelöst wurde, spielte Dietrich durchweg die „Rolle des unauffälligen aber effizienten Organisators“¹¹⁶. Die anderen Vorstandsmitglieder waren ebenfalls in Berlin durch ihre berufs-, gewerkschafts- oder parteipolitischen Aktivitäten bekannt.¹¹⁷ Die erstarkte Sozialdemokratie mit ihren zahlreichen Organisationen, wie den gewerkschaftlichen Hilfskassen etc., forderte zum Boykott der Charité auf,¹¹⁸ der sich gegen die unhaltbaren Zustände und unwürdige Behandlung Kranker wandte. Auch bei dieser Initiative war Gustav Dietrich beteiligt.

gen anprangerte als auch an die Eigenverantwortung der Arbeiter appellierte. Vgl. Müller 1988, S. 15.

¹¹⁴ Vgl. Beck 1986, S. 168. Vgl. auch Ausführungen zur Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsrichtung, Kap. II.3. dieser Arbeit.

¹¹⁵ Vgl. ebenda.

¹¹⁶ Vgl. ebenda, S. 174.

¹¹⁷ Vgl. ebenda, S. 174f. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten nahmen mehrmals auf Initiative ihres neugewählten Kollegen Dr. Ignatz Zadeck die Initiative selbst in die Hand und appellierten an die Berliner Arbeiter, gegen ihre üblen Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse selbst vorzugehen. Eine „Sanitätskolonne von Freiwilligen“ bekam den Auftrag, alle großen hygienischen Missstände in Wohnungen, Fabriken, Straßen und Höfen der „Arbeiter-Sanitäts-Commission“ (ASC) zu melden. In dieser war ebenfalls Gustav Dietrich tätig, indem er zu den vorgesehenen Kontrollen durch die Gewinnung von Mitarbeitern aus den Gewerkschaften und aus seinem Lehrkurs beitrug.

¹¹⁸ Vgl. ebenda, S. 175ff. Dem „alten Kasten an der Spree“ warfen sie überfüllte Krankensäle vor, mangelhafte sanitäre Einrichtungen, einen herabsetzenden, preußischen Kasernenhofdrill, der von den Kranken abverlangt wurde, und insbesondere die herabwürdigende Einstufung als Zuhälter von Arbeitern bei der Behandlung der sehr verbreiteten Geschlechtskrankheiten. Außer den Hilfskassen unterstützen über 40 Orts- und andere Krankenkassen sowie verschiedene fortschrittliche Ärzte einen Aufruf, die städtischen Krankenhäuser in Anspruch zu nehmen. Demgegenüber argumentierte die Charité, sie könne keine Kranken entbehren, denn diese seien zur Ausbildung der Studenten unverzichtbar.

Unter Anleitung des neuen Kolonnenarztes Dr. Friedeberg fanden im Sommer 1895 die Lehrkurse zeitweilig am Sonntagnachmittag im Grünen statt. 1897 nannten sich die Aktivsten „Arbeiter-Sanitäts-Kolonne“, bestehend aus einem festen, gut ausgebildeten Mitgliederstamm, der in der Lage war, bei großen Veranstaltungen, Festen und Kundgebungen der Arbeiterschaft Dienst zu tun. Die Gelegenheit einer Bewährungsprobe erhielten sie im gleichen Jahr anlässlich des Arbeitersängerfestes am 3. August in Pichelsdorf, zu dem 40.000 (!) Besucher aus allen Teilen Berlins strömten. Sie wurde mit Bravour gemeistert. 1897 gründete sich eine zweite Kolonne im Berliner Norden, Ende des Jahres zählte der Verein „Samariterkurs“ 136 Männer, 58 Frauen, davon 42 Männer und 17 Frauen als Aktive in der „Sanitäts-Kolonne“. Aus Anlass des Festes des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis 1899 am Weißen See wurden zwei Sanitätszelte, die durch Gewerkschaftsspenden angeschafft worden waren, aufgestellt. 1899 entwickelten die Berliner Arbeiter-Samariter eine „fliegende Rettungsstation“, die vor allem bei Großveranstaltungen eingesetzt wurde und aus zwei Zelten (ein kleines für die Samariter, ein größeres für die Behandlung Verletzter), Betten, Wolledecken, Medikamentschrank, Spirituskocher, Leibwärmer, Sauerstoffapparat und den Instrumenten zur Chloroformnarkose bestand. Die Rettungsstation konnte in fünf Reisekörben verstaut werden und kam in Pferdefuhrwerken zum Einsatz. Weiterhin gehörten zwei „Krankewagen“, d.h. mit Rädern ausgestattete Krankentragen, dazu. Für schnelle Hilfe verfügten die Helfer über Fahrräder. Die Rettungsstationen wurden von zwei Ärzten geleitet.¹¹⁹ Der „Vorwärts“ war über den Einsatz des Lobes voll, als es ein Jahr später auf dem Arbeiter-Sänger-Fest am Weißen See zu einem Ertrinkungsunfall kam, bei dem fünf Teilnehmer durch den spontanen gemeinsamen Einsatz der Arbeitersamariter und Arbeiterschwimmer gerettet wurden, während drei Teilnehmer ertranken. Dies stellte die Geburtsstunde des Wasserrettungsdienstes der ASK dar, der seitdem bis zum Verbot 1933 gemeinsam mit dem Arbeiter-Schwimmer-Bund regelmäßig Dienst tat.¹²⁰

¹¹⁹ Vgl. ebenda, S. 178f.

¹²⁰ Siehe auch Lebenserinnerungen des Berliner Arbeiter-Samariters Werner Schulz, Kap. IV.12. dieser Arbeit.

Die zunehmenden Aktivitäten der Arbeiter-Samariter erzeugten hinsichtlich der Vielzahl der Organisationsbezeichnungen Verwirrung. Die Unterschiede zwischen „Arbeiter-Samariter-Kolonne“, „Arbeiter-Sanitäts-Kolonne“ und „Samariter-Kursus“ waren schwer auszumachen. Deshalb wurden 1901 diese Initiativen unter der Bezeichnung „Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin und Umgebung (ASK)“ vereinheitlicht. Die Aktiven fanden sich in der „diensttuenden Abteilung (DA)“, die sich durch eine Armbinde mit einem roten Kreuz auf weißem Grund kennzeichnete. Auch in Dresden hatte sich eine Arbeiter-Sanitäts-Kolonne gebildet, die das gleiche Abzeichen verwendete. Als das zu jener Zeit ausschließlich militärisch wirkende Rote Kreuz davon erfuhr, brachte es diese Begebenheit vor den Reichstag. Es erreichte, dass der ASK unter Berufung auf die Genfer Konvention von 1864 das Tragen dieses Emblems untersagt wurde, da es ausschließlich als Schutzzeichen der (Militär-)Sanitätsdienstorganisation der kriegsführenden Parteien benutzt werden durfte. Kurzerhand erinnerten sich die Arbeiter-Samariter an das Zeichen der von Esmarch'schen Samariterschule und anderer verwendeter Rettungshinweisschilder und entwarfen ein weißes Kreuz in rotem Kreis. In Berlin entstanden bis 1907 fünf weitere Abteilungen, u.a. in Wedding, Lichtenberg und Rixdorf. Nachwuchsprobleme waren unbekannt, denn der „Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter in Berlin“ galt auch als ein ergiebiges Rekrutierungsfeld der Arbeiter-Samariter.¹²¹

Mittlerweile waren in sechs Städten Deutschlands Arbeiter-Sanitätskolonnen entstanden, die jedoch keinen Kontakt untereinander hatten. Oskar Schaumburg, der Vorsitzende der Kolonne Elberfeld, versuchte über eine Anzeige in der „Sanitätswarte“, Beilage der „Gewerkschaft“ (Zeitschrift der Gemeinde- und Sanitätsarbeiter), alle existierenden Kolonnen zwecks Gründung eines überregionalen Verbandes zu erreichen. Ostern, den 11./12.4.1909 kamen daraufhin elf Delegierte aus sechs verschiedenen Städten im Restaurant „Luisenpark“ in Magdeburg-Wilhelmstadt zusammen, wobei es weitere Kolonnen gab,

¹²¹ Vgl. Beck 1986, S. 182. Nach Beck war der „Verein der Lehrlinge“ nicht nur die Rekrutierungsorganisation für die Arbeiter-Samariter-Jugend, sondern für Aktivisten der späteren sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), der Freien Sozialistischen Jugend (FSJ) und der sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“, ebenso der späteren Arbeiter-Samariter-Jugend (ASJ).

deren Vertreter nicht kommen konnten. Die jeweiligen Repräsentanten berichteten über die vielfältigen Aktivitäten vor Ort, beschlossen ein Statut und wählten den Vorstand. Vorsitzender wurde der Berliner Arbeiter-Samariter Emil Stein, Sitz und Geschäftsstelle des Bundes wurde vorerst seine Wohnung, die „Sanitätswarte“ sollte als Mitteilungsblatt bestehen bleiben. Die Organisation nannte sich fortan „Arbeiter-Samariter-Bund“. Eine Uniform war nicht vorgesehen, Erkennungszeichen wurde das weiße Kreuz in rotem Kreis auf der Armbinde, das mit der Aufschrift „A.S.B.“ im Querbalken des Kreuzes ergänzt wurde. Der Mitgliedsbeitrag sollte 80 Pfennige pro Quartal betragen. Es gab 720 Mitglieder im gesamten Deutschen Reich.¹²²

Die Gründung des ASB erfolgte vor dem Hintergrund des ungebremsten Wachstums in Industrie und Bauwesen, insbesondere in Berlin als die sich am stürmischsten entwickelnde Metropole Deutschlands. Der eklatante Mangel an entsprechenden Schutzvorkehrungen führte zu einer hohen Unfallhäufigkeit, sodass es mehr als nachvollziehbar erscheint, dass die Initiatoren der proletarischen Selbsthilfeorganisation dem Baugewerbe entsprangen. Zusätzlich brachten die Gründerväter ein hohes Maß an proletarischer Fürsorgeinitiative und auch politischem Bewusstsein einschließlich der Organisationserfahrungen mit. Die Einrichtungen seitens der Kommunal- und Staatsorgane erwiesen sich angesichts dieses Booms als völlig insuffizient. Das Auslaufen des Sozialistengesetzes¹²³ am 25.1.1890 machte die legale Unterstützung durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften möglich. Die Unversöhnlichkeit mit dem paramilitärisch auftretenden und konfessionell gebundenen Roten Kreuz, das zu jener Zeit ausschließlich auf die Sanitätsarbeit im Krieg ausgerichtet war, vermittelte der Gründungsinitiative einen zusätzlichen Effekt und trug dazu bei, sich dem Betätigungsfeld der Ausbildung in Erster Hilfe mit dem Ziel der Be-

¹²² Vgl. ebenda, S. 186. Aus Berlin waren die Delegierten Emil Stein, W. Meyer, Gustav Dietrich, Georg Hellmuth, Alexander Frankenstein, aus Dresden die Mitglieder Richter und Panoscha, Süß aus Meißen, Heinrich Neu aus Köln, Heinrich Brauer aus Hamburg und Oskar Schaumburg aus Elberfeld (mit Mandat für Barmen und Kahla/Altenburg) gekommen. Vgl. ebenda, S. 184.

¹²³ Das „Gesetz zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ war am 19.10.1878 vom Reichstag des Deutschen Kaiserreiches verabschiedet worden und kam einem Parteiverbot gleich. Vgl. auch Kap. II.3. dieser Arbeit.

handlung Verunglückter am Arbeitsplatz zu widmen als auch die vielfältigen, häufig massenhaft besuchten Arbeiterkulturveranstaltungen zu betreuen. Angelehnt an die Frühformen der sozialdemokratischen Bewegung mit dem Kampfziel eines sozialistischen Staates verband auch der ASB seine Tätigkeit mit der Kritik am bestehenden politischen System und einer sozialistischen Gesellschaftsvision.

III.2. Die Entwicklung des Arbeiter-Samariter-Bundes bis zum Ersten Weltkrieg

Aber was hatte in Dresden, Meißen an der Elbe, Köln, Hamburg, Elberfeld, Nürnberg, Kassel, Bant-Wilhelmshaven, Magdeburg und Staßfurt zu einzelnen Kolonnengründungen geführt? Abgesehen von der persistierenden Unzufriedenheit mit den insuffizienten Rettungs- und sofortigen Versorgungsmöglichkeiten vor allem in der Arbeitswelt gingen fast allen Neugründungen diskriminierend empfundene Auseinandersetzungen mit dem Roten Kreuz, teilweise auch mit dem „Deutschen Samariterbund“ voraus, denen die ASB-ler zuvor angehört hatten. Durch eine Verfügung des „Zentralkomitees des preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz“ von 1907 wird dieser Hintergrund deutlich:

„Mit den Vorstände glauben wir uns in vollkommener Übereinstimmung darüber zu befinden, daß nach den Angaben und Ueberlieferungen unserer Organisation, nach dem Geiste, der sie von jeher erfüllt hat und erfüllen muss, sowie nach den satzungsmäßigen Verpflichtungen *jede Betätigung oder Pflege sozialdemokratischer Gesinnung* mit der Mitgliedschaft in einer freiwilligen Sanitäts-Kolonnen vom ‚Roten Kreuz‘ unvereinbar ist, daß also nur *unbedingt königstreue und patriotische Männer* unseren Sanitätskolonnen angehören dürfen. Persönlichkeiten, welche diesen Bedingungen nicht entsprechen, dürfen zu den Sanitätskolonnen nicht zugelassen werden; sind sie bereits Mitglieder und betätigen oder pflegen sozialdemokratische Gesinnung, so müssen sie aus den Sanitätskolonnen entfernt werden.“¹²⁴

Auf Grundlage dieser Verfügung fanden Ausgrenzungen und Schikanen gegenüber sozialdemokratisch gesonnenen Rotkreuz-Mitgliedern an verschiedenen Orten statt, die teilweise kuriose Formen annahmen. Beispielsweise unterteilte das Rote Kreuz in Meißen seine Mitglieder in gediente und ungediente.

„Erstere erhielten Uniform und breite Armbinden, letztere nur schmale Armbinden und keine Uniformen, so daß der Genosse Süß die Gründung einer eigenen proletarischen Samariter-Kolonnen den dauernden Demütigungen vorzog.“¹²⁵

In Elberfeld sollten aufgrund einer Verfügung des Herrn von Knesebeck nur königstreue Personen den Sanitätskolonnen des Roten Kreuzes angehören dür-

¹²⁴ Staatsarchiv Hamburg, Hamburger Echo Nr. 179 vom 3.8.1907. Zitat aus einem Aufruf von Heinrich Brauer, dem Initiator der ASB-Gründung in Hamburg.

¹²⁵ ASB-Gründungsprotokoll, 2. Verhandlungstag 12.4.1909, S. 6.

fen.¹²⁶ Selbst die Teilnahme an der Mai-Kundgebung eines lediglich gewerkschaftlich organisierten Mitgliedes des „Württembergischen Freiwilligen Sanitätskorps vom Roten Kreuz“ reichte zu dessen Ausschluss aus, obwohl er seit neun Jahren als „ein eifriges Mitglied der Sanitätskolonne“ galt.¹²⁷ Der Ausschluss eines Sozialdemokraten aus einer Kolonne des „Samariter-Vereins“ löste die Gründung der Arbeiter-Sanitäts-Kolonne in Köln aus. In Hamburg war sich das Rote Kreuz nicht zu schade, sich beim Arbeitgeber über die politische Gesinnung eines neu aufzunehmenden Mitgliedes zu erkundigen.¹²⁸

1907 traten in Barmbek 21 Mitglieder des Roten Kreuzes gemeinschaftlich aus und gründeten eine ASB-Kolonne. Im Vorfeld hatten sozialistisch eingestellte Rotkreuz-Mitglieder ergebnislos versucht, den Vorstand umzustimmen. Denn Mitglieder des Barmbeker Arbeiterturn-Vereins, die ebenfalls Mitglieder in der Kolonne des Barmbeker Roten Kreuzes waren, stellten an den Vorstand das Ansinnen, den Sanitätsdienst auch bei Veranstaltungen der Arbeitersportvereine übernehmen zu wollen, was dieser als Provokation empfand. Man wollte auf keinen Fall mit „Hochverrätern“ zusammenarbeiten. Auf einer Dampferfahrt nach Cuxhaven kam es darüber zum Streit, als der gelernte Dreher Heinrich Brauer, der spätere Vorsitzende der ASB-Kolonne Hamburg, den Vorstand heftig angriff.¹²⁹ Der erste Kursus „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“ fand am 4.10.1907 im Gewerkschaftshaus Hamburg statt. Der Andrang war so groß, das

¹²⁶ Vgl. Der Arbeiter-Samariter 1917, 8. Jg. Nr. 5, S. 2.

¹²⁷ Ebenda 1914, 5. Jg. Nr. 8, S. 3.

¹²⁸ „Vertraulich! Hauptkolonne Rotes Kreuz, Sedanstraße. Hamburg, ... Eppendorfer Weg. Da sich Ihr Angestellter, der Arbeiter ..., nach der Beendigung des Samariterkursus zum Eintritt in unsere Kolonne gemeldet hat, wären wir Ihnen zu großem Dank verpflichtet, wenn Sie uns eine kurze Auskunft über seine moralische Würdigkeit sowie insbesondere über seine politische Gesinnung geben wollen.

I.A.: (gez.) Dr. K. Ferber“. Aufruf der ASB-Kolonne Hamburg: „Männer und Frauen des werktätigen Volkes!“, der sich 1913 an die Arbeiter im Roten Kreuz richtete und von Heinrich Brauer verantwortlich gezeichnet wurde. Stamerjohann,

¹²⁹ Vgl. Schult 1967, S. 101f. Daraufhin traten er und etwa 20 weitere Mitglieder aus der Kolonne aus und gründeten eine eigene Gruppe. Weitere Gründungsmitglieder waren August Vogt, Hermann Edelbüttel, Helene Bunte und der Arzt Dr. Levy. Vgl. ebenda.

man sich gezwungen sah, die Namen der Teilnehmer alphabetisch in die Gruppen A-M und M-Z zu unterteilen.¹³⁰

Bei der Gründung empfand man sich als Bestandteil einer politisch bewusst handelnden, an der sozialdemokratischen Bewegung angelehnten Arbeiterorganisation. Schon in den ersten Passagen des Gründungsstatuts hieß es unmissverständlich:

Der ASB bildete eine „Vereinigung aller freien Organisationen, die sich lediglich der allgemeinen Hilfeleistung bei Unglücksfällen, der Körper- und Gesundheitspflege widmen“ (§1). Zweck des Bundes war, „die Förderung der ihm angeschlossenen Kolonnen mit allen Mitteln zu erstreben und das Samariterwesen im weitesten Maße unter der arbeitenden Klasse zu verbreiten“ (§2). Mitglied des Bundes konnte jede Kolonne werden, „die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, von einem praktischen Arzt geleitet wird und das Bundesstatut in allen Teilen anerkennt (§4).“¹³¹

Ab dem 1. Juli 1910 erschien monatlich die Verbandszeitschrift „Der Arbeiter-Samariter“. Vorrangiges Ziel des Bundes bestand in der Hilfeleistung bei Unglücksfällen, insbesondere Arbeitsunfällen.¹³² Aufgrund der mangelnden Arbeitsschutzvorrichtungen, deren Mangel als Ausdruck der „Profit- und Ausbeutungssucht der meisten Kapitalisten“ und „profitwütigen Unternehmer“ angeprangert wurde, wollte man möglichst viele Arbeiter in Erster Hilfe ausbilden, um am Arbeitsplatz effektiv Erste Hilfe leisten zu können.

„Es ist ja bekannt, daß die sanitären Einrichtungen auf Bauten und in Fabrikbetrieben nur allzu häufig dieses zu wünschen übrig lassen. Eine vor etwa Jahresfrist in Dresden aufgenommene Statistik, die 250 Betriebe mit 30.000 Beschäftigten umfaßte, ergab z.B., daß in 46 Betrieben keine Verbandkasten vorhanden waren, in 53 Betrieben waren die Kasten in ungenügendem oder schlechtem Zustande, in 7 Betrieben war der Kasten nicht jederzeit erreichbar. Ausgebildete Samariter gab es nur in 73 Betrieben. Die hygienischen Einrichtungen wurden in 100 Betrieben als gut, in 88 als ungenügend, in den übrigen als schlecht bezeichnet. Die von den Berufsgenossenschaften erlassenen Unfallverhütungsvorschriften fehlten in 20 Betrieben usw.“¹³³

Darüber hinaus hielt die Arbeitersamariter-Bewegung neben ihrer praktischen Hilfeleistung auch eine prophylaktische Aufklärungsarbeit für notwendig, die

¹³⁰ Vgl. Staatsarchiv Hamburg, Hamburger Echo Nr. 249 vom 24.10.1907.

¹³¹ Labisch 1979, S. 148. Statut des konstituierenden Kongresses in Magdeburg vom 11./12.4.1909.

¹³² Stamerjohann, Hamburger Echo vom 14.4.1909.

¹³³ Staatsarchiv Hamburg, Hamburger Echo Nr. 86 vom 14.4.1909.

eine Kritik am bestehenden Gesellschaftssystem implizierte. Als Ursache der hohen Unfallquote oder der unhygienischen Massenunterkünfte sahen sie die Auswirkungen der ökonomischen Eigentumsverhältnisse an, somit konnte eine grundlegende Verbesserung dieses gesundheitlichen Bereiches nur mit der Änderung dieser einhergehen.¹³⁴ Bewusst wollte man sich vom Roten Kreuz absetzen, indem die Teilnahme an Paraden abgelehnt wurde, insbesondere sollten die Arbeiter nicht für den Kriegsfall ausgebildet werden.

In den Anfangsjahren des Bundes war der Bundesvorsitzende noch ehrenamtlich tätig, die statuarisch verankerte föderative Struktur erlaubte ein hohes Maß an Selbstständigkeit der einzelnen Kolonnen. 1912 existierten in fast 50 Kolonnen über 3.000 Mitglieder, auf organisatorischer Basis wurden die Kolonnen einer größeren Region zu Kreisen zusammengefasst, die unter einem Kreisvorstand arbeiteten.¹³⁵ Die Einführung der Kreisverbände wurde nicht einhellig begrüßt, da die größeren Kolonnen um ihre Selbstständigkeit fürchteten. So wurde den örtlichen Kolonnen auf dem zweiten Bundestag in Hamburg 1911 freigestellt, sich zu Kreisen zusammenzuschließen.

Brauer forderte auf diesem Bundestag, dass sich die Organisationen der Arbeiterschaft, z.B. Arbeiterturner und -sänger, in einem Kartell zusammenschließen sollten, um effektiver gegen vergleichbare bürgerliche Organisationen agieren und die eigene proletarische Vereinigung durch avisierte Übertritte vergrößern zu können.¹³⁶ Schließlich rekrutierten die bürgerlichen Parallelverbände, wie auch das Rote Kreuz, den Hauptteil ihrer Mitglieder aus der Arbeiterschaft. 1913 wurde die Zahl der dort organisierten Arbeiter mit ca. 100.000 angegeben.¹³⁷ So wurde am 17.11.1912 in Berlin die „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege“ gegründet. Daraufhin ließen auch die Arbeitersamarter nichts unversucht, Mitglieder von der bürgerlichen Konkurrenzorganisation abzuwerben. Emil Stein war als ASB-Vorsitzender im Vorstand der Zentral-

¹³⁴ Wie auch Labisch (1979, S. 148f.) bestätigte, stellte die politische Zielsetzung neben der praktischen Hilfeleistung ein durchgängiges Kriterium der frühen Selbsthilfeinitiativen der Arbeiterschaft, somit auch des ASB, dar.

¹³⁵ Vgl. Labisch 1979, S. 149.

¹³⁶ Vgl. ebenda, S. 150.

¹³⁷ Stamerjohann, Die Polizeibehörde Hamburg.

kommission vertreten. Allerdings trat der Bund auf dem dritten Bundestag 1914 in Erfurt aus diesem Verband zunächst wieder aus, da einige Ärzte wegen der Mitgliedschaft des Verbandes „Volksgesundheit“, durch den sie ihr Image gefährdet sahen, in der Zentralkommission ihre Mitarbeit aufzukündigen drohten.¹³⁸ Letztendlich sollte es den einzelnen Kolonnen überlassen bleiben, sich auf der regionalen Ebene nach Absprache mit den Ärzten den örtlichen Kartellen anzuschließen.

Bis Mitte 1914 verfügte der ASB schon über 108 Kolonnen mit ca. 5.500 Mitgliedern. Dennoch gab es auch unerwartete Schwierigkeiten, die zeigten, dass sogar in den eigenen verbrüdeten Organisationen eine solidarische Verbundenheit mit dem ASB noch alles andere als selbstverständlich war. An vielen Orten forderte die Gewerkschaft traditionell die Kolonnen des Roten Kreuzes für ihre Veranstaltungen an und sah keine Notwendigkeit, die Samariterorganisation zu wechseln.

Aber viel wesentlichere Probleme entstanden durch den Kampf um materielle Zuwendung und Unterstützung seitens der öffentlichen Behörden, denn die Arbeitergroschen reichten oft nicht aus. Äußerst restriktiv reagierte beispielsweise das bayerische Landesministerium auf die Anfrage des ASB nach öffentlicher Unterstützung und erließ folgenden Geheimerlass:

„Ministerialentschließung vom 14. Dezember 1919.

In einigen Regierungsbezirken haben sich in den letzten Jahren Arbeitersamariterkolonnen gebildet, deren Bildung von sozialdemokratischer Seite ausgegangen ist. Da sich Zweifel ergeben haben, besteht Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die in der ministerialen Entschließung vom 10. April 1910 erfolgte Empfehlung der Förderung und Unterstützung der Tätigkeit der Sanitätskolonnen des bayerischen Landeshilfsvereins vom Roten Kreuz

¹³⁸ In Hamburg wurde auf der Generalversammlung im Gewerkschaftshaus eine Resolution mit 25 gegen 8 Stimmen angenommen, in dem Kartell zu verbleiben. „... Sie (die heutige Generalversammlung, d.A.) bedauert es aufs lebhafteste, dass der Austritt beschlossen wurde, da doch in keiner Art und Weise auf dem Bundestag der Beweis erbracht ist, daß der schwerwiegende Vorwurf ‚Kurfuscher‘ für die ‚Volksgesundheit‘ zutrifft. Der Ausspruch, 54 Ärzte wollen bei uns nicht mehr unterrichten, ist nicht als stichhaltig anzuerkennen, weil wir wissen, dass einige Tage vor dem Bundestag die Herren Aerzte einseitig informiert sind und man sie nicht richtig aufgeklärt hat über das Programm der ‚Volksgesundheit‘.“ Staatsarchiv Hamburg, Hamburger Echo Nr. 128 vom 5.6.1914.

sich nur auf diese Kolonnen bezieht. Von einer Förderung der Arbeiter-Samariterkolonnen, die zum Teil in Gegensatz zu den Sanitätskolonnen des bayerischen Landeshilfsvereins getreten sind, ist abzusehen, da für das Nebeneinanderbestehen der beiden Organisationen keinerlei Bedürfnis besteht und hierdurch nur eine Zersplitterung und Schwächung der dem freiwilligen Rettungsdienste sich widmenden Kräfte herbeigeführt wird.“¹³⁹

Die Entgegnung auf diesen Angriff durch den Abgeordneten Segiß, die im Bundesorgan abgedruckt wurde, machte deutlich, dass es schon in der Vorkriegszeit seitens des ASB Tendenzen gab, den Bund von seinen sozialdemokratischen Wurzeln zu trennen und in der Hoffnung auf behördliche Gleichbehandlung mit dem Roten Kreuz diese sogar zu verleugnen:

„...die Sozialdemokratie hat mit den Arbeiter-Samariterkolonnen gar nichts zu tun. Es sind jetzt genau 25 Jahre, daß in Berlin die erste Arbeiter-Samariterkolonne gegründet wurde, in Rücksicht auf den Umstand, daß bei zahlreichen Bauunfällen nicht immer rechtzeitig Hilfe vorhanden war, das Sanitätspersonal nicht ausreichend war, um Hilfe zu leisten ...“

Der Hinweis auf diese Stellungnahme sowie auf die Notwendigkeit, gerade im ländlichen Bereich wegen der geringen Arztdichte Institutionen zur Hilfeleistung einzurichten sowie die Erinnerung an die umgehende Bereitschaft der ASB-ler, im Krieg Sanitätsarbeit zu leisten, konnten sozialdemokratische Landtagsabgeordnete erreichen, dass am 9.12.1915 dieser Beschluss aufgehoben wurde.¹⁴⁰

In der Vorkriegszeit hatten sich die Arbeiter-Samariter in den Gebieten mit einer starken Arbeiterbewegung etabliert und „wurden zumindest in ihrer Arbeit nicht behindert“.¹⁴¹ Das DRK sah den ASB als Konkurrenzorganisation an und unterließ nichts, ihn in seiner Entwicklung zu behindern und dabei den traditionell erworbenen Prestigevorsprung gegenüber den Behörden und dem Militär

¹³⁹ Der Arbeiter-Samariter, 1914, 5. Jg., Seite nicht erkennbar. Die Behörden Bayerns verhielten sich besonders restriktiv, da sie den ASB als eine politische (sozialdemokratische) Organisation einstufen. Darüber hinaus sorgten bayerische Behörden für so manches Kuriosum. So nahm der Magistrat aus Lauf an der Pegnitz die bereits erteilte Zusage der Zugbegleitung durch den ASB zum „Kunigundenfest“ zurück, da man der Meinung war, dass es sich nicht schicke, Frauen zu Sanitätsdiensten einzuteilen. Vgl. Arbeiter-Samariter-Bund, Lauf an der Pegnitz 1986, S. 7.

¹⁴⁰ Der Arbeiter-Samariter, 1914, 5. Jg., Seite nicht erkennbar.

¹⁴¹ Vgl. Labisch 1979, S. 151.

rücksichtslos zu nutzen. Dies führte zu einer permanent vorhandenen Entwicklungserschwerung, die durch eine lückenhafte Unterstützung seitens der Ärzteschaft potenziert wurde. Die Ärzte waren von ihren Standesorganisationen abhängig. Für diese war ein Zusammengehen mit sozialdemokratischen Organisationen in höchstem Maße verwerflich, für die Samariterkolonnen aber waren ein ärztlich erteilter Unterricht und eine fortwährende Betreuung essenziell. Innerhalb der Arbeiterbewegung mit ihrer Vielzahl an Arbeiterkulturorganisationen hatte der ASB einen gleichberechtigten Status erhalten.

III.3. Der Arbeiter-Samariter-Bund während der Kriegsjahre

Der Beginn des Ersten Weltkrieges am 1.8.1914 führte in der Entwicklung des ASB zu einer tiefen Zäsur.

„Achtung!

Achtung!

Arbeiter-Samariterkolonne Hamburg!

Das Stiftungsfest am 5. September findet nicht statt. – Sämtliches Kolonnenmaterial, wie Verbandstaschen, Feldflaschen usw., welches sich noch im Besitz der Mitglieder befindet, ist *sofort* an die einzelnen Abteilungen oder an die unterzeichnete Adresse abzuliefern, da in den ersten Tagen das *gesamte* Material der Hamburger Kolonne nach einer bestimmten Stelle hingeschafft wird. Eigenes Material der Mitglieder braucht nicht abgeliefert, kann aber angegeben werden. Weiter ist zu beachten:

In den nächsten Tagen wird eine Extra-Mitgliederversammlung stattfinden. Der Tag wird an dieser Stelle bekannt gegeben. Versammlungszettel werden nicht herausgegeben.“¹⁴²

Zwei Tage später gab dieselbe Kolonne folgende Mitteilung heraus:

„**Die Arbeiter-Samariter-Kolonne** hat ihr sämtliches Material im Werte von etwa M. 2500, das sie sich im Laufe der letzten Jahre mühsam aus eigenen Mitteln angeschafft hat, der Militärbehörde unentgeltlich zur Verfügung gestellt.“¹⁴³

Während der Mobilmachung schloss sich auch die ASB-Bundesleitung dem allgemeinen Kriegstaumel an und brachte Mitte August 1914 eine Sondernummer des „Arbeiter-Samariters“ heraus, auf dessen Titelseite sie einen pathetischen Appell an die „deutsche Arbeiterschaft“ richtete. Alle „Arbeiter und Arbeiterinnen, Partei- und Gewerkschafts-genossen“ seien jetzt gefordert, „unser Vaterland gegen neidische Nachbarn zu verteidigen“. Angesichts der ersten Kriegsverletzten und Toten „sei es die heilige Pflicht aller derjenigen, die zuhause geblieben sind, mitzuhelfen, den Verwundeten ihre schreckliche Lage zu erleichtern. Überall gilt es zu helfen, die freiwillige Kriegsrankenpflege (die Sanitätseinheiten des Roten Kreuzes, d.A.) in ihren Aufgaben zu unterstützen.“¹⁴⁴ An die weiblichen Mitglieder wurde appelliert, tunlichst den Aufforde-

¹⁴² Staatsarchiv Hamburg, Hamburger Echo Nr. 181 vom 9.8.1914.

¹⁴³ Ebenda, Hamburger Echo Nr. 187 vom 19.8.1914. Dieser Beschluss wurde auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 10.8.1914 einstimmig angenommen.

¹⁴⁴ Der Arbeiter-Samariter „Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft!“, 5. Jg. Nr. 9, Mitte August 1914, S. 1.

rungen des Roten Kreuzes Folge zu leisten, um in der Heimat Dienst tun zu können.¹⁴⁵

„Wer wegen seiner Kinder verhindert ist, sich an dem Samariterwerk zu beteiligen, der gebe die Kinder in treue Obhut an Eltern und Geschwister oder in den von unseren Genossinnen eingerichteten Kinderverwahrungsstellen. In der Zeit der Not müssen Herzbeklemmungen überwunden werden; die höhere Pflicht ist: Schmerz, Pein zu lindern. Man denke daran, dass der Gatte, der Vater, der Bräutigam oder der Sohn und Bruder im Felde stehen. Für diese alle ausnahmslos gilt es, Samariterdienste zu tun.“¹⁴⁶

Nach Kriegsausbruch wurde in den ersten Ausgaben im „Arbeiter-Samariter“ konkrete Belehrungen an die Mitglieder gerichtet, wie sie Wohnungen zu einem Lazarett umfunktionieren könnten oder welche Anwendungen im Felde als Sanitäter zu praktizieren seien. Dabei wurde erwartungsfroh ein „herzliches und treues Zusammenarbeiten mit der Kriegersanitätskolonne“ angestrebt.

Der ASB wurde durch die am 27.1.1907 neuverfasste „Reichs-Kriegs-Sanitätsordnung“ dem Roten Kreuz unterstellt und die Arbeiter-Samariter in Feld und Etappe deren Sanitätseinheiten eingegliedert. Dieser Prozess verlief allerdings nicht komplikationslos, denn die ASB-ler waren nicht wenigen Schikanen und Demütigungen der Sanitäter bürgerlich-monarchistischer Prägung ausgesetzt. Letztendlich hatten sie keinerlei eigene politische und soziale Rechte. Obwohl sich vielerorts die ASB-ler unmittelbar nach Kriegsbeginn zur Verfügung stellten, wurde die Aufnahme beispielsweise wegen vermeintlich fehlender Ausbildung abgewiesen (Kolonne Bochum). In der Kolonne Bremen hatten die weiblichen ASB-Mitglieder beim regionalen Hilfsausschuss des Roten Kreuzes umgehend ihre Unterstützung angeboten.

„Das Material haben sie natürlich genommen: uns (die einsatzbereiten ASB-lerinnen, d.A.) haben sie auf später vertröstet ... Auch in Fürth dauerte es bis Ende November 1914, bis wir zu den Verwundetentransporten verwendet wurden, und dies wurde erst durch eine energische Beschwerde an die Militärbehörde erreicht.“¹⁴⁷

Mit Zynismus versuchte Stein über diese Schikanen hinwegzusehen, selbst darüber, dass „in einigen Orten“ die sich gemeldeten Arbeiter-Samariter „einen

¹⁴⁵ Vgl. ebenda.

¹⁴⁶ Ebenda.

¹⁴⁷ Der Arbeiter-Samariter 1916, 7. Jg., Nr. und Seite nicht erkennbar.

praktischen Kursus von zumeist 14tägiger Dauer durchmachen“ mussten: „Immerhin ist doch die Möglichkeit vorhanden, dabei etwas zu lernen; zuviel hat jedenfalls noch niemand gelernt.“¹⁴⁸ Die ASB-Führung prangerte zwar in ihrem Bundesorgan permanent diese schikanösen Behinderungen durch das Rote Kreuz einschließlich dessen zugrundeliegender konservativ-militaristischer Einstellung an. Beispielsweise wies sie auf die Allianzen des Roten Kreuzes mit bürgerlich-konservativen Kreisen, wie zwischen einem lokalen Roten Kreuz-Verein und einer hiesigen Ortsgruppe des „Bundes Jungdeutschland“ bestünden¹⁴⁹, hin. Dennoch erwartete sie von ihren Mitgliedern vollsten Einsatz bei der Sanitätsarbeit, da sie sich seitens des Roten Kreuzes der ständigen, argwöhnischen Beäugung und ihrer altgedienten Beziehungen zu Militär und Staat bewusst war. Im Nachhinein gesehen dürfte der ASB-Bundesvorstand den durch den Grad der Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder im Krieg erworbenen Kenntnisstand als Kapital gesehen haben, um neben dem Roten Kreuz die Kompetenz und damit die Möglichkeit zu erlangen, nach dem Krieg die führende Sanitätsorganisation werden zu können.

Es war vorgekommen, dass die Rotkreuz-Befehlshaber die Arbeiter-Samariter nicht nur erniedrigend behandelten, sondern sie auch an den schwierigsten Frontabschnitten mit höchster Lebens- und Verletzungsgefahr einsetzten.¹⁵⁰

Von Anbeginn des Krieges an achtete die ASB-Führung penibel darauf, dass der Einsatz ihrer Mitglieder im Felde von staatlicher Seite gleichrangig gewürdigt und ebenso mit den dafür vorgesehenen Auszeichnungen versehen wurde, wie es den Mitgliedern der „Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriege“ des Roten Kreuzes zuteilwurde. Dabei wurde nicht selten die Angemessenheit der Auszeichnungen und Verdienste des Roten Kreuzes hinter-

¹⁴⁸ Ebenda 1914, 5. Jg. Nr. 10, S. 4.

¹⁴⁹ Der Bund Jungdeutschland war eine 1911 gegründete Dachorganisation aller Jugendverbände zur Wehrerziehung der deutschen Jugend. Der Bund verfolgte das Ziel, die deutsche Jugend körperlich und geistig auf einen Krieg vorzubereiten. Dazu wurden Wehrsportübungen abgehalten und die Jugendlichen nationalistisch indoktriniert. 1914 hatte dieser Bund ca. 745.000 Mitglieder. Vgl. Bethge 1968.

¹⁵⁰ Moschke 1977 (2), S. 70ff.

fragt.¹⁵¹ So fanden sie es z.B. mehr als angebracht, dass einer Gruppe Berliner Arbeiter-Samariter die „Rot Kreuz Medaille III. Klasse“ verliehen wurde, da sich diese schon zu Beginn der Mobilmachung dem Roten Kreuz zur Verfügung gestellt hatten. Dabei wurde hervorgehoben, dass eine solche Auszeichnung eine „Einrichtung des Staates ist und am Ordensband wie Eisernes Kreuz und Rettungsmedaille vor den Erinnerungs- und Denkmünzen getragen werden.“¹⁵² In der eigens angelegten Rubrik „Das Eiserne Kreuz“ und „Auszeichnungen“ auf der letzten Seite des „Arbeiter-Samariter“ wurde die Verleihung von Auszeichnungen an „verdiente“ Mitglieder ebenso wie beispielsweise die Beförderungen zum Sanitäts-Unterroffizier etc. angeführt. Die Herausgeber waren sich nicht zu schade, die Anzeigen „den Heldentod fürs Vaterland“ gestorbener Mitglieder mit dem Kriegskreuz-Emblem auf Eichenlaub deutlich sichtbar zu dekorieren.¹⁵³ Zum Ende des Krieges hin wechselte diese Form der Gestaltung und der gefallenen Mitglieder wurde mit einem liegenden Kreuz und einem aufliegenden Palmzweig im christlichen Sinne gedacht. 1919 fehlte gar jegliche symbolische Darstellung in den Todesanzeigen und es erschien ein schlichter Satz wie „Dem Weltkriege fielen zum Opfer die Bundesgenossen ...“ Ganz unwidersprochen muss die Verwendung bürgerlicher Ehrenbekundungen durch den Bundesvorstand seitens der Mitglieder nicht hingenommen worden sein, denn deren politische Heimat war ja zum überwiegenden Teil die Sozialdemokratie, die militaristisches Gehabe von Grund auf verabscheute. Der ASB-Vorsitzende Stein sah sich wiederholt veranlasst, zu der Frage der Annahme oder Ablehnung von staatlichen Auszeichnungen im „Arbeiter-Samariter“ Stellung zu beziehen:

„Für Kriegsteilnehmer gibt es darüber, ob sie ihnen zugedachte Orden annehmen sollen, keine Frage: Sie müssen! Für jeden anderen ist es eine Frage persönlichen Taktgefühls

¹⁵¹ „Für Verdienste um das Rote Kreuz“ lautet die Inschrift, und ausgehändigt wurden Medaillen an solche, die in einer siebenmonatigen Etappentätigkeit drei und vier Monate krank im Lazarett oder Heimatgebiet gelegen hatten, während Pfleger, die ständigen Dienst verrichteten und sich als zuverlässige Pfleger auszeichneten, leer ausgingen. Der Arbeiter-Samariter 1916, 7. Jg. Nr. 5, Seite nicht erkennbar.

¹⁵² Ebenda.

¹⁵³ Ebenda. So erschien während der Kriegsjahre im Arbeiter-Samariter jeweils eine Rubrik mit der Überschrift „Das Eiserne Kreuz“, „Auszeichnungen“ und schwarz umrandete Anzeigen „Unsere Toten“ oder „Nachruf“.

und Geschmacks, ob er sich durch einen Orden ‚auszeichnen‘ lassen und mit seiner Auszeichnung einher stolzieren will. Das mag jeder mit sich selbst abmachen; um solche rein persönlichen Dinge haben sich die Kolonnen nicht zu scheren.“¹⁵⁴

Bis zum fünften Mobilmachungstag hätten sich an der neu eröffneten „Zentralen Meldestelle“ des Roten Kreuzes im Berliner Reichstagsgebäude ca. 32.000 Personen für den Dienst der freiwilligen Kriegskrankenpflege gemeldet, davon hätten 1.200 durch ihre „Ausweise“ ihre Erste-Hilfe-Ausbildung nachgewiesen und seien umgehend angenommen worden.¹⁵⁵ An den Heimatorten wurden Ortsausschüsse gebildet, um die Kriegskrankenpflege vor Ort zu organisieren. Die Teilnahme an entsprechenden Unterrichtskursen für die freiwillige Kriegskrankenpflege sollte unentgeltlich erfolgen. Eine große Zahl von Ärzten hätte sich für eine Ausbildung zur Verfügung gestellt. Die Ausbildungseinheit sollte aus einem Arzt, einer Aufsichtsperson vom Roten Kreuz und 80 Zuhörern bestehen.¹⁵⁶ Je nach den lokalen Gegebenheiten koordinierten dies die staatsstreuen „Sanitäts-Kolonnen“¹⁵⁷, die „Krieger-Sanitäts-Kolonnen“ (des Roten Kreuzes, d.A.) oder, wie in Groß-Berlin, die „Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger“¹⁵⁸, die letztendlich alle dem Roten Kreuz unterstanden.

Am 31.12.1913 verfügte der Bund noch über 4.592 Mitglieder (davon 3.717 aktiv und 875 passiv). Am 1.8.1914 erschien eine Statistik im Bundesorgan, aus der hervorging, dass von mittlerweile nur noch 3.928 Kolonnenmitgliedern 1.337 in der Truppe und 252 als Sanitätssoldaten eingesetzt waren.¹⁵⁹ Eine Ka-

¹⁵⁴ Ebenda. „Kitzlige Fragen“, beantwortet von Emil Stein. Eine ähnliche Haltung vertrat er für das Tragen der Rote-Kreuz-Uniform.

¹⁵⁵ Vgl. Der Arbeiter-Samariter 1919, 10. Jg. Nr. 4, S. 2.

¹⁵⁶ Vgl. Der Arbeiter-Samariter 1914, 5. Jg. Nr. 11, S. 3.

¹⁵⁷ „Freiwillige Sanitätskolonnen“ waren aus den Kriegervereinen hervorgegangene Organisationen. Ihre Mitglieder stellten sich in Kriegszeiten, soweit diese nicht der Reserve, der Landwehr oder der Ersatzreserve angehörten, dem Roten Kreuz zur Verfügung. Sie wurden in der Regel als Begleit- und Transportpersonal bei Kranken- und Lazarettzügen verwandt und nur in besonderen Notfällen zur Verstärkung der Sanitätskompanien auf dem Schlachtfeld.

¹⁵⁸ Die „Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriege“ wurde 1886 von dem Theologen Johannes Wichern im Auftrag des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz gegründet. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Wichern.

¹⁵⁹ Vgl. Der Arbeiter-Samariter, April 1914, 5. Jg. Nr. 4, Seite nicht erkennbar. Im November 1915 hatte es nur noch 62 Kolonnen mit 1.855 Mitgliedern gegeben. Zum

binettsorder sorgte dafür, dass nach einer zweijährigen Tätigkeit mindestens 50% der freiwilligen Pfleger doch noch als Soldaten zum Kriegsdienst einberufen wurden.¹⁶⁰ Somit taten bei der freiwilligen Krankenpflege nur 73 Mitglieder Dienst. Die Gesamtzahl der Mitglieder schrumpfte am 1.1.1917 auf 1.153 in 32 Kolonnen.¹⁶¹ Insgesamt waren 80% der Mitglieder im Militärdienst oder in der freiwilligen Krankenpflege tätig.¹⁶² Viele der noch bestehenden Kolonnen wurden nur noch durch die weiblichen Mitglieder aufrechterhalten.

„Während des Krieges sind, mit Ausnahme der freiwilligen Kriegskrankenpflege und des dazu eventuell stattfindenden Kursus, alle sonstigen Exkursionen einzustellen. Es empfiehlt sich aber, monatlich wenigstens eine Zusammenkunft abzuhalten, damit der Zusammenhalt in der Kolonne nicht verloren geht.“¹⁶³

Im ersten Kriegsjahr fielen 76 Mitglieder, 112 wurden verwundet, zehn dienstuntauglich und vier wurden gefangen genommen.¹⁶⁴ Unter dem Druck der notwendigen Hilfeleistungen erhielten die am Heimatort tätigen Arbeiter-Samariter sogar finanzielle Zuschüsse und konnten sich behördlicher Unterstützung gewiss sein, wenn sie sich in den Versorgungslazaretten engagierten oder sich bei Verwundetentransporten zur Verfügung stellten. „Wir erhielten 200 Mk. für Tragbaren, die unser Eigentum auch nach dem Krieg bleiben ... 3180 Mk. als Wachengeld für Arbeitslose bei Bahnhofswachen“. Von der Kolonne Köln erhielten als Weihnachtsgratifikation „12 Genossen je 5 Mk wegen regelmäßiger Wache und Hilfeleistung bei Transporten Verwundeter.“ Entsprechende Beförderungen blieben ebenfalls nicht aus.¹⁶⁵ Darin sah der Bundesvor-

Heeresdienst seien 1.688 eingezogen, bei der freiwilligen Krankenpflege waren 442 Mitglieder tätig. Vgl. ebenda 1919, 10. Jg. Nr. 4, S. 2.

¹⁶⁰ Vgl. ebenda 1917, 8. Jg., Nr. und Seite nicht erkennbar. „Von der Delegiertenkonferenz der Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger“.

¹⁶¹ Vgl. ebenda 1919, 10. Jg. Nr. 4, S. 3.

¹⁶² Vgl. ebenda 1924, 15. Jg. Nr. 5, S. 29.

¹⁶³ Ebenda 1916, 7. Jg. Nr. 10, S. 3.

¹⁶⁴ Vgl. ebenda 1916, 7. Jg. Nr. 2, Seite nicht erkennbar. „Die Arbeitersamariter im Weltkriege“, Vortrag am 22.11.1915 in Fürth von Simon Kraus, Kolonnenführer der ASB-Kolonnen Fürth.

¹⁶⁵ Vgl. ebenda.

stand erste Anzeichen, auf dem Weg zur erhofften Gleichstellung mit dem Roten Kreuz weitergekommen zu sein.¹⁶⁶

Zu Beginn des Krieges beschloss der Bundesvorstand auf einer außerordentlichen Sitzung, „dass zum Zwecke der Vorbildung von geeigneten Kräften ein besonderer Kursus sofort einzurichten“ sei.¹⁶⁷ Während des Krieges versuchten die noch bestehenden Kolonnen durch Ausbildungsangebote, sogenannte „Kriegs-Kurse“, neue Mitglieder zu gewinnen, was auch teilweise gelang.¹⁶⁸ So appellierte der Vorsitzende Stein 1916, dass in erster Linie „die weibliche Bevölkerung und junge Männer, denen evtl. noch der bunte oder der feldgraue Rock winkt“, für die Kurse zu agitieren seien. Allerdings wurde diese Aufgabe immer schwieriger, da spätestens gegen Ende der Kriegszeit viele Kolonnen endgültig über keinen Arzt mehr verfügten. Deshalb sollte man sich an die „Redefähigen“ in der Kolonne wenden, damit diese ihre Begabung nicht „nur in Diskussionen, sondern für die Belehrung neuer Mitglieder“ verwenden sollten.¹⁶⁹

Während des Krieges erschien das Bundesorgan monatlich auf je vier Seiten weiter, konnte sich trotz der Papierknappheit sogar auf acht Seiten steigern. Die Auflage ging von 7.000 auf 4.000 zurück. „Unsere stetige Mahnung: ‚Schickt die Zeitung ins Feld!‘ ist im großen und ganzen befolgt worden.“¹⁷⁰

Inhaltlich nahmen die ausschweifend-anekdotenhaften Erlebnisberichte, die die aufopferungsvolle Sanitätsarbeit unter den widrigen Kriegsbedingungen beschrieben, einen wesentlichen Anteil ein. Die Feldpostbriefe, in denen die Sanitätsarbeit im Felde realistisch beschrieben wurde, schienen der offiziellen Zen-

¹⁶⁶ Ebenda 1917, 8. Jg., Nr. und Seite nicht erkennbar.

¹⁶⁷ Ebenda 1914, 5. Jg. Nr. 10, S. 2.

¹⁶⁸ Von 23 Kolonnen wurden Kriegskurse abgehalten, an denen sich 2.016 Personen beteiligten und davon wurden 702 als Mitglieder gewonnen. Vgl. Der Arbeiter-Samariter 1917, Jahrgang, Nr. und Seite nicht erkennbar.

¹⁶⁹ Der Arbeiter-Samariter, 7. Jg. Nr. 10, S. 2.

¹⁷⁰ Ebenda 1919, 10. Jg. Nr. 4, S. 3.

sur zum Opfer gefallen zu sein, „daß derartig verstümmelte Artikel“ im Bundesorgan nicht weiter veröffentlicht wurden.¹⁷¹

Die ASB-Führung ordnete sich wie der überwiegende Teil der Sozialdemokratie den Grundsätzen der Burgfriedenspolitik unter. Pflichteifrig forderte sie ihre Mitglieder auf, auf politische Auseinandersetzungen zu verzichten und sich dem Roten Kreuz als staatskonforme Institution zu beugen. Dabei wurde sogar deren schikanöse Behandlung in Kauf genommen. Allerdings wurde die Führung nicht müde, unentwegt die zunehmende Fachkompetenz der kriegsteilnehmenden ASB-ler herauszustellen, um auch unter diesen Bedingungen gegenüber dem Roten Kreuz als ebenbürtig gewertet zu werden. Dies kam einem Missbrauch der solidarisch-altruistischen Einstellung der Mitglieder gleich.

¹⁷¹ Vgl. ebenda.

III.4. Die politische Situation der sozialistischen Arbeiterbewegung während der revolutionären Nachkriegsphase

Die Erwartung der revolutionären Anteile der Sozialdemokratie, noch vor dem Krieg eine sozialistische Massenbewegung für eine Revolution zu erzeugen, war nicht aufgegangen. Dem nationalen Rausch unterlagen nicht nur die kleinbürgerlichen Schichten, sondern auch der überwiegende Teil der Arbeiterschaft wurde davon erfasst.

Mit 96 gegen 14 Stimmen stimmte die Reichstagsfraktion der SPD den Kriegskrediten zu und zementierte die Basis für die Burgfriedenspolitik. Einer der 14 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, der zweite stellvertretende Parteivorsitzende, Hugo Haase, gab gegen seine innerste Überzeugung die bezeichnende Erklärung ab: „Wir lassen unser Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich!“ Dies quittierte der Kaiser mit seiner wohlfeilen Antwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“¹⁷²

Bei der nächsten Abstimmung über die Kriegskredite am 2.12.1914 wagte nur noch Karl Liebknecht, die Parteidisziplin zu brechen und mit „Nein“ zu stimmen. Mit ihm bildeten Rosa Luxemburg, Franz Mehring, August Thalheimer, Heinrich Bandler und Klara Zetkin den sozialistischen Kern der entschiedenen Kriegsgegner; sie wurden in die illegale Arbeit gedrängt. Nach Parteiausschluss gründeten die revolutionären Linken als Anhänger der „Spartakusgruppe“ mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an der Spitze, aber auch antiimperialistisch denkende Revisionisten wie Eduard Bernstein und Kurt Eisner sowie frühere Mitglieder des „Marxistischen Zentrums“ (Karl Kautzky u.a.), im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD). Einige der bisherigen SPD-Hochburgen wie Berlin, Leipzig, Bremen und Hamburg entwickelten sich zu Zentren der neuen USPD.¹⁷³

¹⁷² Haffner 2000, S. 12.

¹⁷³ Vgl. ebenda, S. 16ff.

Die SPD hatte sich bereits seit 1914 zu einer „nationalen und loyalen Oppositions- und Reformpartei“ gewandelt und war keine revolutionäre mehr. „Die Generation der Volkstribunen war mit dem Tod August Bebels am 13.8.1913 abgetreten, die der Berufspolitiker und Bürokraten an die Spitze gerückt.“¹⁷⁴ Sie wollte den bestehenden Staat nicht mehr umstürzen, sie wollte in der Gewissheit ihrer Stärke im Bündnis mit anderen parlamentarischen Parteien, den Liberalen, dem Zentrum, in ihn hineinwachsen.¹⁷⁵

Erst als große Arbeitermassen wegen der unerwartet langen Dauer der Kampfhandlungen und des Hungers begannen, sich gegen den Krieg zu wenden, wurde die SPD gezwungen, „sich dem Stimmungswechsel der Massen anzupassen.“¹⁷⁶

Der Hungerwinter 1916/17, die Streikbewegung, die im April 1917 als Echo auf die russische Februar-Revolution erfolgten, und der Streik der Matrosen der Hochseeflotte im August 1917 trugen dazu bei, dass die Arbeiter sich aktiv gegen die Fortsetzung der Krieges wandten. Um den Kontakt zur Arbeiterschaft nicht völlig zu verlieren, unterstützte zwar die (Mehrheits-) SPD die gewaltigen Streiks, letztendlich aber mit dem Ziel, „den Streik zu beenden, nicht aber ihn zum Erfolg zu führen“¹⁷⁷ In Anbetracht des zermürbenden Kriegsverlaufs appellierten sie an die Durchhaltebereitschaft der Bevölkerung. Die Streikbewegung lag in den Händen revolutionärer Obleute, die zwar Mitglieder der USPD waren, aber von ihrer zur revolutionären Initiative unfähigen Parteileitung keine wesentliche Unterstützung erhielten. Die erste deutsche Republik wurde zwar gegen den Widerstand der SPD (und auch ohne eigene Initiative des Vorstandes der USPD) geboren; aber sie war letztendlich Resultat der Leistung und Erziehungsarbeit der frühen SPD, wie sie unter dem Sozialistengesetz und im Zeichen der Erarbeitung und der einstigen Bedeutung des Erfurter Programms vor 1914 bewirkt worden war.¹⁷⁸

¹⁷⁴ Abendroth 1978, S. 47ff.

¹⁷⁵ Vgl. Haffner 2000, S. 12.

¹⁷⁶ Vgl. Abendroth 1978, S. 48ff.

¹⁷⁷ Abendroth 1978, S. 50; vgl. auch Haffner 2000, S. 17.

¹⁷⁸ Vgl. Abendroth 1978, S. 51f.

Die kriegsmüden, zurückströmenden Arbeiter waren verwirrt ob der Aufspaltung ihrer Partei, denn sie kannten aus Vorkriegszeiten die unbedingte Organisationsdisziplin. Nach Kriegsende strömte somit die Mehrheit zunächst in Partei und Gewerkschaften zurück. Spaltung in USPD und Mehrheitssozialisten, die Konstituierung der KPD aus dem Spartakus-Bund heraus, die verwirrenden Konzepte zwischen Räte-Demokratie und parlamentarischer Republik „führten dazu, dass sich die Integrationsideologie der alten Parteibürokratie praktisch durchsetzen konnte, ohne daß sich die Massen dessen bewußt wurden“.¹⁷⁹ Die Autorität der Führer der SPD nahm zu. Diese waren mittlerweile salonfähig geworden und begannen, sich in aller Selbstverständlichkeit auf das Offizierskorps und die althergebrachten bürokratischen Institutionen zu stützen.¹⁸⁰

Am 9.11.1918 wurde von dem SPD-Politiker Philipp Scheidemann, zuvor noch kaiserlicher Staatssekretär unter Prinz Max von Baden, die Republik ausgerufen und kam damit der Proklamation der „Freien sozialistischen Republik Deutschlands“ durch Karl Liebknecht am Nachmittag des gleichen Tages wenige Stunden zuvor.

Doch „der Kaiser ging, die Generäle blieben.“¹⁸¹ So kam es zum einvernehmlichen Bündnis zwischen der Obersten Heeresleitung und dem SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert, die alle Demokratisierungsbeschlüsse des Rätekongresses zunichtemachten. Die allmähliche Einsicht in diese Lage und der endgültige Bruch zwischen SPD und USPD im Rat der Volksbeauftragten führten im Januar 1919 in Berlin zu spontanen Erhebungen der Arbeiterschaft. Die Welle des weißen Schreckens, die daraufhin um sich griff, raubte der linken

¹⁷⁹ Ebenda, S. 52f.

¹⁸⁰ „Zwischen einigen SPD-Führern und einigen Männern der neuen Militärhierarchie bildete sich sogar eine gewisse Kameraderie heraus, zum Beispiel zwischen dem Parteiführer Friedrich Ebert und dem Eisenbahninspekteur General Wilhelm Groener. Beide hatten verschiedentlich miteinander zu tun, und sie verstanden sich gut: Beide waren süddeutsche Handwerkersöhne ..., und beide ernsthafte, nüchterne, tüchtige Sacharbeiter und ‚nationale Männer‘. Warum hatte man sich nur früher so fremd und feindselig gegenübergestanden?“ Haffner 2000, S. 15.

¹⁸¹ Titel eines Romans von Theodor Plievier, Berlin 1932.

Sozialdemokratie ihre führenden Köpfe und dezimierte nicht minder ihre mittleren Funktionärskader.¹⁸²

Somit war endgültig entschieden, dass die Republik eine bürgerliche blieb und keine sozialistische wurde.

Die SPD-Führung begünstigte die Restauration der alten Führungsschichten aus Wirtschaft, Bürokratie, Justiz und Militär. Zwar kam es auch im bürgerlichen Lager zu Teilzugeständnissen, z.B. in Bezug auf Sozialisierungsmaßnahmen, aber wohl eher als Reaktion auf die enormen Wahlerfolge von insgesamt 45% von USPD und SPD (bei Wahlboykott der KPD) bei der Wahl zur Nationalversammlung am 18.1.1919. Diesen Prozess konnten auch die Massenstreiks und erfolgreichen Kämpfe gegen den Kapp-Putsch nicht aufhalten. Die SPD (MSPD) verzichtete nicht nur auf ihre Machtansprüche in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schlüsselbereichen. Ebert begründete über seine Vereinbarungen mit der durch General Groener angeführten Obersten Heeresleitung hinter dem Rücken auch seiner eigenen Parteigenossen im „Rat der Volksbeauftragten“ das Bündnis mit der alten Armee. Die Gewerkschaftsführer schlossen durch das Abkommen über die Zentralarbeitsgemeinschaft das Bündnis mit der Führung der Wirtschaft, was einem Verzicht auf Sozialisierungsforderungen der breiten Massen gleichkam.¹⁸³

Nun scheuten sich SPD-Führer (MSPD) wie Gustav Noske u.a. nicht länger, mit Unterstützung der sich in Freikorps zusammengeschlossenen, gegenrevolutionären Kader aus der alten Armee brutalen Terror gegenüber Arbeitermassenaktionen auszuüben. Diese beharrten weiterhin auf der Umsetzung der Beschlüsse des ersten Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, wie der Demokratisierung der Armee und Wirtschaft oder der Installierung eines fortschrittlichen Betriebsrätegesetzes. Aus der Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 ging die SPD mit 37,9% als stärkste Partei hervor und bildete mit dem katholischen Zentrum (19,9%) und der DDP (18,6%) eine bürgerliche

¹⁸² Vgl. Abendroth 1978, S. 53.

¹⁸³ Vgl. ebenda, S. 55.

Reichsregierung, die sogenannte „Weimarer Koalition“¹⁸⁴. In Mitteldeutschland schnitt die USPD mit 7,6% besonders gut ab. Durch die Allianz des Militärs mit der verbürgerlichten Sozialdemokratie (die absurderweise zum überwiegenden Teil von der Arbeiterschaft gewählt worden war) schufen sich die revolutionären Arbeitermassen in Berlin, der Bayrischen Räterepublik und der Arbeiter- und Bauernräte ungewollt ihr eigenes Grab.¹⁸⁵ Im Oktober 1923 liquidierte der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert durch die Reichswehr die SPD/KPD-Landesregierungen in Sachsen und Thüringen.

Die USPD spaltete sich, der linke Flügel ging am 12.10.1920 mit der KPD in die (V)KPD auf, die Mehrheit der Rest-USPD vereinigte sich im Oktober 1922 wieder mit der SPD in Nürnberg. Die USPD existierte bis 1931 als eigene Splitterpartei weiter und schloss sich einer SPD-Linksabspaltung, der SAP, an. Von da an gingen Kommunisten und Sozialdemokraten eigene Wege.¹⁸⁶

Die nun entbrannten ideologischen Richtungskämpfe der Arbeiterparteien polarisierten nahezu sämtliche proletarischen Organisationen, auch im Arbeiter-selbsthilfe- und Kulturbereich, somit auch die Arbeiter-Samariter-Bewegung.

¹⁸⁴ Am 14.8.1919 wurde die Weimarer Verfassung verkündet.

¹⁸⁵ Vgl. Abendroth 1978, S. 55ff.

¹⁸⁶ Die einzige Ausnahme bildete die Volksabstimmung über die Fürstenenteignung 1926, die auf die gemeinsame Initiative von SPD, KPD und den Gewerkschaften zustande kam.

III.5. Die Durchsetzung der reformistischen Orientierung der ASB-Führung in den ersten Nachkriegsjahren

Angesichts der antimilitaristischen Stimmung der rückkehrenden Kriegsteilnehmer und der katastrophalen Versorgungssituation der Bevölkerung nach Kriegschluss begann dieselbe ASB-Führung, die noch zu Beginn des Krieges nachdrücklich an ihre Mitglieder appelliert hatte, sich bedingungslos den Sanitätseinheiten des Roten Kreuzes zur Verfügung zu stellen, nun mit diesem abzurechnen und es als willigen Helfer und Repräsentanten überkommener Militärrherrlichkeit zu brandmarken. Im Bundesorgan „Der Arbeitersamariter“ wurden in loser Folge Artikel über Fälle von Inkompetenz des Roten Kreuzes und Korruption und Vetternwirtschaft ihrer ranghohen Persönlichkeiten veröffentlicht. Beispielsweise flössen hochgestellten Personen des Roten Kreuzes noch immer regelmäßige hohe Bezüge („Kommandogelder“) zu, obwohl sie gar nicht mehr im Amt seien, während die einfachen, sich im Feld befindlichen Rotkreuz-Sanitäter diesbezüglich benachteiligt behandelt worden seien.¹⁸⁷

Selbst die eigenen Rotkreuz-Sanitäter hätten darunter gelitten, dass die Mehrzahl der bisherigen Zug- und Kolonnenführer im Krieg zu freiwilligen Krankenpflegern degradiert worden seien, während Angehörige privilegierter Schichten wie „Schullehrer, Rechtsanwälte, Militäranwärter usw.“ ihre bisherigen Positionen übernommen hätten.¹⁸⁸

„Infolge der aus Not und dem Mangel an persönlichem Material veranstalteten Notkurse kam auch allerhand Gesindel in die Rote Kreuz-Kolonnen. Wie kam es denn, daß unter den Reklamierten zumeist Geschäftsleute waren? Diese führten bei den anderen den zu Recht klingenden Spitznamen ‚Blauer Scheinwerfertrupp‘. In Wirklichkeit liefen diese Herren zum Schein oder Gespötte daher, denn wirklich positive Arbeit konnten diese nicht leisten, nur kommandieren, einen markieren und mit der weiblichen Hilfe allerhand Tändelei treiben.“¹⁸⁹

¹⁸⁷ Vgl. Der Arbeiter-Samariter 1919, Aus den Geheimakten des Roten Kreuzes. Nr. und Seite nicht erkennbar.

¹⁸⁸ Vgl. Der Arbeiter-Samariter 1919, Das Rote Kreuz im Weltkriege. (Fortsetzung und Schluß). Nr. und Seite nicht erkennbar.

¹⁸⁹ Ebenda.

Darüber hinaus hätten diese durch den Krieg in führende Positionen bugsierten Rotkreuz-Funktionsträger ihre Stellung ausgenutzt, indem sie der Sorge für das Wohl ihrer Familien in der Heimat höchste Priorität beimaßen.

„Nicht (nur, d.A.) daß die Mannschaft in allem gelogen und betrogen wurde, mußte auch für das leibliche Wohl der Familie in der Heimat gesorgt werden, und sorgten diese daher für zweckmäßige Bahn- und Postbeförderung ihrer angenehmen fetten Lasten. Mancher Pfleger (Rotkreuz-Sanitäter, d.A.) wurde mit solcher Beförderung betraut ... Und gehabt haben diese Herren sehr viel gutes Essen und Trinken, Konserven, Wein, Sekt usw., Gemüse aller Art und wenn's ein Arm voll Süßigkeit war.“¹⁹⁰

Besonders übel stieß auf, dass diese privilegierte Schicht obendrein noch mit der Rotkreuz-Medaille ausgezeichnet wurde, ihre Bezüge nach Beendigung ihrer Tätigkeit im Kriege weiterliefen und sie bei Einberufungen geschont wurden. Diese Tatsache wurde offensichtlich, als gegen Kriegsende 50% der freiwilligen Sanitäter noch zum Militärdienst eingezogen wurden. Nicht zuletzt bemängelten die ASB-ler die praktischen Fertigkeiten der Rotkreuz-Sanitäter und werteten diese Defizite als hausgemachtes Resultat des hohen Stellenwertes paramilitärischer Rituale in Ausbildung und Dienstausbildung:

„... ja wir können es mit gutem Recht sagen, daß unsere Mitglieder den Mitgliedern vom Roten Kreuz weit überlegen waren. Doch wollen wir deshalb den Mitgliedern keinen Vorwurf daraus machen. Es lag eben in dem System. Die militärische Exerzitionen, der Paradedrill erforderten viel Zeit, darunter litt die Samariterausbildung. Es war kein Geheimnis, daß (selbst, d.A.) Leute, die dem Roten Kreuz schon längere Zeit angehörten, nicht fähig waren, einen Verband anzulegen. Nun, dieses ganze System ist elend zusammengebrochen. Es liegt jetzt an uns, diese Situation auszunutzen. Wir haben zu fordern: 1. Daß uns öffentliche Räume für Unterricht und Uebungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. 2. Daß uns aus öffentlichen Mitteln Zuschüsse gewährt werden. 3. Daß uns der Unfallwachdienst übertragen wird.“¹⁹¹

Auf bestimmte aufgabenferne Verhaltensweisen in der Etappe waren die ASB-ler ebenfalls nicht gut zu sprechen.

„Die auf den Etappenbahnhöfen tätigen Schwestern (vom Roten Kreuz, d.A.) führten mit Ausnahme ihrer wirklich kurzen Arbeitszeit ein beschauliches Leben. An galanten Herren fehlte es ja nie. So sah man diese Herrschaften im süßen Beisammensein in den Parks und öffentlichen Anlagen promenieren oder im Landauer oder Auto fahren, bei Konzert oder musikalischen Aufführungen beim Glase Wein sitzen usw. Sogar an Tanzlustbarkeiten hat es nicht gefehlt, mußte doch jeder nach angestrengtem Dienste die nötige Erholung

¹⁹⁰ Ebenda.

¹⁹¹ Der Arbeiter-Samariter 1918, Wiederaufbau des Bundes. 9. Jg. Nr. 12, S. 2.

haben, ganz gleich, ob draußen der Kampf tobte und ungezählte Brüder im Blute schwammen. So lebte es sich in der Etappe besser wie in der Heimat: Es war ein Sodom und Gomorra.“¹⁹²

Während in dieser Weise rigoros die Machenschaften von Rotkreuz-Funktionsträgern angeprangert wurden, appellierte der Bundesvorstand an die zurückströmenden Sanitäter, sich möglichst bald dem ASB wieder anzuschließen. Dazu erwuchs die Hoffnung, dass die traumatischen persönlichen Kriegserlebnisse als auch die Erfahrungen mit der militaristischen Einstellung des Roten Kreuzes zu der Einsicht beitragen würden, dass sich jetzt auch große Teile der Rotkreuz-Sanitäter dem ASB anschließen würden. Dem Roten Kreuz sprach er das Recht des Weiterbestehens ab.

„... Die Samariterkolonnen waren ein Anhängsel des Militarismus. Ihre Mitglieder wurden für Kriegszwecke ausgebildet. Der Militarismus hat den Todesstoß erlitten. Kriege werden nicht mehr stattfinden, und damit haben die Kolonnen des Roten Kreuzes das Recht verwirkt, weiter zu bestehen. Wir fordern alle Mitglieder des militärischen Sanitätsdienstes sowie alle Mitglieder der freiwilligen Krankenpflege auf: Tretet aus aus den Kolonnen des Roten Kreuzes und schließt Euch uns an. Der Arbeiter-Samariterbund ist die Zentralorganisation aller freien Vereinigungen, die sich der allgemeinen Hilfeleistung bei Unglücksfällen, der Körper- und Gesundheitspflege widmen ...“¹⁹³

Die ASB-Führung nutzte das antimilitaristische und antikapitalistische Selbstverständnis der Vorkriegssozialdemokratie, die gesellschaftlichen Ursachen und Profiteure des Weltkrieges zu benennen und den prosozialistischen Zeitgeist zu nutzen. So griff man das Programm des Erfurter Bundestags von 1914 auf und bekräftigte die Forderungen nach Verstaatlichung und Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und Heilmittel.¹⁹⁴ Gleichzeitig trat der ASB-

¹⁹² Der Arbeiter-Samariter 1919, Das Rote Kreuz im Weltkriege. (Fortsetzung und Schluß). 10. Jg., Nr. und Seite nicht erkennbar.

¹⁹³ Aufruf auf der Titelseite der Bundesorgans: „Aufruf. Samariter! Arbeiter! Volksgenossen!“ vom Dezember 1918. Weiterhin appelliert der Bundesvorstand an die Unterstützung durch die Gewerkschaften und spricht sich gegen eine mögliche Aufsplitterung dieser als wertvoll eingeschätzten Sanitätskräfte aus. Der Arbeiter-Samariter 1918, 9. Jg. Nr. 12, S. 1.

¹⁹⁴ „Ist es möglich, dass alle Forderungen in gesundheitlichen Beziehungen durch etwaige Unternehmer oder private Gesellschaften (Rotes Kreuz) ausüben zu lassen? Genügt wie hier in Betrieben, die Aufstellung von Verbandkästen, oder etwa der Hinweis auf die Krankenkasse. Diese Frage muss mit einem unbedingten Nein beantwortet werden. Das Erfurter Programm fordert die Verstaatlichung und Unentgeltlichkeit der ärztli-

Bundesvorstand direkt an die neue Regierung mit der Hoffnung heran, dem ASB mit Bedacht auf seine proletarischen und antimilitaristischen Traditionen dazu zu verhelfen, nun die führende, staatlich anerkannte Samariterorganisation im Reiche zu werden. Selbstbewusst forderten sie diese auf, sie beim Erwerb einer entsprechenden Ausstattung zu unterstützen.

Im April 1917 verfügte der Bund noch über lediglich 32 Kolonnen mit etwa 1.375 Mitgliedern gegenüber dem Vorkriegsstand mit 108 Kolonnen und ca. 5.500 Mitgliedern Ostern 1914. Vehement wurde für den Neuaufbau, insbesondere die Forcierung neuer Ausbildungskurse geworben.¹⁹⁵

Der vierte (Kriegs-)Bundestag sollte ursprünglich am 25./26.12.1918 in Braunschweig stattfinden, wurde aufgrund des am 9.4.1919 ausgebrochenen Generalstreiks, bei dem es um die Verwirklichung der Errungenschaften der Novemberrevolution ging, für den 18./19.4.1919 nach Magdeburg verlegt.¹⁹⁶ Auf diesem Bundestag wurde ein wesentliches Fundament für die integrative, staatskonforme, neutrale Ausrichtung des ASB gelegt, die bis zum Ende der Weimarer Jahre der Anlass gravierender Richtungsauseinandersetzungen bleiben sollte.

Der Kern des Anstoßes für die folgenden Konflikte bestand darin, dass in der Bremer ASB-Kolonnie die Anhänger der USPD alle Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) ausgeschlossen hatten. Dies führte zu der von dem Vorsitzenden Brauer vorgelegten Bundestagsresolution, auf die in den späteren Jahren immer wieder zurückgegriffen wurde:

„Der Arbeiter-Samariter-Bund ist eine durchaus unpolitische, im Dienste der gesamten Menschheit stehende Samariter-Organisation. Die Mitgliedschaft in den Bundeskolonnen darf daher nicht abhängig sein von der Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen Partei.“¹⁹⁷

chen Hilfeleistung und Heilmittel ...“ Der Arbeiter-Samariter 1919, Wiederaufbau des Bundes, 10. Jg Nr. 11, Seite nicht erkennbar.

¹⁹⁵ Vgl. ebenda.

¹⁹⁶ In Magdeburg rechnete der Bundesvorstand mit einer ruhigeren Atmosphäre, weil der Generalstreik nur drei Tage dauerte und am 9.4.1919 bereits abgebrochen worden war. Vgl. Moschke 1977 (2), S. 73.

¹⁹⁷ Labisch 1979, S. 152.

Im ASB waren sowohl Mitglieder der alten Sozialdemokratie (MSPD), der USPD, der sich neu formierten KPD und zahlreiche Parteilose organisiert. Das immer wieder herbeizitierte Neutralitätsprinzip sollte die Mitglieder disziplinieren und politische Auseinandersetzungen innerhalb des Bundes vermeiden. Dadurch erhoffte sich die Führung, vor den Behörden politisch unverdächtig zu erscheinen, um in den Genuss von materiellen Zuwendungen zu kommen, letztendlich aber die Gleichstellung beziehungsweise die erhoffte Führung gegenüber dem Roten Kreuz zu erhalten. Zu jener Zeit waren dem Roten Kreuz durch den Versailler Vertrag eigene Aktivitäten verboten. Letztendlich lauerte es aber auf Nachweise politischen Fehlverhaltens des ASB, um für sich wieder Terrain zu gewinnen.

In dem bis dahin gültigen Statut hatte die Abkehr von den ursprünglichen, an den politischen Klasseninteressen ausgerichteten Samariterzielen noch keinen Niederschlag gefunden, was sich durch Aufrechterhaltung sozialistischer Formulierungen wie „arbeitende Klasse“ oder „moderne Arbeiterbewegung“ zeigte. Bislang arbeiteten die einzelnen Kolonnen auf Ortsebene als eingetragene Vereine mit entsprechenden Ortsstatuten. Auf dieser Grundlage war ihnen die regionalspezifische Zusammenarbeit mit den anderen (Arbeiter-)Organisationen am Ort freigestellt. Somit hatten die örtlichen Verhältnisse auf die Kolonnen einen stärkeren Einfluss als die ideologische Ausrichtung seitens des Bundesvorstandes und führten zu dem Ergebnis, dass nicht nur in vielen Kolonnen, sondern sogar in ganzen Regionen die ASB-ler mehrheitlich überwogen, die sich den sozialistischen Ursprungsidealen verpflichtet fühlten.¹⁹⁸

Auf dem vierten Bundestag 1919 wurden die ASB-ler Stein als Vorsitzender, Frankenstein als Kassierer und Voß als Schriftführer gewählt. Alle Funktionen waren ehrenamtlich.¹⁹⁹ 40 Delegierte vertraten mittlerweile 3.180 Mitglieder in 112 Kolonnen.²⁰⁰ Jährlich sollte ein Kreistag stattfinden, auf dem die Delegier-

¹⁹⁸ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 75.

¹⁹⁹ „Als Beisitzer wurden Frau F. Fritzsche und F. Voß gewählt. Wie alle Bundesvorstandsmitglieder waren auch die 3 Revisoren aus Berlin. Der Bundesausschuss setzte sich aus Dresdener Mitgliedern zusammen.“ Ebenda.

²⁰⁰ Vgl. Labisch 1979, S. 152. Ende dieses Jahres waren schon 3.880 Mitglieder in 118 Kolonnen organisiert; vgl. Moschke 1977 (2), S. 78.

ten für den zweijährlich stattfindenden Bundestag gewählt wurden. Die Einteilung des Bundes in Kreise wurde gegen den Widerstand der großen Kolonnen durchgesetzt.²⁰¹ Der Eintritt in die „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege“ wurde mit knapper Mehrheit beschlossen, wobei sich die Arbeitersamariter über den Einspruch der Ärzte zunächst hinwegsetzten.

Der Bundesvorsitzende Stein mahnte, sich umgehend den neuen Machthabern anzuschließen und Delegierte in den Arbeiter- und Soldatenrat zu schicken. Im Mai 1919 gelang es dem ASB, zwei seiner Mitglieder in den Arbeiter- und Soldatenrat hineinwählen zu lassen, die sodann eifrigst bei der Organisation der Versorgung der zu erwartenden rückströmenden Soldaten mitwirkten.²⁰² Für den Bundestag wurden dem Bund 5.000 Mark vom Ministerium zur Verfügung gestellt.²⁰³ Einen wesentlichen Schwerpunkt für die Zukunft wurde im Ausbau des Betriebssanitätswesens gesehen. Der ASB erhob Anspruch auf das Tragen des Roten Kreuz-Emblems, „wollen wir internationalen Arbeiter uns das Tragen des internationalen Abzeichens des Roten Kreuzes erzwingen.“²⁰⁴

An die Reichsbehörden stellte der Bundestag folgende Forderungen:

1. „Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit.
...
2. Gleichberechtigte Stellung des Arbeiter-Samariter-Bundes mit den entsprechenden Organisationen des Roten Kreuzes.
Betrifft Unterstützung materieller und ideeller Art. Heranziehung zu öffentlichen Diensten auf dem Gebiete des Rettungswesens.
3. Aenderung des Reichsgesetzes zum Schutze des Abzeichens der Genfer Konvention (Rotes Kreuz).
Ausdehnung zur Berechtigung des Tragens des Roten Kreuzes an alle Organisationen, die zur Ausübung der Krankenbehandlung und des Rettungsdienstes zugelassen werden.

²⁰¹ Die größten Kreise waren der Kreis II (Land Sachsen) mit 23 Kolonnen, der Kreis V (Nordrhein/Westfalen) mit 16 und der Kreis I (Land Brandenburg mit Berlin) mit 13 Kolonnen. Vgl. ebenda, S. 75.

²⁰² Der Arbeiter-Samariter 1919, Arbeiter Soldatenrat und Arbeitersamariter. 10. Jg., Nr. und Seite nicht erkennbar.

²⁰³ Ebenda 1918, Bundestag und Delegiertenfrage. 9. Jg., Nr. und Seite nicht erkennbar.

²⁰⁴ Ebenda 1918, Zum Bundestag. 9. Jg. Nr. 12, Seite nicht erkennbar.

Wir fordern von der Gemeinde:

1. Obligatorische Einführung des Unterrichts über Gesundheitspflege und erste Hilfe bei Unglücksfällen in den Fortbildungsschulen.
2. Uebernahme des öffentlichen Rettungswesens in eigener Regie.
3. Unterstützung des Rettungswesens unter ein Kuratorium, dem Ärzte und Vertreter aller Samariterorganisationen angehören.
4. Gestellung von öffentlichen Lokalen (Schulen, Turnhallen) für Unterrichts- und Uebungszwecke.
5. Gleiche Unterstützung wie die Kolonnen des Roten Kreuzes.²⁰⁵

In den Folgejahren verstärkte der ASB unermüdlich seine Aktivitäten, um die Anerkennung seitens der Behörden und Ministerien zu erhalten. Dies zielte darauf ab, nicht nur das fehlende Material- und Ausstattungsreservoir aufzufüllen²⁰⁶, sondern vor allem durch ein solides Vereins- und Ausrüstungsequipment dem Roten Kreuz an Ausstattung ebenbürtig zu sein. Wie in vielen anderen Kolonnen wandte sich auch der Vorsitzende der Kolonne Hamburg, Heinrich Brauer, an das örtliche Medizinalamt und verwies auf den hohen Materialverbrauch, vor allem von Verbandstoffen, der von ihnen unaufgefordert und unentgeltlich sowohl für den Krieg als auch in ihren Einsätzen bei den Revolutionskämpfen zur Verfügung gestellt worden sei:

„... eine größere Anzahl von Verbandsstellen Tag und Nacht geöffnet zu halten. Unsere sich in den Dienst der Allgemeinheit stellenden Samariter, mussten von uns auf unsere Kosten nicht nur teils gepflegt, sondern auch entschädigt werden. Unser Bestand an Verbandstoffen, Medikamenten, Instrumenten u.s.w. wurde vollkommen aufgebraucht. Irgendwelche Zuwendungen wurden uns nicht gemacht. Die Neuanschaffungen erschöpften unsere Finanzen völlig. Nun haben wir seit Mitte Juli auf dem Hauptbahnhof Hamburg eine Tag und Nacht geöffnete Unfallhilfestelle errichtet, die sowohl an Entschädigung für Samariter als auch für Verpflegung und Verbrauch an Verbandstoffen etc. große Summen verschlingt, die wir zu bestreiten nicht mehr in der Lage sind. In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit unserer Einrichtungen, die sowohl im Interesse des Volkes als auch des Staates liegen, gestatten wir uns an das Medizinalamt das Ersuchen zu richten, unsere Kolonne zunächst mit einer Zuwendung von zehntausend Mark zu unterstützen.“²⁰⁷

²⁰⁵ Der Arbeiter-Samariter 1919, 10. Jg. Nr. 2, S. 1.

²⁰⁶ Beim Spartakus-Aufstand in Berlin versorgten die Arbeiter-Samariter 850 Menschen. Vgl. Müller 1988, S. 94.

²⁰⁷ Staatsarchiv Hamburg, Medizinalkollegium, Blatt 1.

Der Kolonne wurde daraufhin ein Betrag von 5000 *M* zur einmaligen Unterstützung bewilligt.²⁰⁸ In der Regel erfolgten diese Anträge jährlich, häufig mit Unterstützung der im jeweiligen Parlament vertretenen Mitglieder der Arbeiterparteien.²⁰⁹

Das Rote Kreuz verhielt sich gegenüber dem ASB reserviert und beharrte stoisch auf die gewohnte Vormachtstellung, obwohl es sich in den besetzten Gebieten im Gegensatz zum ASB vorerst nicht mehr betätigen durfte. Selbst bei einer Landesgesundheitskonferenz des Freistaates Sachsen am 23.7.1919, zu der der „Landes-Samariter-Verein“, der „Landesverband vom Roten Kreuz“ und der ASB geladen waren und auf der über einen vom Landes-Samariter-Verein entwickelten und vorgetragenen Vorschlagskatalog zur Vereinheitlichung des Samariterwesens diskutiert wurde, beharrte das Rote Kreuz auf seinen Führungsanspruch.

„Die Herren vom ‚Roten Kreuz‘ erklärten sich (nur dann, d.A.) für eine Verschmelzung bereit, wenn dem Verein vom ‚Roten Kreuz‘ die Leitung übertragen wird; denn durch den verlorenen Krieg müsse das Rote Kreuz seine Tätigkeit ändern und werde in Zukunft sich ebenfalls mit der öffentlichen Hilfeleistung befassen.“²¹⁰

²⁰⁸ Ebenda, Blatt 10. Brauer unterstützte seine Forderungen nach finanzieller Zuwendung mit einem kurzen, dem Antrag beigelegten Tätigkeitsbericht vom 25.9.1919, der beispielhaft die Aktivitäten des ASB durch das hohe Materialaufkommen bei den politischen Auseinandersetzungen in jener Zeit wiedergibt: „Bei den Unruhen am 24.-25. Juni 19 auf den Unfallstellen ‚Dornbusch‘, ‚Görttwiete‘, ‚Hochbahnhof Rödingsmarkt‘ 52 Verwundete, 6 Tote, Unfallstelle ‚Stadthaus‘, ‚Rathaus‘ und ‚Rathaushotel‘ waren derart stark betätigt (so dass, d.A.) eine Listenführung unmöglich (war, d.A.). Unfallstelle ‚Schadendorf‘ vom 24. Juni bis 24. Juli 57 Verwundete, 3 Tote. Unfallstelle ‚Hauptbahnhof‘ eröffnet am 18. Juli 19: vom 18. Juli bis 2. September 410 Unfälle, 44 Transporte ins Krankenhaus und Wohnung. Vom 3.-16. Sept. 145 Unfälle, 30 Transporte ins Krankenhaus und die Wohnung. Außerdem zahlreiche Hilfeleistungen außerhalb diesen Stationen. Sämtliche Hilfeleistungen wurden ohne irgendwelche Entschädigung und Vergütung von Mitgliedern unserer Kolonne ausgeführt.“ Ebenda, Blatt 5.

²⁰⁹ Ebenda, Blatt 13/14. Im November 1921 beantragten „Thälmann und Genossen“ eine erneute Bezuschussung der ASB-Kolonne Hamburg in Höhe von 10.000 Mark, der zur Finanzierung der erweiterten Aktivität u.a. durch öffentliche, von Ärzten gehaltene Vorträge begründet wird.

²¹⁰ Der Arbeiter-Samariter 1919, Bürgerliche Verschmelzungsbestrebungen. 10. Jg. Nr. 11, Seite nicht erkennbar.

Diesen Vorschlag lehnte nicht nur der ASB, sondern auch der Landes-Samariter-Verein vehement ab.²¹¹ Der ASB fühlte sich aufgewertet, da er in dieser Einbeziehung bei der Entscheidungsfindung der Regierung positive Vorboten für die angestrebte Anerkennung sah.

Dennoch verursachten die politischen Auseinandersetzungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit ihren Abwehrkämpfen der Arbeiterschaft gegen den weißen Terror unter den ASB-lern weitere menschliche Verluste: 1919 starben in der Kolonne Berlin zwei Mitglieder, ein weiterer wurde schwer verletzt. (ASB, Rechenschaftsbericht Bundestag 1919) „Selbst das Bürgertum habe dem ASB wegen seines Einsatzes gegen Kapp Anerkennung gezollt.“²¹²

„Bei dem Rückzuge sind auch Mitglieder des Arbeiter-Samariter-Bundes in Gefangenschaft geraten, denen es ganz dreckig ergangen ist. Denselben wurde Verbandskasten und Taschen mit Inhalt, Brieftaschen mit Legitimation, Geldbörse mit Inhalt, Uhr und Kette, Scheren und Pinzetten, kurzum, alles abgenommen resp. geraubt: dann sind dieselben mißhandelt mit Kolbenschlägen, Fußtritten, Gesichtspucken, mit Totschießen bedroht usw. Einzelheiten hierzu werden wohl die einzelnen Kolonnen berichten können. Von Seiten der Reichswehr und Baltikumtruppe wurde das Zeichen des Arbeiter-Samariter-Bundes nicht beachtet, dementsprechend dieselben in ganz rigoroser, brutaler Form gegen unsere Mitglieder vorgingen.“²¹³

Im Oktober 1923 beteiligten sich die Hamburger Arbeitersamariter am Sanitätsschutz während des bewaffneten „Hamburger Aufstandes“, in Aachen nahmen Mitglieder des ASB am Kampf gegen den Separatistenputsch im November 1923 teil.²¹⁴

Die Verrichtung der Sanitätsdienste bei den revolutionären Unruhen führte zu einer genauesten Observierung seitens der Staatsorgane, da man die direkte Unterstützung der revolutionären, insbesondere der sich formierenden kommunistischen Kräfte im tarnenden Sanitätsgewand befürchtete. Somit gab der Staatskommissar für öffentliche Ordnung den Erlass heraus, „in eine verschärfte Beobachtung des Bundes einzutreten und das Ergebnis hier gefl. zu berichten“. Im September 1921 konstatierte der Auftraggeber an die Berichterstatter, dass „in

²¹¹ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 76.

²¹² Ebenda, S. 80.

²¹³ Der Arbeiter-Samariter 1920, Unter dem Zeichen des A.S.B. 11. Jg. Nr. 6, S. 2.

²¹⁴ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 103.

allen größeren Industrieorten Arbeiter-Samariter-Kolonnen (entstanden wären, d.A.), wie sie in Hamburg, Elberfeld und Kiel bereits bestehen.“ Umgehend wurde geargwöhnt, „daß der Verein die Ausbildung des Sanitätspersonals für die illegale Kampforganisation der V.K.P.D.“ bezwecken könnte.²¹⁵ Obwohl den Arbeitersamaritern bei ihrer Tätigkeit in den o.a. Orten zwar zugestanden wurde, politisch neutral zu handeln, „haben sie sich jedoch bei den bisherigen Putschen sehr rege im Sanitätsdienst auf Seiten der Kommunisten beteiligt“²¹⁶.

Ohnehin war man von Verbindungen des ASB zu den mittlerweile verbotenen paramilitärischen „Proletarischen Hundertschaften“ bzw. entsprechenden kommunistischen Nachfolgeorganisationen überzeugt.²¹⁷ Beispielsweise wurde

²¹⁵ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 5.

²¹⁶ So wird z.B. in einem geheimen Einschreiben der Polizeibehörde Hamburg an den Reichskommissar für öffentliche Ordnung zu Berlin vom 18.1.1922 mitgeteilt: „Der Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Hamburg, besteht bereits seit einigen Jahren. Er hält wöchentlich unter Leitung von Ärzten in verschiedenen Stadtteilen Übungsabende ab. Daß neben der Anweisung über die erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen auch kommunistische Propaganda betrieben wird, war nicht festzustellen, erscheint aber nicht unwahrscheinlich, da der Vorstand durch zwei Kommunistenführer 1. Eisenbahnarbeiter Hermann Johann v. Borstel, geboren am 3. März 1888 zu Stade, wohnt hier, Rönnhaidstr. 67 Hs. 2, I., als Kolonnenführer, 2. Schlosser Carl Adolf Schulte, geboren am 3. Dezember 1876 zu Dortmund, wohnhaft hier, Düppelstraße 29 ptr. bei Bunte, als 1. Vorsitzender, vertreten wird.“ Ebenda, Blatt 20.

²¹⁷ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 66. Die proletarischen Hundertschaften entstanden zur Abwehr der rechtsextremen und faschistischen Bewegungen in den frühen 1920er Jahren. Vor allem aber sollten sie als paramilitärische Einheit eine Rolle für den revolutionären Umsturz, den sogenannten Deutschen Oktober spielen. Die Mitglieder stammten sowohl aus Anhängern und Mitgliedern der KPD wie auch der SPD und den freien Gewerkschaften. Insgesamt verfügten sie über 50.000 bis 60.000 Mitglieder. Die Führung lag in den meisten Fällen allerdings bei Vertretern der KPD. Die Hundertschaften waren normalerweise nicht mit Schusswaffen ausgerüstet. Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Anhängern der NSDAP wurden Spazierstöcke, Holzlatten oder ähnliche Gegenstände verwendet. Allerdings verfügten die Hundertschaften für den Ernstfall über illegale Waffenlager. Für die Führung der KPD waren die Hundertschaften nicht nur Abwehrorganisationen gegen den Faschismus, sondern Einheiten zur Durchsetzung ihrer revolutionären Ziele. Die Komintern unterstützte die Organisation mit Geldmitteln sowie der Entsendung von Militärexperten. Dies zeigte sich besonders deutlich im Vorfeld des sogenannten Deutschen Oktobers. In Sachsen wurden die Hundertschaften von der Regierung unter Erich Zeigner, an der auch die Kommunisten beteiligt waren, anerkannt. Dort wurden sie in der Folge auch rasch ausgebaut. In Preußen wurden sie von Innenminister Carl Severing im Mai 1923

über die ASB-Ortsgruppen Dinslaken-Lohberg und Wehofen berichtet, dass diese

„sich bisher ausschließlich in linksradikaler Weise betätigt (hätten; d.A.) sämtliche Mitglieder gehören der kommunistischen Partei an. Bei allen kommunistischen Veranstaltungen sind sie beteiligt. Zur Zeit der ‚Proletarischen Hundertschaften‘ beteiligten sie sich an den Übungen und auch bei Gewalttätigkeiten; bei den Lohberber Unruhen im November 1923 traten sie als Sanitäter auf.“²¹⁸

Selbst in den kleinsten Orten wurden Verbindungen zu den Kommunisten befürchtet, entsprechende Bewegungen überwacht und minutiös festgehalten. In Adorf wurde der Arzt Dr. med. Schminke als der „geistige Führer der Kommunisten des Vogtlandes“ ausgemacht, der die Gründung einer „Arbeiter-Sanitätskolonne“ im Lokal „Feldschlösschen“ vorgenommen habe und seitdem wöchentliche Unterrichtskurse abhalte.²¹⁹ Die Überwachungen hatten als Ziel, entweder die Beteiligungen von Arbeiter-Samaritern an lokalen Unruhen oder die Mitgliedschaft bzw. Beziehungen zu Kommunisten nachzuweisen. Häufig kam es im Rahmen der Auseinandersetzungen zu gewaltsamen Übergriffen, bei denen die Arbeiter-Samariter nicht selten in erhebliche Bedrängnis kamen.²²⁰

verboten. In Sachsen und Thüringen begannen die Hundertschaften im August 1923 ausgedehnte Geländeübungen und es fanden Probealarme statt. Im Oktober 1923 warnte der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung davor, dass es das eigentliche Ziel der Hundertschaften sei, die bestehende Staatsform zu beseitigen. Neben dem Streben nach Waffen hätten sie ein militärisch organisiertes Nachrichten- und Kuriersystem aufgebaut. Am 13. Oktober 1923 wurden die Hundertschaften durch den General Alfred Müller, der seit September der Inhaber der vollziehenden Gewalt in Sachsen war, auch für Sachsen verboten. Nach dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen wurden die Einheiten entwaffnet und aufgelöst. Die Verbote der proletarischen Hundertschaften wurden nicht aufgehoben. Indirekt waren sie Vorläufer des Roter Frontkämpferbundes. Vgl. Winkler 1984, S. 620ff.

²¹⁸ Staatsarchiv Düsseldorf, Blatt 122-123.

²¹⁹ Diese würden von ihm geleitet, obwohl er nur als Spezialist für Herzkrankheiten praktiziere. „Die Errichtung von Arbeitersanitätskolonnen ist sicher eine gute Sache. Das Entstehen der ‚A.S.K.‘ Adorf i.V. dürfte jedoch erneut festlegen, dass Dr. med. Schminke in steter Fühlung mit den dortigen Kommunisten steht und sich zu allem hergibt, um die kommunistische Sache zu fördern ... Gez. Arno Liebers, Kriminalkommissar.“ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 10-11.

²²⁰ Am 19.5.1923 erscheint ein Hilferuf der seit einem Jahr bestehenden Kolonne Mühlheim-Ruhr. „Gewissenlose Elemente der Bürgerwehr haben es gewagt, bei den letzten Unruhen unseren Vereinsschrank zu erbrechen und das darin befindliche Material im Werte von mehreren Millionen Mark (Inflationsgeld, d.A.) mitzunehmen ... Arbeiter-

Diese Beobachtungen boten dem Roten Kreuz eine willkommene Vorlage, den ASB zu diskreditieren und die eigene, staatskonforme Position herauszustellen. So behauptete das Rote Kreuz, dass in Eisleben und Umgebung im Rahmen der Auseinandersetzungen der Mansfelder Kämpfe gegen die Reichswehr, die gewaltsam die Arbeiterregierung in Sachsen auflösen wollte, „Mitglieder des Arbeiter-Samariter-Bundes (angeblich aus Eisleben und Umgebung) auf der Trage Maschinengewehre in Stellung gebracht hätten, ja sogar mit Maschinengewehr Verwundete erschossen hätten.“²²¹ Die Behörden nahmen diese und ähnliche Schilderungen zum Anlass, ganze Kolonnen zu verbieten, weil sie „den Aufständischen nicht nur durch Pflege der Verwundeten, sondern auch durch Herbeischaffung von Waffen, Munition usw. Unterstützung geleistet haben.“²²² So wurden die ASB-Kolonnen Sangerhausen, Eisleben, Mansfeld und Hettstedt aufgelöst. In nicht wenigen Prozessen wurden ASB-ler wegen Hochverrats angeklagt und zu Gefängnisstrafen, ja sogar Zuchthaus verurteilt.²²³ Als Hochverratsmotiv reichte häufig schon die Tatsache einer Ausbildung zum Arbeitersamariter aus. 1923 wurden 120 Mitglieder des ASB wegen Zugehörigkeit zu verbotenen Parteien oder Teilnahme an politischen Aktionen der Arbeiterklasse bestraft. 23 Kolonnen hatten vor allem in Bayern, aber auch in Thüringen und Sachsen, wo die Reichswehr die Räte- und Arbeiterregierungen niedergeschlagen hatte, erhebliche Schwierigkeiten mit den Behörden.²²⁴

Die auf Neutralität bedachte ASB-Bundesführung sah sich sowohl durch die Vormachtstellung und Angriffe des traditionell privilegierten Roten Kreuzes einerseits und durch das politische Selbstverständnis oppositioneller Arbeiter-

Samariter sind tagelang in Haft gehalten, z.T. schwer misshandelt; Arbeiter-Samariterinnen wurden wie Dirnen untersucht.“ Um einen Prozess gegen die Stadtverwaltung und bürgerliche Presse zu finanzieren, wurde um Spenden gebeten. Ebenda, Blatt 47.

²²¹ Der Arbeiter-Samariter 1921, Lügen und kein Ende. 12. Jg. Nr. 8, S. 72.

²²² Ebenda, S. 71.

²²³ Den Familien der Verwundeten wurde häufig kein Krankengeld gezahlt, da es sich um einen Aufstand handelte. Für die Verteidigerkosten kam nach Möglichkeit die Bundeskasse des ASB auf. Mit der Übernahme der Gerichtskosten sah sie sich überfordert. Vgl. ebenda.

²²⁴ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 103.

Samariter andererseits bedrängt und sah ihr ideologisches Ziel einer unparteiischen Erste-Hilfe-Organisation gefährdet. Auf dem fünften Bundestag 1921 erklärte die ASB-Führung offen ihre Gegnerschaft zu den linkssozialistisch eingestellten ASB-lern:

In einer Resolution heißt es:

„Der A.S.B. bekennt sich als die Organisation, die sich der Volks-Wohlfahrt im allgemeinen und dem Samariterwesen insbesondere widmen will. Diese Ziele sind nur auf einer neutralen Basis erreichbar. Die gegenwärtigen Parteistreitigkeiten können in keiner Weise für unsere Ziele nützlich sein. Es liegt in keinem Falle im Interesse der Arbeiterschaft, wenn die politische Auseinandersetzung über die Richtungsfragen in die mehr gesellschaftlichen Organisationen hineingetragen und ins Extreme getrieben wird.

Der Bundesvorstand fordert deshalb auf, alle Beschlüsse, die sich auf die Zugehörigkeit zu irgend einer Partei beziehen, für jetzt und in Zukunft für unwirksam zu erklären und weiterhin strengste Neutralität zu üben.

Kolonnen, die sich auf eine bestimmte Parteirichtung festlegen, scheiden aus dem Bunde aus.

D e r B u n d e s v o r s t a n d

R e s o l u t i o n .

Der 5. Bundestag des A.S.B. erklärt:

Der A.S.B. ist eine durchaus unpolitische und neutrale, im Dienste der gesamten Menschheit stehende Samariter-Organisation.

Die Mitgliedschaft in den Bundeskolonnen darf daher nicht abhängig sein von der Zugehörigkeit zu irgend einer politischen Partei. Wer politische Kampfweise in die vereins-technischen Angelegenheiten des A.S.B. hineinträgt, verwirkt (gemeint ist wohl: bewirkt, d.A.) den sofortigen Ausschluss aus dem Bunde. Der Bundestag gibt die erneute Erklärung, treu, seinem Ideal, als wahre, aufrichtige Samariter-Organisation, das Banner der neutralen Reinheit im Interesse des A.S.B. zum Wohle der gesamten freien Arbeiterbewegung und der Allgemeinheit führen zu wollen.

P l ö g e r ²²⁵

Damit war die Grundlage des politischen Dauerkonfliktes zwischen der Bundesführung, die aus dem Bund eine neutrale Wohlfahrtsorganisation machen wollte, und Teilen der Mitgliedschaft, die sich den sozialistischen Forderungen verbunden fühlten, gelegt. Dieser Zwist sollte die verbandsinternen Auseinandersetzungen der folgenden Weimarer Jahre bestimmen.

²²⁵ Der Arbeiter-Samariter 1921, 12. Jg. Nr. 4, S. 34.

III.6. Der Proletarische Gesundheitsdienst (PGD) als Bewahrer sozialistischer Arbeiter-Samariter-Ideale und der Konflikt mit der ASB-Führung

III.6.1. Gründung und Programmatik des PGD

Die Gründung des PGD fand am 22.6.1921 auf einer öffentlichen Versammlung des Sportkartellverbandes Groß-Berlin in den Sophiensälen, einer traditionsreichen Versammlungsstätte der Berliner Arbeiter, nach einem entsprechenden Gründungsauftrag des kommunistischen Arztes Dr. med. Leo Klauber (1890-1935) „in Übereinstimmung mit einem Beschluss der Berliner Bezirksleitung der VKPD“ statt. Der Gründung war ein Antrag des Berliner Arbeiter-Sport-Kartells, in dem die Linke die Mehrheit hatte, an die ASB-Kolonie Groß-Berlin vorausgegangen, sich ausschließlich den Veranstaltungen der organisierten Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen. Die ASB-ler beharrten ihrerseits auf dem Standpunkt, auf Anfrage auch bei Veranstaltungen bürgerlicher Organisationen gegen Bezahlung Dienst tun zu dürfen. Die Folge war, dass nach einer Zusammenkunft der Vorstände der dem Kartell angeschlossenen Organisationen der geschäftsführende Ausschuss des Kartellverbandes am 9.6.1921 mit einer Stimmenmehrheit von 13:1 beschloss, die Berliner ASB-Kolonie aus dem Kartellverband Groß-Berlin auszuschließen.²²⁶ Im Gegenzug wurde der neu gegründete PGD als korporatives Mitglied in den Sportkartellverband Groß Berlin aufgenommen.²²⁷

Auf dem Arbeiter-Sportkongress in Jena vom 15./16.1.1921 war entschieden worden, dass eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Vereinen prinzipiell nicht in Frage kam. Auch bei dieser Auseinandersetzung befürchteten die Arbeitersportverbände, dass für die eigenen Veranstaltungen der ASB nicht mehr verlässlich zur Verfügung stehen würde.²²⁸ Da der ASB-Bundesvorsitzende Stein und der Bundeskassierer Voß gleichzeitig Mitglieder der Kolonie Groß-Berlin

²²⁶ Der Beschluss wurde durch die Kartellvorstandekonferenz am 20.6.1921 bestätigt. Vgl. Seidel/Benjamin, 1978; vgl. auch Moschke 1977 (2), S. 84f.

²²⁷ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 24, 98, 121.

²²⁸ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 84ff.

waren und dort über einen nicht geringen Einfluss verfügten, reagierten sie auf diesen Schritt, indem die ASB-Kolonnenmitglieder, die in der VKPD organisiert waren, aus dem Bund ausgeschlossen wurden.²²⁹ Sie befürchteten, dass der Polizei bekannt werden könne, dass sich Mitglieder der VKPD in den Reihen des ASB befänden, wodurch ihr Streben um öffentliche Anerkennung erschwert würde. Die „Brüder der VKPD (würden, d.A.) die Armbinde des ASB tragen, aber ... hätten in der Tasche den Revolver.“ Dadurch sah die ASB-Führung ihre angestrebte Neutralitätspolitik gefährdet, sodass das Zustandekommen eines konfliktfreien Verhältnisses gegenüber den Behörden nicht mehr gewährleistet sei.²³⁰ Die Staatsorgane befürchteten ihrerseits, dass der PGD als getarntes Sanitätsorgan der „Proletarischen Hundertschaften“ fungieren könne.²³¹

Im Juli 1923 verabschiedeten die bestehenden Ortsgruppen ein Organisationsstatut. Inhaltlich wurde an die Ursprünge der Arbeiter-Samariter-Ideale angeknüpft, die ihre Tätigkeit unter dem Primat einer fortschrittlichen, an den Interessen der Werktätigen orientierten Gesundheitspolitik ausgerichtet sehen wollten mit dem Fernziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Programmatisch legte der PGD seine organisatorischen und gesellschaftspolitischen Ziele folgendermaßen dar:

„§ 1.

Die Vereinigung führt den Namen proletarischer Gesundheitsdienst, sie erstreckt sich über ganz Deutschland und hat ihren Sitz in Berlin. Der Name proletarischer Gesundheitsdienst wird abgekürzt in P.G.D.

§ 2.

²²⁹ Als Begründung diente der später offiziell verankerte Neutralitätsbeschluss des Braunschweiger ASB-Bundestages am 26./27.3.1921. Vgl. Schwartz 1977, S. 346.

²³⁰ Niederschrift über die Sondersitzung während des Bundestags des ASB in Braunschweig am 25. und 26.3.1921, S. 141ff. Vgl. Schwartz 1971, S. 346.

²³¹ „Eine Mitteilung der Reichsbahndirektion Magdeburg besagt, dass die vom preußischen Herrn Minister des Inneren verbotenen und aufgelösten proletarischen Hundertschaften unter der Bezeichnung ‚Notgemeinschaft‘ weiterbeständen. Diese Notgemeinschaften seien so aufgezogen, dass der Anschein erweckt werde, es handle sich um eine Organisation zur ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen. In einem Rundschreiben der Zentrale der K.P.D. vom 22.10.23 an die Betriebszellenobleute wird zum Ausdruck gebracht, dass die K.P.D. bestrebt sei, die Verbindung mit dem Samariterbund zur Unterstützung der Hundertschaften herzustellen.“ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 64-66.

Mitglied des P.G.D. können werktätige Männer und Frauen werden, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen und einer proletarischen Organisation angehören.

- Der P.G.D. erstrebt gemeinsam mit den sozialistischen Parteien und deren Ärzteorganisationen die Sozialisierung des gesamten Gesundheitswesens.
- Der P.G.D. will Material über die heutigen unhygienischen Lebensverhältnisse des Proletariats (Wohnung, Ernährung, Krankheit usw.) sammeln, wissenschaftlich verarbeiten und den weitesten Kreisen der Öffentlichkeit zugänglich machen, um auf die radikale Beseitigung der Mißstände hinzuwirken.
- Der P.G.D. will seine Mitglieder auf sozialpolitischem Gebiete (Gesundheitspflege, Kindergärten usw.) schulen und ausbilden, um sie zu tatkräftiger Arbeit zum Wohle der werktätigen Bevölkerung zu befähigen. Diese Arbeit ist zu leisten unter dem gegenwärtigen kapitalistischen Ausbeutungssystem, in dem eine grundlegende Änderung der gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft nicht zu erwarten ist, als auch zur Vorbereitung der kommenden sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der allein menschenwürdige Zustände für die Werktätigen vorhanden sein werden.
- Der P.G.D. wird in regelmäßigen Kursen seine Mitglieder in der Haus- und Krankenpflege und Ersten Hilfe durch Ärzte, Sanitätspersonal ausbilden lassen. Er wird Unfallwachen im Falle proletarischer Veranstaltungen (Demonstrationen, Sportfeste usw.) einrichten.
- Der PGD wird durch intensive Aufklärung mittels eigener Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter die Massen des Proletariats für sein Ziel und seine Organisation zu gewinnen suchen.“

Die Gründung der PGD-Ärzte-Arbeitsgemeinschaft am 22.9.1922 führte zu dem zusätzlichen Passus:

- „Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, fasst der PGD seine Ärzte zu einer Ärztegemeinschaft zusammen. Die Ortsgruppen fassen ihre Mitglieder zur besseren Durchführung des Programms besonders zusammen.“

Somit stellte sich der PGD bewusst in Gegensatz zur reformistisch ausgerichteten Politik des ASB, denn der PGD wollte parteiisch und keine „unpolitische und neutrale und im Dienste der gesamten Menschheit stehenden Samariter Organisation“ sein.“²³² Die PGD-Sanitäter sollten zumindest Mitglieder einer Gewerkschaft sein. Weiter heißt es im Statut:

²³² Der ASB hatte sich bereits auf dem 5. Bundestag 1921 zu Magdeburg zur politischen Neutralität verpflichtet und folgenden Beschluss gefasst: „Der Arbeiter-Samariter-

„Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus: 2 Vorsitzenden mit gleichen Rechten, einem Kassierer, einem Schriftführer, 3 Revisoren und einem Beisitzer. Ferner tritt hinzu der Vorsitzende der Ärztegemeinschaft ... Der Bundestag muss mindestens alle 2 Jahre stattfinden ... Jeder Bezirk wählt mindestens auf 300 Mitglieder einen Delegierten. Kleineren Bezirken steht ebenfalls ein Delegierter zu ... Stimmberechtigt auf dem Bundestag sind: nur die Delegierten. Mit beratender Stimme nehmen teil: die beiden Vorsitzenden, der Kassierer, Schriftführer, Obmann der Revisoren, des Bundesausschusses und der Ärztegemeinschaft ... Die Neuwahlen der Bezirksleitung finden alljährlich statt ... Die Ärztegemeinschaft des PGD untersteht der Bundesleitung ...“

Hier unterschied er sich wesentlich gegenüber dem ASB, denn dort hatten seit 1924 die Funktionsträger, wie Bundesvorstands- oder Bundesausschussmitglieder, Kreisleiter etc., auf den Bundestagen das gleiche Stimmrecht wie die gewählten Delegierten und konnten dadurch Entscheidungen erheblich mit beeinflussen.

„Das Zentralorgan ist der ‚PGD‘. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die monatlich erscheinende Zeitung zu beziehen. Ausnahmen sind zulässig, wenn mehrere Mitglieder in einem Haushalt wohnen.²³³

„Der Bund teilt sich in Bezirke. Die Einteilung erfolgt vom Bundesvorstand ... Die Mitglieder werden in Ortsgruppen zusammengefasst. Die Leitung soll aus mindestens 5 Personen bestehen. Grössere Ortsgruppen können Abteilungen bilden.²³⁴ An jedem Orte darf nur eine Gruppe bestehen.“²³⁵

„§ 1. Die Ortsgruppen des P.G.D. haben den Zweck: Die Mitglieder in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen, plötzlichen Erkrankungen sowie in den Grundzügen der Krankenpflege theoretisch und praktisch auszubilden.

§ 2.a. Die Ortsgruppen haben die Aufgabe: sich bei Unfällen, plötzlichen Erkrankungen, Massenversammlungen sowie großen öffentlichen Veranstaltungen der arbeitenden Bevölkerung durch persönliche Hilfe, Stellung von Wachen und Unfallstationen kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Bund ist eine durchaus unpolitische, im Dienste der gesamten Menschheit stehende Samariterorganisation. Die Mitgliedschaft in den Bundeskolonnen darf daher nicht abhängig sein von der Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen Partei.“ Labisch 1979, S. 152. „Wer politische Kampfweise in die vereinstechischen Angelegenheiten des ASB hineinträgt, erwirkt den sofortigen Ausschluss aus dem Bund.“ Schwartz 1971.

²³³ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 98-100. Herausgeber war Arthur Deutschmann, der die monatliche Zeitschrift im Selbstverlag, Manteuffelstr. 82, Berlin, 1924 sogar im 3. Jahr publizierte.

²³⁴ Nur in Berlin gab es eine Abteilungsbildung, da es dort mehrere Ortsgruppen gab. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 98-100.

²³⁵ Ebenda.

b. Die Gestellung von Hauskrankenpflegepersonal unentgeltlich oder gegen mäßige Entschädigung nach Möglichkeit zu vermitteln.

§ 4. Mitglieder, die einer bürgerlichen Organisation angehören, sind aufnahmeunfähig. Zur Ausbildung nach § 1 finden nach Bedarf Lehrkurse statt, an welchen Personen beiderlei Geschlechts teilnehmen können.²³⁶

Im Gegensatz zum ASB, der sich auf der Kreisleiterkonferenz im Juli 1924 im Vorfeld des 7. Bundestages 1925 zu Berlin eine zentralistische Organisationsstruktur gab, die dem Bundesvorstand ein Eingreifen auf jedweder Ebene gestattete, gestand der PGD den Ortsgruppen durch die Gewährung eines Ortsstatutes ein an den lokalen politischen Bedingungen ausgerichtetes Maß an Autonomie zu:

„Das Ortsstatut bestimmen die Mitglieder am Ort, jedoch darf es keinen Bestimmungen entgegenstehen und bedarf der Bestätigung durch den B.V.“

Dadurch sollte die Möglichkeit verbessert werden, sich auf die lokalen Gegebenheiten effektiver einzustellen. Ebenso erhielt jedes Mitglied unabhängig von seiner Position ein gleichberechtigtes Stimmrecht.²³⁷

Vorsitzender und Geschäftsstellenverwalter wurde Arthur Deutschmann (1895-1964), Berlin. Deutschmann und Schneider hatten 1921 als ASB-Abteilungsleiter in Berlin Samariterkurse für die VKPD durchgeführt und waren deshalb vom Berliner ASB-Vorstand ausgeschlossen worden. Der Grund für die Durchführung der Kurse bestand darin, dass die VKPD seitens des ASB für ihre Demonstrationzüge und Veranstaltungen keine Wachen mehr gestellt bekam.²³⁸ Zusätzlich strengte der ASB eine gerichtliche Klage an, in der Deutschmann vorgeworfen wurde, Material unter Verschluss gehalten zu haben.²³⁹ Schriftführer wurde E. Steinberg, Neukölln, Kassierer W. Runge, Neukölln, Lichtenraderstr. 10.²⁴⁰ Der schon oben erwähnte praktische Arzt Dr. med. Leo Klauber aus Berlin wurde Mitglied der Bundesleitung und Leiter der späte-

²³⁶ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 171-173.

²³⁷ Vgl. auch ebenda, Blatt 101-107, Blatt 98-100.

²³⁸ Vgl. Schwartze 1971; vgl. auch Büttner/Meyer 1984, S. 202ff.

²³⁹ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 81ff.; vgl. auch Schwartze 1971, S. 346, Büttner/Meyer 1984, S. 202ff.

²⁴⁰ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 109.

ren „Ärztegemeinschaft des PGD“.²⁴¹ Die sichtbaren Merkmale bestanden in einer weißen Armbinde mit rotem Stern, in dessen Mitte sich ein weißes Kreuz sowie die Buchstaben „PGD“ befanden bzw. ein ebenso gestaltetes Abzeichen.

„Den Genossinnen wird ... das Tragen von Kopftüchern nach dem Muster unserer russischen Roten Kreuz-Schwestern empfohlen.“²⁴²

Der PGD strebte zwar ebenso wie der ASB die Ausbildung von Arbeiter-Samaritern an, unterschied sich von diesem jedoch bewusst durch seine politische Zielsetzung. Er proklamierte vehement den Kampf „gegen das nationalistische Rote Kreuz und den neutralen ASB“²⁴³, denn die Betätigung in diesen Organisationen sah er als Hemmschuh für eine fortschrittliche proletarisch orientierte Gesundheitsbewegung, die er in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen als unerreichbar einschätzte.

III.6.2. Ausbreitung des PGD über Berlin hinaus

Aus der Aufstellung des großzügigen Delegiertenschlüssels im Statut (in größeren Bezirken sollte ein Delegierter auf 300 Mitglieder kommen) könnte vermutet werden, dass man von einer raschen Größenzunahme des PGD auszugehen schien. Tatsächlich breitete sich der Bund, dessen mitgliederstärkste Abteilungen sich zwar in Berlin befanden, auch in anderen Regionen Deutschlands, insbesondere in Sachsen, Rheinland/Westfalen, Baden und auch in Bayern aus. In den folgenden Orten gründeten sich Kolonnen: Berlin, Hamburg, Neukölln, Nürnberg, Fürth (1922)²⁴⁴, Mannheim, Heidelberg, Lampertheim, Weinheim, Karlsruhe, Berghausen b. Dürlach, Ahlen i.W., Bremen (Juni 1924), Ohligs (Mai 1924), Düsseldorf (Oktober 1924), Jena (August 1924), Dresden, Stassfurt, Eberswalde (27.8.1921), Fürstenwalde (September 1921), Niemburg, Coswig in Anhalt (Februar 1924), Zerbst, Dessau, Jaßnitz, Bernburg, Magdeburg und auch andernorts.²⁴⁵

²⁴¹ Vgl. ebenda, Blatt 96. Vgl. auch ebenda, Blatt 109.

²⁴² Ebenda, Blatt 101ff.

²⁴³ Moschke 1977 (2), S. 86.

²⁴⁴ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 33.

²⁴⁵ Vgl. ebenda, Blatt 63.

In der Mehrzahl wandten sich die Mitglieder oder Sympathisierende der KPD und andere, mit der reformistischen Politik des ASB-Vorstandes unzufriedene Samariter von diesem ab und traten teilweise geschlossen zum PGD über.²⁴⁶ So fand in Bremen am 25.6.1924 eine Versammlung von im ASB organisierten KPD-Mitgliedern und Sympathisierenden statt, aus der eine PGD-Ortsgruppe entstand. Organisatorische Überschneidungen schien es mit der in Berlin tätigen „Roten Frauenliga“ zu geben.²⁴⁷

Die Gründung weiterer PGD-Gruppen außerhalb Berlins wurde seitens der staatlichen Landesorgane mit größtem Misstrauen genauestens beobachtet und registriert. Gegen die badischen PGD-Gruppen schien die Polizei besonders streng vorzugehen. So wurde in einem Bericht vom Oktober 1924 mitgeteilt, dass Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern des PGD stattgefunden hätten. Dabei wurde festgestellt, dass die Bezirksleitung in Heidelberg ansässig sei und am 17.8.1924 dort eine Bezirkskonferenz abhielt.²⁴⁸ Die PGD-Gruppe in Mannheim halte Sanitätskurse ab und sei mit der Ortsgruppe Lampertheim organisatorisch verschmolzen. Als instruierender Arzt für den Bezirk sei Dr. med. Holl, dessen frühere Mitgliedschaft in der „Kostufra“²⁴⁹ bekannt sei, aus Heidelberg tätig. Weitere Gruppen bestünden in Karlsruhe, Weinheim und Heidelberg. Eine weitere Gründung sei in Berghausen bei Dürlach vorgesehen.²⁵⁰ Am 11.11.1923 führte der PGD-Karlsruhe im „nahegelegenen Hardtwald“ eine Übung unter Führung des derzeit als Buchhalter tätigen Lehrers August Straub aus Meßhütte durch, gegen den eine Anklage wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz erhoben wurde.²⁵¹

²⁴⁶ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 86.

²⁴⁷ „Die geplante Entsendung einer Anzahl Teilnehmerinnen in den proletarischen Gesundheitsdienst läßt ferner auf eine beabsichtigte Samaritertätigkeit schließen.“ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 178.

²⁴⁸ „Für den Bezirk Baden zeichneten: Adolf Schemel, Heidelberg, Heinrich Eckhoff, Mannheim, Friedrich Öhmig, Mannheim-Neckarau, Friedrich Hasselbring, Heidelberg, Hans Stocker, Wohnort unbekannt, Ludwig Scholl, Wohnort ebenfalls unbekannt.“ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 96-97.

²⁴⁹ Kommunistische Studentenfraktion; vgl. ebenda, Blatt 56.

²⁵⁰ Vgl. ebenda, Blatt 96-97.

²⁵¹ Vgl. ebenda, Blatt 55, 59.

Ob in Köln auch eine PGD-Gruppe existierte, ist nicht sicher festzustellen. Es könnte sich um weibliche Mitglieder der PGD-Gruppe Ohligs gehandelt haben, denn auf der 1. Mai-Kundgebung 1926 „wurden Frauen vom proletarischen Gesundheitsdienst mit weißen Kittelschürzen und weißen Hauben mit Sowjetstern festgestellt. Diese sind zum ersten Mal in Köln in Erscheinung getreten.“²⁵² Auf jeden Fall wurde aus Ohligs bekannt, dass sich im Mai 1924 der bestehende Arbeiter-Samariter-Bund in „Proletarischer Gesundheitsdienst“ umbenannt habe.

„Ohligs. Weg von den Reformisten. Die Arbeiter-Sanitäts-Kolonie ist aus dem Arbeiter-Samariterbund (Richtung Amsterdam) ausgetreten und hat sich den Proletarischen Gesundheitsdienst Richtung Moskau angeschlossen. Damit (hat sich, d.A.) auch diese Kolonie abgewandt von einer Organisation, die mit Volldampf hinübersteuert in das Lager des kleinbürgerlichen Reformismus. Der Proletarische Gesundheitsdienst zählt 25 männliche und 3 weibliche Mitglieder.“²⁵³

„Im Oktober 1924 entstand in der Düsseldorfer ASB-Gruppe eine Spaltung. Die linksradikalen Elemente, etwa 40 Personen beiderlei Geschlechts trennten sich von dem Arbeiter-Samariter-Bund und bildeten den kommunistischen proletarischen Gesundheitsdienst. Der P.G.D. nennt sich heute Arbeiter-Sanitätskolonne.“²⁵⁴

In Bremen „war anlässlich der Arbeitersportwoche (eine PGD-Gruppe, d.A.) erstmals öffentlich in Erscheinung getreten und hatte sich an einem Umzug, der anlässlich der Arbeitersportwoche veranstaltet wurde, beteiligt, ohne von dieser Veranstaltung eingeladen zu sein.“²⁵⁵ Aus Sachsen wurde im Bezirk Dresden die Gründung einer aus fünf Personen bestehenden PGD-Gruppe bekannt gegeben, „die sämtlich der KPD bzw. der KJ angehören würden.“²⁵⁶ Im August

²⁵² Ebenda, Blatt 258.

²⁵³ „Erster Vorsitzender ist Heinrich Rehm-Höhscheid, Hackhausen 7, 2. Vorsitzender Erich Hens, Schwanenstrasse 11“ Vgl. ebenda, Blatt 121. Mit der „Richtung Amsterdam“ war die Teilnahme einer ASB-Delegation an der Konferenz der „Internationalen Vereinigung für Rettungswesen und erste Hilfe bei Unglücksfällen“ in Amsterdam gemeint, die 1926 unter dem Protektorat des „Prinzen der Niederlande“ stand und an dem zahlreiche bürgerliche Organisationen, insbesondere vom Roten Kreuz teilnahmen.

²⁵⁴ Vgl. ebenda, Blatt 199-205.

²⁵⁵ Ebenda, Blatt 82.

²⁵⁶ „Als Abzeichen wird eine runde Anstecknadel getragen. Auf rotem Grund befindet sich ein weißes Kreuz, und in dessen waagrechtem Balken die Buchstaben ‚P.G.D.‘. Bei Sonderanlässen wird eine weiße Armbinde mit rotem Stern, in dem sich ein weißes Kreuz mit den Buchstaben ‚P.G.D.‘ befindet, getragen. Die Mitglieder besitzen Aus-

1924 wurde aus Jena vermeldet, dass sich „eine Sanitätskolonne unter der Bezeichnung ‚Proletarischer Gesundheitsdienst‘ gebildet“ habe. „Die Mitglieder gehören der K.P.D. an. Die Sanitätskolonne verfolgt nur politische Tendenzen; ihre Angehörigen tragen die Uniform der Arbeiter-Samariter und angeblich eine weiße Binde mit rotem Stern, darin ein weißes Kreuz mit den Buchstaben P.G.D.“²⁵⁷

Im Februar 1924 wurden dem „Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung“ Aktivitäten lokaler PGD-Gruppen in Anhalt, nämlich aus Zerbst, Dessau, Jaßnitz und Coswig (ca. 25 Mitglieder) gemeldet. Der Antrag auf eine Straßensammlung wurde zunächst wegen des Verdachts, eine „verschleierte Form KPD-Organisation“ zu sein, abgelehnt.²⁵⁸

Die große Entfernung zu Berlin schien erhebliche logistische und finanzielle Probleme zu bereiten, denn die am 17.8.1924 in Heidelberg stattfindende PGD-Bezirkskonferenz Baden stellte einen Antrag an die Bundesleitung, den Bundestag unverzüglich einzuberufen, wobei Neuwahlen der gesamten Bundesleitung vorzunehmen seien. Der Bundesausschuss sei ebenfalls neu zu wählen, Süddeutschland wurde als ständiger Sitz vorgeschlagen.²⁵⁹

weise, Format etwa 8x4, auf den Namen des Inhabers lautend und mit rotem Stempel in Sternform und der Unterschrift ‚Runge‘ (Kassierer der Bundesleitung) versehen. Leiter und Führer ist der Büroarbeiter Wilhelm Kurt Hoffmeister, geb. 17.1.1905 in Mülhausen/Thüringen, Dresden, Weinligstraße 6, I, bei den Eltern wohnhaft.“ Ebenda, Blatt 112, 113.

²⁵⁷ In dieser, einige Tage später folgenden Meldung wurde präzisiert: „Infolge mehrfacher Differenzen innerhalb der Sanitätskolonne des Arbeiter-Samariter-Bundes in Jena hat sich eine besondere Sanitätskolonne unter der Bezeichnung ‚Proletarischer Gesundheitsdienst‘ gebildet. Die Mitglieder entstammen den Sanitätern des Arbeiter-Samariter-Bundes. Angeblich soll bei dem Proletarischen Gesundheitsdienst eine rein politische Strömung in der Betätigung dieser Kolonne massgebend sein. Der Proletarische Gesundheitsdienst gehört der kommunistischen Partei in Jena an.“ Ebenda, Blatt 86, 87.

²⁵⁸ Würde sich der PGD „als der kommunistischen Propaganda dienend und als eine verschleierte Form der K.P.D. (herausstellen, d.A.), ... würden wir das Fortbestehen der Ortsgruppen verhindern und die Einleitung von Strafverfahren gegen die Beteiligten veranlassen. Die Entscheidung über das Genehmigungsgesuch zu einer Haussammlung ist einstweilen ausgesetzt. Anhaltisches Staatsministerium.“ Ebenda, Blatt 63.

²⁵⁹ Ebenda, Blatt 108.

III.6.3. Erster Bundestag des PGD

Vom 23.-25.12.1923 rief der PGD seine Mitglieder zur ersten reichsweiten Tagung in „Kliems Festsälen“ nach Leipzig auf.²⁶⁰ Es wurde konstatiert, dass die Zahl der PGD-Ortsgruppen mittlerweile auf 56 und die der Mitglieder auf 1.200 angestiegen war. Angesichts der Anwesenheit einer Vielzahl befreundeter proletarischer Organisationen beschäftigte man sich mit den Fragen der weiteren Zusammenarbeit. Im engeren Kreis wurden Vorhaben des weiteren Organisationsausbaus, der Intensivierung der Tätigkeit und der Einsatz werbewirksamer Aktionsmöglichkeiten besprochen.

Programmatisch stellte der PGD seine gesundheitspolitischen Vorstellungen in den Dienst der originären Kampfziele der organisierten Arbeiterbewegung und erklärte sich solidarisch mit deren aktuellen Forderungen. So wurde erneut die Durchsetzung und Beibehaltung des Achtsturentages in den Mittelpunkt gerückt und daran erinnert, dass er eine Errungenschaft der Novemberrevolution sei. Allerdings sei diese in den folgenden Jahren durch die Politik reformistischer Arbeiterführer immer stärker aufgeweicht worden. Nur durch eine „ausreichend entlohnte Tagesarbeit von höchstens 8 Stunden“ bestünde „genügend Zeit und Möglichkeit, die Arbeitskraft durch Ruhe, Ernährung, Körper- und Geistespflege neu zu erzeugen und zu mehren.“²⁶¹ Somit erklärte sich der PGD demonstrativ eng verbunden mit allen aktuellen Arbeitskämpfen, die auf das Wiedererreichen des Acht- bzw. Siebensturentages²⁶² abzielten, und bekundete die „tiefste Sympathie und Solidarität mit den Vorkämpfern der sozialen Forderung, den Bergarbeitern von der Ruhr, von Oberschlesien und Mitteldeutschland, sowie mit allen anderen, um das hohe Ziel ringenden Arbeiterkategorien“.²⁶³

²⁶⁰ Dieser durfte nur unter der Voraussetzung der ständigen Bewachung zweier Kriminalbeamter der Abt. I a stattfinden. Vgl. ebenda, Blatt 61a.

²⁶¹ Ebenda, Blatt 78.

²⁶² Die Verteidigung des Achtsturentages galt vor allem den „gesundheitsschädlichen Betrieben, wie im Bergbau, den chemischen Fabriken, Hüttenwerken, Feuerbestattungsbetrieben und dergleichen“. Ebenda.

²⁶³ Ebenda.

Am 25.12.1923 fand im Rahmen des PGD-Bundestages der Kongress der im PGD organisierten Ärzte statt, auf dem zahlreiche andere Berufskollegen und insgesamt einige hundert Besucher anwesend waren. Dr. Klauber befasste sich kritisch anhand von Daten- und Erfahrungsmaterial mit Fragen der Sozialhygiene, insbesondere mit der Gesundheitslage der werktätigen Bevölkerung z.B. durch zu viele Überstunden²⁶⁴. Viele Schulkinder seien unterernährt, wobei festgestellt worden sei, dass eine Gewichts Differenz von 12 Pfd. zwischen Volksschulkindern und Kindern höherer Schulen bestünde. Dabei wurde die Zunahme und die Auswirkungen der sich als Kinderkrankheit etablierenden Tuberkulose beleuchtet und größtes Unverständnis darüber geäußert, dass angesichts dieser Zustände das staatliche „Zentralkomitee für Tuberkulosebekämpfung“ seine Tätigkeit eingestellt habe. Diese Verschlechterung der gesundheitlichen Verhältnisse würde sowohl durch die zunehmende Massenarbeitslosigkeit als auch durch weitergehende Demontagebeschlüsse im Gesundheitswesen forciert, obwohl der kapitalistische Staat gleichzeitig über riesige Geldmengen verfüge, die ungeachtet dieser Zustände ins Ausland flößen. Aus Hamburg und Prenzlau stellte er konstruktive Initiativen vor, in denen die IAH und der PGD zusammenwirkten und Arme anderen Armen solidarisch geholfen hatten.²⁶⁵

Dr. Wolf resümierte als ein weiterer Vertreter der PGD-Ärztegemeinschaft über die Ziele und Aktivitäten des PGD. Er betonte die Notwendigkeit der Fortsetzung der Samariterkurse durch proletarisch eingestellte Ärzte, unterstrich die PGD-Forderung nach Sozialisierung des Gesundheitswesens. Weiterhin würden kommunistisch eingestellte Ärzte gezielten Einfluss auf die Ärzteschaft nehmen, um sie, getrieben durch ihre eigenen Existenzkämpfe, für das Zusammengehen mit dem Proletariat mit dem Ziel der aktiven Teilnahme an gesellschaftliche Veränderungen zu gewinnen.

²⁶⁴ Vgl. ebenda.

²⁶⁵ In diesem Zusammenhang erwähnte Dr. Klauber, „dass die Amerikaner den Vorschlag gemacht (hätten), die Zinsen des im Ausland investierten Staatsvermögens in Höhe von 3,5 Mill. Golddollar zur Linderung der Not in Deutschland zu verwenden ... Auch das Inventar von Krankenhäusern samt Wäsche und Medikamenten ist ins Ausland verschoben worden.“ Ebenda, Blatt 61a.

Dr. Fränkel skizzierte aus historisch-materialistischer Sicht die Funktion der medizinischen Wissenschaft, die in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft letztendlich auch den Verwertungsinteressen des Kapitals zum Opfer fiele. Nur durch die Selbstbestimmung und Kontrolle seitens des Proletariats in einem vergesellschaftlichten Gesundheitswesen kämen die wissenschaftlichen Errungenschaften allen, nicht nur bestimmten Einzelinteressen, zugute. Bereiche wie Gesundheitspflege in den Betrieben, Fürsorge, Schulhygiene, Krankenkassen und Krankenhäuser würden dann unter dem Einfluss der Betriebsräte, Elternvertreter und der Kranken- und Kassenräte gestellt werden. In diesem Sinne sei der PGD mit seinen Forderungen nach Einrichtungen und Unterstützung von Behandlungsstätten, der Haus-, Siechen- und Jugendpflege, des Schutzes gegen geistige und körperliche Verwahrlosung trotz der Konkurrenz zu bürgerlichen Wohlfahrtsverbänden schon wesentlich tätig geworden. Schlussendlich müssten proletarische Sozialhygieniker herangebildet und eingesetzt werden.

Auch ein Vertreter des „Bundes Sozialistischer Ärzte“ referierte. Dr. Röder verwies auf den Widerspruch des freien Arztberufes, der sowohl der Prophylaxe als auch der Heilung von Krankheiten verpflichtet sei, aber den ökonomischen, freiberuflichen Zwängen unterliege, wodurch dieses Ziel letztendlich verunmöglicht würde. Er forderte die Schaffung entsprechender Organisationsalternativen z.B. in Form von Gesundheitsausschüssen, wo mehrere Ärzte unter Beibehaltung der freien Arztwahl zusammenarbeiten könnten. Dies rief den Widerspruch vor allem der kommunistisch eingestellten Ärzte hervor, da die Einbeziehung der Betroffenen selbst und der Arbeiterfunktionäre ausgeklammert würde. Dieser Punkt zeige beispielhaft den prinzipiellen Unterschied zwischen einer an sozialdemokratisch-reformistisch orientierten und der an kommunistischen Zielen orientierten Gesundheitspolitik auf.

Beeindruckt von den Leistungen der jungen Sowjetunion auf gesundheitlichem Gebiet legte Dr. Goldenberg seine Auffassung am Beispiel der Tätigkeit des „Kommissars für Volksgesundheit“ dar, dessen Funktion es ermögliche, z.B. eine effektive Bekämpfung der Seuchen durch eine aktive Miteinbeziehung und Aufklärung der breiten Massen nachhaltig zu gewährleisten. Er legte dar, dass über die Behandlung der Folgeerkrankungen, die im Rahmen der Prostitution auftraten, eine in den Schulen absolvierte Aufklärungskampagne genauso wichtig sei wie die konsequente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Zum Schluss verabschiedete der Kongress zwei Resolutionen: Man sprach sich für ein Alkoholverbot und gegen die Abschaffung des Achtstundentages durch die Regierung aus.²⁶⁶

III.6.4. Ärzte des PGD

Wie schon zuvor erwähnt rief ein kommunistischer Arzt, Dr. med. Klauber, in Berlin zur Gründung des PGD auf²⁶⁷. Tatsächlich schienen die Ärzte ein großes Gewicht im PGD zu haben und sorgten für ein hohes intellektuelles Niveau. Sie sprachen sich nicht nur für die Notwendigkeit einer qualifizierten Samariterarbeit aus, sondern nahmen offensiv und kritisch zu sozialhygienischen und sozialpolitischen Fragen Stellung, wobei sie repetitiv die Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsorientierung und den Führungsanspruch der organisierten Arbeiterklasse herausstellten.

So schlossen sich am 14.9.1922 17 dem PGD angehörende bzw. vom ASB ausgeschlossene Ärzte zusammen und gründeten eine innerorganisatorische ärztliche Arbeitsgemeinschaft, die dem PGD-Bundesvorstand unterstand. Dort verkündigten sie der Öffentlichkeit:

„In der Überzeugung, daß durch Deutschlands wirtschaftlichen Niedergang, dessen Folgen ausschließlich auf dem Proletariat lasten werden, der Gesundheitszustand der Bevölkerung auf das schwerste geschädigt werden muß, daß zur Abwendung oder Linderung der gesundheitlichen Folgen des ökonomischen Zusammenbruchs eine möglichst ausgedehnte medizinische Aufklärung und sanitäre Ausbildung der Arbeiterschaft unbedingt erforderlich ist, und daß nur auf dem Boden einer derartigen ärztlichen Tätigkeit ein der Erhaltung und Förderung der Volksgesundheit gewidmeter proletarischer Klassenkampf aussichtsreich sein wird, haben am Abend des 14. Sept. 1922 siebzehn dem Proletarischen Gesundheitsdienst angeschlossene Ärzte eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, um die aus Kursen, Vorträgen und seminaristischer Ausbildung bestehenden Lehraufgaben zu erfüllen und darüber hinaus zu allen bereits vorliegenden oder neu auftauchenden sozialen Gesundheitsfragen vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes aus Stellung zu nehmen und selbständig vorzugehen. Alle auf sozialistischem Boden stehende Ärzte – gleichgültig welcher Parteirichtung sie folgen und ob sie überhaupt einer politischen Partei angehören – werden aufgefordert, sich dem Proletarischen Gesundheitsdienst und sei-

²⁶⁶ Vgl. ebenda.

²⁶⁷ Danach wurde am 22. Juni 1921 eine öffentliche Versammlung des Kartellverbandes Groß-Berlin in die Sophiensäle einberufen, in der Dr. Leo Klauber zur Bildung des „Proletarischen Gesundheitsdienstes“ (PGD) aufrief. Vgl. Moschke 1977 (2), S. 85.

ner ärztlichen Arbeitsgemeinschaft anzuschließen. Auskunftsstelle: Dr. med. Lothar Wolf, Berlin, W. 62, Kleiststraße 19“.

Die programmatische Notwendigkeit zur Gründung einer Ärztegemeinschaft wurde folgendermaßen dargestellt:

„Innerhalb unseres Bundes hat sich eine besondere Zusammenfassung unserer Ärzte als notwendig erwiesen, einmal, um unseren Lehraufgaben gerecht werden zu können, zum anderen, um bei allen sozial hygienischen und sozialpolitischen Fragen, die uns laut unserem Bundesprogramm beschäftigen müssen, über eine ausreichende Zahl sachkundiger und zuverlässiger Genossen zu verfügen.“²⁶⁸

Der Vorstand der Ärztegemeinschaft des PGD wurde auf dem 1. Bundestag gewählt und bestand aus den Ärzten Dr. med. Wolf, Dr. med. F. Fabian, San.-Rat Dr. med. M. Cohn, Dr. med. S. Alexander und Dr. med. K. Kaphan.²⁶⁹ Ende November 1922 hatte die Ärztegemeinschaft schon mehr als 40 Mitglieder.²⁷⁰

Im Organ „PGD“ schrieben sie über Themen wie „Ärzte und Krankenkassen“ (Dr. Benjamin), „Mutterschutz und Säuglingspflege im neuen Russland“ (Dr. Gens) und über „Eignungsprüfungen“ (Dr. Cohn) und gaben Broschüren heraus, die Visionen einer sozialistischen Gesundheitspolitik entwarfen, z.B. mit dem Titel: „Wie wird die proletarische Gesellschaft das Gesundheitswesen regeln?“²⁷¹

Wahrscheinlich 1922 brachte der PGD-Arzt Dr. Klauber die Broschüre „Klassenkampf gegen den Hungertod“ heraus, dessen Inhalt er zu verschiedenen Gelegenheiten referierte.²⁷² Auf ärztlicher Ebene engagierte er sich in der „Gesell-

²⁶⁸ Moschke 1977 (2), S. 89ff.

²⁶⁹ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 78.

²⁷⁰ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 90.

²⁷¹ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 67.

²⁷² Referat auf dem 1. Reichsbetriebsrätekongress: „Der Verfasser hat das reichhaltige Beweismaterial für die Zunahme der Sterblichkeit sowie Verschlechterung des Gesundheitszustandes und der Lebenshaltung des deutschen Volkes in geschickter und praktisch nutzbarer Weise zusammengestellt. Selbstverständlich vergewaltigte er aber die Tatsachen bei den zu ziehenden Schlussfolgerungen weitgehendst zu Gunsten der kommunistischen Parteidoktrin. Während jeder objektive Beurteiler in den erschütternden Zahlenreihen beredtes Anklagematerial gegen den Versailler Diktatfrieden und seine Urheber erblicken muss, stellen sie sich in der klauberischen Aufmachung lediglich als die „Krise des Kapitalismus“ dar. Vgl. ebenda, Blatt 41.

schaft für Sexualreform“ und nahm dort in führender Position an Veranstaltungen zur Abschaffung des § 218 teil. Im Mai 1924 referierte Dr. Klauber zusammen mit Dr. Theilhaber und dem Rechtsanwalt Pindar, auf einer Veranstaltung der „Gesellschaft für Sexualreform“ zu den Auseinandersetzungen um den aktuell stattfindenden „Abtreibungsprozess Heiser, in dem nicht weniger als 11.000 Frauen ‚beschuldigt‘ sind“.²⁷³

Während des Ärztestreiks 1924 engagierte sich Dr. Wolf für die Interessen der Krankenkassenmitglieder und unterstützte den in dieser Zeit gegründeten „Bund der Versicherten“.²⁷⁴ In Neukölln richtete die PGD-Ärztegemeinschaft eine „Beratungs- und Behandlungsstelle“ für Patienten, die keiner Krankenkasse angehörten, ein. Die ärztliche Behandlung und Ausstellung von Attesten erfolgte kostenlos in der Zeit von 11:00 bis 14:00 Uhr. Gegenüber den Krankenkassen vertraten die Ärzte oftmals die Interessen der Arbeiter.²⁷⁵ Aus humanitären Gründen lehnten die PGD-Ärzte Streiks, die durch bürgerliche Ärzteverbände unterstützt wurden, ab und sabotierten diese, da sie diese Aktionen als in erster Linie gegen die Interessen der Lohnabhängigen gerichtet ansahen. Die PGD-Ärzte weigerten sich während der Ruhrbesetzung durch die französische und belgische Armee, an der vom Vorstand der Ärzte Deutschlands (Leipziger Verband) geforderten Behandlungssperre gegenüber diesen Militärangehörigen teilzunehmen. „Sie (die Ärztegemeinschaft, d.A.) ist überzeugt, dass eine Behandlungssperre nicht die schuldigen Kapitalisten, Politiker, Offiziere und Journalisten treffen würde, sondern ausschließlich kranke Proletarier.“²⁷⁶

Auch den notleidenden Mittelstand und die Intelligenz versuchten die PGD-Ärzte anzusprechen. So wandte sich Dr. Klauber zusammen mit dem kommu-

²⁷³ Ebenda, Blatt 76. Vgl. auch ebenda, Blatt 77.

²⁷⁴ So sprach er auf einer Sitzung des Groß-Berliner-Ärztebundes als Beauftragter der „Arbeitsgemeinschaft kommunistischer Ärzte und Kassenvertreter“ und rief zu großen Kassenmitgliederversammlungen in den Berliner Arbeitervierteln auf, die durch die kommunistischen Ärzte unterstützt würden. Die von Einkommenseinbußen gepeinigten Ärzte sollten ebenfalls zu ihrer ökonomisch desolaten Situation stehen und sich entsprechend solidarisieren. Vgl. ebenda, Blatt 52.

²⁷⁵ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 90.

²⁷⁶ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 39.

nistischen Landtagsabgeordneten Dr. Ernst Meyer auf einer öffentlichen Veranstaltung an „Angehörige der geistigen Berufe, wie Aerzte, Anwälte, Journalisten, Lehrer, Techniker u.s.w. ..., um diesen Schichten als einzigen Ausweg aus dem Elend den Anschluss an das revolutionäre Proletariat zu predigen.“²⁷⁷

Die PGD-Ärzte bauten unter den fortschrittlich eingestellten Ärzten ihren Einfluss aus. So wurden die PGD-Ärzte Dr. Klauber und Dr. Fabian in den Vorstand des „Vereins Sozialistischer Ärzte“ gewählt.²⁷⁸ Nach der Auflösung des PGD arbeiteten viele der ihm zuvor angehörenden Ärzte im diesem Verein weiter mit.²⁷⁹

III.6.5. Aktivitäten des PGD

Um den Einfluss sowohl in der Arbeiter-Samariterbewegung als auch unter der organisierten Arbeiterschaft zu vergrößern, forcierte der PGD seine Aktivitäten, straffte seine Organisation und forderte ein Höchstmaß an Disziplin von seinen Mitgliedern. „Sämtliche Abteilungen beteiligen sich restlos an der Maidemonstration gemäß dem Aufmarschplan der Gewerkschaften und Parteien.“²⁸⁰ Der Staatsapparat nahm jede Gelegenheit wahr, den PGD illegalisieren zu können. Ihm sollte nachgewiesen werden, dass er als verlängerter Arm der Kommunistischen Partei und Instrument für etwaige Umsturzabsichten fungierte. Vor allem in Berlin kam es zu häufigen, blutig verlaufenden Auseinandersetzungen zwischen Polizei und revolutionären Arbeitern, z.B. bei Kundgebungen der VKPD im Lustgarten, im Schöneberger Rathaus, in Friedrichsfelde etc. Ständig fanden Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern des PGD statt, weil man

²⁷⁷ Ebenda, Blatt 34. Vgl. auch ebenda, Blatt 24a. Interessanterweise wird diese Darstellung seitens der Überwachungsbehörden gar nicht in Frage gestellt, sondern nur dahingehend korrigiert, dass diese Sichtweise zu eng sei, denn es seien „auch weite Kreise des Bürgertums, wie die Kleinrentner sowie Teile der Beamtenschaft und des gewerblichen Mittelstandes von der Not der Zeit in mindest gleichem Maße betroffen.“ Ebenda, Blatt 24.

²⁷⁸ Vgl. ebenda, Blatt 196.

²⁷⁹ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 91.

²⁸⁰ Aufruf zur 1. Mai-Demonstration 1923 in Berlin. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 46.

nähere Informationen über Mitglieder, Programmatiken und Organisationsstruktur zu erfahren hoffte.

In Neukölln fand am 15.10.1922 im Zirkus Busch die erste Kundgebung des „Stahlhelms“²⁸¹ statt, anlässlich dessen die KPD zu einer Gegenkundgebung aufgerufen hatte. Die Polizei ging gewaltsam gegen die Arbeiter vor, wobei ein Mitglied des PGD erschossen wurde.

„Dr. Klauber, der Leiter des proletarischen Gesundheitsdienstes in Berlin, hatte am 14.10. Nachmittag von der Zentrale der K.P.D. die Anweisung erhalten, den gesamten P.G.D. zu mobilisieren. Am Sonntag Morgen hat Dr. Klauber die Einteilung der Mannschaften im Bürohaus Börse persönlich vorgenommen.“²⁸²

Angesichts der zu erwartenden Auseinandersetzungen besetzte der PGD seine Wache in der Burgstrasse 3, was sich aufgrund der zahlreichen, tatsächlich ereigneten Verletzungen als sinnvoll herausstellte. Die Polizei verhaftete 120 PGD-Samariter unter dem Vorwand, in der Wache befände sich ein Waffenlager.²⁸³ Ihnen sollte ein Hochverratsprozess gemacht werden, der aber mangels Beweisen nicht stattfand.²⁸⁴

Bei seinen Veranstaltungen griff der PGD nicht selten auf die personelle Unterstützung gleichgesinnter und kommunistischer Organisationen vor allem dann zurück, wenn er sein Anliegen breiten Bevölkerungsschichten darstellen wollte. Denn nicht selten stieß er an seine Leistungsgrenzen. Am 8.7.1923 organisierte der PGD in Berlin seine erste Großveranstaltung in Form einer Massende-

²⁸¹ „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“, Vereinigung von Soldaten des Ersten Weltkriegs, deutschnational ausgerichteter Wehrverband. Bis 1930 über 500.000 Mitglieder. Ziele waren die Errichtung einer Diktatur in Deutschland, die Vorbereitung eines Revanchekrieges und die Errichtung eines antiparlamentarischen Ständestaates. „Wir hassen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt“. Der Stahlhelm gehörte 1931 zu den Gründungsorganisationen der gegen die Weimarer Republik gerichteten Harzburger Front. 1933 wurden die bis 35 Jahre alten Mitglieder als Wehr-Stahlhelm in die SA eingegliedert, die übrige Mitgliedschaft in den Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbund umbenannt, 1935 aufgelöst. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Stahlhelm,_Bund_der_Frontsoldaten.

²⁸² Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 64-66; vgl. auch Hinweis auf Erlebnisberichte von Deutschmann, Arthur, in: Schwartz 1971, S. 347; Moschke 1977 (2), S. 87f.

²⁸³ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 87f.

²⁸⁴ Vgl. Schwartz 1971, S. 347.

monstration gegen die „gesundheitliche Verelendung der Arbeiterklasse“, auf der „weit über 5.000 Arbeiter und Arbeiterinnen erschienen“²⁸⁵. Sie fand zusammen mit Arbeitersportorganisationen, den Naturfreunden und dem Kommunistischen Sängerbund statt und klang mit einer Ersten-Hilfe-Massenübung aus. Die PGD-Führer Deutschmann und Lieske²⁸⁶ betonten in ihren Ansprachen die Wichtigkeit des weiteren Ausbaus ihrer Organisation und die Notwendigkeit der Errichtung eines proletarischen Staates, um eine grundlegende gesundheitliche Versorgung aller Werktätigen sicherzustellen. Bei den Übungen auf dem Fichte-Sportplatz waren drei Unglücksfälle, einer davon etwa 15 Minuten entfernt am Straßenbahndepot mit über 50 Verwundeten, angenommen worden. Das Verbinden und der Abtransport der Verletzten zum Sportplatz verliefen vorbildlich, ein besonderes Haupt-Sanitätsdepot war eingerichtet worden. Der PGD-Arzt Dr. Klauber, der die Sanitätsleistungen abnahm, fand keinen Grund zur Beanstandung.

„Die Veranstaltung, der die Arbeiter mit ihren Familien bis zur Dunkelheit beiwohnten, war besonders für die Proletarierkinder ein Tag reiner, ungemischter Freude. Konnten sie sich doch einmal wenigstens auf dem grünen Rasen des Fichte-Sportplatzes so recht nach Herzenslust austoben.“²⁸⁷

Auch in anderen Orten, z.B. in Baden, machte der PGD durch ähnliche Unfallübungen etc. auf sich aufmerksam.²⁸⁸

²⁸⁵ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 51a.

²⁸⁶ Noch riefen sie vereint zu PGD-Veranstaltungen auf.

²⁸⁷ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 51a. Die Ankündigung zu der Großveranstaltung des PGD sah in der roten Fahne folgendermaßen aus: „Erste Demonstration des PGD. Wir machen alle Genossen darauf aufmerksam, dass am Sonntag, den 8. Juli, nachmittags 1 Uhr, der ‚Proletarische Gesundheitsdienst‘ zu einer Demonstration gegen die gesundheitliche Verelendung der Arbeiterklasse aufruft. Treffpunkt: Mariannenplatz. Von dort aus findet ein gemeinsamer Zug mit den Arbeitersportorganisationen nach dem Fichte-Sportplatz (Baumschulenweg) statt, wo ab 3 Uhr Sport- und Musikvorführungen sowie eine Massenübung des PGD. den Nachmittag ausfüllen werden. Eintrittspreis 800 M. Die Großberliner Arbeiterschaft hat die Pflicht, zur Teilnahme an der Demonstration und an der Nachmittagsveranstaltung vom Sonntag ihr Interesse und ihre Solidarität für die klassenbewußte Samariterorganisation zu bekunden.“ Ebenda, Blatt 50.

²⁸⁸ So wurde im Lagebericht vom 12.11.1923 gemeldet, dass Anzeige gegen den Lehrer August Straub aus Meßhütte bei Karlsruhe und weiteren 15 Kommunisten wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz ergangen sei, „da sie im nahegelegenen

Vom 22.-28.9.1924 veranstaltete der PGD in Berlin eine Werbeaktion. In einem Aufruf „An alle Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin“ wurde auf die gesundheitlichen Folgen des ausbeuterischen Klassensystems hingewiesen. Schon immer sei der Arbeiter „Handels- und Warenobjekt der Unternehmer“ gewesen, diese hätten kein Interesse daran,

„sich um die Gesundheit des werktätigen Volkes zu kümmern ... Weder das Reich noch der Staat, noch die Kommunen, weder Rotes Kreuz noch der Arbeiter-Samariter-Bund haben je ihre Stimme erhoben gegen dieses Verbrechen, weil auch sie zu den Schildhaltern dieser Kapitalistenclique gehören ... Munk dagegen aber kämpft eine kleine Schar klassenbewußter und revolutionärer Arbeitersamariter mit ihrer Organisation gegen diese Widersacher des Proletariats trotz Polizeischikane und anderer Machenationen.“²⁸⁹

Die öffentlichen Veranstaltungen umfassten Lichtbildervorträge der Ärzte, drei Bezirksmassenübungen und eine abschließende Massenkundgebung zusammen mit weiteren Arbeiterkulturorganisationen. In den Aulen ortsnahe Schulen referierten in Schöneberg Dr. Eulenberg über „Sport in gesundheitlicher Beziehung“, in Köpenick Dr. Klauber über „Alkohol und seine Gefahren“ und in Neukölln Dr. Bär über „Tuberkulose und ihre Bekämpfung“.²⁹⁰ Nach Einschätzung des Polizeipräsidenten sei die Werbewoche allerdings sehr mäßig verlaufen. Die an jedem Abend stattfindenden Bezirksmassenübungen „mussten bis

Hardtwald eine Übung des proletarischen Gesundheitsdienstes abhielten. Führer der Gruppe war der am 22.1.1900 in Meßhütte geborene Lehrer August Straub, der z.Zt. hier als Buchhalter beschäftigt ist. Er gab an, von Dr. Holl, Heidelberg, den Auftrag zur Aufstellung des proletarischen Gesundheitsdienstes in Karlsruhe erhalten zu haben. Dr. Holl organisiere diesen Dienst in ganz Süddeutschland. In einer kürzlich von mir dorthin gegebenen Mitteilung über die Kostufra (kommunistische Studentenfraktion) ist Holl ebenfalls bekannt.“ Ebenda, Blatt 56.

²⁸⁹ Ebenda, Blatt 92. „Der proletarische Gesundheitsdienst der KPD hielt vom 22. bis 28. September eine sehr mässig verlaufene Werbewoche ab, innerhalb deren nach dem beiliegenden Aufrufe an jedem Abend Übungen stattfinden sollten. Diese mussten bis auf 2, an denen 25-40 Personen zur Stelle waren, ausfallen, da sich zu ihnen überhaupt niemand eingefunden hatte. Ebenda, Blatt 94.

²⁹⁰ „Aufruf! An alle Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins! Gesundheit ist das höchste Gut! Sich gesund erhalten ist Tugend! ... Gr. Massenkundgebung in der Unionsbrauerei Hasenheide unter Mitwirkung des Prof. Roseberg Chors, Arb.-Mandolinen-Vereinigung, proletarischer Sprechchor, proletarische Künstlervereinigung u. a. m., Eintritt frei, Programm 0,25 Mk.“, Ebenda, Blatt 92.

auf 2, an denen 25-40 Personen zur Stelle waren, ausfallen, da sich zu ihnen überhaupt niemand eingefunden hatte.“²⁹¹

Am zweiten Osterfeiertag 1925 veranstaltete der PGD Groß-Berlin eine Demonstration und Massenkundgebungen zusammen mit anderen proletarischen Organisationen.²⁹² Die Massenübung fand auf dem Sportplatz der Schönhauser Allee mit etwa 150 Samaritern statt. Von sich behauptete der PGD, dass der ASB in Berlin nur zweitrangig in Erscheinung trat. Er sei überwiegend bei Veranstaltungen des Reichsbanners, der SPD und bei republikanischen Kundgebungen sichtbar, „nicht selten Seite an Seite mit dem reaktionären Roten Kreuz“. Am 15.11.1925 führte der PGD in Berlin eine Massenübung in Zusammenarbeit mit dem Roten Frontkämpferbund (RFB) durch.²⁹³

Über das Angebot der Teilnahme an Erste-Hilfe-Lehrkursen hinaus widmete man sich ebenso der gesundheitlichen Aufklärungsarbeit einschließlich moralisch tabuisierter Bereiche. So bot die PGD-Abteilung Neukölln Anfang 1925 „Extrakurse für Frauen“ an, in denen speziell Frauenkrankheiten behandelt wurden. Ziel sollte es sein, sich „die einfachen anatomischen und physiologischen Kenntnisse anzueignen“.²⁹⁴

In Nürnberg hielt am 15.8.1925 abends im Café Merk die Ortsgruppe des PGD eine öffentliche Versammlung ab mit dem Thema „Gesundheitswesen in Deutschland“, Referent Dr. med. Benjamin, Berlin.²⁹⁵

Zu der im Sommer 1925 in Frankfurt/Main stattgefundenen Arbeiterolympiade hatte der PGD seine Mitarbeit angeboten. Er wurde jedoch aufgrund eines Beschlusses der „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege“, dessen Leitung unter sozialdemokratischem Einfluss stand, nicht zugelassen.²⁹⁶

²⁹¹ Ebenda, Blatt 94.

²⁹² Vgl. ebenda, Blatt 127a.

²⁹³ Vgl. ebenda, Blatt 130. Vgl. auch Moschke 1977 (2), S. 88.

²⁹⁴ Ebenda, Blatt 118.

²⁹⁵ Vgl. ebenda, Blatt 157.

²⁹⁶ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 88; vgl. auch Kap. III.6.8.: Einigungsverhandlungen und Verweigerung der Aufnahme in die Zentralkommission mit der Begründung, dass nur eine Arbeiter-Samariter-Organisation dort Mitglied sein dürfe.

Im Mai 1924 war der PGD in der Lage, aus Anlass der Reichstagswahlen in 14 Berliner Wahlbezirken über öffentlich bekannt gegebene Wahllokale Wahlhilfe für alte und gebrechliche Personen anzubieten und trat damit in Konkurrenz zum ASB.²⁹⁷ Zu den Kommunalwahlen in Berlin im Oktober 1925 bot der PGD nicht nur Begleitung und Transport kranker Proletarier zu den Wahllokalen sämtlicher Wahlbezirke an, sondern traf darüber hinaus eine Regelung mit den Betriebsräten der Krankenhäuser, die stationär behandelten Kranken zu den Wahllokalen und zurück zu transportieren, da in den Krankenhäusern in diesem Jahr keine eigenen Wahlbezirke eingerichtet worden waren.²⁹⁸

Obwohl der PGD bei der Propagierung alternativer Heilmethoden eine kritische Stellung bezog, wurde das Zustandekommen entsprechender Organisationen begrüßt, vorausgesetzt, diese stünden auf „proletarischem Boden“. So unterstützten sie die Gründung des „Arbeiter-Biochemievereins“, da dieser in seinem Wirken die soziale Frage einbezog.

„Wir dürfen den Arbeitern nicht vortäuschen, dass sie mit den 11 Salzen geheilt wären. Hauptaufgabe des neuen Arbeitervereins muss sein: Aufklärung und Kampf gegen die sozialen Ungerechtigkeiten, Kampf um die soziale Besserstellung und damit Kampf um die politische Macht. Nur dann, wenn dieser neue Verein sich auf diesen Boden stellt, ist die Gründung notwendig. In diesem Sinne begrüßen wir den Arbeiter-Biochemieverein.“²⁹⁹

In seinen Hochburgen schaffte es der PGD sogar, ein eigenes, sozialkritisches Theaterstück zu schreiben und entsprechende Veranstaltungen zu initiieren. So fand am 30. Oktober 1925 in den Andreashallen in Berlin eine Aufführung: „Die Tragödie eines Armenarztes‘ (Das Hilfswerk ein Verbrechen – §§ 218/219)“ statt. Das Stück wurde von der „Proletarischen Spielgemeinschaft Wedding“ aufgeführt.³⁰⁰

²⁹⁷ Vgl. Bundesarchiv Abt. Potsdam, Blatt 164a.

²⁹⁸ Vgl. ebenda.

²⁹⁹ Ebenda, Blatt 111. Umso schärfer geht man alternativen Heilmethoden, z.B. der Geopathie, die von bürgerlichen Laien-Medizinern proklamiert werden und zu sonntäglichen Diskussionsveranstaltungen zwischen Ärzten und Laien-Medizinern führen, ins Gericht. Dies zeuge angesichts der aktuellen Situation der Volksgesundheit von nichts anderem als provozierender Interesselosigkeit; vgl. ebenda, Blatt 69.

³⁰⁰ Vgl. ebenda, Blatt 165.

Die KPD sparte nicht mit entsprechender Unterstützung. So richtete sie am 1.8.1925 ein Schreiben an alle Sportfraktionen, in dem aufgefordert wurde, dass diese wenigstens ein Mitglied zu den beginnenden Winter-Erstehilfekursen des PGD delegieren sollten.³⁰¹ Angesichts der Unterstützung der KPD und der ihr nahestehenden Vereinigungen (RFB, Roter Jungsturm³⁰², IAH, Rote Hilfe³⁰³, PGD) musste der Regierungspräsident Düsseldorf an seine früheren Erlasse erinnern, die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten für den PGD in öffentlichen Gebäuden, insbesondere in den Schulen, kritisch zu überdenken, was nicht häufig zur Ablehnung führte.³⁰⁴ Dennoch war wohl in Berlin der Einfluss des PGD so groß, dass er von der Möglichkeit, öffentliche Räume zu beanspruchen, ungehindert Gebrauch machen konnte. So wurde z.B. ein Winterkursus der Ersten Hilfe in dem Zeichensaal des Realgymnasiums in der Kaiser-Friedrich-Straße durchgeführt.³⁰⁵ In Reinickendorf war der PGD neben dem ASB Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses.³⁰⁶

³⁰¹ Vgl. ebenda, Blatt 148.

³⁰² Der Rote Jungsturm (später Rote Jungfront) war eine Unterabteilung des RFB für die Altersgruppe der 16- bis 21jährigen (ab November 1928 bis 23jährigen). Ende 1925 gehörten 20% der RFB-Mitglieder zur Roten Jungfront. Vgl. Finker 1981.

³⁰³ Am 1. Oktober 1924 wurde die „Rote Hilfe Deutschland“ (RHD) als KPD-nahe Organisation gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte der Künstler Heinrich Vogeler, der auch in den Zentralvorstand gewählt wurde. Der Schwerpunkt der Arbeit lag jedoch auf der Unterstützung der inhaftierten Mitglieder des RFB, der SAP, KAP, Gewerkschaftern wie auch Parteilosen und deren Angehörigen. 1933 hatte die RHD 530.000 Mitglieder, von denen 119.000 der KPD und 15.000 der SPD angehörten; vgl. Brauns 2003.

³⁰⁴ Erneute Rundschreiben „An die Herren Landräte und Oberbürgermeister des Bezirks“. Bundesarchiv Abt. Potsdam, Blatt 137.

³⁰⁵ „Das Kursusgeld beträgt 2 M. für Vollarbeiter, 1 M. für Frauen und Lehrlinge, Erwerbslose frei. Auch an die Sport- und Turnvereine ergeht die Aufforderung, ihre Mitglieder zwecks Ausbildung in den Kursus zu entsenden.“ Ebenda, Blatt 150.

³⁰⁶ Dies lässt sich dem Schreiben der KPD während der Wiederaufnahmebestrebungen des PGD in den ASB vermuten: Denn es wurde dem PGD empfohlen, die Aufnahme des ASB in den sozialpolitischen Ausschuss in Reinickendorf zu unterstützen. Offenbar war der PGD schon Mitglied. „Damit wird dem ASB in Berlin-Brandenburg ein wesentliches Argument aus der Hand genommen, als wolle der PGD. mit dem ASB. in den sozialpolitischen Ausschüssen nicht zusammenarbeiten.“ Ebenda, Blatt 167ff. Siehe auch Gedenktafel am Eingang Nr. 45/46 des ehemaligen Wohnhauses in der Dorf-aue Reinickendorf, die daran erinnert, „dass hier von 1922-1933 der Arzt, Sexualpädagoge, Stadtarzt und Leiter des Gesundheitsamtes Reinickendorf Max Julius Hodann

An den Berliner Sportwettkämpfen 1925 beteiligten sich etwa 150-200 PGDler samt ihrer Ärzte.³⁰⁷ Nach eigenen Aussagen erhöhte sich am Ende des Jahres 1924 aufgrund der vermehrt angebotenen Erste Hilfe-Kurse das Mitgliederaufkommen im PGD. Wegen der vielfältigen Anforderungen seitens der Sportorganisationen in Berlin legte der PGD großen Wert auf eine funktionierende Betreuung der Arbeitersportveranstaltungen. „Um eine geregelte und gut funktionierende Ueberwachung der Sportorganisationen der Arbeiterschaft zu gewährleisten, richteten wir eine Zentralstelle unter ärztlicher Leitung ein.“³⁰⁸ Darüber hinaus war die Beteiligung an den häufigen Turn- und Sportveranstaltungen obligatorisch. Am Frontkämpfertag im Lichtenberger Stadion „kam es seit vielen Jahren zum erstenmale wieder vor, daß wir gemeinsam mit dem ASB arbeiteten. Es beteiligten sich von der Berliner Organisation etwa 250 Genossen und von auswärtigen Kolonnen des ASB 25 Genossen, 127 Dienstleistungen wurden ausgeführt.“³⁰⁹

Am 11.10.1925 tagte in Berlin die PGD-Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg. Erneut wurde konstatiert, dass sich auf gesundheitlichem Gebiete Verschlechterungen durch die Zunahme von Tuberkulose- und Typhusepidemien des letzten Sommers ergeben hätten. Der Großteil des PGD hatte sich der Einheitsfrontpolitik der KPD angeschlossen und sah als vorrangiges Ziel die Schaffung einer geschlossenen Arbeitersamariterorganisation, in der „die revolutionären Arbeiter sich die Führung durch beständige, sachliche Arbeit erobern müssen“. Deshalb verlangte die Konferenz die Fortsetzung der Einigungsverhandlungen mit dem ASB.³¹⁰ Ähnliche Appelle richteten neugegründete Ortsgruppen, z.B. die aus Stassfurt/Mitteldeutschland im Rahmen der am 23.8.1925 stattfindenden Bezirkskonferenz an den ASB. Dabei wurde immer wieder klargestellt, wer die

(30.8.1894-17.2.1946) arbeitete. Max Julius Hodann war der Gründer der ersten Mütterberatungsstelle in Berlin, Leiter des ‚Proletarischen Gesundheitsdienstes‘ und Mitarbeiter im Institut für Sexualwissenschaft von Magnus Hirschfeld. Er emigrierte 1933 zunächst in die Schweiz, war als Militärarzt im Spanischen Bürgerkrieg tätig und lebte dann in Schweden.“ Pressestelle Bezirksamt Reinickendorf 2002, S. 2.

³⁰⁷ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 144.

³⁰⁸ Ebenda, Blatt 147.

³⁰⁹ Ebenda.

³¹⁰ Vgl. ebenda, Blatt 163.

Spaltung aufrechterhalten wolle. Dies sei nicht der Proletarische Gesundheitsdienst, „sondern die Wildung und Kretzschmar (würden, d.A.) die Einheit der proletarischen Samariterbewegung verhindern.“³¹¹

III.6.6. Zweiter Bundestag des PGD 1924

Am 26. und 27. Dezember 1924 fand ein Jahr nach dem ersten Bundestag und vier Monate vor dem siebten Bundestag des ASB im Gewerkschaftshaus in Berlin der zweite Bundestag des PGD statt. Außer den Delegierten aus dem gesamten Reich waren Vertreter der IAH und der Kriegsoffer anwesend. Begrüßungsschreiben waren aus Österreich und Straßburg eingegangen.³¹² In den Eingangsreferaten wurde betont, dass der PGD nicht nur eine Erste-Hilfe-Organisation sein wollte, sondern bestrebt blieb, an der Lösung der sozialpolitischen und -hygienischen Probleme der Arbeiterschaft mitzuwirken. Angesichts des Abbaus der sozialen Fürsorge wurde eine umso dringlichere und engere Zusammenarbeit mit allen auf diesem Gebiet tätigen Organisationen angestrebt. Dabei wurden die Leistungen Sowjetrusslands vor allem auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendfürsorge und Sozialhygiene besonders hervorgehoben.³¹³

Den Hauptpunkt nahm die avisierte Vereinigung der beiden proletarischen Samariterorganisationen ein und bildete den Hintergrund einer entsprechenden Resolution:

„Der PGD. ist nach wie vor der Meinung, daß eine einheitliche Front gegen die Organisationen des Kapitals gebildet werden muß und beauftragt den Bundesvorstand des PGD., in diesem Sinne im ASB. zu wirken. Die Genossen des ASB. werden aufgefordert, in ihren Reihen für das Beschreiten des geraden proletarischen Weges zu wirken.“³¹⁴

Dem Arbeiter-Samariter-Bundesvorstand mit seiner reformistischen Ausrichtung wurde voll und ganz die Schuld für das Scheitern der bisherigen Einigungsverhandlungen gegeben. Gleichzeitig wurde an alle revolutionären Kräfte innerhalb des Bundes appelliert, weiterhin und unermüdlich für die Verschmel-

³¹¹ Ebenda, Blatt 154.

³¹² Vgl. ebenda, Blatt 120.

³¹³ Vgl. ebenda.

³¹⁴ Ebenda.

zung einzutreten. Der ASB solle zu seinem nächsten Bundestag, Ostern 1925, PGD-Vertreter zulassen.

Eine zweite Resolution betraf die Gesundheits- und Sozialpolitik. Der Bundestag verurteilte den „räuberischen Abbau“ der sozialhygienischen Einrichtungen, die Mängel auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes, den rücksichtslosen Rentenabbau und die Schmälerung der gesamten Fürsorge sowie den Versuch, Millionen von Unterstützungsbeziehern mit Arbeitsverpflichtungsmaßnahmen zu überziehen. Nur durch die Unterstützung des Kampfes des Gothaer Gewerkschaftskartells gegen Arbeitszeitverlängerung, dem raffiniert organisierten Antreibersystem, der Senkung des Reallohns, der Einschränkung und Beseitigung von Versorgungsansprüchen, der Einschränkung des Mitbestimmungsrechtes könne der gesundheitliche Verfall des deutschen Proletariats aufgehalten werden.³¹⁵

Der PGD behielt sich vor, mit den Kriegsoffiziervertretern und mit Sozialrentnerorganisationen gemeinsame sozialpolitische Ausschüsse zu bilden, um den weitläufigeren Abbau der sozialen Fürsorge und Abwälzung der Soziallasten auf die arbeitende Bevölkerung zu verhindern. Die Fortsetzung einer Zusammenarbeit mit der IAH wurde bekräftigt. Durch die Mitarbeit in der Betriebsgesundheitskommission versprach man sich mehr Mitwirkungsmöglichkeiten in den Betrieben. Als Beispiel und Ansporn fungierten u.a. die sozialfürsorglichen Leistungen der Sowjetunion auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendfürsorge, Sozialhygiene, Sozialfürsorge und -versicherung, die dort „schon heute bei Erkrankungen der Arbeiter den vollen Arbeitsverdienst als Krankenunterstützung“³¹⁶ gewähren könnte.

In einer weiteren Resolution sprach sich der Bundestag für die Befreiung der noch immer inhaftierten politischen Gefangenen aus: „Der Bundestag des PGD begrüßt die befreiten politischen Gefangenen der bayrischen Räterepublik.“³¹⁷

³¹⁵ Vgl. ebenda.

³¹⁶ Ebenda.

³¹⁷ 1924 saßen in den Gefängnissen der Weimarer Republik immer noch ca. 7.000 politische Gefangene. In großangelegten Kampagnen stritt die Rote Hilfe für eine Amnestie-

Er forderte die Amnestie der noch inhaftierten revolutionären Proletarier und einschneidende Verbesserungen der medizinischen und hygienischen Behandlung derselben in Gefängnissen und Zuchthäusern. Die unzumutbaren, durch jahrelanges Siechtum ausgelösten gesundheitsschädigenden Verhältnisse seien schließlich sogar von bürgerlichen Ärzten kritisiert worden.³¹⁸ Zum 2. Bundesvorsitzenden des PGD wurde der Arzt Dr. Georg Benjamin gewählt.³¹⁹

Immer eindringlicher wies der PGD darauf hin, dass es nicht genüge, wenn der ASB die bestehenden ungenügenden Gesetze lediglich darlege und die Paragraphen der Reichsversicherungsordnung aufzähle. Er müsse auch darauf hinweisen, zu welcher unerhörten Verschlechterung der gesundheitlichen Lage der Arbeiter jedes neue Gesetz führe. Jede Möglichkeit müsse genutzt werden, um die Defizite der medizinischen und sozialen Situation der arbeitenden Menschen darzustellen und anzuprangern.

Angesichts der ergebnislosen Einigungsverhandlungen würde die neue ASB-Führung verstärkt kommunistische und linke Arbeitersamariter aus den eigenen Reihen entfernen. Der Bundestag stellte fest, dass oppositionelle Arbeitersamariter zwar insgesamt an Einfluss gewonnen hätten, wurde aber aufgefordert, die vom ASB entschiedenen Ausschlüsse linker Arbeitersamariter, beispielsweise aus Solingen, Düsseldorf und andernorts „wegen Fraktionsbildung“ zurückzunehmen, denn es gäbe sogar Ausgeschlossene, die gar keiner Partei angehören würden.³²⁰

rung von bis zu 9.000 proletarischen politischen Gefangenen während der Weimarer Republik.

Vgl. http://www.raeterepublik.de/studienkreis_Beitrag.htm.

³¹⁸ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 120.

³¹⁹ Vgl. Seidel/Benjamin 1978.

³²⁰ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 124.

III.6.7. Das Verhältnis des PGD zum RFB und zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Wie zuvor die KPD vermerkte auch der 1924 gegründete Rote Frontkämpferbund (RFB)³²¹ selbstkritisch, dass der Arbeitersamariterbewegung, insbesondere dessen internen Richtungskämpfen, bislang nicht genügend Beachtung zugekommen sei. Gemäß der Politik der „Einheitsfront von unten“ sollte von nun an dafür gesorgt werden, dass ähnlich wie zu den Arbeitersportlern auch zu dem RFB und dem ASB ein engeres Verhältnis hergestellt wird. So sollten zu den eigenen, größeren Veranstaltungen der Sanitätsdienst des ASB verstärkt angefordert werden.³²² Andererseits sollte durch das Angebot, bei ASB-Veranstaltungen den Versammlungsschutz zu übernehmen, die Verbundenheit zum RFB verstärkt werden. Der Einfluss der im ASB organisierten RFB-Mitglieder sollte mit dem Ziel der „Verdrängung bürgerlicher Ideen und Tendenzen, für eine wahrhaft proletarische Einstellung der Gesamtorganisation zu den übrigen revolutionären Organisationen der Arbeiterschaft“ vergrößert werden.³²³

Da die ideologischen Barrieren zwischen RFB und PGD am geringsten waren und von einer großen Anzahl personeller Überschneidungen der Mitglieder beider Organisationen ausgegangen werden kann, kam es zu einer Vielzahl gemeinsamer Übungen mit dem Ziel, die Verbundenheit zu stärken. So führte am 15.11.1925 der PGD in Rahnsdorf zusammen mit dem RFB Berlin-Brandenburg eine Massenübung durch, an der auch die 16. Abt. des RFB-Tambourkorps teilnahm.³²⁴

„Am Sonntag, den 15. November, fand unter großer Beteiligung eine Uebung des Proletarischen Gesundheitsdienstes statt. Trotz des plötzlich einsetzenden Winterwetters waren über 300 Samariter, die 16. Abteilung des RFB. und des Roten Jungsturms mit Tambour-

³²¹ Dieser wurde als Selbstschutzorganisation der KPD 1924 von Halle ausgehend in Thüringen gegründet und umfasste 1927 in über 1.600 Ortsgruppen rund 120.000 Mitglieder. Er wurde am 3.5.1929 vom preußischen Innenminister verboten und bestand illegal weiter. 1933 wurde er von den Nazis zerschlagen. Vgl. Brockhaus, Mannheim 1992.

³²² Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 298.

³²³ Ebenda.

³²⁴ Vgl. ebenda, Blatt 175.

korps erschienen. Die Uebung fand in einem völlig verschneiten Gelände von Bohnsdorf statt. Angenommen wurde die Hilfeleistung bei einem Steinbruch und einem Spreng-Unglück beim Stubbenroden. Die erste Meldung traf um 1.08 Uhr ein. Die Notverbände wurden auf zwei Nebenwachen angelegt. Nach 20 Minuten trafen die ersten Verwundeten auf der Hauptwache ein. Hier wurden die Verbände unter Leitung von PGD.-Aerzten nachgeprüft und zum Teil erneuert. Der letzte von etwa 40 Verwundeten traf 2.03 Uhr auf der Hauptwache ein. Nach Schluss der Uebung wurde eine sehr gründliche Kritik von den Aerzten vorgenommen. Einzelne Fehler wurden berichtigt, während die große Mehrzahl der Maßnahmen der Samariter sich als richtig erwiesen hatte. Der PGD.-Groß-Berlin hat durch diese Uebung wiederum seine Schlagfertigkeit im Dienste der werktätigen Bevölkerung bewiesen.

Zu erwähnen ist noch, dass die übliche Schutzbegleitung der Schupo auf Automobilen und Rädern nicht fehlte.³²⁵

Bei den jährlichen RFB-Reichstreffen kam es trotz des Verbotes durch die ASB-Bundesleitung zu wiederholter, demonstrativ herausgestellter Zusammenarbeit zwischen ASB- und PGD-Mitgliedern. Aus Halle, Leipzig, Hamburg, Hannover, Brandenburg und zahlreichen Orten hatten Arbeitersamariter die Rotfrontkämpfer begleitet, die den PGD unterstützten. Der Rote Frontkämpferbund demonstrierte gleichwohl durch einen Aufmarsch im Lichtenberger Stadion „die Einheit der proletarischen Samariterorganisationen“. Aus mehreren Städten waren Arbeitersamariter, die den Roten Frontkämpferbund unterstützten, mitgekommen.

„Auf den Wachen des PGD. befanden sich sogar Berliner ASB.-Genossen gleich wie am 1. Mai ein ..., so dass an der Hauptwache neben der PGD.-Stadionsfahne auch eine ASB.-Fahne flatterte.“³²⁶ „Es beteiligten sich von der Berliner Organisation etwa 250 Genossen und von den auswärtigen Kolonnen des ASB. 25 Genossen. 127 Dienstleistungen wurden ausgeführt.“³²⁷

Ebenso sollte in Magdeburg mit Unterstützung des RFB und weiteren PGD-Mitgliedern aus Berlin eine Gau-Übung des PGD Magdeburg und Umgebung durchgeführt werden.³²⁸

Am zweiten Osterfeiertag 1925 demonstrierte der PGD Groß-Berlin seine Stärke durch Demonstrationen und Massenübungen, um das Berliner Proletariat auf

³²⁵ Ebenda, Blatt 176.

³²⁶ Ebenda, Blatt 135.

³²⁷ Ebenda, Blatt 147.

³²⁸ Vgl. ebenda, Blatt 187.

die schlechten sozialhygienischen Bedingungen und die miserable betriebliche Gesundheitsfürsorge aufmerksam zu machen. Es sollten Erste-Hilfe-Leistungen bis hin zu Wiederbelebungsmaßnahmen gezeigt werden. Zur personellen Verstärkung wurden die Linkskräfte aus den Sportorganisationen, des Roten Frontkämpferbundes und Roten Jungsturmes mobilisiert.³²⁹ Nach Einschätzung der „Roten Fahne“ fand die Demonstration des PGD unter großer Beteiligung statt, „... trotzdem beinahe der größte Teil der Samariter wegen Dienstbesetzung von der Demonstration ferngehalten wurde.“³³⁰ Die ganze Veranstaltung fand nicht den vollen Beifall der Mitglieder des PGD.³³¹

Während der Rote Frontkämpferbund die Einheitsbestrebungen in der Arbeitersamariterbewegung zu forcieren suchte, entstanden in den sozialdemokratisch geprägten Sportabteilungen und im Zuge der Gründungen von Wehrabteilungen des Reichsbanners³³² eigene, gemäßigte Samaritereinheiten. Dies betraf sogar solche Orte, in denen ASB-Kolonnen bestanden.

³²⁹ Vgl. ebenda, Blatt 127 f.

³³⁰ Ebenda, Blatt 129.

³³¹ „Die Zahl der teilnehmenden P.G.D.-Genossen betrug etwa 150, der R.F.B. war in Stärke von 150 Mann vertreten. Die Zahl der übrigen Teilnehmer Demonstranten Zuschauer etc. betrug etwa 3-4000 ... Dr. Ibrahim hielt die Ansprache u. hatte auch das Kommando bei den Übungen. Es wurde viel darüber geklagt daß viele P.G.D.-Mitglieder auf Osterfahrten (waren, d.A.). Die techn. Übungen selbst Verbände sowie Transporte der Verwundeten etc. war gut, außer 6 Tragbahnen wurde auch eine von 2 Mann gefahrene benutzt. Innerhalb von 20 Minuten waren ca 40 Genossen d. R.F.B., die Verwundete markierten, von 80 männlichen u. weiblichen P.G.D.-Mitgliedern verbunden und zur Sammelstelle abtransportiert, wo Verbände u. Transport von Ibrahim und 3 anderen Ärzten kritisiert und später den Zuschauern erklärt wurden. Erklärungen von Schußverletzungen wurden auch erklärt.

Die ganze Veranstaltung fand nicht den vollen Beifall der Mitglieder des P.G.D.

Man hatte unter anderem ca 30 Genossen der K.P.D. Armbinden vom P.G.D. gegeben, damit der Zug nicht gar so kläglich aussehen sollte.“ Ebenda, Blatt 130.

³³² Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wurde am 22. Februar 1924 von Mitgliedern der SPD, der Deutschen Zentrumspartei, der Deutschen Demokratischen Partei sowie Gewerkschaftern in Magdeburg gegründet. Ursprünglich war das Reichsbanner ein Veteranenverband, in dem Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkrieges ihre Kriegserfahrungen mit ihrem Eintreten für die Republik verbanden. Seine Hauptaufgabe sah das Reichsbanner somit in der Verteidigung der Weimarer Republik gegen Feinde aus den nationalsozialistischen, monarchistischen und kommunistischen Lagern und verstand sich als Hüter des Erbes der demokratischen Tradition der Revolution von 1848 und

„Der Bundesvorstand hat bisher mit den zentralen Verhandlungen mit der Reichsbannerleitung völlig Schiffbruch erlitten. Es ist daher an der Zeit, daß der Bundestag eindeutige Beschlüsse in dieser Frage faßt, weitere Kompromissverhandlungen mit dem RB. ablehnt und die Parole ausgibt: Ueberall Gründung von ASB.-Kolonnen! Kampf allen anderen Samariterkolonnen, gleich, ob vom Roten Kreuz oder Reichsbanner.“³³³

Von der Linken wurden diese Impulse als Spaltungsversuche gewertet und insbesondere das Verhalten des sozialdemokratisch orientierten ASB-Bundesvorstandes gegenüber dem Reichsbanner genauestens beobachtet. Am Sonntag, dem 8.2.1925, stellte der ASB Dresden etwa sieben bis zehn Samariter zum Gautag des Reichsbanners in der Reichskrone und der am Nachmittag stattfindenden Demonstration. Ihnen wurde daraufhin berichtet, dass neben den Arbeitersamaritern ein Samariter mit weißer Armbinde, in dessen Mitte ein schwarzrotgoldenes Kreuz prangen würde, gesichtet wurde.³³⁴

Anscheinend war es an mehreren Orten zu Gründungen von Sanitätseinheiten des Reichsbanners gekommen. Auf dem ASB-Kreistag in Nowawes befanden sich unter den Neumitgliedern eine ganze Reihe ehemaliger PGD-Kolonnen,

„die sich zum größten Teil gleich sehr aktiv in den Kreisbetrieb eingegliedert haben. Einen breiten Raum nahm die Stellungnahme zu der Sanitätsorganisation des Reichsbanners ein. Kretschmar vom Bundesvorstand des ASB. meinte dazu, die Gründung sei aus egoistischen Motiven (!?) erfolgt. Eine Reihe demokratischer Ärzte (Koalitionsbrüder! D.R.) hätte sich aus Existenzgründen daran beteiligt. Auf der Wienfahrt der Arbeitersportler soll der Sanitätsdienst des Reichsbanners versagt haben. Bei Übertritten von Reichsbannersanitätären zum ASB. soll wegen ihrer mangelhaften Ausbildung Vorsicht geübt werden. Die Gründung der Sanitätsabteilung des RB. in Magdeburg soll erfolgt sein, weil der RB. den ASB. abgelehnt hat, da kommunistischer Einfluss vorhanden war. ... Der Kreistag beschloss, dass den Aufforderungen seitens des RFB. Folge zu leisten ist.“³³⁵

der verfassungsmäßigen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold. Otto Hörsing bezeichnete das Reichsbanner 1931 als „überparteiliche Schutzorganisation der Republik und der Demokratie im Kampf gegen Hakenkreuz und Sowjetstern“. Der Anteil der Sozialdemokraten in der Mitgliedschaft überwog allerdings deutlich. Schätzungen gehen von bis zu 90 Prozent aus. 1932 hatte es 3,5 Mio. Mitglieder. Am 16.12.1931 schloss es sich mit Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB), dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) sowie der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Eisernen Front zusammen, die 1933 unter den Nazis aufgelöst wurde. Vgl. Osterroth/Schuster (Hrsg.) 2001.

³³³ Ebenda, Blatt 279.

³³⁴ Vgl. ebenda, Blatt 125.

³³⁵ Ebenda, Blatt 275a.

Auch in Hamborn fühlten sich die gemäßigten Mitglieder im kommunistisch geprägten ASB-Kreis V (Rheinland) von der dortigen Linksmehrheit so sehr majorisiert, dass sie die „Freie Sanitätskolonne Hamborn“, die aus 30, auf dem Boden der SPD stehenden und ausgeschlossenen Mitgliedern bestand, gründeten.³³⁶ Der Arbeiter-Samariter-Bund Hamborn sei durch teilweisen Ausschluss und freiwilligen Austritt der gemäßigten Mitglieder vollkommen in das radikale Fahrwasser geraten.

Die neu gegründete Kolonne gab sich ein Ortsstatut mit folgenden bemerkenswerten Punkten:

„§ 1 Die Freie Sanitätskolonne ist der Zusammenschluss aller ehemaliger Arbeiter-Samariter, die auf dem Boden der Neutralität stehen.

§ 2 Der Zweck der Freien Sanitätskolonne ist, unter der Bevölkerung die erste Hilfe, sowie die Wohlfahrtspflege in erweitertem Umfange und nach besten Kräften zu fördern.

...

§ 4 Mitglied der Freien Sanitätskolonne kann jeder idealistisch denkender Mensch werden, der seinen Mitmenschen in jeder Lage hilfreich zur Seite stehen will, der das Ortsstatut in allen seinen Teilen anerkannt hat und falls im Unfalldienst ärztlich geprüft ist.“³³⁷

Die Kolonne trat korporativ dem Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ bei und ging, wie im August 1925 gemeldet wurde, „vollständig in ihm auf.“³³⁸

III.6.8. Der Kampf des PGD um den Verbleib im Berliner Arbeiter-Sport-Kartell

Wie schon zuvor erwähnt, war der PGD am 22.6.1921 als korporatives Mitglied im Arbeiter-Sport-Kartell-Berlin aufgenommen worden, während die ASB-Kolonie Groß-Berlin, der der ASB-Bundesvorsitzende Stein und der Bundeskassierer Voss als einfache Mitglieder angehörten, ausgeschlossen wurde. Die Ursache des Ausschlusses bestand darin, dass die Kolonne keine Ge-

³³⁶ Vgl. ebenda, Blatt 199ff.

³³⁷ Staatsarchiv Düsseldorf, Blatt 53.

³³⁸ Insofern brauchte sich die Polizeiverwaltung in Hamborn keine Gedanken mehr zu machen, wie sie die beiden Kolonnen namentlich auseinanderhalten sollte, denn sie befürchtete durch die Bezeichnung „Freie Sanitätskolonne“ eine Verwechslung und Irreführung mit der hier schon seit Jahren bestehenden „Freiwilligen Sanitätskolonne des Roten Kreuzes“. Vgl. ebenda, Blatt 57, Blatt 106f.

währ mehr für eine vorrangige und uneingeschränkte Sanitätsunterstützung der Arbeitersportverbände geben und sich die Möglichkeit des entgeltlichen Sanitätsdienstes bei bürgerlichen Organisationen und Veranstaltungen offenhalten wollte. Die ausgeschlossene ASB-Kolonne versuchte wiederholt eine Wiederaufnahme in das Sportkartell, was die Linksmehrheit jedoch verwehrte.

1924 wurde die übergeordnete „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege³³⁹“, in der der ASB und der ATSB (Arbeiter-Turn- und Sportbund) Mitglied waren, beauftragt, Einigungsvorschläge zu erarbeiten, um eine Wiederaufnahme zu ermöglichen. Unter fünf Bedingungen wurde die ASB-Kolonne Groß-Berlin in das Arbeiter-Sport-Kartell-Berlin wiederaufgenommen:

1. Die A.S.B.-Kolonne wird in den Kartellverband aufgenommen, ebenso in die Bezirkskartelle.
2. Der PGD-Berlin kann ebenfalls Mitglied des Kartellverbandes sein.
3. Der Arbeiter-Samariter-Bund übernimmt die Verpflichtung, dafür einzustehen, dass von seiner Kolonne Berlin die Grundsätze und Beschlüsse der Zentralkommission strengstens eingehalten werden. In Zweifelsfällen ist die Zentralkommission oder der Kartellverband zu befragen.
4. Der Kartellverband verpflichtet sich, strengste Neutralität zwischen den beiden Richtungen der Arbeiter-Samariterbewegung zu üben.

³³⁹ Die „Zentralkommission für Sport und Körperpflege“ war ein Dachverband des Arbeitersports in Deutschland. Sie wurde am 17. November 1912 gegründet. Als Zweck wurde die „systematische Agitation gegen die bürgerlichen gleichartigen Verbände“ bezeichnet. Ab 1921 strebte die Zentralkommission den organisatorischen Zusammenschluss zu einem Einheitsverband an. Jedoch traten ihr bis zum Ende der Weimarer Republik nicht alle Arbeitersportverbände bei. Um ihrem Ziel Ausdruck zu verleihen, benannte sie sich am 14. Dezember 1922 in „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege“ um. Wichtigster Funktionär war der Sozialdemokrat Fritz Wildung, Geschäftsführer während der gesamten Zeit des Bestehens. Er war der Vater der späteren SPD-Politikerin Annemarie Renger. Am 12. Mai 1933 löste sich die Zentralkommission aufgrund des wachsenden Drucks durch die nationalsozialistische Regierung selber auf. 1931 gehörten der Zentralkommission 11 Verbände mit über 17.000 Vereinen und 1,3 Mio. Mitgliedern an (vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Zentralkommission_f%C3%BCr_Sport_und_K%C3%B6rperpflege):

5. Bei Veranstaltungen der Kartelle sind die Kolonnen des Arbeiter-Samariter-Bundes stets zur Dienstleistung mit heranzuziehen. Gegebenenfalls hat eine Verteilung der Dienstleistungen zu erfolgen.³⁴⁰

Durch die Zugehörigkeit zweier rivalisierender Arbeitersamariterorganisationen unter einem Dach ließen entsprechende Konflikte nicht lange auf sich warten. 1925 wandte sich der PGD wegen der bevorstehenden Frankfurter Arbeiter-Olympiade mit der Absicht an die Zentralkommission, den Sanitätsdienst bei dieser Veranstaltung zu übernehmen. Der Vorsitzende Wildung antwortete „nach wiederholter Mahnung“ seitens des PGD, dass eine Beteiligung am Sanitätsdienst für den PGD nicht in Frage kommen könne, da der PGD der Zentralkommission nicht als Verband (s. Liste der Vereinsmitglieder) angehöre und deshalb als solchen von ihr nicht anerkannt werden könne.³⁴¹ Der PGD gehörte zusammen mit der ASB-Kolonnie Groß-Berlin lediglich dem lokalen Berliner Arbeiter-Sport-Kartell an. Dieses war als Arbeitersportorganisation Mitglied im ATSB und somit auch der überregionalen „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege“.

Zwar gelang es der Arbeiter-Samariter-Opposition, einen vereinsrechtlich legitimierten Einfluss auf der lokalen Ebene zu erreichen, doch konnte sie der Überlegenheit der sozialdemokratisch-reformistischen Kräfte auf der überregionalen Ebene wenig entgegenhalten. Im November 1925 beschloss die Bundeskartellkonferenz der „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege“

Name	Vereine	Mitglieder
Arbeiter-Turn- und Sportbund	6.886	738.048
Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“	4.951	320.000
Touristenverein „Die Naturfreunde“	1.010	87.575
Arbeiter-Athletenbund	1.206	63.316
Arbeiter-Samariterbund	1.209	42.757
Verband „Volksgesundheits“	112	15.393
Deutscher Arbeiter-Schachbund	460	12.850
Arbeiter-Keglerbund	835	8.216
Arbeiter-Anglerbund	142	6.500
Arbeiter-Schützenbund	412	5.579
Freier Seglerverband	37	2.100
Gesamt	17.260	1.302.334

³⁴⁰ Der Arbeiter-Samariter 1924, 15. Jg. Nr. 10, S. 76.

³⁴¹ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 142.

ge“, dass ab dem 1.1.1926 keine „2 Organisationen gleicher Sparten“ mehr Mitglied in den Sportkartellen sein dürften. Die Problematik der Organisationspaltung und der Existenz zweier Organisationen desselben Kulturbereichs im Kartell betraf nicht nur die oppositionelle Vereinigung der Arbeitersamariter, sondern auch die im Touristen-Verein „Naturfreunde“, im Radfahrerbund „Freiheit“ und anderen Organisationen. Der Vorstand des PGD wandte sich an den Sekretär der „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege“, Fritz Wildung,³⁴² um eine schnelle Klärung herbeizuführen. Bei der Besprechung in seinem Büro nahmen Vertreter des Touristen-Vereins „Naturfreunde“, des PGD und des ASB sowie eine Kommission des Berliner Arbeiter-Sport-Kartells teil. Die Vertreter des PGD (Dr. med. Benjamin und das PGD-Mitglied Villwock), erklärten von vornherein, dass es für den PGD von entscheidender Bedeutung sei, eine Vereinigung mit dem ASB im Reichsmaßstabe stattfinden zu lassen. Damit konnte Wildung sich einverstanden erklären, denn nach seinen Informationen sei der ASB ebenfalls mit einem korporativen Übertritt des PGD einverstanden. Der Frage der Verschmelzung der Arbeiter-Samariter-Organisationen standen von keiner Seite grundsätzliche Bedenken entgegen. Vom PGD sowie von der Naturfreunde-Opposition wurde daraufhin angeregt, angesichts der aktuell schwebenden Verhandlungen zwischen den Organisationen gleicher Sparte diese nicht aus den Sportkartellen auszuschließen, damit eine unnötige Verschärfung der Konflikte vermieden werde. Dies wurde jedoch von Wildung rundweg abgelehnt, da zentrale Beschlüsse dem widersprächen.

„Für Berlin haben wir früher seine Zugehörigkeit (des PGD, d.A.) zum Kartell geduldet. Es darf für jede Sport- und Körperpflegeart innerhalb der Zentralkommission nur einen Verband geben; dadurch ergibt sich die Ablehnung Eures Gesuches ganz von selbst.“³⁴³

Er sei der Auffassung, dass das zu erstrebende Ziel darin bestehen müsse, dass nur ein Verein der zentralen Körperschaft angehören soll. Darüber hinaus sollte

³⁴² Der Geschäftsführer der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege, Fritz Wildung (1872-1954), prägte zusammen mit dem Bundesvorsitzenden des Arbeiter-Turn- und Sportbundes (ATSB), Cornelius Gellert, die Entwicklung des Arbeitersports in der Weimarer Republik. Er galt als der politische Kopf des deutschen Arbeitersports und stand in der Auseinandersetzung mit dem (oppositionellen) „Rotsport“ an erster Stelle. Vgl. Teichler/Hauk 1987, S. 29ff.

³⁴³ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 142.

man alles tun, um die Geschlossenheit der Arbeitersportbewegung herzustellen und die Zersplitterung zu überwinden. Er habe jedoch nichts dagegen, dass der PGD weiterhin Dienst bei den Sportvereinen, die den Sportkartellen angeschlossenen seien, ausführen dürfe.³⁴⁴

Dadurch hatte Wildung verhindert, dass in der übergeordneten Körperschaft zwei oder mehrere politisch gegensätzlich ausgerichtete Organisationen gleicher Sparte Mitglied sein konnten. Durch diese statuarische Unvereinbarkeit hatte er der Linken ihre Einflussmöglichkeit genommen, gleichrangiges Mitglied in der jeweiligen Arbeiterkultursparte zu sein. Faktisch bedeutete dies den Sieg der reformistisch ausgerichteten Sozialdemokratie und eine Einflussbegrenzung der Linken, somit auch des PGD. Der Opposition blieb nichts anderes übrig, als diese Niederlage hinzunehmen. Sie sah erneut den Beweis erbracht, dass „die Herren Sozialdemokraten in der Zentralkommission ... die Zersplitterung der Arbeitersportbewegung verewigen“³⁴⁵ wollten. Dies würde nun erst recht den Kampf für die Einheit seitens der Linkskräfte forcieren.

Durch diesen Beschluss der Zentralkommission drohte nun auch der Verlust der PGD-Mitgliedschaft im Berliner Sportkartell. Das Politische Sekretariat der KPD-Zentrale versuchte zwar, diese Wendung abzuwehren, letztendlich war sie sich ihrer Aussichtslosigkeit jedoch bewusst. Der Konflikt um den Verbleib des PGD sollte nicht so weit zugespitzt werden, um dadurch womöglich die Einheit des gesamten Kartells zu gefährden. Man spielte noch auf Zeit und versuchte, innerorganisatorischen Widerstand zu mobilisieren. „Die Entscheidung über die Ausschiffung des PGD ist zu verzögern, da die Frist der Reorganisation der Sportkartelle bis 1. Jan. läuft.“ Maßnahmen, die sich gegen die Aufnahme beider Samariter-Organisationen in das Berliner Sportkartell richten, „sind mit schärfstem Protest des Kartells zu beantworten.“³⁴⁶

³⁴⁴ Vgl. ebenda, Blatt 189.

³⁴⁵ Ebenda, Blatt 142.

³⁴⁶ Ebenda, Blatt 167ff.

III.6.9. Das Scheitern der Vereinigungsverhandlungen zwischen PGD und ASB

Die Ursache für die gleichzeitige Existenz zweier proletarischer Samariter-Organisationen dürfte darin zu finden sein, dass die Anhänger des sozialdemokratisch-reformistischen Flügels schon direkt nach Kriegsende über einen wesentlichen Einfluss, der in der Zeit vor dem Krieg in Ansätzen schon sichtbar war, verfügten. Die ASB-Gründerväter kamen zwar ausnahmslos aus der alten, von sozialistischen Ansichten geprägten Sozialdemokratie. Allerdings gestalteten die Leitungsfunktionäre wie Stein, Brauer, Dunkel etc., die zum Teil schon vor 1914 zur ASB-Führungsriege zählten, nach dem Krieg eine Vereinspolitik, die ihre Organisation in erster Linie in Konkurrenz zum mächtigen Roten Kreuz sah. Sie waren deshalb bereit, die ursprünglichen progressiven Traditionen hintanzustellen, zu opfern und letztendlich sogar zu verraten. Durch das unermüdlich proklamierte Ziel, sich als eine „neutrale“ Wohlfahrtsorganisation darzustellen, erhofften sie, gleichrangig mit dem Roten Kreuz staatliche Unterstützung und Akzeptanz zu erhalten. Sie schworen der Tradition des Bundes als eine proletarisch ausgerichtete Sanitätsorganisation, die in erster Linie die Interessen ihrer Klasse vertreten sollte, ab und boten stattdessen unausgesetzt ihre Mitwirkung im bestehenden bürgerlichen Gesundheitswesen an. Der Tribut fortwährender Zugeständnisse an die etablierten Herrschaftsverhältnisse des Weimarer Staates bestand in der sukzessiven Preisgabe revolutionärer Positionen, die eine kompromisslose Reglementierung der Linkskräfte im ASB bedingte.

Das bürgerliche Rote Kreuz verfügte über einen traditionell gewachsenen „Heimvorteil“, dem die ASB-Führung durch eine möglichst ideologisch unbelastet erscheinende Profilgebung begegnen wollte. Das im staatlich-militaristischen Bereich bestens verankerte Rote Kreuz verfügte über mehr als 1.000.000 Mitglieder, dem der ASB mit zu seinen besten Zeiten zählenden 50.000 Mitgliedern gegenüberstand. Angesichts dieser Kräfteverhältnisse hielt es die Führung für opportun, sich nicht dessen Unbill und der hinter ihm stehenden Staatsorgane auszusetzen, sondern durch Annäherung und wohlfeiles Verhalten in den Genuss sowohl von materieller Zuwendung als auch Gleichbehandlung bei Dienstanforderungen durch die Behörden zu kommen. Dieses Ansinnen nahm nicht selten abstruseste Formen von Anbiederei an, Ausschlüs-

se teilweise kompletter, oppositionell eingestellter Arbeiter-Samariter-Kolonnen waren die Folge.

In den ersten Nachkriegsjahren bestand eine anhaltend revolutionäre Situation in Deutschland, in der die Machtübernahme der revolutionären Linken möglich schien. Diese verpasste allerdings die Chance zur Revolution, der rechtssozialdemokratische Einfluss obsiegte und dominierte auch die Arbeiterorganisationen. Auch bei den Arbeiter-Samaritern waren Isolierung und Ausschlüsse progressiv eingestellter Mitglieder die Folge. Linke Arbeiter-Samariter gründeten daraufhin eine eigene Organisation: den PGD. Dieser versuchte seinerseits unentwegt, „die Revisionisten zu entlarven“, und ging davon aus, „bald der einzige, wirklich tatkräftige Gesundheitsverband der Arbeiterschaft zu sein.“³⁴⁷

Die Gründung des PGD hatte im ASB bis in die Führungsebene zu einem erheblichen Maß an Konfusion geführt. Zu einem vorläufigen Höhepunkt dieser Auseinandersetzung kam es im Rahmen des in Leipzig stattfindenden 6. ASB-Bundestages 1923. Im Vorfeld war sogar im „Arbeiter-Samariter“ „unter dem Druck der Verhältnisse“ ein Artikel erschienen, der zur Vereinigung mit dem PGD aufrief.³⁴⁸ Der PGD seinerseits erklärte in einem offenen Brief, dass er bereit sei, sich mit dem ASB zu vereinigen, vorausgesetzt, dass dieser ein „offen proletarisches Programm annähme, das allen Anforderungen der heutigen Gesundheitslage der werktätigen Bevölkerung genüge“ und dieses auch nachweislich auf der organisatorischen Ebene umsetze.³⁴⁹

Zur wiederholt vom ASB-Vorstand aufgeworfenen „Neutralitätsfrage“ vertrat der PGD folgenden Standpunkt:

„Unsere Auffassung der Hilfeleistung bei Unglücksfällen usw. verbietet uns durchaus nicht, als einzelne jedem einzelnen ohne Ansehen der Person Samariterhilfe zu gewähren. Wir werden niemals einen Verblutenden wegen seiner Parteizugehörigkeit den Beistand verweigern wie es bürgerliche Ärzte und Sanitäter oft z.B. in Streikzeiten angedroht haben. Damit ist aber nicht unsere Stellung als Organisation zu verwechseln, die uns ein für allemal verbietet, bei anderen, als bei Arbeiterorganisationen Dienst zu tun. Hierin unter-

³⁴⁷ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 30.

³⁴⁸ Ebenda, Blatt 45a.

³⁴⁹ Ebenda, Blatt 42.

scheiden wir uns grundsätzlich vom ASB, der auf Aufforderung auch bei bürgerlichen Organisationen Dienst tut, wenn er dafür bezahlt wird.“³⁵⁰

Schon 1921 kamen kritische Stellungnahmen gegenüber dem Neutralitätsbestreben der ASB-Führung auf. So beschloss auf einer ASB-Kreistagung Mitte 1921 der V. Kreis (Rheinland-Westfalen), der als traditionell linkslastig galt, sogenannte Richtlinien, die später auf dem 6. Bundestag des ASB in Leipzig als politische Grundlage für die Vereinigung mit dem PGD vorgeschlagen wurden:

„Das Wort ‚Arbeiter-Samariter‘ sagt schon, dass dies eine Einrichtung der besitzlosen, arbeitenden Klasse ist und der Paragraph 4 des Bundesstatuts bestätigt dieses. Innerhalb dieser Klasse sind wir parteipolitisch neutral. Über unsere Klasse hinaus stehen wir bei eventuell vorkommenden Unglücksfällen, gleich wo und welcher Art sie sind, zu Diensten. Bei Anforderungen seitens der Behörden wird von Fall zu Fall entschieden. Nicht neutral sind wir dort, wo bürgerliche Vereine bei etwaigen Veranstaltungen an uns herantreten zwecks Verrichtung von Sanitätsdienst; da verweise man dieselben an ihre Klasseneinrichtungen ‚Rotes Kreuz‘ und andere Samaritervereine. Klar und scharf muß man die Scheidelinie zwischen besitzender und besitzloser Klasse ziehen. Nichts ist für die Arbeiterklasse schädlicher als das Verwischen der Klassengrenzen. Der Arbeiter-Samariter-Bund muß mehr sein als eine Organisation der Ersten Hilfe, er will gerade in der heutigen Zeit der gesundheitlichen Not der Arbeiterschaft alle Fragen der Sozialpolitik und Sozialhygiene in seinen Tätigkeitsbereich ziehen, natürlich nur vom Standpunkt des klassenbewußten Proletariats aus. In öffentlichen und Mitgliederversammlungen müssen die Arbeiter-Samariter-Kolonnen Aufklärung über den heutigen Klassencharakter der Medizin verbreiten und die Sozialisierung des gesamten Heilwesens fordern und vorbereiten. Mitglied des Arbeiter-Samariter-Bundes kann nur werden, wer einer Klassenorganisation des Proletariats angehört.“³⁵¹

Diesen Auffassungen schlossen sich verschiedene Kolonnen, u.a. die des Kreises IV (Thüringen) an.³⁵² So kamen Vorgespräche zwischen Vertretern des PGD-Vorstandes und Vertretern der sächsischen ASB-Kolonnen³⁵³ während der beiden Bundestage zu dem vorläufigen Ergebnis, PGD-Mitglieder zu dem gleichzeitig stattfindenden ASB-Bundestag als Gäste zuzulassen. Je drei Vertreter beider Organisationen wurden bevollmächtigt, die Vereinigungsverhandlungen fortzusetzen.

³⁵⁰ Der Arbeiter-Samariter 1922, 13. Jg. Nr. 8, S. 63.

³⁵¹ Ebenda 1921, 12. Jg. Nr. 9, S. 1.

³⁵² Vgl. Moschke 1977 (2), S. 96.

³⁵³ Vgl. ebenda, S. 99ff.

Die Reden Deutschmanns und Dr. Klaubers auf dem ASB-Bundestag 1923 in Leipzig, die einer Delegation des PGD vorstanden, schienen die Delegierten nachhaltig beeindruckt zu haben. Zusätzlich hoben die „kommunistischen ASB-Genossen Jäntsch, Brugsmüller, Brandenstein (Rheinland-Westf.), Schulte (Hamburg) u. a. m. die Diskussion auf ein solches Niveau, dass alle Anwesenden, insbes. die nicht delegierten Gäste, behaupteten, nie auf den Samariter-Tagungen solch interessante grundsätzliche Debatten miterlebt zu haben.“³⁵⁴

Auch aus dem Gewerkschaftsbereich kam Druck zur Vereinigung beider Samariterorganisationen. So forderten die Delegierten des Reichsbetriebsrätekongresses 1922, auf dem Dr. Klauber die Forderung nach der Sozialisierung des Gesundheitswesens proklamierte und in seinem auch als Broschüre herausgegebenen Vortrag „Klassenkampf gegen den Hungertod“ die gesundheitliche Verelendung beschrieb:

„Gerade in der jetzigen wirtschaftlichen Verfallsperiode, wo die Existenz des arbeitenden Volkes zerstört ist, wo Krankheiten wie Skorbut, Lungen- und körperliche Unterernährungsleiden, als Folgeerscheinung des Hungers, in die Familien des Proletariats einziehen, ist es mehr denn je die höchste Pflicht der proletarischen Gesundheitsorganisationen, vereint zusammen zu arbeiten, um wenigstens Linderung der unsäglichen Leiden des Proletariats zu erreichen. Vorbedingung dafür aber ist, daß in Zukunft jede Spaltung der proletarischen Gesundheitsorganisationen unterbleiben muss.“³⁵⁵

Nicht nur die Ärzte im PGD, auch die einzelnen Mitglieder versuchten offensiv, Mitglieder auch aus den Reihen des ASB zu gewinnen. So wurde die Frage der möglichen Verschmelzung zum wichtigsten Tagesordnungspunkt auf dem 6. ASB-Bundestag, der an den Ostertagen vom 31.3. bis zum 2.4.1923 in Leipzig stattfand. Der ASB wurde aufgefordert, „klar Stellung zu der antiproletarischen Einstellung ihrer Führer zu nehmen und auf die Revolutionierung des ASB hinzuarbeiten. Sollte ihnen dieses nicht gelingen, so bleibt als einziger Ausweg der Übertritt zum Proletarischen Gesundheitsdienst“.³⁵⁶ Der II. Kreis (Sachsen) verfügte über die meisten Kolonnen im Vergleich zu den anderen Kreisen. Auf ihn konnte sich Kretschmar bei der Auseinandersetzung auf dem

³⁵⁴ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 42.

³⁵⁵ Ebenda, Blatt 28a.

³⁵⁶ Ebenda, Blatt 58.

Bundestag in besonderem Maße stützen. Obendrein war dort die Strategie, durch neutral-konformes Verhalten die Anerkennung der Behörden zu erhalten, aufgegangen, denn dem ASB war es dort gelungen, gleichberechtigtes Mitglied neben dem Roten Kreuz und dem Landes-Samariterbund im neu gegründeten „Fachausschuss für Sanitätswesen im Land Sachsen“ zu werden. Dieser Ausschuss wurde am 11.4.1922 vom Landeswohlfahrtsamt Dresden einberufen. Seitdem galt der ASB in Sachsen als staatlich anerkannt. Durch diesen Schritt fand sich der PGD in seiner Kritik an der ASB-Führung bestätigt und beschloss nun umso nachdrücklicher, mit seiner bisherigen Politik fortzufahren, wobei er am Fernziel der Zusammenführung beider Organisationen unter einer revolutionären Programmatik festhielt. Die „Richtung Voß-Dunkel“ wurde als der Haupttreiber der Vereinigung des ASB mit dem „reaktionären Roten Kreuz“ angesehen.³⁵⁷

Von der ASB-Kolonie Höchst wurde der Antrag gestellt, auf dem Bundestag Schritte zur Vereinigung mit dem PGD zu unternehmen, sodass die Bundesleitung gezwungen wurde, dieses Problem zu behandeln.³⁵⁸ Ferner sollte der ASB über die Erste Hilfe hinaus alle Fragen der Sozialpolitik und der sozialen Hygiene vom Standpunkt des klassenbewussten Proletariats aus in seinen Aufgabenbereich einbeziehen und für die Sozialisierung des gesamten Heilwesens eintreten. Mitglied einer ASB-Kolonie könne nur werden, wer einer Klassenorganisation des Proletariats angehöre. Je drei Mitglieder des PGD und des ASB sollten den Vorstand bilden, als 7. Vorstandsmitglied sollte ein Arzt der PGD-Ärztevereinigung fungieren.³⁵⁹ Außerdem sollte das Bundesorgan nicht mehr „Der Arbeitersamariter“, sondern „Proletarischer Gesundheitsdienst – Zentralorgan des Arbeiter-Samariter-Bundes“ heißen. Als 2. Vorsitzender sollte ein Vertreter des PGD, der mit den gleichen Rechten wie der 1. Vorsitzende, ein Vertreter des ASB, ausgestattet sein sollte, amtieren.³⁶⁰ Die zu erwartende Debatte wurde zunächst auf Antrag abgebrochen.

³⁵⁷ Vgl. ebenda, Blatt 45a.

³⁵⁸ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 91.

³⁵⁹ Vgl. Labisch 1979, S. 155.

³⁶⁰ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 99.

Die weiteren Verhandlungen sollten durch die Bundesvorstände des PGD und des ASB unter neutraler Leitung des Ausschussvorsitzenden weitergeführt werden. Im Juni 1923 setzte der neu gewählte Bundesvorsitzende Kretschmar³⁶¹ die weiteren Verhandlungen mit dem PGD in schriftlicher Form fort. Dieser lehnte die Betonung auf den Klassencharakter des Arbeiter-Samariter-Bundes ab, ebenso die Forderungen nach der Sozialisierung des gesamten Heilwesens und nach einer scharfen Trennung gegenüber den bürgerlichen Organisationen. Er bot dem PGD statt der geforderten vier nur zwei Plätze im Vorstand an. „Der Arbeiter-Samariter“ sollte weiterhin als Bundesorgan erscheinen, während der „Proletarische Gesundheitsdienst“ als Organ des PGD eingestellt werden sollte. Nach Beharren der jeweiligen Standpunkte auf beiden Seiten brach Deutschmann im August 1923 den Schriftverkehr ab, auch mündliche Verhandlungen führten zu keinem weiteren Erfolg.³⁶² Die angesichts der realen Kräfteverhältnisse wagemutig wirkenden Forderungen legen den Rückschluss nahe, dass der PGD die revolutionäre Stimmung jener Zeit für sich äußerst günstig glaubte und hoffte, die Mehrheit der Bundestagsdelegierten hinter sich vereinigen zu können.

Die Kontakte zwischen beiden Organisationen führten 1924 zu einem vorläufigen Ende, als auf der ASB-Bundesausschuss- und -kreisleiterkonferenz am 26./27.4.1924 zu Berlin beschlossen wurde, dass weitere Verhandlungen als unergiebig angesehen würden. Dort wurde folgende Resolution zur Frage der Fusion mit dem PGD beschlossen:

„Nachdem Bundesvorstand und Bundesausschuss in genügender Form versucht haben, den Zusammenschluss des ASB. mit dem PGD herbeizuführen und die Arbeit infolge der böswilligen Taktik des PGD bisher negativ verlief, erachten wir es für überflüssig sich weiter mit dieser Frage zu beschäftigen ...“³⁶³

³⁶¹ Auf dem 6. Bundestag zu Leipzig, der vom 30.3.-2.4.1923 stattfand, kandidierte Plöger aus dem oppositionellen Kreis V gegen Kretschmar und verlor mit 32 zu 12 Stimmen. Der Arbeiter-Samariter 1923, 14. Jg. Nr. 5, S. 26.

³⁶² Vgl. Labisch 1979, S. 156.

³⁶³ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 85.

Auch eine weitere Zusammenarbeit mit der IAH wurde endgültig abgelehnt. Gegenüber vereinzelt Bestrebungen, sich dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“³⁶⁴ anzuschließen, erklärte die Konferenz:

„Beschluss betr. Reichsbanner ...: „Da der Bund politisch neutral bleiben will, lehnt er es ab, sich am Reichsbanner zu beteiligen. Da der ASB auf dem Boden der Republik steht, stellt er sich bei Anforderungen zu Versammlungen, Demonstrationen (des Reichsbanners, d.A.) stets zur Verfügung.“³⁶⁵

Eine weitere EntschlieÙung behandelte die anzustrebende Anerkennung des ASB seitens der Behörden als eine dem Roten Kreuz gleichberechtigte Organisation.³⁶⁶

Der ASB erklärte, er sei nicht bereit, seine seit 14 Jahren bestehende Organisation, die inzwischen 32.000 Mitglieder zähle, einer zwei Jahre bestehenden Organisation mit 1.200 Mitgliedern auszuliefern. Somit wurden weitere Verhandlungen abgebrochen.³⁶⁷ Der seit 1909 von Emil Stein geleitete Bundesvorstand zerbrach unter diesem Druck.³⁶⁸ Der neue Vorsitzende Kretzschmar musste später einräumen, den Stellenwert der Frage nach der politischen Ausrichtung unterschätzt zu haben. Seiner Verärgerung über die Verschleppung seiner am pragmatisch-aktionistischen Organisationsverständnis orientierten Zielvorstellung des Bundes machte er folgendermaßen Luft: „Dadurch, dass der Bundestag sich tagelang mit dieser Materie beschäftigte, wurde positive Arbeit überhaupt nicht gefördert. Zwistigkeiten innerhalb des Bundesvorstandes verhinderten das übrige.“³⁶⁹ Seine eigentliche Einstellung machte er wiederholt deutlich:

„Wenn eine Verschmelzung stattfinden soll, dann nur auf dem Boden des ASB ... Wir wollen in Zukunft das Sanitätskorps des gesamten Proletariats sein und zu diesem Zwecke wollen wir unsere Neutralität hochhalten ... Den Klassenkampf zu führen überlassen

³⁶⁴ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 108; s.a. Schwartz 1971, S. 347. Diese Organisation war zum Schutze der Weimarer Republik von der Sozialdemokratie am 20.2.1924 gegründet worden.

³⁶⁵ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 85.

³⁶⁶ Vgl. ebenda.

³⁶⁷ Ebenda, Blatt 151.

³⁶⁸ „Das Gründungsmitglied Oscar Schaumburg schrieb später: Aber dennoch siegte die Vernunft, und der alte ASB stieg kräftig aus den Wirrnissen hervor.“ Klühs 1968, S. 10f.

³⁶⁹ Der Arbeiter-Samariter 1924, 15. Jg. Nr. 5, S. 30.

wir den dazu berufenen sozialistischen Parteien und Gewerkschaften. Innerhalb dieser Organisationen kann natürlich jeder Samariter ein Klassenkämpfer sein.“³⁷⁰

„Halten wir diesen Grundsatz aufrecht, dann wird der ASB von keiner Macht zu Fall gebracht werden können.“³⁷¹

Dennoch hätten die Verhandlungen ergeben, dass ganze Kolonnen des ASB zum PGD übergegangen wären, nachdem sie die Hilflosigkeit des neuen ASB-Vorstandes erkannt hätten.³⁷²

Auf dem 7. Bundestag in Berlin (10.5.-13.5.1925) wurde erneut von einzelnen ASB-Mitgliedern beantragt, mit dem PGD zu verhandeln. Seitens des PGD wurde die Fortsetzung der Einheitsbestrebungen durch die PGD-Bundesausschusssitzung am 1.11.1925 bestärkt und eine Resolution an den ASB gerichtet, Verhandlungen mit dem ASB-Bundesvorstand aufzunehmen, um „eine Verschmelzung der Organisationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung herbeizuführen.“³⁷³

Der PGD wandte sich mit folgendem Schreiben an den ASB-Bundestag:

„Werte Genossen!

Wir erinnern daran, daß wir Euch in unserem letzten Schreiben vom 5. März darum ersucht haben, auf dem Bundestag unserm Antrag zwecks gastweiser Zulassung zur Entscheidung zu bringen. Wir bitten um baldige Mitteilung, wie sich der Bundestag entschieden hat. Wir betonen nochmals, daß wir voll und ganz auf dem Boden der Euch bekannten, von unserem Bundestag (Weihnachten 1924) angenommenen Resolution zur Einheit mit unserer Bruderorganisation stehen. Wir würden uns freuen, wenn eine Aussprache mit dem BV. oder mit einer vom Bundestag bestimmten Kommission zustande käme. Eure Nachricht erbitten wir durch Rohrpost an untenstehende Adresse.

Mit proletarischem Gruß

Ernst Steinbrink, Neukölln, Anzengruberstraße 12.“³⁷⁴

Die Antwort fiel knapp und eindeutig aus:

„Arbeiter-Samariterbund, Erster Kreis.

Berlin, Herrenhaus, den 12. April 1925.

³⁷⁰ Moschke 1977 (2), S. 100ff.

³⁷¹ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 124.

³⁷² Vgl. ebenda, Blatt 44.

³⁷³ Ebenda, Blatt 177.

³⁷⁴ Ebenda, Blatt 133a.

An den Proletarischen Gesundheitsdienst, Berlin-Neukölln.

Der Bundestag des ASB lehnt mit Rücksicht auf den inneren Charakter des PGD. jeden Versuch einer Verschmelzung ab.

Die Leitung des Bundestages!

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg.

gez.: Erich Dunkel³⁷⁵

Die grundsätzliche Entscheidung war schon vorher getroffen worden, denn Anträge oppositioneller Samariter wurden rigoros abgeschmettert, Vertreter des PGD wurden selbst als Gäste nicht zugelassen und die Linkspresse erhielt keinen Zutritt. „Eine ängstliche Kartenkontrolle verhinderte den Eintritt unerwünschter Gäste“.³⁷⁶ Dem wegen „Fraktionsbildung“ ausgeschlossenen Samariter Dorf Müller aus Düsseldorf (V. Kreis, Rheinland) wurde keine Möglichkeit gegeben, sich vor dem Bundestag zu rechtfertigen. Ebenfalls wurde der vom II. Kreis (Sachsen) eingebrachte Antrag auf beschleunigte Einigungsverhandlungen abgelehnt. Der ASB-Bundestag beschloss zusätzlich, den Bezirken, Kreisen und Kolonnen aufzuerlegen, jedes autonome Verhandeln mit dem PGD zu unterlassen. Es wurden weitere Schritte mit dem Ziel, die behördliche Gleichbehandlung und Gleichstellung mit dem Roten Kreuz zu erlangen, beschlossen, Theodor Kretschmar ging als neuer Bundesvorsitzender aus dieser Tagung hervor. Der Sitz des Bundesvorstandes wurde von Berlin nach Chemnitz in Sachsen verlegt, da der Kreis II (Sachsen) über die meisten Kolonnen verfügte und sich gegenüber dem Bundesvorstand unter Kretschmar politisch konform verhielt. Dieser veränderte auf dem Bundestag 1925 die Organisationsstruktur so nachhaltig, dass er mehr Kontrolle über die Entwicklung im Bunde erhielt und die Bildung politisch unliebsamer Strömungen an der Basis noch entschiedener erschweren konnte.³⁷⁷

³⁷⁵ Ebenda.

³⁷⁶ Ebenda.

³⁷⁷ Beispielsweise erhielten durch den neuen Delegiertenschlüssel die Kolonnen in den politisch rückständigen Landesteilen das Recht, relativ mehr Delegierte zu entsenden als die Kolonnen in den industriellen Ballungsgebieten mit ihrer kämpferischeren Arbeiterschaft. Ebenso hatte jedes Bundesvorstandsmitglied das gleiche Stimmrecht wie ein Delegierter aus den Kolonnen und konnte nachhaltig das Abstimmungsverhalten ändern. Vgl. Moschke 1977 (2), S. 108f.; vgl. auch Labisch 1979, S. 154 ff.

Trotz dieser Niederlagen hielt der PGD an dem Ziel der Bildung einer geschlossenen Samariterorganisation unter revolutionären Vorzeichen fest. Am 2. Ostertag 1925 führte die PGD-Ortsgruppe Berlin demonstrativ zu dem gleichzeitig stattfindenden ASB-Bundestag in Berlin eine öffentliche Kundgebung „gegen die gesundheitliche Verelendung des Berliner Proletariats“ mit anschließender Massenübung auf dem Sportplatz an der Schönhauser Allee durch, „wo Verbände für die Erste Hilfeleistung gezeigt und von unseren Ärzten erklärt werden. Wir werden alle Arten von Wiederbelebungsversuchen zeigen und praktische Fingerzeige geben.“³⁷⁸ Zur Unterstützung wurde auf die Beteiligung solidarisch eingestellter Gruppierungen zurückgegriffen.³⁷⁹ Auf der mitteleutschen PGD-Bezirkskonferenz, die am 23.8.1925 in Stassfurt stattfand, wurde erneut an den Einheitswillen der ASB- und PGD-Mitglieder appelliert³⁸⁰, ebenso auf der Bezirkskonferenz am 11.10.1925 in Berlin.³⁸¹

Nicht nur dort, sondern auch in den Gewerkschaften, Genossenschaften, Sport- und Kulturorganisationen, wurden die linken Mitglieder aufgefordert, in allen Gremien Anträge und Resolutionen einzubringen, die gegen die Ausschlüsse Protest einlegten und die Wiedervereinigung forderten. Speziell im ASB sollte weiterhin die Einheit der Arbeitersamariter-Bewegung verlangt, gegen die Politik des Reichsbanners Stellung bezogen, die Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz angeprangert und der Ausbau des Gesundheitsdienstes sowie die Fürsorge und die Forderung nach Freilassung politischer Gefangener verstärkt werden. Diese Anträge sollten darüber hinaus durch die Parteipresse verbreitet werden. War eine Zusammenarbeit des PGD und des ASB auf höherer Ebene nicht möglich, sollte diese wenigstens an der Basis betrieben werden. In den Orten, wo beide Organisationen vorhanden waren, sollte der PGD die in Betrieben tätigen ASB-ler dazu drängen, in den Arbeitsstätten Betriebsgesundheitskommissionen zur Kontrolle des Arbeitsschutzes und der sanitären sowie

³⁷⁸ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 127a.

³⁷⁹ Ebenda. „Insbesondere müssen alle Genossen der Sportorganisationen und des Roten Frontkämpferbundes und Roten Jungsturmes sich an diesem Tage dem PGD. anschließen.“

³⁸⁰ Ebenda, Blatt 154; vgl. auch Moschke 1977 (2), S. 92ff.

³⁸¹ Ebenda, Blatt 163.

hygienischen Einrichtungen zu schaffen und bestehende Mängel und Missstände anzuprangern.³⁸²

Interessanterweise gab es auch Tendenzen aus der sozialdemokratischen Richtung, die sich noch 1926 trotz der zunehmenden Spaltung in den Arbeiterkulturorganisationen für die Einheit in der Arbeiter-Samariter-Frage aussprachen.³⁸³

Dem PGD war es somit nicht gelungen, den ASB durch Fusion beider Organisationen in eine Arbeiterkulturorganisation mit revolutionärer Zielsetzung umzugestalten. Da er seine Ziele nicht aufgeben wollte, diese aber von der außenstehenden Position schwerlich zu erreichen waren, versuchten Kolonnen und Einzelmitglieder die Wiederaufnahme in den ASB, um den kontinuierlichen, mühevollen (Aufklärungs-)Kampf innerorganisatorisch fortzusetzen.

III.6.10. „Linksabweichler“ erschweren die „Einheitsfront“-Politik

Ab 1921 entwickelte die KPD ihre politische Strategie der „Einheitsfront“³⁸⁴. Die Voraussetzung der Einheitsfrontkonzeption sollte in der programmatischen

³⁸² Vgl. ebenda, Blatt 121.

³⁸³ So verteidigte ein Artikel im Thüringer Volksblatt die Einstellung des Teiles der Arbeiterschaft im ASB, die die nationalistischen Tendenzen der ASB-Führung noch nicht durchschaut hätten. Die Gründung des PGD als Antwort darauf wurde als zu überzogen und sogar schädlich eingestuft. „So kann man doch unter keinen Umständen die Arbeiter, die politisch diese Gefahren noch nicht erkannt haben, dafür verantwortlich machen.“ Vielmehr sei es notwendig, innerhalb der Organisation aufklärerisch zu wirken. Der Artikel endet mit einem flammenden Appell zur Einheit: „Deshalb rufen wir den Proletariern, die sich als Samariter in der Organisation des Proletarischen Gesundheitsdienstes und dem Arbeiter-Samariter-Bund zusammengefunden haben und beide ein Teil der Arbeiterbewegung sind, zu: Schafft euch in euren Organisationen die Einheit, so wie sie jetzt im internationalen Maßstabe von Massen des Proletariats propagiert wird. Steht euch nicht feindlich gegenüber, sondern versucht vielmehr durch gegenseitige Aufklärung, euch zusammenzufinden und das wieder gut zu machen, was vielleicht vor Jahren falsch gemacht wurde. Erkennt auch ihr, daß die Arbeiterschaft nicht gespalten in Gruppen und Grüppchen, sondern nur zusammen geschlossen in einheitlichen Organisationen ihrem Ziele näher kommt.“ Ebenda, Blatt 161.

³⁸⁴ Die Methode der Einheitsfront, die auf dem Prinzip der Einheit aller Arbeiter im Kampf beruht, ist so alt wie die Arbeiterbewegung selbst. Ab 1921 galt der Begriff „Einheitsfront“ als die offizielle, durch die Kommunistische Internationale (Kominintern) auf ihrem III. Weltkongress proklamierte Strategie. So erhoffte man sich, die seit

und organisatorischen Eigenständigkeit der anderen Linkskräfte, vornehmlich der verbündeten sozialistischen und sozialdemokratischen Vereinigungen, bestehen. Mit ihnen zusammen wollten die Kommunistischen Parteien getreu der Devise: „Getrennt marschieren – vereint schlagen!“ ihre tagespolitischen Kämpfe effektivieren. Die KPD hoffte, durch beharrliche Agitation in diesen Organisationen die revolutionären Kräfte so weit stärken zu können, dass es dort zu einer Veränderung der Machtverhältnisse kommen würde. Durch kontinuierliche Einflussnahme würde sich folglich die revolutionäre Linke gegenüber den Reformisten, die häufig leitende Positionen innehatten, durchsetzen und die notwendigen Mehrheiten erlangen, um auf revolutionärem Wege das Endziel einer klassenlosen Gesellschaft zu erreichen.

Aber sowohl in den großen proletarischen Organisationen, wie Gewerkschaften, den Arbeitersport- und Volkschorvereinen, als auch in den kleineren, wie den Arbeiter-Samaritern, gab es unter den dort engagierten Linkskräften Befürworter und Gegner dieser politischen Einheits-Strategie. Selbst innerhalb der kommunistischen Partei führten die kritischen Strömungen zu Fraktionsbildungen, die das Einheitsfrontkonzept sowohl von rechts („Rechtsabweichler“) wie von links („Linksabweichler“, „Ultralinke“) bekämpften. Der „rechte“ Parteiflügel und die Gruppe der „Versöhnler“ sprachen sich für eine Zusammenarbeit mit der SPD aus und unterstützten das (gemeinsame) Engagement in den freien Gewerkschaften. Sie stellten bis 1928 die führende Gruppe um Thälmann in der KPD dar. Die Versöhnler folgten dem Beschluss der Kommunistischen Internationale, die diese Politik in globalem Maßstab vertrat. Dabei wurde den Verhältnissen der deutschen Arbeiterbewegung höchste Priorität gewidmet. In keinem anderen Land Europas lag eine so weit gediehene revolutionäre Situation

dem 19. Jahrhundert und besonders seit 1914/1918 bestehende ideologische und organisatorische Aufspaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Die mit der Umsetzung der Einheitsfrontlinie verbundene offensive Losung hieß „Heran an die Massen!“ Die Kommunisten erhofften sich durch dieses Vorgehen, ihren Einfluss auf die politisch aktiven Arbeiter und Intellektuellen zu vergrößern. Durch die Einheitsfrontpolitik sollten die Reformisten als Kräfte, welche den Fortgang der Arbeiterbewegung behinderten, für alle Aktivisten sichtbar entlarvt und zur offenen Auseinandersetzung gezwungen werden. Dadurch würden sie sich selbst sukzessive ihres eigenen Einflusses berauben. Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Einheitsfront>.

vor, deren Umsetzung durch die unversöhnliche ideologische Spaltung zwischen den beiden Hauptprotagonisten der politischen Arbeiterbewegung, den Kommunisten und den Sozialdemokraten, hingegen erschwert wurde. Die „(Ultra-)Linke“ lehnte jedwede Form der Zusammenarbeit mit den „Reformisten“ ab. So entwickelte sie im gewerkschaftlichen Bereich während der letzten Jahre der Weimarer Republik ihre RGO-Politik³⁸⁵, die vorsah, Streiks und Massenaktionen unabhängig vom ADGB durchzuführen. Diesem warfen sie vor, dem reformistischen Einfluss erlegen zu sein. Ihre Anschauungen mündeten in der Sozialfaschismus-These, die besagte, dass die Sozialdemokratie letztendlich eine verkappte Spielart des Faschismus sei.

Innerhalb der revolutionären Linken herrschte nicht unbedingt Einhelligkeit über die offizielle „Verschmelzungspolitik von unten“, sodass deren Vertreter die Bedeutung dieser Strategie nachdrücklich und immer wieder erläutern mussten:

„Während auf der einen Seite eure revolutionäre Genossen aus Haß gegen die reformistischen Führer sich gegen jede Verschmelzung mit dem ASB. sträuben, vergessen auf der anderen Seite manche Genossen, daß die Frage der Verschmelzung keine rein technisch-organisatorische und keine Frage der Kapitulation vor den reformistischen Führern im ASB. ist, sondern eine politische Frage des gemeinsamen Kampfes der KPD- und SPD-Arbeiter und derer, die mit ihnen sympathisieren, sowohl gegen die reformistischen Führer im ASB., als auch gegen die scheinradikalen Reformisten à la Lieske im PGD., die sogar zu Verhandlungen mit Kapitalistenvertretern zusammen mit ADGB-Führern pilgern. Deshalb darf die Verschmelzung mit dem ASB nicht zu einer panikartigen Flucht werden, bei der wir bedingungslos alle Provokationen der Reformisten schlucken. Es muß darum gekämpft werden, daß der Uebertritt der Abteilungen geschehen erfolgt, und zwar möglichst aller Abteilungen. Es geht keinesfalls an, daß Genossen vor Abschluß der Verhandlungen mit dem ASB. und ohne Anweisung der Partei als einzelne den Uebertritt vollziehen. Der Uebertritt kommt erst dann in Frage, wenn wir die Abteilungen in ihrer überwiegenden Mehrheit für den Gedanken der einheitlich marschierenden Arbeiterklasse gewonnen haben. Das Wichtigste jedoch sind nicht die zentralen Verhandlungen. Vielmehr müssen die Versuche im PGD. und ASB. fortgesetzt werden, von unten auf, von den Abteilungen beider Vereine, die Einheitsfront zu schließen, den Konkurrenzkampf zu überwinden und die Arbeitersamariterschaft einheitlich zusammenzuschließen unter Führung der KPD.“³⁸⁶

³⁸⁵ Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition.

³⁸⁶ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 216.

Diese Richtungskämpfe innerhalb der revolutionären Linken hatten auf das Wirken des Proletarischen Gesundheitsdienstes, der in Berlin seine mitgliederstärksten Einheiten besaß, erhebliche Auswirkungen. Angesichts der sich abzeichnenden Oppositionsbildung in den Berliner PGD-Gruppen gegen die Parteilinie der „Einheitspolitik“ gab die KPD entsprechende Empfehlungen heraus, um diese spalterischen, „ultralinken“ Tendenzen, die insbesondere im Berliner PGD über beträchtlichen Einfluss verfügten, einzudämmen. Das überregionale Programm des PGD wurde entsprechend modifiziert, so entwarf die PGD-Ortsgruppe Groß-Berlin angesichts der drohenden Mehrheit der „Ultralinken“ am 5.1.1924 ein entsprechend straffes Ortsstatut, das auszugsweise folgende Passagen enthielt:

„§ 1.

...

b) Propagandatätigkeit (gemeint ist wohl in erster Linie gegen die Reformisten, d.A.) ist in der Gruppe mit grösster Intensivität zu betreiben, ganz gleich auf welchem Gebiete sich diese erstreckt.

c) Alle von der Abteilungs-, Bezirks- oder Ortsgruppenleitung getroffenen Anordnungen oder Arbeitseinteilungen sind in der Gruppe restlos durchzuführen und der Gruppenführer hierfür verantwortlich. Weigert sich irgend ein Mitglied der Gruppe, die ihm aufgegebenen Arbeiten und Aufgaben zu erledigen, ist dieses sofort der Abteilungsleitung zu melden, der dann die weiteren Maßnahmen überlassen bleiben.

§ 2.

Der Gruppenführer ... hat sich durch vorbildliches Arbeiten und funktionieren seiner Gruppe auszuzeichnen dadurch, daß alle Arbeiten seiner Gruppe keinerlei Anlass zu irgendwelchen Beschwerden oder Misshelligkeiten geben, ganz gleich auf welchem Gebiete sich diese in der Durchführung unseres programms und der dazu getroffenen Maßnahmen ergeben. Straffste Selbstdisziplin sind der Lebensnerv einer proletarischen Organisation.

a) Die Kassierung der Beiträge in der Gruppe ist Sache des Gruppenführers ...

b) Die Materialausgabe erfolgt ebenfalls durch den Gruppenführer ...

c) Der Zeitungs- und Broschürenvertrieb ... liegt ebenfalls dem Gruppenführer ob ...

...

e) ... Es ist unbedingt notwendig, dass alles bis auf das Kleinste hinunter beobachtet und weiter geleitet wird, da es sonst keiner Instanz möglich ist, direktiv im Interesse der Organisation zu arbeiten ... Unentschuldigtes Fehlen des Gruppenführers ist unbedingt zu ahnden ...“

Bezogen auf die Arbeit der Abteilungsleitung, der der Gruppenführer unterstand, hieß es u.a.:

Lieske stellte zu jener Zeit eine charismatische Oppositionsfigur im Arbeitersport dar und wirkte sogar noch in den Nachkriegsjahren. Er führte einen beharrlichen Kampf gegen die „Reformisten“ in den Arbeitersportverbänden, an seinen Positionen orientierte sich die „ultralinke“ Opposition im PGD. Er war seit 1923 Vorsitzender des 1. Kreises (Berlin-Brandenburg) des „Arbeiter-Turn- und Sportbundes“ (ATSB)³⁹¹, Mitglied im „Turn- und Sportverein Fichte“ (TuS) und Leiter des Berliner Büros der oppositionellen „Roten-Sport-Internationale“ (RSI). Die RSI wurde am 23.7.1921 als kommunistische Ge-

³⁹¹ Vgl. Teichler/Hauk, 1987. Mit dem wachsenden Vordringen des Sports, der anfangs überwiegend in den bürgerlichen Kreisen betrieben wurde, in die Industriearbeiterschaft nach dem Ersten Weltkrieg benannte sich der ATB im Juni 1919 in Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) um. Unter diesem Dach wurden auch andere Sportarten wie Turnen, Radsport, Leichtathletik und Kraftsport betrieben, allerdings nahm der Fußball alsbald eine dominierende Stellung ein. Um 1930 zählte der ATSB rund 1,2 Millionen Mitglieder; sein Präsident war während der gesamten Weimarer Republik (1919–1933) der SPD-Reichstagsabgeordnete Cornelius Gellert. Auf dem ATSB-Bundestag im Juni 1928 schloss die Verbandsführung alle KPD-Anhänger aus; diese gründeten daraufhin im Mai 1929 die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport (IG), die sich im Dezember 1930 in „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit“ (KG) (kurz: Rotsport) umbenannte und dem insbesondere im Berliner Raum sowie in den schwerindustriellen Zentren (Sachsen, Ruhrgebiet u. a.) zahlreiche Vereine angehörten. Besondere Bedeutung erlangte der Berliner Arbeitersportverein (ASV) „Fichte“, der durch die ausgeschlossenen kommunistischen Naturfreunde „revolutioniert“ wurde. Der ASV „Fichte“ behauptete von sich, der „größte rote Sportverein der Welt“ zu sein (Zeitschrift: Kampfgenos; Redakteur des Kampfgenos war der frühere Naturfreund Hermann Leupold). Gegenbeispiele wie die Tatsache, dass die Fußballer des Dresdner SV 10 sowohl ATSB- als später auch Rotsport-Meister wurde, blieben Einzelfälle: Ursache für diesen Verbandswechsel war ein Spiel gegen den sowjetischen Meister aus Charkov, wofür die Dresdner vom ATSB mit einer längeren Spielsperre bestraft wurden. Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand endete auch die organisierte Arbeitersportbewegung: Die Nationalsozialisten lösten die Vereine und Verbände im Februar (Rotsport) bzw. Mai (ATSB) 1933 auf; viele ihrer Mitglieder wurden verfolgt, in Konzentrationslagern inhaftiert (so auch ATSB-Präsident Gellert) und nicht selten ermordet, wie z.B. Ernst Grube, Werner Seelenbinder und der Dresdner Fußballer Walter Petruschke. Manche Arbeitersportler haben versucht, das Verbot zu umgehen, beispielsweise unter einem „unverdächtigeren“ Vereinsnamen oder durch gemeinsamen Eintritt in einen benachbarten Verein; andere haben sich aber auch mit dem Nationalsozialismus arrangiert oder gar versöhnt. Vgl. ebenda.

genorganisation der aus dem ATSB ausgeschlossenen Arbeitersportler gegründet.³⁹²

Auf den PGD, der eng mit dem Berliner Arbeitersport verwoben war, hatte die von Lieske angeführte Linksoption einen erheblichen Einfluss genommen. Die KPD versuchte getreu ihrer Einheitsfrontstrategie diejenigen Mitglieder im PGD zusammenzufassen, von denen sie annahm, dass sie auf dem „Boden der Einheit“ stünden, denn der Anteil dieser Linksoption schien nicht unerheblich zu sein. Lieske schaffte es, „ein Drittel der PGD.-Mitglieder an sich zu ziehen und auch im Reich durch seine Parolen Verwirrung anzurichten.“³⁹³ Von diesem Einfluss schienen die Abteilungen Norden, Pankow, Tegel, Moabit, Mitte, Westen, Teltow und Steglitz ausgenommen. „Die Zusammenfassung aller auf dem Boden der Bundestagsbeschlüsse stehenden Genossen ist den Ge-

³⁹² Vgl. Gounot 2002. Sowohl die Fichte-Sportler als auch die Mitglieder des 1. ATSB-Kreises waren in ihrer Mehrheit revolutionär eingestellt. Noch zu Beginn der 1920er Jahre zeichnete sich Lieske durch sein vehementes Eintreten für die Sowjetunion und deren Sportbewegung aus. Ab 1925 begann er allerdings, den Sowjetsport immer unverhohlener zu kritisieren, indem er ihm Verbürgerlichungstendenzen vorwarf. In der deutschen Arbeitersportbewegung betrieb er durch seine „Merkblätter“ heftigste Oppositionsarbeit gegen die sozialdemokratisch-reformistische Orientierung im ATSB-Vorstand. Er vertrat den Standpunkt, dass es mit den Organisationen, in denen die reformistischen Kräfte das Sagen hätten, keinerlei Zusammenarbeit geben dürfe und geriet dadurch in Konflikt mit der offiziell proklamierten „Einheitsfrontpolitik“ seiner Partei. Es folgten heftigste Auseinandersetzungen, die im Februar 1925 zum seinem Ausschluss aus dem „TuS Fichte“ führten. Durch seine „ultralinken“ Ansichten kollidierte er innerhalb der RSI mit einer Reihe von Mitstreitern, die der Parteilinie folgten. Zwar bestand Einigkeit über die Notwendigkeit der Zurückdrängung des sozialdemokratisch-reformistischen Einflusses in der Arbeitersportbewegung, doch herrschte Uneinigkeit über die Frage des strategisch-taktischen Vorgehens. Lieske und andere weigerten sich, die Prinzipien der Komintern-Beschlüsse („Einheitsfront“) auf die RSI, die Mitglied der Komintern war, zu übertragen und plädierten stattdessen für die absolute Autonomie und innerparteiliche Demokratie jeder einzelnen proletarischen Kulturorganisation. Daraufhin begann die KPD im Frühjahr 1925 eine (Ausschluss-)kampagne gegen diese sogenannten „Linksabweichler“, die in den Arbeitersportverbänden, den Naturfreunden und in der Arbeitersamariterbewegung über erheblichen Einfluss verfügten. Im gleichen Jahr trat Lieske von der Exekutive der RSI-Initiative mit der Hoffnung zurück, eine Möglichkeit zu eröffnen, mit diesem Schritt dieser von ihm als Fehlentwicklung eingeschätzten Politik entgegenzuwirken. Ebenso wollte er durch weitere Loyalitätserklärungen dem links dominierten Turnverein den Verbleib im ATSB ermöglichen. Vgl. ebenda.

³⁹³ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 250; siehe auch Blatt 239.

nossen Villwok, Norden, und Klinke, Moabit, übertragen“ und ihm seien die Adressen zuzukommen.³⁹⁴ Darüber hinaus hatte es der (oppositionelle) Zentralvorstand der Ortsgruppe Berlin, dem Lieske vorstand, fertiggebracht, den PGD-Bundesvorstandsvertreter von seinen Sitzungen auszuschließen und hatte sich damit in den Augen der KPD endgültig von der kommunistischen Bewegung abgesondert. Die oppositionellen Abteilungen verweigerten ihre Dienstleistungen beim Roten Tag, dem II. Reichstreffen des RFB, Pfingsten 1926 in Berlin, weil der RFB, der die Einheitsbestrebungen unterstützte, gleichzeitig den PGD und den ASB angefordert hatte. Nur wenn Lieske alleine mit seinen ihn unterstützenden PGD-Gruppen den Sanitätsdienst ausführen könne, wäre er dazu bereit. Die KPD höhnte: „Mit höchstens 200 Samaritern will er angeblich die Kundgebungen der 80.000 in sämtlichen Bezirken Berlins besetzen!“³⁹⁵

Im Rahmen der Vorbereitung dieses Reichstreffens forderte der PGD-Bundesvorstand „alle Genossen, auch die oppositionellen Abteilungen, auf, dennoch mit Armbinde die Züge ihrer Bezirke zu begleiten und sich am Sonntag auf der PGD-Hauptwache in Neukölln zu melden“.³⁹⁶ Dadurch erhoffte sich die KP, ihren Einfluss aufrechtzuerhalten mit dem Ziel, diesen Teil der PGDler doch noch für ihre Sache zu gewinnen. Lieskes Antwort:

„Mit den (Einheitsfront-, d.A.) „Leuten, die in keine Arbeiterbewegung mehr hineingehören“, will er keine Berührung haben. Die Ablehnung unserer Mitwirkung in Gemeinschaft mit dem ASB. ist selbstverständlich. Aus diesem Grunde hat es auch keinen Sinn, uns zu einer Besprechung einzuladen, da wir uns mit den Genossen nicht mehr an einen Tisch setzen.“ „Die Bundesleitung müsste also entscheiden, ob der Dienst von uns – wie immer in früheren Jahren – allein gemacht werden soll oder ob sie auf unsere Mitwirkung verzichtet ...“³⁹⁷

Die KPD sah in Lieske einen Spalter und Fraktionsbildner.

„... Er macht jetzt in Anti-Bolschewismus, hetzt gegen den (reformistisch geführten, d.A.) Kartellverband für Arbeitersport- und Körperpflege und gegen alles, was die Arbeiterklasse zur Schaffung der Einheitsfront unternimmt“.³⁹⁸

³⁹⁴ Ebenda, Blatt 228; siehe auch Blatt 229.

³⁹⁵ Ebenda, Blatt 232.

³⁹⁶ Ebenda, Blatt 234; siehe auch Blatt 230.

³⁹⁷ Ebenda, Blatt 232.

³⁹⁸ Ebenda, Blatt 195.

Er sei deshalb gefährlich, da er die Verhinderung der Einheitsbestrebung in der Samariterbewegung personifiziere und mit dieser Absicht auch in den PGD-Bundesvorstand einwirken wolle. Von der Partei habe er sich schon lange vor seinen jetzigen Aktivitäten losgelöst.³⁹⁹ Die Getreuen Lieskes wurden aus der Partei ausgeschlossen, was demonstrativ in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde.⁴⁰⁰

Die Dissonanzen zwischen der KP und der Führung der PGD-Gruppe Groß-Berlin spitzten sich weiter zu und machten vor Intrigen und Übergriffen nicht Halt. So verhinderte die KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg die Veröffentlichung der vom PGD Groß-Berlin angegebenen Wahllokale, in denen zum Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung aufgerufen wurde, trotz vorheriger Absprache mit der „Roten Fahne“. Stattdessen bezeichnete die Partei ihre eigenen „Agitationslokale“ als PGD-Lokale wohl mit dem Ziel, die an die oppositionellen PGD-ler gerichteten Anforderungen zu sich umzulenken. Die PGD-Opposition warf der KPD-Brandenburg Unehrlichkeit vor und lehnte die Betreuung von ihr organisierter Veranstaltungen kategorisch ab.⁴⁰¹ Im April 1926 wurde Lieske ein Einbruch in ein Vereinslokal des PGD, Abteilung Norden, angelastet, bei dem Materialien im Werte von etwa 270 Mark und teilweise persönliches Eigentum gestohlen worden seien.

„Das Vereinsspind wurde gewaltsam erbrochen und daraus Thermometer, Verbandspäckchen, Mull und andere Sachen entwendet. Außerdem wurden drei Tragbahnen und verschiedene Lehrtafeln, die man vorsichtshalber durch Hoffenster beiseite schaffte, dem dünnen Materialbestand der Anti-Einheitsamariter zugeführt.“⁴⁰²

Während zur gleichen Zeit der (Wieder-)aufnahmeprozess ehemaliger PGD-ler in den ASB in vollem Gange war, führte der PGD Groß-Berlin unter Lieske am 31.7.1926 eine Generalversammlung durch. Es wurde beschlossen, dass bei der

³⁹⁹ Vgl. ebenda.

⁴⁰⁰ Vgl. ebenda, Blatt 191. „Ausschluß. Die Genossen Willy Purz, Fuldastr. 24, Otto Liebrich, Friedelstr. 5, Kurt Gersdorf, Bergstr. 127/128, bei Wolter, sind wegen parteischädigenden Verhaltens und wegen wiederholten schweren Bruches der Fraktionsdisziplin als Mitglieder des PGD. Groß-Berlin aus der Partei (KPD, d.A.) ausgeschlossen.“ Ebenda.

⁴⁰¹ Vgl. ebenda, Blatt 255.

⁴⁰² Ebenda, Blatt 226.

KPD und dem RFB kein Dienst mehr geleistet werden solle, wenn diese gleichzeitig den ASB angeforderten.⁴⁰³ Sowieso würden sie sich nur noch dann beteiligen, wenn darüber eine schriftliche Zusicherung vorliegen würde. Fraktionsbildung wurde verboten. Letztendlich ging der unter Leitung Lieskes stehende PGD sogar so weit, dass er nur noch dann Dienst tun wollte, „wenn an die Stelle der jetzigen (KPD-, d.A.)Bezirksleitung eine solche gestellt ist, die es konsequent ablehnt, an dem Hineintreiben in die reformistischen Organisationen teilzunehmen.“⁴⁰⁴ Würden eigene, oppositionelle PGD-ler an diesen Veranstaltungen teilnehmen, sei dies eine reine Privatsache und müsse ohne Abzeichen und Armbinde erfolgen.

Die KP wertete dies als völlige Loslösung von den revolutionären Massenbewegungen und fragte sich, für wen dieser oppositionell eingestellte PGD eigentlich noch Dienst ausüben wollte. Sie kommentierte dieses Treffen, indem sie in vorausahnend zweckoptimistischer Weise voraussagte, dass, wenn jeder einzelne PGD-ler wieder ins richtige Lager zurückgeführt worden sei, der ASB als Ganzes beweisen würde, dass er unter revolutionären Vorzeichen dem kämpfenden Proletariat in gleicher Weise zur Seite stünde wie früher der PGD. Sie kenne genügend Mitglieder der Ortsgruppe Groß-Berlin, die sich „ohnehin nicht an diesen Beschluss gebunden“ fühlten und sich „auch mit Abzeichen in den Dienst der von der Kommunistischen Partei einberufenen Veranstaltung stellen“ ließen.⁴⁰⁵

Vom Verbleib der PGD-Kolonnen unter Lieskes Führung wird berichtet, dass schon 1926 „in Groß-Berlin ... etwa 80 PGD.-Genossen in den ASB. übergetreten (sind, d.A.), weitere 150 werden in den nächsten Wochen den Übertritt vollziehen.“⁴⁰⁶ Von Januar bis Dezember 1926 seien bis auf „wenige von ultralinken Kräften beeinflusste Mitglieder“ sämtliche PGD-Kolonnen zum ASB übergetreten.⁴⁰⁷

⁴⁰³ Vgl. ebenda, Blatt 255.

⁴⁰⁴ Ebenda, Blatt 257.

⁴⁰⁵ Ebenda, Blatt 257.

⁴⁰⁶ Ebenda, Blatt 250.

⁴⁰⁷ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 94.

III.6.11. Der Kampf des PGD um die Wiederaufnahme in den ASB

Nachdem der ASB-Bundesvorstand die Vereinigungsbemühungen des PGD abgelehnt hatte, wandte sich der PGD mit der Frage der weiteren Vorgehensweise an die KPD. Das politische Sekretariat der KPD-Zentrale Berlin antwortete den PGD-Bezirken 1, 12, 13, 20, 21, 25, 27 und dem Vorstand und würdigte die bisherigen Bemühungen des PGD innerhalb der Arbeiter-Samariter-Bewegung als einen bedeutsamen Bestandteil des übergeordneten Kampfes um die revolutionäre Einheit.⁴⁰⁸ Dem Kampf „um die Herstellung der Einheit der Arbeitersamariterbewegung (ist, d.A.) erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und die Massnahmen der Reformisten (Sportkartelle etc.) (sind, d.A.) zu beachten“. Deshalb sollte weiterhin, die „ideologische Beeinflussung der Mitgliedschaft des PGD. für die Notwendigkeit der Einheit unter Aufzeigung der Sabotage der Reformisten im ASB.“ erfolgen und in den Kontext politischer Fragen gestellt werden. Innerhalb des ASB seien alle Bestrebungen zu unterstützen, die darauf abzielten, eine „Opposition gegen die reformistische Führung zu schaffen und wo eine solche besteht, zu stärken und auszubauen“. Dazu würden „gemeinsame Fraktionssitzungen der kommunistischen PGD.- und ASB.-Mitglieder“ hilfreich sein. Die Verhältnisse in Berlin würden es erfordern, dass „einige Genossen in den ASB. geschickt werden, (um, d.A.) mit den vorhandenen Oppositionsleuten, die z.B. dem RFB. angehören oder mit ihm sympathisieren, dem ausgeschlossenen T:V: ‚Naturfreunde‘ angehören, oder sonst bereits mehr oder weniger ideologisch vom Reformismus losgelöst sind, eine Verbindung an(zu, d.A.)knüpfen.“⁴⁰⁹ Im Rheinland/Westfalen sollte die neugegründete PGD-Gruppe Ohligs „in Gemeinschaft mit der Partei geschlossen in den ASB“ geführt werden. Dort befand sich die Mehrheit des ASB schon in den Händen der Opposition, sodass eine weitere Zersplitterung für unnötig gehalten wurde.⁴¹⁰ Die PGD-Ortsgruppen in Mannheim/Heidelberg sollten ihre Bemühungen um die Einheit fortsetzen. Neue PGD-Ortsgruppen dürften auf

⁴⁰⁸ Bundesarchiv Abteilung Potsdam Blatt 167-170.

⁴⁰⁹ Ebenda, Blatt 168.

⁴¹⁰ Vgl. auch Darstellung der politischen Machtverhältnisse durch den Regierungspräsidenten Düsseldorf vom 22.2.1926 in Kap. III.7.3.

keinen Fall gegründet werden, schon gar nicht dort, wo schon ASB-Kolonnen bestünden.⁴¹¹ Ebenso wurde es wegen der verschiedenen inhaltlichen Zielsetzungen für nicht opportun gehalten, dass der PGD in den RFB oder in der IAH aufgehen sollte. Der korporative Anschluss an die IAH sollte auf jeden Fall beibehalten werden, da dadurch eine zusätzliche Einwirkungsmöglichkeit gegen die reformistischen Positionen bestünde. In Reinickendorf wollte der PGD den ASB unterstützen, damit dieser ebenfalls Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses werden könnte. Dadurch sollte verhindert werden, dass der ASB Berlin-Brandenburg dem PGD mangelnde Zusammenarbeit nachsagen könnte.⁴¹²

Um den Einfluss der revolutionären Einheitspolitik auf die Arbeiter-Samariter-Bewegung aufrechtzuerhalten, versuchte der PGD, nach Möglichkeit seine kompletten Kolonnen oder zumindest Einzelmitglieder in den ASB aufnehmen zu lassen.

Am 21.4.1926 erschien ein erneutes Rundschreiben vom Zentralkomitee der KPD, das diesbezüglich konkrete Handlungsempfehlungen an alle Bezirksleitungen und Redaktionen enthielt und sich der Arbeitersamariter-Problematik mit der Überschrift „Betrifft Verschmelzung von PGD und ASB“ widmete. Es wurde konstatiert, dass die Herstellung der Einheit nun in das „Stadium der praktischen Durchführung“ getreten sei.⁴¹³

„Diejenigen PGD-Kolonnen, denen im Orte eine ASB-Kolonne nicht gegenübersteht, – Rudolstadt, Ahlen i. W., Stassfurt, Niemburg, Cosweg i. Anh., Heidelberg –, müssen in einer Mitgliederversammlung ihre neue Konstituierung als ASB-Ortsgruppe beschliessen, dieses dem in Frage kommenden Kreisleiter des ASB, unter Mitteilung der Stärke, Funktionäre etc. der Kolonne, mitteilen und um Übersendung der erforderlichen Materialien (Armbinden, Mitgliedsbücher etc.) ersuchen ... In denjenigen Orten, wo neben dem PGD auch eine ASB-Kolonne besteht, – Bernburg, Jena, Weimar, Mannheim, Magdeburg –, muss versucht werden, durch Annäherung an einzelne Sympathisierende im ASB oder durch einen offiziellen Schritt gegenüber der ASB-Kolonne oder auch durch Vermittlung mit uns sympathisierender Sportorganisationen, die dem Arbeiter-Sportkartell angehören, die Verschmelzung vorzubereiten.“⁴¹⁴

⁴¹¹ Ebda., Blatt 169.

⁴¹² Ebenda; vgl. auch Moschke 1977 (2), S. 92ff.

⁴¹³ Moschke 1977 (2), S. 93ff.

⁴¹⁴ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 238f.

Nach Möglichkeit sollte verhindert werden, dass das vom Bundesvorstand des ASB empfohlene Revers unterschrieben wird. Einschränkend wird in diesem Schreiben angemerkt, dass im Bezirk Magdeburg-Anhalt der PGD-Bundesvorstand mehr Einfluss ausüben müsse, da „auf der kürzlich stattgefundenen Bezirkstagung auch die Parteigenossen mit Mehrheit sich gegen die Verschmelzung ausgesprochen haben.“⁴¹⁵

In Berlin entwickelte sich eine spezielle Situation, da „ultralinke“ kommunistische Kräfte einen erheblichen Einfluss auf die Arbeitersportbewegung und den PGD gewonnen hätten.

„Parteifeindliche Genossen (haben, d.A.) die Leitung der Berliner Organisation erobert“, sodass sogar befürchtet werden musste, dass „diese entgegen der Stellung des Bundesvorstandes und der Partei versuchen, auch im Reiche Boden für ihre Bestrebungen zur weiteren Spaltung des ASB zu finden. Insbesondere wird der frühere Parteigenosse Lieske dank seiner Verbindungen im Reiche aufgrund seiner früheren Funktion für diese Bestrebungen Eingang zu finden suchen“. Sowohl über die „parteischädigenden Bestrebungen Lieskes (Rundschreiben, Flugblätter etc.)“ sowie über den Stand der konkreten Umsetzung der Verschmelzung der Kolonnen wollte die KPD kontinuierlich informiert werden. Insbesondere wurden weitere Bestrebungen Lieskes befürchtet, da dieser bereits mitgeteilt hätte, „er werde in Hamburg eine Ortsgruppe des PGD mit Hilfe von etwa 30 bis 40 Genossen, zum Teil aus dem ASB, gründen. Wir bitten, diese Mitteilung nachzuprüfen und unbedingt einer solchen Splittergründung entgegenzutreten.“⁴¹⁶

Die ASB-Führung versuchte ihre sozialdemokratische Ausrichtung zu halten und der Wiederaufnahme der PGD-Mitglieder entgegenzuwirken bzw. diese unter Kontrolle zu behalten. „Wir ersuchen unsere Funktionäre, in ihren Organisationen darauf zu achten, dass eine Aufnahme des PGD nicht stattfindet und bitten, alle diesbezüglich eventuell gestellten Anträge an uns zu berichten.“⁴¹⁷

⁴¹⁵ Ebenda.

⁴¹⁶ Ebenda.

⁴¹⁷ Der Arbeiter-Samariter 1924, 15. Jg. Nr. 10, S. 76.

Ab 1925 mussten alle Ausgeschlossenen oder Oppositionsverdächtigen einen Revers unterschreiben, wenn sie wieder Mitglied des ASB werden wollten. Die übertrittswillige PGD-Kolonne Ohligs/Rheinland sollte folgenden Text unterschreiben:

„Ohligs, den 18. Oktober 1925

R e v e r s .

Die unterzeichneten ehemaligen Mitglieder des Proletarischen Gesundheitsdienstes der Kolonne Ohligs, Rhld, verpflichten sich durch ihre eigene Namensunterschrift nachstehende Fragen anzuerkennen und dementsprechend zu handeln:

Die Unterzeichnung des Reverses schliesst eine Aufnahme in den Arbeiter Samariter Bund von vornherein aus.

Verstösse, die nach Unterzeichnung des Reverses gegen diese erfolgen, ziehen sofortigen Ausschluss aus dem Bund nach sich.

1. Namentlich Unterzeichnete verpflichten sich, die Satzungen des Arbeiter Samariter Bundes voll und ganz anzuerkennen.
2. Die Unterzeichneten verpflichten sich, die Beschlüsse des Bundesvorstandes sowie des Bundestages 1925 („sowie der Kreisleiterkonferenz vom 27. und 28. Juli“⁴¹⁸) restlos anzuerkennen und ihren Ausführungen Folge zu leisten.
3. Die Unterzeichneten verpflichten sich unterschriftlich, einer Fraktion innerhalb der Arbeiter-Samariter-Kolonne gleichviel welcher Partei
 - a. nicht beizutreten
 - b. eine solche nicht zu gründen
 - c. weder dem Proletarischen Gesundheitsdienst noch irgend einer politischen Tageszeitung Berichte, die gegen den Bund Stellung nehmen, zuzustellen.
4. Unterzeichnete verpflichten sich und bestätigen durch ihre Unterschrift, dass sie nicht mehr Mitglied des Proletarischen Gesundheitsdienstes sind und in keinerlei Beziehungen zu demselben stehen.
5. Zu unter 2 genannten Beschlüssen gehört insbesondere jede Dienstleistung bei allen Organisationen, soweit sie auf dem Boden der Verfassung stehen und den Arbeiterinteressen nicht entgegenarbeiten, soweit eine Anforderung auf Dienststellung seitens der genannten Organisationen der Kolonne geht.⁴¹⁹ (In der modifizierten Form des Düsseldorfer Reverses steht es genauer: „Zu den obigen Beschlüssen gehört unter allen Umständen die Dienststellung bei dem Reichsbanner

⁴¹⁸ Modifizierte Form, die den ausgeschlossenen ASB-lern aus Düsseldorf vorgelegt wurde. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 136.

⁴¹⁹ Ebenda, Blatt 208.

Schwarz-Rot-Gold. Es dürfen unsere Mitglieder, die zugleich Mitglieder beim Reichsbanner sind, nicht terrorisiert werden.“⁴²⁰)

6. „Soweit die unterzeichneten Mitglieder dem Bunde bereits früher angehört haben, sind diese verpflichtet, ihr damals nicht zurückgegebenes Buch oder Mitgliedskarte abzuliefern. Ausserdem sind die vom Bund bezogenen Taschenapotheken im Betrage von 1.10 M pro Stück umgehend und vor der Aufnahme in den Bund zu bezahlen.“⁴²¹
- „7. Die neu aufgenommenen Mitglieder können innerhalb eines Jahres im Gesamtvorstand keine Funktion bekleiden.“⁴²²

„gez.: der Bundesvorstand

Unterschrift

Wortgetreue Ausführung

gez.: Peter Kröner, Schriftf.“⁴²³

Zu der Frage, wie mit dem Revers umzugehen sei, gab die KPD gezielte Empfehlungen ab.⁴²⁴

„Das Unterschreiben des Reverses durch unsere Genossen kann natürlich nicht bedeuten, dass sie sich an diesen Revers halten, sondern nach wie vor bei jeder sich bietenden Gelegenheit, die Aufhebung dieses Reverses verlangen.“⁴²⁵

Die Basis sollte nicht nur über den Revers diskutieren, sondern ihr sollte unaufhörlich und schonungslos der reformistische Kurs des ASB-Bundesvorstandes, der durch seine Arbeitsgemeinschafts-Gründungen mit bürgerlichen Organisationen offensichtlich geworden war, vor Augen geführt werden. Denn unter dem Deckmantel der Ersten-Hilfe-Leistung bei Unglücksfällen kollaborierte der ASB mittlerweile mit dem Roten Kreuz, mit nationalistischen Automobilorganisationen, Schützenvereinen und ähnlichen bürgerlichen Organisationen. Letztendlich sah man darin ein unterschwelliges Heranführen an Kriegsdiensthilfeeleistungen. Dem ersten Punkt des Reverses könnte man ja durchaus zustimmen, die Unterschrift sollte jedoch verweigert und die Nichtak-

⁴²⁰ Modifizierte Form: ebenda, Blatt 136.

⁴²¹ Ebenda, Blatt 208.

⁴²² Modifizierte Form: ebenda, Blatt 136.

⁴²³ Ebenda, Blatt 208.

⁴²⁴ Eine ähnliche Vorgehensweise wurde auch gegenüber den oppositionellen Arbeitersportlern, wenn sie in den neugegründeten, „neutralen“ Sport-Kartellen Mitglied werden wollten; vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 310/311.

⁴²⁵ Ebenda, Blatt 311.

zeptanz der anderen Punkte deutlich zum Ausdruck gebracht werden. Man wollte sich über die Zugehörigkeit zu politischen Parteien keinen Maulkorb verpassen lassen, sich nicht in die Rolle von Denunzianten hineintreiben lassen und verurteilte die Unterschrift als Angriff auf die Koalitionsfreiheit. Die Verweigerung der Unterschrift sollte mit einer Massenmobilisierung der Arbeiter-Samariter und der Arbeitersportler verbunden werden. Auf allen Bezirks-/Kreistagen des ASB und bei allen anderen Gelegenheiten sollte dieses Vorgehen immer wieder veröffentlicht und angeprangert werden mit der Intention, die Aufhebung des Reverses zu erwirken. Dort, wo die Opposition in der Minderheit sei, sollte der Revers unterschrieben werden, um sich die Möglichkeit einer Einflussnahme nicht vollends zu verbauen und dem Bundesvorstand keine Gelegenheit zu geben, auf die verbliebenen Mitglieder noch stärker als bisher Einfluss auszuüben.

Die erzwungenen Zugeständnisse machten Übertritte von PGD-Samaritern in den ASB in beträchtlichem Ausmaß möglich. So lösten sich ganze PGD-Gruppen, beispielsweise in Neukölln, vollständig auf und traten in den ASB über, „so daß alle die Dienstanforderungen ab sofort an den ASB zu stellen seien.“⁴²⁶ Auch in Berlin-Prenzlau war die PGD-Ortsgruppe übergetreten, ebenso hätte die Gruppe in Reinickendorf dem Übertritt zugestimmt, ähnliche Bestrebungen gäbe es in Spandau und Fürstenwalde.⁴²⁷ 1926 waren von der Kolonne Groß-Berlin ca. 80 Mitglieder in den ASB übergetreten.⁴²⁸ In Berlin-Brandenburg waren mehrere PGD-Kolonnen bereits in den ASB übergetreten.⁴²⁹ Die PGD-Gruppe Rudolstadt ging im August 1926 in den ASB über.⁴³⁰

Aber nicht überall ging die „Verschmelzung“ widerspruchlos vonstatten. In der PGD-Gruppe Weimar gab es offenbar Differenzen unter den Mitgliedern, denn ein Teil wollte die PGD-Gruppe als selbstständige Ortsgruppe weiter bestehen lassen. Die zum Übertritt bereiten Kommunisten taten sich mit der Un-

⁴²⁶ Ebenda, Blatt 252.

⁴²⁷ Vgl. ebenda, Blatt 195.

⁴²⁸ Vgl. ebenda, Blatt 250.

⁴²⁹ Vgl. ebenda, Blatt 259.

⁴³⁰ Vgl. ebenda, Blatt 263.

terschreibung des Reverses allerdings schwer. „Diese Unterschrift wurde von der Mehrzahl verweigert, nur zwei Kommunisten sind zum A.S.B. übergetreten“. Dennoch hatte sich im September 1926 die Ortsgruppe nach Verhandlungen mit dem ASB endgültig aufgelöst und sich mit diesem zusammengeschlossen.⁴³¹

Offenbar tat sich die Ortsgruppe des PGD in Jena ebenfalls schwer, der Anweisung des Zentralkomitees der KPD widerspruchslos nachzukommen.⁴³² Im November 1926 wurde berichtet, daß diese noch nicht angeschlossen war. Der hauptsächliche Widerstand kam von dem Vorsitzenden Grosse, der der „Korso-richtung“ angehörte, von daher der Bezirksleitung sowieso unbequem war und wegen seines Verhaltens in der „Verschmelzungsfrage“ aus der KPD ausgeschlossen wurde. Daraufhin habe er „mit etwa acht Mann eine neue Sanitätsgruppe gebildet. Er betätigt sich mit dieser bei der Ortsgruppe des RFB in Jena. Die Einigungsverhandlungen werden seitdem mit dem jetzigen Vorsitzenden der Ortsgruppe des PGD, Hugo Book, = Jena weitergeführt“.⁴³³ Im Dezember 1926 trat auch die PGD-Ortsgruppe Jena mit 15 Mitgliedern einzeln in den ASB über. Damit waren im Juni 1926 sämtliche PGD-Gruppen aus Thüringen zum ASB übergetreten.⁴³⁴

Die Ortsgruppe Mannheim mit ca. 100 Mitgliedern hatte versucht, mit der Ortsgruppe des ASB zu verschmelzen. Allerdings sei dieses Ansinnen seitens des ASB abgelehnt worden.⁴³⁵ Dort hatte die Anweisung der Zentrale der KPD, den PGD aufzulösen und zum ASB überzutreten, zu heftigen Differenzen zwischen der Bezirksleitung der KPD und der Bezirksleitung des PGD geführt.⁴³⁶ Die letztere leistete der Aufforderung keine Folge.

„Die Ortsgruppe Mannheim des PGD. hat sich dem korporativen Übertritt zum ASB. widersetzt. Der ASB. war seinerseits zur Aufnahme nicht bereit. Die Ortsgruppe Mannheim

⁴³¹ Vgl. ebenda; vgl. auch ebenda, Blatt 266.

⁴³² Vgl. ebenda, Blatt 263.

⁴³³ Ebenda, Blatt 269.

⁴³⁴ Vgl. ebenda, Blatt 272.

⁴³⁵ Der PGD Heidelberg hätte nie besondere Bedeutung erlangt und sei in den letzten Jahren nicht mehr an die Öffentlichkeit gelangt; ebenda, Blatt 254.

⁴³⁶ Vgl. ebenda, Blatt 273.

des PGD. zählt noch etwa 40 Mitglieder. In letzter Zeit hat sie an den von der KPD. bzw. RFB. veranstalteten Kundgebungen nicht mehr teilgenommen.“⁴³⁷

Am 1.12.1926 existierte vom ehemaligen PGD nur noch die Ortsgruppe Mannheim.⁴³⁸

Im V. Kreis (Rheinland) des ASB wurde Protest laut, da von den Übergetretenen „eine Karenzzeit für die Übernahme von Funktionen verlangt wird“.⁴³⁹ In Köln galt der PGD als aufgelöst. „Den Sanitätsdienst bei kommunistischen Veranstaltungen versieht jetzt die Arbeiter-Sanitäts-Kolonne, deren Bundesleiter (gemeint ist offenbar die Bundesleitung des ASB, d.A.) zwar als einwandfrei zu bezeichnen ist, deren Mitglieder aber grösstenteils der KPD. nahe stehen.“⁴⁴⁰ Bis auf die linkssektiererische Strömung unter Lieske waren reichsweit bis Ende 1926 alle PGD-Gruppen übergetreten.⁴⁴¹

Die Schwierigkeiten, denen sich die PGD-Samariter in ihrem Kampf um Einflussnahme ihrer revolutionären Positionen auf den ASB ausgesetzt sahen, legte anschaulich der Kommentar einer Ausgabe der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ dar. Die Einheitsbestrebungen würden im Wesentlichen durch zwei Faktoren erschwert: Erstens hätte eine „kleine reformistische Funktionärsgruppe in der Bundesleitung und in der Berliner Kolonne des Arbeiter-Samariter-Bundes dem Versuch des Uebertritts geschlossener PGD.-Abteilungen hartnäckigen Widerstand entgegen“ gesetzt, da sie eine unkalkulierbare Einflussgröße durch die „Aufnahme einiger hundert klassenbewußter Samariter“ auf die reformistische Ausrichtung des Bundes befürchteten. Die Neutralitätspolitik empfänden sie umso stärker gefährdet, sollten die Neuhinzugekommenen auch noch Funktionen erhalten. Deshalb hätte diese „reformistische Funktionärsgruppe“ die Aufnahme vollständiger Kolonnen zu sabotieren versucht, die o. a. Reverse ver-

⁴³⁷ Ebenda.

⁴³⁸ Vgl. ebenda.

⁴³⁹ Ebenda, Blatt 136.

⁴⁴⁰ Ebenda, Blatt 296.

⁴⁴¹ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 94.

fasst sowie die Herausgabe von Armbinden bzw. das Ausstellen von Mitgliedsbüchern verzögert.⁴⁴²

Der andere, die Wiederaufnahme erschwerende Faktor bestünde in dem Wirken des „früheren Parteigenossen Bruno Lieske“. Dieser habe nicht nur die Sanitätsdienstleistung anlässlich des RFB-Reichstreffens, das Pfingsten 1926 in Berlin stattfand, mit der Begründung verweigert, der RFB habe sich deshalb sowohl an den PGD als auch an den ASB gewandt. Obendrein hätte er in die von ihm dominierten Kolonnen systematisch alle die Mitglieder und Abteilungen ausgeschlossen, „die für die Verschmelzung eintraten; darunter Dutzende von Kommunisten.“ Bei der stärksten Berliner Abteilung, die sich hinter die Bundesvorstandsbeschlüsse gestellt hätten, sei auf seine Veranlassung hin sogar Sanitätsmaterial im Werte von mehreren 100 Mark gestohlen worden. Obwohl es ihm gelungen sei, mit diesen Methoden etwa ein Drittel der PGD-Mitglieder an sich zu ziehen und dadurch die Organisation zu spalten, würde dies letztendlich nur zu einer „eigenbrötlerischen Isolierung“ führen.⁴⁴³

Angesichts der bevorstehenden Kreistage des ASB begann ab Dezember 1926 die KPD mit ihren Angriffen auf die von Kretschmar repetitiv eingeforderte Neutralitätsverpflichtung. In ihren Publikationen konfrontierte sie ihn damit, dass er sich nur ungenau festlege, indem er versprach, bei seines Erachtens republikfeindlichen Organisationen wie der Jungdo, beim Wehrwolf und anderen republikfeindlichen Organisationen keinen Dienst leisten zu wollen. Was wäre, wenn Anforderungen seitens der Deutschen Volkspartei, des Katholischen Jünglingsvereines oder bürgerlicher Sportorganisationen kämen? Denn durch die Teilnahme an Veranstaltungen bürgerlicher Rettungsgesellschaften im Umfeld des Roten Kreuzes habe sich der ASB faktisch schon opportunistisch verhalten.⁴⁴⁴

⁴⁴² Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 250.

⁴⁴³ Ebenda.

⁴⁴⁴ Ebenda, Blatt 270.

III.7. Der ASB in der Weimarer Zeit

III.7.1. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik

Von Oktober bis November 1918 fungierte Prinz Max von Baden etwa einen Monat lang als letzter Kanzler des deutschen Kaiserreichs. Am 9.11.1918 verkündete er eigenmächtig, der Kaiser habe abgedankt, und übertrug sein Amt dem Führer der Sozialdemokraten, Friedrich Ebert. Nach Ende der Novemberrevolution konstituierte sich am 31.7.1919 die Weimarer Nationalversammlung⁴⁴⁵. Dies führte zu einem bürgerlich-demokratischen Regierungssystem mit 18 Ländern (Staaten) und Preußen unter Beteiligung der (Mehrheits-)SPD⁴⁴⁶. Dem Reichspräsidenten wurde durch die Möglichkeit der Notstandsverordnung und der Obergewalt über das Militär die letztendliche Machtbefugnis überlassen. Von 1919 bis 1925 bekleidete Friedrich Ebert diese Funktion. Inzwischen war die Macht der Industrie und des Militärs schon längst wieder hergestellt und in der Weimarer Verfassung verankert.

Die Geschichte der Weimarer Republik lässt sich in drei Abschnitte gliedern. Die Krisenjahre von 1919 bis 1923 mit den Problemen der unmittelbaren Kriegsfolgen, einer Hyperinflation sowie zahlreichen Umsturzversuchen und politischen Morden. In der zweiten Phase von 1924 bis 1929 erlebte sie eine Zeit relativer Stabilität, wirtschaftlicher Erholung sowie außenpolitischer Anerkennung und Wertschätzung. Die Weltwirtschaftskrise ab Ende 1929 und der

⁴⁴⁵ Zuvor bestand das höchste Regierungsgremium aus dem „Rat der Volksbeauftragten“, der am 10. November 1918 gebildet wurde. In der Übergangszeit vom Kaiserreich zur Weimarer Republik kontrollierte dieser die Regierungsmitglieder. Er bestand zunächst aus drei (gemäßigten) Mehrheitssozialdemokraten und drei (radikaleren) Unabhängigen Sozialdemokraten.

⁴⁴⁶ Bei den Wahlen lag die Wahlbeteiligung bei 83,0%, insgesamt konnten ca. 37 Mio. Wähler ihre Stimme abgeben. Die SPD wurde stärkste Partei mit 37,9% und 163 Sitze, gefolgt vom katholischen „Zentrum“ mit 19,7% und 91 Sitzen und der „Deutschen Demokratischen Partei“ mit 18,5% und 75 Sitzen. Diese drei Parteien bekannten sich zur Republik und bildeten die sogenannte Weimarer Koalition. In Mitteldeutschland schnitt die USPD überdurchschnittlich gut ab, in Ostelbien die DNVP. Vgl. Lehnert 2009, S. 140.

Aufstieg der Nationalsozialisten ab 1930 führten schließlich zu ihrem Untergang.

Im Frühjahr 1919 war es in allen Teilen Deutschlands, insbesondere in den industriellen Ballungszentren, zu Generalstreiks gekommen, die die Verteidigung und den Ausbau der Errungenschaften der Novemberrevolution, wie die Einführung des Achtstundentages, zum Inhalt hatten. In Bremen und München entstanden Räterepubliken. Beim Spartakusaufstand⁴⁴⁷ in Berlin vom 5. bis 12.1.1919 kam es zu erbitterten bewaffneten Kämpfen, deren Niederschlagung die revolutionäre Situation faktisch beendete.

Die (M)SPD verbündete sich mit dem Militär (Ebert-Gröner-Pakt) und erzwang die Niederschlagung dieses Aufstandes. Mit der blutigen Niederwerfung des Spartakusaufstandes und der Münchner Räterepublik durch die von Gustav Noske⁴⁴⁸ um den Jahreswechsel 1918/19 rekrutierten rechtsnationalistischen Freikorps bis Mitte 1919 setzten sich die Mehrheitssozialdemokraten durch. Wegen seines Vorgehens gegen die Linke erhielt der spätere erste Reichswehrminister der Weimarer Republik Gustav Noske den Beinamen „Bluthund“.⁴⁴⁹ Unter seiner politischen Verantwortung standen zahlreiche Morde, die von den Freikorps an vielen bekannten und unbekanntem, auch vermeintlichen Revolutionären begangen wurden, darunter der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15.1.1919, ausgeführt von Freikorpsmitgliedern unter Führung von Waldemar Pabst.

⁴⁴⁷ Auslöser war die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) durch den Rat der Volksbeauftragten unter Führung Friedrich Eberts am 4. Januar 1919. Eichhorn war rechtmäßig vom ersten Rat der Volksbeauftragten als Abgeordneter der provisorischen Reichsregierung ernannt worden. Er hatte sich bei den Weihnachtsunruhen am 24. Dezember 1918 aber geweigert, gegen die im Berliner Schloss einquartierte Volksmarinedivision vorzugehen und die ihm unterstehende Sicherheitswehr einzusetzen. Seitdem betrachtete ihn Ebert als unzuverlässig. Vgl. ebenda.

⁴⁴⁸ Die drei USPD-Vertreter (Hugo Haase, Wilhelm Dittmann, Emil Barth) hatten den sechsköpfigen Rat der Volksbeauftragten am 29. Dezember 1918 aus Protest gegen Eberts Vorgehen bei den Weihnachtsunruhen verlassen; an ihrer Stelle wurden die (M)SPD-Mitglieder Gustav Noske und Rudolf Wissell in den Rat der Volksbeauftragten einberufen. Vgl. ebenda.

⁴⁴⁹ Diesen hatte er sich im Grunde selber gegeben, als er bei der Anforderung, die Revolution niederzuschlagen, sagte: „Einer muss den Bluthund abgeben“.

1920 besiegten die Arbeiter durch Generalstreiks und bewaffnete Kämpfe die Kapp-Putschisten, die Reichsregierung floh. Es folgte eine Welle von Streiks und Massenkundgebungen gegen die Cuno-Regierung im Rahmen der Ruhrgebiets-Besetzung. Zuvor jedoch mobilisierte der Putschversuch von Wolfgang Kapp („Kapp-Putsch“) und Walther von Lüttwitz im Frühjahr 1920 noch einmal die Kräfte der Linken im ganzen Reich: Spontane Massenstreiks führten zum Generalstreik, dem sich freie Gewerkschaften, SPD, USPD und KPD anschlossen, um gemeinsam die Republik zu retten, und führten zur Eroberung des Ruhrgebiets durch die „Rote Ruhrarmee“. Doch sobald die rechtsnationalistischen Putschisten aufgegeben hatten und der Generalstreik beendet war, verbündete sich die SPD erneut mit den zuvor abtrünnigen Reichswehrverbänden und Freikorpseinheiten und ließ diese in das von den aufständischen Arbeitern besetzte Ruhrrevier einrücken. Bei den bürgerkriegsähnlichen Kämpfen während des „Ruhraufstandes“ kamen etwa 2.000 Arbeiter und 372 gegenrevolutionäre Soldaten ums Leben.

Im Oktober 1923 ging Ebert mit der Reichswehr gewaltsam gegen die rechtmäßig gewählte sozialdemokratisch-kommunistische Regierung in Sachsen und Thüringen vor und setzte diese ab. Jene Jahre wurden von Ausnahmezuständen und weißem Terror bestimmt. Im November 1923 schied die SPD aus der Reichsregierung aus.

Der Ruhrkonflikt⁴⁵⁰ führte zur Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen, was die wirtschaftliche Verschlechterung und den sozi-

⁴⁵⁰ Die Weimarer Republik war durch den Versailler Vertrag von 1919 verpflichtet, Reparationen an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs zu leisten. Vor allem der französische Ministerpräsident und Außenminister Poincaré bestand im wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interesse Frankreichs auf eine kompromisslose Erfüllung der Bestimmungen des Versailler Vertrages. Aufgrund von Verzögerungen der Lieferungen rückte mehrfach französisches Militär in unbesetztes Gebiet ein. Am 8. März 1921 besetzten französische und belgische Truppen die Städte Duisburg und Düsseldorf in der entmilitarisierten Zone. Mit der Besetzung dieses Gebietes sicherte sich Frankreich eine Ausgangsbasis für eine mögliche Besetzung des gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebiets.

alen Abstieg der Bevölkerung potenzierte.⁴⁵¹ So betrug die deutsche Industrieproduktion im Jahre 1923 47% der Produktion von 1913. Von Arbeitslosigkeit waren im unbesetzten Teil Deutschlands 260.000 und von Kurzarbeit 380.000 Werktätige betroffen.⁴⁵² Nachdem im November 1923 die Inflation ihren Höhepunkt erreichte, führten die anschließenden Maßnahmen – Währungsreform 1923, Dawes-Plan 1924, Verträge von Locarno und Eintritt in den Völkerbund 1926 – in den Folgejahren zu einer relativen politischen Beruhigung und ökonomischen Stabilisierung in Deutschland. Die durch den Dawes-Plan gestützte Wirtschaft begann zu boomen, hatte aber auch ihren Preis. Die Arbeitsintensität wurde durch Rationalisierungsmaßnahmen und Erhöhungen des Arbeitstempos bei hoher Arbeitszeit von durchschnittlich 48 Stunden pro Woche gesteigert, das Lohnniveau blieb dennoch niedrig, Arbeitslosigkeit wuchs.⁴⁵³

Die Verhältnisse der Weimarer Republik wurden von der KPD, den Konservativen und von dem rechten Teil des Bürgertums abgelehnt. Anhänger gab es vor allem bei der SPD und einigen Teilen des Bürgertums. Damit wurde die Republik „hingenommen“, aber nicht „angenommen“, sie verfügte somit über keine guten Startbedingungen. Gegenüber dem Volk und der organisierten Arbeiterschaft schuf die Weimarer Verfassung eine Reihe bürgerlich-demokratischer Rechte, die sich von den sozialistischen Forderungen und Ergebnissen der November-Revolution zwar weit unterschieden, aber Teilzugehörigkeiten enthielten: Volksentscheide und Volksbegehren erhielten eine legitime Grundlage, das Betriebsarbeiterrätegesetz wurde eingeführt, ebenso Rechte wie Versammlungsfreiheit, freie Meinungsäußerung, Unversehrtheit der Wohnung, Postgeheimnis, Fall der Prozentklausel, Versammlungsfreiheit und Parteienbildung (Koalitionsfreiheit) etc.

⁴⁵¹ Die deutsche Schwerindustrie verlangte mindestens 50% Beteiligung am lothringisch-rheinisch-westfälischem Berg- und Hüttenkonzern, in dem die französischen Konzernherren 60% besaßen. Durch die anschließenden Verzögerungen der Reparationsleistungen wurde der Grund zur militärischen Besetzung geliefert.

⁴⁵² Vgl. Moschke 1977 (2), S. 101ff.

⁴⁵³ Die Arbeitslosigkeit pendelte zwischen 8,3% 1925 und 14,6% 1929, entsprechend verhielt sich der Anteil der Kurzarbeit.

Die SPD spaltete sich in (M)SPD und USPD. Die (M)SPD war reformistisch geprägt, lehnte eine Revolution ab und wollte eine parlamentarische Demokratie, den „Volksstaat“. Die USPD strebte ein durch die sozialistische Revolution erkämpftes Räte-System an.

1929 wurde Deutschland nach den USA von der Weltwirtschaftskrise am härtesten betroffen. Aus der Reichspräsidentenwahl 1925 ging Paul von Hindenburg als Sieger der Kandidaten der im „Reichsblock“ zusammengeschlossenen Rechtsparteien hervor. Die nationalen Kräfte nutzten die große Popularität des 78-jährigen Kriegshelden, um an der Schaltstelle der Macht einen Mann zu positionieren, der zwar als Anhänger der Monarchie, aber keinesfalls als stabilisierender Faktor der Demokratie galt. Nach der Regierungsbeteiligung der DNVP vollzog sich damit ein weiterer Schritt der Republik nach rechts. Durch die von ihm 1930 erlassenen Notverordnungen wurden wechselnde bürgerliche Regierungen (Brüning, von Papen, von Schleicher) gebildet, die ausschließlich mithilfe von Notverordnungen regierten, deren Beschlüsse wie Gehaltssenkungen, Steuererhöhungen etc. die soziale Lage der Arbeiter zusätzlich verschärfen und zu anhaltenden Streikämpfen vor allem in industriellen Ballungsgebieten führten. Das Ende der Weimarer Republik wurde von der Politik des sog. Präsidialkabinetts bestimmt. Diese konnten die demokratischen Prinzipien aushebeln und Reichskanzler und Reichspräsidenten fast uneingeschränkt herrschen lassen. Die folgenden Jahre führten zu einer erneuten Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterschaft. Die rasante Geldentwertung führte zu einem Lohnniveauabfall auf bis zu zwei Drittel des Vorkriegsstandes, die Hungerjahre kamen. Das Schmelzen der Sparguthaben ließ den Mittelstand ebenfalls verarmen. Eine erste Welle von Kündigungen ausländischer Kredite war die Folge. Auch dies verschärfte die Wirtschaftskrise weiter. Bei sinkenden Steuereinnahmen und gleichbleibenden Kriegslasten (Reparationen, Kriegsrenten) konnte der Reichshaushalt nur durch massive Steuererhöhungen und Lohnkürzungen ausgeglichen werden. Die Kriegslasten betragen 1930 insgesamt 47,5% des ordentlichen Reichshaushalts. Die abbröckelnde Binnennachfrage verstärkte die Wirtschafts- und Sozialkrise, zumal die Reichsregierung im Verlauf des Jahres 1930 mehrfach neue Steuern erhob, um die Staatsaufgaben erfüllen zu können.

Am Ende der Weimarer Republik im Jahr 1933 zählte man insgesamt 6 Mio. offizielle Arbeitslose, dies entsprach einer Quote von etwas mehr als 30%. Nur noch 12 Mio. Menschen arbeiteten regulär. Viele lebten am Existenzminimum.

1928 ging die SPD wieder eine Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition ein, die bis Ende 1930 währte. Durch die Rolle Eberts, Noskes und Scheidemanns während der Zeit der Novemberrevolution und ihrer Niederschlagung musste sie sich den bis in die Gegenwart reichenden Vorwurf, die Revolution einschließlich ihrer eigenen Parteianhänger verraten zu haben, gefallen lassen. „Wer hat uns verraten: Sozialdemokraten!“ Sie stellte zwar bis 1932 die stärkste politische Kraft dar, war aber nur zeitweilig in der Regierungsverantwortung. In der einzigen vollen Legislaturperiode bis 1928 befand sie sich in der Oppositionsrolle. Von 1928 bis 1930 war sie Mitglied der Großen Koalition im Kabinett Müller II unter dem SPD-Vorsitzenden Hermann Müller, während sie in Preußen mit Otto Braun von 1920 bis 1932 fast durchgehend den Ministerpräsidenten stellte.⁴⁵⁴

Inhaltlich war die SPD bemüht, den Spagat zwischen staatspolitischer Verantwortung und sozialistischer Programmatik aufrechtzuerhalten. Sie versuchte als „konstruktive Opposition“, ihren Einfluss auf die Reichspolitik zu wahren, da sie fürchtete, durch häufige Regierungsbeteiligungen noch mehr enttäuschte Arbeiter-Wähler an die KPD zu verlieren. Ihre soziale Basis während der Weimarer Republik stellten vor allem die gewerkschaftlich organisierten Facharbeiter dar. Dies hatte zu einem Wählerrückgang von ursprünglich 37,9% (Wahl zur Nationalversammlung 1919 vor der Abspaltung der USPD-Mitglieder) auf unter 20,4% (Reichstagswahl 1932) geführt. Sie hatte es nicht geschafft, ihre Anhängerschaft über das traditionell sozialdemokratische Milieu hinaus zu vergrößern.⁴⁵⁵

Die Tolerierungspolitik der SPD-Reichstagsfraktion gegenüber der Regierung Brüning (1930- 1932) führte vor allem bei Teilen der Parteijugend und beim linken Parteiflügel zu anwachsender Kritik an Partei- und Fraktionsführung und

⁴⁵⁴ Vgl. Lehnert 2009.

⁴⁵⁵ Vgl. Gietinger/Roth, Teil 1, 2007.

mündete 1931 in der Abspaltung eines Teils der Parteilinken, welche sich als Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) formierte.⁴⁵⁶ Die SPD schloss sich mit Teilen der Gewerkschaften zur scharf antikommunistisch und antinationalsozialistisch ausgerichteten „Eisernen Front“ zusammen. Nachdem die Einrichtungen der Partei bereits beschlagnahmt worden waren und ein großer Teil des Parteivorstandes emigriert war, stimmte am 17. Mai 1933 eine Rumpfgruppe der SPD-Reichstagsfraktion unter dem Druck von Morddrohungen für die außenpolitische Erklärung Adolf Hitlers.⁴⁵⁷

Auf der revolutionären Seite beschloss am 29. Dezember 1918 der Spartakusbund die Trennung von der USPD und die Gründung einer eigenen Partei. Dies geschah bereits einen Tag später am 30. Dezember im Festsaal des Berliner Abgeordnetenhauses, wo der bis zum 1. Januar 1919 andauernde Gründungsparteitag der KPD begann. Die Vereinigte Kommunistische Partei (VKPD) bekannte sich zur Kommunistischen Internationale⁴⁵⁸, erstrebte die Diktatur des Proletariats und das Rätssystem und baute ihre Organisation nach den Prinzipien eines demokratischen Zentralismus auf.

⁴⁵⁶ Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) war eine linke Abspaltung der SPD im Herbst 1931; sie entstand, als sechs Mitglieder der SPD-Reichstagsfraktion (Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, August Siemsen, Heinrich Ströbel, Hans Ziegler und Andreas Portune) wegen des Bruches der Fraktionsdisziplin ausgeschlossen wurden. Der neu gegründeten Partei schloss sich eine Minderheit des linken SPD-Flügels (darunter auch einige bekanntere Politikerinnen wie Anna Siemsen und Käte Frankenthal) und des Jugendverbandes SAJ, ein Teil der KPO um Paul Frölich, Jacob Walcher, August Enderle, August Ziehl und Heinrich Galm, einige Gruppen und Personen aus der Versöhnlerfraktion der KPD wie Heinrich Stahmer, die Rest-USPD um Theodor Liebknecht, der Sozialistische Bund von Georg Ledebour, die Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik um Fritz Küster, eine entristisch arbeitende Gruppe der Roten Kämpfer um Bernhard Reichenbach (1932 ausgeschlossen) sowie bekannte unabhängige marxistische Intellektuelle wie Fritz Sternberg an.

⁴⁵⁷ Am 22. Juni wurde der SPD ein Betätigungsverbot ausgesprochen, in den darauf folgenden Tagen lösten sich alle anderen Parteien mit Ausnahme der NSDAP selbst auf. Am 7. Juli hob die Verordnung zur Sicherung der Staatsführung des Reichsinnenministers Frick sämtliche SPD-Abgeordnetenmandate im Reichstag, in den Landtagen und Gemeindeparlamenten auf, am 14. Juli schließlich folgte das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“.

⁴⁵⁸ Seit 1919 war sie Mitglied der von Lenin, später von Stalin inhaltlich dominierten Kommunistischen Internationale (Komintern), die auch als „Dritte Internationale“ bezeichnet wird.

Damit war es zum tiefen und für die Zukunft bedeutungsvollen Bruch durch einen revolutionären und einen reformistischen Flügel der Sozialdemokratie gekommen.

Die Radikalisierung der deutschen Arbeiterschaft nach dem Ersten Weltkrieg hatte zur Stärkung der USPD geführt, deren linker Flügel sich dem Kommunismus näherte. Im Oktober 1920 spaltete sich die USPD, im Dezember schloss sich die linke USPD mit über 350.000 Mitgliedern, einem funktionierenden Parteiapparat und zahlreichen Tageszeitungen mit der knapp 80.000 Mitglieder zählenden noch schwachen Parteiorganisation der KPD zusammen, die dadurch zur Massenpartei wurde.⁴⁵⁹ In den ersten Jahren ihrer Existenz blieb die (V)KPD⁴⁶⁰ ohne breitere betriebliche Basis, was sich durch den Zusammenschluss jäh änderte, da die hinzugekommenen betrieblichen Obleute die bisherige Mitgliederstruktur der KPD nachhaltig umgestaltete.

Im Herbst 1923 bereitete die KPD einen revolutionären Umsturz vor, wobei sie sich am Muster der russischen Oktoberrevolution orientierte und einen bewaffneten Aufstand initiierte.⁴⁶¹ Doch nur in Hamburg kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen; der isolierte Aufstand wurde rasch niedergeschlagen. Damit war die letzte größere militärische Aktion der KPD in Deutschland zusammengebrochen. Es war ihr in ihrer ersten Phase nicht gelungen, durch einen Um-

⁴⁵⁹ Die zur proletarischen Massenpartei expandierte KPD konnte ihre Mitglieder- und Wählerschaft steigern (Mai 1928: 130.000 Mitglieder und 3,2 Mio. Wähler; Januar 1930: 133.000 Mitglieder; November 1932: 330.000 Mitglieder und 6 Mio. Wähler, 16,9% der Stimmen und damit 100 Reichstagsmandate).

⁴⁶⁰ Nach dem Zusammenschluss nannte sich die (V)KPD zwei Jahre später nur noch KPD.

⁴⁶¹ Der Hamburger Aufstand von 1923 war ein von der militanten Sektion der KPD in Hamburg, der KP Wasserkante, am 23. Oktober 1923 begonnener Aufstand. Der Versuch war unter militärischen Gesichtspunkten aussichtslos und endete bereits in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober. Es wurden 24 Polizeireviere gestürmt (17 in Hamburg, 7 in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein). Während des Aufstandes starben über 100 Menschen. Die genauen Details sowie die Einschätzung der Auswirkungen des Aufstandes sind bis heute umstritten. Obwohl die KPD in Hamburg zu dieser Zeit etwa 14.000 Mitglieder im Gebiet hatte, nahmen nur etwa 300 aktiv am Aufstand teil. Die genauen Beweggründe der kleinen Hamburger Gruppe unter Ernst Thälmann und Hugo Urbahns, die den Aufstand plante, sind bis heute nicht vollkommen geklärt. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Hamburger_Aufstand.

sturz an die Macht zu kommen. Die Partei wurde bis zum 1. März 1924 kurzzeitig verboten. Im Juli 1924 waren erste Ortsgruppen der Kampforganisation der KPD, der Rotfrontkämpferbund (RFB), gegründet und zu dessen Vorsitzendem im Februar 1925 Ernst Thälmann gewählt worden. Der Vorläufer einer paramilitärischen Organisation waren die sogenannten „Proletarischen Hundertschaften“. Sie entstanden zur Abwehr der rechtsextremen und faschistischen Bewegungen in den frühen 1920er Jahren. Vor allem aber sollten sie als paramilitärische Einheit eine Rolle für den revolutionären Umsturz, den sogenannten „Deutschen Oktober“ 1923 spielen.⁴⁶²

Ab 1921 entwickelte die KPD die „Einheitsfront“-Politik, die strategischer Bestandteil der Kommunistischen Internationale (Komintern) war.⁴⁶³ Das Ziel der „Einheitsfront“ beinhaltete die Kooperation von Kommunistischen Parteien mit vornehmlich sozialistischen, sozialdemokratischen Kräften und anderen organisierten Kräften der Arbeiterschaft. Die programmatische und organisatorische Eigenständigkeit der beteiligten Kräfte sollten auf jeden Fall erhalten bleiben: „Getrennt marschieren – vereint schlagen!“

⁴⁶² Die Mitglieder stammten sowohl aus Anhängern und Mitgliedern der KPD wie auch der SPD und den freien Gewerkschaften. Insgesamt verfügten sie über 50.000 bis 60.000 Mitglieder. Die Führung lag in den meisten Fällen allerdings bei Vertretern der KPD. Die Hundertschaften waren normalerweise nicht mit Schusswaffen ausgerüstet. Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Anhängern der NSDAP wurden Spazierstöcke, Holzlatten oder ähnliche Gegenstände verwendet. Allerdings verfügten die Hundertschaften für den Ernstfall über illegale Waffenlager. Für die Führung der KPD waren die Hundertschaften nicht nur Abwehrorganisationen gegen den Faschismus, sondern Einheiten zur Durchsetzung ihrer revolutionären Ziele. Die Komintern unterstützte die Organisation mit Geldmitteln sowie der Entsendung von Militärexperten.

⁴⁶³ Die Kommunistische Internationale (Komintern) verfolgte die Strategie der Einheitsfront seit ihrem III. Weltkongress von 1921, um die seit dem 19. Jahrhundert und besonders seit 1914/1918 bestehende ideologische und organisatorische Aufspaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Die mit der Umsetzung der Einheitsfrontlinie verbundene Losung war „*Heran an die Massen!*“ Durch den gemeinsamen Kampf für gemeinsame Ziele, für die unmittelbaren Interessen der Masse der lohnabhängig Beschäftigten (Arbeiterklasse), der Arbeiter, Arbeitslosen und städtischen und ländlichen Kleinbürger (arme Kleinbauern) sollte die Masse der Proletarier und „Halbproletarier“ von der praktischen Überlegenheit der revolutionären Methoden und Programmatik überzeugt werden.

Als Konsequenz fanden 1922 in Berlin Verhandlungen der Komintern mit Vertretern anderer Linksparteien statt. Auf dem IV. Weltkongress wurde diese Linie 1922 offiziell bestätigt. Ab 1925 wurde diese Richtung zunehmend von der Sozialfaschismusthese, die von den der Kommunistischen Internationale (Komintern) angeschlossenen kommunistischen Parteien zwischen 1928 und 1934 vertreten wurde, beeinflusst. Diese These fiel gerade bei den deutschen Kommunisten aufgrund der tiefen Kluft gegenüber der Sozialdemokratie, die in dieser Radikalität in keinem der anderen westlichen Industriestaaten festzustellen war, auf fruchtbaren Boden. Die These wurde vom 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) im Juli 1929 formell bestätigt; die Sozialdemokratie war demnach eine bloße Variante des Faschismus und jegliche Einheitsfront der kommunistischen Parteien mit den sozialdemokratischen daher unzulässig.⁴⁶⁴ In der Periode bis 1928 wandelte sich die KPD von einer „linksradikalen Arbeiterpartei“ mit innerer Demokratie in eine straff zentralisierte und disziplinierte Partei, in der die Führung mithilfe des hauptamtlichen Apparats allein bestimmte und – als Sektion der Komintern – die Politik entsprechend den Weisungen der Sowjetunion praktizierte, was zu kontinuierlichen Richtungskämpfen führte.⁴⁶⁵ Der XII. Parteitag der KPD im Juni 1929, der letzte in der Weimarer Republik, bestätigte diesen ultralinken Kurs, die nunmehr eine monolithische Organisation stalinistischen Typus geworden war. Zu einer Massenpartei wurde die KPD erst Ende 1929.

Zwar hielt sich die von Ernst Thälmann geführte stalinistische KPD nicht mit Aufrufen an die SPD-Basis zurück, eine Einheitsfront zu bilden. Doch sollte das als „Rote Einheitsfront“ genannte Bündnis als „Einheitsfront von unten“ (gegen die sozialdemokratische Führung) angelegt sein. Dadurch machte die

⁴⁶⁴ Erst auf dem 1935 stattfindenden VII. Weltkongress der Komintern wurde die „Sozialfaschismustheorie“ verworfen und die Volksfront (Einheitsfront) gegen den Faschismus propagiert. Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialfaschismusthese>.

⁴⁶⁵ Ende 1928 und Anfang 1929 wurden die rechten Kommunisten unter Brandler, Thalheimer, Frölich und Walcher ausgeschlossen, die „Versöhnler“ unter Ernst Meyer und Ewert verloren ihre führenden Funktionen.
Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Vers%C3%B6hnler>.

KPD praktisch den politischen Bruch der sozialdemokratischen Basis und ihrer opportunistischen Führung zur Vorbedingung einer Aktionseinheit.

Die Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik waren vielfältig. Sie dürften über die versäumte Demokratisierung von Justiz, Verwaltung und Militär in den frühen Jahren, institutionelle Mängel der Weimarer Reichsverfassung (z.B. Präsidialkabinette), Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er-/Anfang der 1930er-Jahre und dem Elend der Massenarbeitslosigkeit, das breite Wählerschichten den Nationalsozialisten in die Arme trieb, reichen. Das Scheitern lässt sich auch nicht ausschließlich am persönlichen Versagen einzelner Staatsträger oder an der charismatischen Anziehungskraft der „Führerfigur“ Hitler festmachen, denn Hitler und die Nationalsozialisten hatten um die Jahreswende 1932/1933 den Zenit der Wählerzustimmung bereits überschritten.

Die alten republikfeindlichen Eliten hatten willentlich die angeschlagenen parlamentarisch-demokratischen Institutionen zerstört, um einen obrigkeitlichen Staat zu (re-)installieren. Dies war ein gemeineuropäisches Phänomen der 1930er Jahre, in Deutschland gab es aber dennoch zwei Besonderheiten: Nirgendwo sonst waren die alten Werte des Kaiserreichs und die neuen republikanischen Werte zugleich so erschüttert worden wie im Nachkriegsdeutschland. Dies verringerte die Möglichkeiten eines liberal-konservativen Kompromisses. Und nirgendwo sonst war die Öffentlichkeit so weitgehend politisiert und radikalisiert worden wie hier. Dadurch war an eine stabile Regierung ohne breite Mehrheit nicht zu denken. Da die republikfeindlichen Parteien NSDAP, DNVP und KPD seit der Wahl im Juli 1932 zusammen deutlich mehr als 50% der Reichstagsabgeordneten stellten, war es fortan nicht mehr möglich, eine parlamentarisch-demokratische Mehrheitskoalition zu bilden. Die NS-Bewegung konnte angesichts der Krise der Jahre 1930 bis 1933 die ganze Dynamik einer totalitären Integrationspartei entfalten. Sie konnte sich zum Sprecher der Krisenängste eines guten Drittels aller Deutschen machen. Aber allein hätte sie die Republik nicht stürzen können.⁴⁶⁶

⁴⁶⁶ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Republik.

Bei der Linken hatten die Auswirkungen der Kämpfe nach der Novemberrevolution zu einer unversöhnlichen Haltung der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten geführt, die sie von einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Feinde der Republik abhielten. Die Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront unter Führung von KPD, SPD und Gewerkschaften kam deshalb nicht in dem erforderlichen Maße zustande.

III.7.2. Die Entwicklung des ASB zur Wohlfahrtsorganisationen während der Weimarer Jahre

Bei Kriegsende schien die ASB-Führung unter dem Druck der kriegsmüden, monarchiefeindlich-revolutionären Stimmung in der Bevölkerung zunächst an ihre traditionell sozialistischen Positionen anknüpfen zu wollen. Doch im Laufe der Etablierung des Weimarer Staates wandelte sie ihre Ausrichtung zu einer den bürgerlichen Staat mittragenden, integrativen Wohlfahrtsorganisation. Letztendlich erwies sich die anfängliche Radikalität des durch den Krieg arg geschrumpften ASB als ein taktisches Manöver in der Hoffnung, gegenüber dem Erzfeind Rotes Kreuz zur führenden Sanitätsorganisation aufzusteigen. Schließlich stellte die Bundesleitung die Weichen unverrückbar in Richtung eines reformistischen, die gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse akzeptierenden Kurses und orientierte sich damit an der politischen Haltung der Mehrheitssozialdemokratie in den folgenden 14 Jahren der Weimarer Republik.

Der ASB hatte sich nach Kriegsende programmatisch zum Ziel gesetzt, sich nicht nur gleichrangig neben den anderen Wohlfahrtspflegeorganisationen des entstehenden Weimarer Staates platzieren zu wollen, sondern die führende Stellung unter den Sanitätsverbänden der Weimarer Republik zu gewinnen.⁴⁶⁷ Denn dem seit 1923 amtierenden ASB-Vorsitzenden Kretzschmar war seitens der Behörden des Deutschen Reiches bei seinem Bemühen um finanzielle Unterstützung bedeutet worden, dass nur den staatlich anerkannten Wohlfahrtspflegeorganisationen Unterstützung zuteilwerden könne. „Was gegenüber dem „Roten Kreuz“ einem Teil von diesen Körperschaften möglich ist, muss in alter-

⁴⁶⁷ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 94.

erster Linie auch dem A.S.B. gegenüber möglich sein.“⁴⁶⁸ Um dieses Ziel zu erreichen, hielt es die ASB-Führung für absolut notwendig, sich gegenüber dem zahlenmäßig an Ausstattung und an traditierten Beziehungsverflechtungen zu Militär und staatlichen Behörden eindeutig überlegenen Roten Kreuz ideologisch unangreifbar zu machen. Denn dieses ließ keine Gelegenheit aus, den ASB vor allem wegen seiner klassenkämpferischen Wurzeln unentwegt zu attackieren.

Nach Kriegsende war dem Roten Kreuz aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrages zunächst die Ausübung jeglicher Aktivitäten verboten, da diese als kriegsunterstützende Maßnahme gewertet würden. Somit wurde ihm sein bisheriges, ausschließlich auf den Krieg ausgerichtetes Hauptbetätigungsfeld genommen. Gezwungenermaßen erweiterte es nun sein Aufgabenspektrum über den militärischen Sanitätsdienst hinaus. Es widmete sich einem neuen Bereich, dem sogenannten „amtlichen Sanitätsdienst“, der den Einsatz im zivilen Bereich, wie bei öffentlichem Notstand, Aufkommen von Seuchen oder inneren Unruhen etc., vorsah. Trotzdem hatte es aufgrund seines langen Bestehens als Organisation, seiner praktischen Sanitätserfahrung, wenn auch ausschließlich auf dem Kriegsfeld, und seiner Kontakte zu bürgerlich-monarchistischen Kreisen dem ASB gegenüber einen enormen Vorsprung. Das Rote Kreuz hat es überdies verstanden, die Zusammensetzung seines Funktionärskörpers fast vollständig so zu erhalten, wie er im kaiserlichen Deutschland bestand. „In ihm wimmelte es von Prinzen, Grafen, Exzellenzen und sonstigen Vertretern feudalkonserver Kreise.“⁴⁶⁹ Während die beiden wesentlichsten Organisationen der privaten Wohlfahrtspflege (der katholische „Caritas-Verband“ und die protestantische „Innere Mission“) den Landesregierungen unterstanden, unterstand das Rote Kreuz dem Reichsinnenministerium und bis 1921 dem Reichswehrministerium. Das Rote Kreuz konnte somit auf bewährte Kontakte sowohl zu militärischen wie auch zu zivilen Behörden zurückgreifen, denn diese hatten es über Jahrzehnte regelmäßig angefordert. Existenzielle Nöte waren dem Roten Kreuz unbekannt.

⁴⁶⁸ Der Arbeiter-Samariter 1922, 13. Jg. Nr. 9, S. 80.

⁴⁶⁹ Der Sanitäter 1927, 3. Jg. Nr. 1/2, S 1.

Diese über alle Maßen gut situierte Konkurrenzorganisation vor Augen forcierte die Leitung des ASB ihre Anstrengungen, das Außenbild des ASB möglichst unpolitisch erscheinen zu lassen, und war bereit, für diese Anpassung einen hohen Preis zu zahlen. Um „neutral“ dazustehen und somit in den Genuss materieller Zuwendungen und öffentlicher Anforderungen zu kommen, musste das Festhalten an die frühsozialistischen, klassenkämpferischen Positionen und Ziele aufgegeben und letztendlich verleugnet werden.⁴⁷⁰ Das Bestreben der Bundesleitung um öffentliche Anerkennung und Unterstützung erforderte es, unverdächtig zu erscheinen, was Widersprüche im politischen Selbstverständnis vieler proletarisch geprägter Arbeiter-Samariter geradezu heraufbeschwor. Diese Anpassungsstrebungen fielen je nach den regionalpolitischen Kräfteverhältnissen der Arbeiterparteien auf verschieden fruchtbare Böden. Aber auch in der Organisationshierarchie blieben diese Antagonismen nicht ohne Wirkung, was auf den zweijährig stattfindenden Bundestagen deutlich wurde.

Nicht wenige Arbeiter-Samariter hatten aktiv an den politischen Auseinandersetzungen der frühen Weimarer Jahre teilgenommen. Beispielsweise beteiligten sich Hamburger Arbeitersamariter am Sanitätsschutz während des bewaffneten Aufstandes im Oktober 1923⁴⁷¹, in Aachen nahmen Mitglieder des ASB am Kampf gegen den Separatistenputsch im November 1923 teil. Insgesamt wurden Ende 1923 120 ASB-Mitglieder wegen Zugehörigkeit zu verbotenen Parteien oder Teilnahme an politischen Aktionen der Arbeiterschaft bestraft, 1924 kamen 30 weitere hinzu.⁴⁷² 23 Kolonnen hatten Schwierigkeiten mit den Behörden. Es handelte sich dabei vorwiegend um Kolonnen aus Bayern, wo der Widerstand der Behörden gegen den ASB besonders stark war, und um solche

⁴⁷⁰ Labisch betont, dass Kretzschmar in seiner Politik gegenüber den Verbänden und Behörden nie die Herkunftsgeschichte und soziale Zuordnung des ASB als Organisation der bewussten Arbeiterschaft verleugnet habe, allerdings gab der ASB unter seiner Führung jede politische Perspektive auf, um sich nur noch auf die Hilfeleistung in der bestehenden Gesellschaft zu konzentrieren. Nach den Ursachen der Zustände zu fragen und deren Beseitigung zu kämpfen, sollte ausschließlich die Aufgabe der politischen Parteien sein. Labisch 1979, S. 163f.

⁴⁷¹ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 95.

⁴⁷² Vgl. ebenda, S. 103. Siehe auch Zeitzeugenbericht, Kap. IV, der Alt-Samariterin Lina Becker aus Hamburg-Harburg, die sich aktiv am Hamburger Aufstand beteiligt hatte.

aus Thüringen und Sachsen, wo Ebert durch die Reichswehr die Arbeiterregierungen niedergeschlagen hatte. In Sachsen, Thüringen und Bayern waren die bereits erwähnten Kolonnen wegen ihrer Zusammenarbeit mit den proletarischen Hundertschaften noch immer verboten, nahezu jede sechste Kolonne war Verfolgungen ausgesetzt.⁴⁷³

1921 fand der 5. ASB-Bundestag in Braunschweig statt.⁴⁷⁴ Die Delegierten hätten sich zur Frage der politischen Neutralität deshalb positiv bekannt, weil sie dadurch die Zusammenarbeit von organisierten und parteilosen Samaritern innerhalb des ASB für durchführbarer hielten.⁴⁷⁵ Auf dem gleichen Bundestag schieden die Mitglieder Fritzsche und Frankenstein aus dem Vorstand aus, die sich um gute Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der VKPD in Berlin bemüht hatten. Es verblieben die sozialdemokratisch-reformistisch orientierten Mitglieder Stein als Bundesvorsitzender, Voss als Bundeskassierer und Dr. Ahrensberg als Bundesarzt, wodurch die politische Richtungsentscheidung gefestigt wurde.⁴⁷⁶

Nach dem Krieg nahm der ASB rasch an Größe zu. Von Ende 1920 bis April 1921 verzeichnete er einen Zuwachs auf ca. 10.000 Mitglieder und 40 Kolonnen. Von Dezember 1922 zum Dezember 1923 erhöhte sich die Mitgliederzahl sogar von 25.854 auf 35.831, 210 neue Kolonnen kamen hinzu. Im Inflationsjahr 1923 verfügte der ASB über 45 Zelte, 1.525 Krankentragen und 145 fahrbare Tragen, das Kapitalvermögen schmolz jedoch durch die Inflation dahin.⁴⁷⁷ Die Mitglieder führten 10.600 Krankentransporte durch, leisteten in den Betrieben ca. 67.500mal Erste Hilfe und betreuten ca. 59.000 Unfallverletzte.⁴⁷⁸

⁴⁷³ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 103; vgl. auch *Der Arbeiter-Samariter* 1924, 15. Jg. Nr. 5, S. 30.

⁴⁷⁴ Der Braunschweiger Bundestag sollte eigentlich in Magdeburg stattfinden, aber „ausbrechende Unruhen verhinderten dieses. Noch in letzter Minute war es möglich, den Bundestag in Magdeburg unterzubringen, wo vor zehn Jahren der Bund gegründet wurde“. Ebenda.

⁴⁷⁵ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 95.

⁴⁷⁶ Vgl. ebenda.

⁴⁷⁷ Vgl. *Der Arbeiter-Samariter* 1924, 15. Jg. Nr. 5, S. 30.

⁴⁷⁸ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 103.

Ein immerwährendes Sorgenkind war durch den permanenten Ärztemangel vor allem zu Beginn der Weimarer Jahre gegeben. Zwar gab es Ausnahmen, wie z.B. in Dresden, wo die ASB-Kolonnen sogar von Ärzten gegründet wurde. Aber zumeist bekamen unterrichtsbereitwillige Ärzte Schwierigkeiten mit militärischen Dienststellen, da sie dort als Reserveoffiziere registriert waren. Beispielsweise musste die Woltershausener Konferenz des 1. ASB-Bezirks des IV. Kreises (Thüringen) mit „Entrüstung Kenntnis davon nehmen“, dass die Ärztekammer Magdeburg ihren Ärzten verbot, in den ASB-Kolonnen Ausbildungsunterricht zu erteilen.⁴⁷⁹ „Von den 13 Kolonnen haben leider nur sieben den Vorzug, von Aerzten ausgebildet zu werden, die übrigen helfen sich durch ältere, ausgebildete Samariter.“⁴⁸⁰ Viele Ärzte wandten sich auch deshalb vom ASB ab, weil dieser eine Vereinigung mit dem Roten Kreuz ablehnte und ein erkennbarer Ausbau zur Wohlfahrtspflegeorganisation zu wenig absehbar war.⁴⁸¹ In den ursprünglichen Statuten war für die Aufnahme einer Kolonne in den Bund der Nachweis eines sie unterstützenden Arztes bindend, auch behördlicherseits wurde die Zulassung einer Kolonne zum öffentlichen Sanitätsdienst davon abhängig gemacht. Die Ärzte waren notwendig für den Unterricht und nahmen die Prüfungen ab. Ihre politische Einstellung war überwiegend konservativ, sodass die Tendenz zur Zurückhaltung der politischen Einstellungen der Kolonnenmitglieder angesichts dieser Abhängigkeit schwer auszuhalten gewesen sein dürfte, aber opportun erschien. Während der Hamburger Gründungsphase stellten sich der Kolonne drei Ärzte zur Verfügung, die allesamt jüdischer Herkunft waren und anscheinend dem Stolz der nichtjüdischen Ärzte, sich mit Arbeitern abzugeben, nicht unterlagen.⁴⁸² Im Juli 1926 stellte der Ärztevereinsbund nach direkten Verhandlungen mit dem ASB-Vorstand seinen Mitgliedern frei, im ASB mitzuarbeiten. 1923 konnten dennoch 265 und 1924

⁴⁷⁹ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 80a. „Die Konferenz bedauert auf das lebhafteste diese schroffe Einstellung gegenüber dem nur der Allgemeinheit dienenden Organ, dem ASB. Vom Bundesvorstand wird erwartet, daß er die auf dem Ärztekongress gefaßte Resolution in allen Arbeiterzeitungen (Partei und Gewerkschaft) veröffentlicht, um die gesamte organisierte Arbeiterschaft auf diesen die Arbeiterschaft schwer schädigenden Unfug aufmerksam zu machen.“ Ebenda.

⁴⁸⁰ Ebenda.

⁴⁸¹ Vgl. Labisch 1979, S. 160f.

⁴⁸² Vgl. Schult 1967, S. 102.

318 Kolonnenärzte gewonnen werden.⁴⁸³ 1928 gab es sogar 1.263 ärztliche Unterstützer!⁴⁸⁴

Ab 1924 wandte sich der ASB verstärkt der Jugendfrage zu, nicht zuletzt da das Rote Kreuz durch die Gründung eigener Jugendabteilungen diesbezüglich schon tätig geworden war. Den Jugendabteilungen sollte eine möglichst große Autonomie innerhalb der Kolonne ermöglicht werden:

„Die Jugend-Abteilung ist eine Nebenabteilung der Hauptkolonne. Sie verwaltet sich vollständig selbst und ist für ihr Tun und Lassen der Hauptkolonne gegenüber verantwortlich...Der Unterricht der Jugend ist von der Kolonne getrennt zu halten...Der Jugendleiter hat Sitz und Stimme im Vorstand...Die Jugendgruppe ist berechtigt, zu den Bezirks- und Kreistagen einen Vertreter mit Stimmberechtigung zu entsenden.“⁴⁸⁵

Zu Ostern fand vom 10.4. bis 13.4.1925 in Berlin der 7. Bundestag statt. Zuvor wurde auf der Kreisleiterkonferenz vom 26. und 27.7.1924 in Berlin eine neue Satzung ohne Diskussion beschlossen und am 1.10.1924 bereits in Kraft gesetzt.⁴⁸⁶ Diese Konferenz führte eine zentrale Weichenstellung für die zukünftige Organisationsstruktur und politische Ausrichtung des Bundes herbei.

Noch gestattete die Kreisleiterkonferenz den Kontakt einzelner Kolonnen zur IAH. Um die Annahme der neuen Satzung nicht zu gefährden, beschloss aber die Gesamtkonferenz wegen der angeblich einseitigen kommunistischen Orientierung den Austritt.⁴⁸⁷ Die Vereinigungsverhandlungen mit dem PGD wurden

⁴⁸³ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 107.

⁴⁸⁴ Vgl. Labisch 1979, S. 161. Labisch schreibt, dass erst im Juni 1928 „die Ärzte ... aufgefordert (wurden, d.A.), sich Sanitätskolonnen jeder Art zur Verfügung zu stellen.“ Ebenda. Moschke gibt als Zeitpunkt den Juni 1926 an, an dem den Ärzten die Entscheidung über ihre Mitarbeit anheimgestellt wurde, nachdem der Ärztevereinsbund in direkte Verhandlungen mit dem ASB-Vorstand getreten war. Vgl. Moschke 1977 (2), S. 107.

⁴⁸⁵ Der Arbeiter-Samariter 1924, 15. Jg. Nr. 6, S. 41.

⁴⁸⁶ Vgl. Labisch 1979, S. 156ff.; vgl. Moschke 1977 (2), S. 108ff.

⁴⁸⁷ Dennoch liegt dem Autor ein Beitrittsgesuch (!) des ASB-Bundesvorstandes Chemnitz vom März des gleichen Jahres vor:

„Beitritt des Arbeiter-Samariter-Bundes mit 35 000 Mitgliedern zur I.A.H., Chemnitz den 1. März 1924.

An die Geschäftsstelle der Internationalen Arbeiterhilfe, B e r l i n , Unter den Linden 11. Werte Genossen!

endgültig für beendet erklärt. Gleichzeitig wurden Richtlinien für die Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gefordert, um die Verbindung mit diesem zu festigen.⁴⁸⁸ Im Mai 1924 wurde der Rote Frontkämpferbund durch die KPD gegründet. Das Verhältnis zu ihm blieb auf dieser Konferenz zunächst offen.⁴⁸⁹ Das neue Organisationsstatut machte den Bund rechtsfähig und ermöglichte eine zentrale Führung. Es konnte jederzeit den Behörden als ein organisationsrepräsentierendes Dokument vorgelegt werden. Fortan war der ASB ein eingetragener Verein mit einer zentralistisch-hierarchischen Organisationsstruktur. Bisher bestand ein föderalistischer, loser Zusammenschluss als Ortsvereine, die als Kolonnen arbeiteten, über eigene Statuten verfügten und regionale Linksmehrheiten ermöglichten. Damit wurde den einzelnen Kolonnen ihre bisherige Möglichkeit, die politische Ausrichtung selbstständig und an den gegebenen Verhältnissen auszurichten, genommen. Die übergeordneten Gremien waren nun legitimiert, auf die Tätigkeit und politische Ausrichtung der einzelnen Kolonnen direkten Einfluss zu nehmen. Ab 1924 gliederte sich der ASB in Kolonnen, Bezirke (die besonders große Kreise beinhalteten), Kreise, Bundesausschuss bzw. Bundesvorstand. Das Vermögen der Kolonnen und ihre Ausrüstungen wurden Eigentum des Bundes, fixe Beiträge sollten von nun an

Der Arbeiter-Samariter-Bund hat in seiner letzten Vorstandssitzung beschlossen, der I.A.H. korporativ beizutreten. In Chemnitz, dem Sitz unseres Bundes, sind wir bereits dem Ortsausschuss angeschlossen. Unser Bund zählt zurzeit 590 Kolonnen mit ca. 35 500 Mitgliedern.

Wir würden uns in den einzelnen Kolonnen praktisch beteiligen an der Arbeit, sei es in bezug auf die Küchenarbeit, die Alters- oder Kinderhilfe. Wir erkennen die Not der Arbeiterschaft aus eigener Anschauung am besten und würden demzufolge unsere Mitglieder in der Lage sein, in ihrer Organisation segensreich mitarbeiten zu können. Wir ersuchen Sie, uns Mitteilung zugehen zu lassen, ob der korporative Anschluss erwünscht ist und zugleich die Bedingungen für den Beitritt unserer Ortskolonnen, evtl. auch Richtlinien, wie sie glauben, dass wir uns im Interesse der I.A.H., betätigen können.

Ihrer gefl. Zuschrift sehen wir entgegen und zeichnen mit freiem Samaritergruss (Unterschrift).“

Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 70.

⁴⁸⁸ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 108ff., und auch Schwartz 1971, S. 347. Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ war eine bürgerlich-demokratische Massenorganisation, die am 22.2.1924 zum Schutz der Weimarer Republik durch die Sozialdemokratie gegründet worden war.

⁴⁸⁹ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 108.

regelmäßig an den Bund abgeführt werden. Die Finanzierung der Bezirke wurde den Kreisen auferlegt. Bundestag und Kreisleiterkonferenz wurden vom Bundestag einberufen. Jedem Bundestag ging von nun an eine Kreisleiterkonferenz voraus. Auf dem ein Jahr später stattfindenden Bundestag wurden die Beschlüsse der Kreisleiterkonferenz in der Regel bestätigt. Die Kreisleiterkonferenzen hatten die gleichen Funktionen und Rechte wie die Bundestage, lediglich die Wahl der leitenden Organe war dem Bundestag vorbehalten. Die Mitglieder des Bundesvorstandes, des Bundesausschusses und der Revisionskommission konnten von nun an jederzeit als nicht gewählte Delegierte mit Sitz und Stimme (!) am Bundestag teilnehmen. So standen bereits auf dem Bundestag 1925 den 40 ordentlichen Delegierten 35 nicht gewählte Delegierte (=Bundesfunktionäre) gegenüber.⁴⁹⁰ Dadurch bekam der Bundesvorstand tiefgreifende Einflussmöglichkeiten und konnte direkt in aktuelle Auseinandersetzungen eingreifen. Vor allem den oppositionell eingestellten Kolonnen wurde es dadurch erschwert, wesentlichen Einfluss auszuüben, der Bundesvorstand konnte seine integrationsfördernde Politik gegenüber seinen Mitgliedern straffer und widerspruchsfreier durchsetzen. Dieser Bundestag in Berlin legte somit den organisatorischen Grundstein für die reformistische Führungspolitik des ASB der weiteren Weimarer Jahre.

Eine weitere, auf der Kreisleiterkonferenz beschlossene, wesentliche Neuerung bestand darin, dass von nun an ein sogenannter „technischer Leiter“ eingesetzt wurde. Dieser sollte das Ausbildungswesen, die fachliche Anleitung und die Durchführung einheitlicher Sanitätsrichtlinien effektivieren. Nach seinen Vorstellungen sollten zukünftig die Schulungen und Kurse vereinheitlicht und die Funktionäre gesondert ausgebildet werden. Die Errichtung einer Bundesschule wurde angedacht. In ihr sollte Unterricht über folgende Themen abgehalten werden:

⁴⁹⁰ Vgl. ebenda, S. 109. Der Bundestag 1927 in Weimar setzte sich aus 42 gewählten Delegierten und 38 nichtgewählten Teilnehmern mit Sitz und Stimme zusammen. Von den 38 nichtgewählten Teilnehmern waren 25 Kreisleiter und die anderen rekrutierten sich aus den leitenden Organen des Bundes. Vgl. ebenda, S. 123.

- Zweck und Ziele des ASB,
- Pflichten und Rechte der Arbeitersamariter,
- Geschäftsführung,
- Anatomie und Physiologie,
- Verbandslehre,
- Medikamente,
- Instrumente,
- Krankentransporte.

Weitere Lehrthemen über Haus- und Krankenpflege, Krankenpflegeartikel/-anwendung, Infektionskrankheiten, Krankheitserreger, Urin, Stuhl, Auswurf, Desinfektion und Tod, ebenso über Gesundheit und Krankheit, Hygiene des Körpers, Sport und Körperkultur, Massage und ihre Anwendung, Wohlfahrts-einrichtungen, Arbeits- und Gewerbehygiene, Arbeitsschutz und -schutzbestimmungen, Krankenversicherungsgesetze, Unfall- und Invalidengesetzgebungen sollten sich anschließen.⁴⁹¹

Im Laufe der Jahre wurde die Betriebssanitätsarbeit zu einem wesentlichen Schwerpunkt entwickelt. So waren 1924 über 3.000 ASB-Mitglieder als Betriebssamariter tätig. In 714 Kursen ließen sich 13.204 Personen ausbilden. 389 Kurse wurden dabei von Ärzten geleitet. Laut der Angaben des „technischen Leiters“ befanden sich im Besitz des Bundes mittlerweile 86 Zelte, 271 fahrbare Tragen, 2.104 Tragen, 184 Sauerstoffgeräte mit entsprechender Ausrüstung, 5.528 Verbandtaschen, 1.918 Verbandkästen, 5 Krankenautos und 30 Krankenwagen. Der „technische Leiter“ des Bundes kündigte an, dass folgende Bereiche der Wohlfahrtsarbeit weiter intensiviert werden sollten: Haus- und Krankenpflege, Kinderhilfe, Säuglingspflege, Altersversorgung, soziale Hygiene, die sich in Arbeits-, Gesundheits-, Wohnungs- und Sozialhygiene aufteilte.⁴⁹²

⁴⁹¹ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 109ff.

⁴⁹² Vgl. Moschke 1977 (2), S. 110. „Die Pflegekräfte begnügten sich nicht damit, die Kranken umzubetten oder ihnen Medikamente zu verabreichen. Sie sorgten auch für

Auf dem 7. Bundestag 1925 registrierte der Bund 34.274 Mitglieder in 732 Kolonnen, von denen 469 Berichte aus dem Jahr 1924 abgegeben hatten. Diese verwiesen auf 321.528 Hilfeleistungen, davon im öffentlichen Leben 89.498 und in Betrieben 89.475, 9.265 Transporte in Krankenhäuser, 9.806 in die Wohnung, 4.640 zu Ärzten. Bei öffentlichen Unruhen wurden in 67 Fällen Wachen gestellt. Dabei wurden 356 verletzte Zivilisten, 15 Polizisten und ein Militärangehöriger geborgen. Dienst bei Behörden wurde 159 Male freiwillig und 182 Male nach Aufforderung übernommen. Zur Hauskrankenpflege stellten sich von 164 Kolonnen 294 Pflegerinnen und Pfleger zur Verfügung. Sie verrichteten rund 6.210 unentgeltliche Pflegedienste.⁴⁹³

Die zunehmende Zahl von Wohlfahrts- und Versicherungsorganisationen und deren Gesetzgebung begünstigte die auf Mitwirkung im staatlich geförderten Wohlfahrtswesen ausgerichteten Initiativen des Bundesvorstandes. So gelang dem ASB die institutionalisierte Mitgliedschaft in dem neu gegründeten „Fachausschuss für Sanitätswesen“ im Land Sachsen, der vom Landeswohlfahrtsamt Dresden am 11.4.1922 einberufen wurde. In ihm war der ASB gleichberechtigt mit dem Roten Kreuz und dem Landes-Samariter-Verein vertreten, wodurch der ASB in Sachsen die Anerkennung durch die staatlichen Behörden erlangte.⁴⁹⁴ Darüber hinaus bekleideten Vertreter des ASB offizielle Positionen in Versicherungsämtern, 70 gehörten Krankenkassenvorständen an. 1923 übten 68 ASB-ler eine Funktion als Beisitzer in Wohlfahrts- und Gesundheitseinrichtungen aus.⁴⁹⁵

Viele Mitglieder stellten sich als Sanitätswachen bei den eindrucksvollen proletarischen Massenveranstaltungen zur Verfügung. Mit besonderem Stolz betreuten sie die Arbeitersportveranstaltungen wie die erste Arbeiterolympiade 1925 in Frankfurt a.M., das erste Westdeutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest vom 6.

Sauberkeit im Haushalt, heizten die Räume, kochten das Essen und kontrollierten die Schularbeiten der Kinder“, gaben den Familienangehörigen Anweisungen. 1926 wurden 6.059 unentgeltliche Krankenpflegen, 1.191 gegen Entgelt durchgeführt. Ebenda, S. 113f.

⁴⁹³ Vgl. ebenda, S. 110.

⁴⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 97f.

⁴⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 103.

bis 9.8.1926 in Köln oder auch das Internationale Arbeiter-Turn- und Sportfest in Wien 1926.⁴⁹⁶

Vor allem aber leisteten sie auf örtlicher Ebene eine Vielzahl von Sanitätsdiensten bei Gewerkschafts-, Sport-, Partei- und anderen Veranstaltungen der Arbeiterschaft. In einigen Kolonnen erhielten die Mitglieder ein geringes Entgelt, das sie zumeist umgehend in die Vervollkommnung ihrer Ausrüstung investierten. Für ihre Teilnahme wandten sie nicht selten einen Teil ihres gesetzlichen Urlaubs auf, der 1922 ohnehin nur sechs Arbeitstage betrug.⁴⁹⁷

Von 1920 bis 1929 stieg die Zahl der angezeigten Betriebsunfälle von 45,8 auf 85/1000 Unfallversicherte/Jahr an.⁴⁹⁸ Das Betriebsrätegesetz vom 4.2.1920 befugte Betriebsräte, Forderungen zur Verbesserung der gesundheitlichen Bedingungen am Arbeitsplatz an die Unternehmer zu richten. Die fachlich korrekte Umsetzung wurde sodann an die dort beschäftigten Arbeiter-Samariter delegiert. Gegenüber der Betriebsleitung galt ein Befähigungsnachweis, für den die Interessenten einen Erste-Hilfe-Kursus zu absolvieren hatten und der zur Registrierung als Betriebssanitäter diente. Diese befassten sich mit der Aufgabe, die Sanitätskästen und weitere Unfallverhütungsmaßnahmen zu kontrollieren und ständig auf den neuesten Stand zu bringen. So sollten sie integrativ im Sinne des Betriebsrätegesetzes von 1920 tätig werden, um dann effektiver Gewerbeaufsichtsbeamte und ähnliche Institutionen zu unterstützen und die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften zu effektivieren.⁴⁹⁹ Beispielsweise stellten die Gothaer Arbeiter-Samariter ihren Arbeitsschwerpunkt der Betriebssamaritertätigkeit deutlich in den Mittelpunkt. So warben sie vehement für den Winterkursus 1925, um Kollegen insbesondere für diejenigen Betriebe auszubilden, in denen noch keine

⁴⁹⁶ Vgl. ebenda, S. 120.

⁴⁹⁷ Für vier Stunden Dienst wurden ab 1924 in Leipzig 50 Pfennige gezahlt. Davon erhielt die Kolonne 20 Pfennige, für die Ausrüstung wurden 30 Pfennige zurückgelegt. Vgl. ebenda, S. 99, 113.

⁴⁹⁸ Vgl. Labisch 1980, S. 33.

⁴⁹⁹ Der Arbeiter-Samariter 1922, 13. Jg. Nr. 9, S. 80.

Betriebssamariter tätig waren.⁵⁰⁰ In manchen Betrieben erreichten sie sogar die Installation von Signaleinrichtungen, die umgehend den Unfallort anzeigten und eine schnellere Hilfeleistung ermöglichten. Obwohl die Arbeitersamariter in der Zeit, in der sie einen Verletzten versorgten oder abtransportierten, durch den geringeren Zeit- statt des Akkordlohnes nachteilig entlohnt wurden, stieg die Anzahl der ausgebildeten Betriebssamariter in den Jahren 1923 bis 1926 von ca. 1.600 auf 3.218 an.⁵⁰¹

Einen breiten Raum nahm die hygienische Gesundheitsaufklärung ein. Für die Gesundheitserziehung erwarb der ASB eine Wanderausstellung, die dem „Hygiene-Museum“ in Dresden abgekauft wurde. Sie enthielt die Bereiche „Anatomisch-biologischer Teil, die Entwicklungsgeschichte des Menschen, Säuglingspflege, Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose, Arbeitsbeginn und Arbeiterschutz, Zahnpflege und Alkohol.“ 1925 hatten schon ca. 30.000 Besucher diese Ausstellung gesehen.⁵⁰² Mit dieser Ausstellung sollte vor allem die Bevölkerung der kleineren Städte erreicht werden, denn in den größeren Städten errichteten die Kolonnen nicht selten eine eigene stationäre Hygiene-Ausstellung.

Vom 18. bis 25.4.1926 fand die sogenannte „Reichsgesundheitswoche“ statt, die über das Innenministerium auf Anregung der Krankenkassenverbände vom „Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung“ veranstaltet wurde. Das Innenministerium war in erster Linie an der Problemdarlegung der volkswirtschaftlichen Bedeutung einer suffizienten Gesundheitsversorgung gegenüber der Bevölkerung interessiert:

⁵⁰⁰ „Ferner möchten wir darauf verweisen, daß sich auch recht viele ältere Kollegen melden. Vor allen Dingen möchten wir die Betriebe Gothaer Waggonfabrik, Bothmann, Beck, Loos, Bollmann, Rülgerswerk, Ziegeleien, Steck Piano, Schlauchfabrik, Eisenbahn, Mitropa, Motorenwerk Hansen, Konsum, Blötner, Kallmeyer und sämtliche Baubetriebe anregen, Gebrauch von unserer Einladung zu machen. Unser Ziel ist, in jedem Betrieb ausgebildete Samariter zu stellen, damit unser Wahlspruch in die Tat umgesetzt und verwirklicht wird: ‚An jedem Ort, zu jeder Zeit, sind wir zur ersten Hilfe bereit‘. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 153.

⁵⁰¹ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 113. Moschke führt an, dass als Grundlage für diese Statistik die abgegebenen Arbeitsberichte herhielten. Allerdings hatten nur etwa 2/3 der Kolonnen diese abgegeben, sodass die reale Zahl höher liegen dürfte.

⁵⁰² Vgl. ebenda, S. 115f.

„Die Folge dieser Verantwortung ... wird dann die Verpflichtung des einzelnen und der Gesamtheit für die Volksgesundheit sein. Mit dieser Haushaltung der natürlichen menschlichen Kräfte und Mittel wird die Haushaltung in der Wirtschaft, kurzum, die verlorengangene Ökonomie der Kräfte des Staates wieder zurückkehren.“⁵⁰³

Seitens des ASB-Bundesvorstandes ging die Aufforderung an die Kolonnen, an dieser Veranstaltung aktiv teilzunehmen. So führte der ASB 61 Umzüge durch, an denen 25.000 Menschen beteiligt waren, hielt 285 ärztliche, 83 Laien-, 185 Lichtbilder- und 64 Filmvorträge. Es kamen rund 40.000 Besucher. 71 Ausstellungen und ASB-Werbungsträger in 161 Schaufenstern gehörten ebenfalls zu den Öffentlichkeitsleistungen in der Gesundheitswoche.⁵⁰⁴ Oppositionelle ASBler nutzten die „Reichsgesundheitswoche“ für systemkritische Protestkundgebungen.⁵⁰⁵

Ein besonderes Arbeitsgebiet beinhaltete die Unterstützung und Sorge um die Arbeiterkinder vor allem der industriellen Ballungszentren. Diese bestand u.a. darin, dass in den 1920er Jahren neben den Wohlfahrtsämtern auch verschiedene Arbeiterorganisationen, wie auch der ASB, eine Vielzahl von Kindererholungsheimen gegründet und Ferienkolonien eingerichtet hatten. Die Arbeiter-Samariter kauften 1929 ein eigenes Erholungsheim. Sie begleiteten die Kindertransporte, betreuten die Kindergruppen auf ihren Wanderungen und sorgten

⁵⁰³ Ebenda, S. 116.

⁵⁰⁴ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 116ff.

⁵⁰⁵ Die Linke nutzte diese Veranstaltung, um auf die sozialpolitischen Ursachen wie mangelnde Ernährung, unzureichende Kleidung, Tuberkulose fördernde, nasskalte Wohnverhältnisse als Folge zu geringer Löhne, Abbau von Krankenkassenleistungen und Arbeitslosenfürsorgeeinrichtungen hinzuweisen. „Über diese ernste Gefahr täuscht die Reichsgesundheitswoche hinweg, siebürdet der Bevölkerung die Verantwortung für Krankheiten und Leiden selbst auf. Aus diesem Grunde rufen wir die unterzeichneten proletarischen Organisationen zu Kundgebungen auf, die den wahren Charakter der Gesundheitswoche enthüllen und die Forderungen betonen sollen, die im Interesse einer wirklichen Gesundung des Volkes unerlässlich sind. Wir fordern die Arbeiterparteien, alle proletarischen Kulturorganisationen, die Gewerkschaften und alle Volksgenossen auf, sich an den Kundgebungen zu beteiligen. **Das höchste Gut ist die Gesundheit des Volkes.**“ Dazu riefen auf: „Arbeiter-Sport und Kulturkartell Groß-Berlin, Verein sozialistischer Ärzte, Verband Volksgesundheit/Gau Berlin, Arbeiter-Abstinenten-Bund, Arbeiter-Samariter-Bund/Gau Berlin, Internationale Arbeiterhilfe, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Bund proletarischer Mädchen und Frauen.“ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 225.

für die hygienischen Verhältnisse in den Unterkünften. Ebenso führten sie häufig zusammen mit der IAH und anderen proletarischen Organisationen Kinder- und Jugendheimen vor Ort durch, sammelten für Kinder aus Arbeitslosenfamilien oder von inhaftierten Arbeitern Lebensmittel und Kleidungsstücke.⁵⁰⁶ Mithilfe des ASB wurden 1923 ca. 1.500 Kinder vornehmlich aus dem Rheinland in Arbeiterfamilien in Thüringen und dem Erzgebirge untergebracht, der Kreis V rief dazu auf, die „Rhein-Ruhr-Kinderhilfe“ durch den ganzen ASB zu unterstützen.⁵⁰⁷

Da mit der Zunahme der Organisationsstärke und des fachlichen Niveaus sowie der lokalen Vernetzung über betriebliche und kommunale Mandatsträger etc. der Bekanntheitsgrad stetig zunahm, hatte sich ein routinemäßig erworbenes Selbstverständnis im Umgang mit den öffentlichen Institutionen eingestellt, auch wenn der ASB nicht offiziell anerkannt war. So wurden in Katastrophenfällen häufig die ASB-ler zugleich mit den anderen Sanitätsorganisationen zur Ersten-Hilfe-Leistung gerufen. 1925 halfen sie bei drei Grubenunglücken und 1926 bei 26 Bränden, zwei Eisenbahnunglücken und einigen Hochwasserkatastrophen mit. Dies setzte ein suffizientes Alarmsystem voraus, dessen Effektivität durch regelmäßig stattfindende praktische Übungen überprüft und verbessert wurde.⁵⁰⁸

Seit 1912 verfügte der Bund über eigene ASB-Lehrbücher, die bis 1933 vier Neuauflagen erfuhren und sich in den letzten Ausgaben verstärkt dem Aufbau und der Funktion des menschlichen Organismus widmeten. Jedes Mitglied erhielt unentgeltlich das ASB-Zentralorgan „Der Arbeiter-Samariter“, wodurch die Darstellung des organisatorischen Wirkens des Bundes nach innen und außen erheblich gefördert wurde.⁵⁰⁹ Es erschien 1927 in einer Auflage von 45.000 Exemplaren.⁵¹⁰

⁵⁰⁶ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 118; vgl. auch Labisch 1979, S. 162.

⁵⁰⁷ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 102.

⁵⁰⁸ Vgl. ebenda, S. 118.

⁵⁰⁹ Vgl. ebenda, S. 114f., S. 118.

⁵¹⁰ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 287.

Die Ausbildungskurse fanden an insgesamt 12 Abenden statt, an denen abwechselnd theoretischer und praktischer Unterricht erteilt wurde. Um den praktischen Unterricht zu effektivieren, übten die Teilnehmer das Anlegen von Verbänden und die Durchführung von Krankentransporten mit geschulten Mitgliedern, für die diese Maßnahme gleichzeitig eine Auffrischung ihrer eigenen Kenntnisse darstellte. Zu Beginn der Übungsabende wertete der Ausbildungsleiter den letzten Einsatz aus. Verschiedentlich schlossen sich an die Ausbildung in Erster Hilfe vierteljährliche Kurse über die Hauskrankenpflege an, die sich vor allem an die Frauen richten sollten. Die Prüfungen der absolvierten Lehrgänge wurden von Ärzten abgenommen und gliederten sich in einen theoretischen und einen praktischen Teil. Die praktischen Fertigkeiten wurden bei den Sanitätsübungen überprüft.⁵¹¹ Dennoch traten nach bestandener Sanitäter-Prüfung viele Arbeiter zumeist wegen eingetretener Arbeitslosigkeit oder anderen Gründen wieder aus dem ASB aus, sodass von einer erheblich höheren Zahl ausgebildeter Arbeitersamariter ausgegangen werden kann, als es sich in der offiziellen Angabe über die Zahl der aktiven Mitglieder niederschlug.⁵¹²

Interessanterweise fand der ASB in den eigenen proletarischen Kreisen, wie beispielsweise in den Gewerkschaften, nicht sogleich die zu erwartende Anerkennung. Traditionsgemäß arbeitete der ADGB mit dem Roten Kreuz zusammen und verhielt sich gegenüber dem ASB eher zurückhaltend. Auf dem 5. Bundestag in Braunschweig 1921 wies der ASB noch Vorschläge des ADGB zurück, die darauf abzielten, sich doch mit dem Roten Kreuz zu vereinigen.⁵¹³ Stattdessen stellten die Linken im ASB an den ADGB wiederholt Forderungen, dass deren Vertreter aus dem Vorstand des Roten Kreuzes ausscheiden sollte.⁵¹⁴ Es sollte lieber darum gerungen werden, die im Roten Kreuz organisierten Arbeiter in den ASB hineinzubekommen. Aufgrund dieses ständigen Drängens trat der 2. Vorsitzende des ADGB, Peter Graßman⁵¹⁵, der Carl Legien 1916 als

⁵¹¹ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 119.

⁵¹² Vgl. Labisch 1979, S. 162.

⁵¹³ Vgl. Labisch 1980, S. 33; vgl. auch *Der Sanitäter* 1926, 2. Jg. Nr. 6, S. 41.

⁵¹⁴ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 284.

⁵¹⁵ Vgl. Labisch 1979, S. 158f. Graßmann war sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und 2. Vorsitzender des ADGB.

Vertreter des ADGB in das „Zentralkomitee des Preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz“ gefolgt war und das Rote Kreuz seine Tätigkeit auf den zivilen Sektor auszubreiten begann, 1927 auch dem Vorstand des ASB bei. Dies empfand die ASB-Führung als ausreichend akzeptabel.⁵¹⁶

Die Sanitätstaschen wurden ab 1926 nach eigenen Entwürfen in Werkstätten hergestellt, die speziell für die Ausrüstung des ASB arbeiteten, und hießen fortan die „Chemnitzer Taschen“.⁵¹⁷ Es wurde ein gesetzlich geschütztes Bundesabzeichen eingeführt, das nur an Mitglieder ausgegeben werden sollte und in Geschäften nicht mehr erhältlich war.⁵¹⁸ Eine neue Dienstordnung, die 1927 auf einer Kreistechniker-Tagung beschlossen wurde, regelte die Inhalte und Abläufe während der Dienstausbildung. In ihr wurde ein Verhaltenskodex z.B. beim Auftreten auf öffentlichen Veranstaltungen oder im Umgang mit Erkrankten, Hinweisen auf Schweigepflichtregelungen, dem Berichterstattungswesen über die Einsätze und Hilfeleistungen etc. geregelt. Jeder Arbeitersamariter sollte 15 Minuten vor Dienstbeginn erschienen sein. Rauchen und Alkoholkonsum sowie die Beteiligung an Spielen, politischen Diskussionen etc. während des Dienstes wurde untersagt. Über alle Dienst- und Hilfeleistungen wurden Meldezettel ausgefüllt.⁵¹⁹ Im Gegensatz zum Roten Kreuz verzichtete der ASB auf ein paramilitärisches Erscheinungsbild und entsprechendes Auftreten. Rechtlich wurden alle Mitglieder gegen Unfälle, Tod und Rechtsstreitigkeiten während der Dienstausbildung versichert.⁵²⁰

Der Bau des Bundeshauses in Chemnitz wurde beschlossen, ein freiwilliger Betrag von 2 M. in vier Raten zu je 50 Pf./Mitglied war vorgesehen. Das Projekt sollte 240.000 M. kosten.⁵²¹ 1928 konnte es durch einen erheblichen Bau-

⁵¹⁶ Vgl. *Der Sanitäter* 1927, 3. Jg. Nr. 7, S. 5.

⁵¹⁷ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 119.

⁵¹⁸ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 287.

⁵¹⁹ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 121.

⁵²⁰ Vgl. ebenda.

⁵²¹ *Der Sanitäter* 1926, 2. Jg. Nr. 5, S. 14. Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 287.

kostenzuschuss einzelner Gewerkschaften und der SPD errichtet werden.⁵²² Am 15./16.9.1928 fand die Einweihung an der Alexanderstraße in Chemnitz statt. Der Begrüßungsabend wurde von 2.300 Personen besucht, der Festzug am zweiten Tag zählte rund 5.000 Teilnehmer.⁵²³ Das Bundeshaus enthielt eine Schule zur Ausbildung von ASB-Funktionären. Der Bundesvorsitzende war seit 1922 fest angestellt. Noch 1930 arbeiteten in der Bundeszentrale über 20 fest angestellte Mitglieder. Im 3. Stockwerk wohnte der Bundesvorsitzende, im Stockwerk darüber der Bundesschatzmeister Eugen Richter. 1929 kaufte der Bund ein eigenes Erholungsheim. Somit trug wie bei vielen anderen proletarischen Organisationen ebenso der ASB dazu bei, für seine Mitglieder einen „eigenen sozialen Organismus mit eigenen Erziehungs-, Wohlfahrts- und kulturellen Einrichtungen und der dazugehörenden Verwaltung“, quasi eine alternativ nach proletarischen Gesichtspunkten orientierte Gegengesellschaft zum bürgerlich-kapitalistischen Staat zu schaffen, gewissermaßen einen proletarisch ausgerichteten Staat im Staate.⁵²⁴ Der ASB dürfte verschiedentlich kulturelle Veranstaltungen, wie das „Soermus-Konzert zugunsten des Arbeiter-Samariter-Bundes, Kolonne Leipzig e.V.“ durchgeführt haben.⁵²⁵

Trotz des rasanten Wachstums blieb der ASB dennoch die kleinere der beiden wesentlichen Sanitätsorganisationen.⁵²⁶ Sich dieser ständigen Konkurrenz stets bewusst versuchte der ASB-Bundesvorstand unentwegt, die wachsende Leistungsbilanz als Argumentationsgrundlage gegenüber den Behörden zu verwenden. Dabei verwies er auch auf den sozioökonomischen Stellenwert des Bundes und dessen volkswirtschaftlichen Nutzen:

„Der 8. Bundestag des A.S.B. erhebt die Forderung, dass er entsprechend seiner volkswirtschaftlichen, gemeinnützigen Tätigkeit, entsprechend der hohen nachweisbaren Zahl

⁵²² Vgl. Labisch 1979, S. 162. Zuvor befanden sich die Räume des Sitzes im Kellergeschoss unter den Räumen der „Volksstimme“ in der Dresdener Straße 38, anschließend in dem Hinterhaus Nr. 40.

Vgl. <http://www.historisches-chemnitz.de/althemnitz/haueserorte/asb/asb.html>.

⁵²³ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 303.

⁵²⁴ Vgl. Labisch 1979, S. 163.

⁵²⁵ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 117.

⁵²⁶ Zu jener Zeit waren im Bereich der privaten Wohlfahrtspflege der katholische „Caritas-Verband“ und die protestantische „Innere Mission“ in bedeutsamer Weise tätig. Der Sanitäter 1927, 3. Jg. Nr. 4, S. 6.

seiner Hilfeleistungen und entsprechend seiner vorzüglichen Ausbildungsmethoden von den Regierungen anderen Samariterorganisationen gegenüber mindestens gleich gewertet wird und dass ihm deshalb die volle Gleichberechtigung und staatliche Anerkennung zu gewähren ist ...“⁵²⁷

Durch die erfolgte Anerkennung des ASB in Sachsen und Braunschweig einerseits und angesichts der zunehmenden materiellen Zuwendungen durch das Reich⁵²⁸, die Länder und die Kommunen andererseits wurden diese Bemühungen zumindest ansatzweise belohnt. Am 17.7.1926 gab das preußische Wohlfahrtsministerium dem Drängen des Bundesvorstandes nach und lockerte die bisherige, restriktiv gehaltene Regelung, die die Inanspruchnahme des ASB zum öffentlichen Sanitätsdienst durch den Erlass vom 23.12.1925 einschränkte:

„Die auf meinen Erlaß vom 23. Dezember 1925 – I M II 3584/2 eingereichten Berichte lassen erkennen, daß der Arbeiter-Samariter-Bund auf dem Gebiete der freien Wohlfahrtspflege, insbesondere auch auf dem der ersten Hilfe bei Unglücksfällen und plötzlicher Erkrankung, verschiedentlich eine gemeinnützige Tätigkeit entfaltet hat. Es besteht somit kein Anlaß, seine Tätigkeit, soweit sie als gemeinnützig anzusehen ist, grundsätzlich zu erschweren. Inwieweit es zweckmäßig ist, den Arbeiter-Samariter-Bund bei öffentlichen Veranstaltungen irgendwelcher Art, bei öffentlichen Notständen und inneren Unruhen zur Unterstützung des amtlichen Sanitätsdienstes mit heranzuziehen und ihn alsdann beim Bereitschaftsdienst entweder zugleich mit den Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz oder allein, abwechselnd mit ihnen zu verwenden, muss dem pflichtgemäßen Ermessen der die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen anordnenden Stelle überlassen bleiben.

gez. Hirtsiefer“⁵²⁹

Diese ins Ermessen der einzelnen Behörden gestellte Regelung wurde dahingehend verändert:

„Betrifft: Zulassung des in Arbeiter-Samariter-Bundes zur Unterstützung des amtlichen Sanitätsdienstes. Die auf meinen Erlass vom 23. Dezember 1925 - I. M. II 3584/25 - eingereichten Berichte lassen erkennen, dass der Arbeiter-Samariter-Bund auf dem Gebiete der freien Wohlfahrtspflege, insbesondere auch auf dem der Ersten Hilfe bei Unglücksfällen und plötzlicher Erkrankung, verschiedentlich eine gemeinnützige Tätigkeit entfaltet

⁵²⁷ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 282; vgl. auch Blatt 280.

⁵²⁸ Im Januar 1924 förderte die Regierung auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes den ASB mit 610 M, im Februar mit 800 M. Vgl. Moschke 1977 (2).

⁵²⁹ Staatsarchiv Düsseldorf, Der Reichsminister des Innern, Blatt 16.

hat. Es besteht somit kein Anlass, seine Tätigkeit, soweit sie als gemeinnützig anzusehen ist, grundsätzlich zu erschweren.⁵³⁰

Somit wurde auch in Preußen der ASB durch die Regierungs- und Polizeipräsidenten den gemeinnützigen Wohlfahrtsorganisationen gleichgestellt und zum amtlichen Sanitätsdienst zugelassen. Die Stelle eines „Staatskommissars für Rettungs- und Krankentransportwesen“ wurde 1926 eingerichtet. In diesem Zusammenhang hatte sich der preußische Landesgesundheitsrat zusammengesetzt und Krankentransportkonzepte beraten. Der dazu eingerichtete Ausschuss bestand aus einem Regierungsvertreter, einem Vertreter der Provinzialverwaltung, des Städtetages, des Landkreistages, der Ärzteorganisationen, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, der Versicherungsträger, des Roten Kreuzes, der Feuerwehr, aller Rettungsverbände und der am Krankentransport beteiligten Verbände und nun auch des Arbeiter-Samariter-Bundes.⁵³¹ Auf kommunaler Ebene boten sich ähnliche Möglichkeiten an. So nahm er seine Mitwirkung bei dem großen Straßenbahnunglück in Kassel am 18.5.1927 zum Anlass, in eine ständige Arbeitsgemeinschaft zusammen mit dem städtischen Gesundheitsamt, der Feuerwehr, den freiwilligen Sanitätskolonnen des Roten Kreuzes und des Zufluchtsheims in Kassel einzutreten.⁵³²

Dennoch sah die ASB-Bundesleitung die letzte Hürde noch nicht genommen. Zwar hatte sie durch ihr beharrliches Insistieren die staatliche Anerkennung auch in Preußen errungen, allerdings kämpfte sie weiterhin darum, von den Behörden mit dem Roten Kreuz als dem großen Konkurrenten auf die gleiche Stufe gestellt und mit diesem gleichzeitig angefordert zu werden. Diese Thematik bildete den Hauptinhalt auf dem 8. Bundestag am 17./18.4.1927 zu Ostern im Volkshaus zu Weimar.

Als Folge des neuen Statuts setzte sich der Bundestag aus 42 in den Kolonnen und Kreisen gewählten Delegierten und 38 nichtgewählten Teilnehmern, die

⁵³⁰ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 265. Hirtsiefer war Mitglied des „Zentrums“ und war Preußischer Minister für Volkswohlfahrt. Vgl. *Der Sanitäter* 1927, 3. Jg. Nr. 4, S. 7.

⁵³¹ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 129.

⁵³² Dankschreiben des Provinzialvorsitzenden des Roten Kreuzes an die ASB-Kolonnen Kassel vom 26.5.1927. Vgl. *Der Sanitäter* 1927, 3. Jg. Nr. 8, S. 11.

aus 25 Kreisleitern und weiteren Mitgliedern der leitenden Bundesorgane bestanden und ebenso Sitz und Stimme hatten, zusammen.⁵³³ Auch diesem Bundestag ging eine Kreisleiterkonferenz voraus, auf der die wichtigsten Beschlussfassungen schon vorabgestimmt worden waren.⁵³⁴ „Die Tagung nahm einen ruhigen und sachlichen Verlauf; die Opposition der Kommunisten war verschwindend gering.“⁵³⁵

1927 waren von den ca. 40.000 Mitgliedern des ASB 2.800 in der KPD organisiert.⁵³⁶ Der Saal sei grün drapiert gewesen anstelle der roten Farbe, wodurch auch optisch der Wille zur Neutralität zum Ausdruck gebracht wurde. Anwesend waren Vertreter des deutschen Arbeitersports und verschiedener Wohlfahrtsorganisationen und des österreichischen „Schutzbundes“, der über eine eigene Samariterorganisation verfügte. Ende 1926 zählte der Bund 39.838 Mitglieder in 990 Kolonnen. Verschiedene Kolonnen verfügten mittlerweile über eine eigene Rettungswache und Kolonnenhäuser, neun hatten ein eigenes Krankenautomobil. Im Laufe der Jahre verfügten viele Kolonnen über kompetente Krankenpflegeabteilungen und gut ausgebildete Pflegerinnen und Pfleger.⁵³⁷ Mit Interesse wurde in einem Bericht erwähnt, dass die Arbeitersamariter teilweise über eine Stunde früher am Alarmplatz oder an der Unglücksstelle erschienen wären als die Rotkreuzler.⁵³⁸ Die Zahl der ausgeführten Pflegeleistungen betrug im Jahre 1926 7.250 mit 116.695 Pflegestunden. Insgesamt wurden in diesem Jahre 120.817 Dienstleistungen bewältigt, davon 44.526 Transporte (1926). Ferner leisteten die Kolonnen des Bundes bei 265.115 öffentli-

⁵³³ Die Linke bemängelte, dass auf dem Bundestag „42 dreifach gesiebte Delegierte, 25 Kreisleiter sowie der ebenfalls stimmberechtigte Bundesvorstand“ den Bundestag bestimmten. Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 285, 286.

⁵³⁴ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 101. Jedoch sollte gerade die Beteiligung an Veranstaltungen des „Reichsbanners“ zum Hauptkritikpunkt der linken Samariter werden, da die Unterstützung kommunistischer Aktivitäten durch Ausschluss geahndet wurde. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 280.

⁵³⁵ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 280.

⁵³⁶ Vgl. Wunderer 1980, S.118.

⁵³⁷ „Die Fürsorgeschwester Else Frank-Görlitz referierte über das Thema: Wie schaffen wir uns praktische Pfleger und Pflegerinnen für die Hauskrankenpflege unter Berücksichtigung der technischen und finanziellen Schwierigkeiten? Es war ein vorzüglicher Vortrag, der als Werbebroschüre erscheinen soll.“ *Der Sanitäter* 1927, 3. Jg. Nr. 5, S. 13.

⁵³⁸ Vgl. ebenda.

chen und 283.509 Betriebsunfällen, also insgesamt bei 548.624 Unfällen, Unterstützung.⁵³⁹

Stolz wurde darauf verwiesen, dass die Arbeitersamariter die erste Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a.M., das Westdeutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest in Köln sowie das österreichische Arbeiterturnfest in Wien betreut hätten. Ebenso habe man bei Großeinsätzen wie der Typhusepidemie in Hannover mitgewirkt. Noch 1927 war die vollständige staatliche Anerkennung immer noch nicht erreicht, sodass der Bund in einer Resolution forderte, dass er von den Regierungen mindestens mit anderen Samariterorganisationen auf gleiche Stufe gestellt und bewertet werden müsse, um ihm die volle Gleichberechtigung und staatliche Anerkennung zu gewähren. Die Statuten wurden erweitert. Der Bundesvorsitzende Theodor Kretzschmar⁵⁴⁰, der Kassierer Eugen Richter und der technische Leiter Erich Dunkel wurden bestätigt. Der nächste Bundestag sollte aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Kölner Kolonne in Köln stattfinden.⁵⁴¹

Kretzschmar berichtete, dass in verschiedenen Ländern Verhandlungen mit den Rotkreuz-Führern stattgefunden hätten und er in einem ständigen Briefwechsel mit dem Präsidenten des Roten Kreuzes, von Winterfeldt-Menkin, stünde. Inhaltlich sei eine Aufforderung an das Rote Kreuz ergangen, die ständigen Angriffe ihrer örtlichen Vereine gegen die ASB-Kolonnen einzustellen. Der Bundesvorsitzende habe sich seinerseits für den ASB verpflichtet, zukünftige Anfeindungen der eigenen Mitglieder gegenüber dem Roten Kreuz zu unterlassen. In einer Resolution schlug er vor, der Bundestag möge sein Bedauern darüber ausdrücken, dass die Versprechungen der Leitung des Roten Kreuzes, jegliche Bekämpfung des ASB zu unterlassen, nicht eingehalten worden seien. Zunächst wurde diese Resolution abgelehnt, da sie als Bettelei gegenüber dem Roten Kreuz empfunden wurde, später aber nach geringfügiger Änderung angenommen.⁵⁴² Die kommunistische Presse beanstandete, „dass wohl die Arbeiterwohl-

⁵³⁹ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 280.

⁵⁴⁰ Kretzschmar war Mitglied der SPD. Vgl. *Der Sanitäter* 1928, 4. Jg. Nr. 6, S. 15.

⁵⁴¹ Vgl. ebenda, Blatt 280.

⁵⁴² Vgl. Moschke 1977 (2), S. 124.

fahrt, nicht aber die Internationale Arbeiterhilfe eingeladen sei, dass sogar ein Mitglied der sozialistischen Arbeiter-Jugend eine Begrüßungsansprache hätte halten können, während die Kommunistische Jugend nicht zugelassen sei und den Vertreter der K.P.D.(-Bezirksleitung Grossthüringen, d.A.) das Wort zur Begrüßung verweigert wurde.“ Die Forderung der Kommunisten, dass der Kampf gegen das Rote Kreuz energischer geführt werden und der Vertreter des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus dem Hauptvorstand des Roten Kreuzes austreten solle, wurde abgelehnt.⁵⁴³ Die Linke vermisste, dass der ASB nicht energisch genug die Arbeiter aus dem Roten Kreuz abwarb, denn sie bildeten den größten Anteil auch seiner Sanitätskolonnen.⁵⁴⁴ Die Bundestagsleitung ließ weder eine Begründung noch eine Diskussion über Anträge aus oppositionellen ASB-Kreisen zu. Anträge, eine Delegation in die Sowjetunion zu schicken, um Kontakt zu dem dortigen Sanitätterverband aufzunehmen sowie die Beziehungen zur IAH wiederherzustellen, gelangten erst gar nicht zur Abstimmung.⁵⁴⁵

Faktisch wurde durch dieses überangepasste Verhalten zum Ende der 1920er Jahre in den meisten Ländern eine Arbeitsteilung mit dem Roten Kreuz eingeleitet. Das Deutsche Rote Kreuz verzeichnete im Jahr 1926/27 einen deutlichen Zuwachs seines Mitgliederbestandes. Es registrierte über 15.000 Neuzugänge, die freiwilligen Sanitätskolonnen wuchsen um etwa 250 auf etwa 1.000 Kolonnen mit rund 40.000 Mitgliedern. Der aus 720.000 Mitgliedern bestehende vaterländische Frauenverein vom Roten Kreuz nahm rund 50.000 neue Mitglieder auf. In ihnen wirkten 300 Jugendgruppen mit 10.000 Mitgliedern. Zur gleichen Zeit verfügte der ASB etwa über 1.000 Kolonnen mit rund 40.000 Mitgliedern.

Wie sehr an einzelnen Orten der ASB mit der Arbeit der kommunalen Organisationen und in organisatorischer Abstimmung mit dem ehemaligen Erzrivalen, dem Roten Kreuz, eingebunden war, zeigte eine Zeitungsmeldung aus dem Jahr 1928 aus Hamburg:

⁵⁴³ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 284.

⁵⁴⁴ Der Sanitäter 1928, 4. Jg. Nr. 4/5, S. 3.

⁵⁴⁵ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 285.

„**Öffentlicher Sanitätsdienst.** Im Polizeipräsidium fand unter Vorsitz des Polizeipräsidenten *Wentker* eine Besprechung über die Alarmierung der Freiwilligen Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz und der Kolonnen des Arbeiter-Samariter-Bundes in den Stadtteilen Harburg und Wilhelmsburg statt, in der vereinbart wurde, dass die Feuerwehr bei größeren Bränden und Unfällen sofort die Polizei benachrichtigt zwecks Alarmierung des Arbeiter-Samariterbundes in den ungeraden und des Roten Kreuzes in den geraden Monaten. Auf Anfordern des Branddirektors sind beide Kolonnen zu alarmieren. Bei der Unglücksstelle wird ein Sammelplatz der vorgenannten Organisationen eingerichtet, der bei Tage durch eine Flagge und bei Nacht durch eine weiße Laterne deutlich zu kennzeichnen ist. Die Mitglieder der Kolonnen unterstehen der Oberleitung des Branddirektors.“⁵⁴⁶

Die Linke kritisierte, dass diese Form des zunehmenden Eindringens in den öffentlichen Gesundheitsbereich sowie die Übernahme behördlicher Sanitätsaufgaben, die in dieser Manier das Rote Kreuz schon seit Jahren betreibe, dazu geführt habe, dass gelerntes Berufspflege- und Sanitätspersonal eingespart und um ihre Anstellung gebracht worden sei.⁵⁴⁷

Auf dem folgenden Bundestag in Köln 1929⁵⁴⁸ wurden noch stärkere Schritte zur institutionalisierten Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden beschlossen. So wurden 1929 die Bezirksärzte bzw. Stadtärzte in Sachsen und Preußen von den Landesdienststellen angewiesen, alle organisatorischen Kapazitäten im Sanitäts- und Rettungswesen einschließlich des ASB mit zu erfassen und dafür zu sorgen, dass im Notfall der geschlossene Einsatz aller Sanitätskräfte erfolgen kann. 1930 sollte sich der ASB ebenso wie die anderen Rettungsorganisationen an den vom preußischen „Zentralkomitee für Rettungswesen“ eingerichteten Einzelhelferstellen auf dem freien Lande beteiligen. Ende 1930 bilanzierte der ASB die Einrichtung von 5.254 solcher Stationen unter seiner Beteiligung.⁵⁴⁹

Abgesehen von der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der Werk-tätigen nahm die Unzufriedenheit und Missstimmung über die Anpassungspoli-tik der ASB-Führung in den Kolonnen erheblich zu. Trotz des Mitgliederzu-wachses ergab sich Ende der 1920er Jahre eine große Fluktuation, die Folge

⁵⁴⁶ Staatsarchiv Hamburg, Medizinalkollegium, Blatt 52.

⁵⁴⁷ *Der Sanitäter* 1927, 3. Jg. Nr. 1/2, S. 2f.

⁵⁴⁸ Nach Labisch waren von den 89 stimmberechtigten Delegierten 73 in der SPD, acht in der KPD, acht parteilos und 80 Gewerkschafter. Vgl. Labisch 1979, S. 167.

⁵⁴⁹ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 130.

davon war, dass ein Großteil der Kursus-Teilnehmer wieder rasch ausgetreten sei, da das Auftreten gegenüber dem Roten Kreuz als zu defensiv gewertet bzw. die Grundwerte einer proletarischen Kulturorganisation als zu schwammig verkörpert erschienen.⁵⁵⁰ Von Juni 1929 bis März 1930 stagnierte die Mitgliederzahl bei rund 44.000, obwohl die Zahl der Kolonnen um 100 zugenommen hatte.⁵⁵¹ Aktiver und passiver Widerstand als Ausdruck zunehmender Missstimmung an der Basis traten auf. Nicht nur gegenüber behördlichen Meldeauflagen, sondern sogar gegenüber dem ASB-Bundesvorstand weigerten sich manche Kolonnen, die statutarisch verpflichtenden Angaben über Aktivitäten, Mitgliederbewegung und Ausrüstungsbestand zu machen.

Da weiterhin der Revers zur Neutralitätsverpflichtung galt, der als Grundlage für den (Wieder-)Eintritt oppositioneller Mitglieder eingeführt worden war, beantragten 13 Kreise auf dem Bundestag 1929, die über die Hälfte aller Mitglieder vertraten, dieses Schriftstück rückgängig zu machen. Einige Kreise beantragten sogar die umgehende Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen.⁵⁵² Da diese Anträge jedoch unbeantwortet blieben, schlossen sich oppositionelle Arbeitersamariter mit oppositionellen Sportlern zusammen, gründeten die „Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit“ und nannten sich fortan „Arbeiter-Sanitäter“. Angesichts der häufig gewalttätig verlaufenden Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Antifaschisten entstanden vor allem auf lokaler Ebene entsprechende Handlungsnotwendigkeiten, die zu einer Zusammenarbeit zwischen Arbeiter-Samaritern und den Ausgeschlossenen führte.⁵⁵³

⁵⁵⁰ „Die im Nachrichtenblatt für die Funktionäre des ASB. monatlich veröffentlichten Mitgliederausweise ergeben z.B. für den Zeitraum vom 15.7.26 bis 15.7.27 folgende Mitgliederbewegung: 15.7.26 Mitgliederstand 38016, 15.7.27 41270. Eine Zunahme also von über 3000 Mitgliedern im Laufe eines Jahres, mit der man anscheinend zufrieden sein könnte. Die Berechnung des Mitgliederwechsels ergibt jedoch ein durchaus unbefriedigendes Ergebnis: 15.7.26 bis 15.7.27 Zugang 12499, Abgang 9469. Die Zahlen beweisen, daß im Laufe eines Jahres genau 25 Prozent der Mitgliedschaft haben dem Bunde den Rücken gekehrt haben!“ Der Sanitäter 1927, 3. Jg. Nr. 12, S. 13f.

⁵⁵¹ Schon vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise hatte der ASB vom August 1927 bis April 1928 über 9.000 Mitglieder verloren, während nur 8.000 neu eintraten. Vgl. Moschke 1977 (2), S. 131.

⁵⁵² Vgl. ebenda.

⁵⁵³ Vgl. ebenda, S. 132.

Auf dem 10. Bundestag 1931 in Heidelberg⁵⁵⁴, dem letzten vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten, ging die ASB-Bundesleitung sogar so weit, dass sie die Teilnahme an Luftschutzmaßnahmen beschloss, um auch in diesem Bereich nicht abseits von den übrigen Sanitäts- und Rettungsorganisationen zu stehen. Sogar mit der bis dahin von den meisten ASB-lern verachteten Streikbrecherorganisation, der „Technischen Nothilfe“, wollte man auf Vorstandsebene zusammenarbeiten.⁵⁵⁵ Für die Opposition war ein erneuter Beweis erbracht, dass der ASB „in reaktionärem Fahrwasser treibt“, als über die Zeitschrift der Technischen Nothilfe bekannt wurde, dass der ASB zusammen mit der Forstbehörde, Berufs- und freiwilliger Feuerwehr, Reichswehr, Reichsbahn, Reichspost, Schutzpolizei und Rotem Kreuz bei einer Katastrophenabwehrübung bei Hannover am 10.6.1928 teilgenommen hatte, wobei sich unter den zahlreichen Ehrengästen Herr Oberpräsident Noske befunden hätte.⁵⁵⁶

Die Dienststunden auf Anforderung der Behörden kletterten in den Jahren 1929 bis 1930 von ca. 1,1 Mio. auf die enorme Menge von 1,7 Millionen an, worin sich die erstrebte Beteiligung am bestehenden Staatswesen widerspiegeln dürfte. Die Hilfeleistungen in der Öffentlichkeit wuchsen ebenso von 404.303 im Jahr 1929 auf 505.221 im Jahre 1930, während sie in den Betrieben von 345.054 im Jahr 1929 auf 268.669 im Jahre 1930 sanken.⁵⁵⁷ Auch die Art der

⁵⁵⁴ Labisch gibt an, dass von den 87 stimmberechtigten Delegierten 67 in der SPD, 2 in der KPD, 1 im ISK (= Internationaler Sozialistischer Kampfbund), 17 parteilos (!) und 78 Gewerkschafter gewesen seien. Vgl. Labisch 1979, S. 167.

⁵⁵⁵ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 130.

⁵⁵⁶ Der Sanitäter 1928, 4. Jg. Nr. 11, S. 14. Reichswehrminister Noske ordnete im September 1919 die Ausdehnung der Technischen Nothilfe auf das gesamte Reichsgebiet an.

⁵⁵⁷ Dennoch darf die Relation der gesamten Tätigkeit des ASB in diesen Jahren nicht missgedeutet werden, denn die Samaritertätigkeit hatte enorm zugenommen. 1930 leisteten Arbeitersamariter im Straßendienst, bei Sportveranstaltungen und Veranstaltungen der Gewerkschaften oder aber der Parteien und in Betrieben insgesamt in ca. 770.000 Fällen Erste Hilfe. 1930 führten sie 19.889 Krankenpflegen gegenüber 7.052 im Jahre 1926 durch. Außerdem befanden sich 1930 insgesamt 1.732 Kinder in Pflege. Die Zahl der Betriebssamariter nahm von circa 1.600 im Jahre 1923 auf 4.876 im Jahr 1930 zu. Vgl. Labisch 1979, S. 162. Moschke führt die Veränderungen der Mitglieder-schwankungen und der Dienstleistungen, Zunahme der öffentlichen und Abnahme der betrieblichen Hilfeleistungen des ASB in den folgenden Jahren auf die zunehmende Orientierung auf die Mitarbeit im Staatswesen zurück. Das Deutsche Reich bestand

Dienstdurchführung erlebte grundlegende Veränderungen. So legte die ASB-Führung Wert darauf, dass bei öffentlichen Dienstleistungen harmonisch mit der Polizei zusammenarbeitet werden sollte. Im Planungsvorfeld anstehender Versammlungen, Demonstrationen oder Umzüge hielt man es für opportun, sich vorher mit der Polizei zu verständigen, um auf etwaiges „Gedränge“ einzustellen zu sein. Selbst das Auftreten von Polizeibeamten bei Mitgliederversammlungen oder anderen ASB-Tagungen erzeugte keinen Protest mehr, sondern wurde als Zeichen gewachsener Kooperationen gesehen und wohlwollend begrüßt.⁵⁵⁸

Auf diesem Bundestag bat Kretzschmar die Mitglieder, weitere Anträge, die darauf ausgerichtet waren, die amtliche Anerkennung des Bundes zu forcieren, zukünftig zu unterlassen. Kretzschmar sah sein Ziel der vollständigen Gleichstellung und Anerkennung des ASB mit den Spitzenorganisationen der freien Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik, insbesondere mit dem Roten Kreuz, als voll und ganz erreicht an.⁵⁵⁹

von 1918 bis 1945 aus insgesamt 18 Ländern (Preußen, Bayern, Anhalt, Baden, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Hessen, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin/-Strelitz, Oldenburg, Sachsen, Schaumburg-Lippe, Thüringen, Waldeck, Württemberg). Vgl. Brockhaus 1988, S. 412. Von diesen Ländern hatten wie oben erwähnt lediglich Preußen, Braunschweig und Sachsen den ASB „anerkannt“.

⁵⁵⁸ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 130f.

⁵⁵⁹ „Außer den Vertretern der Behörden der gastgebenden Stadt und des Landes und den Abgesandten der Organisationen der Gewerkschaften und der SPD waren ferner Vertreter der Spitzenorganisationen der badischen Ärzteschaft, ein Vertreter der südwestdeutschen Vereinigung der Berufsgenossenschaften und der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene anwesend. Grußschreiben übermittelten u.a. das Reichsministerium des Inneren, der Preußische Minister für Handel und Gewerbe, der Preußische Minister für Volkswohlfahrt, die Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes und des Reichsversicherungsamtes. Der ASB war im Zentralverband für das Rettungswesen in Deutschland, einer halbamtlichen Organisation des Deutschen Reiches, im Vorstand des Zentralkomitees für das Rettungswesen in Preußen, einer amtlichen Organisation, und in einer entsprechenden amtlichen Organisation in Sachsen und Braunschweig vertreten. Der ASB war Mitglied im Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung, einer halbamtlichen Organisation, und beim Deutschen Hygiene-Museum in Dresden und in vielen anderen Verbänden, die sich zur Aufgabe gestellt hatten, die allgemeine Volksgesundheit zu heben. Ferner arbeitete der ASB in vielen Fachausschüssen mit, wurde zu öffentlichen Diensten herangezogen, erhielt staatliche Unterstützung sowie die Erlaubnis zu Straßensammlungen. Durch die Beteiligung des ASB am öffentlichen

Letztendlich kam auch das Rote Kreuz nicht umhin, den ASB als wesentlichste Organisation neben sich aufgrund dessen gewachsener gesellschaftlicher Relevanz als Sanitätsorganisation auf dem Gebiet des Rettungs- und Krankentransportwesens anzuerkennen. In einem internen Gutachten musste sich das Rote Kreuz eingestehen, dass es sich im öffentlichen Sanitätsdienst, wie früher häufiger geschehen, nicht mehr länger auf tradierte Vorrechte (mit Ausnahme des Vorzugsrechtes bei der Verwendung des durch die Genfer Konvention geschützten Rot-Kreuz-Zeichens) berufen könne. Trotz der gegensätzlichen, historisch bedingten Ausrichtung habe der ASB im öffentlichen Sanitätsdienst eine weitgehende Gleichberechtigung mit dem Roten Kreuz erreicht. Bei der Inanspruchnahme zum örtlichen Sanitätsdienst sei somit ein freier Wettbewerb entstanden, den bisherigen Vorsprung könne das Rote Kreuz auf die Dauer nur durch den weiteren Ausbau des eigenen Organisationsumfangs aufrechterhalten.⁵⁶⁰

Auch auf kommunalem Gebiet hatten die ASB-Kolonnen vielfach schon längst Arbeitsgemeinschaften mit den vorhandenen lokalen Sanitäts- und Erste-Hilfe-Organisationen gebildet. So erwähnte der Oberpräsident und Vorsitzende des Provinzialvereins vom Roten Kreuz in einem Dankeschreiben an die ASB-Kolonne Kassel, dass angesichts der gelungenen Hilfeleistung bei einem Straßenbahnunglück am 18.5.1927 in Kassel „die vor kurzem ins Leben gerufene Arbeitsgemeinschaft der freiwilligen Sanitätskolonnen (vom Roten Kreuz, d.A.), des städtischen Gesundheitsamtes, der Feuerwehr und des Arbeiter-Samariter-Bundes ... ihre erste schwere Feuerprobe vorzüglich bestanden und allgemeine Anerkennung gefunden“ hätten.⁵⁶¹ Die ASB-Kolonne Wandsbek schickte beispielsweise ab 1924 den jährlichen Geschäftsbericht an den Magistrat. In der Hoffnung auf einen jährlichen Zuschuss, der sich bisher auf 100 M

Rettungswesen arbeitete der Bundesvorstand mittlerweile sogar mit seinem ehemaligen Erzrivalen, dem DRK, zusammen.“ Labisch 1979, S. 162f.

⁵⁶⁰ „Der merkwürdige Zwiespalt in der Zielsetzung des ASB der Weimarer Republik bestand darin, dass er sich in der Tradition der Vorkriegszeit bewußt vom DRK als bürgerlicher Organisation absetzte, sich gleichzeitig aber in einer Art negativer Identifikation an der Arbeit und der Position des DRK innerhalb der Gesellschaft orientierte und letztlich eine Gleichstellung mit dieser Organisation anstrebte.“ Ebenda, S. 164.

⁵⁶¹ Der Sanitäter 1927, 3. Jg. Nr. 8, S. 11.

belief, boten sie an, „die in den Betrieben vorhandenen Verbandstaschen- resp. Kasten nach Entnahme wieder frisch aufzufüllen. Wir bitten, in Bedarfsfällen davon Gebrauch zu machen und werden hierfür unsere Selbstkostenpreise in Rechnung stellen.“ Wiederholt wiesen sie auf ihre regelmäßig stattfindenden 24-Stunden-Unfallwachen auf allen Jahrmärkten, ihre gute Erreichbarkeit durch den Anschluss an die hiesige Feuerwehr, Abhalten von jährlichen Ausbildungskursen und Geländeübungen (1924) und eine besondere Hygiene-Ausstellung zu aktuellen Volkskrankheiten, die 1925 einen öffentlichen Zuschuss von 200 M notwendig machten, hin.⁵⁶² In späteren Berichten stellten sie ihre vermehrte Tätigkeit in der Hauskrankenpflege einschließlich der kostenlosen Abgabe von Milch, Obst und Krankenpflegeartikeln, verbesserten logistischen Einbeziehung bei der „Lübeck-Büchener-Eisenbahngesellschaft“, Einführung eines Massagekurses sowie eine zunehmend verbesserte Zusammenarbeit mit dem Städtischen Wohlfahrtsamt heraus.⁵⁶³ Die ASB-Kolonie Altona bat die Deutsche Reichsbahn, sie „bei Unglücksfällen auf der Bahn zuzuziehen“. Nachdem auf Anfrage des „Reichskommissars für öffentliche Ordnung“ die Polizeibehörde Hamburg die Kolonie überwiegend unter sozialdemokratischem Einfluss sah und dadurch eine Quasi-Unbedenklichkeitserklärung erteilte, bekam der ASB den Zuschlag für sein Anliegen.⁵⁶⁴ „Der ASB war damit von seinem Aufbau und seiner Zielsetzung her zu einer freien Wohlfahrtspflegeor-

⁵⁶² Staatsarchiv Hamburg, Schreiben vom Februar 1925 an den Magistrat der Stadt Wandsbek. Obwohl sich der ASB ab 1926 vehement gegenüber Kontakten zur IAH, die in diesem Jahr zur Unterstützung des chinesischen Befreiungskampfes aufgerufen hatte, distanzierte, werden dennoch Spendenbeträge der IAH und des RFB (und auch des Reichsbanners) entgegengenommen und verbucht, wie aus den Kassenberichten der Jahre 1927/28 zu entnehmen ist. Dabei dürfte es sich um Spenden für geleistete Wachdienste bei Veranstaltungen dieser Organisationen handeln. Dass seitens der Kolonnen wenige Berührungsgänge auch gegenüber kommunistisch orientierten Verbänden vorhanden waren, deckt sich mit der Schilderung des ASB-lers Stamerjohann aus der (benachbarten) Kolonie Altona über Einsätze beim RFB etc.

⁵⁶³ Vgl. ebenda, Vorstands- und Kassenbericht über das Jahr 1928. 1932 wurde der jährliche Zuschuss wegen „erheblicher Schwierigkeiten des (kommunalen, d.A.) Etablissemens ... von bisher 100,-- RM auf 50,-- RM gekürzt. Ebenda, Verhandlungsergebnis des Magistrats Wandsbek in der Sitzung vom 16.3.1932.

⁵⁶⁴ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 307, Blatt 308.

ganisation im vorgegebenen gesellschaftlichen und politischen Rahmen der Weimarer Republik geworden.“⁵⁶⁵

Zwar hatte er spätestens nach der Auseinandersetzung mit dem PGD und den übrigen Linken seine revolutionären Traditionen aufgegeben, seine Mitgliederstruktur und sein vorrangiges Arbeitsfeld charakterisierte den ASB aber eindeutig als eine im Spektrum der Arbeiterbewegung angesiedelte Organisation und unterschied sich dadurch augenfällig vom Roten Kreuz. Die Führung des ASB akzeptierte durch ihre konsequente Abkehr von sozialistischen Zielsetzungen und die Favorisierung ihrer sozialreformistischen Einstellung die bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse der Weimarer Republik und begrenzte ihre Tätigkeit darauf, denjenigen, die in diesen Verhältnissen in Not geraten waren, Hilfe zukommen zu lassen.⁵⁶⁶ Faktisch handelte der ASB-Vorstand in Übereinstimmung mit der auf Integration und Reformismus ausgerichteten Politik der SPD-Führung, die auf dem Kieler Parteitag im Mai 1927 die zentrale Losung herausgebracht hatte: „Hinein in den Staat!“⁵⁶⁷

III.7.3. Massenausschlüsse oppositioneller Arbeiter-Samariter durch den ASB-Bundesvorstand nahmen zu

Nachdem der ASB-Bundesvorstand mit dem Erlass vom 17.7.1926 über die behördliche Anerkennung der Regierungen Sachsens und Braunschweigs hinaus auch die Preußens erhalten hatte, versuchte er nun mit Vehemenz auch bei öffentlichen Anforderungen die Gleichbehandlung mit dem Roten Kreuz zu erlangen. Um diesem keinen Anlass zur Diffamierung zu geben und dem ASB sozialistische Betätigung oder Verbindungen zu den Kommunisten nachsagen zu können, begann der ASB-Vorstand, die Einhaltung strengster politischer Neutralität aller Mitglieder zur obersten Maxime zu erklären und Verstöße rigoros zu ahnden.

Kretzschmar erklärte Anfang 1931:

⁵⁶⁵ Labisch 1979, S. 158.

⁵⁶⁶ Vgl. ebenda, S. 164.

⁵⁶⁷ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 126.

„Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns! Wir betonen zum soundsovielten Male: Im Arbeiter-Samariter-Bund haben alle Menschen, gleichgültig, welcher Partei sie angehören, Platz, wenn sie sich auf den Boden der Verfassung stellen und die Bundessatzung anerkennen.“⁵⁶⁸

Dabei stellte er heraus, dass die Zielorientierung des ASB nicht nur mehr in der besseren Versorgung der Arbeiterschaft bestehe, sondern dass der Bund für die Versorgung aller Teile der Bevölkerung tätig sein wolle.⁵⁶⁹ Dies hatte ein verschärftes Vorgehen gegen alle oppositionellen Mitglieder und Strömungen, die auf eine politische Positionierung beharrten und das Neutralitätsprinzip ablehnten, zur Konsequenz. Von nun an wurde bei kritischen Äußerungen oder verächtlichen Handlungen der Ausschluss angedroht und bei fehlendem Einlenken rigoros umgesetzt.

Vielsagend bekräftigte der Bundesvorstand unter Kretzschmar seinen Standpunkt in der Januarnummer 1929 des „Arbeiter-Samariter“:

„Die Beschlüsse der Bundestage und der Kreisleiterkonferenzen müssen für alle Mitglieder oberstes Gesetz sein, das unter allen Umständen zu achten und zu respektieren ist. Eine Organisation, die sich ihre Maßnahmen von der Straße diktieren läßt, ist bestimmt dem Untergang geweiht.“⁵⁷⁰

In Berlin schien die Arbeit der Oppositionellen zunächst von einem deutlichen Erfolg gekrönt zu sein. So konstatierte die KPD, dass es dort „unseren Genossen durch gute Arbeit gelungen (sei, d.A.), im Vorstandskörper von 13 Ämtern 6 zu besetzen“.⁵⁷¹ Aber die Reaktion des ASB ließ nicht lange auf sich warten und führte zu einer regelrechten Ausschlusskampagne. So wurden sechs der größten Abteilungen der Berliner ASB-Kolonie aufgelöst und über 150 Sanitäter ausgeschlossen. Dabei wurde zwischen Ärzten und einfachen Mitgliedern nicht unterschieden. Die Abteilungsleiter der aufgelösten Abteilungen riefen die Berliner Arbeiterschaft, alle Arbeitersamariter und Kursusteilnehmer sowie alle Arbeitersportler zu einer öffentlichen Versammlung und zur Information über die Lage im ASB auf.⁵⁷² In der Broschüre „Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf“ listete Dr.

⁵⁶⁸ Moschke 1977 (2), S. 132.

⁵⁶⁹ Vgl. ebenda, S. 125.

⁵⁷⁰ Der Sanitäter 1929, 5. Jg. Nr. 2, S. 16.

⁵⁷¹ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 297.

⁵⁷² Vgl. ebenda, Blatt 305.

med. Benjamin diverse Beispiele der opportunistischen Bundesvorstandspolitik auf.⁵⁷³ Auf der oben angegebenen Veranstaltung erschienen etwa 300 Teilnehmer, der PGD war mit etwa 40 Mitgliedern vertreten.⁵⁷⁴

Die ausgeschlossenen und die nicht aufgenommenen Kurssteilnehmer versuchten sich zu sammeln und hielten am 27. September 1928 unter Leitung des Referenten Dr. Leo Friedländer (bisheriger 2. Vorsitzender der Kolonne Berlin) und Wilhelm Wendt (bisheriger Jugendleiter) eine Veranstaltung mit dem Thema „Allgemeine Lage im ASB, unsere Aufgaben“, ab.⁵⁷⁵ Nach dem Referat Dr. Leo Friedländers wurde eine Resolution mit dem Ziel der Wiederaufnahme in den ASB verabschiedet:

„Die am 26. Oktober 1926 im Reichskasino tagende Versammlung von mehreren Arbeitersportlern und Samaritern ist empört über die unberechtigten Ausschlüsse und Abteilungsaufösungen durch den Kolonnenvorstand. Die Versammlung sieht darin eine bewußte Zerstörung der für den Kampf der Gesamtarbeiterschaft so wichtigen Samariterbewegung. Die Versammelten begrüßen den Zusammenschluß aller ausgeschlossenen und aufgelösten Abteilungen als ein Zeichen, daß die klassenbewußte Samariterbewegung nicht zerstört werden kann. Die Anwesenden geloben diesen Kampf mit allen Kräften zu unterstützen. Nieder mit den Spaltern! Nieder mit der gemeinsamen Tätigkeit mit dem Roten Kreuz! Alles für die Erhaltung einer Samariterbewegung, die treu zur Arbeiterschaft steht!“

Eine Resolution des PGD wurde auf der gleichen Veranstaltung abgelehnt. In der Versammlung wurde bekannt gegeben, dass eine Reihe von Mitgliedern der Abteilungen Lichtenberg und Wedding ebenfalls ihre Ausschlusschreiben erhalten hätten.⁵⁷⁶

So sollten ASB-ler schon dann ausgeschlossen werden, wenn ihnen beispielsweise ein Besuch im Karl-Liebknecht-Haus nachgewiesen wurde. In Wedding waren 18 Mitglieder wegen ihres Abstimmungsverhaltens ausgeschlossen wor-

⁵⁷³ Vgl. Benjamin 1928.

⁵⁷⁴ Dabei dürfte es sich um die restliche Mitgliedschaft (Lieske-Opposition) der Kolonne Groß-Berlin handeln. Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 306.

⁵⁷⁵ Vgl. ebenda, Blatt 302.

⁵⁷⁶ Ebenda, Blatt 306.

den.⁵⁷⁷ Ende 1927 geriet die Kolonne Groß-Berlin ins Visier des ASB-Bundesvorstands. Ihr wurde Zellenbildung des Kreises I vorgeworfen, da sechs ihrer Mitglieder an einer „kommunistischen Arbeiter-Samariterkonferenz in Berlin“ teilgenommen hätten. Nach § 21 des Bundesstatuts erfolgte der unverzügliche Ausschluss. Sie erhielten nicht die Möglichkeit, sich vor einem Schiedsgericht zu verteidigen.⁵⁷⁸ Im Oktober 1928 wurden ganze Kolonnen des ASB ausgeschlossen, davon sechs in Berlin mit über 150 Mitgliedern. Es wurde erwartet, dass sich alle Kolonnen dem neuen, mehrheitlich sozialdemokratischen Arbeitersportkartell anschließen sollten. Bei Weigerung erfolgte der Ausschluss.⁵⁷⁹ In der Ausschlusswut ging der Bundesvorstand sogar so weit, dass selbst die Zugehörigkeit zahlreicher Mitglieder zur SPD nicht mehr berücksichtigt wurde.

Die Auswirkungen waren umgehend spürbar. Das Arbeitersport- und Kulturkartell Groß-Berlin beklagte sich über die unzureichende Hilfeleistung durch den ASB bei seinen Sportveranstaltungen. In Wedding habe der Berliner Vorstand die stärkste Berliner Abteilungskolonnie aufgelöst und viele alte und bewährte Arbeitersamariter wegen Meinungsverschiedenheiten ausgeschlossen. Als Folge davon wurde der nicht funktionierende Samariterdienst beklagt. Obendrein wurde es als Provokation gewertet, dass ab dem 15.4.1926 für „jeden diensttuenden Samariter (für anderthalb bis zwei Stunden Dienst) ohne Materiallieferung 75 Pfennig und mit Materiallieferung 1 Mark gezahlt werden müßten“.⁵⁸⁰

⁵⁷⁷ Diese seien ausgeschlossen worden, weil sie einem Antrag des sozialdemokratischen Abteilungsleiters zugestimmt hätten, wobei dieser aber selbst unbehelligt geblieben sei. Vgl. ebenda, Blatt 300, Blatt 306.

⁵⁷⁸ Vgl. ebenda, Blatt 300.

⁵⁷⁹ Auf der Veranlassung der „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege“ wurde ein neues Kartell gebildet, um die Linke zu isolieren. Über 200 Berliner Arbeitersportvereine mit über 25.000 Arbeitersportlern weigerten sich, diesem beizutreten, und wurden demzufolge ausgeschlossen. Ebenso weigerten sich über die Hälfte der etwa 1.000 Mitglieder zählenden Gesamtmitgliedschaft der ASB-Kolonnen Berlin. Dieser Konflikt führte zu den Massenausschlüssen im Berliner ASB. Vgl. Der Sanitärer 1928, 4. Jg. Nr. 12, S. 15.

⁵⁸⁰ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 277.

In Neukölln, Friedrichshain, Schöneberg, Tiergarten, Mitte und Tempelhof lösten die sozialdemokratischen Kolonnenvorstände „mit Machnitzki und Zieger an der Spitze“ Kolonnen wegen ihrer politisch oppositionellen Haltung auf. In Spandau wurde der langjährige Abteilungsleiter wegen „bundesschädigenden Verhaltens“ ausgeschlossen.⁵⁸¹

Auch im rheinischen ASB-Kreis V eskalierte im Juni 1927 die Situation. Ein Rundschreiben, das die Düsseldorfer Organisation der IAH an zahlreiche Arbeiterorganisationen, so auch an die ASB-Kolonnen ihres Bezirks, versandt hatte, gab dem Bundesvorstand einen willkommenen Anlass, Massenausschlüsse gegen kritische ASB-Kolonnen anzudrohen. Die IAH rief zur „China-Hilfe“ für den chinesischen Befreiungskampf auf. Eine Reihe von Kolonnen hatte ihre Bereitschaft zur aktiven Samariterhilfe für den chinesischen Befreiungskampf bereits erklärt. Dem ging voraus, dass der ASB-Bundestag Ostern 1925 zu Berlin den korporativen Austritt aus der IAH wegen seiner angeblich einseitig kommunistischen Orientierung beschlossen hatte. Der Kreistag des V. ASB-Kreises, der am 9./10.5.1925 stattfand, entschied sich jedoch für den Verbleib in der IAH.⁵⁸²

„Der ASB. lehnt jede Verbindung mit der IAH. ab. Er hat mit ihr weder Verhandlungen gepflogen noch überhaupt in der ganzen Angelegenheit etwas zu tun. Die ganze Schreibweise ist geeignet, den ASB. zu kompromittieren. Wir lehnen die Verantwortung für diesen Artikel ab. ... Wir ersuchen unsere Bezirks- und Kreisleitungen oder auch Kolonnenleitungen, denen die Kolonnen, die sich bereits schon beteiligt haben, bekannt sind, uns diese zu melden, damit wir die weiteren Schritte gegen die Disziplinbrecher einleiten können. Es ist außerordentlich bedauerlich, dass der 5. Kreis (Rheinland) nicht unterlassen konnte, dem ASB. Schwierigkeiten zu bereiten ... Wir müssen wohl oder übel, um für die Zukunft derartige Disziplinlosigkeit zu unterbinden, auch in diesem Fall scharf zuzugreifen, und wir werden versuchen, alle von außen geführten Spaltungsmanöver gegen unseren Bund zu unterdrücken. Mitglieder, die sich bereits zur Verfügung gestellt haben, scheiden ohne weiteres aus dem Bund aus.“⁵⁸³

⁵⁸¹ In Schöneberg hätte die Opposition mit 21 gegen 5 Stimmen bei Stimmenthaltungen, in Tiergarten mit 12 gegen 4 bei 2 Enthaltungen und mit etwa 25 gegen 10 in Mitte für die Forderungen, z.B. nach Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen und Aufhebung der Auflösungsdekrete, gestimmt. In Wedding seien trotz der Ausschlüsse vor 1,5 Jahren wieder politische Verhältnisse zu Gunsten der Opposition eingekehrt. 17 gegen 12 Stimmen waren für die Wiederaufnahme. Der Sanitäter 1928, 4. Jg. Nr. 10, S. 13f.

⁵⁸² Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 136.

⁵⁸³ Ebenda, Blatt 288.

Die Beklagten wehrten sich standhaft, als erste nahm die ASB-Gruppe Solingen einstimmig durch folgende Resolution Stellung:

„Die Mitgliederversammlung lehnt auf das entschiedenste ab irgendwelche Beteiligung bei bürgerlichen Veranstaltungen, Reichsgesundheitswoche, Gesolei, sowie bei der internationalen Tagung in Amsterdam. Weiterhin protestiert die Mitgliederversammlung gegen das unproletarische Verhalten des Bundesvorstandes gegenüber der China-Hilfsaktion, und fragt die Mitgliedschaft in bezug auf das letztere: Wo bleibt hier unser Wahlspruch: ‚An jedem Ort, zu jeder Zeit, sind wir zur ersten Hilfe bereit.‘?“⁵⁸⁴

Diese Resolution wurde dem Bundesvorstand einschließlich eines „geharnischten Begleitschreibens“ zugestellt und dürfte das Fass zum Überlaufen gebracht haben. Die ausgeschlossenen Arbeiter-Samariter führten allerdings ihre Tätigkeiten fort und nannten sich von nun an „Arbeiter-Sanitäter“ bzw. „Arbeiter-Sanitätskolonne“. Die Bevölkerung machte keinen großen Unterschied, ihr ging es um die Fortführung der Arbeiter-Samaritertätigkeit an sich. Die Arbeiter-Sanitäter konnten sich des politischen Rückhalts sicher sein, denn in diesen Regionen war die revolutionäre Linke zumeist die dominierende politische Kraft.

Der Hintergrund für das rigorose Vorgehen des Bundesvorstands dürfte darin bestanden haben, dass der „Preussische Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege“ der IAH die zuvor erteilte Erlaubnis zur Geldsammlung, die eine Unterstützung durch den ASB enthielt, eingeschränkt hatte und in einem gesonderten Schreiben an die ASB-Bundesleitung explizit darauf verwies, indem er die Verwendung der Erträge „für die Ausrüstung südchinesischer Sanitätshelfer, Beschaffung von Medikamenten und Sanitätsmaterial“ einschränkte.⁵⁸⁵

Welche Kräfteverhältnisse in der Arbeiter-Samariter-Bewegung im Rheinland vorlagen, offenbarte der Bericht des Regierungspräsidenten Düsseldorf an den Preußischen Minister für Wohlfahrt nach Berlin. Nach einzelner Darstellung der 44 ASB-Ortsgruppen kommt er zu dem Schluss, dass von 1.944 Mitgliedern 1.235 (63,5%) Kommunisten seien. So resümierte er, dass die kommunistischen

⁵⁸⁴ Ebenda.

⁵⁸⁵ Vgl. ebenda, Blatt 289.

tischen Bestrebungen, „den Arbeitersamariterbund zu einer politischen, linksradikalen proletarischen Kampforganisation umzuwandeln, von wenigen Ausnahmen abgesehen, soweit mein Bezirk in Frage kommt, von beachtlichem Erfolg gewesen sind.“⁵⁸⁶

In Düsseldorf entstand aus dem ASB eine PGD-Gruppe, die sich heute „Arbeiter-Sanitätskolonne“ nennt. Ebenso gründete sich in Ohligs eine PGD-Gruppe, die sich aber nach Unterzeichnung des Reverses wieder die Bezeichnung Arbeiter-Samariter-Bund beigelegt habe, „ohne dass eine Änderung der Mitglieder oder ihrer politischen Einstellung erfolgt wäre.“⁵⁸⁷

Nach Ausschluss der oppositionellen Samariter im Rheinland berichtete der Polizeipräsident Köln, dass dort zwar der PGD seit Januar 1926 aufgelöst sei, der Sanitätsdienst bei kommunistischen Veranstaltungen jetzt von der „Arbeiter-Sanitätskolonne“ versehen würde, „deren Bundesleiter zwar als einwandfrei zu bezeichnen ist, deren Mitglieder aber größtenteils der KPD. nahestehen“.⁵⁸⁸

Ähnliches stellte der Regierungspräsident Arnsberg am 3.3.1926 und am 14.4.1926 fest. Zwar würden sowohl in den größeren Städten und in vielen Gemeinden des industriellen Teils des Bezirks ASB-Ortsgruppen bestehen,

„jedoch haben im allgemeinen die Mitglieder der S.P.D. die Ueberzahl gegenüber den Mitgliedern der kommunistischen Partei. In Gevelsberg, Kreis Schwelm, Hörde, Herne, Gelsenkirchen und auch in den Kolonien (gemeint sind wohl Kolonnen, d.A.) des Landkreises Dortmund haben jedoch die Mitglieder der kommunistischen Partei die Ueberzahl und Führung. Wenn auch eine eindeutige linksradikale Betätigung der einzelnen Ortsgruppen nicht festgestellt ist, so sprechen doch vielfache Beobachtungen in den zuvor genannten Kreisen dafür, dass die Ortsgruppen des Arbeiter-Samariterbundes nicht überall unbedingt als völlige neutrale Wohlfahrtsorganisationen anzusehen sind. So berichtet der Landrat des Kreises Dortmund: „Besondere Beobachtungen bezüglich der politischen Einstellung sind nicht gemacht, doch handelt es sich offenbar um eine linksradikale Organisation, da bei kommunistischen Veranstaltungen die weiblichen Mitglieder dadurch besonders gekennzeichnet sind, dass sie grellrote Kopfhäuben und rote Blusen oder auch Schürzen tragen.“⁵⁸⁹

⁵⁸⁶ Ebenda, Blatt 205.

⁵⁸⁷ Ebenda, Blatt 199ff.

⁵⁸⁸ Vgl. ebenda, Blatt 296.

⁵⁸⁹ Ebenda, Blatt 217.

Der Regierungspräsident in Arnberg sowie der Regierungspräsident in Münster berichten aus ihren Bezirken, dass der Arbeiter-Samariter-Bund stark radikal eingestellt ist und unter kommunistischer Führung steht. „Dagegen sind im Regierungsbezirk Minden die Arbeiter-Samariter-Kolonnen als gemäßigt anzusehen, weil hier die Mitglieder hauptsächlich der SPD angehören.“⁵⁹⁰

Auch in Sachsen ging der Bundesvorstand radikal gegen oppositionelle Abteilungen, teilweise auch auf gerichtlichem Wege, vor.⁵⁹¹ Eine der spektakulärsten, grotesk anmutenden Auseinandersetzungen fand in Leipzig statt, wo seitens des Bundesvorstands versucht wurde, den ASB-Kolonnenleiter seiner Funktion zu entheben.⁵⁹² Dieses wurde offenbar verhindert, da sich der überwiegende Teil der Kolonnenmitglieder hinter ihn stellte und er in seiner Funktion belassen werden musste.⁵⁹³ Der Kolonnenvorsitzende Arthur Böhme war Kommunist, seit 1924 Bundesrevisor und damit Mitglied des ASB-Bundesvorstandes. Ihm war Unterschlagung, Beraubung von Sammelbüchsen und ähnliche Dinge vorgeworfen worden, wodurch er sowie der gesamte Kolonnenvorstand Leipzigs, einschließlich der zugehörigen SPD-Mitglieder, ausgeschlossen wurde, was aber widerrufen werden musste⁵⁹⁴

Durch ihre persönliche Anwesenheit auf den Kolonnensitzungen im September 1927 versuchten Mitglieder des Bundesvorstandes, seinen Ausschluss zu erzwingen, für ihn sollte der Angestellte Otto Mylius (SPD) eingesetzt werden, was allerdings den energischen Widerstand der Kolonnenmitglieder und Ärzte hervorrief.⁵⁹⁵ „Eine Kolonnengeneralversammlung stellte sich aber hinter unse-

⁵⁹⁰ Vgl. ebenda, Blatt 219.

⁵⁹¹ Ebenda, Blatt 291-292.

⁵⁹² Vgl. Moschke 1977 (2), S. 126.

⁵⁹³ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 297.

⁵⁹⁴ „Herr Rechtsanwalt Dr. Alfred Jacoby erklärt namens des Herrn Theodor Kretschmar in Chemnitz, des Herrn Eugen Richter in Chemnitz und des Herrn Franz Skokan in Leipzig, dass diese soweit in einer im Mai 1928 erschienenen Flugschrift Herrn Arthur Böhme Vorwürfe gemacht worden sind, die ihn ehrenrühriger und strafbarer Handlungen, insbesondere einer Unterschlagung bezichtigen, solche Vorwürfe nicht aufrechterhalten können und wollen, und überdies die Äußerung, Herr Böhme habe ruchlos und gemein gehandelt, zurücknehmen.“ Die Stellungnahme musste in der Februar-Ausgabe 1929 des Arbeiter-Samariters veröffentlicht werden. Der Sanitäter 1929, 5. Jg. Nr. 1, S. 1f.; Nr. 2, S. 14f.

⁵⁹⁵ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 301.

re Genossen, sodass der anwesende Bundesvorsitzende gezwungen war, ihn in seiner Funktion zu belassen.“⁵⁹⁶

Ein halbes Jahr später versuchte der Bundesvorstand, dem gesamten Zentralvorstand der Leipziger Kolonne einen ständigen Verstoß gegen die Satzung und die Arbeit der Arbeitersamariterbewegung nachzuweisen. Daraufhin wurde der komplette Zentralvorstand der Leipziger Kolonne mit allen 18 Mitgliedern ausgeschlossen. Als kommissarische Leiter wurden zwei ASB-Mitglieder eingesetzt, die Jahre zuvor selbst von der Leipziger Kolonne ausgeschlossen worden und der politischen Einstellung des Bundesvorstandes angenehm waren.⁵⁹⁷ Insgesamt wurden 150 Leipziger ASB-ler, die Hälfte aller Leipziger Arbeitersamariter ausgeschlossen, weil sie sich weigerten, den Revers zu unterschreiben.⁵⁹⁸

Im gesamten Reichsgebiet weigerten sich viele Kolonnen, selbst die unter sozialdemokratischer Leitung standen, den Revers der Bundesleitung zu unterschreiben, und forderten dessen Zurücknahme. Widerstand leisteten u.a. aus dem I. Kreis die Abteilungen Adlershof, Spandau und Köpenick, Bernau, Kolonne Berlin, der 6. Bezirk (Strausberg, Senzig und andere), II. Kreis: Kolonne Leipzig, Reichenheim, Chemnitz, III. Kreis: Kolonne Piestritz, Herburg, Querfurt etc., V. Kreis: Bezirk Solingen und die Kolonne Essen, VII. Kreis: Stuttgart, Göppingen, Cannstadt, Tuttlingen, XXIV. Kreis: u.a. die Kolonne Aachen.⁵⁹⁹

In seinem Kampf gegen die Opposition ging der Bundesvorstand so weit, dass er erklärte, dass Ärzte, die Mitglied im „Verein sozialistischer Ärzte“ waren, prinzipiell nicht mehr in den ASB aufgenommen werden könnten. Sie würden „nicht genügende Gewähr bieten, im Interesse des ASB. zu arbeiten.“ So wurden in Berlin und in Leipzig Ärzte wegen ihrer oppositionellen Einstellung „ohne Angaben von Gründen“ ausgeschlossen bzw. die Neuaufnahme in den

⁵⁹⁶ Ebenda, Blatt 297.

⁵⁹⁷ Vgl. Moschke 1974.

⁵⁹⁸ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 127.

⁵⁹⁹ Vgl. Der Sanitäter 1929, Jg. 5, Nr. 2, S. 15f.

ASB verwehrt, obwohl diese „bereits monatelange Ausbildungsarbeit in der Kolonne geleistet haben.“⁶⁰⁰

Ähnliche Vorgehensweisen hatte es in Halle gegeben, wo der Bundesvorstand den 1. Kreisvorsitzenden Keßler seiner Funktionen enthob und aus dem Bund ausschloss. Auch hier wurde der kommissarische Kreisleiter Ferchland aus Halle eingesetzt. Bei dieser Sitzung war auch Kretzschmar anwesend, der Keßler des Saales verwies, dabei aber die Mehrzahl der Delegierten gegen sich aufbrachte.⁶⁰¹

Die KPD empfahl, dass es wichtiger sei, den ASB als Klassenkampforganisation vom Proletariat anerkannt zu bekommen statt auf die Anerkennung durch Behörden zu setzen. Die Kolonnen sollten noch enger mit den Arbeitersportorganisationen und der IAH zusammenarbeiten.⁶⁰² Ebenso sollten die Arbeitersportler die Gründungen von eigenen Sportabteilungen des Reichsbanners ablehnen. Auf unterster Ebene sollten die ASBler beschließen, dass bei keinen bürgerlichen Veranstaltungen Dienst stattfindet. Denn das habe bei den Arbeitersportlern „zu einer beträchtlichen Mißstimmung gegen den ASB“ geführt. Jeglicher Dienst bei Bürgerlichen muss von den Kolonnen und Abteilungen abgelehnt und dies muss durch Beschluss festgelegt werden, um dem Bundesvorstand zu zeigen, dass die Mitgliedschaft mit seinem Verbleib nicht einverstanden ist. Weiterhin wird die Tatsache, „daß die SPD den Apparat in den Händen hat und die Funktionäre stellt“, zum Anlass genommen, Fraktionstätigkeit zu organisieren und auszubauen. Dabei sei natürlich äußerste Vorsicht nötig, „da Fraktionsarbeit im ASB mit Ausschluß geahndet wird.“ Die Kommunisten im ASB müssten erfasst und in eine Kartothek aufgenommen werden. Weiterhin wird empfohlen, sich eng mit der Bezirkssport-Fraktionsleitung zu verbinden, dieser Bericht zu erstatten, sodass Auswertungen auch anderen Bezirken zugutekommen können.⁶⁰³

⁶⁰⁰ Vgl. Der Sanitäter 1928, Jg. 4, Nr. 7/8, S. 30.

⁶⁰¹ Vgl. Der Sanitäter 1929, Jg. 5, Nr. 1, S. 15.

⁶⁰² Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 292.

⁶⁰³ Vgl. ebenda.

Nicht nur die Kommunisten gerieten ins Kreuzfeuer der Säuberungen, auch Sozialdemokraten und Unorganisierte. Der Zorn der Opposition wurde geschürt, als auf der Kreisleiterkonferenz am Tage der Einweihung des neuen Bundeshauses am 15.9.1928 berichtet wurde, dass ASB-Kolonnen mit dem „Roten Kreuz“ oder dem „Kaiserlichen Automobil-Club“ zusammengearbeitet hätten. Gleichzeitig wurde empfohlen, gemeinsame Übungen mit den städtischen Rettungswachen durchzuführen, obwohl diese durch das Rote Kreuz betrieben würden.⁶⁰⁴ Bezüglich der Dienststellung beim monarchistisch geführten kaiserlichen Automobilklub oder anderen bürgerlichen Motorradfahrerverbänden ließ der ASB folgende Stellungnahme verlautbaren:

„Weiter ersuchen wir, Dienste für den frühern kaiserlichen Automobilklub und die bürgerlichen Motorradfahrer abzulehnen oder nur dann einen Bereitschaftsdienst zu übernehmen, wenn andere Samariterorganisationen nicht vorhanden sind.“⁶⁰⁵

Dies musste von der Linken als ein erneutes Hintertürchen empfunden werden. Als eines der wichtigsten Argumente wurde die peinliche Teilnahme am „3. Internationalen Kongress für Rettungswesen und Erste Hilfe bei Unglücksfällen“, der am 5.1.1926 in Amsterdam stattfand, gewertet. Die sozialdemokratischen Führer des Bundesvorstandes hätten sich über verpflichtende Beschlüsse der „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege“ hinweggesetzt, denn diese Veranstaltung sei überwiegend von Rotkreuz-Organisationen getragen worden. Der ASB sei dort mit einer Delegation von fünf Personen erschienen, was den Rückschluss zulasse, dass man sich dort nicht nur informieren wolle, sondern die Perspektive einer Mitarbeit anstrebe. Obendrein sei es zu einer Blamage gekommen, da das Deutsche Rote Kreuz die ASB-Delegation gehindert hätte, an einem Rettungswettkampf teilzunehmen. Dieses offene Bündnis des ASB mit einer bürgerlichen Organisation sei erstmalig in der Geschichte der deutschen Arbeitersportbewegung.⁶⁰⁶

Die Ausgeschlossenen blieben nicht untätig. Da es in anderen Arbeiterkulturorganisationen, insbesondere unter den Arbeitersportlern, ebenfalls zu Massenaus-

⁶⁰⁴ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 304.

⁶⁰⁵ Der Sanitäter 1928, 4. Jg. Nr. 4/5, S. 5f.

⁶⁰⁶ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 246.

schlüssen gekommen war, fanden sich diese in der sogenannten „Kampfgemeinschaft Rote Sporteinheit“ zusammen. Auf Konferenzen 1930 in Leipzig und 1931 in Erfurt (Landeskonferenz der oppositionellen Samariter) stimmten die Arbeiter-Sanitäter weitere Vorgehensweisen ab.⁶⁰⁷ Berührungspunkte mit den Arbeiter-Samaritern blieben bestehen. Sowohl in Greifswald, Jena, Leipzig, Chemnitz, Dessau, im V. Kreis (Rheinland-Westfalen) und anderen Orten kam es immer wieder zu gemeinsamen Einsätzen mit ihnen und den Arbeiter-Sanitätern.⁶⁰⁸

So fand an den Sonntagen 20. Juni und 3. Juli 1927 in Hannover seitens des Arbeiter-Samariter-Bundes zum ersten Male öffentliche Werbe- und Sammel-tage statt, zu denen für das gesamte preußische Staatsgebiet die Genehmigung erteilt worden war. Ein Propagandaumzug, an dem sich neben dem Gesamtspielkorps des Reichsbanners auch die Arbeiter-Radfahrer beteiligten, eröffnete am 26. Juni die Werbewoche. Auf den verschiedensten Plätzen der Stadt fanden an den Sammeltagen Konzerte der Reichsbannerkapelle und des Arbeiter-Sängerkartells statt. Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei hatte auf Anweisung der Parteileitung und der Bundesleitung des R.F.B. den Arbeiter Samariter Bund ersucht, bei der Werbung und Sammlung auch Mitglieder der K.P.D. hinzuziehen. Im Einvernehmen mit der Samariter Kolonne hatte die KPD. etwa 40 Personen zum Sammeln zur Verfügung gestellt.⁶⁰⁹

1929 löste Kretschmar im westlichen Gebiet 24 Kolonnen mit annähernd 700 Mitgliedern auf einen Schlag auf.

III.7.4. Anpassungsmanöver der ASB-Führung gegenüber der erstarkenden nationalsozialistischen Bewegung

Trotz aller offensichtlichen Anzeichen weigerte sich die SPD-Führung, das Ende ihrer legalen Existenz zu akzeptieren. Dabei half ihr auch nicht, dass sie bei der Wahl nach dem Reichstagsbrand im März 1933 noch 18,3% der Wähler-

⁶⁰⁷ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 131/132.

⁶⁰⁸ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 132.

⁶⁰⁹ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 293.

stimmen erhielt, während die KPD auf 12,3% zurückging. Bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz verstand es die sozialdemokratische Fraktion durch die mutige Rede von Otto Wels, ihre Würde zu bewahren und die Demokratie zu verteidigen. Die Kommunisten waren schon vollständig in die Illegalität gedrängt. Obwohl die Basis und die mittlere Funktionärschicht die Aufnahme des illegalen Kampfes verlangten, erklärte der Vorsitzende den Austritt aus der „Internationalen“, weil diese die Wahrheit über die Lage in Deutschland sagte. Der SPD-Vorstand verbot der Jugendorganisation die Aufnahme illegaler Organisationsarbeit. Damit erhoffte er sich Schonung und Erhalt der Legalität. Ein Teil emigrierte nach Prag, mit Paul Löbe an der Spitze sollte ein Inlandsvorstand unter den neuen Verhältnissen gebildet werden. Die Gewerkschaftsführung versuchte, sich Hitler als Hilfskraft anzubieten. Dennoch wurde am 22.6.1933 die SPD verboten, ihre Mandate gestrichen; dem ADGB war es schon am 2.5.1933 so ergangen.⁶¹⁰

Trotz Übergriffen, Verfolgung und Inhaftierungen von ASB-Mitgliedern, der Zerstörung von ASB-Wachen und Plünderungen des Kolonneneigentums rief der Bundesvorstand in der Aprilnummer 1933 des „Arbeiter-Samariter“ seine Mitglieder auf, sich den neuen Machthabern in der jetzigen „Zeit des Neuaufbaus“ zur Verfügung zu stellen und setzte dabei auf seine jahrelang praktizierte Selbstverpflichtung zur ideologischen Neutralität:

„An die Mitglieder des Arbeiter-Samariter-Bundes!

Durch die Umgestaltung der politischen Verhältnisse im Deutschen Reich in der letzten Zeit ist vielfach die Meinung aufgetaucht, daß auch der Arbeiter-Samariter-Bund eine politische Organisation sei und es ist vorgekommen, daß einzelnen unserer Kolonnen das Arbeiten unmöglich gemacht wurde; in einigen Fällen ist sogar das Kolonnenmaterial beschlagnahmt worden.

Der Arbeiter-Samariter-Bund war zu keiner Zeit eine politische Organisation. Seine ganze Tätigkeit war und ist eingestellt auf neutrale Grundlage. Das ganze Streben des Arbeiter-Samariter-Bundes ging dahin, allen Menschen, gleichgültig, welchen Standes oder sonstigen politischen oder religiösen Einstellung, im Falle der Gefahr zu helfen und beizustehen. Sein höchstes Streben war, insbesondere die gesundheitlichen Belange der Arbeiterschaft wahrzunehmen und für die Förderung der Volksgesundheit einzutreten. Daß der Arbeiter-Samariter-Bund auf diesem Gebiet Außerordentliches geleistet hat, beweisen seine Jahresberichte und statistischen Aufzeichnungen zur Genüge.

⁶¹⁰ Vgl. Abendroth 1978, S. 68ff.

Wir halten unsere Mitarbeit auf gesundheitlichem Gebiete in der heutigen Zeit des Neuaufbaues notwendiger denn je. Die ungeheure Arbeitslosigkeit der letzten Jahre hat es bewirkt, daß die gesundheitlichen Verhältnisse, ganz besonders des arbeitenden Volkes, gelitten haben, und in der kommenden Zeit werden sich die Folgen um so mehr bemerkbar machen. Da der Arbeiter-Samariter-Bund in der ganzen Zeit seines 24jährigen Bestehens von keiner politischen Partei abhängig war, konnte er sich voll und frei entfalten und nur seiner Tätigkeit leben. Dieses hohe und hehre Ziel soll uns auch für die Zukunft vorschweben, und wir erklären hier ganz offen, auch unter der neuen Staatsführung uns vorbehaltlos an dem Wohlergehen des deutschen Volkes und der deutschen Nation und an der Mitarbeit zur Gesunderhaltung des deutschen Volkes zu betätigen.

Wir erwarten von unserer gesamten Mitgliedschaft, daß sie ihre Tätigkeit nach wie vor in vollem Maße und in neutraler Weise ausgeübt und daß es nach wie vor Unterschiede in der Behandlung erkrankter und verletzter Menschen nicht geben kann. Wir wollen nach besten Kräften mitarbeiten, um die schwere Not unseres Volkes und damit auch die gesundheitlichen Schädigungen überwinden zu helfen.

In diesem Sinne befinden wir uns im voraus mit unseren Mitgliedern im Einverständnis.

Der Bundesvorstand des ASB.⁶¹¹

Um ein Verbot aufgrund der Zugehörigkeit zu einer „marxistischen Organisation“ zu verhindern, wandte sich Kretzschmar am 27.3.1933 schriftlich an den Reichsinnenminister der neuen Regierung und bot die Kooperation des ASB an, wobei er die Reichswichtigkeit seiner Organisation auch unter den neuen politischen Bedingungen aufzuzeigen versuchte.⁶¹² Dabei hoffte er, dass die seit 1927 stattfindenden Ausschlüsse oppositioneller Arbeiter-Samariter von den neuen Machthabern gewürdigt und durch eine Erlaubnis zum Weiterbestehen entsprechend gratifiziert würden. Dabei war er sich der Denunziation nicht zu schade und wies auf die proletarischen Organisationen hin, in denen die oppositionellen, ausgeschlossenen bzw. nicht aufgenommenen Arbeiter-Samariter ihr neues politisches Betätigungsfeld gefunden hatten.

„Aber abgesehen von diesen, in der Satzung festgelegten Verpflichtungen, hat der ASB stets auf Reinhaltung seiner Organisation von politischen Einflüssen gesorgt. Den besten Beweis haben wir damit erbracht, daß wir Mitglieder der kommunistischen Richtung aus dem ASB ausgeschlossen haben, weil diese versuchten, die ASB-Kolonnen zu politisieren ... Dieses hat dazu geführt, dass diese ausgeschlossenen Mitglieder sich eigene Verbände gegründet haben. Wir nennen hier den Proletarischen Gesundheitsdienst, die sogenannte Kampfgemeinschaft („Rote Sporteinheit“, d.A.), die ihren Sitz in Berlin hatte und dem Sportverein Fichte angeschlossen war. Weiter nennen wir im Rheinland den West-

⁶¹¹ Der Arbeiter-Samariter, 24. Jg. Nr. 4, April 1933.

⁶¹² Vgl. Moschke 1977 (2), S. 133.

deutschen Arbeiter-Samariter-Verband, einige andere Sparten gibt es noch in Hamburg und Altona.⁶¹³

Auch auf regionaler Ebene erstrebten rechtssozialdemokratisch ausgerichtete Kolonnenvorstände die Gunst der neuen Machtinstitutionen zu erhalten, wobei sich die Realitätsverleugnung mit einer naiven Vertrauensseligkeit in den erhofften Verhandlungserfolg des Bundesvorstandes vermischte:

„Der Arbeiter-Samariter-Bund e.V.

Mitteilungsblatt der Kolonne Altona - April 1933 - 4. Jahrgang

Durch Verfügung des Reichsministeriums sind alle Marxistischen Verbände die bisher zur Verfügung gestellten Räume entzogen worden. Des weiteren sollen diese Verbände keine Mittel mehr gegeben werden. Leider wurde auch der A.S.B. zu den marxistischen Verbänden gerechnet, obwohl hierzu keine Veranlassung vorlag. Trotz dieser Maßnahme ersuchen wir unsere Kolonnen, sich unbedingt jeder Anordnung zu fügen. Der Bundesvorstand steht zur Zeit mit dem Reichsministerium des Innern in Berlin in Verhandlung. Wir hoffen, daß es uns gelingt, alle die gegen den A.S.B. getroffenen Maßnahmen rückgängig zu machen und den A.S.B. als reichswichtige Organisation anzuerkennen. Ein Verbot unserer Kolonne ist nirgends erfolgt. Der A.S.B. ist eine neutrale Organisation. In seinen Reihen ist kein Platz zur Auseinandersetzung über die jeweilige Staatsform. Seine Mitglieder dienen allen Schichten der Bevölkerung, gleichgültig welche Staatsform vorhanden ist und stellt sich genauso zur Verfügung wie zu jeder anderen Zeit.

Es ist selbstverständlich, daß die Organisationsarbeit im vollem Maßstabe aufrecht erhalten bleibt. Die Kolonne verrichtet ihre Tätigkeit wie früher, es wird nichts geändert. Im Bezug auf die Dienstleistung empfehlen wir folgendes: ‚Alle Mitglieder sind verpflichtet, im Rahmen der Dienstordnung ihre Dienste zu erfüllen.‘ Während seiner nunmehr 23jährigen Tätigkeit geübte Neutralität innerhalb des Dienstes bleibt nach wie vor bestehen. Kranke- und verletzte Menschen sind hilfebedürftig und werden nach wie vor keinerlei Ausnahmen bei der Hilfeleistung gemacht. Das war bisher das größte Ziel des A.S.B. und wird es auch für die Zukunft bleiben. ‚Sorgt für Reinheit in unserer Organisation‘. Der Magistrat der Stadt Altona hat im Verfolg der Verfügung des Reichsministeriums uns die Benutzung der Jugendheime untersagt. Bis zur Regelung dieser Angelegenheit durch den Bundesvorstand fallen alle angesetzten Veranstaltungen der Abteilungen aus. Diese Maßnahme wird von uns sofort widerrufen, sobald die Möglichkeit dazu besteht. Wir werden uns wegen der Abhaltung von Übungsabenden und Versammlungen erst mit dem Polizeipräsidium in Verbindung setzen müssen, um nicht Gefahr zu laufen, daß unsere Veranstaltungen von der Polizei ausgehoben werden. Dieses sind wie gesagt nur Vorsichtsmaßnahmen, die dazu angetan sind, die endgültige Anerkennung unserer Tätigkeit zu erhalten.

Ab Monat April wird von den Mitgliedern ein Extrabeitrag von Rm 0.10 für das Erholungsheim Moisburg erhoben. Der Ertrag des Beitrages dient zur Aufrechterhaltung der Zahlungsverpflichtungen an die Regierung in Lüneburg. Als Quittung werden den Mit-

⁶¹³ Ebenda, S. 133.

gliedern Bausteine im entwerteten Zustand verabfolgt. Die vom Preußischen Staatsministerium am 8. März ausgesprochene Bewilligung der Sammlung ist zurückgezogen worden. Der Bundesvorstand will versuchen, zu einem späteren Termin die Sammelgenehmigung zu erhalten. Ein direktes Sammelverbot liegt bisher nicht vor.

Den Beginn unseres Massagekursus müssen wir Umstände halber zu einem späteren Termin verlegen.

Mitglieder, welche aktiv werden wollen, müssen ihre Wohnung und möglichst ein Telefon in der Nähe ihrer Wohnung angeben.⁶¹⁴

Am 24.4.1933 forderte Kretzschmar in einem Rundschreiben angesichts der bevorstehenden, von den Nationalsozialisten ausgerichteten Maiaumzüge von den noch bestehenden Kolonnen, sich nicht aufzulösen oder zu resignieren, sondern sich „dem obersten Führer der NSDAP am Orte“ für die Begleitung und Betreuung der Maiaufmärsche zur Verfügung zu stellen.⁶¹⁵ Gleichzeitig wandten sich er und der Bundestechniker Dunkel an den nationalsozialistischen Reichsinnenminister Frick mit der Bitte, den Bund als „reichswichtige Organisation“ anzuerkennen, um nicht unter das Verbotsgesetz für „marxistische Organisationen“ zu fallen. „Der ASB hat ständig auf neutralem Boden gestanden und er wird es für die Zukunft um so mehr tun, eben in der Hoffnung, dass seine Arbeit unersetzlich und unbedingt notwendig ist.“⁶¹⁶

Obwohl mittlerweile Tausende von Sozialdemokraten und Kommunisten verfolgt und eingekerkert wurden und sich die SA und das DRK des Eigentums des ASB bemächtigte, verstieg sich Kretzschmar in seiner Unterwürfigkeit gegenüber den braunen Machthabern sogar so weit, dass er ihnen zusicherte, den Bund voll und ganz auf dem Boden der „neuen nationalen Regierung“ stellen und dieselbe in jeder Form nach seinen Kräften unterstützen zu wollen.⁶¹⁷ Dieser Schritt kam einem endgültigen Verrat der proletarischen Traditionen des ASB gleich.

⁶¹⁴ Arbeiter-Samariter-Bund e.V., Mitteilungsblatt der Kolonne Altona, April 1933.

⁶¹⁵ Vgl. Moschke 1977 (2), S. 133.

⁶¹⁶ Ebenda.

⁶¹⁷ Vgl. ebenda.

III.7.5. Verbot des ASB und Gleichschaltung mit dem „Roten Kreuz unter nationalsozialistischer Leitung“

Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden sozialen und wirtschaftlichen Lage gelang es mit finanzieller Unterstützung der Großindustrie, die NSDAP zur stärksten Partei im Reichstag werden zu lassen. Die Kluft zwischen den beiden größten Arbeiterparteien war zu groß geworden, als dass durchgreifende, gemeinsame Aktionen hätten zustande kommen können. Die Schaffung von Sammelbecken der Faschismusgegner wie der „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ unter Thälmann und der „Antifaschistischen Aktion“ 1932 blieben bis auf lokale Bündnisse ohne einen nachhaltigen Erfolg und konnten den Hitlerfaschismus nicht verhindern. Trotz der Zunahme der Wahlergebnisse der Arbeiterparteien bei den Reichstagswahlen im November 1932 und der Abnahme der Stimmenergebnisse der NSDAP um zwei Millionen gegenüber den Juliwahlen bröckelte die Massenbasis der Nazis nicht genug. So erfolgte am 30.1.1933 die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg.

Die neuen Machthaber führten kompromiss- und rücksichtslos die Gleichschaltung der bestehenden Organisationen, auch im Sozial- und Wohlfahrtspflegebereich, durch. Unter den Sanitätsorganisationen wurde trotz anfänglicher Wirren das Rote Kreuz als die dominierende favorisiert, denn diese zählte in jenem Jahr 1.433.169 Mitglieder in 7.943 Rot-Kreuz-Vereinen.⁶¹⁸ Die Gleichschaltung führte zunächst zu einem Kompetenzgerangel auf dessen Führungsebene, durch den Einsatz eines „Kommissars für die Eingliederung des DRK“ durch den Reichsinnenminister wurde die Übernahme forciert. Der dazu bestimmte Kommissar, Arzt, NSDAP-Mitglied und SA-Sanitätsobergruppenführer Dr. med. Paul Hocheisen, setzte sich so weit durch, dass die Gräfin Agnes von der Gröberen ihr Amt im DRK-Präsidium niederlegte. Als am 29.11.1933 die neue Satzung mit Genehmigung der Reichsregierung in Kraft trat, legte von Winterfeldt-Menkin sein bisheriges Amt als DRK-Präsident ebenfalls nieder. Carl-Eduard Herzog von Coburg wurde zum neuen Präsidenten berufen, Hocheisen zu seinem Stellvertreter. Von Coburg war Mitglied der NSDAP mit niedriger

⁶¹⁸ Vgl. Lichtenstein 1988, S. 19ff.

Mitgliedsnummer, Reichstagsabgeordneter, Obergruppenführer des nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps und bekleidete weitere Ehrenämter.

Ähnlich administrativ ließ Reichsinnenminister Frick anschließend gegen den Arbeiter-Samariter-Bund vorgehen. Er besann sich dessen Ausrüstungsmaterials und Vermögenswerte, das immerhin einen Gesamtwert von ca. 2,5 Mio. Mark betrug, und konfiszierte dieses rücksichtslos für die eigenen Zwecke. Uneinigkeit schien zunächst darüber zu bestehen, ob das Eigentum den nationalsozialistischen Sanitätsorganisationen in der SA, SS oder aber dem Deutschen Roten Kreuz „zugewiesen“ werden sollte, wobei zunächst die letztere Möglichkeit weniger sachdienlich zu sein schien.

„Der Reichsminister des Inneren,

Berlin RW 40, den 20. Mai 1933

II A 1107/20.5

An die Landesregierungen (für Preußen: Ministerium des Inneren)

Betrifft: Arbeiter-Samariter-Bund.

Die beiliegende Pressenotiz beehre ich mich zur gefälligen Kenntnisnahme zu übersenden. Ich darf bitten, entsprechend den Richtlinien der Notiz verfahren zu wollen.

In Vertretung 24.5.1933 Herrn S e n a t o r vorlegen.

Wie mir bekannt ist, besitzt der A.S.B. umfangreiches und auch z.T. wertvolles Material (Scheinwerfer, Tragbaren, Verbandmaterial aller Art usw.). Ich halte es daher für erforderlich, dass ein freiwilliger Kommissar eingesetzt wird, der den A.S.B. liquidiert. Das vorhandene Material wäre den Sanitätsformationen der S.A. und S.S. zu überweisen. Die Überführung der Formationen des A.S.B. und seines Inventars in die Kolonne des Roten Kreuzes halte ich nicht für zweckmäßig.

Der Präsident

Handschriftliche Unterschrift⁶¹⁹

Dennoch wurden in der angeschlossenen Pressenotiz des gleichen Datums vorläufige Überführungsmodalitäten des ASB ins DRK ausgeführt:

„Über die Frage des weiteren Schicksals des Arbeiter-Samariter-Bundes hat heute im Reichsministerium des Inneren unter Leitung des Chefs des Sanitätswesens der S.A. und Sonderbeauftragte des Reichsinnenministers für das Rote Kreuz, Generaloberstabsarzt a.D. Dr. Hocheisen, eine Besprechung mit dem von dem Preußischen Minister des Inneren für die preußischen Teile des Arbeiter-Samariter-Bundes eingesetzten Kommissar Dr.

⁶¹⁹ Stamerjohann, Der Reichsminister des Innern, Schreiben an die Landesregierungen (für Preußen: Ministerium des Innern) vom 20. Mai 1933.

Dommel stattgefunden. Hierbei wurde beschlossen, daß der Arbeiter-Samariter-Bund in Preußen vorläufig unter nationalsozialistische Führung gestellt wird und einstweilen die Bezeichnung erhält: Arbeiter-Samariter-Bund (unter nationalsozialistischer Verwaltung). Sein Abzeichen ist bis auf weiteres das weiße Kreuz auf rotem Grund unter Fortfall der Buchstaben ASB. Neuaufnahmen in die Kolonnen des Arbeiter-Samariter-Bundes dürfen nicht stattfinden. Insbesondere ist es nicht zu dulden, daß von den Kolonnen des Roten Kreuzes Übertritte in den Arbeiter-Samariter-Bund stattfinden. Diese Maßnahmen sind sämtlich nur vorläufiger Natur mit dem Ziel, die Formationen des Arbeiter-Samariter-Bundes nach ihrer Umgestaltung im nationalsozialistischen Sinne nicht etwa als besonderen nationalsozialistischen Arbeiter-Samariter-Bund weiterbestehen zu lassen, sondern sie in einer noch zu findenden Form in das Kolonnenwesen des Roten Kreuzes zu überführen. Wie bereits gemeldet, ist die Einflussnahme der nationalsozialistischen Bewegung auf das Rote Kreuz unter der Führung des Sonderbeauftragten des Reichsministers des Inneren wirksam im Gange. Die gesamte Regelung bezweckt die künftige Vereinheitlichung des Sanitätskolonnenwesens in Deutschland. Soweit einzelne Länder den Arbeiter-Samariter-Bund für ihr Gebiet bereits aufgelöst haben, soll es hierbei verbleiben. Den anderen Ländern wird empfohlen, sich dem Vorgehen Preußens anzuschließen.⁶²⁰

Im Juli 1933 wandte sich der Reichsinnenminister offiziell an den SA Obergruppenführer Dr. Hocheisen, der bislang als Staatskommissar für die Gleichschaltung des Roten Kreuzes fungiert hatte, damit dieser die Überführung des ASB in das gleichgeschaltete DRK organisierte:

„Der Reichsminister des Inneren

Berlin RW 40, den 5. Juli 1933

II A 1107/3.7.

An den Chef des Sanitätswesens der S.A. Herrn Generaloberstabsarzt a. D. Dr. Hocheisen in München.

Betrifft: Überführung des Arbeiter-Samariter-Bundes in das Deutsche Rote Kreuz.

Im Anschluss an meinen Erlass vom 15. Mai 1933 - II B 5405/5.5.-, betreffend Deutsches Rotes Kreuz, erteile ich Ihnen hierdurch mit sofortiger Wirkung den Auftrag, die Überführung der noch nicht aufgelösten Formationen des Arbeiter-Samariter-Bundes in das Kolonnenwesen des Deutschen Roten Kreuzes als mein besonderer Beauftragter durchzuführen. Sie treten auch insoweit zu der Dienststelle des mir unterstellten Kommissars der freiwilligen Krankenpflege und haben im Einvernehmen mit ihr sofort die nötigen Maßnahmen zu treffen.

Mein Ministerium - Sachbearbeiter Ministerialrat Ruppert - bitte ich über Ihre Tätigkeit auf dem laufenden zu erhalten.

Ich habe die Landesregierungen gebeten, zu veranlassen, daß die zuständigen Landesbehörden und die von den Landesregierungen auf mein Rundschreiben vom 20. Mai 1933 - II A 1107/20.5. - eingesetzten Kommissare für den Arbeiter-Samariter-Bund Sie bei der Durchführung Ihres Auftrags unterstützen. Die Anschriften der auf mein Rundschreiben

⁶²⁰ Ebenda.

vom 20. Mai 1933 von den außerpreußischen Landesregierungen eingesetzten Kommissare für den Arbeiter-Samariter-Bund werden Ihnen von den Landesregierungen unmittelbar mitgeteilt werden.

Bezüge sind mit der Erteilung dieses Auftrags nicht verbunden.

Der Herr Staatssekretär in der Reichskanzlei, die Herren Reichsminister, die Herren Reichsstatthalter, der Herr Kommissar der freiwilligen Krankenpflege, die Landesregierungen, das Deutsche Rote Kreuz, der bevollmächtigte Vertreter des Führers der N.S.D.A.P. Herr Rudolf Hess, der nationalsozialistische Deutsche Ärztebund e.V., Reichsleitung (Dr. Wagner) und der nationalsozialistische Deutsche Ärzte-Bund Gau Süd-Hannover-Braunschweig (Dr. Bruns) haben Abschrift dieses Erlasses erhalten.

Das hier vorhandene Material füge ich gegen gefällige Rückgabe mit der Bitte um Kenntnisnahme und, soweit noch nicht erforderlich, weitere Veranlassung bei.

Den Empfang des Erlasses bitte ich mir gefälligst zu bestätigen.“⁶²¹

Mit demselben Datum nahm der Reichsinnenminister auf sein Schreiben vom 15.5.1933, das sich auf das Deutsche Rote Kreuz bezog, Bezug und bat nun die entsprechenden Landesregierungen um ihre besondere Unterstützung der eingesetzten Kommissare:

„Im Anschluss an mein Schreiben vom 15. Mai 1933 - II B 5405/5.5.-, betr. Deutsches Rotes Kreuz.

Berlin, den 5.5.1933.

Abschrift übersende ich ergebenst mit der Bitte um gefällige Kenntnisnahme.

Auf mein Schreiben vom 20. Mai 1933 - II A 1107/20.5 -, betreffend Arbeiter-Samariter-Bund, nehme ich ergebenst Bezug.

Ich darf bitten, gefälligst zu veranlassen, daß die zuständigen Landesbehörden und die von Ihnen eingesetzten Kommissare für den Arbeiter-Samariter-Bund meinen besonderen Beauftragten bei der Durchführung seines Auftrags unterstützen.

Die Anschriften ihrer Kommissare bitte ich mir und meinem besonderen Beauftragten unmittelbar mitteilen zu wollen.

Frick“⁶²²

⁶²¹ Stamerjohann, Der Reichsminister des Innern, Schreiben an den Chef des Sanitätswesens der S.A., Herrn Generaloberstabsarzt a.D. Dr. Hocheisen in München vom 5. Juli 1933.

⁶²² Ebenda. Das Schreiben war außerdem gerichtet: „An a) den Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei, b) die Herren Reichsminister, c) die Herren Reichsstatthalter, d) den Herrn Kommissar der Freiwilligen Krankenpflege, e) die Landesregierungen (für Preußen: Ministerium des Innern), f) das Deutsche Rote Kreuz in Berlin W 10, Corneliusstr. 4 B, g) den Bevollmächtigtenvertreter des Führers der N.S.D.A.P. Herrn Rudolf Hess in Berlin W, Wilhelmstr. 55 (Verbindungsstab der N.S.D.A.P.), h) den National-

Trotz der anbiedernden Bemühungen des ASB-Bundesvorstandes, sich den neuen Machtverhältnissen als reichswichtige, unabhkömmliche Organisation zu präsentieren und auf sein unnachgiebiges Vorgehen gegenüber den oppositionellen Arbeitersamaritern hinzuweisen, war die Antwort der neuen Machthaber dennoch unerbittlich. Im Juli 1933 wurde der ASB verboten. Ein SA-Sanitätssturmtrupp stürmte das Bundeshaus in Chemnitz und verwüstete die Einrichtung. Der Sohn des Vorsitzenden Kretzschmar wurde verprügelt. Für die Auflösungs- bzw. Übergabemodalitäten wurden in den einzelnen Ländern sogenannte Staatskommissare eingesetzt.

Wie sich die Auflösung aus der Sicht eines ehemaligen ASB-Mitgliedes darstellte, schildert der Arbeiter-Samariter Werner Schulz, der seit 1928 bis zur Auflösung der Kolonne Berlin-Pankow angehörte und den Arzt Dr. Dommel⁶²³, der als Staatskommissar für die Auflösung des ASB eingesetzt wurde, persönlich kannte:

„... Meine Ausbildung (als Arbeiter-Samariter, d.A.) fand innerhalb der Kolonne Pankow statt unter Leitung des Arztes Dr. Hans Dommel aus Pankow. Wir wurden ziemlich stark getrimmt von ihm und die Prüfung nach einem halben Jahr war alles andere als ein Zuckerschlecken. Dieser Dr. Dommel war ein hell begeisterter Mann für den ASB. Er schätzte das damalige Rote Kreuz nicht sehr, weil die so mächtig auf die nationale Tube drückte. Durch persönliche Erlebnisse erschienen sie ihm sehr ungeeignet. Dieser Dr. Dommel war sehr eifrig für uns und holte mich persönlich, ich habe sehr früh meinen Vater verloren, zu Hilfeleistungen in seine Praxis. Er hatte irgendwie einen Spaß an mir, er selber war kinderlos. Und dieser Arzt, Dr. Dommel, entpuppte sich urplötzlich zu unserem noch viel größeren Entsetzen als Nationalsozialist, ein regelrechter Nazi. Denn 1933, im Januar oder Februar, tauchte er urplötzlich in einer phantastisch goldschwarzen Uniform auf. Das war nach der Wahl. Wir waren zunächst 'mal konsterniert und sprachlos (über die Äußerungen Dr. Dommels: d.A.), denn nun würde alles besser und so weiter und so fort. Mussolini war sein großes Vorbild, war sein großer Schwarm. Bis sich dann so in Gesprächen herausgestellt hat, was ihm so imponierte. Er war ein großer Italien-Fan, und da kannte er die Verhältnisse ... Und dieser Mann war dann der Staatskommissar für die ‚Gleichschaltung der Samariterverbände‘ für Deutschland. Ich weiß nicht, ob er seine Praxis noch nebenbei hatte ... Und da wurden wir dann (nach der Gleichschaltung, d.A.),

sozialistischen Deutschen Aerztebund E.V., Reichsleitung in München, Herzog Wilhelmstraße 32, i) den Nationalsozialistischen Deutschen Aerztebund Gau Süd-Hannover-Braunschweig, Bohlweg 73.“

⁶²³ Dr. med. H. Dommel war einer dem Autor vorliegenden Bescheinigung von 1934 zufolge als praktischer Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer sowie Spezialist für Frauenleiden in Pankow, Binzstr. 3, niedergelassen.

wie wir ja vorher unser Zeug selber (vor- d.A.) hielten, also saubere Hose, Windjacke, Mütze mit weißem Bezug und die Materialtasche, die gut ausgestattet war, jeder hatte sein eigenes Besteck, dann einheitlich gekleidet von Staats wegen und liefen da rum in blauen Trainingsanzügen nach der sog. Machtübernahme. Ich glaube, wir haben in dieser Übergangszeit noch nicht einmal ein Hakenkreuz in unserer Binde gehabt. Und dann sehe ich ihn noch, wie er dann mal eines schönen Tages, er hatte ja immer noch mit uns Kontakt und Verbindung, wie er dann sehr, sehr enttäuscht und aufgeregt zu uns kam und sagte: „Also, das läuft nicht so, wie ich das wollte und wie ich das gesehen habe, dass der Arbeiter-Samariter-Bund eine führende Kraft im Gesundheitswesen bzw. Rettungswesen spielen wird, sondern dass dies das Rote Kreuz wird ... und wir sind dann übernommen worden zu 3-4 Mann von unserer Kolonne in das Rote Kreuz, damals Vaterländischer Verein vom Roten Kreuz, und zwar an den Wohnorten. Ich wohnte damals in Niederschönhausen. In Niederschönhausen bestand keine Gruppe vom ASB, der Bezirk war Pankow. Und da sind wir dann als dumme Anfänger wieder den Ausbildern ausgeliefert worden und haben dann auch durchweg mit dem Prädikat „gut“ die Prüfung für das Rote Kreuz bestanden. Wir waren alle sehr begeistert darüber (vom Interviewten zynisch gemeint, d.A.).“⁶²⁴

Die folgenden Anweisungen, die durch Dommel herausgegeben wurden, lassen den Eindruck entstehen, dass er tatsächlich den ASB in das neue System einbeziehen wollte statt ihn gänzlich zu zerschlagen:

„Richtlinien für die Reorganisation des Arbeiter-Samariter-Bundes unter nationalsozialistischer Leitung

1. Die Reorganisation des Bundes hat den Zweck, diejenigen Volksgenossen, die bisher abseits gestanden haben, in den Dienst der Allgemeinheit einzuspannen. Sie sollen den Rettungsdienst, den Gasschutz und auch die Hauspflege, ferner Krankentransport und die Sicherung, Erhaltung und Ausbau von sanitären Einrichtungen übernehmen.

Der Dienst kann deshalb nicht von anderen Formationen übernommen werden, weil die Mitglieder des Bundes stark in Anspruch genommen werden, und zwar:

- 1) durch die Ausbildung
- 2) durch den Dienst
- 3) durch Veranstaltungen, die den Zweck haben sollen, die Mitglieder im Sinne der neuen Regierung innerlich umzuschalten.

2. Da es außerordentlich schade wäre, wenn der gut eingespielte Apparat, der mit den modernsten Hilfsmitteln ausgerüstet ist, verzettelt und dadurch wertlos werden würde, ist die Reorganisation des Bundes möglichst in der Gesamtheit bestimmt worden. Die Leitung des Bundes befindet sich in Berlin NO 43, Jostystraße 4. Der Bund selbst bleibt wie

⁶²⁴ Interview mit Herrn Werner Schulz, geb.1911, vom 22.6.1984. Leider habe ich keine weiteren Hinweise finden können, ob Dr. Dommel tatsächlich vorgehabt haben könnte, den ASB zur führenden Sanitätsorganisation im sogenannten Dritten Reich auszubauen.

bisher in Kreise eingeteilt, die Kreise sind Bezirke, die wieder in Kolonnen und Abteilungen unterteilt sind.

3. An die Spitze einer jeden Formation sind Parteigenossen zu setzen, die mit dem Dienst vertraut sind und die dafür zu sorgen haben, daß die Gleichschaltung im Sinne der heutigen Regierung vor sich geht.

4. Jede Gegenagitation und jede Störung dieses Aufbaues oder wilde Beschlagnahme sind sofort der kommissarischen Leitung zu melden. Die Beteiligung an solcher Sabotage ist für die Beteiligten mit den schwersten Folgen verknüpft.

5. Abzeichen und Armbinden sind beim Kommissariat anzufordern, ebenso die Ausweise. Die Parteigenossen tragen im Dienste die braune Uniform, die anderen Samariter vorläufig Armbinden und Armbinden (sic! d.A.).

6. Der wertvolle Apparat soll nicht zerschlagen, sondern für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden, daher sind überall die beschlagnahmten oder annektierten Materialien sofort an den Bund zurückzufordern. Zuwiderhandlungen werden vom Staatskommissar verfolgt.

gez. Dr. Dommel

Staatskommissar für den A.S.B. unter nationalsozialistischer Leitung⁶²⁵

Im Ministerialblatt für Preußische Innere Verwaltung hieß es in der Ausgabennummer 45:

„Erledigung der Stelle eines Ministerialkommissars:

Infolge der unter dem 1.9.1933 erfolgten Überführung des Arbeiter-Samariter-Bundes in das Deutsche Rote Kreuz wird die Bestellung des Dr. med. Dommel zum Ministerialkommissar für die Untergliederung des Arbeiter-Samariter-Bundes e.V. im Gebiet des Freistaates Preußen aufgehoben.“⁶²⁶

Am 12.9.1933 wurde aus Hamburg dem Reichsinnenminister die dortige Auflösung des ASB mitgeteilt.

„Gemäß Punkt 6 des nebenbezeichneten Schreibens wird über die Überführung des Arbeiter-Samariter-Bundes in das Deutsche Rote Kreuz in Hamburg ergebenst berichtet, daß die Kolonnen des A.S.B. aufgelöst worden sind. Das Material ist den örtlichen Kolonnen des ‚Roten Kreuz‘ ausgeliefert worden. In der Stadt Hamburg selbst ist das Material zum größten Teil der SA und SS übergeben worden. Ein Teil der Mitglieder des A.S.B., bisher 190 Mann, ist in das Rote Kreuz übernommen worden.“⁶²⁷

⁶²⁵ Richtlinien für die Reorganisation des Arbeiter-Samariter-Bundes.

⁶²⁶ Stamerjohann, Privatbesitz.

⁶²⁷ Staatsarchiv Hamburg, Nr. 8868, Blatt 27.

Im November 1933 stellte der Innenminister unmissverständlich klar, dass das Rote Kreuz die alleinige Sanitätsorganisation im Dritten Reich werden sollte. Am 6.11.1933 erhielt die Gesundheits- und Fürsorgebehörde Hamburg, Staatsamt für auswärtige Angelegenheiten folgendes Schreiben:

„Der Reichsminister des Innern II B 5405/30.10.

Berlin, den 4. November 1933

Eilt sehr!

An die Landesregierungen (für Preußen: Ministerium des Innern)

Betrifft: Deutsches Rotes Kreuz.

Das Deutsche Rote Kreuz und mein besonderer Beauftragter für dieses, Generaloberstabsarzt a.D. Dr. Hocheisen, Chef des Sanitätswesens der S.A., haben mir wiederholt darüber berichtet, daß über die Stellung des Deutschen Roten Kreuzes im neuen Staate bei den nationalsozialistischen Organisationen und zum Teil auch bei den Behörden noch vielfach Unklarheit bestehe und daß aus dieser Lage der Arbeit der Rotkreuz-Verbände im Lande des öfteren recht erhebliche Schwierigkeiten erwachsen seien. Ich habe bisher davon abgesehen, wegen der Beseitigung dieser Schwierigkeiten allgemein an die Landesregierungen und die zuständigen Stellen der NSDAP. heranzutreten, da ich angenommen hatte, daß sich die Erkenntnis von der Bedeutung des Roten Kreuzes in naher Zeit überall durchsetzen werde. Vorkommnisse aus neuester Zeit, über die mir berichtet wurde, geben mir jedoch Veranlassung, mit allem Nachdruck folgendes klarzustellen: Das Deutsche Rote Kreuz ist, wie ich bereits in meiner Rede am diesjährigen Rotkreuz-Tage im Berliner Lustgarten ausgeführt habe, ein Baustein im lebendigen Gefüge unseres Volkes, und Dienst für das Rote Kreuz ist Dienst für Volk und Vaterland. Das Deutsche Rote Kreuz ist Träger der völkerrechtlichen Aufgaben, die das Deutsche Reich auf Grund der Genfer Konvention zu erfüllen hat. Diese besondere Lage erfordert die wirksame amtliche Förderung des Roten Kreuzes. Auch der Herr Reichskanzler, dem über Schwierigkeiten der Rotkreuz-Frauenarbeit berichtet wurde, ist der Auffassung, daß die Frauenorganisationen des Roten Kreuzes nicht unnötig an der Ausübung ihrer bisherigen Tätigkeit gehindert werden sollen. Ich darf noch bemerken, daß das Deutsche Rote Kreuz in den nächsten Tagen eine neue Satzung erhalten wird, auf Grund deren seine völlige Umgestaltung im Sinne der Grundsätze des nationalsozialistischen Staates auch in personeller Hinsicht zum Abschluss gebracht werden wird.

Ich bitte ergebenst, die in Betracht kommenden Behörden baldigst entsprechend aufzuklären und es ihnen zur Pflicht zu machen, auch ihrerseits darum bemüht zu sein, daß überall im Lande gegenüber dem Roten Kreuz eine seiner Stellung im neuen Staate entsprechende Haltung eingenommen wird.

Die Herren Reichsstatthalter haben Abschrift dieses Schreibens mit der Bitte um Unterstützung erhalten.

Den Stellvertreter des Führers der NSDAP., den Reichsführer der NS.-Volkswohlfahrt und den Reichsleiter des Deutschen Frauenwerks habe ich um entsprechende weitere Veranlassung gebeten.

In Vertretung

Handschriftliche Unterschrift⁶²⁸

Damit war der ASB faktisch liquidiert.

⁶²⁸ Staatsarchiv Hamburg, Der Reichsminister des Innern, Blatt 28f.

IV. GEGENÜBERSTELLUNG DER AKTIVITÄTEN DER BERGISCHEN KOMMUNISTISCHEN UND DER OLDENBURGISCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITER-SAMARITER

IV.1. Die frühe Linkswendung als regional-politische Besonderheit der Bergischen Arbeiterschaft

Schon Ende des 18. Jahrhunderts entwickelte sich im Bergischen Land, begünstigt durch die kostenlose Wasserkraft der Wupper, ein kleinindustrieller Ballungsraum, in dem sich eine Vielzahl handwerklich-industrieller Werkstattbetriebe konzentrierte. Früher als andernorts in Deutschland hatte sich hier eine an den Weltmarkterfordernissen orientierte, arbeitsteilige, hochproduktive Produktionsweise (z.B. in der Kleineisenindustrie) herausgebildet und etabliert. In deren Gefolge entstand eine Arbeitskultur, die die Maßstäbe einer „industriellen Moral“ wie Pünktlichkeit, Arbeitsteilung, zeitökonomisches Handeln, konstante und von den Jahreszeiten unabhängige Arbeitsrhythmen etc. früher als anderenorts beinhaltete. Der Status als selbstständiger Handwerker befand sich allerdings in einer Zwitterstellung, da sie zwar als Selbstständige in ihrem eigenen Betrieb die vom Kaufmann überlassene Rohware für einen bestimmten Produktionsabschnitt bearbeiteten, diesem die Produkte aber zu einem auszuhandelnden Stücklohn wieder verkaufen mussten.⁶²⁹ So entwickelten sich in dieser Region die ansässigen, traditionellen Handwerkszünfte früher als in anderen Regionen über den Status ausschließlicher Selbstverwaltungsorgane hinaus zu paragewerkschaftlichen Interessensverbänden.

Nach der Etablierung der Dampfmaschine entstanden auch hier Betriebe größeren Ausmaßes. Dadurch verschob sich der Status des vormals selbstständigen Handwerksmeisters hin zum lohnabhängigen Kleinproduzenten oder angestellten Arbeiter. Während in der Textil- und Chemieindustrie große Industriebe-

⁶²⁹ Vgl. Boch/Krause 1983, S. 18ff.

triebe explosionsartig expandierten und bisher erreichte soziale Errungenschaften über den Haufen warfen, sodass die soziale Unsicherheit zunahm, hielt man in der Kleineisenindustrie an den Errungenschaften der durch das Zunftwesen bewährten Auseinandersetzungsformen fest.⁶³⁰ Ab 1870 schlossen sich erstmals Metallarbeiter und -handwerker zu zunächst regional begrenzten und berufsspezifischen Gewerkschafts-(fach-)vereinen zusammen. Über sogenannte paritätisch besetzte „Vergleichskammern“ etablierten die Metallarbeiter beispielsweise schon damals ein Mitsprachemodell, das selbst in Form des späteren Montanmitbestimmungskonzeptes nie erreicht wurde.⁶³¹

Diese Umstände förderten die organisierte, politische Arbeiterbewegung im Bergischen erheblich. Unter Ferdinand Lassalle (1825-1864) entwickelte sich der ADAV zu einer regionalen Hochburg.⁶³² Nach deren Vereinigung mit der in Sachsen und Thüringen verankerten SAP (unter Bebel und Liebknecht) zur SDAP 1875 erhielt die politische Bewegung auch hier einen erheblichen Auftrieb, der selbst durch das Sozialistengesetz (1878-1888) nicht aufzuhalten war. Ein Netz von mit der Sozialdemokratie verbundenen Organisationen (insbesondere Gesangs-, Sport- und Lesevereine) und gewerkschaftlicher Fachvereine ließ die SPD⁶³³ in den 1890er Jahren zur Partei der Mehrzahl der bergischen Arbeiter werden. Während sie in den allermeisten Wahlkreisen des Reiches zumeist nicht mehr als durchschnittlich 5 bis 10 % der Stimmen errang, erhielt sie in Wuppertal, Remscheid und Solingen bis zu 40%. So konnten bekannte Parteigrößen wie Friedrich Ebert 1903 für Elberfeld-Barmen, sein späterer Rivale Philipp Scheidemann 1912 für Solingen und Wilhelm Dittmann (Redakteur der sozialdemokratischen „Bergischen Arbeiterstimme“) 1912 und 1920 für Remscheid in den Reichstag einziehen.

⁶³⁰ Hauptinhalte der Auseinandersetzung waren beispielsweise die Beibehaltung des bisherigen Tariflohniveaus, Qualitätskontrolle durch Fabrikgerichte, Wiedereinführung der Meisterprüfungen, bare Entlohnung etc.

⁶³¹ Vgl. Boch/Krause 1983, S. 82ff.

⁶³² Die Hälfte der Mitglieder stammte aus dem Bergischen Land. Vgl. ebenda, S. 76ff.

⁶³³ Nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 benannte sich die SAP auf dem ersten legalen Parteitag vom 12. bis 18.10.1890 in Halle in die SPD um.

Im Bergischen Land führte die Auseinandersetzung in der Unterstützungsfrage des Ersten Weltkrieges innerhalb der Sozialdemokratie zu einer tiefen und nachhaltigen Spaltung, aus der der linke Flügel der Sozialdemokratie gestärkt hervorging. Bis zuletzt nahmen die sozialdemokratischen Volksvereine eine ablehnende Haltung gegen den Krieg ein und versuchten die Massen durch Anti-Kriegsveranstaltungen zu mobilisieren.⁶³⁴ Einhellig wurde der Krieg als „Eroberungskrieg der herrschenden Schicht“ verurteilt, wobei die Burgfriedenspolitik dazu „benutzt werden soll, den Einfluss der sozialdemokratischen Partei, in zweiter Linie der Gewerkschaften, für kommende politische und soziale Entscheidungen auszuschalten“.⁶³⁵ Auch in den regionalen Gewerkschaften wuchs die Opposition. Das am 15.12.1916 erlassene Hilfsdienstgesetz, das eine zwangsweise Beschäftigung aller Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren mit bis zu 60 Arbeitsstunden/Woche bei schlechten Ernährungsbedingungen vorsah, löste mehrere erfolgreiche Streikaktionen aus.⁶³⁶

Als im November 1918 die reichsweit ausströmenden Matrosen der Arbeiter- und Soldatenräte das Oberbergische erreichten, schlossen sich ihnen die USPD- und auch MSPD-Mitglieder an und bildeten regionale Arbeiter- und Soldatenräte. In den Landgemeinden entstanden Bauernräte. Bevor in Berlin die Republik ausgerufen wurde, existierten schon im Bergischen Land revolutionär-

⁶³⁴ Die Veröffentlichung des „Neujahrsgrußes“ des Solinger Reichstagsabgeordneten Philip Scheidemann und späteren Ministerpräsidenten der Weimarer Republik vom 31.12.1914, der sich mit Durchhalte- und Siegesappellen an die Kriegsteilnehmer wandte, konnte nur im Inseratenteil der „Bergischen Arbeiterstimme“ erscheinen, da sich die Redakteure weigerten, diesen im redaktionellen Teil zu drucken. Scheidemann hatte seine Bejahung der Kriegskredite von bestimmten Bedingungen, wie dem Verzicht auf territoriale Eroberungen und rasche Beendigung des Krieges, abhängig gemacht. Fortan wurden alle sozialdemokratischen Durchhaltepolitiker „Scheidemänner“ genannt. Vgl. ebenda, S. 141ff.

⁶³⁵ Ebenda, S. 142.

⁶³⁶ Um den gewerkschaftlichen Widersand zu brechen, gestand die Reichsregierung den Gewerkschaften die gleichberechtigte Einbeziehung in zentrale Schlichtungsausschüsse, Kontroll- und Wirtschaftsplanungen der deutschen Wirtschaft ebenso wie auf lokaler Ebene die Bildung paritätisch besetzter Fabrikausschüsse zu. Die Auswirkungen dieses Gesetzes führten zu einer fortgesetzten Streikwelle im Bergischen. Höhepunkt war der Generalstreik der Remscheider Arbeiterschaft vom 2. bis 25.7.1918, bei dem neben Teuerungszuschlägen die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 60/58 auf 52,5 Stunden durchgesetzt werden konnte. Vgl. ebenda, S. 145ff.

republikanische Verhältnisse, die nicht mehr zu beseitigen waren. Für Samstag, den 9.11.1919, wurde in allen Städten zum allseits befolgten Generalstreik und zu großen Versammlungen aufgerufen, in denen die Arbeiter- und Soldatenräte bestätigt wurden. Zehntausende von Menschen beteiligten sich an diesen Versammlungen.⁶³⁷ Mittlerweile gab im gesamten Nordrheinbezirk die USPD unter Führung der Solinger und Remscheider Linkssozialisten den Ton an. Nachdrücklich verfochten sie die Errungenschaften der Novemberrevolution und beharrten insbesondere auf die Forderung nach Sozialisierung der Großindustrie. Trotz Intervention der englischen Besatzungstruppen, Besetzung der Rathäuser durch Freikorps-Truppen und vorübergehender Schutzhaft für die Arbeiterfunktionäre konnten die Ergebnisse der Novemberrevolution (Achtstundentag, verbesserter Kündigungsschutz, soziale Absicherung in den Betrieben und weitere Sondervereinbarungen mit örtlichen Unternehmen) aufrechterhalten werden. Der Generalstreik aus Anlass des Kapp-Putsches vereinigte im Bergischen kurzfristig die gesamte Linke (USPD, SPD, KPD). Es folgten blutigste Auseinandersetzungen zwischen bergischen Arbeiter- und Freikorpstruppen. In Remscheid polarisierte die Situation. 1.500 Freikorpssoldaten standen 20.000 herbeiströmenden Arbeitern aus dem Märkischen und Bergischen gegenüber.⁶³⁸ Die Übermacht und Kampfbereitschaft der Arbeiter war so erdrückend, dass die Freikorpstruppen am 19. März 1920 die Wupper über die Müngsterbrücke überquerten und so ins englische Gebiet flüchteten und dort entwaffnet wurden.⁶³⁹ Während im Ruhrgebiet die Kämpfe weiter tobten, wurden in den bergischen Städten die „Märzgefallenen“ in den größten Demonstrationen, die je in der Geschichte der bergischen Städte stattgefunden hatten, zu Grabe getragen. Zehntausende von Menschen folgten den Zügen oder säumten die Wege.⁶⁴⁰ Bei der Reichstagswahl am 6.6.1920 erhielt die USPD im Bergischen durchweg 30%, in einigen Orten sogar mehr als 40% der Stimmen, insgesamt vermochte sie dreimal so viel Stimmen auf sich zu vereinigen wie die SPD.⁶⁴¹

⁶³⁷ Vgl. ebenda, S. 161ff.

⁶³⁸ Vgl. ebenda, S. 162ff.

⁶³⁹ Vgl. ebenda.

⁶⁴⁰ Ebenda, S. 165f.

⁶⁴¹ Im Reichsmaßstab konnte die USPD ihren Stimmanteil von 2,3 auf 4,9 Mio. erhöhen, während die SPD erdruchtschartig von 11,5 auf 5,6 Mio. verlor. Vgl. ebenda, S. 168ff.

Seitdem galt das Bergische Land als Hochburg der Linken. Im Dezember 1920 schloss sich die Mehrheit der USPD mit der KPD zur „Vereinigten KPD“ (VKPD) zusammen.⁶⁴² In den folgenden Jahren der Weimarer Republik erhielt die KPD in den meisten Orten durchweg zwischen 20 und 40% und stellte die Wahlergebnisse der SPD deutlich in den Schatten.⁶⁴³

Gleichzeitig vertiefte sich auch hier der Graben zwischen der KPD, die als organisatorischer Repräsentant revolutionär ausgerichteter Arbeiterpolitik galt, und der SPD, in der sich die überwiegend reformistisch ausgerichtete Strömung fand, fortwährend. Die Frage des Umgangs mit der Sozialdemokratie führte bei den Kommunisten zu Fraktionsbildungen innerhalb der Partei, deren Ansichten heftige Reaktionen verursachten. Anhänger der „Einheitsfrontpolitik“, die das passagere Zusammengehen mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ablehnten, wurden 1928/29 ausgeschlossen und gründeten die Kommunistische Parteiopposition (KPO).⁶⁴⁴

Auf kommunalpolitischem Gebiet errang die KPD einen in der Weimarer Republik unvergleichlichen Erfolg. Im Januar 1930 wurde mit den Stimmen der SPD und KPO der Maurer, Parteisekretär und KPD-Fraktionsvorsitzende Hermann Weber zum Solinger Oberbürgermeister gewählt. Der preußische SPD-Innenminister reagierte prompt, indem er die Wahl zweimal annullierte und

⁶⁴² Während sich allen voran die USPD-Kreisversammlung des Landkreises Solingen und anderer bergischer Städte mit überwältigender Mehrheit der von Lenin geführten III. (Kommunistischen) Internationale anschloss, sprach sich als einzige die Wuppertaler USPD und einzelne „altgediente“ USPD-Funktionäre dagegen aus. Vgl. ebenda.

⁶⁴³ Bei der Kommunalwahl am 4.5.1924 erhielt die KPD in Solingen 32,6, die SPD 16,5 und der aus Zentrum, DDP, DVP und DNVP sowie Interessensverbänden bestehende „Bürgerblock“ 49,8 Prozent. Bei der gleichen Wahl in Remscheid erhielt die KPD 33,4, die SPD 7,9 und der „Bürgerblock“ 58,6 Prozent. Vgl. ebenda, S. 178f.

⁶⁴⁴ Die Kommunisten versuchten, betriebliche Kämpfe mithilfe der von ihr gegründeten RGO (revolutionäre Gewerkschafts-Oppositionsgruppen) zu führen, da ihnen die (reformistische d.A.) Gewerkschaftspolitik nicht weit genug ging. Diejenigen KPD-Mitglieder, häufig angesehene Gewerkschafter, die sich von diesem Kurs distanzieren, wurden ausgeschlossen und gründeten die KPO. Sie verfügte zwar in gewerkschaftlichem Bereich über starken Rückhalt, blieb kommunalpolitisch jedoch eher eine Randerscheinung. Vgl. ebenda, S. 201.

stattdessen einen SPD-Beamten als kommissarisches Stadtoberhaupt einsetzte.⁶⁴⁵

Die Arbeitervereine und das Genossenschaftswesen erreichten nach dem Ersten Weltkrieg als „dritte Säule“ neben den Arbeiterparteien und Gewerkschaften im Bergischen eine außerordentliche Breite. In bewusster Abgrenzung zum Konkurrenzgedanken des bürgerlichen Sports fanden Wettkämpfe statt, die viele, heute mittlerweile unbekannte Sportarten wie Stafettenläufe (bei denen nur die Streckenlänge, aber nicht die Zahl der Läufe festgelegt wurde), Flammenschwingen, 500-Meter-Hindernislauf, tschechische Hammerübungen, Turnballspiele, leichtathletische Dreikämpfe, Werbeläufe durch die Stadt (mit Weitergabe einer roten Fahne), Reigenschwimmen, Korsofahren, Radballspiele etc. beinhalteten.⁶⁴⁶

„Jeder, der Interesse an seiner Gesundheit hat und bestrebt ist, seinen Körper widerstandsfähig zu machen, muss schwimmen. Bei der heutigen Wohnungsnot und der damit verbundenen Gefahr der Verbreitung der Tuberkulose, gibt es kein einfacheres und sicheres Mittel zur Bekämpfung dieser gefährlichen, meistens bei Proletariern auftretenden Krankheit als regelmäßiges Schwimmen ... Wer wirklich Vorteil vom Schwimmsport haben will, der muß hinein in den Arbeiter-Schwimmverein. Hier kommt es nicht auf hohe Einzelleistungen an, hier wird nur volkstümlicher Schwimmsport getrieben ... Die Gesundheit des Einzelnen und die Herausbildung einer gesunden Arbeiterschaft ist das Gut, welches gepflegt wird.“⁶⁴⁷

Darüber hinaus unterstützten beispielsweise die Arbeiterradfahrer die Arbeiterparteien im Wahlkampf, indem sie Flugblätter in den ländlichen Regionen verteilten. Wesentliches leisteten die Sportverbände durch die Schaffung eigener Sportstätten. Die Vielzahl der Arbeitersportorganisationen fanden ihre Höhe-

⁶⁴⁵ Die Wahl zum Oberbürgermeister erfolgte zweimal, im Januar und März 1930, wobei jeweils Hermann Weber als Sieger hervorging. Dem kommissarisch eingesetzten Bürgermeister Schmidt-Häußler folgte der Kommissar Brisch, dessen Amtszeit auf zwölf (sic! d.A.) Jahre festgelegt wurde. Vgl. Sbosny/Schabrod 1975, S. 18, 29ff.

⁶⁴⁶ Das Reigenschwimmen sei in Solingen erfunden worden. Interview mit Herrn Heinrich Müller vom 14.7.1985, s. Kap. IV.4. Arbeiterfußballmannschaften schufen nach dem Ersten Weltkrieg erste internationale Kontakte im Sinne der Völkerverständigung wie z.B. der Solinger Verein „Britannia“, der sich vor 1914 in bewusster Distanz zum Kaiserreich so genannt hatte und im Januar 1921 gegen englische Arbeitersportler spielte. Vgl. Boch/Krause 1983, S. 187ff.

⁶⁴⁷ Aufruf des Remscheider Arbeiter-Schwimm-Vereins, Bergische Volksstimme, 20.9.1924. Ebenda, S. 187.

punkte in den gemeinsamen Festen, insbesondere auf den überregionalen Reichsarbeitersporttagen. Diese Breite der Arbeitersportbewegung führte u.a. dazu, dass in Remscheid 1920 als einem der ersten Orte in Deutschland ein „Stadtamt für Leibesübungen“ eingerichtet wurde.⁶⁴⁸ Die Arbeitersängerbewegung mit weit über 1.000 Sängern, 12 Vereinen und Kinderchören allein im Solinger Raum brachte sogar bekannte Interpreten hervor.⁶⁴⁹

Es existierte eine Vielzahl regionaler Gruppen der Arbeiter-Athleten, -Akrobaten, -Kegler, -Schützen, -Motorradfahrer, -Fotografen, -Schachspieler, -Theatervereine, -Kaninchen- und Geflügelzüchtervereine, -Abstinenzclubs, -Esperanto-Clubs, die Freie Volksbühne Wiesdorf, die Agitprop-Gruppe „Rote Gasbomben“, der „Freie Radiobund Leverkusen“, die Freidenkerbünde und Naturfreunde, um nur einige aufzuzählen. Innerhalb dieser Vereine bestanden in der Regel mehrere Abteilungen für verschiedene Sparten. Beispielsweise hatte der Katernberger Verein sieben Fußballmannschaften. Der Solinger Arbeiterschachverein war mit 120 aktiven Spielern einer der stärksten in Westdeutschland.⁶⁵⁰ Die Arbeiter-Samariter hatten in fast jeder Gemeinde eine Ortsgruppe und stellten Ende der 1920er Jahre eigene Krankenwagen in ihren Dienst.⁶⁵¹

Da insbesondere die Arbeiterschaft von den wechselnden wirtschaftlichen Verhältnissen am nachhaltigsten bedroht war, schuf sie vor allem im Bergischen beeindruckende Selbsthilfe- und Versorgungseinrichtungen in Form eines ausgedehnten Genossenschaftswesens. Es entstanden Spar- und Bauvereine, die in der Lage waren, bezahlbaren Wohnraum für Arbeiterfamilien zu schaffen. Nach dem Ersten Weltkrieg erlebten die Baugenossenschaften angesichts der enormen Wohnungsnot einen so rapiden Aufschwung, dass sie sich mit Unterstützung der Arbeitermehrheiten in den Kommunalparlamenten zu den größten

⁶⁴⁸ Ebenda, S. 187ff.

⁶⁴⁹ Bekannt wurde der Solinger Rasiermesserschleifer, Wagnersänger und Heldentenor Karl Hartmann. Vgl. Boch/Krause, 1983, S. 190; vgl. auch Sbosny/Schabrod 1975, S. 28.

⁶⁵⁰ Vgl. Sbosny/Schabrod 1975, S. 28f.

⁶⁵¹ Vgl. Boch/Krause 1983, S. 187ff.

regionalen Bauträgern entwickelten.⁶⁵² Die Bauweise und Verwaltung hatte Modellcharakter.⁶⁵³ Mitte der 1920er Jahre fusionierte die Elberfelder und Barmer Konsumgenossenschaft zu einer der größten Bezirksgenossenschaften Deutschlands.⁶⁵⁴ Die wirtschaftliche Macht der Konsumgenossenschaften wurde so bedeutend, dass diese im Kriege als Preisregulator fungieren konnten. Wegen des großen Käuferandranges mussten Mitgliederlisten sogar geschlossen werden.

Die tiefe Spaltung der politischen Arbeiterbewegung in einen revolutionären und einen reformistisch-staatsintegrativen Teil fand den entsprechenden Niederschlag ebenso in allen mit der Arbeiterbewegung verbundenen Organisationen. In den Sport- und Kulturorganisationen wurde die auf das Fernziel Sozialismus ausgerichtete Politik der revolutionär eingestellten Mitglieder durch die zumeist von SPD-Mitgliedern geführten Vereine nicht geduldet und mit Ausschlüssen geahndet. Die Ausgeschlossenen forcierten daraufhin umso vehementer ihre politischen Vorhaben und gründeten wiederum eigene, an revolutionären Maximen ausgerichtete Arbeiterkulturorganisationen. So wurde z.B. der gesamte ASB-Bezirk Solingen-Remscheid durch den sozialdemokratisch-reformistisch eingestellten ASB-Bundesvorstand, der sich dem Ziel, eine

⁶⁵² Die Städte überließen den Bauvereinen preisgünstig Baugelände, übernahmen großzügig Bürgschaften und zeichneten selbst Anteile. 1930 hatte der Solinger Spar- und Bauverein 5.776 Mitglieder, der Spar- und Bauverein Wald 1.068, der Ohligser Bauverein 802 und der Grefrather 639. Das bedeutete z.B., dass etwa jeder dritte Bürger der Stadt Solingen und jeder fünfte der Stadtgemeinde Grefrath in Genossenschaftshäusern wohnte. Vgl. ebenda, S. 195ff.

⁶⁵³ Ein System von Vertrauensleuten stellte das Rückgrat der Genossenschaften dar. Nicht nur erhielten alle Wohnungen einen eigenen Wasseranschluss und Toilette, alle Siedlungen imponierten durch eine großzügige Baumbepflanzung und Grünflächenausdehnung, für deren Pflege eine eigene Gärtnerei sorgte. Ende der 1920er Jahre wurden Badeeinrichtungen auch für Zweizimmerwohnungen sowie Wandschränke und Kühlschränkeinrichtungen zur Einlagerung von Eisbrocken zur Norm. An das Wohnungswesen schlossen sich Dampfwäschereien, weiträumige Kinderspielplätze mit Planschbecken sowie genossenschaftliche Kindergärten und Genossenschaftsheime an. Eines dieser Heime besaß eine große Gaststätte mit Sonnenterrasse, Garten, Musiktempel und Laufbrunnen, einen Tanzsaal und einen Leseraum sowie Kegelbahnen, ein Billardzimmer und weitere Gesellschaftsräume. Vgl. ebenda, S. 198ff.

⁶⁵⁴ 1926 waren 1.476 Personen bei ihr beschäftigt. Mit ihrem Wagenpark versorgte sie rund 160 Verteilungsstellen und über 50.000 Mitglieder. Vgl. ebenda, S. 195ff.

staatskonforme Wohlfahrtspflegeorganisation werden zu wollen, verschrieben hatte, ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen knüpften an die Tradition der ursprünglichen Ziele der Arbeitersamariterbewegung an und hielten diese in Form der Arbeiter-Samariter-Gegenorganisation aufrecht.

Somit entstand im Bergischen Land nicht nur eine einzigartige Dichte und beeindruckende Vielfalt proletarischer (Selbsthilfe-)Organisationen als Resultat einer gesellschaftlich verankerten politischen Linken. Ihre Stärke führte dazu, dass es nicht nur bei antikapitalistischen Proklamationen blieb, sondern eine an sozialistischen Kriterien ausgerichtete Gegenwart umgesetzt wurde, die über Abwehr der drohenden ökonomischen Verelendung der Arbeiter jener Zeit hinausging.

IV.2. Ausschluss des oppositionellen ASB-Kreises V

Am 29.6.1924 hielt der ASB Wiesdorf eine Geländeübung ab. Der beantragte Umzug „unter Vorantritt eines Tambourkorps“⁶⁵⁵ wurde „unter Hinweis auf die bekannten Vorgänge über den Arbeiter- und Samariterbund Wiesdorf anlässlich der Erwerbslosenunruhen in Mülheim“ verboten.⁶⁵⁶

„Die Geländeübung selbst ist durch den Polizei-Inspektor Glocke und den Kriminal-Kommissar Kaping von hier überwacht worden. Ueber den Verlauf der Uebung ist folgendes zu berichten: Vormittags gegen 10 Uhr sammelten sich in Bürrig die einzelnen Sanitätskolonnen. Die meisten von ihnen waren mittels Lastkraftwagen von auswärts erschienen. Anwesend waren etwa 100 Samariter, den Ortsgruppen Wiesdorf, Opladen, Hilden, Solingen, Wald, Ohligs und Haan angehörig. Etwa 30% der Samariter waren junge Mädchen und Frauen, die teilweise in weisser Schwestertracht an der Uebung teilnahmen. Während sich die einzelnen Gruppen noch sammelten, wurden von dem Leiter der Uebung in der Sandgrube Wiemann die zu lösenden Aufgaben vorbereitet. Etwa 50 Kinder bildeten die Verwundeten, welche an verschiedenen Stellen der Sandgrube verteilt wurden. Die betreffenden Kinder erhielten kleine Pappschildchen angeheftet, auf welchen die angenommenen Verwundungen bezeichnet standen wie z.B. Gasvergiftung, Bruch des rechten Unterschenkels usw. Gegen 11 Uhr wurden dann die ersten Kolonnen alarmiert. Bei ihrem Erscheinen wurden ihnen ihre Aufgaben mitgeteilt. Die Aufgaben lauteten: 1. Hilfeleistung bei einer Gasvergiftung, 2. Rettung eines Ertrinkenden und Anstellung von Wiederbelebungsversuchen, 3. Bergung von Verwundeten bei einem Schornsteineinsturz, 4. Bergung von Verwundeten bei einer Erdverschüttung. Die einzelnen Kolonnen begaben sich mit ihren Tragbahren und Geräten an die einzelnen markierten Unfallstellen, suchten die Verwundeten auf, legten diesen Notverbände an und schafften sie später auf Tragbahren zur Hauptverbandsstelle bezw. führten sie dorthin. Hier waren verschiedene Lastautos, auf welche die Verwundeten verladen werden mussten. Sanitätsrat Dr. H e y n e -Opladen sah die einzelnen Anordnungen bei den Verwundeten und die Verbände nach und hielt eine Kritik über die gesamte Uebung ab. Im allgemeinen sprach er sich sehr lobend über das Einschreiten der einzelnen Kolonnen aus. Er wünschte in seinen Schlussausführungen dem Arbeiter-Samariterbund ein gutes Gedeihen. Nachdem der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe (Weissfeld) dem Dr. Heyne seinen Dank ausgesprochen hatte, war die Veranstaltung gegen 1 1/4 Uhr nachmittags geschlossen. - Die Uebung ist sachlich und fachgemäß verlaufen. Die Samariter verrichteten lautlos ihre Arbeit und waren mit gespannter Aufmerksamkeit bei der Sache. Einen politischen Anstrich hatte die Veranstaltung nicht.

Nach Schluss der Übung fuhren die Teilnehmer mit Lastautos zum Festlokal Menrath, wo nachmittags gesellige Unterhaltungen stattfanden.“⁶⁵⁷

⁶⁵⁵ Vgl. Staatsarchiv Düsseldorf, Blatt 28.

⁶⁵⁶ Vgl. ebenda.

⁶⁵⁷ Ebenda, Blatt 2 und 3.

Dem Landrat Vohwinkel wurde über unwürdiges und anstößiges Verhalten der Kolonne Mettmann/Düsseldorf und Ratingen geklagt. Nachdem ca. 100 Samariter und Samariterinnen aus Mettmann, Düsseldorf und Ratingen drei Übungen absolviert und anschließend verschiedene Lichtbildvorträge vorgeführt hatten, hätte man „mit sämtlichen der am Ort einquartierten Feldwebels und Unteroffizieren der Franz. Besatzungstruppe Pfänderspiel und Schinkenklopfen veranstaltet. Die Mitglieder der Kolonne hier am Ort stammen aus der Arbeiterschaft und sind fast sämtlich Mitglieder der kommunistischen Partei. Von den Spitzen der Behörden sowie die Ärzte hier am Ort, die zu Übungen eingeladen waren, war keiner erschienen.“⁶⁵⁸

Da die ASB-ler um die behördliche Unterstützung kämpften, indem sie beantragten, öffentliche Räume zu bekommen und ihre Armbinden abstempeln zu lassen, wurde per Rundschreiben an die Regierungspräsidenten darauf hingewiesen, dass die Mitglieder zum Tragen des Roten Kreuzes nicht befugt seien.⁶⁵⁹

Zur KPD schien es schon 1924 enge Verbindungen zu geben:

„Genossen, Kollegen und Sportgenossen!

Wiederum wenden wir uns an Euch, unserer Kolonne zu helfen. Man wollte bald glauben, die Arbeiterschaft verstünde nicht den Wert einer gut ausgebildeten Samariterkolonne. Es wäre sonst nicht nötig, uns immer wieder an die Organisationen wenden zu müssen. Vor einigen Monaten glaubten wir, unsere Bestände an Verbandmaterial würden für lange Zeit reichen. Leider täuschten wir uns. Die Strassen- und Sportunfälle, wo unsere Mitglieder eingriffen, haben eine solche Zahl erreicht, dass unser Verbandzeug bald alle ist. Alles ist der Allgemeinheit wieder zugute gekommen. Verletzte, selbst Gegner unserer Kolonne haben den Wert der Hilfeleistung unsererseits erkannt. Unsere Unfallstatistik beweist immermehr wie nötig Arbeiter-Samariter sind. In unserer Nachbarschaft Essen ist fast keine Veranstaltung der Arbeiterschaft mehr denkbar ohne Arbeiter-Samariter. Warum schiebt man uns so beiseite? Wenn die Arbeiterschaft erkannt hat, was es bedeutet, Arbeiter-Samariter zu sein, sind wir sicher, dass unsere Kolonnenkasse nicht mehr so an Schwindsucht leidet wie bisher. Unser Kolonnenarzt Herr Dr. Moses gibt die Gewähr,

⁶⁵⁸ Ebenda, Blatt 24.

⁶⁵⁹ In Bottrop war der Arbeiter-Samariter-Bund durch seinen Vorsitzenden, der der kommunistisch eingestellten „Union der Hand- und Kopfarbeiter“ angehörte, an die Polizeiverwaltung mit dem Ersuchen herangetreten, die polizeiliche Abstempelung von Rotkreuz-Armbinden vorzunehmen. Der Antrag ist vom Polizeiamt abgelehnt worden. Vgl. ebenda, Blatt 1.

dass alle Kurssteilnehmer zu tüchtigen und brauchbaren Samaritern ausgebildet werden. Im kommenden Herbst beginnt ein neuer Kursus, welcher im Januar beendet ist. In der Zwischenzeit hält Herr Dr. Natzler verschiedene Vorträge über Knochenbrüche usw. Ausserdem findet ein Massage-Kursus, sowie ein Hauskrankenpflege-Kursus (hauptsächlich für die weiblichen Mitglieder) statt. Zu letztem benötigen wir noch eine ganze Anzahl Material. Dieses Material (Eisbeutel, ... „Steckbecken, Termometer usw.) soll auch gegen eine kleine Vergütung an die Bevölkerung verliehen werden. Außerdem beabsichtigen wir die Krankentransporte unentgeltlich auszuführen. Aber es fehlt an Mitteln. Wir glauben, dass dieses genügen wird, dass die Arbeiterorganisationen jedes Jahr einmal der Kolonne einen kleinen Beitrag überweisen. Wir wissen selbst, dass es nicht einfach ist, einen Beitrag aus der Kasse zu bestimmen, da jede Organisation unter den misslichen Verhältnissen leidet, aber bei einigermaßen gutem Willen und Einsehen dass die zu bewilligenden Beiträge oder freiwilligen Sammlungen, doch hauptsächlich der werktätigen Bevölkerung wieder zugute kommen, wird es möglich sein, der Kolonne die nötige Unterstützung zukommen zu lassen.

Konrad Knebels
Schriftführer
In der Köhle 18
Mülheim

Mit Samaritergruss:
Frei Hilf!
Arbeiter-Samariter-Bund Mühl. Ruhr⁶⁶⁰

Dennoch berichtete die Kolonne Düsseldorf in ihrem Geschäftsbericht 1925, dass der Verband der Krankenkassen Stadt und Land circa 1.000 Binden, Mull, Watte und Medikamente gestiftet hätten und vom städtischen Wohlfahrtsamt zwei Straßenbahnkarten zur Verfügung gestellt wurden. Von der Stadtverwaltung wurden im Berichtsjahr 1.000 M überwiesen.⁶⁶¹

Der Kreis V (Rheinland) des ASB hielt am 20./21.6.1925 in Mülheim/Ruhr den ersten rheinischen Arbeiter-Samaritertag ab. Am Samstag wurde um 7 Uhr abends im Lokal Mückshoff der erste Rheinische Arbeiter-Samaritertag durch den 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Mülheim/Ruhr Oesterwind mit einer Begrüßungsrede eröffnet. Es waren etwa 240 Personen anwesend. Der Kreisvorsitzende Bröcker aus Essen stellte positiv heraus, dass der ASB durch viele Gemeinden finanzielle Hilfe bekäme. Die Veranstaltung wurde durch Gesangsvorträge der F.A.U.D.⁶⁶² und deren Frauenbund sowie durch Kunst- und Rei-

⁶⁶⁰ Ebenda, Blatt 5.

⁶⁶¹ Vgl. ebenda, Blatt 99.

⁶⁶² Die Freie Arbeiter Union Deutschland (FAUD) entstand am 15. September 1919 durch Umbenennung aus der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVDG). Sie

genfahren des Arbeiterradfahr-Bundes kulturell begleitet. Es waren etwa zehn Mitglieder des Rotfront-Kämpferbundes in Uniformen anwesend sowie die Mülheimer kommunistischen Stadtverordneten Thierach und Hauchmann. Schluss war gegen 12:45 Uhr. Am Sonntag, den 21.6.1925, begannen um 10:30 Uhr die Übungen, die von zwei Ärzten abgenommen wurden. Bei dem nachmittäglichen Festumzug, bestehend aus 150 Personen, waren 12 auswärtige Kolonnen mit Bannern, u.a. aus Essen, Rotthausen, Hilden, Bonn, Duisburg, Sterkrade, Oberhausen und Hamborn vertreten. Es fand ein Vortrag eines Volkschores auf dem Rathausmarkt statt, eine kurze Ansprache des Essener Kreisvorsitzenden, anschließend Tanzvergnügen bis 12:30 Uhr, an dem ca. 400 Personen teilnahmen. Es wurden verschiedene gemeinsame Lieder, unter anderem auch die Internationale, gesungen.⁶⁶³

Die politischen Kräfteverhältnisse vor Ort setzten den Landrat in Opladen erheblich unter Druck. So wandte er sich hilfesuchend an den Regierungspräsidenten Düsseldorf, da es aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Kreistag, in dem die Kommunisten 12 Sitze hatten, den Abgeordneten der SPD und anderer Parteien schwerfallen könnte, den Antrag auf Unterstützung der Arbeitersamariter erneut abzulehnen. Der Kreis habe jahrelang die 15 Kolonnen des Roten Kreuzes, die 450 Mitglieder zählte, mit jährlich 2.500 Mk. unterstützt, die Anträge des ASB aber regelmäßig negativ beschieden. Allerdings würden in einigen Gemeinden wie Wald, Ohligs und Wiesdorf „mit starkem kommunistischen Einschlag“ die örtlichen Arbeiter-Samariter auf kommunaler Ebene finanziell unterstützt. Für ihn sei es „bei den hiesigen Verhältnissen schwierig und peinlich, die Angelegenheiten im Kreistage eingehender zu erörtern“ und daher bitte er, ihm seitens des Regierungspräsidenten zu bestätigen, dass die „dortige Auffassung immer noch die gleiche ist, wie sie vom Herrn Regie-

war bis zu ihrer Auflösung 1933 die wichtigste Organisation des deutschen Anarchosyndikalismus.

Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Arbeiter-Union_Deutschlands.

⁶⁶³

Vgl. Staatsarchiv Düsseldorf, Blatt 46ff. Darin enthalten das Festprogramm des ASB e.V. Kreis 5, Kolonne Mühlheim-Ruhr, Blatt 47-49.

rungspräsidenten unter C B II 5755 vom 29.8.1924 zum Ausdruck gebracht worden“ sei.⁶⁶⁴

Die Beteiligung von Arbeiter-Samaritern an politischen Auseinandersetzungen insbesondere während der Hungerunruhen zu Beginn der 1920er Jahre hatte das Preußische Innenministerium zum Anlass genommen, sowohl die politische Einstellung bestehender ASB-Kolonnen und deren Vorstände als auch die mögliche Existenz von PGD-Gruppen im Rheinland und Ruhrgebiet zu überprüfen. Per Ministerialverfügung wurde der Düsseldorfer Regierungspräsident aufgefordert, durch die örtlichen Polizeidienststellen Nachprüfungen anstellen zu lassen.

„Die Stärke der hiesigen Ortsgruppe des Arbeiter-Samariter-Bundes beträgt etwa 150 Mann. Von diesen gehören nach den angestellten Ermittlungen ca. 70% der KPD. und die übrigen der SPD. als Mitglieder an. Der Vorstand besteht aus 6 Personen, von welchen 5 Mitglieder der KPD. sind, während eine bei der SPD. organisiert ist. Nach den hier getroffenen Feststellungen steht die hiesige Ortsgruppe vollständig unter kommunistischem Einfluss. Dieselbe Beobachtung wurde bereits bei den Unruhen im Jahre 1923 gemacht. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, dass die Mitglieder der Kolonne, die während der Kämpfe zwischen Polizei und Demonstranten als Samariter tätig waren, ihr Hauptaugenmerk darauf richteten, die Demonstranten rechtzeitig von dem Anmarsch der Polizei zu unterrichten ...“⁶⁶⁵

„... Hier besteht nur eine Kolonne des Bundes mit ungefähr 50 Mitgliedern. Eine besondere Einteilung in Ortsgruppen besteht nicht. Die politische Einstellung und die Zusammensetzung des Vorstandes ist kommunistisch. Bei einer größeren Geländeübung im Sommer 1925, gelegentlich einer Festlichkeit des Bundes, wurden als markierte Verwundete ausschließlich Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes in voller Uniform verwendet, was ebenfalls für die politische Einstellung des hiesigen Bundes spricht. Der ‚Proletarische Gesundheitsdienst‘ besteht hier nicht“.⁶⁶⁶

In der Kolonne Elberfeld gehörten ca. 1/3 der KPD und 2/3 der Mitglieder der SPD an, in der Ortsgruppe Barmen würden zehn Mitglieder von insgesamt 180 kommunistisch eingestellt sein. Vom ASB-Remscheid würden 3/4 der Mitglieder der KPD angehören, von der Ortsgruppe Lennep acht der KPD und fünf der SPD, von der ASB-Kolonne Vohwinkel 19 von 27 Mitgliedern der KPD, von

⁶⁶⁴ Ebenda, Blatt 142f.

⁶⁶⁵ Ebenda, Blatt 108.

⁶⁶⁶ Es wird eine Liste mit Namen der Kolonnenmitglieder angefügt. Ebenda, Blatt 104-105.

den 22 Mitgliedern des ASB-Velbert seien sämtliche in der KPD, ebenso von den zehn Mitgliedern der Kolonne Ronsdorf. In Mülheim a.d. Ruhr seien von 58 entweder 35 kommunistisch, während der Rest syndikalistisch eingestellt sei, zehn seien Anhänger der SPD. In der Ortsgruppe Sterkrade seien 3/4 der zehn Mitglieder kommunistisch eingestellt. Von der Ortsgruppe Burscheid seien alle 21 Mitglieder als kommunistisch eingestellt anzusehen, von den 30 Mitgliedern in Wülfrath 25, von den 22 in Höhscheid sämtliche, von den 13 in Wiesdorf neun, in Bergisch Neukirchen von 15 sämtliche, in Ohligs sämtliche 28 Mitglieder, in Opladen sämtliche 12, in Schlebusch sämtliche acht, von den 35 Mitgliedern in Leichlinien „fast alle“, von den 45 in Wald sämtliche Mitglieder, in Essen 150 von 200, in Karnap 60 von 68, in Katernberg von den 30 Mitgliedern sämtliche, ebenso von den 18 Mitgliedern in Kray und Steele sämtliche 18, von den 46 in Werden 40.

Die Ortsgruppe Oberhausen habe sich 1926 aufgelöst, da es zu politischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien und wegen unsittlicher Verfehlungen von weiblichen kommunistischen Mitgliedern, die während der Übungsstunden begangen worden sein sollen, gekommen sei. Die kommunistischen Mitglieder haben sich zu einer Ortsgruppe zusammengeschlossen, als provisorischer Leiter der kommunistischen Mitglieder sei der ehemalige Eisenbahnarbeiter Heinrich Schmidt, Oberhausen Dellwig, Einbleckstr. 39, bestimmt worden.⁶⁶⁷

In Homberg/Niederrhein wurden 1/3 der 50 Mitglieder der KPD zugerechnet (vier Vorstandsmitglieder KPD und einer SPD), der Vorsitzende sei Mitglied im Roten Frontkämpferbund. Vor diesem Hintergrund wurde der Kolonne ihr Antrag auf Benutzung einer Volksschulklasse für Übungsabende verwehrt.⁶⁶⁸

Allerdings wurde keine Handhabe gesehen, das Tragen des weißen Kreuzes im roten Felde zu verbieten, da lediglich das rote Kreuz im weißen Feld durch das Genfer Neutralitätsabkommen geschützt sei.⁶⁶⁹

⁶⁶⁷ Vgl. ebenda, Blatt 84, 91 und 92.

⁶⁶⁸ Vgl. ebenda, Blatt 64.

⁶⁶⁹ Vgl. ebenda, Blatt 45.

1926 gehörten zum Regierungsbezirk Düsseldorf sieben Bezirke: Barmen, Wiesdorf, Oberhausen, Remscheid, Ratingen, Krefeld, Essen. In der Düsseldorfer Kolonne waren von circa 100 Mitgliedern 20 kommunistisch orientiert. 1924 kam es zu einer Spaltung: Linke Mitglieder gründeten dort den „proletarischen Gesundheitsdienst“. Der erste Vorsitzende hieß Josef Dorf Müller, Dreher. Dieser sowie der zweite Vorsitzende Heinrich Wegmann jun. gehörten der kommunistischen Partei an. Diese Kolonne sei „heute noch ungefähr 25 Mann stark“. Von den Kommunisten seien in letzter Zeit wieder einige zum Samariter-Bund übergetreten. Die KP habe angeordnet, dass sämtliche Leute versuchen sollten, wieder im Samariter-Bund Aufnahme zu finden, um darin Opposition zu treiben.⁶⁷⁰

Im Juni 1927 eskalierte der schon lange schwelende Konflikt mit dem V. Kreis. Ein Rundschreiben, das die Düsseldorfer Organisation der IAH an zahlreiche Arbeiterorganisationen, somit auch an die ASB-Kolonnen ihres Bezirks versandt hatte, gab dem ASB-Bundesvorstand einen willkommenen Anlass, Massenausschlüsse gegen die bergisch-rheinischen ASB-Kolonnen anzudrohen. In diesem Schreiben rief die IAH zur Unterstützung des chinesischen Befreiungskampfes auf. Eine Reihe von Kolonnen hätte ihre Bereitschaft zur aktiven Samariterhilfe für den chinesischen Befreiungskampf erklärt.⁶⁷¹ Dem ging voraus, dass entgegen dem Beschluss des ASB-Bundestages Ostern 1925 in Berlin, der einen korporativen Austritt aus der IAH vorsah, der Kreistag des V. Kreises des ASB sich für den Verbleib in der IAH entschied.⁶⁷²

„Der ASB lehnt jede Verbindung mit der IAH ab. Er hat mit ihr weder Verhandlungen gepflogen noch überhaupt in der ganzen Angelegenheit etwas zu tun. Die ganze Schreibweise ist geeignet, den ASB. zu kompromittieren. Wir lehnen die Verantwortung für diesen Artikel ab ... Wir ersuchen unsere Bezirks- und Kreisleitungen oder auch Kolonnenleitungen, denen die Kolonnen, die sich bereits schon beteiligt haben, bekannt sind, uns diese zu melden, damit wir die weiteren Schritte gegen die Disziplinbrecher einleiten können ... Es ist außerordentlich bedauerlich, daß der 5. Kreis (Rheinland) nicht unterlassen konnte, dem ASB. Schwierigkeiten zu bereiten ... Wir müssen wohl oder übel, um für die Zukunft derartige Disziplinlosigkeiten zu unterbinden, auch in diesem Fall scharf zugreifen, und wir werden versuchen, alle von außen geführten Spaltungsmanöver gegen

⁶⁷⁰ Vgl. ebenda, Blatt 101.

⁶⁷¹ Vgl. Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 288.

⁶⁷² Vgl. ebenda, Blatt 136.

unseren Bund zu unterdrücken. Mitglieder, die sich bereits zur Verfügung gestellt haben, scheiden ohne weiteres aus dem Bunde aus.“⁶⁷³

Die Angesprochenen wehrten sich standhaft. Die ASB-Gruppe Solingen verabschiedet einstimmig folgende Resolution:

„Die Mitgliederversammlung lehnt auf das entschiedenste ab irgendwelche Beteiligung bei bürgerlichen Veranstaltungen, Reichsgesundheitswoche, Gesolei, sowie bei der internationalen Tagung in Amsterdam. Weiterhin protestiert die Mitgliederversammlung gegen das unproletarische Verhalten des Bundesvorstandes gegenüber der China-Hilfsaktion, und fragt die Mitgliedschaft in bezug auf das letztere: Wo bleibt hier unser Wahlspruch: ‚An jedem Ort, zu jeder Zeit, sind wir zur ersten Hilfe bereit.‘!“⁶⁷⁴

Diese Resolution wurde dem ASB-Bundesvorstand einschließlich eines „geharnischten Begleitschreibens“ zugestellt.

Der Ausschluss war die Folge. Die aus dem Bund entfernten Arbeiter-Samariter führten dennoch ihre Tätigkeit fort und nannten sich von nun an „Arbeiter-Sanitäter“ bzw. „Arbeiter-Sanitätskolonne“.⁶⁷⁵ Für die Bevölkerung schien es keinen großen Unterschied zu machen, denn ihr war die Fortführung des gewohnten Leistungsspektrums der Arbeiter-Samariter wichtig. Auf politischer Ebene konnten sich die „Arbeiter-Sanitäter“ des politischen Rückhalts sicher sein, denn in dieser Region war die revolutionäre Linke die dominierende politische Kraft.

Nach Ausschluss der oppositionellen Samariter im Rheinland berichtete der Polizeipräsident Köln im Rahmen der Überwachung des PGD, dass dieser seit Januar 1926 aufgelöst sei, der Sanitätsdienst bei kommunistischen Veranstaltungen werde jetzt von der „Arbeiter-Sanitätskolonne“ mit geleistet. „Deren Bundesleitung (gemeint ist wohl der ASB, d.A.) sei zwar als einwandfrei zu

⁶⁷³ Ebenda, Blatt 288.

⁶⁷⁴ Ebenda.

⁶⁷⁵ Vgl. Prüfungs-Zeugnis Karl Pütz. Aus Privatbesitz seiner Frau Grete Pütz. Das Zeugnis wurde auf einem Vordruck der „Arbeiter-Samariter-Kolonnie“ gedruckt und mit dem Zusatz „Arbeiter-Sanitäts-Kolonnie Alt-Solingen“ versehen, der nachträglich aufgestempelt wurde. In dem Kreuz-Emblem wurde das ursprüngliche Kürzel „A.S.B.“ durch das Kürzel „A.S.K.“ ersetzt. Der Kolonnenarzt Dr. Hagedorn schien auch 1932 zuständig geblieben zu sein.

bezeichnen, deren Mitglieder (gemeint die Arbeiter-Sanitäter, d.A.) aber größtenteils der KPD nahe stehen.“⁶⁷⁶

Welche Kräfteverhältnisse in der Arbeiter-Samariter-Bewegung im Rheinland insgesamt vorlagen, offenbart der Bericht des Regierungspräsidenten Düsseldorf an den Preuß. Minister für Wohlfahrt nach Berlin. Nach einzelner Darstellung der 44 Ortsgruppen des ASB kommt er zu dem Schluss, dass von 1.944 Mitgliedern 1.235 (63,5%) Kommunisten seien. In Düsseldorf entstand aus dem ASB eine PGD-Gruppe, die sich daraufhin „Arbeiter-Sanitätskolonne“ nannte. Ebenso gründete sich in Ohligs eine PGD-Gruppe, die sich aber nach Unterzeichnung des Reverses wieder die Bezeichnung Arbeiter-Samariter-Bund beigelegt habe, „ohne dass eine Aenderung der Mitglieder oder ihrer politischen Einstellung erfolgt wäre.“⁶⁷⁷ So resümierte er, „dass die kommunistischen Bestrebungen, den Arbeitersamariterbund zu einer politischen, linksradikalen proletarischen Kampforganisation umzuwandeln, von wenigen Ausnahmen abgesehen, soweit mein Bezirk in Frage kommt, von beachtlichem Erfolg gewesen sind.“⁶⁷⁸

Der ASB-Wermelskirchen wurde im März 1921 gegründet. Da sich alle vier am Orte befindlichen Ärzte weigerten, den ASB hinsichtlich der Ausbildung in Erster Hilfe zu unterstützen, wandten sich die Wermelskirchener ASB-ler an die Kolonne Remscheid, wo ein ASB-Mitglied zur Ausbildung zur Verfügung stand, sodass sie zusammen mit Kursteilnehmern aus Lennep am 14.8.1921 ärztlich geprüft wurden.⁶⁷⁹

Schon früh machte der V. Kreis Furore, indem er sich kritisch gegenüber der Neutralitätsfrage verhielt. 1921 erzwang er eine Kreisleiter-Konferenz.

Labisch und Moschke erwähnen, dass es nicht nur in Berlin und Sachsen, sondern auch im Rheinland den „Proletarischen Gesundheitsdienst“ gegeben habe. In den Polizeiakten der Jahre 1924-1926 des Staatsarchivs Düsseldorf finden

⁶⁷⁶ Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Blatt 296.

⁶⁷⁷ Ebenda, Blatt 204f.

⁶⁷⁸ Ebenda, Blatt 205.

⁶⁷⁹ Der Arbeiter-Samariter 1921, 12. Jg. Nr. 12, S. 103.

sich Schriftstücke, die eine Existenz desselben in Düsseldorf, Ohligs und anscheinend auch in Essen belegen.

Über die Aktivitäten einer PGD-Gruppe in Düsseldorf teilte der Reg.-Präsident Düsseldorf in seinem Antwortschreiben vom 22.2.1926 mit:

„Die Ortsgruppe des Arbeiter-Samariterbundes zählt etwa 100 Mitglieder, davon etwa 20 Kommunisten. Die beiden Vorstandsmitglieder sind anscheinend Sozialdemokraten. Im Oktober 1924 entstand in der Düsseldorfer Gruppe eine Spaltung. Die linksradikalen Elemente, etwa 40 Personen beiderlei Geschlechts, trennten sich vom Arbeiter-Samariterbund und bildeten den kommunistischen proletarischen Gesundheitsdienst. Der PGD nennt sich heute Arbeiter-Sanitätskolonne. Die Kolonne steht vollkommen unter kommunistischen Einfluss. Der 1.Vorsitzende ist der Dreher Josef Dorf Müller (vgl. anliegenden Bericht der ‚Roten Tribüne‘). Die Kolonne besteht aus 25 Mitgliedern und versucht auf Anordnung der K.P.D. wieder Aufnahme in den Samariterbund zu finden.“⁶⁸⁰

Auch von der Kreisleiterkonferenz des ASB Bezirk Niederrhein vom 12./13.11.1927 in Krefeld, auf der ein wesentlicher Tagesordnungspunkt darin bestand, über die Wiederaufnahme zuvor im PGD organisierter Mitglieder zu entscheiden, hatte die Polizei Kenntnisse.

„Es hatten sich ungefähr 120 Personen eingefunden. Den Vorsitz führte der Gauvorsitzende (Bundesvorsitzende, d.A.) Kretzschmar ... Bei dieser Gelegenheit versuchte die K.P.D., einige Mitglieder in den Vorstand zu bekommen, jedoch wurden die Vorschläge abgelehnt. Der alte Vorstand ist somit verblieben. Politische Bestrebungen wurden im Arbeiter-Samariterbund nicht verfolgt.“⁶⁸¹

Diese zuletzt genannten Bemühungen der Oppositionellen stellen sich aus Sicht der „Roten Tribüne“ in dem Bericht über die Kreistagung des ASB, V. Kreis Rheinland vom 6. und 7.2.1926 wie folgt dar:

„Schon die letzte Zahl (gemeint waren die 2 Bundesvorstandsmitglieder Kretzschmar und Brüggem, d.A.) ließ darauf schließen, dass der Hauptvorstand auf den 5. Kreis ein besonderes Augenmerk hat, umfaßt er doch die Hauptindustriebezirke Düsseldorf, Bergisch-Land, linker Niederrhein, Essen, Hamborn und weitere Teile des Ruhrgebiets ... Aus Düsseldorf war unter Führung des früher ausgeschlossenen Genossen Dorf Müller eine dreigliedrige Delegation der aus Genossen der Opposition bestehenden zweiten Düsseldorfer Kolonne erschienen, um Verhandlungen zwecks Wiedervereinigung anzuknüpfen. In einem verlesenen Schreiben gab Dorf Müller bekannt, daß sie bereit seien, die beiden Kolonnen zu verschmelzen und ersuchte um Wahl einer dreigliedrigen Kommission vom Bezirks- und Hauptvorstand zur Verhandlung. Kretzschmar vom Bundesvorstand wendet

⁶⁸⁰ Staatsarchiv Düsseldorf, Blatt 134f.

⁶⁸¹ Ebenda.

sich sofort dagegen und erklärt: Eine Verschmelzung gibt es nicht, wenn in dem Schreiben als Begründung auf die Offensive des Kapitals hingewiesen wird, so finde ich das komisch, das geht uns als Arbeiter-Samariter doch nichts an, das ist Sache der Gewerkschaften. Wir treiben nur Sozialpolitik, aber keine Parteipolitik. Der Kreistag hat weder ein Recht, über die Wiedervereinigung mit dem ‚Proletarischen Gesundheitsdienst‘, noch mit der zweiten Düsseldorfer Kolonne zu verhandeln. Er beantragt Übergang zur Tagesordnung.“⁶⁸²

Nachdem ein Samariter aus Elberfeld dennoch erneut die Verschmelzung vorschlägt, „ruft Kretzschmar dazwischen: Ich erkläre jetzt, daß ich jede Verhandlung ablehne, sie sollen ruhig dableiben, wir brauchen sie nicht!“⁶⁸³

Über den PGD-Ohligs ist aus den Polizeiakten zu erfahren, dass

„ausweislich der kommunistischen ‚Bergischen Arbeiterstimme‘ vom 26.5.24 ... der in Ohligs bestehende Arbeiter-Samariterbund sich die Bezeichnung ‚Proletarischer Gesundheitsdienst‘ zugelegt (hat, d.A.). Inzwischen hat sich dieser ‚Proletarische Gesundheitsdienst‘ nach dem in Abschrift beigefügten, von dem Schriftführer Peter Kröner unterzeichneten am 18. Oktober 1925 eingesandten Revers wieder die Bezeichnung Arbeiter-Samariterbund beigelegt, ohne dass eine Aenderung der Mitglieder oder ihrer politischen Einstellung erfolgt wäre. Diese Umbezeichnung ist, abgesehen davon, dass der ‚Proletarische Gesundheitsdienst‘ nicht hat festen Fuß fassen können, weil die K.P.D., schon in dem Arbeiter-Samariterbund den alleinigen Einfluss ausübt, wahrscheinlich geschehen, um in den Besitz von 600 M zu gelangen, die im Etat des städtischen Wohlfahrtsamts Ohligs für Unterstützung der in der Gesundheitspflege tätigen Vereine eingesetzt sind.“⁶⁸⁴

Tatsächlich findet sich im Weiteren die Abschrift eines „Reverses“, das gezielt an „die ehemaligen Mitglieder des Proletarischen Gesundheitsdienstes der Kolonne Ohligs“ gerichtet ist und eine maschinenschriftliche Unterschrift von Peter Kröner trägt.

„R e v e r s .“

Die Unterzeichneten ehemaligen Mitglieder des Proletarischen Gesundheitsdienstes der Kolonne Ohligs, Rhld. verpflichten sich durch ihre eigene Namensunterschrift nachstehende Fragen anzuerkennen und dementsprechend zu handeln:

Die Unterzeichnung des Reverses schliesst eine Aufnahme in den Arbeiter Samariter Bund von vornherein aus.

Verstösse, die nach Unterzeichnung des Reverses gegen diese erfolgen, ziehen sofortigen Ausschluss aus dem Bund nach sich.

⁶⁸² Ebenda, Blatt 87.

⁶⁸³ Ebenda.

⁶⁸⁴ Staatsarchiv Düsseldorf, Blatt 133-138.

1. Namentlich Unterzeichnete verpflichten sich, die Satzungen des Arbeiter Samariter Bundes voll und ganz anzuerkennen.
2. Die Unterzeichneten verpflichten sich, die Beschlüsse des Bundesvorstandes sowie des Bundestages 1925 restlos anzuerkennen und ihren Ausführungen Folge zu leisten.
3. Die Unterzeichneten verpflichten sich unterschriftlich, einer Fraktion innerhalb der Arbeiter-Samariter-Kolonne gleichviel welcher Partei
 - a. nicht beizutreten
 - b. eine solche nicht zu gründen
 - c. weder dem Proletarischen Gesundheitsdienst noch irgendeiner politischen Tageszeitung Berichte, die gegen den Bund Stellung nehmen, zuzustellen.
4. Unterzeichnete verpflichten sich und bestätigen durch ihre Unterschrift, dass sie nicht mehr Mitglied des Proletarischen Gesundheitsdienstes sind und in keinerlei Beziehung zu demselben stehen.
5. Zu unter 2 genannten Beschlüssen gehört insbesondere jede Dienstleistung bei allen Organisationen, soweit sie auf dem Boden der Verfassung stehen und den Arbeiterinteressen nicht entgegenarbeiten, soweit eine Anforderung auf Dienststellung seitens der genannten Organisationen der Kolonne geht.
6. Soweit die unterzeichneten Mitglieder dem Bunde bereits früher angehört haben, sind diese verpflichtet, ihr damals nicht zurückgegebenes Buch oder Mitgliedskarte abzuliefern. Ausserdem sind die vom Bund bezogenen Taschenapotheken im Betrage von 1.10 M pro Stück umgehend und vor der Aufnahme in den Bund zu bezahlen.

gez: Der Bundesvorstand

Unterschrift.

Wortgetreue Ausführung

gez: Peter Kröner, Schriftf.⁶⁸⁵

Anscheinend hat die Zustimmung zu dieser Verpflichtungserklärung zu einer Wiederaufnahme früherer PGD-Mitglieder geführt, denn in einem Bericht über die Kolonne Ohligs späteren Zeitpunktes werden 28 ASB-Mitglieder (mit kommunistischer Einstellung) und Peter Kröner als Vorstandsmitglied angeführt⁶⁸⁶. Wahrscheinlich hat es auch eine oder mehrere PGD-Gruppen in Essen gegeben, denn über die Zusammensetzung des Bundes wird berichtet, dass „die Führung der Ortsgruppen in den Händen der Kommunisten“ liege.

„Die Mitglieder des Bundes sind zum überwiegenden Teil Kommunisten. Einige gehören auch der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an. Der Arbeiter-Samariterbund

⁶⁸⁵ Ebenda, Blatt 83.

⁶⁸⁶ Ebenda, Blatt 84.

nimmt an allen grösseren Kundgebungen und Versammlungen der Kommunistischen Partei, des Roten Frontkämpferbundes und der linksgerichteten Erwerbslosen teil und versieht hierbei den Gesundheitsdienst. Der Bund selbst tritt im übrigen weniger in Erscheinung. Einzelne Ortsgruppen des Bundes führen auch die Bezeichnung ‚Proletarischer Gesundheitsdienst‘; hierdurch soll der Eindruck erweckt werden, dass der Bund eine überparteiliche Wohlfahrtseinrichtung ist...⁶⁸⁷

Immerhin schien der PGD in dieser Region über so viel organisatorische Kraft zu verfügen, dass er am 19. bzw. 26.10.1924 eine „großangelegte Übung“ in der Region Solingen-Land anmeldete. Dieses Vorhaben schien den Landrat des Landkreises zu Opladen so zu verunsichern, dass er die Entscheidung über die Genehmigung an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf übertrug, der sich seinerseits beim Minister des Innern in Berlin rückversicherte. Geplant war eine Übung, bei der die Unglücksstellen auf ziemlich weit voneinander liegenden Stellen verteilt waren

„und alles so eingerichtet ist, dass die Öffentlichkeit möglichst viel davon zu sehen bekommt ... Ob die Veranstaltung dennoch gestattet werden soll um nicht unnötig zu reizen oder auch um die ganze Veranstaltung in ihrem Wert oder Unwert genauer prüfen zu können, ist eine Frage, deren Entscheidung ich dem Herrn Regierungspräsidenten überlassen muss. Die kommunistische Partei wird im Falle der Erteilung der Erlaubnis eine große Heerschau zu Stande zu bringen suchen und werden zweifellos auch viele auswärtige Vereine teilnehmen ... Von dem Verbot nur des Umzuges bitte ich jedenfalls abzusehen, da die Durchführung bei der grossen Masse der Teilnehmer ausgeschlossen erscheinen muss und die Polizei höchstens dabei ins Hintertreffen gerät. Dazu fehlt es an gültigen Strafbestimmungen. Sonst wird man den Zug in einzelne Trupps auflösen und dabei die Polizei blamieren“.⁶⁸⁸

Ob nun diese Übung stattgefunden hat oder nicht, geht aus den vorliegenden Unterlagen nicht hervor.

Auch aus einem anderen Blickwinkel wird deutlich, dass das Kräfteverhältnis im ASB-Rheinland deutlich linkslastig war. So wendet sich die KPD-Zentrale in Berlin mit gleichem Text sowohl an den Vorstand der PGD-Fraktion als auch, quasi nachrichtlich, an die ASB-Kolonnen der Bezirke 1, 12, 13, 20, 21, 25, 27.⁶⁸⁹

⁶⁸⁷ Ebenda, nicht erkennbare Blatt-Nr. Der Polizeipräsident. Essen, den 3. Februar 1926.

⁶⁸⁸ Ebenda, Blatt 7.

⁶⁸⁹ Vgl. ebenda, Blatt 82.

IV.3. Gründungsversuche „neutraler“ Arbeitersamariter im Bezirk 12

Die überwiegend kommunistische Orientierung des ASB-Bezirktes Rheinland-Westfalen machte offenbar nicht nur dem ASB-Bundesvorstand schwer zu schaffen. Auch versuchten, wenn auch nur an vereinzelt Orten, Mitglieder an der Basis durch die Kolonnengründungen, die gemäßigt-reformistisch ausgerichtet waren, sich dieser dominierenden, revolutionären Einstellung zu entziehen. Allerdings kamen diese Kolonnen über eine gewisse personelle Stärke nicht hinaus und fristeten eine Zeitlang ein Schattendasein. Früher oder später gingen sie gänzlich in der Sozialdemokratie nahestehenden Organisationen auf. So wird z.B. in dem Polizeibericht, der im Rahmen der großangelegten Befragungsaktion des Innenministeriums zur Ermittlung der politischen Ausrichtung der ASB-Kolonnen erstellt worden war, über die ASB-Kolonie Hamborn berichtet,

„dass der Arbeiter-Samariter-Bund in Hamborn nunmehr durch teilweisen Ausschluss und freiwilligen Austritt der gemäßigten Mitglieder vollkommen in das radikale Fahrwasser geraten ist ... Die auf dem Boden der S.P.D. stehenden ausgeschlossenen und ausgeschiedenen Mitglieder haben unter dem Namen ‚Freie Sanitätskolonne Hamborn‘ eine neue Organisation mit einer Mitgliederzahl von vorläufig 30 Personen gegründet“.⁶⁹⁰

Bewusst gab sich diese Kolonne ein neues Ortsstatut, in dem es z.B. in § 1 hieß: „Die Freie Sanitätskolonne ist der Zusammenschluss aller ehemaliger Arbeiter-Samariter, die auf dem Boden der Neutralität stehen“.⁶⁹¹ In § 2 wurde über die Erste-Hilfe-Leistung hinaus der „Förderung der Wohlfahrtspflege in erweitertem Umfange und nach besten Kräften“ ein besonderer Stellenwert zugedacht. In §§ 4 und 5 wurde nochmals auf die erforderliche ideologische Einstellung der Mitglieder besonders hingewiesen. Jedem „idealistisch denkenden Menschen“ wurde zwar die Möglichkeit zur Mitgliedschaft gegeben, sofern er „seinen Mitmenschen in jeder Lage hilfreich zur Seite stehen will und das Orts-

⁶⁹⁰ Staatsarchiv Düsseldorf, Blatt 52.

⁶⁹¹ Ebenda, Blatt 53.

statut in allen seinen Teilen anerkennt.“ Eine Mitgliedschaft in einer anderen Sanitätskolonne blieb aber ausdrücklich ausgeschlossen.⁶⁹²

Vielleicht war diesen Mitgliedern der ASB in seiner Gesamtheit schon zu linkslastig oder sie trauten dem Bundesvorstand eine effektive Einflussnahme auf die regionalen, innerorganisatorischen Kräfteverhältnisse nicht mehr zu, denn anscheinend suchten sie auch nicht den Verbleib im ASB. Vielleicht gab es schlicht und einfach in der unmittelbaren Umgebung auch keine anderen reformistisch eingestellten Kolonnen.

Die dadurch aufgekommene Sorge der Polizei, dass es womöglich aufgrund der Namensähnlichkeit mit bestehenden Rot-Kreuz-Kolonnen zu Verwechslungen kommen könnte, führte zur weiteren Observierung dieser Kolonne. Letztendlich legte die Polizeiverwaltung Hamborn den Fall aber zu den Akten, als sie im Februar 1926 dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf mitteilen konnte: Die „Freie Sanitätskolonne“ ist „korporativ dem Reichsbanner ‘Schwarz-Rot-Gold’ beigetreten, während der Arbeiter-Samariterbund sich bisher nur an den Veranstaltungen der KPD beteiligt hat“⁶⁹³, was anscheinend eine Abgrenzung gegenüber einer befürchteten organisatorischen Vereinigung bedeuten sollte. Wie weiter berichtet wurde, hatte der Anschluss an das „Reichsbanner“ dazu geführt, dass die Kolonne „vollständig in ihm aufgegangen ist“, denn der beanstandete Name wurde nicht weitergeführt.⁶⁹⁴

Ähnliches wird in der Meldung vom 3.2.1926 aus Essen gemeldet.

„Außerdem bestehen in Essen ‚Arbeiter-Samariter-Kolonien‘⁶⁹⁵ die sich aus Mitgliedern der S.P.D. zusammensetzen und bei Kundgebungen der S.P.D. den Gesundheitsdienst versehen. Diese Vereinigungen stehen mit dem kommunistisch eingestellten Arbeiter-Samariter-Bunde in keiner Verbindung“.⁶⁹⁶

⁶⁹² Vgl. ebenda.

⁶⁹³ Ebenda, Blatt 106.

⁶⁹⁴ Vgl. Ebenda, Blatt 57 und 58.

⁶⁹⁵ Dabei dürfte es sich um einen Schreibfehler handeln, denn gemeint sind sicherlich Kolonnen.

⁶⁹⁶ Ebenda, nicht erkennbare Blatt-Nr. Der Polizeipräsident. Essen, den 3. Februar 1926.

In den Zeitzeugen-Interviews berichten die Alt-Samariter Arthur Windgassen und Heinrich Müller/Leupold über Gründungsversuche sozialdemokratisch ausgerichteter ASB-Kolonnen, die jedoch nur kurze Zeit existierten.⁶⁹⁷

⁶⁹⁷ Siehe Kap. IV.4.

IV.4. Lebenserinnerungen oppositioneller Arbeiter-Samariter der Kolonnen Solingen und Wermelskirchen

Befragt nach den Motiven, die die von mir befragten Samariterinnen und Samariter zum Eintritt in den ASB bewogen haben, ergibt sich ein Spektrum, das über das allgemeine Interesse an der Ersten-Hilfe-Tätigkeit, Unterstützung des Arbeitersports, der Versorgung Verletzter bei Demonstrationen und Veranstaltungen der Arbeiterschaft bis hin zum politisch motivierten Eintreten für eine durchgreifende Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Arbeiterschaft reichte. Insbesondere der letzte Punkt war bei den Arbeitersamaritern des Bergischen Landes mit ihrer Sanitätsarbeit so selbstverständlich verknüpft, dass der Konfrontationskurs mit dem reformistisch orientierten ASB-Bundesvorstand vorprogrammiert war, was 1929 zum Ausschluss des gesamten Kreises V aus dem ASB führte.

„Ich interessierte mich schon immer für Verbände etc. ... Ich kann mich noch an einen Schulausflug als kleines Mädchen erinnern, da sind wir zu Fuß nach Itter gegangen mit Musik ... Und wie wir nun angelangt waren, da ist da auch ein Ruderteich gewesen und es dauerte gar nicht lange, da ist ein Mädchen in den Teich gefallen. Und obwohl über 300 Kinder und zum großen Teil auch die Eltern da waren, weißt Du, wer das Kind verpflegt und es aufgenommen, in die Küche gebracht, es ausgezogen und eine Decke drübergetan hat? Ich! Also interessierte mich das doch! Das liegt mir eben so, das Helfen. Ja und dann bin ich in den ASB gegangen und bin in Erster Hilfe ausgebildet worden. Der Karl (Pütz, ihr Ehemann, geb. 24.12.1899, d.A.) war eh drin.“⁶⁹⁸

„Wir haben immer regelmäßig bei den Arbeiter-Fußballvereinen und den anderen Sportvereinen Sanitätsdienst übernommen. Ich bin z.B. auch mitgewesen als Sanitäter beim Reichsarbeitersporttag 1929 in Nürnberg. Da waren allein aus Solingen fünf oder sechs Sanitäter mit.“⁶⁹⁹

„Ich war früher in der kommunistischen Jugendbewegung. So bin ich zwangsläufig mit den Arbeitersamaritern bekannt geworden. Ich habe mich für Krankenpflege, Verbände und Erste Hilfe interessiert. Wenn z.B. ein Waldfest war oder Ähnliches, dann sind wir dort mit unseren Verbandskästen hingegangen.“⁷⁰⁰

⁶⁹⁸ Interview mit Frau Grete Pütz vom 26.6.1984.

⁶⁹⁹ Interview mit Herrn Heinrich Müller vom 14.7.1985.

⁷⁰⁰ Interview mit Herrn Arthur Windgassen vom 15.12.1984. Der ASB-Wermelskirchen wurde im März 1921 gegründet. Da sich alle vier am Orte befindlichen Ärzte weigerten, den ASB hinsichtlich der Ausbildung in Erster Hilfe zu unterstützen, wandten sich die Wermelskirchener ASB-ler an die Kolonne Remscheid, wo ein ASB-Mitglied zur

„Ich bin 1924 eingetreten. Zunächst einmal war für mich interessant, einen Kursus in Erster Hilfe mitzumachen. Ich habe an vielen Demonstrationen teilgenommen, es gibt wohl keine Demonstration nach 1917, an der ich nicht teilgenommen habe. Dabei gab es schon damals (gemeint ist die Zeit vor der Nazi-Diktatur, d.A.) Übergriffe seitens der Polizei. Bei mir war der hauptsächlichste Anstoß, daß ich die Verletzungen, die die Demonstranten erlitten, behandeln wollte.“⁷⁰¹

Ein Altsamariter, der 1898 geboren wurde, bezog seine Motivation zum Eintritt in den ASB unmittelbar aus seinen Erlebnissen als Teilnehmer des Ersten Weltkrieges:

„Ich war im Ersten Weltkrieg Soldat, war gerade 18 Jahre alt und kam nach Frankreich, wo ich verwundet wurde. Zu der Zeit war es so, dass die Geschütze mit Pferden an die Front gefahren wurden. Gleich nach dem zweiten Angriff, den wir machen sollten, schlugen Granaten in die Geschütze. Pferde, Wagen und Menschen flogen durcheinander. Das war schon ein Anlass für mich, so schnell wie möglich von der Knarre wegzukommen ... Nach meiner Verwundung habe ich versucht, noch während des Krieges eine Sanitätsausbildung zu machen ... Ich kam dazu nach Rendsburg 'rauf. Nach der Ausbildung 1917 kam ich dann wieder zur Front und wurde einer Sanitätskompanie zugeteilt. Das war eine besondere Formation, die eingesetzt wurde, wenn sogenannte große Schlachten stattfanden. Wir hatten die Aufgabe, Verwundete und Tote wegzuholen. Was man da gesehen hat, brauche ich wohl nicht näher zu erläutern ... Ich bin dann später nach Solingen gekommen, gebürtig stamme ich aus Chemnitz. Ich bin sofort in die Gewerkschaft eingetreten usw. 1922 bin ich dann Mitglied der Arbeiter-Samariter-Kolonie Solingen geworden ... Ich weiß noch von einem Kumpel von mir, der auch verwundet worden war und sich dann auch zur Sanitätsausbildung gemeldet hatte. Wir wollten keine Knarre mehr in die Finger nehmen. Es gab viele Soldaten, die vom Krieg abgeschreckt worden waren und eine Sanitätsausbildung gemacht haben. Die, die Möglichkeit dazu hatten, haben das wahrgenommen.“⁷⁰²

Politisch standen sämtliche Interviewte der kommunistischen Bewegung nahe, drei von ihnen waren Mitglieder der KPD, einer war Mitglied der KJVD, ein weiterer ist 1945 in die KPD eingetreten. Zusätzlich waren die Berufstätigen Mitglieder in den Gewerkschaften. Vereinzelt gehörten der „Roten Hilfe“, der „Internationalen Arbeiterhilfe“ (IAH), dem „Rotfront-Kämpfer-Bund“ (RFB) und mehreren Arbeiterselbsthilfe- und -kulturorganisationen wie dem genossenschaftlichen „Spar- und Bauverein“, dem „Gartenbauverein“,

Ausbildung zur Verfügung stand, sodass sie zusammen mit Kursteilnehmern aus Lennep am 14.8.1921 ärztlich geprüft wurden. Vgl. Der Arbeiter-Samariter 1921, 12. Jg. Nr. 12, S. 103.

⁷⁰¹ Interview mit Herrn Heinrich Müller vom 14.7.1985.

⁷⁰² Interview mit Herrn Rudolf Leupold vom 20.4.1985.

dem „Volkschor“ oder dem „Arbeiter-Fotografen-Verband“ an. Dabei handelte es sich um Funktionärstätigkeit oder zumindest um eine aktive Mitgliedschaft. Drei Altsamariter hatten typische Metallhandwerkerberufe der Region wie Schleifer oder Gesenkschmied, wobei einer von ihnen zum Krankenpfleger umschulte. Ein weiterer verdiente sich seinen Lebensunterhalt als Arbeiter in einer Schuhfabrik, die Alt-Samariterin war Mutter und Hausfrau und gelegentlich als Arbeiterin berufstätig.

„Als ich 1923 eingetreten bin, bestand schon eine ASB- und eine Rot-Kreuz-Kolonie. Wir waren ca. 30 Mitglieder, gut ein Drittel davon waren Frauen. Das Durchschnittsalter lag zwischen 20 und 25 Jahren. Es waren auch einige ältere Mitglieder dabei. Die meisten waren Arbeiter“⁷⁰³.

An die Tätigkeit in der ASB-Wache und an weiteren Aktivitäten sind vielen folgende Beispiele noch lebhaft in Erinnerung:

„Zuerst einmal standen die Krankentransporte im Vordergrund. Wir konnten damals wegen des (vorhandenen Kranken-, d.A.) Wagens und der damit verbundenen guten Transportmöglichkeiten viel Reklame machen ... Zu der damaligen Zeit gab es viele Hungerdemonstrationen. Dort sind wir dann immer mit der Armbinde ausgestattet hingegangen. Oder wenn der Rote-Frontkämpfer-Bund irgendwo einen Aufmarsch machte, sind immer Leute von uns mitgegangen. Zu der Zeit war hier in Solingen ziemlich viel los. Bei Mai-Kundgebungen waren wir dabei oder wenn die Arbeitergesangsvereine Konzerte gaben ...“⁷⁰⁴

„Die Kolonnen waren sehr gut ausgerüstet. In dem ehemaligen Arbeitsamt „Am Grashof“ hatten wir einen größeren Saal. Wir sind dann später umgesiedelt und haben ein altes Fabrikgebäude in ein Arbeitersamariterheim umgebaut. Das war in der „Hochstraße“. Dort hatten wir oben auch einen Saal.“⁷⁰⁵

„Unser Büro (gemeint war die ASB-Wache) war damals ein altes Fabrikgebäude. Die Firma hatte ein anderes Gebäude gebaut. Weil wir unsere Arbeit ehrenamtlich machten, haben wir keine Miete zahlen müssen. Das blieb auch so, als das Gebäude später städtisch wurde.“⁷⁰⁶

⁷⁰³ Ebenda.

⁷⁰⁴ Ebenda.

⁷⁰⁵ Interview mit Herrn Heinrich Müller vom 14.7.1985. Diese Angaben finden sich auch in dem Geschäftsbericht aus dem Jahre 1925: „Die Kursabende finden statt: Dienstags abends 7 ½ Uhr für Jugendliche; Mittwochs abends 7 ½ Uhr für männliche und weibliche Teilnehmer, sämtlich im neuen Heim, Hochstraße (A l t e s W . K . C . G e - b ä u d e).“ Bergische Arbeiterstimme vom 17.2.1926.

⁷⁰⁶ Interview mit Herrn Rudolf Leupold vom 20.4.1985.

Auch andere Solinger Arbeitersamariter erinnerten sich voll Stolz an den von ihnen erworbenen und eigenständig finanzierten Krankenwagen, der eine wesentliche Erleichterung angesichts der schwierigen regionalen Transportverhältnisse darstellte:

„Wir hatten auch einen Krankenwagen. Dieser stand für alle Kolonnen Solingens zur Verfügung, den hat damals der Herr Lindenberg und der Karl Pütz⁷⁰⁷ gefahren. Wir hatten als Arbeitersamariter-Kolonie (gemeint ist wie auch weiterhin die „Arbeiter-Sanitäts-Kolonie“, d.A.) den ersten Krankenwagen in Solingen. Weil wir diesen Krankenwagen hatten, hat das Rote Kreuz später auch einen angeschafft ... Ich habe viele Transporte mitgemacht, als es noch keinen Krankenwagen gab. Die haben wir mit dem Räderkarren und der Tragbahre durchgeführt.“⁷⁰⁸

„Als Ausrüstung hatten wir damals (gemeint ist die unmittelbare Nachkriegszeit, d.A.) eine Tragbahre, die man auf ein Gestell mit zwei Rädern montieren konnte. Die Patienten wurden daraufgelegt und dann ins Krankenhaus transportiert. Diese fahrbaren Gestelle konnten öffentlich gekauft werden. Die Solinger Kolonne verfügte auch über eine solche fahrbare Tragbahre. Es war in Solingen sehr mühsam, jemanden zum Krankenhaus zu transportieren, da es sehr viele Steigungen gibt. Wir haben das alles ehrenamtlich gemacht ... 1926 bin ich Vorsitzender vom Arbeiter-Samariter-Bund hier in Solingen geworden. Der Heinrich Müller war auch Mitglied des Vorstandes. Ende 1929 haben wir eine Straßensammlung genehmigen lassen⁷⁰⁹. Wir haben dabei sehr viel Geld eingenommen. Nachdem wir beraten hatten, was wir mit dem Geld machen sollten, habe ich einen Vorschlag gemacht, ob es nicht möglich wäre, einen Wagen davon zu kaufen und diesen umzugestalten ... Ich hatte Transporterfahrten mit Verwundeten aus dem Krieg und kannte diese Drei-Tonner-Wagen, in denen Pritschen drin waren ... Dieser Vorschlag wurde vom Vorstand aufgegriffen. Wir sind dann zur Firma Ackermann nach Vohwinkel gefahren. Dort haben wir unsere Gedanken dargelegt, wie wir uns das so vorstellten. Die Firma hat zugestimmt und gesagt, dass sie das machen könnte. Daraufhin haben wir uns einen guten Wagen gekauft von einem Generaldirektor hier in Remscheid. Dieser war Generaldirektor bei den Alexander-Werken, das war ein Pkw-Werk. Wir haben diesen

⁷⁰⁷ Dem Autor liegt ein Schwarz-Weiß-Foto der VVN-Solingen vor, auf dem Herr Pütz mit fünf weiteren Arbeitern am Krankenwagen stehend abgebildet ist. Die Heckklappe des Krankenwagens trägt ein rundes Emblem aus einem weißen Kreuz auf wahrscheinlich rotem Untergrund mit den drei Buchstaben „ASK“. Herr Pütz trägt eine Armbinde mit dem gleichen Emblem. Die fünf Arbeiter ballen die rechte Faust zum kommunistischen Gruß, darüber hinaus ist ein Wahlplakat mit dem Portrait Ernst Thälmanns abgebildet mit dem Aufruf: „Arbeit, Brot, Freiheit, Sozialismus, Wählt Thälmann“. Karl Pütz war der Ehemann der von mir interviewten Arbeiter-Samariterin Frau Grete Pütz, Mitglied der KPD und Gewerkschafter. Während seiner Arbeitslosenzeit fuhr überwiegend er den Krankenwagen und versah fast täglich Sanitätsdienst in der Wache.

⁷⁰⁸ Interview mit Herrn Heinrich Müller vom 14.7.1985.

⁷⁰⁹ Wahrscheinlich war diese Sammlung deshalb notwendig geworden, da nach dem Ausschluss aus dem ASB nicht nur die Unterstützung des Bundes wegfiel, sondern es auch schwieriger wurde, kommunale Zuschüsse zu bekommen.

Wagen günstig kaufen können, die Firma hat ihn uns umgebaut ... Wir sind die ersten in Solingen gewesen, die so einen Wagen hatten. Das Rote Kreuz hatte noch die alten Militärlastwagen. Das waren Lastwagen, so wie sie früher im Feld eingesetzt wurden. Unsere Kolonne hieß Alt-Solingen. Einen Wagen besaß nur unsere Kolonne ... Der Fahrer hieß Lindenberg. Der war Kohlenhändler und Genosse. Der Karl Pütz war Fahrer der Kolonne Solingen-Wald. Er war bei einer Holzfirma beschäftigt, die sehr tolerant war. Wenn ein Transport zu machen war, konnte er einspringen und fahren. Als er arbeitslos war, hat er nur noch für den ASB (gemeint ist die ASK-Kolonie, d.A.) gefahren⁷¹⁰. Unser Fahrer und der Karl Pütz haben sich dann abgewechselt ... Es war damals eine Sensation, wenn wir mit dem Wagen irgendwo hinkamen, z.B. nach Düsseldorf, wo wir größere Übungen gemacht haben ... oder auch nach Wuppertal oder ins Ruhrgebiet⁷¹¹. Das gab immer ein Aufsehen, wenn so ein kleiner Sanitätswagen kam. Die Städte haben daraufhin sofort reagiert und diese Wagen auch angefertigt ... Nach unserem Vorbild sind auch alle anderen (Kranken-, d.A.) Wagen so niedrig gebaut worden.⁷¹²

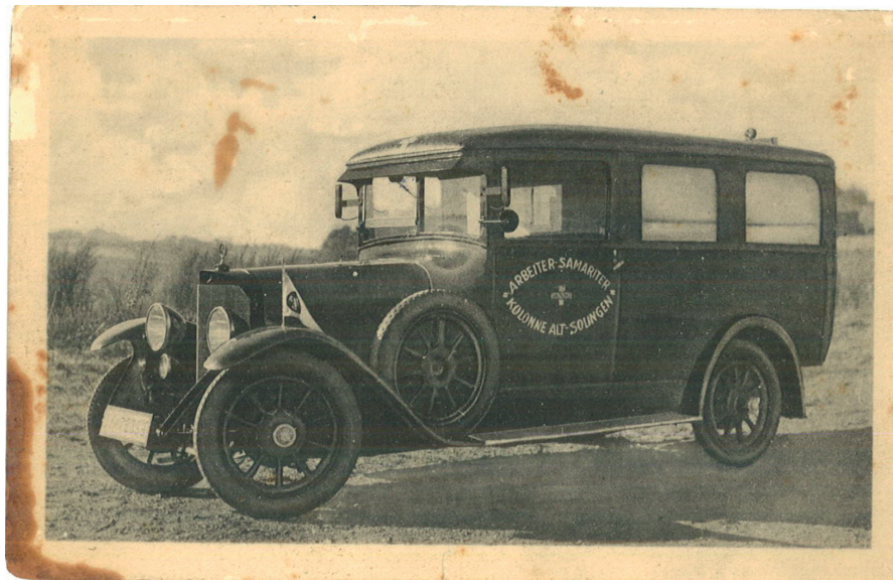


Foto 1

Von der oppositionellen Arbeiter-Samariter-Kolonie Alt-Solingen zu einem Krankenwagen umgebaute Direktorenlimousine

⁷¹⁰ Herrn Leupold liegt ein Foto vor, auf dem die ASB-Wache zu erkennen ist. Weiterhin ist er, der Fahrer Herr Lindenberg und Frau Grete Pütz abgebildet.

⁷¹¹ S.a. das Foto auf Seite 191 in dem Buch von Boch/Krause 1983, auf dem der Arbeiter-Samariter-Bund Wiesdorf bei einer Geländeübung im Bergischen Land dargestellt ist – mit dem Krankenwagen der ASB-Kolonie Alt-Solingen, um 1930.

⁷¹² Interview mit Herrn Rudolf Leupold vom 20.4.1985.



Foto 2

Mitglieder der oppositionellen Arbeiter-Samariter-Kolonne Solingen mit ihrem Krankenwagen neben einem Wahlplakat Ernst Thälmanns, die Faust zum kommunistischen Gruß erhoben; rechts im Bild (mit Armbinde) der Fahrer Karl Pütz

Die Kleidung war sowohl während der ASB-Mitgliedschaft und auch in der Zeit nach dem Ausschluss schlicht und zweckmäßig und hatte den vorrangigen Zweck, bei den vielen Demonstrationen, die häufig eskalierten, als auch bei anderen Massenveranstaltungen als Samariter optisch kenntlich zu sein.

„Wir hatten eine Mütze und eine Armbinde, keine Uniformen wie das Rote Kreuz ... Ich weiß noch, wie ein Polizeioffizier zu mir kam, das war damals auf der Kölner Straße bei einer Demonstration, und mir sagte: ‚Sagen Sie doch Ihren Leuten, sie sollen auseinandergehen. Ich muss sonst Gewalt anwenden.‘ Die Demonstration sollte sich auflösen. Ich oder andere sind damals angesprochen worden, weil wir die weiße Armbinde hatten. Wir hatten den Auftrag, diese Mitteilungen an die Demonstrationsleitung zu übermitteln ... Für jedes Mitglied stand darüber hinaus ein weißer Kittel zur Verfügung.“⁷¹³

„Jeder von uns hatte einen großen Verbandskasten, in dem alles drin war, was zur Ersten Hilfe nötig war. Das Rote Kreuz hatte lediglich eine Koppeltasche wie beim Militär ...“⁷¹⁴

„Nach meiner Ausbildung habe ich auch Krankenpflege gemacht, so ein oder zwei Jahre. Ich bekam sogar Geld von der Stadt dafür und bekam die Stellen gesagt, wo ich (zum Einsatzort, d. A.) hin musste“.⁷¹⁵

⁷¹³ Interview mit Herrn Heinrich Müller vom 14.7.1985.

⁷¹⁴ Interview mit Herrn Willy Herder vom 26.6.1984.

Geschickt sann man auf Möglichkeiten der Finanzierung, die nach dem Ausschluss aus dem ASB zu einem vitalen Problem wurde, wobei man sich die Verankerung zu den kommunalen Institutionen in der Bevölkerung zunutze machte:

„Ich war bei den Arbeiter-Samaritern der Materialverwalter und Organisationsleiter⁷¹⁶ und hatte von daher auch viel Kontakt zu den Behörden etc. ... Bei uns musste jeder Unfall auf einem Meldezettel registriert werden, wobei dann mitnotiert wurde, in welcher Krankenkasse der Behandelte Mitglied war ... Zum Jahresende haben wir dann verhandelt mit den Krankenkassen und angegeben, wie viele von ihren Mitgliedern wir dann und dann behandelt und wie viel Material wir verbraucht hatten. Ich habe sie dann um eine Spende gebeten, denn unser Material war ja durch die Einsätze weg und unsere Kasse war auch nicht so stark, dass wir alles auslegen konnten. Daraufhin bekamen wir dann vom Wohlfahrtsamt oder den Krankenkassen immer einen Scheck, sodass wir uns wieder neues Verbandsmaterial anschaffen konnten ... Für unsere Hauskrankenpflege nahmen wir nichts. Nur wenn wir längere Zeit jemanden gepflegt hatten, ein halbes oder ein Jahr, und sie wollten uns etwas geben, dann habe ich gesagt, dass eine Stiftung an die Arbeiter-Samariter-Kolonie gemacht werden könnte. Von den Stiftungen haben wir uns Material für die Krankenpflege und dergleichen angeschafft ... Die Decken und die Kittel habe ich von den Geschäftsleuten hier in Solingen bekommen.“⁷¹⁷

„Wir hatten damals einen sehr guten Kontakt zur Bevölkerung. Wenn das nicht so gewesen wäre, dann hätten wir bei der Straßensammlung auch nicht so viel Geld eingenommen. Es wurden auch Spenden von Leuten, die transportiert wurden, gegeben. Darüber hinaus hatten wir natürlich unsere Beiträge (als Finanzierungsquelle, d.A.), aber zu der Zeit war es mit den Beiträgen auch nicht weit her. Gewerkschaften oder Sportorganisationen haben immer einen Obolus gegeben, das waren aber keine festen Sätze. Wenn z.B. der Gesangsverein ein großes Konzert in der Stadthalle gehabt und viel eingenommen hatte, dann kam natürlich auch einmal 'was herüber zu uns. Man kann sagen, daß die Solidarität der Arbeiterorganisationen untereinander sehr gut war.“⁷¹⁸

„Wir haben uns durch Beiträge und Spenden finanziert, der (monatliche, d.A.) Beitragsatz lag so um die 20 Pfennige. Mehr Geld kam durch die Sammeltage und Spendenaktionen zusammen. Der (Kranken-, d.A.) Wagen ist alleine aus Spenden zustande gekommen.“

⁷¹⁵ Interview mit Frau Grete Pütz vom 26.6.1984.

⁷¹⁶ Dabei dürfte es sich um die Jahre nach dem Ausschluss aus dem Bund gehandelt haben, denn es ist davon auszugehen, dass Herr Herder als Mitglied der KPD und des RFB der ASB-Opposition angehört haben dürfte. Auch seine weiteren Schilderungen dürften diese These erhärten.

⁷¹⁷ Interview mit Herrn Willy Herder vom 26.6.1984. Er bezieht sich bei seinen Darstellungen auf die Zeit der Aktivität im ASB vor dem Ausschluss.

⁷¹⁸ Interview mit Herrn Rudolf Leupold vom 20.4.1985.

men. Es gab Zuschüsse von der Stadt bis zu dem Zeitpunkt, als die Linkskräfte in Solingen, Wuppertal und Remscheid zunahmen.“⁷¹⁹

Während die größeren Kolonnen Solingen und Remscheid über eigene (Kolonnen-)Ärzte verfügten, stand der Kolonne Wermelskirchen nur zeitweilig ein Arzt zur Seite.

⁷¹⁹ Interview mit Herrn Heinrich Müller vom 14.7.1985. Dies dürfte bedeuten, dass die Kommune sich geweigert hat, die oppositionellen Arbeiter-Samariter finanziell zu unterstützen.

IV.5. Bergische Arbeiterschaft im Widerstand am Beispiel Solingens

Beispielhaft für die Reaktionen und Schicksale der Bergischen Arbeiterschaft nach der „Machtübernahme“ soll auf den Widerstand der Solinger Arbeiterschaft eingegangen werden. Die VVN-Bund der Antifaschisten beziffert die Zahl der nachweislich am Widerstand teilgenommenen Frauen und Männer Solingens mit 1.500-1.600 Personen. Dabei handelt es sich um dokumentierte Fälle, die allerdings den großen Teil der Hitlergegner, die schon vor 1933 verhaftet waren oder untertauchen/emigrieren mussten, nicht erfassten. Gerade in dieser von traditionellen, metallverarbeitenden Handwerksberufen geprägten und an Arbeiterkämpfen reichen Region wird deutlich, dass der wesentlichste Beitrag zum antifaschistischen Widerstand unter Einsatz des Lebens aus der arbeitenden Bevölkerung kam⁷²⁰. Von den 629 namentlich erfassten Antifaschisten(-innen) kamen 384 aus der Arbeiterschaft, 55 waren Angestellte, 49 Hausfrauen, 45 Selbstständige, 4 Beamte, über 92 Personen existieren keine Berufsangaben. Aus Solingen gehörten 501 Frauen und Männer der KPD, 60 der SPD, 10 verfolgten Religionsgemeinschaften an, 128 waren parteilos⁷²¹.

Noch 1932 erhielt bei den Reichspräsidentenwahlen Thälmann als der Kandidat der KPD in Solingen 28.799, Hindenburg als Favorit der SPD, die ihn als das „kleinere Übel“ gegenüber Hitler ansah, 26.300 und Hitler lediglich 19.166 Stimmen⁷²². Übergriffe der Faschisten, z.B. auf ein Strandbad der Arbeitersportler oder auf bestimmte Wohnsiedlungen, konnten durch den „Kampfbund gegen den Faschismus“ gemeinsam abgewehrt werden. Von der örtlichen SPD-Führung wurde die Schaffung eines Einheitsausschusses gegen Nazi-Überfälle abgelehnt, sie organisierte einen eigenen Selbstschutzverband. Noch im Januar 1933 fanden fast täglich politische Demonstrationen und Protestversammlungen gegen den aufkommenden Faschismus statt. Gleichzeitig waren die Januartage gekennzeichnet von Solinger Streikwellen gegen Lohn- und Gehaltsabbau und Aktionen zugunsten einer Winterhilfe für Kinder in den Schulen und zur

⁷²⁰ Vgl. Sbosny/Schabrod 1975, S. 131ff.

⁷²¹ Vgl. ebenda, S. 131.

⁷²² Vgl. ebenda, S. 19.

Öffnung der Lebensmittelspeicher und Kohlehalden. Eine Woche vor Beginn der NS-Diktatur fand in Remscheid eine Tagung des „Kampfbundes gegen den Faschismus“, Bezirk Niederrhein, statt, unter den 500 Delegierten befanden sich 144 KPD-Mitglieder, aber auch Vertreter der „Eisernen Front“, der SPD und Gewerkschaften sowie Parteilose. Es wurde die Bildung von Fünfer-Gruppen angeregt, die sofort nach dem Verbot der Arbeiterparteien die antifaschistische Arbeit aufnehmen sollten. Am 30. Januar 1933 formierten sich etwa 1.000 SS-, SA- und Stahlhelmleute zu einem Fackelzug und einer Kundgebung in Solingen, der sich streckenweise zu einem Spießbrutenlaufen durch die auf-gebrachten Menschenmengen am Straßenrand entwickelte⁷²³. Rufe wie „Nieder mit Hitler!“ ertönten, Arbeiterkampflieder wurden angestimmt, die Rede des NSDAP-Kreisleiters ging teilweise im Lärm der Protestrufe unter. Am 1. Februar bildeten sich an markanten Orten der Stadt Ansammlungen vor allem von Jugendlichen, die durch ihr ständiges Auf- und Abgehen ihren Protest zum Ausdruck brachten, da eine Demonstration der KPD für diesen Tag abgelehnt worden war. Die „Bergische Arbeiterstimme“, das Organ der KPD, wurde für zwei Wochen verboten. Langsam kam es unter dem Druck der Verhältnisse zu einer Annäherung zwischen SPD und KPD, sodass während der Wahlkampfzeit zur Reichstagswahl am 5. März und Kommunalwahl am 12. März 1933 gemeinsame Schutzbündnisse z.B. für das Anbringen von Wahlplakaten oder bei der Durchführung von Versammlungen gebildet werden konnten. Trotz des anhaltenden Terrors der Nazis erhielt die KPD bei den beiden Wahlen die zweitmeisten Stimmen⁷²⁴. Nach der Wahl jubelte der gleichgeschaltete „Ohligser

⁷²³ „Bis 1933 konnte in Solingen kein SA-Aufmarsch stattfinden. Das ist von der Solinger Arbeiterschaft immer verhindert worden. Der erste Aufmarsch war erst kurz vor der Machtübernahme 1933“. Interview mit Herrn Heinrich Müller vom 17.7.1985.

⁷²⁴

Reichstagswahl am 5.3.1933	Kommunalwahl am 12.3.1933
NSDAP 37449 Stimmen	NSDAP 34895 Stimmen 23 Sitze
KPD 34227 Stimmen	KPD 26178 Stimmen 17 Sitze
SPD 8447 Stimmen	SPD 7460 Stimmen 4 Sitze
Zentrum 7898 Stimmen	Zentrum 6938 Stimmen 4 Sitze
Deutsch-Nationale 3864 Stimmen	Deutsch-Nationale 3593 Stimmen 2 Sitze
DVP 1757 Stimmen	DVP 1949 Stimmen 1 Sitz

Vgl. Sbosny/Schabrod 1975, S. 23.

Anzeiger“: „... das rote Groß-Solingen gehört der Vergangenheit an ...“. Die kommunistischen Abgeordneten wurden nicht in ihr Amt eingesetzt, „da sie insgesamt im Verdacht des Hochverrats stehen“. Hitler wurde auf Antrag der NSDAP-Ratsgruppe bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion zum Ehrenbürger Solingens gewählt⁷²⁵.

Daraufhin begannen systematische Widerstandsaktionen von KPD, SPD bis hin zum „Zentrum“, die durch überregionale Organisationen gesteuert wurden. Der 1. März 1933 bildete den ersten Höhepunkt der Verhaftungswelle, die etwa 95 Sozialdemokraten und Kommunisten aus allen Teilen Groß-Solingens betraf. Sie sollten die Wahlkampfplakate der KPD, SPD und des Zentrums abwaschen, der größte Teil verweigerte jedoch diese Arbeit. Vom Solinger Polizeigefängnis aus begann für die meisten Solinger Antifaschisten eine Odyssee über das Gefängnis in Anrath bei Krefeld, Zuchthaus in Lüttringhausen⁷²⁶, ins KZ Brauweiler bei Köln oder in die berüchtigte „Kemna“⁷²⁷ bei Wuppertal. Viele wurden in

⁷²⁵ Dieser Beschluss ist bis heute nicht aufgehoben worden. Vgl. ebenda, S. 24.

⁷²⁶ Im Zuchthaus Lüttringhausen wurde extra ein Gefängnisflügel für politische Gefangene freigemacht. Vgl. ebenda, S. 25.

⁷²⁷ „Die schnelle Einrichtung des am Stadtrand von Wuppertal-Barmen gelegenen KZ’s erfolgte, weil laut einem Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten vom 6. Juli 1933 an den Innenminister ‚die Strafanstalten des Regierungsbezirks infolge der zahlreichen in Schutzhaft genommenen politischen Gefangenen sehr stark überbelegt waren und vorläufig mit einer Verminderung der Gefangenenanzahl nicht gerechnet werden könne‘. Die infolge der Weltwirtschaftskrise stillgelegte Textilfabrik in Wuppertal-Beyenburg, Ortsteil Kemna, beherbergte vom Juli 1933 bis Januar 1934 knapp 5.000 Regimegegner, darunter den Wuppertaler SPD-Vorstand und den ehemaligen preußischen Wohlfahrtsminister Hirtsiefer (Zentrum). Den Großteil der Inhaftierten bildeten jedoch die in den verschiedenen Razzien des Jahres 1933 verhafteten kommunistischen Arbeiter. Geleitet wurde das Lager (entgegen den ursprünglichen behördlichen Weisungen) durch die Wuppertaler SA, die schon sofort nach der Machtergreifung durch besonders brutales Vorgehen gegen die in weiten Teilen antinationalistisch eingestellte Wuppertaler Arbeiterschaft hervortrat. Schwerebewaffnete SA-Banden, die zunehmend auch den Polizeiapparat der Stadt kontrollierten, überfielen zu nächtlicher Stunde Arbeiterviertel, verschleppten und erschlugen Menschen. Schon bei ihrer Ankunft im KZ Kemna wurden die ‚Schutzhäftlinge‘ gequält. Die Folterungen und Misshandlungen setzten sich während ihrer Haftzeit fort. Eine der berüchtigtsten Foltermethoden war, die Inhaftierten dick mit Salz und teilweise Petroleum oder Kot beschmierte ungereinigte Heringe essen zu lassen. Viele Häftlinge versuchten sich selbst das Leben zu nehmen – andere starben an den Folgen der Folter.“ Die Misshandlungen der SA im stadtnahen KZ Kemna ließen sich jedoch nicht verheimlichen, sodass der preußische

die Moorlager verschleppt. Ende 1933 wurden allein 70 Antifaschisten aus Solingen mit einem Transport mit 500 weiteren Häftlingen in das KZ-Börgermoor gebracht.

Rigoros gingen die neuen Machthaber gegen die Errungenschaften der Arbeiterbewegung, wie die weit über Solingen bekannt gewordenen Genossenschaftseinrichtungen, Bauvereine, Gewerkschaftshäuser, Druckereien der Arbeiterzeitungen vor. Kein Verein und keine Organisation wurden bei der Säuberungsaktion ausgelassen und anschließend durch nationalsozialistische Gewährsleute gereinigt, gleichgeschaltet oder letztendlich aufgelöst. Viele der Mitglieder aus der breiten Palette der ehemaligen Arbeiterkulturorganisationen wichen auf die bürgerlichen Vereine aus und konnten dadurch weiteren Kontakt untereinander halten⁷²⁸. Noch bis 1935 wurde in Solingen-Ohligs die „Rote Fahne“ für das gesamte Reich illegal gedruckt und vertrieben. Trotz erneuter Verhaftungswellen hielt der Widerstand, wenn auch in den letzten Jahren personell schwer dezimiert, an. Die Hauptlast des illegalen Widerstandes lag bei den Kommunisten, die mittlerweile eine offizielle Kurskorrektur vorgenommen hatten und durch die Aufgabe ihrer „Sozialfaschismus-These“ offen für Zusammenarbeit mit anderen Regimegegnern eintraten. So gingen sogar noch 1934/35 von ihnen Impulse aus, illegale Gewerkschaften aufzubauen. Der Schwerpunkt dieser Aktivitäten war Wuppertal, wo über 60 Gewerkschaftsgruppen in den dortigen Textil- und Metallbetrieben entstanden. Oppositionelle Arbeiter, die zwar aus ihren bisherigen Betrieben versetzt worden waren, erhielten in den anderen aufgrund ihrer langjährigen Bekanntschaft dennoch gewerkschaftliche Mandate, indem sie in die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) ein-

Ministerpräsident und Innenminister Göring anordnete, die Häftlinge in staatliche Konzentrationslager zu überführen. Vom Herbst 1933 an gingen große Transporte von Häftlingen in die abgelegenen Moorlager Börgermoor, Neusustrum oder Esterwegen. Boch/Krause 1983, S. 219ff.

⁷²⁸ So konnte auch der Altsamariter Heinrich Müller dieses Verhalten bestätigen: „... Nach dem Verbot sind viele Mitglieder auf andere Organisationen ausgewichen, z.B. sind viele in die ‚Naturfreunde‘ (gemeint sind die gleichgeschalteten ‚Deutschen Naturfreunde‘, d.A.) gegangen. Es kann gut sein, dass auch einige (gemeint sind die verbotenen Arbeiter-Samariter, d.A.) ins Rote Kreuz gegangen sind ... Vom ‚Freien Bergischen Turnverein‘ sind viele in den bürgerlichen Sport gegangen“. Interview mit Herrn Heinrich Müller vom 14.7.1985.

traten und im Sinne einer „legalen Opposition“ Unterstützung erhielten. Im Herbst 1934 kam es in der Wuppertaler Textilfabrik Bemberg sogar zu einem Streik, über Monate konnte in periodischen Abständen der „Deutsche Metallarbeiter“ oder „Der Deutsche Textilarbeiter“ illegal in Wuppertal gedruckt werden, bis die Geheime Staatspolizei (Gestapo) die illegalen Gewerkschaftsorganisationen und die Wuppertaler KPD ausheben konnte. In den folgenden international beachteten Wuppertaler „Gewerkschaftsprozessen“ von 1935-1937 wurden über 1.200 Menschen verhaftet und 600 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, 16 kamen bei den Vernehmungen ums Leben.⁷²⁹

Nachdem auch in Solingen und Remscheid die kommunistischen Widerstandsgruppen und KPD-Ortsleitungen zerschlagen worden waren, vermied man den Kontakt zu übergeordneten Parteiorganen und ging dazu über, Zweier- oder Dreiergruppen zu bilden, die sich auf weniger Blutzoll fordernde Aktivitäten wie organisierte Hilfe für notleidende Familienangehörige politischer Gefangener oder die Verbreitung von Informationen, die man ausländischen Sendern abgehört hatte etc., beschränkten. Die 1933 für illegal erklärte SPD hatte schon zuvor diese Form des Widerstands favorisiert. 1942/43 wurden erneut Dutzende von Kommunisten verhaftet, etliche mussten ihr Leben lassen, als sie versuchten, eine Inlandsleitung der KPD aufzubauen. Nach dem fehlgeschlagenen Attentatsversuch auf Hitler am 20.7.1944 wurden in Wuppertal 64 Sozialdemokraten vorsorglich inhaftiert.

Vor allem die Mitglieder der proletarischen Schutzorganisationen wie der 1930 verbotene „Rotfrontkämpfer-Bund“ und der folgende „Kampfbund gegen den Faschismus“ zogen den komprimierten Hass der Nazis auf sich.

⁷²⁹ Die Arbeiter boykottierten entweder diese DAV-Liste oder sprachen den Kandidaten, die sie über viele Jahre durch ihr Engagement kannten, ihr Vertrauen aus. Vgl. Boch/Krause 1983, S. 219ff.

IV.6. Lebenserinnerungen oppositioneller Arbeitersamariter aus dem Bergischen an die Zeit der nationalsozialistischen Machtübernahme

Wie schon im vorherigen Kapitel geschildert, setzten sich die Mitglieder der ASK-Solingen hartnäckig zur Wehr bzw. waren Anfang 1933 sofortigen Repressionen der neuen Machthaber ausgesetzt. Der Grund bestand darin, dass viele der bergischen Arbeitersamariter gleichzeitig politische oder gewerkschaftliche Funktionen innehatten. Aber auch parteipolitisch nicht organisierte Arbeitersamariter verspürten den neuen politischen Wind als existentielle Bedrohung.

„... Ich habe von 1925-1927 in der Gesenkschmiede in Solingen gearbeitet. Da habe ich auch Sanitätsdienst gemacht. 1927 wurde ich arbeitslos, da ich an einem Streik beim Kampf um den Achtstundentag teilnahm. Damals wollte man uns den Achtstundentag wegnehmen. Ich bin dann in die Firma nicht mehr hineingekommen. Von da an habe ich in keinem größeren Betrieb mehr Arbeit gefunden. 1930 habe ich dann in den Städtischen Krankenanstalten angefangen. Der Vorteil war, dass ich Mitglied des ASB war und einige Kenntnisse mitbrachte. Zunächst war ich als Krankenwärter eingestellt. Das war damals die Bezeichnung für einen ungelernten Krankenpfleger. In der ASK war ich dann nicht mehr in dem Maße aktiv, denn damals waren die Arbeitszeiten von morgens 7.00 bis abends 19.00 Uhr mit 2 Stunden Pause ... Ich bin (1933, d.A.) entlassen worden und habe später immer unter Kontrolle gestanden. Regelmäßig melden musste ich mich nicht. Überwacht wurde damals jeder, der wegen des Gesetzes zur ‚Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ entlassen wurde ...“⁷³⁰

Herr Müller erhielt am 8.7.1933 ebenso wie viele Gleichgesinnte ein Schreiben der Stadt, in dem mitgeteilt wurde, dass sein Arbeitsverhältnis zum 31.7.1933 gekündigt sei. Als Begründung wurden § 4 und § 15 des Gesetzes zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933 mit folgenden Erweiterungen vom Mai 1933 angeführt. Ein Rechtsweg war ausgeschlossen. Die Kündigung erfolgte, „da Sie nach Ihrer bisherigen politischen Einstellung und Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass Sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“⁷³¹. Herr Müller war parteilos und stand kurz vor der Absolvierung seines Staatsexamens. Sein Name stand auf den schwarzen Listen, sodass er nirgendwo seine begonnene Ausbildung abschließen konnte. Er über-

⁷³⁰ Interview mit Herrn Heinrich Müller vom 14.7.1985.

⁷³¹ Vgl. Sbosny/Schabrod 1975, S. 31.

nahm wieder eine Arbeit in einem Metallbetrieb. Nach 1945 wurde er in verschiedene Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionen gewählt⁷³².

Auch die weiblichen Arbeitersamariter blieben von den Verfolgungs- und Inhaftierungsmaßnahmen nicht verschont. Frau Grete Pütz kam schon als Kind durch ihren Vater mit den Ideen des Sozialismus in Berührung, nach dem Ersten Weltkrieg schloss sie sich der Kommunistischen Jugendgruppe an, 1920 wurde sie Vorsitzende der KJ-Solingen-Wald. Die häufig streikenden Arbeiter während der zwanziger und dreißiger Jahre unterstützte sie tatkräftig aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der IAH. Später trat sie der KPD bei.

„Es wurde für die streikenden Arbeiter gekocht, gesammelt; oftmals wurden auch ihre Kinder verschickt. Später trat ich dann der Kommunistischen Partei Deutschlands bei. Als Hitler an die Macht kam, führten wir unsere Arbeit illegal fort. Am 4. April 1934 wurde mein Mann verhaftet und nach Düsseldorf ins Polizeigefängnis gebracht. Mit anderen Frauen besuchten wir unsere Männer, und dabei wurde auch ich am 18. April 1934 verhaftet. Jetzt galt es zu beweisen, wo man stand. Ich habe niemals Aussagen gemacht. Selbst wenn wir einen Rechtsanwalt hätten bezahlen können, er hätte diesen Auftrag nicht übernommen. Aber wir hatten ohnehin kein Geld. Mein Vater schrieb mir damals ins Gefängnis: ‚Liebe Grete, Dein bester Verteidiger bist Du selbst. Mut gefasst und lass Dich ja nicht verblüffen‘. Nach neun Monaten Untersuchungshaft wurde ich freigesprochen. Am 18. Oktober 1937 wurden mein Mann und ich erneut verhaftet. Mit einem Nachschlüssel drang die Gestapo am frühen Morgen in unsere Wohnung ein. Die Beamten standen vor unseren Betten und forderten barsch: ‚Anziehen, Sie sind verhaftet!‘ Eine Haussuchung gehörte dazu. Mit über 30 Solingern kamen wir nach Düsseldorf, wieder ins Polizeigefängnis. Ich forderte, sofort vernommen zu werden, denn ich hätte nichts getan. Aber ich musste warten, bis alle Solinger vernommen und entlassen waren. Als einzige blieb ich in Haft. Sie dauerte vom 18.10.1937 bis zum 7.2.1939. ‚Schutzhaft‘ nannte das die Gestapo. Ich wurde festgehalten, denn auf dem Haftbefehl stand: ‚Frau Grete Pütz bedeutet eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung‘. Ein Prozess wurde nie durchgeführt, ein Urteil nicht gesprochen. Im Präsidium war ich ‚Hausarbeiterin‘. Am 22. August 1944 wurde ich dann zum dritten Mal verhaftet und inhaftiert bis zum 28. August. Diese Tage waren wohl die schwersten, denn ich hatte ein dreijähriges Kind. Meine damalige Hausvermieterin, eine katholische Frau, hat sofort nach der Verhaftung in der Nachbarschaft Unterschriften gesammelt. Alle 35 Familien haben unterschrieben. Ich kam dann nach einigen Tagen frei. Als die Besatzungsmacht einmarschierte, wurde eine Liste gefunden mit Namen von Personen, die verhaftet werden sollten. Auch ich stand wieder darauf. Es ist erfreulicherweise anders gekommen. Ein Glück, dass ich noch lebe und auch im Alter noch etwas für die Bewegung tun kann“⁷³³.

⁷³² Vgl. ebenda, S. 31.

⁷³³ Ebenda, S. 65f.

Der Vorsitzende der Arbeiter-Sanitäts-Kolonie Solingen, der Metallarbeiter Rudolf Leupold, war vor 1933 Mitglied der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter Verbandes (DMV) in Solingen und freigestellter Betriebsrat bei Weyersberg, Kirschbaum & Co., dem damals größten Betrieb in Solingen. Politisch war Rudolf Leupold nach dem Ersten Weltkrieg zunächst in der SPD organisiert, 1923 trat er zur KPD über. 1929 fuhr er mit einer Arbeiterdelegation in die Sowjetunion und wurde „Mitglied des Bundes der Freunde der Sowjetunion“.

„Ich war 1929 mit einer Arbeiterdelegation in der Sowjetunion. Ich hatte den Auftrag, dort die sanitären und kurmäßigen Einrichtungen zu studieren. Daraus machte der Leiter des I-A-Dienstes, das war das, was heute das K 14 (politische Polizei, d.A) ist, eine politische Anklageschrift gegen mich. Er war früher Sozialdemokrat gewesen. Mit dem hatte ich schon ein paar Mal zu tun ... In jede Erwerbslosenversammlung ging der auch. Da tat er immer, als ob er betrunken wäre und horchte dann, wer sprach und was gesprochen wurde. Dort habe ihn dann einmal zur Sau gemacht. Der hat immer Leute angeschwärtzt, das hat er mir anscheinend nicht vergessen. Aus meiner Reise in die Sowjetunion machte er eine Anklageschrift mit der Begründung, dass ich militärisch ausgebildet worden sei. Man wollte mir Landesverrat anhängen. Diese Begründung konnte aber zerschlagen werden. Der Prozess fand in der Nazi-Zeit statt. Beim Gericht wollte man einen kurzen Prozess daraus machen. Ich sagte, ich wolle das erst mal richtig stellen wegen der angeblichen militärischen Ausbildung in der Sowjetunion. Ich war in Nepoprotov, Charkov und Moskau. Die Reise ging runter bis nach Rostov am Don. Wir waren vier Wochen da ... Ich habe gesagt, das Gericht habe die Möglichkeit, beim Gericht in Solingen anzurufen, ob ich je mit einem Tag bestraft worden wäre. Dieser Prozess ist aus reiner Gehässigkeit mir gegenüber entstanden. Dieser Mann hatte später zwei Parteibücher, eines von der SPD und eines von der NSDAP. Zu der Zeit war noch ein allgemeiner Übergang, in der noch nicht die richtigen Nazi-Richter an der Macht waren. Das war 1934. Dadurch ist der Prozess bzw. die Anklage von Hochverrat auf Landesverrat geändert worden. Die Begründung lautete jetzt Mitgliedschaft in der KPD und politische Betätigung. Ich bin gleich 1933 bei den ersten Verhaftungen mitverhaftet worden. Zuerst haben wir im Stadthaus gesessen. Das war in einem Keller, wo wir dann eine Protestaktion durchgeführt hatten. Die Heilsarmee hatte unsere Verpflegung übernommen. Wir bekamen nur ein bisschen Wassersuppe, in der ein paar Möhrenstücke herumschwammen. Wir haben dann einen Hungerstreik durchgeführt. Da kam der Polizeimajor herunter und wir mussten alle antreten. Ich sagte ihm, er solle sich einmal das Essen ansehen, ob er dann nicht auch protestieren würde. Es wurde uns dann gedroht, wir sollten bloß die Schnauze halten, sonst kämen wir noch woanders hin usw. Wir sind dann nach Anrath gekommen, das ist bei Grefrath. Dort sind wir dann gut behandelt worden, weil dort noch die alten Beamten tätig waren und noch nicht die fanatischen Nazis. Dann bekam ich die Anklageschrift wegen Landesverrats und bin zum Oberlandesgericht nach Hamm transportiert worden. Zwischenzeitlich war ich auch in einer Polizeikaserne in Duisburg, dort bin ich drei Tage lang verprügelt worden. Ich bin dann verurteilt worden und ins Gefängnis nach Bendahl bei Wuppertal gekommen. Ich war insgesamt 21 Monate im Gefängnis. Damals hieß es schon, dass alle, die politisch bestraft worden sind, ins KZ kämen. Aber das war noch nicht beschlossen. Im Knast haben wir unsere politische Widerstandsarbeit fortgesetzt. Nachdem ich

freigekommen bin, bin ich dann mit der Straßenbahn von Wuppertal nach Solingen zurückgekehrt.

Als ich Anfang 1935 nach 21 Monaten Strafzeit in Wuppertal entlassen wurde, bekam ich die Auflage, mich jeden zweiten Tag bei der Gestapo zu melden. Jahrelang marschierte ich also zum Gestapohaus und machte dort meine Morgenvisite. Das beruhigte die Gestapo, die auf mich zu achten hatte, weil ich stets ein politisch aktiver Arbeiter war. Es beruhigte auch mich, denn so konnte ich ständig der Gefahr ins Auge sehen und meine eigenen Pläne weiterverfolgen. Im Februar 1935 kamen Willi Lohbach⁷³⁴ und Willi Dickhut aus dem ‚Börgermoor‘ nach Solingen zurück. Wir prüften die Lage, stellten die großen Verluste bei den jüngsten Massenverhaftungen fest und was noch da war. Dann entschlossen wir uns, nach dem Dreiersystem die Partei wiederaufzubauen. Das Fünfergruppenprinzip hatte sich doch nicht so bewährt, wie es gedacht war. Ein Leitungskollektiv von dreien war besser und reichte aus.

Zur Tarnung meines öfteren Weggehens war ich dem Meigener Männergesangsverein beigetreten und hatte auch eine Vorstandsfunktion angenommen. Da ich selbst über 30 Jahre in Meigen wohnte, hier immer ein guter Wahlkreis für uns war und ich außerdem zur Bevölkerung ein gutes Verhältnis hatte, war der Beitritt kein Risiko für mich. Im Gegenteil, ich konnte selbst in diesem Kreis hilfreiche Freunde finden. Vier Monate nach meiner Entlassung erhielt ich durch das Arbeitsamt die Dienstverpflichtung zur Firma Karl Knapp, Solingen-Mangenberg. Dort wurde ich als Pressenarbeiter beschäftigt. Dass die Firma über mich informiert war, wusste ich. Wenn der Hauptchef an meiner Presse vorbeikam, sagte er: ‚Na, Du Roter, was machste noch?‘ Das sagte er in Solinger Platt.

Im Betrieb waren auch Willi Lohbach und einige Sympathisierende beschäftigt. Während des Krieges hatten wir im Betrieb drei männliche und zwölf weibliche sowjetische Zwangsverschleppte. Für diese organisierten wir Verpflegung, Kleidung, Schuhe und Wäsche. Ich hatte gute Verbindung zu einer jungen Lehrerin. Sie sprach ziemlich gut deutsch. So konnte ich ihr immer die neuesten Nachrichten mitteilen, die ich morgens gehört hatte. Durch unsere geschickte Arbeit konnten wir manche vorgesehenen Maßnahmen gegen die sowjetischen Zwangsarbeiter abwehren.

Unsere beharrliche Arbeit war erfolgreich. Es wurden die verschiedensten Flugblätter selbst hergestellt und angelieferte verteilt. Zwei sind mir noch in Erinnerung: ‚Deutsche, helft mit, den sinnlosen Krieg zu beenden!‘ und ‚Wer überleben will, muss Hitler und seine Gefolgsleute stürzen!‘. Im Betrieb hatte ich manche Komplikation zu überstehen.

⁷³⁴ Willy Lohbach war einer der Hauptangeklagten im Prozess um die angeblich beabsichtigte Sprengung der Müngster Brücke. Dieser Vorwurf bildete den Auftakt zur Verfolgung der Solinger Kommunisten. So wurde u.a. schon am 1.3.1933 der Solinger Schlosser, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionär, Mitglied der „Naturfreunde“ und Kommunist Willy Lohbach „zum Schutz von Volk und Staat“ verhaftet, nach Anrath und Brauweiler verschleppt und befand sich zuletzt im Moorlager Esterwegen. Doch die Anklage konnte wegen Mangels an Zeugen und Beweisen nicht länger aufrechterhalten und musste eingestellt werden. Doch erst nach zweijähriger Haft, am 31.1.1935, konnte er nach Solingen zurückkehren, wo er seine politische Tätigkeit wieder aufnahm. Nach 1945 wurde er Ratsmitglied. Vgl. Sbosny/Schabrod 1975, S. 38f.

Meine Frau war mit den Kindern nach Mecklenburg evakuiert worden. Ich hatte nach den damaligen Erlassen die Möglichkeit, einmal im Monat meine Familie zu besuchen. Ich richtete meine Fahrt immer dann ein, wenn Hochdruck war und ein Waggon voller Sachen wieder geliefert werden sollte. Deswegen gab es immer Krach mit dem Obermeister, der ein Vetter des Chefs war. Später, als die Bahnstrecken bombardiert wurden, blieb ich immer einige Tage länger aus. Als Grund gab ich an, die Bahnstrecken wären kaputt. Eine weitere Sache war, dass ich mich alle zwei Tage bis 12:00 Uhr bei der Gestapo melden musste. Auch hierzu brauchte ich immer viel Zeit. Da das der Firma mit der Zeit zu viel wurde, hat sie bei der Gestapo die Befreiung von der Meldung erreicht.“⁷³⁵

Nach den schweren Bombenangriffen auf Solingen wurde Rudi Leupold zu Aufräumarbeiten auf Friedhöfen dienstverpflichtet und später zum Lazarett-dienst eingezogen.⁷³⁶

Selbst in der Zeit der Niederlage wurde den Solinger Arbeitersamaritern ihr hohes Ansehen vom politischen Gegner respektvoll entgegengebracht, wie folgendes Beispiel zeigt:

„... da wir jedem geholfen haben damals, hatten die Nazis sogar noch eine gewisse Sympathie für uns ... Ich kann mich noch erinnern, dass sich damals in Höhscheid auf der Kir-mes die Schwester der Ehefrau des Vorsitzenden der SA-Staffel verletzte, die zu der Zeit aus dem Kohlenpott zu Besuch war. Wir sind dann mit ihr zum Doktor gefahren und ha-ben sie dann zurück zu ihrer Wohnung in der Rathausstraße gebracht. Da kommt ihr Mann zurück und brüllt: ‚Verdammt noch mal, wieso steht denn da ein Arbeiter-Samariter-Wagen?‘ Als er hereinkommt, fragt er: ‚Was habe ich denn da für eine Ehre?‘ Sie wissen ja, wie die immer gesprochen haben. Da sagt seine Frau: ‚Nun sei mal nicht sofort so, sie haben uns sofort zur Verfügung gestanden und Hanne zum Arzt gebracht. Herr Herder hat sogar noch angeboten, dass wenn wir damit einverstanden wären, sie eine Krankenpflegerin sofort zur Verfügung stellen würden ...‘ Ja, und dann war er auch damit einverstanden. Von uns ist dann für 14 Tage eine Pflegerin dorthin gegangen, bis die Frau wieder einigermaßen gehen konnte. Sie hatte starke Prellungen durch den Sturz gehabt.

... Und als wir uns dann aufgelöst hatten, da begegnet mir der Franz Eickhorn (der oben erwähnte SA-Sanitätsstaffel-Führer, d.A.) auf der Brücke der Bismarckstraße und fragt: ‚Wie ist es, Herr Herder, was macht die Sanitätskolonne?‘ Ich sage: ‚Sie wissen doch, wir haben uns aufgelöst.‘ Da sagt er: ‚Herr Herder, wenn sie Interesse haben, können Sie so-fort zu mir in die Sanitätsstaffel kommen, Sie bekommen alles gestellt: Uniform und Stie-fel und sogar noch eine leitende Stelle...‘ ‚Nee, sage ich, ich danke!‘“⁷³⁷

⁷³⁵ Interview mit Herrn Rudolf Leupold vom 20.4.1985.

⁷³⁶ Er war 1945 sofort dabei, als es darum ging, die Arbeiterorganisationen, Gewerkschaft und die Partei wieder aufzubauen. Von 1947 bis 1951 war er 1. Bevollmächtigter in der IG Metall und setzte sich auch als Stadtverordneter für die werktätige Bevölkerung Solingens ein. Vgl. Sbosny/Schabrod 1975, S. 49ff.

⁷³⁷ Interview mit Herrn Willy Herder vom 26.6.1984.

Trotz widrigster politischer Umstände kamen manchem ehemaligen Arbeiter-samariter seine Ausbildung und die dadurch erworbene Kompetenz auch noch nach dem Verbot der Arbeiter-Sanitäts-Kolonnen erheblich zugute:

„Also in das Rote Kreuz bin ganz dumm 'reingekommen ... Das war schon während des Krieges, da bin ich von einer bestimmten Firma reklamiert worden als Schleifer und eines Tages kommt der Betriebsobmann bei mir vorbei und sagt: ‚Hören Sie, Herr Herder, hier ist eine Sammelliste für die Kriegsanleihe, da können Sie sich eintragen ...‘ Ich sage: ‚Was, Kriegsanleihe? Ihr könnt von mir denken und tun, was ihr wollt, ich zahle keinen Pfennig‘. Ja, und wie das dann so geht, ist der Luftschutz gegründet worden. Da kommt der Willy Heuter zu mir, der war im Roten Kreuz und hatte ein Lebensmittelgeschäft. Er war der Vorsitzende und sagt: ‚Willy, hör mal, Du warst doch immer ein guter Sanitäter und wir müssen hier beim Luftschutz den Sanitätstrupp aufbauen⁷³⁸. Ich bin im Roten Kreuz so belastet und habe keine Zeit dazu. Hast Du denn kein Interesse dazu?‘ Ich sag: ‚Zur Ersten Hilfe bin ich stets bereit!‘ Das hat ja auch mit der Partei (gemeint war die NSDAP, d.A.) nichts zu tun, ich übernehme das ... Zu Anfang (unmittelbar nach Machtantritt der Nazis, d.A.) wollten sie (das Rote Kreuz, d.A.) uns ja nicht haben, wir haben unsererseits auch keine Anstalten gemacht, da hineinzukommen, denn sie hatten uns ja immer so verschrien ... Da hat dann der Willy Heuter mit dem Karl Zimmermann geredet und erreicht, dass ich in das Rote Kreuz kommen konnte.

... Ich weiß noch gut, dass wir im Hof von Karl Zimmermanns Gastwirtschaft antreten mussten. Da war dann der Dr. Steffens, der Kolonnenarzt. Und als er dann bei mir vorbeikam und sagte: ‚Heil Hitler, Kamerad Herder!‘ Und ich sage: ‚Moin, Herr Doktor!‘ Da sagt der Dr. Steffens: ‚Kamerad Herder, wir kennen uns doch!‘ Da sagt er zu dem Bereitschaftsführer Zimmermann: ‚Kamerad Herder braucht bei uns keine Prüfung ablegen. Ich weiß, dass er ein vollwertiger Sanitäter ist.‘ Ich sage: ‚Ich danke Ihnen, Herr Doktor.‘ ... Zu dieser Zeit waren sie ja froh, dass sie uns hatten!⁷³⁹

Selbst während des Krieges kamen Herrn Herder seine Kenntnisse im Sanitätsfach zugute:

„Und dann wurden wir gefragt, weil die Sanitäter etc. knapp waren, wer von uns eine Sanitätsausbildung hatte. Ich habe mich da gemeldet und musste nach Königsberg zur Prüfung. Da waren vier Ärzte, davon zwei Professoren als Oberstabsärzte und zwei Stabsärzte. Sie stellten mir so ungefähr 215 Fragen. Anschließend sagt ein Oberstabsarzt: ‚Gefreiter Herder, eine Frage, Ihre Ausbildung haben Sie aber nicht beim Roten Kreuz gemacht?‘ ‚Nee‘, sag ich, ‚ich bin ausgebildeter Arbeiter-Samariter‘. Da sagt er: ‚Das konnten wir an Ihren Antworten, die Sie uns gegeben haben, feststellen. Hören Sie mal, Sie übernehmen ab sofort eine Kompanie.‘ ‚Ja, sag ich, Herr Oberstabsarzt, wie stellen Sie sich das denn vor? Ich bin mir schon im Sanitätsfach ziemlich sicher, aber eine ganze Kompanie...?‘ Sagt er: ‚Sie werden als Unterarzt eingesetzt.‘ Sie hatten zu der Zeit nicht

⁷³⁸ Die Mitarbeit im Luftschutz war anscheinend an die Mitgliedschaft im Roten Kreuz gekoppelt.

⁷³⁹ Interview mit Herrn Willy Herder vom 26.6.1984.

mehr genügend Ärzte. Ich bekam den Heeresverbandskasten Nr. 1, führte das Krankenbuch und konnte krankschreiben usw.“⁷⁴⁰

Obwohl sich die ehemaligen Arbeiter-Samariter Solingens ihrer hoffnungslosen Lage bewusst waren, versuchten sie doch bis zuletzt, ihr Kolonnen-Eigentum, allem voran den selbst entworfenen Krankenwagen, dem Zugriff der neuen Herren zu entziehen. Über das sinnvollste Vorgehen herrschte nicht immer Einigkeit.

„Da hat noch der Vorsitzende, Rudi Leupold, gesagt: ‚Der Krankenwagen kommt zu den Webern (Spedition, die sich gegenüber der Samariter-Wache in der Hochstraße befand, d.A.) gegenüber auf die Hochstraße‘. Karl (Pütz, d.A.) war noch dagegen und hat gesagt: ‚Den Wagen fahre ich irgendwohin, denn den kriegen wir doch nicht wieder‘. Aber nein, die haben sich nicht belehren lassen und der Krankenwagen wurde mit viel Material zu den Webern in den Schuppen gefahren. Und da hat er keine drei Tage gestanden und die Nazis haben ihn sich geholt und ins Moor (Börgermoor, d.A.) gebracht ... Dort haben sie damit Essen oder Kohle gefahren und auch Kranke transportiert“.⁷⁴¹

„Als die Nazis an die Macht kamen, haben sie den Wagen beschlagnahmt. Die haben ihn dann ins Emsland in das KZ Börgermoor gebracht. Dort haben sie ihn regelrecht kaputtgefahren. In dem KZ ist regelrecht Schindluder mit ihm betrieben worden.“⁷⁴²

„Ich weiß noch, wie wir einige Sachen sichergestellt haben, z.B. die Schreibmaschine der ASK. Diese sind dann später verkauft worden, um den Erlös inhaftierten Arbeitern und Genossen zukommen zu lassen. Vieles haben wir dem Zugriff der Nazis nicht überlassen. Ich kann auch bestätigen, dass der Krankenwagen zuletzt im KZ Börgermoor⁷⁴³ gesehen worden ist. Mein Schwager, der im Moor inhaftiert worden war, hat ihn dort gesehen.“⁷⁴⁴

⁷⁴⁰ Ebenda.

⁷⁴¹ Ebenda.

⁷⁴² Interview mit Herrn Rudolf Leupold vom 20.4.1985.

⁷⁴³ Die ersten Monate des KZ Börgermoor schildert der Düsseldorfer Schauspieler und Kommunist Wolfgang Langhoff in seinem 1935 im Schweizer Exil erschienenen Roman „Die Moorsoldaten“. Langhoff beschreibt in diesem noch im selben Jahr in mehrere Sprachen übersetzten „unpolitischen Tatsachenbericht“ seine Erlebnisse während der dreizehnmonatigen Haft im Konzentrationslager und geht darin auch ausführlich auf die Entstehung des Moorsoldatenliedes ein. Das Lied „Wir sind die Moorsoldaten“ wurde im August 1933 von politischen Schutzhäftlingen des Lagers geschrieben. Nach einer nächtlichen Prügelorgie durch die SS hatten die Häftlinge beschlossen, eine Zirkusvorstellung für die Mitgefangenen und die Wachmannschaften zu inszenieren, um sich selbst wieder Mut zu machen. Im Rahmen dieser Aufführung wurde das Lied erstmalig gesungen. Johann Esser hatte die Urfassung geschrieben, Wolfgang Langhoff überarbeitete sie und Rudi Goguel vertonte das Gedicht und übte es im Lager mit dem Solinger Arbeiterchor ein. Wenige Tage nach seiner Aufführung wurde das Lied zwar durch die Lagerleitung verboten, aber es gelangte, bei Entlassungen und Verlegungen herausgeschmuggelt, in weitere KZ und ins Ausland. So bearbeitete Eisler die

In den letzten Tagen der nationalsozialistischen Herrschaft sollten die noch eingesperrten Antifaschisten einen hohen Preis zahlen, auch im Bergischen. Sowohl um die Brutalitäten ihrer Machtausübung zu verwischen als auch den Regimegegnern die Möglichkeit, eine demokratische Gesellschaftsform nach dem Zusammenbruch zu errichten, zu verwehren, erging von oberster Stelle der Befehl, inhaftierte Regimegegner zu exekutieren.⁷⁴⁵ So wurden am 12.4.1945, zwei Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner in Hagen, zwölf politische Gefangene von zwölf Gestapo-Leuten erschossen.⁷⁴⁶ Zu je zwei Mann wurden sie mit Stacheldraht an den Händen gefesselt und in den „Donnerkuhler Wald“⁷⁴⁷ gebracht, durch Genickschuss getötet und in einem Bombentrichter verscharrt. Unter ihnen befand sich der 61-jährige Arbeiter-Samariter August Schumacher. Er war Schreiner, KPD-Mitglied und wegen abfälliger Meinungsäußerungen über Hitler mehrfach inhaftiert worden, zuletzt am 27.6.1944. Zunächst kam er in Untersuchungshaft ins Wuppertaler Polizeipräsidium, dann nach Bendahl

Urfassung für Ernst Busch, der es in den Spanischen Bürgerkrieg hineinrug. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Moorsoldaten.

⁷⁴⁴ Interview mit Herrn Heinrich Müller vom 14.7.1985.

⁷⁴⁵ Folgendes Telegramm des Reichssicherheitshauptamtes Berlin vom 24.1.1945 erging an die Leiter der Schutzpolizeileitstellen Düsseldorf, Münster, Dortmund und Köln: „Geheime Reichssache - persönlich -Die gegenwärtige Gesamtlage wird Elemente unter den ausländischen Arbeitern und auch ehemalige deutsche Kommunisten veranlassen, sich umstürzlerisch zu betätigen. Größte Aufmerksamkeit ist daher geboten. Dass der Feind Vorbereitungen getroffen hat, geht aus einer Meldung des O.-B.-West (Oberbefehlshaber West, d.A.) hervor. Es ist in allen sich zeigenden Fällen sofort und brutal zuzuschlagen. Die Betreffenden sind zu vernichten, ohne den formellen Weg vorher bei der RSHA Sonderbehandlung zu beantragen. Die Leiter der Kriminalpolizeistellen sind persönlich von ihnen entsprechend zu informieren.“ Faeskorn/Faeskorn 2005, S. 8.

⁷⁴⁶ Der Oberbefehlshaber West war Generalfeldmarschall Model und zuständig für die bereits von den Alliierten eingeschlossenen Gebiete, somit auch des sogenannten „Ruhrkessels.“ Er befahl am 7.4.1945: „Auf Grund der mir vom Führer übertragenen Vollmachten ordne ich an, daß die Zuchthausgefangenen, die in den innerhalb der vom Feind eingeschlossenen Gebiete befindlichen Strafanstalten einsitzen, den Organen der Sicherheitspolizei zur sicherheitspolitischen Überprüfung zu übergeben sind. Dasselbe gilt für die in den Strafanstalten einsitzenden Untersuchungshäftlinge, soweit sie wegen politischer Vergehen oder Verbrechen in Haft sind oder Zuchthaus- oder Todesstrafe zu erwarten ist. Die nähere Regelung trifft der höhere SS.- und Polizeiführer.“ Ebenda, S. 9.

⁷⁴⁷ Dieser Wald lag zwischen Hohenlimburg und Hagen und befand sich in der Nähe des Steinbruchs „Donnerkuhle“ und der gleichnamigen Gastwirtschaft. Vgl. ebenda, S. 34.

und anschließend ins Landgerichtsgefängnis Arnsberg. Von da wurde er ins Gefängnis Altena verlegt und am 11.4.1945 nach Hagen ins Polizeigefängnis in der Prentzelstraße. Eine Gerichtsverhandlung fand bei allen zwölf Erschossenen nie statt. Die Anordnung über die Exekution durch die Gestapo erging durch den Hagener Kriminalrat Schmidt, die Familie wurde auf Befehl der Gestapo über den Tod August Schumachers nicht informiert.⁷⁴⁸

⁷⁴⁸ Vgl. ebenda, S 11. Vgl. auch „Nachweis über die Tätigkeit der Arbeiter-Samariter-Kolonnen im Kreise Lennep“. Dort wird unter der Spalte „Wermelskirchen, Arbeiter-Samariter, Kolonne 193, das Mitglied August Schumacher, Schreinergehülfe, Wermelskirchen, Grünestr. Nr. 17 (Vorstandsmitglied)“ angeführt. „Sämtliche Mitglieder gehören der kommunistischen Partei an.“ Staatsarchiv Düsseldorf, Blatt 125.

IV.7. Die regionalen Besonderheiten der Städte Rüstingen und Wilhelmshaven mit ihren Auswirkungen auf die lokale Arbeiterbewegung

Ein Spezifikum, das auch die Arbeiterbewegung dieser Region nachhaltig beeinflusste, dürfte in der regionalen Lage der Doppelstadt Rüstingen/Wilhelmshaven begründet liegen. Wilhelmshaven bildete seit 1869 den Marinestützpunkt an der preußischen Nordseeküste, die angrenzenden oldenburgischen Gemeinden Bant, Heppens und Neuende wurden 1911 zusammengefasst zur Stadt Rüstingen. Die ineinander übergehenden Stadtteile waren durch die „Grenzstraße“ und „Bismarckstraße“, die gleichzeitig die Landesgrenze bildeten, getrennt.

Die Marinewerft in Wilhelmshaven war der größte Arbeitgeber jener Jahre in den Jadestädten. 1914 waren von den ca. 70.000 Einwohnern in den Jadestädten 10.550 Personen auf der Marinewerft beschäftigt. Rechnet man die Familienangehörigen dazu, musste man eher von ca. 35.000 Personen ausgehen, bei Hinzuzählung der abhängigen Betriebe sogar von nahezu 40.000. Trotz Reduzierung der Arbeitskräfte waren 1931 noch ca. 6.000 Arbeiter auf der Wilhelmshavener Reichsmarinewerft beschäftigt und ca. 20.000 indirekt abhängig. Der Hauptanteil der Beschäftigten rekrutierte sich aus dem oldenburgischen Rüstingen.

Politisch hatte in Wilhelmshaven durchgehend das bürgerlich-demokratische Lager die Mehrheit, während in Rüstingen die Sozialdemokratie dominierte. Die Wahlergebnisse der Nationalsozialisten lagen in Wilhelmshaven schon früh deutlich über dem Reichsdurchschnitt, 1929 erhielten die Nazis erstmals auf kommunalpolitischer Ebene Verantwortung. Hitler, Göbbels und andere Nazi-Größen traten wiederholt schon vor 1933 zumeist im Rahmen von Besuchen der Reichsmarine in Wilhelmshaven auf⁷⁴⁹.

⁷⁴⁹ In Bremen als einer der Hochburgen der organisierten Arbeiterbewegung hatte sich Hitler bis 1933 kein einziges Mal sehen lassen. Vgl. Appelius 1985, S. 14.

In Rüstringen gab es zu jener Zeit im Gegensatz zu Wilhelmshaven nahezu keinen Bereich des täglichen Lebens, aus dem die Sozialdemokratie wegzudenken war. Von 1926 bis 1933 stellte die SPD den Oberbürgermeister, ab 1925 gehörten dem Stadtrat die Kommunisten an, deren Kommunal-Wahlergebnis in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik jedoch mit durchschnittlich 10% unter dem Reichsdurchschnitt verblieb. Noch Anfang 1933 zählte die SPD in Rüstringen/Wilhelmshaven ca. 4.000 Mitglieder, die KPD kam auf ca. 300.

1924 gründete sich auch hier unter maßgeblichem Einfluss der SPD das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, eine republikanische Formation zum Schutze der Weimarer Demokratie, die sich in ihrem Selbstverständnis als Gegen gründung zum äußerst rechts stehenden „Stahlhelm“ verstand.

Angesichts des erstarkenden Nationalsozialismus konstituierte sich 1932 aus der SPD, dem Arbeitersport, den Freien Gewerkschaften und weiteren Organisationen der Arbeiterbewegung die „Eiserne Front“. Im gleichen Jahr rief die SPD und die „Eiserne Front“ auch in Rüstringen zur Wahl Hindenburgs „als das kleinere Übel“ auf: „Schlagt Hitler! Wählt Hindenburg!“

Da die Marinewerft der regionale Hauptarbeitgeber war, sah sich die Arbeiterbewegung, und mit ihr die SPD, angesichts der Massenarbeitslosigkeit einer besonders schwierigen Situation ausgesetzt. Die Positionen der regionalen Arbeiterführer reichten von Empfehlungen an die Werft, den Panzerkreuzer „B“ zu bauen, Appelle an die „moralische Pflicht“ der Arbeitgeber, den Jadestädten „über den Berg zu helfen“ bis hin zur Übernahme marxistischer Positionen, die sich gegen Kriegsvorbereitung aussprachen und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft zum Ziel hatten.

Während sich die SPD vor Ort in Abwehrkämpfe verstrickte und keine durchgreifende Programmatik vorweisen konnte, legte die KPD ein Neun-Punkte-Programm zur Behebung der wirtschaftlichen Krise vor. Zu den bedeutendsten Arbeiterkulturorganisationen in den Jadestädten zählte der 1913 gegründete Touristenverein „Naturfreunde“, dessen „Naturfreundehaus“ in Zetel zu einem

beliebten Treffpunkt der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ (SAJ)⁷⁵⁰, wurde. Außer der „Freien Turnerschaft Rüstringen“ bildeten die vielen Einzelorganisationen mit ihren klangvollen Namen wie „Eiche“, „Germania“, „Jade“ und „Comet“ einen eindrucksvollen Rahmen des Arbeitersports am Orte. Der „Arbeiter-rad- und Kraftfahrerbund Solidarität“, später mit einer angegliederten Motorradabteilung, war ein wichtiger Wegbereiter des organisierten Radsports im Oldenburger Land.

Dass auch der ASB eine wesentliche Gruppierung innerhalb dieses Spektrums darstellte, dürfte sich aus der hohen Mitgliederzahl ableiten. Auch in Rüstringen/Wilhelmshaven war es eher die Regel, dass Arbeiter gleichzeitig Mitglieder der SPD/SAJ, der Gewerkschaft und des Arbeitersports, der Volkschorbewegung oder des ASB waren.⁷⁵¹

Somit konzentrierten sich unter „geopolitischem Blickwinkel“ in gedrängter Form die politischen Polaritäten in Rüstringen/Wilhelmshaven zwischen monarchistisch-konservativen und fortschrittlich-sozialistischen Positionen in diesem kleinen Raum.

⁷⁵⁰ Der SPD-nahe Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands (VAJV) und die USPD-nahe sozialistische Proletarierjugend (SPJ) schlossen sich am 29. Oktober 1922 zur SAJ zusammen. Dabei war der VAJV mit 90.000 Mitgliedern weit größer als die SPJ mit 20.000 Mitgliedern.

Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialistische_Arbeiter-Jugend
⁷⁵¹ Vgl. ebenda.

IV.8. Der ASB-Rüstringen als Beispiel für die Tätigkeit einer sozialdemokratisch-reformistisch ausgerichteten Samariterkolonne

Von den frühen Impulsen der Bildung einer Arbeiter-Samariter-Kolonie in Wilhelmshaven-Bant war schon im Protokoll des Gründungstreffens in Magdeburg 1909 berichtet worden.⁷⁵² Auch in dieser Kolonie kamen die Gründer überwiegend aus dem Bauhandwerk. Durch die Initiative der örtlichen Bauarbeiterschuttkommission schlossen sich Männer des örtlichen Gewerkschaftskartells zu einer Samariterkolonie zusammen. Die Führung übernahm der später langjährig amtierende Rüstringer SPD-Ratsherr und Vorsitzende der Bauarbeiterschuttkommission Otto Lange⁷⁵³. Von 1909-1912 bildete die ASB-Kolonie zunächst eine Untergliederung des Rüstringer Gewerkschaftskartells und übernahm die Ausbildung der Bauarbeiter in Erster Hilfe. Erst danach schloss sie sich dem überregional entstandenen ASB an.

Ein Spezifikum, das die Ausdehnung und Orientierung der Rüstringer Kolonie nachhaltig beeinflusst haben dürfte, ist einerseits durch die traditionell vorhandene Stärke der Sozialdemokratie als auch durch den Konkurrenzdruck des durch die lokalen Verhältnisse bevorzugten Roten Kreuzes zu finden. Die Stoßrichtung der ASB-Kolonie war in den Folgejahren ihres Wirkens überwiegend reformistisch ausgerichtet mit dem Selbstverständnis einer Wohlfahrtsorganisation proletarischer Herkunft. Die Stadt Rüstringen lag im Oldenburgischen, während der Hauptarbeitgeber, die Werft der Kaiserlichen Marine, im preußischen Wilhelmshaven lag, wo ein Großteil der Arbeitersamariter beschäftigt

⁷⁵² „Dem Bunde haben sich bisher die Arbeitersanitätskolonnen in Berlin, Dresden, Meißen, H a m b u r g , Köln, Barmen und Elberfeld angeschlossen. In Nürnberg, Kahla, Kassel und Bant-Wilhelmshaven steht die Gründung von Kolonnen bevor. Die Zahl der gesamten Mitglieder beträgt rund 1000.“ Staatsarchiv Hamburg, Hamburger Echo Nr. 86 vom 14.4.1909.

⁷⁵³ Lange, Otto, geb. 26.3.1873 in Eisleben, 1908 Vorsitzender der örtlichen Bauarbeiterschuttkommission, 1909 Gründer der ASB-Kolonie-Bant, die zunächst unter gewerkschaftlicher Obhut stand und ab 1912 dem ASB angeschlossen war. SPD-Mitglied, 1901-1910 Gemeinderatsmitglied in Bant und Neuende, SPD-Ratsherr in Rüstringen, gestorben 14.9.1937 in Wilhelmshaven. Vgl. Appellius/Feuerlohn 1985, S. 175. Vgl. auch Appellius 1984.

war. Dort war es den ASB-lern untersagt, sich im betriebs sanitären Bereich zu betätigen. Dieses Recht wurde ausschließlich dem Roten Kreuz zugestanden, sodass die Arbeitersamariter durch diese Bevorzugung von vorneherein einem besonderen Anpassungsdruck ausgesetzt wurden. Denn diese wollten auf die Ausübung der Ersten Hilfe an ihrem Arbeitsplatz ebenso wenig wie auf die Inanspruchnahme behördlicher Unterstützung verzichten. So verwundert es auch nicht, wenn der Arzt, der 1912 den ASB-Rüstringen unterstützte, Dr. Keese, schon nach dem ersten Übungsabend auf Druck der Kaiserlichen Marine die Weiterführung des Kurses ablehnen musste⁷⁵⁴. Nach dem Ersten Weltkrieg übernahm erneut ein Bauhandwerker, der später langjährig amtierende Bauwerkschaftsvorsitzende Carl Gratopp⁷⁵⁵, die Führung des ASB-Rüstringen. Wie im gesamten Reich erhielt auch hier der ASB erheblichen Zulauf.

Obwohl es in Wilhelmshaven neben Kiel, eines der frühen Zentren der November-Revolution, einen „Arbeiter- und Soldatenrat“ gab, schlugen zumindest in den ersten Jahren der Weimarer Republik die ASB-ler einen an der gemäßigten Sozialdemokratie orientierten Kurs ein. Sie versahen nicht nur Sanitätsdienste bei den Arbeiterveranstaltungen, sondern auch bei Schützenfesten, Theater-, Markt- oder Bahnhofswachen.

„Schlußübung im Samariterkursus.

Gestern abend fand in Sadewassers ‚Tivoli‘ die Schlußübung in dem Samariterkursus statt, den die ArbeiterSamariterkolonne veranstaltet hat. Leiter des Kursus war der Kolonnenführer O. Lange. Der zu Anfang gewonnene Arzt Dr. Keese konnte leider nur einem Übungsabend beiwohnen, dann lehnte er mit der Begründung, daß er infolge eines auf ihn ausgeübten Druckes den Kurses nicht weiterleiten könnte (ab, d.A.). Dann entschloß man sich aber, den langjährigen Kolonnenführer O. Lange mit der Weiterführung des Kursus zu beauftragen. Mit Hilfe der einschlägigen Literatur gelang es denn auch, das Angefangene zu Ende zu führen. In der gestrigen Schlußübung wurden alle Arten von Verbänden ausgeführt bei äußeren Verletzungen, Wiederbelebungsversuche und Verwundetentransporte. Die Kursteilnehmer gingen mit Sorgfalt, Umsicht und Überlegung bei den ihnen gestellten Aufgaben zu Werke und legten kunstgerecht und vorschriftsmäßig Verbände an. Den praktischen Übungen waren theoretische vorausgegangen, bei de-

⁷⁵⁴ Vgl. ebenda, S. 5.

⁷⁵⁵ Carl Gratopp, geb. am 1.11.1888, SPD-Mitglied seit 1906, ab 1920 führender Funktionär des Arbeiter-Samariter-Bundes Rüstringen-Wilhelmshaven, zeitweilig Kolonnenführer, ehemals Wilhelmshaven, Rudolfstr. 1, gestorben 13.9.1967 in Wilhelmshaven. Vgl. Appellus/Feuerlohn, S. 168.

nen die am häufigsten vorkommenden Verletzungen Erläuterung fanden. Am Schluß der Übung forderte Kolonnenführer Lange die Kurssteilnehmer auf, sich der Arbeiter-Samariterkolonne anzuschließen und auch an dem nächsten Kursus teilzunehmen, zum mindesten aber auf der gegebenen Grundlage weiter zu bauen.“⁷⁵⁶

Im Rahmen des jährlichen Antrags auf finanzielle Unterstützung wurde der Stadtverwaltung ein ausführlicher Rechenschaftsbericht des vorausgegangenen Jahres zugeschickt. Dadurch entwickelte sich über die Jahre eine wohlwollende Haltung der regionalen Behörden gegenüber dem ASB, insbesondere auch deshalb, da von 1925 bis 1933 die SPD in Rüstringen über die absolute Mehrheit verfügte und durchgehend den Oberbürgermeister stellte.

Der Vorstand des ASB-Rüstringen schien gemäß den Beschlüssen der Bundesleitung bestrebt zu sein, ein gutes, konfliktarmes Verhältnis zu den örtlichen Behörden aufbauen zu wollen und das proklamierte Ziel des ASB-Bundesvorstandes, die staatliche bzw. die oldenburgisch-freistaatliche Anerkennung zu erhalten, somit zu unterstützen. So betonten die Vorsitzenden des ASB-Rüstringen wiederholt in ihren Antragschreiben an die Behörden, dass sie den ASB als integrativen Bestandteil des staatlichen Gemein- und Wohlfahrtswesens auf neutraler Basis verstünden:

„Rüstringen, den 15. Febr. 1925

An das Ministerium des Freistaates Oldenburg z.H. des Herrn Ministerpräsidenten

Der Vorstand der Arbeiter-Samariter-Kolonnen Oldenburg Rüstringen erlaubt sich Folgendes zu unterbreiten:

Um ein ungehindertes einwandfreies Arbeiten zum Wohle der Allgemeinheit zu gewährleisten, ersucht der Vorstand das Ministerium, die offizielle Anerkennung der Oldenburger Kolonnen auszusprechen.

Die Arbeiter Samariter Kolonnen gehören zum Deutschen Arbeiter Samariter Bund Sitz Chemnitz und stehen auf politisch neutraler Grundlage. Ihr Ziel ist durch Verbreiten des Wissens über die erste Hilfe und der Gesundheitspflege, sowie durch Stellen von Sanitätswachen dem gesamten Volke zu dienen. Indem wir als nutzbringende Wohlfahrtsorganisation dem Freistaat Oldenburg unsere Kräfte widmen, hoffen wir auf Erfüllung unserer Bitte um Anerkennung.

Anbei: Bundesstatuten

In vorzüglicher Hochachtung ergebenst

⁷⁵⁶ Appellius, Privataarchiv, Schlußübung im Samariterkursus.

Der Vorstand

gez. Fritz Lehnert⁷⁵⁷, Vorsitzender, Rüstringen, Peterstr. 90⁷⁵⁸“

Auch die 1930 neu gegründete ASB-Kolonne Oldenburg bemühte sich umgehend, ihre Arbeit den Institutionen gegenüber transparent dar- und einen engen, persönlichen Kontakt herstellen zu wollen:

„Oldenburg, den 21. März 1930

An das Staatsministerium O l d e n b u r g .

Vor Jahresfrist haben eine Anzahl Arbeiter hier in der Stadt Oldenburg eine Kolonne des Arbeiter-Samariter-Bundes gegründet, die sich die Aufgabe stellt, bei allen Veranstaltungen und Vorkommnissen Samariterdienste zu leisten. Die insbesondere Wert darauf legt, eine größere Anzahl ihrer Mitglieder zur ersten Hilfeleistung auszubilden, um bei Unfällen auf den Arbeitsstellen und bei sonstigen Gelegenheiten bis zum Erscheinen eines Arztes praktische Hilfe zu leisten.

Die neu gegründete Kolonne ist 26 Wochen unter Leitung des praktischen Arztes Herrn Dr. Rosenthal ausgebildet worden und legt am Sonntag, den 30. März d. Js., vormittags 9 1/2 Uhr ihre erste Abschlussprüfung in der Helene-Lange-Schule ab. Die hiesige Kolonne des Arbeiter-Samariterbundes erlaubt sich, das hohe Staatsministerium zu dieser Abschlußprüfung ganz ergebenst einzuladen und gibt sich der Erwartung hin, einen Vertreter des Staatsministeriums auf dieser Veranstaltung begrüßen zu können.

Im Auftrage der Kolonne ganz ergebenst“

(Unterschrift)

Tatsächlich findet sich auf diesem Schreiben eine handschriftliche Notiz des Landesarztes vom 4.4.1930: „An der Prüfung habe ich teilgenommen. Dr. Klager.“⁷⁵⁹

1925 trug der ASB Rüstringen seine Interessen, insbesondere seine Forderung nach staatlicher Anerkennung, mithilfe des Stadtmagistrats dem Sozialministerium Oldenburg vor und betonte dabei, dass auf eine gute Beziehung zum hiesigen Roten Kreuz Wert gelegt werde:

„Stadtmagistrat Rüstringen, Wohlfahrtsverwaltung

⁷⁵⁷ Lehnert, Fritz, geb. 14.12.1888 in Hörlitz, SPD-Mitglied, Maschinenbauer, 1925 1. Vorsitzender des örtlichen ASB, zeitweilig ASB-Bezirksführer, gestorben 15.8.1932 in Rüstringen; vgl. Appellius/Feuerlohn 1985, S. 176.

⁷⁵⁸ Oldenburgisches Ministerium der sozialen Fürsorge, Abschrift Schreiben des Vorsitzenden der Arbeiter-Samariter-Kolonne. 15. Febr. 1925.

⁷⁵⁹ Ebenda, Blatt 9.

Rüstringen, den 2. März 1925

...

Bisher hat sich der Bund hier stets freiwillig in den Dienst der Stadt und der Allgemeinheit gestellt. Bei großen Volksansammlungen sowie bei allen größeren privaten Veranstaltungen richtet der Bund Sanitätswachen ein. Durch ein Abkommen mit der hiesigen freiwilligen Sanitätskolonne ist der Bund abwechselnd den einzelnen Feuerwehren der Jadestädte zugeteilt (sic! d.A.). Außerdem hat er in der Stadt 6 Unfallmeldestellen eingerichtet und betätigt sich neuerdings auch auf dem Gebiete der Krankenpflege. Die Mitglieder werden in Kursen, welche von einem Arzt geleitet werden, als Sanitäter ausgebildet. Nach Beendigung der Kurse findet eine Schlußprüfung statt, die ebenfalls durch einen Arzt abgenommen wird und zu der Vertreter der Behörden und der in Frage kommenden Vereinigungen eingeladen werden. Die Organisation kann als vollwertige Wohlfahrtsorganisation nur dann sich größere Geltung verschaffen, wenn sie behördlich anerkannt wird. In diesem Bestreben möchten wir den Arbeitersamariterbund unterstützen und befürworten deshalb dringend die staatliche Anerkennung des Bundes innerhalb des Freistaates Oldenburg.

Durch die staatliche Anerkennung wird in der Hauptsache erreicht:

1. daß der Bund frei und ungehindert durch die Sicherheitsorgane seine Tätigkeit ausüben kann (Entsprechende Anweisung an die Ämter, Städte I. Klasse und die Landespolizei),
2. daß der Bund die Berechtigung hat, wie andere gleichgeartete Organisationen (Freiwillige Sanitätskolonne) zu Unterrichts- und Prüfungszwecken einen Arzt kostenlos zu beanspruchen. (Bisher muß an den Arzt, welcher die Kurse und Prüfungen seitens des Bundes abhält, ein Honorar nach Festsetzung des Ärztevereins gezahlt werden),
3. daß der Bund an offiziellen Veranstaltungen, zu der gleichartige Vereinigungen eingeladen werden, als gleichberechtigte Organisation teilnehmen kann, um dadurch nach außen hin auch das entsprechende Vertrauen zu finden,
4. daß der weitere Ausbau der Organisation von allen in Frage kommenden Stellen gefördert wird.

Zum Schlusse möchten wir noch bemerken, daß der Arbeitersamariterbund mit der hiesigen freiwilligen Sanitätskolonne Hand in Hand arbeitet und soweit uns bekannt ist, von beiden Seiten keine Agitation gegeneinander betrieben wird (sic! d.A.).

Hug⁷⁶⁰,

Tatsächlich hatte der Bund zumindest im kommunalen Bereich mit dieser Vorgehensweise so viel offizielle Anerkennung erhalten, dass er 1929 endlich auch im preußischen Wilhelmshaven tätig werden durfte.⁷⁶¹ Dennoch sollte im

⁷⁶⁰ Ebenda, Blatt 2. Hug, Paul, geb. 24.6.1857 in Heilbronn, SPD-Mitglied seit 1877, seit 1880 in Wilhelmshaven, seit 1890 SPD-Landtagsabgeordneter in Oldenburg, 1926 bis 1929 Oberbürgermeister in Rüstringen, 1929 Ehrenbürger der Stadt Rüstringen, 1931 SPD-Bezirksvorsitzender, gestorben 10.2.1934 in München.

⁷⁶¹ Vgl. Appellius 1984, S. 6.

Oldenburgischen den Kolonnen die endgültige Anerkennung weiterhin versagt bleiben. So schrieb das Reichsministerium des Inneren aufgrund wiederholter Anträge auf Anerkennung des Bundes am 6.4.1925 an das „Ministerium für soziale Fürsorge“ in Oldenburg, dass

„einige Landesregierungen für den Bund eingetreten (sind, d.A.), andere haben sich gegen ihn ausgesprochen, wieder andere haben sich einer bestimmten Stellungnahme enthalten, jedoch eher gewisse Bedenken gegen den Bund geltend gemacht.

Im Freistaat O. bestanden vor einem Jahr 3 Kolonnen u. zwar in Rüstringen, Delmenhorst und Bad Schwartau. Die Mehrzahl der Mitglieder waren fast alle gewerkschaftlich organisiert u. gehörten in der Mehrzahl der Sozialdemokratischen Partei an. Eine parteipolitische Betätigung oder eine mißbräuchliche Benutzung des Abzeichens hatte nicht festgestellt werden können.

In einer Antwort an die Kolonne in Rüstringen wird immerhin eine gewisse Zurückhaltung empfehlenswert sein. Gegen eine Anweisung an die nachgeordneten Behörden wie in Ziffer 1 der Eingabe gewünscht wird, habe ich aber keine Bedenken, unter dem Vorbehalt, daß sich der Bund parteipolitisch neutral u. sich vorkommenden Falles der Allgemeinheit zur Verfügung stellt.

Damit wieder an das Ministerium der sozialen Fürsorge. 6.4.1925

Zimmermann⁷⁶²

Die offizielle Mitteilung des Sozialministeriums an die ASB-Kolonne Rüstringen sah dann folgendermaßen aus:

„Eine staatliche Anerkennung der Arbeiter-Samariterkolonnen im Freistaat Oldenburg kann nicht erfolgen, da Bestimmungen über eine solche Anerkennung nicht erlassen sind. Der M. hat aber von der Bildung der Kolonnen mit Interesse Kenntnis genommen und wird im Bedarfsfall gern die Unterstützung der Kolonnen in Anspruch nehmen.

Abschrift dieses Schreibens ist den Polizeibehörden zur Nachricht mitgeteilt.

An den Vorstand des Arbeiter-Samariterbundes Rüstringen.

Abschrift den Regierungen, Ämtern und Stadtmagistraten der Städte I. Klasse zur Nachricht“⁷⁶³.

Diese Haltung änderte sich auch in den folgenden Jahren gegenüber den Oldenburgischen Kolonnen nicht. Die vollständige Anerkennung blieb ihr im Gegensatz zu Preußen, Sachsen und Braunschweig verwehrt, die Unterstützung

⁷⁶² Oldenburgisches Ministerium der sozialen Fürsorge. Abschrift. Antwortschreiben an das Ministerium der sozialen Fürsorge. 6.4.1925.

⁷⁶³ Ebenda, Abschrift. M.d.soz.F.

beschränkte sich auf bescheidene finanzielle und materielle Zuwendungen seitens der kommunalen Institutionen. Beispielsweise wurde 1926 dem ASB-Rüstringen auf Antrag ein auf dem städtischen Bauhof befindlicher Wagen leihweise als Krankentransportwagen zur Verfügung gestellt oder Ähnliches⁷⁶⁴.

Die 1929 erreichte Gleichbehandlung mit dem Roten Kreuz schlug sich auch in der Höhe der finanziellen Zuwendung nieder:

„Nachdem der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz in Oldenburg eine Beihilfe im Betrage von 150 RM bewilligt ist, möchte ich vorschlagen, für den Arbeiter-Samariter-Bund einen Betrag in gleicher Höhe zur Verfügung zu stellen ...

Oldenburg, den 5. Okt 1929⁷⁶⁵“

Zumindest in diesem Jahr erhielt auch der ASB-Rüstringen 150 RM, die gleiche Summe, die das Rote Kreuz jährlich erhielt, vom Ministerium zuerkannt⁷⁶⁶. Auch auf informeller Ebene hatte man sich anscheinend mit dem Roten Kreuz arrangiert. So wird in der „Republik“ über das 16. Stiftungsfest des ASB-Rüstringen berichtet: „Zahlreiche Abgeordnete der Freiwilligen Feuerwehren, der Freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz und der Arbeiter-Sportvereine sah man unter den Gästen“.⁷⁶⁷

Insofern dokumentierte die Vorgehensweise der ASB-Kolonnen Rüstringen auf regionaler Ebene, dass die mehrheitlich sozialdemokratisch eingestellten Arbeitersamariter versuchten, ihr Wirken an der Vorgabe des Bundesvorstandes zu orientieren. Dabei war ihnen vor allem wichtig, dass ein reibungsloses Verhältnis zu den offiziellen Behörden hergestellt wurde. Dieses sollte ihnen dazu verhelfen, in den Genuss der gleichen Unterstützung, die dem durch die Behörden

⁷⁶⁴ Ebenda, Magistratssitzung am 11. Oktober 1926.

⁷⁶⁵ Ebenda, Antrag auf Gleichbehandlung mit dem Roten Kreuz in Oldenburg vom 5. Oktober 1929. Wahrscheinlich handelt es sich dabei um ein Antwortschreiben des Magistrats Rüstringen an das Sozialministerium Oldenburg, da sich die Bezirksleitung des ASB Oldenburg/Ostfriesland wiederholt an das Ministerium wandte, um eine Kostenbeihilfe zur Deckung ihrer Aufwendungen für Lehrmaterial etc. zu erhalten. Ein ähnlicher Antrag auf finanzielle Unterstützung, der am 2.3.1931 gestellt wurde, war vom Magistrat der Stadt Rüstringen am 5. April 1933 negativ beschieden worden; vgl. ebenda, Ablehnung des Antrages des ASB Rüstringen vom 5. April 1933.

⁷⁶⁶ Vgl. ebenda, Blatt 8.

⁷⁶⁷ Appellius, Privataarchiv, Das Stiftungsfest.

bevorzugtem Roten Kreuz erteilt wurden, zu kommen. Obwohl in den höchsten Behörden bekannt war, dass in dieser Region die überwiegende Mitgliederzahl aus Sozialdemokraten bestand, waren sie letztendlich nicht bereit, ihr Misstrauen aufzugeben und eine offizielle Anerkennung und Gleichstellung mit dem Roten Kreuz zu institutionalisieren.

IV.9. Lebenserinnerungen Rüstringer Arbeitersamariter

Das Gros der von mir interviewten Altsamariter der ASB-Kolonie Rüstringen war gegen Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre im ASB aktiv und gehörte zum überwiegenden Teil der 1928 in Rüstringen gegründeten Samariter-Jugendgruppe an. Beruflich befanden sie sich zum Großteil noch in der Ausbildung. „In unserer Gruppe waren entweder ganz alte (Mitglieder, d.A.), so um die 40 Jahre, oder ganz junge, so um die 20 Jahre“⁷⁶⁸.

Die politische Heimat der ASB-Jugend-Rüstringen war die „Sozialistische Arbeiterjugend“ (SAJ). Die Gründe, durch die sich die überwiegend jungen Menschen zur Mitarbeit im ASB veranlasst sahen, waren sehr vielschichtig. Diese reichten vom Interesse an der Betreuung von Teilnehmern des Arbeitersports, Annahme von Werbeangeboten schon im ASB organisierter Mitglieder (oftmals Familienangehöriger) bis hin zum Streben nach Anschluss an organisierte Freizeitmöglichkeiten.

„... Im August 1923 bin ich zum ASB gekommen. Das war so: Mein Mann und ich haben uns bei den ‚Naturfreunden‘ kennengelernt. Da kam eines Tages ein Unfall vor, da hatte sich jemand mit der Dose die Maus (Fingerkuppe, d.A.) geöffnet. Ich habe dann den Verband gemacht. Darauf fragte er mich, wo ich das gelernt hätte. Ich antwortete: ‚Das kommt so aus mir heraus ...‘ Dann fragte er mich, ob ich nicht Lust hätte, beim ASB mitzumachen, wir könnten noch Leute gebrauchen. Somit bin ich in den ASB gekommen, mein Mann war schon vorher Mitglied, er war mit im Vorstand ...“⁷⁶⁹

„Ich war nicht in der SAJ. Ich bin durch einen ganz ulkigen Zufall zum ASB gekommen. Meine Schwester, die ein Jahr jünger war als ich, wollte einen Tanzkursus mitmachen. Mein Onkel, Kurt Seifert, der auch im ASB war, besuchte uns abends öfters und fragte mich, ob ich nicht Lust hätte, in den ASB einzutreten. Dann käme ich auch unter Leute, weil ich hier sehr wenig heraus käme. Während seiner Aufforderung stieß mich meine Schwester immer an und fragte: ‚Wann ist der Kursus vom ASB?‘ Sie fragte, ob sie nicht auch mitmachen könnte. Als mein Onkel dann mitteilte, wann die Kurse stattfänden, sagte

⁷⁶⁸ Interview mit Frau Johanna Weddermann vom 20.7.1985. Ihr Mann, Herr Claas Weddermann, geb. am 6.1.1895, von Beruf Maler, war von 1919 bis 1933 führendes Mitglied der ASB-Kolonie Rüstringen, gestorben am 18.9.1963 in Wilhelmshaven. Vgl. Appellius/Feuerlohn 1985, S. 184.

⁷⁶⁹ Interview mit Frau Agnes Therese Dröner vom 20.7.1985.

sie, dass sie dort mitmachen wolle. Sie ging dann allerdings zum Tanzkursus, aber ich ging zum ASB. So bin ich dazu gekommen.“⁷⁷⁰

Die Verbindung zur SAJ und zum Arbeitersport war z.B. für Herrn Gerdes der Anlass zum Eintritt in den ASB, den er mit 18 Jahren vollzog:

„... Ich war in der SAJ und wir machten im Frühjahr 1928 in Dortmund den Reichsarbeiterjugendwart. Da brauchten die einen Samariter bzw. einen Sanitäter. Und da zu der Zeit keiner (verfügbar d.A.) war, hat man mir nahegelegt, wenn ich gerne mitwollte, könnte ich einen Kursus machen und mich als Samariter ausbilden lassen. Dann bin ich als ausgebildeter Samariter mitgefahren. Die Fahrt würde mich gar nichts kosten. Darauf bin ich eingegangen und dann habe ich mich hier in der Scheer-Schule bei Dr. Ulrichs ausbilden lassen ... Wir waren dort nicht als Samariter zusammengekommen, sondern ich war Begleiter der SAJ-Gruppe Wilhelmshaven und da bin ich als einziger (Samariter, d.A.) mitgefahren. Ich habe meinen Verbandskasten damals mitbekommen und bin dann mitgefahren ...“⁷⁷¹



Foto 3
ASB-Bezirksübung in Oldenburg 17.8.1930

⁷⁷⁰ Interview mit Frau Helga Cluin vom 20.7.1985.

⁷⁷¹ Interview mit Herrn Erich Gerdes vom 28.7.1985.



Foto 4
Umzug auf dem Reichsarbeitersporttag in Dortmund 1928

Befragt nach den Hauptaktivitäten der Kolonne führten nahezu alle Altsamarter die Betreuung der Arbeitersportveranstaltungen als eine ihrer vorrangigsten Aufgaben an.

„Ich war in den vier Jahren, in denen ich Mitglied im ASB war, aktives Mitglied. Ich habe Sanitätswachen gemacht, bin bei Arbeiterturnveranstaltungen gewesen, habe Veranstaltungen, z.B. der ‚Freien Turnerschaft Rüstringen‘ und bei ‚Germania‘ begleitet. Bei Demonstrationen des Arbeitersports war ich auch dabei. Wir waren oft zu zweit im Einsatz. In der Artilleriestraße war auf der einen Seite der Arbeiter-Turn- u. Sportverein Heppens und daneben lag der bürgerliche Sportbund. Bei dem Arbeiterturnverein hat der ASB die Betreuung gemacht und bei dem bürgerlichen Sportverein das Rote Kreuz ... Ich kann mich daran erinnern, dass wir ... zu Einsätzen zum Schwimmverein Jade gegangen sind. Dort haben wir zu viert immer abends Wache gemacht ...“⁷⁷²

„Ja, viele kamen aus dem Arbeitersport, denn wir haben immer viel mit dem Arbeitersport zu tun gehabt. Z.B. wenn Veranstaltungen auf dem ‚Germania‘-Sportplatz in der Nähe vom Stadtpark waren, holten sie uns dauernd. Dort waren immer Veranstaltungen.“

⁷⁷² Interview mit Herrn Heinrich Richard Dunker vom 27.7.1985.

Das ging sogar soweit, daß wir ein bisschen massieren gelernt haben oder Muskeln lockern und andere Übungen“⁷⁷³.

Vielen Samaritern waren ihre Dienstausbildungen in der Sanitätswache, teilweise sogar zur Zeit der Anfänge der Dienststelle, sehr präsent.

„Der ASB-Rüstringen hat in einem Kellerlokal eines ehemaligen Gemüseladens angefangen. Da ist mein Mann nach Feierabend hingegangen und sie (die Gründungsmitglieder, d.A.) haben die Wände gekälkt. Der Verbandstisch, der ein bisschen gepolstert sein sollte, ist z.B. selber gebaut worden“⁷⁷⁴.

„Ich kann mich daran erinnern, dass wir eine Wache hatten, die war in der Schulstraße unten im Keller. Das war die Erste-Hilfe-Nachtwache. Sie ging aber nur bis 24.00 Uhr. Sie ist abwechselnd besetzt worden. Die Wache war sehr primitiv. Da war eine Liege drin, ein Tisch und ein Stuhl. Ich weiß gar nicht mal genau, ob da ein Telefon war. Später ist die Wache dann zum Mühlenweg gekommen, wo früher das Standesamt drin war. Dort war sie besser ausgestattet.“⁷⁷⁵

„Unsere Unfall-Hilfsstellung war ab 1930 an der Weggabelung Bismarckstraße/Mühlenweg gegenüber dem Rathaus. Eine Frau Söker wohnte in diesem Haus und war mit ihrem Sohn, der zu der Zeit arbeitslos war, während des Tages einsatzbereit. Ab 20:00 bis ca. 24:00 Uhr war dann die Unfallhilfsstelle mit drei Männern und einer Frau besetzt. Zu diesen Wachen wurden auch Jugendliche aus der ASB-Jugend herangezogen. Die Abende waren meistens ruhig. Telefonisch wurde meistens nur um Hilfeleistung zum Umbetten kranker oder gebrechlicher Personen gebeten. Dazu kamen Stützleistungen von Gehbehinderten, denn Fahrzeuge standen nicht zur Verfügung, Erste Hilfe bei Unfällen auf der Straße oder im Haus und Anlegen von Verbänden bei schon älteren Verletzungen. Das waren die meisten Anforderungen während der Wachstunden. An jedem Abend waren andere Mitglieder für die Besetzung der Wache zuständig. Wir (Arbeiter-Samariterjugend, d.A.) trafen uns fast täglich dort.“⁷⁷⁶

„... Ich kann mich daran noch erinnern, dass die Familie Söker über der Sanitätswache wohnte ... Wenn danach (nach Dienstschluss, d.A.) noch irgendetwas war, dann hat Frau Söker das Gespräch angenommen, weil wir die (Telefon-, d.A.) Leitung vorher noch umgelegt hatten. Wenn dann irgendetwas Wichtiges war, dann wurden wir benachrichtigt. Da wir aber zuhause kein Telefon hatten, musste jemand losflitzen und uns Bescheid sa-

⁷⁷³ Interview mit Herrn Erich Gerdes vom 28.7.1985.

⁷⁷⁴ Interview mit Frau Johanne Weddermann vom 20.7.1985.

⁷⁷⁵ Interview mit Frau Agnes Therese Drönner vom 20.7.1985. Ihr Mann Konrad Drönner, geboren am 14.8.1902, Masseur, ehemals Edo-Wiemken-Str. 35, 1923 im ASB und bei den Naturfreunden, gestorben 15.5.1983 in Wilhelmshaven. Vgl. Appellius/Feuerlohn 1985, S. 166. Dem Autor liegt eine Grußkarte an den ASB-Kolonnenführer Karl Albers von Konrad Drönner und weiteren Samaritern aus Rüstringen vor, die als Sanitäter an der internationalen Arbeiter-Olympiade vom 24. bis 28. Juli 1925 in Frankfurt a.M. teilgenommen hatten. Appellius, Privatarchiv, Grußkarte von Konrad Drönner.

⁷⁷⁶ Interview mit Herrn Walter Hinrichs vom 27.7.1985. Vgl. auch Appellius/Feuerlohn 1985, S. 118f.

gen. Wir selber konnten die Sanitätswache nur abends besetzen, weil wir tagsüber arbeiten mussten ... Tagsüber waren z.T. die Frauen da und abends haben wir dann zusammen mit ihnen Dienst gemacht ... Danach hat Frau Söker uns Bescheid gesagt, wenn etwas los war.⁷⁷⁷

Die Ausstattung sowohl der Wache als auch des mitgeführten Materials war schlicht, aber effektiv. Im Gegensatz zum Roten Kreuz verzichtete man auf eine Ganzkörperuniformierung, lediglich durch bestimmte äußere Kleidungsmerkmale wollte man sich z.B. in großen Menschenansammlungen als Samariter zu erkennen geben können.

„Wir hatten die Sanitätstaschen, die wir aus Chemnitz bekamen. Dann hatten wir unsere Mützen mit weißem Bezug. Vor der Mütze war unser Abzeichen. Dann hatten wir unser ASB-Abzeichen (gemeint ist die ASB-Armbinde, d.A.). Unsere Verbandstaschen waren ausgerüstet mit Verbandstoff, Baldrian, Jod und was man sonst noch so brauchte. In unseren Verbandstaschen war nur das Notwendigste ... Als Trage haben wir Fahrräder benutzt. Zwischen den Fahrrädern haben wir dann eine Trage zwischengemacht.“⁷⁷⁸

Die gründliche, solide Ausbildung, die jeder Anwärter auf Mitgliedschaft im ASB absolvieren musste, hatte bei allen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen und ihr Selbstbewusstsein gestärkt. Sie wurde durchgeführt durch den in der Arbeiterschaft bekannten und beliebten Arzt Dr. med. Ulrichs und stellte ein außerordentliches Ereignis für das gesamte Kolonnenleben dar. Die Prüfungskommission bestand aus drei Mitgliedern: dem Kolonnenarzt, dem Kolonnenführer und einer offiziellen Person, nach Möglichkeit einem Amtsarzt⁷⁷⁹. Die Einbeziehung einer Person, möglichst eine medizinische Autorität des öffentlichen Lebens, sollte dazu dienen, das fachliche Niveau der Arbeit des ASB hervorzuheben, um dem Ziel der staatlichen Anerkennung in Anbetracht der als unvermeidlich gesehenen Konkurrenz zum Roten Kreuz näherzukommen.

„Wir mussten einmal in der Woche für zwei Stunden zur Wache, ich glaube insgesamt zehn- bis zwölfmal. In der Regel dauerten die Kurse ca. ein Vierteljahr ... Der Dr. Ulrichs setzte die Fragen auf und dann mussten wir uns in der Prüfung hinsetzen und die Fragen beantworten. Wir hatten ja vorher Unterricht in Anatomie und Physiologie (gehabt, d.A.) ... Während der Prüfung waren meistens zwei oder drei Mitglieder des ASB dabei. Das waren Erwachsene, die die Blätter nach der Prüfung einsammelten. Aber fragen durften wir niemanden von ihnen. Er (Dr. Ulrichs, d.A.) nahm die Blätter mit nach Hause, kon-

⁷⁷⁷ Interview mit Herrn Erwin Fiebig vom 27.7.1985.

⁷⁷⁸ Ebenda.

⁷⁷⁹ Vgl. auch Oldenburgisches Ministerium der sozialen Fürsorge, Blatt 9.

trollierte und kommentierte sie ... Nachdem er die Bögen eingesammelt hatte, wurden (praktische, d.A.) Fälle konstruiert, bei denen die Prüflinge zeigen mussten, was sie konnten. Z.B. folgender Fall: Es blieb jemand mit Knochenbrüchen (liegen, d.A.). Dann wurden zwei oder drei Prüflinge aufgefordert und gefragt, wie sie sich zu verhalten hätten bzw. wie die Verbände angelegt werden mussten etc. Der Dr. Ulrichs kontrollierte dann anschließend die Verbände usw.⁷⁸⁰

(In der Prüfung musste man können: d.A.) Erste Hilfe, Verbände, Wiederbelebung. Dann wurde uns beigebracht, wie man einen Kranken lagert oder auch z.B. wie man beatmet ... (Zum Lernen, d.A.) hatten wir ja Handbücher, aus denen wir z.B. die Anatomie usw. gelernt haben. In dem Kursus hatten wir z.B. auch ein Skelett, an dem uns der Aufbau (des Menschen, d.A.) erklärt wurde⁷⁸¹.

(Die Ausbildung, d.A.) „war erstklassig. Da wurde uns als Erstes theoretisch die Anatomie und der Aufbau des gesamten Menschen beigebracht und dann haben wir gelernt, wie man Verbände anlegt und wenn nachher die Prüfung kam, dann lagen wir in der Scheerschule und hatten einen Zettel am Bein, was wir denn nun hatten, z.B. Schädelbasisbruch o.Ä. Beispielsweise wurde uns beim Schädelbasisbruch gesagt, dass, wenn Blut aus den Ohren kam, den Patienten schön liegen zu lassen und nichts zu machen sei, wohl aufpassen, dass nichts passiert. Oder z.B. wurde uns beigebracht, wie man einen Kornährenverband macht. Aber z.B. Spritzen durften wir nicht geben. Wir haben nur das gemacht, was wir tatsächlich konnten und durften ...“⁷⁸²

Auch heikle Themen wie Sexualität oder Verhütungsmethoden wurden vom Kolonnenarzt nicht ausgeklammert:

(Dr. Ulrichs, d.A.) „ging sogar so weit, dass, wenn er merkte, dass wir mit Mädchen ausgingen, uns über Verhütungsmittel aufklärte und wenn er sah, dass die Mädchen, die da-

⁷⁸⁰ Interview mit Herrn Walter Hinrichs vom 27.7.1985.

⁷⁸¹ Interview mit Herrn Franz Oeltermann vom 27.7.1985. Herr Oeltermann wurde am 5.3.1903 in Neuende geboren, ab 1913 Arbeiter-, Turn- und Sportverein Germania, 1926-1933 Arbeiter-Samariter-Bund, 1933 Entlassung aus politischen Gründen, Inhaber eines Fahrradgeschäftes in der Holtermannstraße in Wilhelmshaven. Vgl. Appellius/Feuerlohn 1985, S. 179. Das Prüfungszeugnis im DIN A 4-Format der Arbeitersamariter-Kolonie war auf den jeweiligen Namen des Kandidaten mit Geburtsdatum ausgestellt. „Herr ... , geb. ... hat im Winterhalbjahr 19... die von der Arbeiter-Samariter-Kolonie eingerichteten Kurse zu Erlernung der ersten Hilfe regelmäßig besucht. Auf Grund der stattgefundenen Prüfung wird bestätigt, daß (er/sie, d.A.) nach unserem Urteil als Samariter in der ersten Hilfe anzuerkennen ist. Es wird dabei vorausgesetzt, daß (er/sie, d.A.) in angemessenen Zwischenräumen für Auffrischung (seiner/ihrer, d.A.) Kenntnisse durch Besuch unserer Wiederholungskurse Sorge trägt. Rüstringen, den ...

Handschriftliche Unterschriften des leitenden Arztes ..., der Prüfungskommission ... und des Vorsitzenden ... Stempel: Arbeiter-Samariter-Bund Kolonne Rüstringen-W'haven.“ Appellius, Privatarchiv, Erste-Hilfe-Prüfungszeugnis.

⁷⁸² Interview mit Herrn Erich Gerdes vom 28.7.1985.

bei waren, bei seinem Vortrag rot zu werden, sagte er: ‚Ihr braucht gar nicht rot zu werden, damit werdet ihr auch noch zu tun haben!‘ Der Dr. Ulrichs war sehr drastisch auf seine Art⁷⁸³.

Die unverwechselbar markante Art dieses Arztes ist von fast allen Kolonnenmitgliedern in ähnlicher Art und Weise in Erinnerung geblieben:

„... Er kam nicht aus der Arbeiterbewegung, aber er hat mit uns sympathisiert ... Wir mussten aber doch lausig lernen und auch vieles auswendig wissen, denn wir wurden oft gefragt: Wie viele Knochen hat der Körper oder wie viele Lendenwirbelkörper usw.? Er hat immer gesagt, wenn wir auf die Menschheit losgelassen würden, müssen wir auch wissen, wie wir uns zu verhalten haben. Z.B. wie verhaltet ihr euch, wenn ihr unterwegs seid und ihr habt mit einem komplizierten Knochenbruch zu tun, wenn z.B. der Knochen herauskommt (offene Fraktur, d.A.)? Oder wie man einen Holzknüppel dazu benützt, um einen Notverband zu machen. Das mussten wir alles können zu der Zeit“⁷⁸⁴.

Frau Johanne Weddermann, die die anfängliche „arztlose“ Zeit der Kolonne noch miterlebt hatte, erinnerte sich an die damalige Situation und an Dr. Ulrichs folgendermaßen:

„Der Leiter der Kolonne war zu der Zeit Herr Gratopp, er hat auch die ersten Ausbildungen gemacht. Danach hat sich Herr Dr. Ulrichs bereit erklärt. Er war praktischer Arzt und Geburtshelfer. Er war ein sozial eingestellter Mensch, kein Sozialdemokrat. Ich meine sogar, er war Freimaurer. Dr. Ulrichs war Kriegsteilnehmer, sogar Militärarzt gewesen. Er war z.B. so eingestellt, dass wenn er zum Patientenbesuch zu einer arbeitslosen Familie kam, er erst einmal in den Küchenschrank guckte, was es zu essen gab. Danach hat er den Kindern Geld in die Hand gedrückt und sie aufgefordert, erst einmal etwas einzukaufen.“⁷⁸⁵

„Der Dr. Ulrichs hat manche armer Familie geholfen, umsonst ... Ich kann mich noch an einen Fall erinnern: In der Kieler Straße wohnte in einem Hinterhof eine arme, alte Frau. Der haben die Nachbarn den Dr. Ulrichs geholt. Die Frau lag ganz kläglich da. Da war nichts im Hause. Da ist der Dr. Ulrichs erst einmal zum Warenumschlaggeschäft hingegangen und hat eingekauft. Daraufhin ist er wieder zu der Frau zurückgegangen, hat sich eine Schürze umgebunden und erst einmal Kaffee gekocht. Er hat ihr dann etwas Kaffee eingeschüttet und eine kleine Suppe gemacht. Anschließend hat er die Nachbarn herübergeholt und gesagt: ‚Die eine Hälfte des Tages machst Du Dienst und die andere Hälfte des Tages machst Du den Dienst. Wehe dem, ich finde die Frau alleine hier vor ...‘“⁷⁸⁶

⁷⁸³ Ebenda.

⁷⁸⁴ Ebenda.

⁷⁸⁵ Interview mit Frau Johanne Weddermann vom 20.7.1985. Ihr Mann Claas Weddermann, geboren am 6.1.1895 in Dornumer Groden, Maler, war von 1919 bis 1933 führendes Mitglied des Arbeiter-Samariter-Bundes Rüstringen-Wilhelmshaven, gestorben am 18.9.1963 in Wilhelmshaven. Vgl. Appellius/Feuerlohn 1985, S. 184.

⁷⁸⁶ Interview mit Frau Helga Kluin vom 20.7.1985.

Dr. Ulrichs war ab 1.1.1920 niedergelassener Praktischer Arzt und Geburtshelfer, seine Praxis befand sich in der Börsenstraße in Wilhelmshaven⁷⁸⁷. Tatsächlich war er als Marinestabsarzt Kriegsteilnehmer gewesen.⁷⁸⁸ Offenbar hatte er aufgrund seiner Hilfsbereitschaft Ärger mit den Ärzteverbänden, wie einige Altsamariter übereinstimmend berichten.

Von sechs interviewten männlichen Altsamaritern waren vier in qualifizierten Handwerksberufen auf der Werft beschäftigt. Die schon zum Zeitpunkt der Interviews verstorbenen Ehemänner zweier Altsamariterinnen standen ebenfalls zu ihren Lebzeiten in Lohn und Brot auf der Werft. Die von mir Befragten hatten keine gewerkschaftlichen Positionen auf der Werft inne, Frau Weddermann konnte sich aber noch daran erinnern, dass die Gründungsmitglieder Albers und Gratopp Mitglieder des Betriebsrates gewesen waren. An ihrem Arbeitsplatz auf der Werft war den ASB-lern das Auftreten als solche und die Funktionsausübung untersagt.

„Mein Mann war später Betriebsarzt, aber das war zu der Zeit, als die Nazis an der Macht waren. Vor den Nazis hat er wohl freiwillig im Betrieb Erste Hilfe geleistet, weil er ja Grundkenntnisse hatte. Offiziell war er aber nicht eingesetzt. Die Marine, die traditionell im Betrieb war, hatte ihre eigene Organisation, z.B. ihre eigene Feuerwehr, ihre ei-

⁷⁸⁷ Dr. August Ulrichs, geb. 27.10.1883 in Wilhelmshaven, Marine-Oberstabsarzt a.D., ab 1.1.1920 Praktischer Arzt und Geburtshelfer, Praxis: Wilhelmshaven, Börsenstr. 4, 1921-1933 Kolonnenarzt des Arbeiter-Samariter-Bundes Rüstringen-Wilhelmshaven, gestorben am 3.1.1949 in Garmisch. Vgl. Appellius/Feuerlohn, 1985, S. 184.

⁷⁸⁸ „Vor 50 Jahren. Glückliche und wohlbehaltene sind gestern die zur Nordseestation gehörigen Sanitätsoffiziere und das Sanitätspersonal, das an der Belagerung von Tsiangtau teilnahm, hier eingetroffen. Unter ihnen befand sich auch ein Sohn unserer Stadt, Herr Mar.-Stabsarzt Dr. Ulrichs ... Die Heimkehrer waren nach der Übergabe von Tsiangtau nach Tientsin überführt worden, wo ihnen eine gute Behandlung zuteil wurde. Vor 62 Tagen traten sie von Tientsin aus über Japan, Honolulu, Amerika, England, Dänemark die Heimreise an.“ Appellius, Privatarchiv, So las man in der WZ. Die Belagerung von Tsiangtau fand zu Beginn des Ersten Weltkriegs statt. Der vom Deutschen Reich kontrollierte Hafen im chinesischen Tsiangtau (nach der heute üblichen Transkription: Qingdao) wurde von vereinigten japanischen und britischen Einheiten zwischen dem 13. September und dem 7. November 1914 belagert. Die Belagerung endete mit einem japanisch-britischen Sieg.

Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Belagerung_von_Tsingtau.

genen Wachleute und somit auch ihre eigene Unfallhilfsstelle. Dieses war zu der Zeit ein relativ großes Gebäude“⁷⁸⁹.

„Da (auf der Werft, d.A.) wollte man eigentlich mit uns (ASB-ler, d.A.) nichts zu tun haben. In der Regel griff man auf das Rote Kreuz zurück. In den Werftwerkstätten befand sich in jeder Werkstatt ein Sanitätsraum und wenn etwas war, wurde der Sanitäter geholt, der zumeist vom Roten Kreuz ausgebildet worden war, aber nicht Mitglied bei uns war. Dem ASB (gegenüber, d.A.) stellte man sich eher quer. Natürlich in kleineren Betrieben, wo z. B. einer vom ASB arbeitete, da wurde dann dieser hinzugezogen und nicht ein anderer gerufen. Der Betriebs-sanitäter hatte einen Arbeitsplatz wie jeder andere. Nur wenn z.B. ein Unfall vorkam, konnte er den Arbeitsplatz verlassen und einen Verband anlegen oder für den Krankentransport ins Krankenhaus sorgen. Bei der Werft war das so, dass man im Falle eines Unfalls einen Notverband bekam. Danach musste man zur Hauptunfallstelle, welche sich an Tor 1 befand. Dort war dann ein Arzt, der entweder den Patienten weiterbehandelte oder in ein Werftkrankenhaus überwies.“⁷⁹⁰

Drei von acht der Interviewten, die der ASB-Jugendgruppe angehörten, waren in der SAJ, einer davon als Funktionär. Von den drei weiteren, älteren Mitgliedern gehörten zwei der SPD an. Zwei der Interviewten waren Mitglied im Touristenverein „Naturfreunde“. Diese Organisation stellte mit ihrem Haus in Zetel eine bevorzugte Freizeitstätte insbesondere der organisierten Arbeiterjugend dar. Die Mitglieder der „Naturfreunde“ in Rüstringen schafften es, nach 1933 bestehen zu bleiben, indem sie sich dem gleichgeschalteten Wanderverein „Deutsche Naturfreunde“ anschlossen.⁷⁹¹ Diese Organisation diente während der Nazi-Zeit vielen Rüstringer und Wilhelmshavener Arbeiter-(jugendlichen), um diese Zeit einigermaßen würdevoll zu überstehen und Zusammenhalt zu finden. Vier der elf Interviewten waren im Arbeitersport engagiert, zwei davon im „Arbeiterradfahrer-Bund Solidarität“.

„... Ich war nachher im Vorstand des ASB hier und später auch in der Bezirksleitung des ‚Arbeiterradverbandes Solidarität‘. Im Gau Niedersachsen war ich nachher Sportleiter, sodass ich (mit dem Sport, d.A.) zu viel zu tun hatte. Als ich älter wurde, habe ich das mit dem Radfahren ziemlich aufgegeben, denn zu der Zeit gab es den ‚Rad- und Kraftfahrer-bund Solidarität‘. Da bin ich dann zu den Kraftfahrern gegangen, weil ich ein Motorrad hatte und habe dann dort eine Gruppe aufgebaut. Wir waren fast jeden Sonntag unterwegs. Und da es nicht weit war, ging es meist nach Emden oder nach Aurich und von dort

⁷⁸⁹ Interview mit Frau Hedwig Lehnert vom 27.7.1985. Ihr Mann Fritz Lehnert, geboren am 14.12.1888 in Görlitz, Maschinenbauer, SPD-Mitglied, war 1925 1. Vorsitzender des örtlichen ASB, zeitweilig ASB-Bezirksführer, gestorben am 15.8.1932 in Rüstringen. Vgl. Appellius/Feuerlohn 1985, S. 176.

⁷⁹⁰ Interview mit Herrn Walter Hinrichs vom 27.7.1985.

⁷⁹¹ Vgl. Appellius/Feuerlohn 1985, S. 72.

wieder zurück. Vorher war es so, dass wir mit den Radfahrern meistens in Gruppen zu zehn Mann oder Frauen sonntags ausfuhren, z.B. in den Wald und dort haben wir etwas gekocht“⁷⁹².

Zumindest unter den Jugendlichen war der genaue politische Standort eines jeden eher zweitrangig und hatte auf die Samaritertätigkeit wenig Einfluss. Ähnlich unkompliziert wie Herr Fiebig sahen auch die anderen Altsamariter das Verhältnis innerhalb der ehemaligen Jugendgruppe:

„... Wir, die SAJ, haben meistens mit der KPD-Jugendgruppe zusammen Veranstaltungen der Nazis gestört. (Die KPD in Wilhelmshaven ..., d.A.) ... hatte sogar eine eigene Mannschaftskapelle (Schalmeienkapelle, d.A.). Wir waren eigentlich immer zusammen. Da war nicht so eine Kluft dazwischen wie das heute ist. In der Kolonne waren bestimmt einige KPD-Leute, weil es einige Mitglieder gab, die noch linker standen als wir, obwohl die SAJ schon ziemlich links war. Auf keinen Fall hat es Konflikte oder politische Auseinandersetzungen in der Kolonne gegeben. Da wurde auch nicht gefragt: ‚Bist Du KPD- oder SPD-Mann?‘ Die meisten, wie schon gesagt, waren SPD-Leute. Von der Jugendgruppe waren die meisten von der SAJ“⁷⁹³.

„... das hat man damals nicht so sehr gespürt, wie jemand gesonnen war, nicht so sehr wie heute ... Ob jemand Kommunist oder etwas anderes war, das haben wir gar nicht so mitbekommen. In der Kolonne selbst gab es keine Auseinandersetzungen ... Wir haben unsere Arbeit und unsere Sanitätswachen gemacht. Ob einer Kommunist oder Sozialdemokrat war, das hat uns wenig interessiert. Das waren eben die beiden Organisationen, aus denen sich die Mitglieder rekrutierten. Wir waren halt eine Arbeiterorganisation, die kleine Samariterorganisation neben dem Roten Kreuz“⁷⁹⁴.

„Die Zahl der politischen Organisationen und Verbände war sehr groß. Diese entfalteten eine sehr rege Tätigkeit. Kundgebungen, Wahlversammlungen, Demonstrationsumzüge waren fast an der Tagesordnung. Bei Veranstaltungen des ‚Reichsbanners‘ wurde der ASB stets angefordert. In Abständen verteilt wurde der Umzug außerhalb der geschlossenen Marschbewegung begleitet. Spätestens bei der Kundgebung am Zielort setzte dann die Arbeit des ASB ein. Durch aus dem Hinterhalt geworfene Gegenstände in Richtung Rednertribüne gab es viele, doch zum Glück meistens Verletzungen leichterer Art. Ebenso bei dem dann folgenden Handgemenge, die dann von der Polizei mit Schlagstöcken und Festnahmen geschlichtet wurden. Waren doch ernstere Verletzungen aufgetreten, mussten die Verletzten, da kein Fahrzeug zur Verfügung stand, auf der Trage nach Hause oder ins Krankenhaus transportiert werden.“⁷⁹⁵

⁷⁹² Interview mit Herrn Franz Oeltermann vom 27.7.1985.

⁷⁹³ Interview mit Herrn Erwin Fiebig vom 27.7.1985.

⁷⁹⁴ Interview mit Herrn Hans Söker vom 27.7.1985.

⁷⁹⁵ Interview mit Herrn Walter Hinrichs vom 27.7.1985. Vgl. auch Appellius/Feuerlohn 1985, S. 118f.

Das Aneinandergrenzen zweier Städte mit einer völlig verschiedenen Bevölkerungszusammensetzung und entsprechenden diametral ausgerichteten politischen Verhältnissen auf kleinstem Raum hatte natürlich entsprechende Auswirkungen auf die Samariterbewegung. Das zahlenmäßig bei weitem überlegene Rote Kreuz, das über erhebliche finanzielle und personelle Mittel verfügte, da es die von Regierungsseite anerkannte und die offizielle Samariterorganisation des Deutschen Reiches darstellte, verfügte gerade im monarchistisch geprägten, kriegswichtigen Wilhelmshaven über etablierte regionale Repräsentanzen. Dem stand in der Arbeiterstadt Rüstringen eine durch ihre proletarischen Wurzeln geprägte Kolonne gegenüber. Der ASB war im Gegensatz zum privilegierten Roten Kreuz existenzieller auf die Mitgliedsbeiträge, Straßensammlungen, Zuwendungen anderer Arbeiterorganisationen bei Inanspruchnahme von Diensten und vor allem städtische Zuschüsse angewiesen.

„... Das war ja gerade das Interessante hier in Rüstringen und Wilhelmshaven. Im preußischen Wilhelmshaven kamen wir nicht hinein, das gehörte ganz und gar dem Roten Kreuz. Selbst wenn dort Rummel war oder andere Veranstaltungen, kamen wir nicht hinein (d.h., sie durften keinen Dienst verrichten, d.A.). Aber wenn in Rüstringen Kirmes oder Schützenfest bzw. Krammarkt war, da kamen wir hin, auch wenn Bälle waren o.Ä. Irgendwie waren wir immer dabei. Vor allem bei den großen Schützenbällen, die damals im Schützenhof stattfanden.“⁷⁹⁶

„Da war immer eine Kluft zwischen dem ASB und dem Roten Kreuz. Die gönnten uns unseren Einsatz nicht. Wir haben unsere Wachen gemacht und uns nicht weiter um die gekümmert. Wir haben die wirken lassen und unsere Arbeit gemacht. Wir wollten auch mit denen nichts zu tun haben“⁷⁹⁷.

Kam man durch die Betreuung der jeweiligen Sportveranstaltungen zwangsläufig in Berührung, sah der Kontakt folgendermaßen aus:

„Besonders schwierig war es oft dort, wo die Sportplätze der Arbeitersportvereine und die der bürgerlichen Vereine dicht beieinander lagen. Das war z.B. in der Artilleriestraße (heute Schellingstraße, d.V. [Stefan Appellius, d.A.]), wo der Platz vom Arbeiter-Turn- und Sportverein Heppens direkt an den Platz eines bürgerlichen Vereins grenzte. Die bürgerlichen Vereine bevorzugten nämlich die Hilfe des Roten Kreuzes. Waren diese Helfer jedoch – was des öfteren vorkam – nicht anwesend, weil vom Verein versäumt worden war, eine Wache anzufordern, wandte man sich an den ASB. Der wurde dann oft trotz seiner Hilfsbereitschaft mit Misstrauen beobachtet. Besonders sah man darauf, ob (bei einer Hilfeleistung, d.A.) nicht Grobheiten oder unnütze Schmerzen zugefügt wurden und

⁷⁹⁶ Interview mit Herrn Erich Gerdes vom 28.7.1985.

⁷⁹⁷ Interview mit Herrn Erwin Fiebig vom 27.7.1985.

etwa eine unsachgemäße Behandlung geleistet wurde. Als ‚Dank‘ fielen schließlich noch Bemerkungen ab, die nicht gerade angenehm zu hören waren. Dies kam vor allem dann vor, wenn zum Nachweis des verbrauchten Verbandsmaterials die Personalien des Patienten aufgenommen werden mussten.“⁷⁹⁸

⁷⁹⁸ Appellius/Feuerlohn 1985, S. 118.

IV.10. Auswirkungen der neuen Machtverhältnisse in Rüstringen/Wilhelmshaven auf die Arbeiterbewegung vor Ort

Nahezu die Hälfte der Bevölkerung der Jadestädte war direkt oder indirekt von der Marinewerft als dem Hauptarbeitgeber abhängig. Nach Hitlers Machtergreifung richtete die neue Macht all ihre Kraft darauf, den gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Einfluss auf der Marinewerft zu brechen.⁷⁹⁹ Dies schien leichter gesagt als getan, denn bei den letzten freien Betriebsratswahlen auf der Marinewerft Anfang April 1933 erhielten die „Freien Gewerkschaften“ die absolute Mehrheit von 53,99%.⁸⁰⁰ So stellte die Wilhelmshavener Zeitung fest, dass von den rund 2.000 im Schiffbau beschäftigten Arbeitern nur etwa 750 „auf deutschem Boden“ ständen. Eine Säuberungswelle durch die Nazis war die Folge, die auf zwei Arten stattfand. Aus Arbeitsmangel wurden überwiegend die politisch unliebsamen Arbeiter entlassen, die älteren davon großzügig invalidisiert. Von Mangel an Arbeit konnte auf einer Kriegsmarinewerft natürlich keine Rede sein. Der Arbeiterrat wurde schließlich seines Amtes enthoben. Viele, auch der sozialdemokratische Bürgervorsteher Wilhelmshavens, Bernhard Ibeling, war als Wächter auf der Werft beschäftigt und entlassen, weil er nicht wie die übrigen Wachmänner der SA angehörte. Um seine Arbeit zu behalten, schloss er sich der Nazi-Partei an und konnte zumindest als Betriebsarbeiter bei der Hafenbahn arbeiten. Proteste aufgrund langjähriger Betriebszugehörigkeit nutzten vielen Gewerkschaftern nichts. Die Entlassungen wurden kommentarlos durch den Reichswehrminister bestätigt. Insgesamt verloren über 500 politisch unliebsame Werftarbeiter ihre Stellung.⁸⁰¹

Wie schon zuvor erwähnt, galten die Jadestädte zur Zeit der Weimarer Republik als Hochburgen der Sozialdemokratie. Massive Einschüchterungen der SA und des „Stahlhelms“ hatten auch hier erreicht, dass zu den Reichstagswahlen

⁷⁹⁹ „Wir werden Sorge dafür tragen, daß für sozialdemokratische Auffassung kein Platz mehr auf der Werft ist.“ Flugblatt der NSDAP, Appellus/Feuerlohn 1985, S. 122.

⁸⁰⁰ Christliche Gewerkschaften erhielten 4,1%, Vaterländische 15,39%, die NS Betriebszellenorganisation 26,44%. Vgl. ebenda.

⁸⁰¹ Vgl. ebenda, S. 126ff.

1933 die Hakenkreuzfahne gehisst wurde, wenn man keine Repressalien erfahren wollte. Mit körperlicher Gewalt wurden sozialdemokratische Ratsabgeordnete daran gehindert, ihr Mandat wahrzunehmen⁸⁰². An den letzten Massenkundgebungen der „Eisernen Front“ am 26.2.1933 in Wilhelmshaven nahmen noch ca. 3.000 Sozialdemokraten teil. Nach der „Machtübernahme“ wurde hier wie auch andernorts das Gewerkschaftshaus, der Konsumverein und das Volksblatt von der SA mit Unterstützung des SA- und SS-Marinesturms gestürmt und anschließend besetzt. SPD-Funktionäre bekamen die Auflage, sich täglich bei der Gestapo zu melden, „um eine Festnahme in Schutzhaft zu vermeiden“⁸⁰³. Paul Hug, die bedeutendste Persönlichkeit der Sozialdemokratie im Oldenburger Land, auch liebevoll von der Bevölkerung der „Bebel des Nordens“ genannt, wurde von den Nazis trotz seiner 76 Jahre gejagt. Er flüchtete zu seinen Töchtern nach München, wo er 1934 vergrämt über die neuen Machtverhältnisse verstarb, in einem Brief gab er die allgemeine Stimmung der örtlichen Sozialdemokratie anschaulich wieder.

„Ich leide unter dem Zusammenbruch des Geschäftes und der Partei fürchterlich, um so mehr, als ich in den Partei- und Gewerkschaftskreisen nur eine völlige Demoralisierung und Mutlosigkeit sehe. Der Mangel an Solidaritätsgefühl, aus dem Sozialismus hervorgehend, ist erschreckend. Ich sehe viele Parteigenossen, aber zu wenig Sozialisten, die vom Widerstandswillen beseelt sind. So erhebend und anspornend für mich vor 50 Jahren der Aufbau war, so niederdrückend ist heute für mich die überall hervorquellende Ohnmacht, dem Schicksal der Konterevolution gegenüber.“⁸⁰⁴

⁸⁰² So wurde der sozialdemokratische Senator und Kampfleiter der örtlichen „Eisernen Front“ nach zwei vergeblichen Versuchen durch die SA „mit körperlich fühlbaren Verwarnungen“ daran gehindert, Anfang März sein Mandat auszuüben. Vgl. ebenda, S. 134.

⁸⁰³ Vgl. ebenda, S. 135.

⁸⁰⁴ Brief, geschrieben im April 1933 an den späteren Wilhelmshavener Oberbürgermeister Reinhard Nieter. Ebenda, S. 143ff. Paul Hug, geb. am 24.6.1857 in Heilbronn, seit 1877 in der SPD, 1880 in Wilhelmshaven, seit 1899 SPD-Landtagsabgeordneter in Oldenburg, 1926-1929 Oberbürgermeister in Rüstringen, 1929 Ehrenbürger der Stadt Rüstringen, 1931 SPD-Bezirksvorsitzender, gestorben 10.2.1934 in München. Vgl. ebenda, S. 171.

Dennoch vermeldete die Gestapo, dass sich 1934 ehemals führende Sozialdemokraten in einem Lokal in Rüstringen weiterträfen⁸⁰⁵. Da auch im folgenden Jahr die Beobachtung regelmäßiger Treffen von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeldet wurde, argwöhnte sie, dass es „revolutionären Elementen“ von SPD, KPD und SAP gelungen sei, eine Einheitsfront zu bilden.

Tatsächlich traf sich während der gesamten zwölf Jahre der Nazi-Herrschaft ein fester Kern von Sozialdemokraten in privatem Rahmen. Die Zusammenkünfte hatten primär als Ziel, den Kontakt aufrechtzuerhalten, und waren nicht durchweg politischer Natur.⁸⁰⁶ Da die Sozialdemokratie über mitgliederstarke und aktive Jugendgruppen verfügt hatte, schafften diese es, kontinuierliche Verbindungen während der braunen Ära weiterzuführen. Sie nutzten dazu ihre Verbindungen zum früheren Touristenverein „Naturfreunde“ und trafen sich regelmäßig im „Naturfreunde-Haus“ in Zetel. Trotz Denunziationsversuchen konnte der Zeteler Tischlermeister und NSDAP-Mitglied Fritz C. das Haus schützen. Als „Deutsche Naturfreunde“ schuf man sich einen geduldeten Organisationsnamen. Nominell wurde in Rüstringen das NSDAP-Mitglied Georg N. der Vorsitzende der dortigen „Deutschen Naturfreunde“⁸⁰⁷. Nach dem missglückten Hitler-Attentat vom 20.7.1944 setzte eine reichsweite Verhaftungsaktion („Aktion Gewitter“) gegen örtliche, ehemals führende Sozialdemokraten und Kommunisten ein. Bekannte Sozialdemokraten aus Wilhelmshaven wurden in KZs verschleppt und kamen dort auch um.⁸⁰⁸

⁸⁰⁵ „Dabei beobachtete der Nazi-Spitzel, daß sich diese Personen durch Hochheben des rechten Armes wie beim ‚Deutschen Gruß‘ grüßten, dabei jedoch sagten: ‚Wir bleiben die Alten.‘“ Ebenda, S. 135.

⁸⁰⁶ „In den ganzen zwölf Nazi-Jahren haben wir mit etwa einem Dutzend Sozialdemokraten geheime Zusammenkünfte abgehalten ... Es war uns allen klar, daß die Nazi-Herrschaft nicht lange dauern würde, auch daß der Krieg schon lange verloren sei. Aufgrund dessen war von uns ein vorläufiges Programm aufgestellt für den Fall, daß eine Besatzung durch die Alliierten nicht so schnell möglich gewesen wäre.“ Nachlass des verstorbenen „Reichsbanner“-Führers Friedrich Ober-Bloibaum, im Privatbesitz von Stefan Appelius. Vgl. ebenda, S. 137.

⁸⁰⁷ Vgl. ebenda, S. 141.

⁸⁰⁸ Zwei der Besten, Fritz Frerichs (SPD-Parteisekretär) und Wilhelm Krökel (Betriebsratsvorsitzender auf der Marinewerft), verloren die örtliche Sozialdemokratie dadurch

Auch wenn die örtliche KPD im Vergleich zur SPD über einen geringeren Einfluss verfügte, gingen doch die neuen Machthaber von Anfang an ungleich härter gegen diese vor. Der Grund war, dass die Kommunisten einen organisierten „offen-politischen Widerstand“⁸⁰⁹ aufbauten. So bestanden beispielsweise ihre Aktionen darin, manuell angefertigte Flugblätter in Briefkästen zu verteilen. Schon im Sommer 1933 wurden 18 Kommunisten verhaftet und z.T. in das KZ Vechta gebracht. Trotz der „Weihnachts-Amnestie“ wurden im gleichen Jahr weitere 32 Kommunisten aus den Jadedstädten verhaftet. Eine erneute Verhaftungswelle erfolgte 1934, da es der KP gelungen war, überregionale Kontakte zur illegalen KPD-Bezirksleitung Bremen aufrechtzuerhalten und eine illegale Zelle der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) auf der Marinewerft zu gründen. Weiterhin gingen der Gestapo Meldungen über illegale Treffen, Sabotageakte gegen Betriebe, Abhöraktionen ausländischer Sender (insbesondere Radio Moskau), Verteilung von Handzetteln der „Antifaschistischen Aktion“ etc., zu. Noch 1944 erfolgte eine rigorose Verhaftungswelle gegen Oppositionelle, die die ehemaligen KPD-Landtagsabgeordneten Johann Eilts und Hugo Henke sowie der vormalige Stadtrat Hermann Schulz noch während der letzten Kriegsmonate im KZ Neuengamme mit dem Leben bezahlen mussten⁸¹⁰.

für immer. Wilhelm Krökel wurde noch 1945 im KZ Neuengamme auf bestialische Art und Weise umgebracht. Vgl. ebenda, S. 141f.

⁸⁰⁹ Vgl. ebenda, S. 152ff.

⁸¹⁰ Vgl. ebenda.

IV.11. Lebenserinnerungen Rüstlinger Arbeiter-Samariter an die Zeit des ASB-Verbots

Übereinstimmend berichten alle Altsamariter, die sich 1933 in Rüstlingen aufgehalten hatten, dass sogleich nach der „Machtübernahme“ die SA und später auch das Rote Kreuz das Eigentum der Kolonne konfiszierten.

„... Eines Tages kamen die Nazis und hatten die Schränke und Spinte aufgebrochen, ausgeräubert und schon waren sie wieder weg. Keiner wusste, wo die Sachen geblieben sind...“⁸¹¹.

„Da kam eine Gruppe von SA-Leuten, die an ihrer Uniform erkenntlich waren und drangen in die Sanitätswache ein ... Es ist mir wohl erzählt worden, dass es meine Mutter als große Schweinerei empfunden hatte, dass das Rote Kreuz damals alles mitgenommen hatte, was sich in der ASB-Wache befand. Daraufhin war es leicht für das Rote Kreuz, groß dazustehen, denn sie verfügten ja jetzt auch über unsere Ausrüstung“⁸¹².

Das weitere Verhalten und die Schicksale der ASB-Mitglieder waren sehr verschiedenartig. Das Spektrum reichte über passives Abwarten auf das Ende der braunen Ära, wobei eine solidarische Verbindung aufrechterhalten wurde, über Versuche, den Samariteridealen auch unter den neuen Bedingungen treu zu bleiben und diese umzusetzen, der Unterstützung des politischen Widerstandes bis hin zur Flucht bzw. Emigration. Vor allem diejenigen Rüstlinger ASB-ler, die politische oder gewerkschaftliche Funktionen innehatten, wurden von den Nazis überwacht, einzelne gar verfolgt. So berichteten mehrere Altsamariter über ihr ehemaliges Kolonnenmitglied, den SPD-Funktionär und Gründer der ASB-Jugendgruppe Rüstlingen, Herbert Baxalari, übereinstimmend Folgendes:

„Ich weiß z.B. von Herbert Baxalari, mit dem ich damals zusammen war, dass er wegen seiner Parteiaktivität verfolgt wurde ...“⁸¹³

„Irgendwie ist er (Herbert Baxalari, d.A.) damals verraten worden. Als er davon hörte, ist er geflohen. Er ist dann zum ASB-Haus hingernannt und wollte da noch irgendetwas holen oder uns Bescheid sagen. Dazu ist er gar nicht mehr gekommen. Die SA war auf seinen Fersen. Er ist dann hinter dem Haus in einen großen Birnbaum geklettert. Die SA hat das ganze ASB-Haus von oben bis unten untersucht (aber ihn nicht gefunden, d.A.) ... Er ist deshalb gesucht worden, weil er in der SPD und in der „Eisernen Front“ war und auch

⁸¹¹ Interview mit Herrn Walter Hinrichs vom 27.7.1985.

⁸¹² Interview mit Herrn Hans Söker vom 27.7.1927. Familie Söker wohnte viele Jahre über der ASB-Wache, die Mutter des Interviewten galt nachts als Ansprechpartnerin bei akuten Anforderungen.

⁸¹³ Interview mit Frau Susanne Hobbensiefken vom 20.7.1985.

wohl irgendetwas geäußert hatte, was ihnen nicht passte ... Aber nur wegen seiner Mitgliedschaft im ASB ist er nicht verfolgt worden“.⁸¹⁴

„Ich weiß noch, dass die Nazis bei mir waren und weil ich hauptsächlich im Arbeiterradsport aktiv war, haben sie bei mir die ganze Wohnung ausgeräumt und alle Papiere und Unterlagen mitgenommen. Wir konnten nichts machen“.⁸¹⁵

Einige Mitglieder versuchten, ASB-Eigentum vor dem Zugriff der Nazis zu schützen:

„Das ging schon 1931 los. Da waren sie hinter mir her, weil ich in der Arbeiterjugend (Sozialistische Arbeiterjugend, SAJ, d.A.) war. Bevor ich am 1.7.1932 nach Chemnitz gegangen bin, hat bei mir eine Hausdurchsuchung stattgefunden. Ich habe später von der SA noch so manche Prügel einstecken müssen. Die Hausdurchsuchungen haben die Nazis bei mir gemacht, weil sie vermuteten, dass bei mir Flugblätter oder anderes war. Auch vermuteten sie, dass ich noch Material vom ASB hätte, weil von uns behauptet worden war, dass wir nichts mehr hätten ... Die Nazis haben damals bei jedem Haussuchungen gemacht, bei dem sie vermuteten, dass dort irgendwelches Material (vom ASB, d.A.) war. Ich hatte einen Pullmotor bei mir versteckt. Sie haben uns dann alles abgenommen und das (Material, d.A.) ist dann zu den Sanitätsstaffeln der SA und zum Roten Kreuz gekommen.“⁸¹⁶

Die männlichen Samariter, die eingezogen wurden, konnten ihre Erste-Hilfe-Kenntnisse nutzen, um so den Waffendienst zu vermeiden.

„Der Ausweis als Sanitäter (der ASB-Ausweis, d.A.) hat mir sogar im Krieg geholfen ... Beim Einmarsch in Polen wurden Teilnehmer für einen Sanitätsfachschullehrgang der Polizei gesucht. Aus meiner Personalakte wusste man, dass ich früher im ASB war. Ich wurde dann vom Spieß gefragt, ob ich das (Sanitätsdienst, d.A.) machen wollte ... Danach war ich ein halbes Jahr in Wien und habe dort einen Sanitätsfachschullehrgang im Polizeikrankenhaus gemacht. Bei der Polizei war ich dann anschließend im Sanitätsdienst gewesen. So brauchte ich dann wenigstens keinen Menschen totschießen.“⁸¹⁷

Obwohl die neuen Machthaber das frühere Engagement der ehemaligen ASBler kannten, ließen sie diese dann unbehelligt, wenn sie sich für die Mitgliedschaft in einer nationalsozialistischen Organisation entschieden. Die Übergetretenen hegten die berechnende Hoffnung, auf diese Weise für einen gewissen

⁸¹⁴ Interview mit Frau Helga Kluin vom 20.7.1985.

⁸¹⁵ Interview mit Herrn Franz Oeltermann vom 27.7.1985. Herr Oeltermann gab an, dass er Mitglied der Bezirksleitung des „Arbeiterradverbandes Solidarität“ und später als Motorradfahrer des erweiterten „Rad- und Kraftfahrerbandes Solidarität“ im Gau Niedersachsen war.

⁸¹⁶ Interview mit Herrn Erwin Fiebig vom 27.7.1985.

⁸¹⁷ Ebenda.

Zeitraum Arbeit und Brot erhalten zu können. Eine umfassende ideologische Identifizierung mit den neuen politischen Zielen konnte ich bei keinem der von mir Interviewten ausmachen.

„Mein Mann war später auch in der NSDAP. Er ist aber mehr oder weniger da hineingeschoben worden, hat nie dafür gearbeitet. Er ist durch jemanden aus dem ASB da hineingekommen. Der hat gesagt: ‚Konrad, ich habe Dich da hineinbugsiert, damit Du Deine Arbeit behältst.‘“⁸¹⁸

„... Der war so wie ein Kumpel (gemeint ist der ASB-Kolonnenarzt Dr. Ulrichs, d.A.) eingestellt. Ich habe ihn selber erlebt, als ich später in die SA hineinmusste. Man ist ja in die SA gegangen, weil man sonst keine Arbeit bekam, nicht aus Überzeugung. Wir waren damals bei der Marine-SA, die die blauen Mützen hatten. Ich bin später schnell da wieder herausgegangen. Es war so, dass wir, die wir uns von früher kannten, gegenseitig als Kumpel empfanden. Wir kamen alle aus einer Clique, aus Kiebitzburg (ein Stadtteil Wilhelmshavens, d.A.) und obwohl wir die Uniform trugen und das Hakenkreuz, haben wir uns wie schon gesagt, gegenseitig als Kumpel empfunden. Wir hatten damals von der SA einen Führer, das war ein Zahnarzt, der hieß Dr. Seifert. Der war an und für sich in Ordnung. Dann bekamen wir einen Studienrat, der die Tendenz hatte, uns zu belehren. Jeden Abend hatte er einen Vortrag gehalten. Ich hatte dazu keine Lust mehr, weil wir ja tagsüber Überstunden machen mussten und dann abends noch dorthin sollten und bin weggeblieben. Daraufhin bin ich gewarnt worden: ‚Pass auf, die wollen dich rausschmeißen!‘ Ich bin dann zum Dr. Ulrichs gegangen. Nachdem er fragte, was ich wollte, sagte ich: ‚Ich brauche ein Attest, weil mir gedroht worden ist, mich aus der SA herauszuschmeißen.‘ Ich erklärte ihm, dass es wegen der Überstunden für mich nicht möglich war, mir abends noch diese Vorträge anzuhören. Nachdem er mich untersucht hatte, stellte er fest, dass er mich dennoch nicht dienstunfähig schreiben konnte. Er könne mir höchstens ein Attest geben, dass ich für den SA-Außendienst untauglich sei. Ich sagte ihm, dass mir das genügen würde. Damit bin ich dann zum SA-Standartenarzt Dr. Ackenau gegangen und der hat mich herzkrank geschrieben und somit war ich raus aus der SA“⁸¹⁹.

Arbeiter-Samariter beteiligten sich auch an politischen Widerstandsaktionen:

„Ich kann mich an Karl Läuthäuser erinnern, dessen Vater beim (sozialdemokratischen, d.A.) ‚Volksblatt‘, später bei der ‚Republik‘ beschäftigt war. Das ‚Volksblatt‘ war für die Arbeiter. Als die kritische Zeit dann kam, wurde die Zeitung hier stillgelegt. Es durften keine (oppositionellen, d.A.) Zeitungen mehr gedruckt werden. Ich weiß aber, dass sie trotzdem im Umkreis von Oldenburg gedruckt wurden. Dann fuhr der Karl Läuthäuser entweder mit dem letzten Zug abends oder mit dem ersten Zug morgens, das war der Arbeiterzug um 4.00 Uhr, um die Zeitung abzuholen. Dabei hat er mich zweimal aus dem Bett geholt. Die Zeitungen wurden unterwegs aus dem Zug geworfen, wir mussten sie dann wieder einsammeln. Er war auch Mitglied des ASB, ebenso der SPD. Die Zeitungen wurden zwischen Mariensiel und Westbahnhof Wilhelmshaven aus dem Zug geworfen. Beim Einsammeln war ich zweimal mit dabei. Einmal rief er zu mir herüber: ‚Mensch

⁸¹⁸ Interview mit Frau Agnes Therese Drönner vom 20.7.1985.

⁸¹⁹ Interview mit Herrn Hans Söker vom 27.7.1985.

bück dich, mach Dich lang!‘ Eine Patrouille muss da wohl gewesen sein. Er kam dann zu uns herübergekrochen und sagte: ‚Ich glaube, wir sind beobachtet worden, verhalte dich ruhig!‘ Ich hatte einen Handwagen von zuhause mitgenommen und da haben wir die Zeitungen hineingepackt. Er hat sie dann nachher weiterverteilt.“⁸²⁰

Dem Autor liegt die Kopie eines Führungszeugnisses vor, das vom Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Wilhelmshaven, „Dem Mitglied der Bereitschaft (m) Herrn Claas Weddermann“ für „die Auszeichnungsborte für 20 jährige Dienstzeit verliehen“ wurde. „Wilhelmshaven, den 5. Nov. 1948. Der Vorstand, Vorsitzender“, Unterschrift unleserlich. Herr Weddermann war 1919 in den ASB eingetreten und war bis 1933 Mitglied. Es ist nicht klar, wann er in das Rote Kreuz eingetreten ist. Dies könnte jedoch nach 1933 geschehen sein, sodass ihm auch die Jahre seiner ASB-Zugehörigkeit angerechnet worden sind.⁸²¹

⁸²⁰ Interview mit Frau Helga Kluin vom 20.7.1985.

⁸²¹ Appelius, Privatarhiv, Auszeichnungsborte.

IV.12. Lebenserinnerungen einzelner Altsamariter aus Bielefeld, Hamburg und Berlin

Über die ehemalige ASB-Kolonie Bielefeld-Schildesche berichtet der Metallarbeiter Herr Hülsegge, Mitglied im ASB vor 1933, der nach dem Verbot ins Rote Kreuz eintrat:

„Am 15.1.1917 wurde ich zum Ersten Weltkrieg im Alter von 20 Jahren eingezogen, mit den Samaritern hatte ich da noch nichts zu tun. Um Politik habe ich mich zu dieser Zeit auch noch nicht gekümmert. 1929 bin ich in den ASB eingetreten. Meines Wissens gab es in Bielefeld noch keine Kolonie des ASB, sondern nur hier in Schildesche (damals noch ein eigener Ort, der später nach Bielefeld eingemeindet wurde, d.A.). Wir haben angefangen mit einem Ausbildungskursus, der in der Dornberger Schule stattfand. Den hat der Dr. Wernicke geleitet, der ist dann immer mit dem Fahrrad gekommen und hat uns dann ausgebildet, er war auch für den Arbeitersport tätig. Nach der Ausbildung bestanden wir als eigene Kolonie, wir waren ca. 20 Personen. Frauen waren auch bei uns Mitglied, zu Beginn hatten wir noch keine ‚Samariterjugend‘. Kommunisten hat es in unserer Kolonie nicht gegeben, wir waren zumeist in der SPD oder im Arbeitersport. Ich war nur in der SPD. Ich kann mich noch daran erinnern, dass wir auch an überregionalen Übungen teilgenommen haben. Häufig sind wir auf dem Sportplatz oder im Freibad eingesetzt worden. Wir waren bei den Roten (gemeint sind Arbeitersportveranstaltungen, d.A.), die anderen im Dorf waren die Blauen (die bürgerlichen Sportler, d.A.). Für uns war das Wichtigste, die Transporte sicherzustellen. Dazu hatten wir eine Trage manchmal durch eine Leiter improvisiert, die zwischen zwei Fahrrädern gehakt wurde.“⁸²²

Im Vorfeld des drohenden Verbotes griffen die ASB-ler zu Mitteln des passiven Widerstandes, um Mitgliedschaften in nationalsozialistischen Organisationen zu entgehen:

„Vor 1933 hatten wir keinen Kontakt zum Roten Kreuz. 1933 haben wir mit vier ehemaligen Arbeitersamaritern eine Rot-Kreuz-Kolonie gebildet. Das war der (Herr, d.A.) Ewers, Willy Hohnhaus, noch jemand, der mittlerweile gestorben ist, und ich. Von denen waren wie ich alle bei der Fa. Dürkopp in Bielefeld als Metallarbeiter beschäftigt, einer war bei der Stadt angestellt. Später sind der Willy Weber und noch andere dazu gekommen. Willy Hohnhaus ist damals nach Bielefeld gegangen und hat sich da (beim RK, d.A.) erkundigt, wie das wäre, wenn wir ein Rotes Kreuz aufbauen würden. ‚Ja, haben die gesagt, wenn ihr eine Trage besetzen könnt, dann könnt ihr ein Rotes Kreuz aufziehen. Ihr müsst aber einen Arzt haben, der euch schult.‘ Einmal in der Woche hatten wir Unter-

⁸²² Interview mit Herrn Willy Hülsegge vom 27.7.1992. Herr Hülsegge war Mitglied in der 1929 gegründeten ASB-Kolonie Bielefeld-Schildesche, Metallarbeiter und SPD-Mitglied. Die Kolonie bestand nach seinen Schilderungen ausschließlich aus Sozialdemokraten, von denen dann 1933 er und die o.a. drei Mitglieder zum Roten Kreuz übertreten sind.

richt, da sind wir dann mit den Fahrrädern hingefahren. Das hat dann wieder der Dr. Wernicke gemacht. Auf diese Art ist dann hier das Rote Kreuz entstanden. An sich sollten wir alle (junge Männer, d.A.) in die SA, aber da wollte von uns keiner rein. Wir haben dann nicht dort hinein gemusst, wenn wir schon in anderen Organisationen wie im (nationalsozialistischen, d.A.) Motorclub gewesen wären. Als das Angebot mit dem Roten Kreuz hier in Dornberg nun zustande kam, haben wir gesagt: ‚Gottseidank, dann gehen wir eben ins Rote Kreuz, um nicht in die SA zu müssen.‘ Ich habe dann auch noch während des Krieges in diesem Bereich tätig sein können, als es z.B. darum ging, Lazarettzüge nach Bethel zu verfrachten ...⁸²³

Übereinstimmend mit Schilderungen anderer ASB-ler berichtet auch Herr Hülsegge, wie die SA sich das Ausrüstungsmaterial der Kolonne einverleibte:

„Die SA, die ihren Stützpunkt ‚Am Wellensiek‘ hatte, kam und wir mussten denen unsere Sachen, Koppeltaschen, Verbandsmaterial etc. rausgeben. Bei denen, von denen sie wussten, dass sie im ASB waren, beschlagnahmten sie das Übungsmaterial zu Hause. Die haben das für den Aufbau ihrer eigenen Sanitätsorganisation gebraucht. Sogar unser Skelett, an dem wir unterrichtet wurden, hatten sie beschlagnahmt. Später hat das Rote Kreuz die Ausrüstungsgegenstände bekommen. Sie hatten unsere Gegenstände einfach nur mit deren Namen versehen. Von uns ist keiner verhaftet worden, so weit ist es nicht gekommen. Am 17. Juli 1940 bin ich erneut eingezogen worden, da ich als ‚politisch unzuverlässig‘ galt. Ich war häufig ein bisschen unvorsichtig mit meinen Äußerungen.“⁸²⁴

Herr Werner Schulz berichtet über seine kurzzeitige Mitgliedschaft in der NSDAP nach dem Verbot Folgendes:

„Mein Vater war Sanitätssoldat im Ersten Weltkrieg, er hat mich schon als Kind zu SPD-Versammlungen mitgenommen. Meine Mutter war hauspflegerisch tätig. Dadurch war in unserer Familie die Neigung, anderen zu helfen, gegeben. Wir waren nicht begütert, Mutter hat immer viel mitarbeiten müssen. Durch einen Freund bin ich nach Beendigung meiner kaufmännischen Lehre 1928 auf den Arbeitersamariterbund in Berlin aufmerksam geworden. Es bestand eine Kolonne in Berlin-Pankow. Vorsitzender dieser Kolonne war Karl Rebiger. Vorsitzender oder Geschäftsführer in Berlin war Johannes Zieger. Hauptgeschäftsstelle lag in der Johannesstraße im Zentrum.

Meine Ausbildung fand in der Kolonne Pankow statt unter der Leitung des Arztes Dr. Hans Dommel aus Pankow. Wir wurden ziemlich stark von ihm getrimmt und die Prüfung, die nach einem halben Jahr stattfand, war alles andere als ein Zuckerschlecken. Wir wurden dann weiter trainiert in allen möglichen Tätigkeiten, u.a. auch am sog. Pullmotor. Dieser befand sich in der Zentrale in der Johannesstraße, dort wurden auch Wiederbelebungsversuche geübt mit dem Ziel, dass aus dieser Kolonne auch eine Mannschaft hervorging, die samstags/sonntags in Saatwinkel, gelegen an der Spree in Spandau, Rettungsdienste versehen konnte. Saatwinkel lag in der Nähe von Gartenfeld und war ein ziemlich großes Anwesen mit einem zweigeschossigen Haus mit Aufenthalts-, Büro- und

823 Ebenda.

824 Ebenda.

Schlafräumen. Dorthin wurden wir nach einem gewissen Dienstplan hinbestellt und versahen unseren Dienst. Wir hatten drei Boote, alle mit dem Namen ‚Frei Hilf‘ (1-3), die in einem großen Bootsschuppen untergebracht waren. Auf dem Bootsschuppen befand sich ein Turm, der ständig besetzt war und man von da das Wasser und die Ufer kontrollierte. Wochentags war dort kein Betrieb. Bei Alarm, das hieß, wenn wir z.B. aus einem großen Ausflugslokal, das am Wasser lag, telefonisch angerufen wurden, dass etwas passiert sei, dann wurde das große Boot in Betrieb genommen. Das war besetzt mit drei Samaritern und mit drei bis vier Rettungsschwimmern aus einem Arbeitersportverein. Dann ging es mit einem Riesengeheule zu der Stelle und wir sahen dann, was zu tun war. Das Boot war ein Kajütboot und der Verletzte konnte somit unter Deck untergebracht und behandelt werden. Der an diesem Wochenende diensttuende Arzt war stationär, d.h. er blieb in Saatwinkel. Musste ein Patient ins Krankenhaus eingeliefert werden, dann kam ein Fahrzeug der Siemens-Feuerwehr aus Haselhorst.

Zu unserem Riesenschrecken bildete sich aus dem Arbeitersamariterbund eine oppositionelle Zelle, und zwar eine kommunistisch organisierte. Wir haben dadurch einige Mitglieder verloren, uns aber trotzdem gut gehalten, einige sind dazugekommen. Die Kommunisten haben uns immer kräftig beschimpft und ihre eigenen Organisationen gegründet. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass sie später wieder in den ASB eingetreten sind.

Ich sollte dann später, weil auf meiner Stempelkarte der Stempel ‚Landhilfe‘ stand, bei den Bauern arbeiten. Ich stamme vom Lande und weiß, was ‚Landhilfe‘ damals bedeutete (gemeint war, welche harte Arbeit er hätte verrichten müssen, d.A.). Ich habe mich dann schnellstens beim Arbeitsdienst gemeldet und bin dann bis zum Unterfeldmeister im Heildienst aufgestiegen.

Nach unserer Übernahme hatten wir beim RK ein mieses Ansehen, früher hatten wir uns ja gegenseitig gemieden. Die waren deutschnational bis auf die Knochen. Selbst als wir da Mitglied waren, waren wir doch ein Arsch für die. Wir wurden nicht alleine eingesetzt, sondern hatten immer einen Aufseher von denen dabei. Wir waren nach einer erneuten Ausbildung Mitglied in der ‚Freiwilligen Sanitätsstamm-Kolonnie vom Roten Kreuz Berlin Niederschönhausen‘.⁸²⁵ Der Kolonnenführer Wordelmann wohnte in der Uhlandstraße unserem Wohnhaus gegenüber. Er war ein biederer Mann, der bei der Stadt beschäftigt war. Er wohnte auf der vornehmen Seite der Uhlandstraße, in diesen Häusern gab es eigene Eingänge für Lieferanten und Dienstboten.

Wir waren ca. 20 Mitglieder, ca. ein Drittel davon Frauen. Wir waren alles Arbeiter außer Alfred Schulz und mir. Alfred Schulz war angestellter Drogist, ich war kaufmännischer Verwaltungsangestellter. Es gab wenige ältere, die meisten waren um die 20 Jahre alt. Arbeitersportveranstaltungen wurden von uns beschickt, alles wurde mit Meldezetteln erfasst. Ich kann mich an viele Erste-Mai-Veranstaltungen erinnern, bei den Demonstrationen liefen wir nebenher. Ich weiß noch, dass meine Mutter, die im Demonstrationenzug hinter mir mitlief, plötzlich aufschrie, weil ich von einem Kommunisten eins drüberkriegen sollte. Das hat aber ein Schupo verhindert. Ich sollte Schläge bekommen, weil ich nicht bei der kommunistischen Seite der Arbeitersamariter war, sondern eher auf der sozialdemokratischen Seite. Bei den Wahlen warteten wir in einem Lokal auf Anforderungen

⁸²⁵ Schulz, Privatarchiv, Prüfungs-Bescheinigung.

und haben dann z.T. die Leute auf der Trage zum Wahllokal gebracht. Dieses befand sich einmal in der Florastrasse in Pankow in einem Restaurant, die war zuvor durch Handzettel oder in der Ortszeitung bekannt gemacht worden. Jemand wollte sogar, dass wir seine Frau aus einem Entbindungsheim zum Wahllokal abholen sollten. Da haben wir uns aber erst einmal geweigert. Wir haben uns genauer erkundigt, der Frau war es auch nicht ganz gemächlich. Wir haben das dann nicht gemacht.

Ich war zunächst bei den ‚Kinderfreunden‘, dann in der Arbeiterjugend (SAJ) und bin mit 20 Jahren in die SPD anlässlich einer Werbeaktion eingetreten. In Niederschönhausen gab es eine sozialistische Versuchsschule, die ich besucht hatte. Die nannte sich Lebensgemeinschaftsschule Niederschönhausen. Ich hatte eine Freistelle (reservierte Stelle für Arbeiterkinder, d.A.) angeboten bekommen und hätte auf der Friedrich Paulsen Schule in Neukölln Abitur machen können. Beide Eltern waren zu ängstlich und haben es nicht gewagt, mich dorthin zu schicken. Ich war damals bei der AEG beschäftigt und bin dann in die SPD-Betriebsgruppe gekommen. Ich war Schriftführer im Werbebezirk Pankow des Zentralverbandes der Angestellten. Ich war ehrenamtlicher Jugend- und Wohlfahrtspfleger in Niederschönhausen und hatte ein gutes Leben, weil ich häufig auch von Kommunisten gewarnt worden bin, dass ich z.B. an einer bestimmten Stelle nicht hergehen sollte. Ich bekam die Akten von Antragstellern aus meinem Bezirk und hatte über Unterstützungsanträge nach Studium der Akten zu entscheiden. Alfred Schulz, der ihn geworben hatte, war auch Sozialdemokrat und gehörte später zu der Ledebuhr-Richtung⁸²⁶. Sein Chef war im ‚Stahlhelm‘, aber er hielt ihn, weil er ein ausgezeichneter Fachmann war. Insgesamt war unser Plus, dass wir alle gute Zeugnisse von unseren Lehrherrn oder Arbeitgebern hatten. Um die politischen Auseinandersetzungen im ASB haben wir uns nicht sehr geschert. Unsere vorrangige Aufgabe sahen wir darin, Dienst zu tun, was wir mit aller Besessenheit und Exaktheit getan haben.

Wir besaßen einige Feldtragen aus dem Krieg, Verbandsmaterial erhielten wir regelmäßig über unsere Anforderungsliste und haben das selber bezahlt. Das RK hatte ihre Koppeltaschen fast leer, während wir unsere große Umhängetasche mit allen möglichen Materialien, selbst mit Metallschienen, die gebogen werden konnten, ausgestattet hatten. Gelder angenommen haben wir wohl, wurde dann aber meistens in die nächste Dose wieder reinsteckt, z.B. unsere Fahrgeldzuschüsse, wenn ich von Niederschönhausen nach Saatwinkel musste, das war eine halbe Tagesreise. Das habe ich dann häufig wieder zur Verfügung gestellt. Im Grunde haben wir alles, vom Mützenbezug bis zum Abzeichen, selber bezahlt. Im Arbeitersport war ich nicht. Unser Tagungsort war in einem Jugendheim in der Granitzstraße in Pankow. Das war eine ehemalige Kneipe mit großen Räumen in Pankow, die von der Stadt Berlin gehalten und von einer Frau geleitet wurde. Dort kamen wir dann wöchentlich zusammen. Die Ausbildung fand ein bis zweimal in der Woche statt, dauerte ein halbes Jahr und wurde in einer Schule in Pankow durchgeführt. In dem Jugendheim wurde immer kräftig geübt: Schienen und Verbände anlegen. Die Prüfungs-

⁸²⁶ Georg Ledebour, 7.3.1850-31.3.1947, schloss sich 1891 der SPD an, zeitweiliger Reichsminister, lehnte die „Burgfriedenspolitik“ der SPD gegenüber der Regierung ab, Mitbegründer der USPD, nahm im Januar 1919 am Spartakusaufstand teil. Er suchte den dritten Weg zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus, schloss sich 1931 der SAP an, emigrierte 1933 in die Schweiz. Vgl. Brockhaus Bd. 13, S. 196.

kommission bestand aus Johannes Zieger, einer Frau Meier, wahrscheinlich als Beisitzerin vom ASB, und dem Arzt.

An einem Wahlsonntag zogen wir mit unserer Trage und drei Mann an einer SA-Kneipe vorbei. Und Alfred Schulz kannte einen von den Krakeelern. Die haben da herumgegrölt, aber der hielt sich zurück, denn sie waren ja beide Arbeitskollegen. Dieser (SA-Mann, d.A.) wurde von dem Max Wienecke, so hieß die Drogerie in der Bernauer Straße, nur gehalten, weil er ein Rechter war. Er soll ein sehr schlechter Drogist gewesen sein im Gegensatz zu Alfred Schulz. Denn dieser war ein ausgesprochener Fachmann, ein Chemiker, und hatte das Französische Gymnasium besucht.

Als ich später Mitglied der NSDAP wurde, bin ich aber kein Funktionär gewesen. Mitglied der Partei bin ich mit Hängen und Würgen geworden, denn ich hatte mich geweigert, mich am Bau der Deutschlandhalle in Berlin zu beteiligen. Dort sind damals viele Unterschlagungen vorgekommen ... Anschließend bin ich dann zum freiwilligen Arbeitsdienst gegangen. Später war ich als Sanitäter während der Olympischen Spiele in Berlin eingesetzt“.⁸²⁷

Hermann Stamerjohann (geb. 1908, beim Interview 81 Jahre alt) war Mitglied im ASB Altona. Altona war bis 1936 eine selbstständige preußische Stadt und fiel dann zu Hamburg. Er kannte noch einige Gründungsmitglieder und -ärzte aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg persönlich.

„Es gab eine Kolonne in Altona, weitere in Hamburg, Wilhelmsburg, Harburg. Diese Kolonnen gehörten alle zum VIII. Kreis. Hier in Altona hatten wir ungefähr 200 Mitglieder – einschließlich der passiven. Altona hatte noch eine Abteilung in Ottensen und Blankenese, die Abteilung Blankenese ist erst später dazugekommen, weil man in dem Viertel kaum Leute zusammenbekommen konnte. Zeitweilig haben die Abteilungen Altona und Ottensen für sich gearbeitet, später sind wir dann wieder zusammengegangen. Zu den Behörden und auch zur Polizei gab es einen guten Kontakt, weil wir bis hin zum Polizeichef persönlich bekannt waren.

Wir kamen aus allen Berufen: Betriebsarbeiter, Hafen- und Metallarbeiter, Buchdrucker, auch Staatsangestellte. Hier in Altona haben wir Kurse abgehalten, z.B. für die Holsten-Brauerei oder für die Müllarbeiter. Wir haben auch das Personal der öffentlichen Bäder (in Erster Hilfe, d.A.) ausgebildet. Das haben die Hamburger Samariter ebenfalls gemacht. Hier in Altona wurden wir von der Stadt dazu aufgefordert.

Das Durchschnittsalter in Altona war um die 18 Jahre, wir hatten ca. 18 Frauen, häufig waren deren Männer schon im ASB, dann haben die Ehefrauen auch mitgemacht. Zumeist kamen wir aus der Arbeiterjugend (SAJ). In meiner mittelbaren Nähe gab es alleine

⁸²⁷ Interview mit Herrn Werner Schulz vom 22.6.1984. Herr Schulz legt ein Schriftstück vor, das ihm den Dank für die Teilnahme als Sanitäter während der Olympischen Spiele ausspricht. „Nachdem die Olympischen Spiele beendet sind, möchte ich Ihnen meinen Dank aussprechen, dass Sie sich in ehrenamtlicher, aufopferungsvoller Weise für den Sanitätsdienst zur Verfügung gestellt haben ... Es ist mir eine Freude, allen Mitarbeitern zu danken ... Heil Hitler“.

schon fünf Familien, in denen beide im ASB waren. Häufig waren sie Mitglied der SPD oder KPD. Während in Hamburg viele ausgeschlossen wurden (aufgrund ihrer linken, politischen Einstellung, d.A.), hatten wir hier in Altona auch viele KPD-Mitglieder. Wir haben hier Dienst bei der KPD und ebenso bei der SPD gemacht. Alle Veranstaltungen der Arbeiterorganisationen, insbesondere beim Arbeitersport, wurden vom ASB besetzt.

Finanziert haben wir uns aus Mitgliedsbeiträgen. Darüber hinaus haben wir ebenso wie die ASB-ler in Hamburg die Betriebsräte angeschrieben. Dann haben diese in den Betrieben, z.B. bei der Holsten-Brauerei oder der Müllabfuhr, für uns gesammelt. Die Spenden waren dann für uns. Hier in Altona gab es ‚Fichte Altona‘ und die ‚Freie Turnerschaft‘, den ‚Barmfelder Sportverein‘ etc., die forderten uns regelmäßig an. Wenn es hoch kam, bekamen wir von denen 5 Mark oder sie sammelten für uns. Die Arbeitersportvereine hatten ja selber wenig Geld und nahmen ja auch keinen Eintritt auf dem Sportplatz.⁸²⁸ Ein Büro hatten wir in Altona nicht, dazu dienten unsere Wohnungen. 1930 stellte uns das alte Altonaer Krankenhaus Räume im Keller des Schwesternwohnheimes als Geschäftsstelle zur Verfügung. Die Frau, die dann dort für uns arbeitete, war ehrenamtlich für uns tätig. Wir hatten einen guten Kontakt zum Krankenhaus, zum einen zum Betriebsrat, zum anderen zum Haus selber. Die Kurse, die wir für die Arbeitersportvereine abhielten, waren meistens überfüllt. Einmal hatte ich als Kursleiter über 50 Personen in dem Kurs, in der einen Woche kam ich als Kursleiter, in der anderen der Arzt. Oder für eine Stunde war der Arzt da und in der anderen der Kursleiter. Der Arzt kam unentgeltlich, wir hätten sowieso kein Geld für ihn gehabt.

Ich kann mich nicht daran erinnern, daß wir vor 1933 Krankentransporte durchgeführt hätten. Unser Schwerpunkt lag bei der Ersten Hilfe-Leistung vor allem bei den Arbeiterorganisationen. 1928 waren die Hamburger ASB-ler bei der Phosgen-Katastrophe im Einsatz.⁸²⁹ Wir hatten in dem Jahr Leute zu den Wahllokalen bei der Reichstagswahl transportiert. Dafür wurden uns die Autos von Privatleuten zur Verfügung gestellt, das waren keine ASB-Fahrzeuge. Oder auch die Stadt Altona stellte uns für diesen Zweck Fahrzeuge zur Verfügung.

Unsere Frauen haben Hauskrankenpflege gemacht, das waren meistens ganz besondere Fälle, denn diese Leute waren bettlägerig und hatten kein Geld. Wir hatten damals schon Steckbecken und weiteres Krankenpflegematerial.⁸³⁰ In Bad Schwartau gab es ein Kinderheim, über den ASB fand aber bei uns keine Kinderverschickung statt.

⁸²⁸ 1910 erklärte sich die Ortskrankenkasse Hamburg bereit, die anstehende Ausbildung von 125 Samaritern mit 400.- Mark zu bezuschussen. Vgl. Staatsarchiv Hamburg, Hamburger Echo Nr. 37 vom 14.2.1910.

⁸²⁹ Über 100 Arbeitersamariter aus Wilhelmsburg, Harburg und Hamburg waren bei der Phosgenkatastrophe am 26.5.1928 bei der Fa. Stolzenburg am Müggenburgskanal im Einsatz. Häuser und Straßen wurden nach Opfern durchsucht, von den 300 Vergifteten starben zehn, etliche erlitten Dauerbeeinträchtigungen. Vgl. Stamerjohann 1982, S. 3.

⁸³⁰ „An 10 unentgeltlichen Krankenpflegern beteiligte sich die Gruppe mit insgesamt 2.564 1/2 Pflegestunden.“ Dies wurde zum Anlass genommen, nochmals auf die Notwendigkeit einer ASB-Frauengruppe mit spezifischen Ausbildungsveranstaltungen hinzuweisen. Vgl. Stamerjohann, ASB-Jahresbericht 1932, S 6.

Die Betriebsräte hatten organisiert, dass in ihren Betrieben ausgebildete Sanitäter vorhanden waren. Wir haben auch die Firmen(-inhaber) direkt angeschrieben wie z.B. die Schokoladenfabrik Gartmann oder verschiedenen Fischfabriken, von denen kam aber nicht so viel Resonanz. Der einzige Betrieb, für den wir nicht ausbildeten, war die Reichsbahn. Der Bahnarzt war Mitglied im RK, dadurch bestanden sowieso engere Kontakte zum RK. In Hamburg waren wir die erste Organisation, die direkt in den Schulen ausgebildet hat. In den Betrieben selbst fanden die Kurse nicht statt, die Teilnehmer mussten zu uns kommen.

Wir sind 1933 (nach dem ASB-Verbot, d.A.) ins Rote Kreuz gegangen. Die haben uns mit Kuschhand übernommen. (Bezogen auf Berührungsängste, d.A.) haben wir unsere Tätigkeit im Gegensatz zum RK nicht so eng gesehen. Z.B. bei Veranstaltungen der Stadt im Stadion, beim Elbuferlauf oder den großen Läufen auf der Elbchaussee oder bei Veranstaltungen durch die Schulen, da waren wir schon gezwungen, zusammen zu arbeiten. Die Stadt hatte z.B. bei Veranstaltungen, wie bei einem Fußballspiel des HSV, beide Organisationen angefordert. Dann war das Rote Kreuz für das Stadion zuständig und wir für die Tribünen, das ging reibungslos vonstatten. Das war oftmals das Kuriose dabei. Z.B. wurde ich einmal zu einem Dienst in einer Schule bei einer Veranstaltung eingesetzt. Zuvor war festgelegt worden, dass jeweils zwei vom ASB und zwei vom RK eingeteilt wurden. Für mich war klar, dass wir dabei doch nicht einfach aneinander vorbeilaufen könnten, das wäre doch idiotisch gewesen. Der eine von denen war bei der Müllverbrennung, beim Ascheimerwesen, beschäftigt und schon lange Mitglied im Roten Kreuz gewesen. Wenn es Veranstaltungen seitens der Stadt gab und sich das Rote Kreuz darum bemühte, dann haben wir dieses auch durchaus abgelehnt. Zur der Zeit gab es ein Konkurrenzdenken. Das RK unterstellte uns, wir seien alles Kommunisten, sie selber waren eher deutschnational eingestellt.

Wir hatten in jeder Woche einen Übungsabend, auch die in Hamburg. Hier in Altona fanden diese im Jugendheim in der Blücherstraße statt. Vor dem Ersten Weltkrieg fanden diese in den Gastwirtschaften statt.

Ich war im Altonaer Turnverein Fichte Mitglied. Ich war Mitglied der Arbeiterjugend (SAJ), später kamen die Kinderfreunde und die Roten Falken. Jede Gruppe musste eine Person haben, die in Erster Hilfe ausgebildet war, derjenige sollte sich freiwillig melden. In unserer Abteilung meldeten sich sogar drei Personen und die sind alle zu den Kursen gegangen. Später haben dann unsere ‚Alten‘ in der Jugendgruppe den ASB aufgemacht. Der Kurs dauerte ein halbes Jahr. Ich war 17 Jahre alt.

Das Rote Kreuz hatte ja ihre (eigenen, bekannten, d.A.) Ärzte, weil die meisten von denen ja Militärärzte waren. Wir haben das meiste selber bezahlen müssen. Als Ausrüstung hatten wir unsere Windjacken, Armbinde und Mütze. Die Rot-Kreuzler waren eher militärisch gekleidet. Wir hatten zunächst (nach dem Ersten Weltkrieg, d.A.) Koppeltaschen, die wir noch vom Barras kannten. Später trugen wir die sog. ‚Chemnitz-Taschen‘, die nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst wieder so übernommen worden sind. Unsere Radfahrabteilung hatte für den Transport die Fahrradtragen. Wir bekamen von der Stadt Altona ca. 500,- Mark/Jahr.

Heinrich Brauer habe ich noch gekannt. Das war der Vorsitzende in Hamburg und hat den ASB hier in Hamburg gegründet. 1949 haben wir hier in Hamburg mit Einverständnis der Militärbehörden wieder angefangen.

Als z.B. das ‚Reichsbanner‘ nach Schleswig-Holstein einfuhr, machten wir Dienst, weil wir angefordert worden waren. Das war auch so beim Roten Frontkämpfer-Bund. Ich bin damals zu deren letzter Veranstaltung mit nach Berlin in den Lustgarten gefahren. Die

Teilnehmer fuhren mit Lastwagen zu den Veranstaltungen, saßen auf harten Bänken. Auf jedem Lastwagen war ein Sanitäter, der vorne beim Führer saß.

1933 mussten wir unser Material übergeben an die SA und an das Rote Kreuz. Wir wurden aufgefordert, bei der SA als Sanitäter mitzumachen, wenn wir dazu Lust hätten. Von uns hat sich keiner dazu gemeldet. Wir haben stattdessen beim Roten Kreuz nachgefragt, ob sie uns übernehmen. Die haben uns dann übernommen. Wir kannten einige von denen, die wenigsten haben sich zurückgehalten (oder waren dagegen, d.A.). Dass wir einen ganz anderen Geist mit hineinbrachten, haben sie akzeptiert. Einer von unseren Leuten wurde Zugführer, in Hamburg war es ähnlich. Der ehemalige (ASB-, d.A.) Kolonnenvorsitzende von Einbeck, der Werner Preuß, wurde ebenfalls Zugführer. Wir brachten ja eine gute Ausbildung mit. Es ging ja dennoch militärisch zu, der militärische Charakter nahm ja zu. Wir haben diesen Zauber auch mitgemacht. Wir haben eigentlich beim Altonaer Roten Kreuz keine Schwierigkeiten gehabt, nach 1949 ist auch ein Teil der Übergetretenen beim RK geblieben. Vor 1933 haben wir durch den ASB bei den Dräger-Werken sog. Gasschutz-Kursus mitgemacht.⁸³¹ Das RK hatte so etwas noch nicht gemacht und hatte mit dem Krieg noch gar nichts zu tun, sondern der Kursus geschah als Folge der Phosgen-Katastrophe. Damals habe ich mit dem Roten Kreuz als Sanitätsoffizier im Heer bei der Besetzung des Sudetenlandes teilgenommen.

1936 fand eine Hausdurchsuchung statt, weil wir denunziert worden waren. Meine Mutter hatten sie für einen Tag ins Polizeipräsidium mitgenommen. Mein Vater war Bezirksführer in der SPD. Bei der Frage des Baus des Panzerkreuzers A kam es zum Knall in der SPD. Wir waren zumeist ja auch in der Partei und hatten zuerst die Absicht, in die SAP überzutreten. Aber dann haben wir uns das doch überlegt und sind in der Partei geblieben.

Altona hatte vor 1933 schon über zehn Ärzte, die kamen zu uns und haben sich erklärt. Es war zu der Zeit schwer, eine Praxis aufzumachen, denn die Ärzte wurden einem bestimmten Stadtteil zugeordnet. Wir haben dann versucht, dass wir die Patienten in ihre Praxen bekamen (deren Praxen empfohlen, d.A.). Für uns als Organisation war das aber auch nicht so einfach. Über unsere Beziehungen zu den Krankenkassen, der Vorsitzende war ein bekannter Gewerkschafter, haben wir versucht, die Ärzte zu unterstützen. Es waren praktische Ärzte und Chirurgen, die den ASB unterstützten. Dr. Hirschfeld⁸³² war in Hamburg (-Harburg, d.A.) tätig und einer von den ersten, die für den ASB tätig waren. In Harburg war Dr. Levy⁸³³, wir hatten 1926 Dr. Jacobsen, der war Jude. Später hatten wir Dr. Hinrichs. Dieser meldete sich dann plötzlich bei der SA, wurde dann Obersturm-

⁸³¹ „Ferner wurden 2 Mitglieder der Kolonne an einem viertägigen Lehrgang der Dräger-Werke in Lübeck im Gasschutz ausgebildet.“ Ebenda, S. 2.

⁸³² Siehe Vorträge Dr. Hirschfelds über den „Aufbau des menschlichen Körpers“, „Behandlung von Knochenbrüchen“, Aufruf zur Vorprüfung der Ausbildungskursteilnehmer und der großen Sommerübung. Er referierte über die Einwirkungen von Staub und chemischen Substanzen auf die inneren Organe und sprach sich in diesem Zusammenhang für die Einführung des Achtstundentages aus. Vgl. Staatsarchiv Hamburg, Hamburger Echo Nr. 74 vom 27.3.1908, Nr. 120 vom 23.5.1908. Die Sanitätswarte Nr. 20 vom 24.9.1909.

⁸³³ „Neue Unterrichtskurse in der ersten Hülfeleistung bei Unglücksfällen“. Staatsarchiv Hamburg, Hamburger Echo, Nr. nicht erkennbar vom 3.9.1908.

bandarzt. Zwischendurch Dr. Meyer (Kolonne Wandsbek, d.A.), draußen in Steenkamp. Späterhin Dr. Landskron, sein Vater hatte eine Praxis auf St. Pauli, er war Jude. Sein Sohn kam zu uns nach Altona, er ist 1933 rechtzeitig getürmt, der Vater ist aus dem Fenster gesprungen.“⁸³⁴

1932 trat die Kolonne dem örtlichen Luftschutzbeirat bei.⁸³⁵ Im Rechnungsjahr 1932 wies der pauschale Einnahmebetrag „Behörden“ mit 1.000.00 Rm. die höchste Summe aus, das Beitragsvolumen betrug 368,45 Rm.⁸³⁶

Nach dem Verbot des ASB bewarb sich ein Teil der Hamburger Mitglieder um Aufnahme beim Roten Kreuz, um den Kontakt aufrechtzuerhalten. Am 21. Mai 1949 trafen sich über 100 ehemalige ASB-ler. Im Rahmen der Neugründung wurde Heinrich Brauer als 1. Vorsitzender wiedergewählt. Daraufhin meldeten sich weitere ehemalige Mitglieder. Die Kolonne Bramfeld vom Roten Kreuz trat geschlossen über. Ihre Mitglieder waren fast alle ehemalige ASB-ler.⁸³⁷

„Ich bin geboren in Ostpreußen am Kurischen Haff, die Stadtieß Kranz, war Kreisstadt. Ich bin unehelich geboren. Mein Erzeuger war der Sohn von einem Bauern und meine Mutter war die Dienstmagd. Und ich war das uneheliche Kind. Solche Kinder wurden damals zu einer Engelmacherin gebracht, die ließ sie dann verhungern. Damit ich noch in den Himmel komme, bin ich noch am 14. Februar 1893 getauft worden. Mein Großvater war damals schon Sozialdemokrat. Und er war selbstständiger Schuhmacher. Eines Tages hatte der nach mir geguckt und gesehen, dass sich noch nicht ganz verhungert war. Und dann hat er mich mit nach Haus genommen und dann kam ich in eine richtige Holzwiege, auf der man mit dem Fuß tritt, um sie zu schaukeln. Meinen Vater habe ich nicht gekannt und nie gesehen. Meine Mutter ging nach Hamburg in Stellung. Man wurde damals erst mit 23 volljährig. Mein Großvater ist nach Königsberg zu einem Rechtsanwalt gefahren, dieser hieß Hugo Haase und war damals für die SPD im Reichstag. Dieser Rechtsanwalt hatte es durchgesetzt, dass für mich Alimente gezahlt wurden. Meine Mutter war in einem vornehmen Geschäftshaushalt in Hamburg an der Alster in Stellung. Für mich war sie nicht meine Mutter, sondern hieß Bertha. Mein Großvater ging dann nach Hamburg, weil er in Ostpreußen keine Existenz mehr hatte, denn Schuhe wurden schon in Fabriken hergestellt.“

⁸³⁴ Interview mit Hermann Stamerjohann vom 17.2.1985. Tatsächlich werden die unterstützenden Ärzte in dem Geschäftsbericht aus dem Jahre 1932 einschließlich der Telefonnummern aufgelistet: Dr. med. Fritz Hinrichs, Altona, kl. Flottbek, Jügensallee 132; Dr. med. Ernst Jakobsen, Altona, Bei der Friedenseiche 6; Dr. med. Friedrich, W. Krimphoff, Altona, Gr. Bergstr. 244; Dr. med. Lanzkron jun., Hamburg, Zeughausmarkt 35; Dr. med. Max Meyer, Altona, Osdorferweg 68; Dr. med. Max Strauß, Altona, Adolfstr. 1. Vgl. ASB-Jahresbericht 1932, S. 6.

⁸³⁵ Vgl. ebenda, S. 2.

⁸³⁶ Vgl. ebenda, S. 4.

⁸³⁷ Stamerjohann 1982, S. 5.

Ich war damals schon 25 Jahre, als der Erste Weltkrieg war. Zu der Zeit bin ich aus der Kirche ausgetreten und bei Spartakus eingetreten. Mein Mann war aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt, er war durch seine Firma reklamiert. Er war von Beruf gelernter Dreher, früher auf der Werft. Er war auch bei Spartakus und in der Gewerkschaft. Zuvor waren wir in der USPD, 1923 sollte über einen Generalstreik beraten werden. In Chemnitz gab es eine Zusammenkunft der Partei, die aber vom Generalstreik Abstand nahm, nur in Hamburg nicht. Mir hat nicht eingeleuchtet, warum Hamburg abgetrennt wurde. Man hätte ja die Hamburger Genossen zurückrufen können. Morgens um 5:00 Uhr lagen wir im Bett, als ein Genosse kam und sagte: Es geht los, wir treffen uns da und da in einer Wohnung in einer anderen Straße bei Schulz. Zu der Zeit war ich im Arbeiter-Samariter-Bund, hatte etwas Brot und die ASB-Binde mitgenommen. Da waren wir nun allerhöchstens zehn Genossen und unser Führer. Wir waren straßenweise organisiert. Wir marschierten los auf die nächste Polizeiwache. Die hatten ebenso viel Hunger wie wir, deshalb ist seitens der Polizei kein Schuss gefallen. Wir sind da hineingestürmt mit zehn Mann und die Polizisten kamen in den Keller. Und da sagte der Genosse zu mir: Lina, pass mal auf das Telefon auf. Bislang war überhaupt kein Schuss gefallen, auf keiner Seite, wir hatten überhaupt nur einen verrosteten Revolver. Nun hatten wir aber nicht gedacht, dass oben in der Hauptwache der Polizeiwachtmeister wohnte. Der telefonierte mit anderen Wachen in der Stadt. Die anderen Genossen, die draußen waren, konnten sich noch retten, wir drei, die drinnen waren, haben das zu spät bemerkt. Dann haben sie uns geschnappt, meinen Mann, den Genossen Schulz und mich. Wir wurden auf den offenen Laster geladen und bekamen etwas mit dem Gewehrkolben über den Kopf. Und dann wurden wir, was sehr gut war, sofort in das Untersuchungsgefängnis abgeliefert, nicht erst außerhalb auf eine andere Wache. Das war für Vorteil von uns, wir wurden da in Ruhe gelassen. Wir drei haben ungefähr nur zehn bis zwölf Tage in Untersuchung gesessen, bis wir einen Termin bekamen. Wir hatten einen Rechtsanwalt, der aus Hamburg kam und einen, der aus Berlin kam. Ich hatte ja keine Gelegenheit, als Arbeitersamariter aufzutreten, weil der zu mir gesagt hatte: ‚Du gehst ans Telefon.‘ Hätte ich nun die Armbinde angehabt, wäre das zum Nachteil für mich gewesen, glaube ich. Es wurde alles nochmal aufgerollt und wir bekamen unser Urteil. Wir bekamen Festungshaft, ich fünf Jahre. Ich fragte noch: Festung, wo komme ich denn dahin? Er sagte mir: ‚Seien Sie erst mal froh, dass Sie Ihren Kopf gerettet haben.‘ Ich sagte, das ist ja eine schöne Geschichte. Ich kam in ein Hamburger Gefängnis, nach Fuhlsbüttel, zu den Frauen in ein Frauengefängnis. Ich hatte als Festungsgefängene Ausgang mit einer Bescheinigung von der Verwaltung, dass ich nach Hause gehen konnte. Unsere Wohnung wurde aufrechterhalten durch die Rote Hilfe, sodass wir immer wieder hinkommen konnten. In unserem Falle wurde von ihnen die Miete bezahlt. Ich war nur drei Jahre inhaftiert gewesen. Die Männer waren in rauen Mengen verhaftet worden, sie wussten gar nicht, wohin mit ihnen. Da kamen sie nach Cuxhaven in eine Quarantäneanstalt für Einwanderer, die untersucht wurden. Da waren die Genossen alle. Nach ein bis zwei Jahren bekam ich Gesellschaft, und zwar zwei Schwestern. Einmal im Monat konnte ich nach Hause. Ich verstehe bis heute noch nicht, warum nur Hamburg betroffen war. Sie hätten doch die Genossen zurückrufen können.“⁸³⁸

⁸³⁸ Interview mit Lina Becker, geboren am 31.1.1893, gestorben am 9.3.1987. Sie wurde wegen ihrer Teilnahme am „Hamburger Aufstand“ 1923 zu vier Jahren Festungshaft verurteilt.

V. ABKÜRZUNGS-, QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

V.1. Abkürzungsverzeichnis

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ASB	Arbeiter-Samariter-Bund
ASK	Arbeiter-Sanitäts-Kolonne
ATB	Arbeiter-Turn-Bund
ATSB	Arbeiter-Turn- und Sportbund
BRD	Bundesrepublik Deutschland
Bv.	Bundesvorstand des ASB
d.A.	der Autor
DAS	Deutscher Arbeiter-Sänger-Bund
DAF	Deutsche Arbeits-Front
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DMV	Deutscher Metallarbeiter Verband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DSV	Deutscher Samariter-Verein
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
f./ff.	folgende Seite/n

FAUD	Freie Arbeiter Union Deutschland
FVDG	Freie Vereinigung Deutscher Gewerkschaften
Gestapo	Geheime Staatspolizei
H.	Heft
Hrsg.	Herausgeber
HSV	Hamburger Sportverein
IAH	Internationale Arbeiter Hilfe
Jg.	Jahrgang
Jungdo	Jungdeutscher Orden
Kap.	Kapitel
KJ	Kommunistische Jugend
KJB	Kommunistischer Jugendbund
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
Komintern	Kommunistische Internationale
Kostufra	Kommunistische Studentenfraktion
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPO	Kommunistische Partei-Opposition
MSPD	Mehrheits-Sozialdemokratische Partei
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NSDAP	Nationalsozialistische Partei Deutschlands
PGD	Proletarischer Gesundheitsdienst
RFB	Rotfrontkämpfer-Bund
RK	Rotes Kreuz
RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition
RSHA	Reichssicherheitshauptamt

RSI	Rote-Sport-Internationale
S.	Seite
SA	Sturm-Abteilung
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Sturmstaffel
SVA	Sanitätsverein der Arbeiter beiderlei Geschlechts Berlin
TuS	Turn- und Sportverein Fichte
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei
VHS	Volkshochschule
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
ZK	Zentralkomitee

V.2. Quellenverzeichnis

V.2.1. Verzeichnis der interviewten Arbeitersamariter

Aus Rüstingen:

Drönner, Agnes Therese, Mitglied der SAJ, Naturfreunde und ASB Rüstingen. Ehefrau von Konrad Drönner (1902-1983), ebenfalls Mitglied des ASB-Rüstingen und Sanitäter bei der ersten internationalen Arbeiter-Olympiade, 1925, in Frankfurt a.M.

Dunker, Heinrich Richard, geb. am 29.8.1899, Mitglied in der SPD, Gewerkschaft, Arbeiter-Bauverein, Arbeiterradfahrer-Bund „Solidarität“, Eiserne Front und ASB Rüstingen

Fiebig, Erwin, geb. am 12.5.1912, Mitglied in der SAJ und im ASB Rüstingen.

Gerdes, Erich, geb. am 3.7.1910, Mitglied in der SAJ und im ASB Rüstingen, Werftarbeiter

Hinrichs, Walter, geb. am 27.9.1912, aktives Mitglied im Wassersportverein Jade und SAJ, im ASB Rüstingen von 1929-1933.

Hobbensiefken, Susanne, geborene Bents, geb. am 25.4.1914, Mitglied der Gewerkschaft und des ASB Rüstingen.

Kluin, Helga, geborene Hildebrandt, geb. am 24.8.1914, Mitglied in der SAJ und im ASB Rüstingen.

Lehnert, Hedwig, geb. am 30.1.1890, Ehefrau des 1932 verstorbenen ASB-Vorsitzenden der Kolonne Rüstingen (1925)

Oeltermann, Franz, geb. am 5.3.1903, Werftarbeiter bis 1933, Mitglied des Arbeiterradverbandes und später des erweiterten Arbeiterrad- und Kraftfahrerbandes „Solidarität“, davon Mitglied der Bezirksleitung im Gau Niedersachsen, Mitglied der ASB-Kolonie Rüstingen

Söker, Hans, geb. am 29.11.1910, Mitglied in der Gewerkschaft, Sportverein Schah und im ASB Rüstingen. Er wohnte mit seiner Mutter, die ebenfalls ASB-Mitglied war, über der Wache, beide waren während der außerdienstlichen Zeit für die Koordination von Noteinsätzen zuständig.

Weddermann, Johanne, geb. am 27.2.1900, Mitglied im ASB Rüstingen

Aus dem Bergischen:

Herder, Willy, Mitglied in der KPD, RFB, Arbeiter-Bauverein, ASB und der späteren Arbeiter-Sanitätskolonne Solingen-Wald

Leupold, Rudolf, geb. am 9.9.1898, Metallarbeiter, nach dem 1. Weltkrieg Mitglied der SPD; ab 1923 der KPD, vor 1933 Mitglied der Ortsverwaltung Solingen des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), Mitglied auch im Kreisvorstand des ASB, anschl. der Arbeiter-Sanitätskolonne Solingen-Mitte

Müller, Heinrich, gest. am 6.4.1993, Metallarbeiter und Krankenpfleger, Mitglied der Gewerkschaft, parteilos.

Pütz, Grete, geb. am 15.3.1903, Mitglied in der KPD, IAH, ASB, später der Arbeiter-Sanitätskolonne Solingen-Wald.

Windgassen, Arthur, Mitglied im ASB Wermelskirchen, Mitglied der Gewerkschaft und des Kommunistischen Jugendverbandes

Aus Berlin:

Schulz, Werner, geb. 1911, mit 20 Jahren Eintritt in die SPD, Gewerkschaft und im ASB Berlin-Pankow

Aus Hamburg:

Becker, Lina, geb. am 31.1.1893, gest. am 9.3.1987, Mitglied in der KPD und im ASB Hamburg-Harburg. Teilnehmerin am Hamburger Aufstand 1923.

Stamerjohann, Hermann, geb. 1908, Mitglied der ASB-Kolonie Hamburg-Altona.

Aus Bielefeld:

Hülsegge (Herr), geb. am 5.1.1897, gest. am 8.3.1995, Mitglied in der SPD, im DMV und im ASB Bielefeld-Schildesche.

V.2.2. Nicht publizierte Quellen (liegen dem Autor vor)

Appelius, Stefan, Wilhelmshaven (Privatarchiv)

Auszeichnungsborte für 20jährige Dienstzeit des Deutschen Roten Kreuzes Kreisverband Wilhelmshaven. Dem Mitglied der Bereitschaft Herrn Claas Weddermann. Wilhelmshaven, den 5. Nov. 1948.

So las man in der WZ. Vor 50 Jahren. Artikel über die Rückkehr von Dr. Ulrichs. Ohne Datum.

Das Stiftungsfest der jadestädtischen Samariter. Republik, 30.9.1929.

Schlußübung im Samariterkursus. Norddeutsches Volksblatt vom 21.12.1912.

Grußkarte von Konrad Drönner an Karl Albers anlässlich der ersten internationalen Arbeiter-Olympiade 1925 in Frankfurt a.M. Juli 1925.

Erste-Hilfe-Prüfungszeugnis der ASB-Kolonie Rüstringen.

Bergische Arbeiterstimme Nr. 40. 17.2.1926.

Bundesarchiv Abteilung Potsdam, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Akten betreff Proletarischer Gesundheitsdienst und Arbeitersamariter (Arbeitersamariter-Bund) 1-311 vom November 1921 bis Dezember 1928, Sign. 15.07/St 12/97; aus dem Privatbesitz von Stamerjohann, Hermann, Eggerstedtstr. 22, 22765 Hamburg.

Blatt 5, Abschrift! Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Tgb. Nr. II. 19. 723. 21. Berlin, den 29. September 1921.

Blatt 8-11, Abschrift. Abteilung 2. Dresden, den 13. Januar 1922.

Blatt 24, Vom Proletarischen Gesundheitsdienst. Im Lagebericht vom 17. August d.Js. (1922) wurde von der Gründung eines sogenannten „Proletarischen Gesundheitsdienstes“ durch das Arbeitersportkartell in Berlin Mitteilung gemacht.

Blatt 24a, Die Rote Fahne v. 17.9.1922. Arbeitsgemeinschaft der Ärzte des Proletarischen Gesundheitsdienstes.

Blatt 28a, Gothaer Volkszeitung, Datum nicht erkennbar. Arbeitersamariter und proletarischer Gesundheitsdienst.

Blatt 30, Die Rote Fahne Nr. 563 v. 20.12.1922.

Blatt 33, Anlage. Zum Be. Nürnberg-Fürth v. 8.11.1922. Proletarischer Gesundheitsdienst.

Blatt 34, Kommunisten und Intellektuelle, 1923.

Blatt 39, Rote Fahne, Bln. Nr. 47, Datum nicht erkennbar. Ärztestand und Ruhrkonflikt.

Blatt 42, Rote Fahne v. 17.4.1923, Die Tagungen der beiden Samariter-Verbände in Leipzig.

Blatt 44, Auszug aus d. Bericht Württemberg vom 26.4.23. Arbeiter-Samariterbund und proletarischer Gesundheitsdienst.

Blatt 45a, Gothaer Volksblatt v. 25.4.23. Die Tagungen der Samariter in Leipzig.

Blatt 46, Rote Fahne Nr. 95 v. 1.5.1923. Proletarischer Gesundheitsdienst Berlin.

Blatt 47, Aufruf! Hilferuf der Arbeiter-Samariter-Kolonie Mühlheim-Ruhr. Arbeiter Ztg. Nr. 125 v. 19. V. 23.

Blatt 50, Rote Fahne v. 7.7.1923. Erste Demonstration des PGD.

Blatt 51a, Rote Fahne am Montag Nr. 27 v. 9.7.1923. Waffenübung des Proletarischen Gesundheitsdienstes.

Blatt 52, Verzweiflungskampf der Groß-Berliner Aerzte. Proletarier und Aerzte in Einheitsfront. Datum nicht erkennbar.

Blatt 55, Abschrift. K.P.D. Bezirk Baden, Mannheim, den 19. Oktober 1923. An den Genossen August Straub Karlsruhe.

Blatt 56, Bad. Landespolizeiamt. Abt. N. No 14040. Karlsruhe, den 12. November 1923. Anzeige gegen des Lehrer August Straub von Meßhütte und Genossen wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz. Schreiben an den Herrn Reichskommissar für Ueberwachung d. öffentl. Ordnung, Berlin.

Blatt 58, Die Rote Fahne v. 10.3.1923.

- Blatt 59, Aktenvermerk. Abschrift eines Briefes, der bei dem Lehrer Straub (Leiter des proletarischen Gesundheitsdienstes) anlässlich einer Durchsuchung gefunden wurde. Datum nicht erkennbar.
- Blatt 61a, Der erste proletarische Gesundheitstag in Berlin. Von G.G.L. Alexander. Datum nicht erkennbar, wahrscheinlich 1923.
- Blatt 63, Anhaltisches Staatsministerium. Dessau, den 23. Februar 1924. Tgb.-Nr. 2571. An den Herrn Reichskommissar für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung Berlin.
- Blatt 64-66, An das Anhaltische Staatsministerium Dessau. 29. Februar 1924. Betreff: Proletarischer Gesundheitsdienst. Bezug: 2571 vom 23. Februar 1924.
- Blatt 67, Die Rote Fahne No. 10. 12.3.24. Der 3. Jahrgang „PGD.“
- Blatt 69, Die Rote Fahne. 35. 10.4.24. „Geoheil-Methode.“
- Blatt 70, Beitritt des Arbeiter-Samariter-Bundes mit 35 000 Mitgliedern zur I.A.H. Chemnitz, den 1. März 1924. An die Geschäftsstelle der Internationalen Arbeiterhilfe, B e r l i n , Unter den Linden 11.
- Blatt 76, Volkswacht Stettin 34 vom 21.5.1924.
- Blatt 77, Vorwärts Nr. 238 vom 22.5.1924. Ein Prozeß gegen den § 218.
- Blatt 78, Sächsische Arbeiter Zeitung Nr. 58. An die klassenbewußten Hand- und Kopfarbeiter! 12.5.1924.
- Blatt 80a, Thüringer Volksblatt Nr. 75 v. 2.6.24. Aerzteschaft und Arbeiter-Samariter.
- Blatt 82, Auszug aus Lagebericht Bremen Nr. 2451/24 geh.-Original bei der Sammlung Be Bremen – Akt XII-G-6 d) Proletarischer Gesundheitsdienst.
- Blatt 85, Abschrift aus dem Lagebericht der Pol. Dir. Nürnberg-Fürth v. 8.8.1924, Arbeiter-Samariter-Bund (ASB).
- Blatt 92, Rote Fahne 115, 26. Sep. 1924. Aufruf! An alle Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins! Gesundheit ist das höchste Gut! Sich gesund erhalten ist Tugend!
- Blatt 94, Abschrift aus dem Brief des Polizeipräsidenten, Abteilung I A. Tgb.Nr. 3559, I A. 3.24. Berlin, den 9. Oktober 1924.
- Blatt 96-97, Schreiben an den Herrn Reichskommissar für Ueberw. der öffentlichen Ordnung Berlin. Badisches Landespolizeiamt. Karlsruhe, den 21. Oktober 1924. Abteilung N. Nr. 6458. Den „Proletarischen Gesundheitsdienst“ (P.G.D.). betr.
- Blatt 98-100, Abschrift. Statuten des Proletarischen Gesundheitsdienstes. Angenommen durch Abstimmung in den Ortsgruppen/Juli 1923.
- Blatt 101-107, Abschrift. Statut Proletarischer Gesundheitsdienst, Ortsgruppe Gross Berlin, entw. v. 5.1.24.
- Blatt 108, Abschrift! Heidelberg, den 17.8.1924. Antrag.
- Blatt 109, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung. Nr. 9590/24 II. Berlin, den 5. November 1924. An die Nachrichtenstellen. Betrifft: Proletarischen Gesundheitsdienst.
- Blatt 111, Rote Fahne am Montag, Nr. 13. 15. Sep. 1924. Der Verband „Volksgesundheit“.

- Blatt 112, L.J.A. I 2769/24. Dresden-A.1 (Schloß), den 22.11.1924. Herrn Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung Berlin. Betr.: Proletarischen Gesundheitsdienst. Bez.: Dort. Schreiben Nr. 9590/24 II v. 5.11.24.
- Blatt 113, Abschrift aus Lagebericht L.I.A. Dresden vom 10.12.24. Linksbewegung.
- Blatt 117, Sächsische Arbeiter Zeitung Nr. 19 v. 23. Jan. 1925. Soermus-Konzert.
- Blatt 118, Rote Fahne Nr. 22, 27. Jan. 1925.
- Blatt 120, Die Rote Fahne am Montag. No. 2. 12. Jan. 1925. Bundestag des Proletarischen Gesundheitsdienstes.
- Blatt 121, Abschrift! aus dem Eingang des Regierungspräsidenten Düsseldorf vom 20. Februar 1925 – R. Ko. Nr. 2300/25 Abt. II vom 7. März 1925. Betrifft P.G.D.-Ohligs.
- Blatt 124, Die Rote Fahne am Montag. No. 13. 6. Apr. 1925. Zum Bundestag des Arbeiter-Samariter-Bundes.
- Blatt 125, Die Rote Fahne am Montag. No. 13. 6. April 1925. Eine neue Samariterorganisation?
- Blatt 127a, Rote Fahne Nr. 81. ... April 1925. Demonstration und Massenübung des Proletarischen Gesundheitsdienstes am 2. Osterfeiertag.
- Blatt 128, Rote Fahne Nr. 83. 12. April 1925. Morgen Demonstration und Massenmeeting des Proletarischen Gesundheitsdienstes!
- Blatt 129, Rote Fahne Nr. 84. 15. April 1925. Demonstration des PGD.
- Blatt 130, Übungen des P.G.D. am Sonntag. Handschriftliche Mitteilung an den Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 3659/25 II.
- Blatt 135, Die Rote Fahne am Montag. Nr. 20. 25. Mai 1925. Auf dem Wege zur Einheit.
- Blatt 136, Abschrift „Die Rote Fahne am Montag“ Nr. 20 vom 25. Mai 25. Der Kampf der Opposition im A.S.B.
- Blatt 137, Abschrift. Der Regierungspräsident. G.F. II 5937. Düsseldorf, den 25. Mai 1925.
- Blatt 142, Die Rote Fahne am Montag. No. 22. 9. Jun. 1925. Wildung gegen die Einheit.
- Blatt 144, Die Rote Fahne am Montag. No. 25. 29. Jun. 1925. Die Tätigkeit des PGD.
- Blatt 147, Die Rote Fahne am Montag. No. 31. 10. Aug. 1925. Arbeitersport. Die Tätigkeit des PGD.
- Blatt 148, Aus einem Rundschreiben der K.P.D. „An alle Sportfraktionen“ vom August 1925. Proletarischer Gesundheitsdienst.
- Blatt 150, Die Welt am Abend, Berlin. Nr. 204. 1. Sep 1925. Ausbildungskurse des Proletarischen Gesundheitsdienstes in Neukölln.
- Blatt 151, Proletarischer Gesundheitsdienst und Arbeiter-Samariter-Bund. XII.G.6. Der vor kurzem in Berlin stattgefundene Bundestag des Arbeiter-Samariter-Bundes hat beschlossen, den Bezirken, Kreisen und Kolonnen die Pflicht aufzuerlegen, jedes Verhandeln mit dem Proletarischen Gesundheitsdienst zu unterlassen.
- Blatt 153, Thüringer Volksblatt, Gotha Nr. 203, v. 9. Sep. 1925, Gotha und Umgebung. Werdet Arbeitersamariter.

- Blatt 154, Die Rote Fahne am Montag. No. 36. 14. Sep. 1925. Mitteldeutsche Konferenz des proletarischen Gesundheitsdienstes.
- Blatt 157, Proletarischer Gesundheitsdienst (P.G.D.). Der (kommunistische) Proletarische Gesundheitsdienst, Ortsgruppe Nürnberg, hilet am 15.8.25 abends im Café Merk in Nürnberg eine öffentliche Versammlung ab mit dem Thema: „Gesundheitswesen in Deutschland“.
- Blatt 159, Rote Fahne. No. 232. 8. Okt. 1925. Sowjetrußlands Gesundheitswesen, Betriebs-hygiene usw.
- Blatt 163, Die Rote Fahne am Montag. No. 41. 19. Okt. 1925. Für die Wiedervereinigung der proletarischen Samariterorganisationen.
- Blatt 164a, Rote Fahne. No. 24. 23. Okt. 1925. Wahlhilfe des Proletarischen Gesundheitsdienstes.
- Blatt 165, Rote Fahne. No. 250. 29. Okt. 1925.
- Blatt 167ff., Reichskommissar für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung. Nr. 9957/25 II. Berlin, den 29. Oktober 1925. An die Nachrichtenstellen der Länder, gemäss Verteiler 3 mit 14 Durchschlägen für Preussische Präsidien und Polizeipräsidium Abt. I A. Be-treff: Proletarischer Gesundheitsdienst.
- Blatt 171-173, Abschrift. Ortstatut des P.G.D. Ohne Datum, wahrscheinlich 1925.
- Blatt 175, Reichskommissar für Ueberwachung der öffentl. Ordnung. Nr. /25 II. Berlin, den ... November 1925. 1.) Vermerk aus Rko. 10747.
- Blatt 176, Rote Fahne Nr. 267. Massenübung des PGD. Datum nicht erkennbar.
- Blatt 178, Aus Bericht Polizeipräsidium Berlin vom Oktober 1925. Die „Rote Frauenliga“ besteht in Berlin erst in 3 Verwaltungsbezirken in Stärke von etwa 400 Mitgliedern, von denen 25-30 vom Hundert Kommunisten sind.
- Blatt 187, 1.) Abschrift aus R.Ko. 11553/25. II. II 31.B 35/241. Magedeburg, den 16. Dez. 25. Der Rote Frontkämpferbund und die K.P.D.
- Blatt 189, Sächsische Arbeiter Ztg, Leipzig Nr. 31. Um die Einheit der Samariter- und Na-turfreundebewegung. Februar 1926. Datum nicht genau erkennbar.
- Blatt 196, Die Welt am Abend, Berlin. Nr. 42. 19. Feb. 1926. Verein der sozialistischer Aerzte.
- Blatt 199-205, Der Regierungspräsident. Düsseldorf, den 22. Februar 1926. C.B.II. 11 748 II. Betrifft: Betätigung des Arbeiter-Samariter-Bundes e.V. Zum Erlass vom 23.12.25 I M II 3584/25. Berichterstatter: Reg.Inspector Heinen. Mitberichterstatter: Reg.Ass. Dr. Beckmann. An den Herrn Preuss. Minister f. Volkswohlfahrt in Berlin.
- Blatt 217, Zu (R.Ko.Nr. 3003/26 II). Abschrift. Der Regierungspräsident. I. 13. Nr. 1384. Arnsberg, den 3. März 1926. Betrifft: Betätigung des Arbeiter-Samariterbundes e.V. Zum Erlass vom 23. Dezember 1925 I M II - 3584/25. - Berichterstatter: Regierungs- und Medizinalrat Dr. Mohrmann. Mitberichterstatter: Medizinalrat und Hilfsarbeiter Dr. Josten.
- Blatt 219, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung. Nr. 3003/26 II. Berlin, den 14. April 1926.

- Blatt 225, Die Rote Fahne Nr. 88 v. 16. Apr. 1926. Proletarische Kundgebung zur Reichsgesundheitswoche.
- Blatt 228, Rote Fahne Nr. 107. 9. Mai 1926. PGD.-Mitglieder!
- Blatt 246, Internationale Presse Korrespondenz Nr. 23, Reaktionäre Bündnis des Arbeiter-Samariter-Bundes in Deutschland, 25.2.1927.
- Blatt 258, R.Ko. 6789/26 II. Berlin, den 28. August 1926. Vermerk zum Akt XII-G-6.
- Blatt 265, Ruhr Echo Nr. 236 v. 9. Okt. 1926. Die Arbeiter-Samariter „anerkannt“.
- Blatt 275a, Die Rote Fahne am Montag Nr. 7. Kreistag der Arbeiter-Samariter. Datum nicht erkennbar.
- Blatt 277, Die Rote Fahne am Montag Nr. 13. Datum nicht erkennbar. Der Arbeiter-Samariter-Bund dezimiert sich. Was sagen die Mitglieder dazu?
- Blatt 279, Die Rote Fahne am Montag Nr. 5. Zum 8. Bundestag des Arbeiter-Samariter-Bundes“. ... April 1927.
- Blatt 280, Vorwärts Nr. 96 v. 20. April 1927. Bundestag der Arbeiter-Samariter.
- Blatt 282, Lagebericht Thüringen, April und Mai 1927. Arbeiter-Samariter-Bund.
- Blatt 284, Lagebericht, 18.5.1927, Nr. 15. K.P.D. und Arbeiter-Samariter-Bund.
- Blatt 285, Sächsische Arbeiter Zeitung Nr. 115 v. 18. Mai 1927. 8. Bundestag des Arbeiter-Samariter-Bundes. Kommunisten dürfen nicht sprechen – Der Kampf gegen das Rote Kreuz abgelehnt.
- Blatt 286, Klassenkampf, Halle Nr. 116 v. 18. Mai 1927. Vom Bundestag des Arbeiter-Samariter-Bundes. Kommunisten durften nicht sprechen – Der Kampf gegen das Rote Kreuz abgelehnt.
- Blatt 287, Auszug aus dem Lagebericht zum 8. Bundestag Ostern vom 17. und 18.4.27 zu Weimar, 13.6.27. Schriftleitung u. Verlag: Th. Kretzschmar, Chemnitz, Dresdnerstr. 40.
- Blatt 288, Zeitungsartikel (Quelle unbekannt). Neue Massenausschlüsse im Arbeiter-Samariter-Bund? Der Bundesvorstand gegen die Chinahilfe der IAH. 13. Juni 1927.
- Blatt 289, Abschrift. Preussischer Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege. Berlin W.8, den 1. Juni 1927. Leipzigerstr. 3. Mit Bezug auf meinen Bescheid vom 6. Mai 1927 -K.W. Nr. 444/27-.
- Blatt 291-292, Orgabteilung. Zum Rundschreiben vom 30.6.1927. Für die Bezirks- u. Unterbezirksfraktionen des A.S.B., Anweisungen für die Arbeit im A.S.B., Datum nicht erkennbar.
- Blatt 293, Aus Polizeipräsidium, Landespolizeistelle Hannover, vom Juli 1927. Arbeiter-Samariter-Bund.
- Blatt 296, Zu RKo. 10333/27. II. Auszugsweise Abschrift aus dem Lagebericht des Polizeipräsidenten Köln No. 2009 IA - P.J. v. 1.10.27 -
- Blatt 297, Abschrift! Zentralkomitee der KPD. Sekretariat (Orgabteilung). Berlin, den 28. Oktober 1927. Rundschreiben No. 43.

- Blatt 298, Abschrift! Bundesführung des RFB. – Sekretariat – Berlin, den 1. Nov. 1927. An alle Gauführungen! Anweisungen des Sekretariats! Arbeitersportbewegung und Arbeitersamariterbund.
- Blatt 300, Die Rote Fahne am Montag Nr. 48 v. 12. Dez. 1927. Politische Maßregelungen im Arbeiter-Samariter-Bund.
- Blatt 301, Aus Lagebericht Dresden Nr. IPN 1100;/28 v. 16.7.28. Arbeiter-Samariterbund.
- Blatt 302, Die Rote Fahne Nr. 227 v. 26. Sep. 1928. Arbeitersamariter!
- Blatt 303, Aus Lageber. Dresden v. 25.10.28. Arbeiter-Samariter-Bund.
- Blatt 304, Die Montagszeitung der Werktätigen Nr. 23 v. 22. Okt. 1928. Kreiskonferenz des ASB.
- Blatt 305, Die Welt am Abend Nr. 250 v. 24. Okt. 1928. Erste Hilfe tut not! Aber der Arbeiter-Samariterbund schließt seine Mitglieder aus.
- Blatt 306, Die Rote Fahne Nr. 258. 1928, Datum nicht erkennbar. Der Kampf um die Einheit im Arbeiter-Samariter-Bund.
- Blatt 307, Reichskommissar für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung. Berlin, den 9. November 1928. Nr. 7415/28 A.
- Blatt 308, Die Polizeibehörde Hamburg, Tgb.-Nr. 7071/28.II.St.P.4. Hamburg, den 4. Dezember 1928.

Oldenburgisches Ministerium der sozialen Fürsorge, Landesteil Oldenburg, Akten, betreffend den Arbeiter-Samariter-Bund, VI 125 82, 1925.

- Blatt 2, Stadtmagistrat Rüstringen, Wohlfahrtsverwaltung. Rüstringen, den 2. März 1925. Urschriftlich dem Ministerium der sozialen Fürsorge Oldenburg zurückgereicht.
- Blatt 8, Min. d. soz. Fürsorge. Oldenburg, den 9. Okt. 1929. Betr. Gewährung einer Beihilfe für den Arbeiter-Samariterbund. An den Arbeiter-Samariterbund ,z.H. des Bezirksleiters Herrn Fritz Lehner, Rüstringen. Peterstr. 90.
- Blatt 9, Deutscher Arbeiter-Samariter-Bund. Kolonne Oldenburg. Oldenburg, den 21. März 1930. An das Staatsministerium Oldenburg.
- Abschrift. Betr.: Schreiben des Vorsitzenden der Arbeiter-Samariter-Kolonne Rüstringen, Fritz Lehnert, an das Ministerium des Freistaats Oldenburg. Rüstringen, den 15. Febr. 1925.
- Abschrift. M.d.soz.F. auf Eingabe vom 15. Febr. D.J. O. 1925 April 17.
- Abschrift. Antwortschreiben an das Ministerium der sozialen Fürsorge. 6.4.1925. gez. Zimmermann.
- Magistratssitzung am 11. Oktober 1926 vormittags im Rathause Zedeliusstraße.
- Ablehnung des Antrages des Arbeitersamariterbundes Rüstringen vom 2.3.1931 auf finanzielle Beihilfe. Oldenburg, den 5. April 1933.
- Antrag auf Gleichbehandlung mit dem Roten Kreuz in Oldenburg durch die Gewährung eines Beitrages von 150 RM. Oldenburg, den 5. Oktober 1929.

Schulz, Werner (Privatarchiv), Prüfungs-Bescheinigung des Preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz. Freiwillige Sanitäts-Stammkolonne vom Roten Kreuz e.V. Berlin-Niederschönhausen, den 14. Febr. 1934. Werner Schulz, geb. 21.3.1911.

Staatsarchiv Düsseldorf, Akten zum Arbeiter-Samariter-Bund, Nr. 16971, S. 1-151

Blatt 1, Der Regierungspräsident, C.B.II. 5755. Düsseldorf, den 29. August 1924.

Blatt 2 und 3, Der Bürgermeister. Abt. V. Wiesdorf, 3. Juli 1924. An den Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf d. d. Herrn Landrat in Opladen.

Blatt 5, Schreiben der Arbeiter-Samariter-Kolonne an die Ortsgruppe der K.P.D. Groß Mülheims. Mülheim-Ruhr, den 23.7.24. Genossen, Kollegen und Sportgenossen!

Blatt 7, Abschrift. Landrat des Landkreises Solingen zu Opladen. Nr. 4442. Opladen, den 15. Oktober 1924. Urschriftlich mit Anlagen dem Herrn Regierungspräsidenten Düsseldorf vorgelegt.

Blatt 16, Der Reichsminister des Innern. II 8800/26 B. Berlin, den 28. Oktober 1926. Platz der Republik 6. An die außerpreußischen Landesregierungen. Betreff: Arbeiter-Samariter-Bund.

Blatt 24, Bericht über die Tätigkeit des Arbeiter-Samariter-Bundes bei ihrer Übung und anschließenden Festlichkeit am Sonntag, den 22. Juli ds.Js. in Mettmann. Mettmann, den 30. Juli 1923.

Blatt 28, Der Preußische Minister des Innern. Berlin, den 25. Juni 1924. Auf den Antrag vom 16. Juni ds. Js.

Blatt 45, Der Landrat. Moers, den 20. Januar 1925. Ur. dem Herrn Regierungs-Präsidenten in Düsseldorf unter Bezugnahme auf die Verfügung vom 29.8.1924 C B II 5755 mit der Bitte um Entscheidung vorzulegen.

Blatt 46-51, Die Polizeiverwaltung. Der Oberbürgermeister. Mülheim-Ruhr, den 23. Juni 1925. An den Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf.

Blatt 47-49, Festprogramm zum 1. Rheinischen Arbeiter-Samaritertag am 20. Und 21. Juni 1925 im Lokale „Zum Luftigen“, Ww. Mückshoff, Mülheim-Broich.

Blatt 52, Die Polizeiverwaltung. Der Oberbürgermeister. Hamborn a. Rh., den 27. Mai 1925. C.B. II 6378. An den Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf.

Blatt 53, Abschrift. Ortsstatut der Freien Sanitätskolonne HAMBORN a/Rhein, Mai 1925.

Blatt 57, Der Regierungspräsident. C.B. II. 9349. Düsseldorf, den 10. September 1925.

Blatt 58, Abschrift! Stadt Hamborn a.Rh. Die Polizeiverwaltung. Der Oberbürgermeister. T.B.II.H. 412. Hamborn, a.Rh., den 25. August 1925.

Blatt 64, Der Regierungspräsident. Düsseldorf, den 7. November 1925. An den Herrn Bürgermeister in Homberg, d.d. Herrn Landrat in Moers. Geheim! Zum Bericht vom 31.10.25 P. Geheim! Betrifft: Die Arbeitersamariterkolonne.

Blatt 79, Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt. Berlin W.66, den 23. Dezember 1925. Leipziger Straße 3. An die Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin-Schöneberg.

- Blatt 82, Abschrift. Zentrale der K.P.D. pol.Sekretariat. Berlin, 1925. An die Bezirke 1, 12, 20, 21, 25, 27, 13.
- Blatt 83, Abschrift! Ohligs, den 18. Oktober 1925. Revers.
- Blatt 84-86, Bezeichnung der Ortsgruppe, Anzahl, politische Einstellung und Funktion der Mitglieder der jeweiligen Kolonne.
- Blatt 87, Kreistagung des Arbeiter-Samariterbundes. Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf? – Um die Einheit des Bundes für Fürstenenteignung und Einheitskomitees. Ausschnitt aus Nr. 38 der Freiheit vom 15.II.1926 (Dezernat C. B. II.)
- Blatt 88, Der Regierungspräsident. Düsseldorf, den 2. Januar 26. An die Herrn Polizeipräsidenten, die Herren Landräte (ausser Essen) sowie die Polizeiverwaltungen der Stadtkreise.
- Blatt 91, Bezeichnung der Ortsgruppe, Anzahl, politische Einstellung und Funktion der Mitglieder der jeweiligen Kolonne.
- Blatt 92, Der Polizeipräsident. I A 7/26. Oberhausen, den 6. Februar 1926. Betrifft: Betätigung des Arbeiter-Samariterbundes e.V. Bezug: Verfügung vom 2. Januar 1926 – C.B.II 11748 -.
- Blatt 96-97, Nachweisung über den Arbeiter-Samariterbund im Dienstbereich des Polizeipräsidioms Elberfeld-Barmen vom 2.1.1926. Herrn Regierungspräsidenten Düsseldorf. Bezeichnung der Ortsgruppe, Anzahl, politische Einstellung und Funktion der Mitglieder der jeweiligen Kolonne.
- Blatt 99, Abschrift. Arbeiter-Samariter-Bund E.V. Kolonne Düsseldorf. A.S.B. Geschäftsbericht. Über das Jahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1925.
- Blatt 101, Die Polizeiverwaltung. Der Oberbürgermeister. Düsseldorf, den 8. Februar 1926. F.A.Nr. 51c/25. An den Herrn Regierungs-Präsidenten.
- Blatt 104-105, Die Polizeiverwaltung. Der Oberbürgermeister. Tagebuch Nr. N.P.p.A.. 5/26. Duisburg, den 8. Februar 1926. An den Herrn Regierungspräsidenten Düsseldorf.
- Blatt 106, Stadt Hamborn am Rhein. Die Polizeiverwaltung. Der Oberbürgermeister. Hamborn a. Rhein, den Febr. 1926. C.B. II. H. 17/26. An den Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf.
- Blatt 107, Nachweisung über den Arbeiter-Samariter-Bund HAMBORN.
- Blatt 108-109, Staatliche Polizeiverwaltung. Tgb. I A. Nr. 10/26. Solingen, den 8. Februar 1926. Betrifft: Betätigung des Arbeiter- und Samariterbundes e.V. An den Regierungspräsidenten in Düsseldorf.
- Blatt 122-123, Der Landrat des Kreises Dinslaken. Tagebuch Nr. 608. Dinslaken, den 1. Februar 1926. Betrifft: Betätigung des Arbeiter-Samariter-Bundes.
- Blatt 125, Nachweisung über die Tätigkeit der Arbeiter-Samariter-Kolonnen im Kreise Lennep. Lennep, den 8. Februar 1926.
- Blatt 133-138, Regierungspräsident. C.B.II.1055. Düsseldorf, den 22. Februar 1926. An den Herrn Preussischen Minister für Volkswohlfahrt Berlin. Leipzigerstr. 3, Betrifft: Betätigung des Arbeiter-Samariterbundes. Berichterstatter: Reg.Insp. Heinen, Mitberichter-statter: Reg.Ass.Dr. Beckmann.

Blatt 142, Der Landrat. Opladen, den 24. April 1926. Betrifft: Arbeiter-Samariterverband.
An den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, C.B.II 192/3.

Nicht erkennbare Blatt-Nr.:

Der Polizeipräsident. Essen, den 3. Februar 1926. Betrifft: Arbeiter-Samariterbund. Bezug:
Verfügung vom 2. Januar 1926 -C.B. II. 11748-.

Staatsarchiv Hamburg, Nr. 8868 Auf das Schreiben vom 15. Juli d.Js.-II A
1107/13.7-, betreffend Arbeiter-Samariter-Bund. 12. September 1933. An
das Reichsministerium des Innern B e r l i n . Blatt 27.

Staatsarchiv Hamburg, Medizinalkollegium, II N 4a, betr. ASB Kolonne
Hamburg, 1919.

Blatt 1, Heinrich Brauer, An das Medizinalamt zu Händen des Herrn Senator Grünwald.
Hamburg, den 9. Sept. 1919.

Blatt 5, Abschrift zu J.No.A.6749 Med.Amt. An das Medizinalamt Hamburg. Tätigkeitsbe-
richt. Hbg. 25. Sept. 1919.

Blatt 10, Sitzung der Gesundheitsbehörde. Verwaltungsabteilung. Unterstützung des Arbei-
ter Samariter Bundes. Hamburg, den 20. Mai 1920.

Blatt 13/14, Bericht des von der Bürgerschaft am 10. November 1921 niedergesetzten Aus-
schusses zur Prüfung des Antrages von Thälmann und Genossen, betreffend Unterstüt-
zung von Veranstaltungen des Arbeiter-Samariter-Bundes, Kolonne Hamburg. 1922.

Blatt 52, Hamburger Echo. Öffentlicher Sanitätsdienst. 8. Oktober 1928.

Staatsarchiv Hamburg, Die Polizeibehörde, Abteilung IV (Politische Polizei).
S 16620. ASB – Allgemeines und auswärtige Kolonnen – 1908-1914.
Hamburger Echo, Ausschnitt aus dem Beiblatt der periodischen Druck-
schrift.

Nr. 37 vom 14.2.1910.

Nr. 74 vom 27.3.1908.

Nr. 86 vom 14.4.1909.

Nr. 120 vom 23.5.1908.

Nr. 179 vom 3.8.1907.

Nr. 249 vom 24.10.1907.

Nr. 128 vom 5.6.1914.

Nr. 181 vom 8.8.1914.

Nr. 187 vom 19.8.1914.

Nr. nicht erkennbar vom 3.9.1908.

Staatsarchiv Hamburg, Die Polizeibehörde, Abteilung IV (Politische Polizei).
Die Sanitätswarte.

Nr. 20 vom 24.9.1909.

Staatsarchiv Hamburg, Wohlfahrtsamt Wandsbek, Cc 12, Akten über die Arbeiter-Sanitäts-Kolonie Wandsbek 1925-1933.

Schreiben vom Februar 1925 an den Magistrat der Stadt Wandsbek.

Vorstands- und Kassenbericht für das Jahr 1928.

Verhandlungsergebnis des Magistrats Wandsbek in der Sitzung vom 16.3.1932.

Der Reichsminister des Innern, II B 5405/30.10. Berlin RW 40, den 4. November 1933. An die Landesregierungen (für Preußen: Ministerium des Innern). Betrifft: Deutsches Rotes Kreuz. Blatt 28f.

Stamerjohann, Hermann (Privatbesitz)

Alarmkarte mit dem Namen Hermann Stamerjohann, Holstenstraße 34, Pass-Nur. 35868, Unterschrift des Alarmleiters und Stempel des ASB, Kolonie Altona.

Arbeiter-Samariter-Bund e.V., Mitteilungsblatt der Kolonie Altona, April 1933, 4. Jg., höchstwahrscheinlich auf einer Schreibmaschine durch Matrizendruck erstellt, Überschrift handschriftlich, kein Unterzeichner.

ASB-Jahresbericht 1932, Kolonie Altona. Jahresbericht 1932. Bericht des Vorsitzenden, S. 2. Bericht des Kassierers. Kassenabschluss für das Rechnungsjahr 1932, S. 4. Bericht der Frauenleiterin Mimi Behrens. Unsere Kolonnenärzte. Beides S. 6. Altona, den 2. Januar 1933.

Der Reichsminister des Innern, Schreiben an die Landesregierungen (für Preußen: Ministerium des Innern) vom 20. Mai 1933. Betrifft: Arbeiter-Samariter-Bund.

Der Reichsminister des Innern, Schreiben an den Chef des Sanitätswesens der S.A., Herrn Generaloberstabsarzt a.D. Dr. Hocheisen in München vom 5. Juli 1933. Betrifft: Ueberführung des Arbeiter-Samariter-Bundes in das Deutsche Rote Kreuz.

Die Polizeibehörde Hamburg, Abteilung IV, Politische Polizei. Hamburg, 14.3.1913. Ausschnitt aus der Periodischen Druckschrift Der Arbeiter Radfahrer. Herausgegeben zu Offenbach a/M.

Hamburger Echo. Gründung eines Arbeiter-Samariter-Bundes. 14. April 1909.

Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Aufruf an die Arbeiter im Roten Kreuz, 1913.

Ministerialblatt für Preußische Innere Verwaltung Nr. 45, 1933.

Richtlinien für die Reorganisation des Arbeiter-Samariter-Bundes unter nationalsozialistischer Leitung. Ohne Datum. Unterzeichner Dr. Dommel.

Verzeichnis der verwendeten Fotografien aus Privatbesitz

Seite 243

Foto 1: Von der oppositionellen Arbeiter-Samariter-Kolonie Alt-Solingen zu einem Krankenwagen umgebaute Direktorenlimousine

Seite 244

Foto 2: Mitglieder der oppositionellen Arbeiter-Samariter-Kolonne Solingen mit ihrem Krankenwagen neben einem Wahlplakat Ernst Thälmanns, die Faust zum kommunistischen Gruß erhoben; rechts im Bild (mit Armbinde) der Fahrer Karl Pütz

Seite 273

Foto 3: ASB-Bezirksübung in Oldenburg 17.8.1930

Seite 274

Foto 4: Umzug auf dem Reichsarbeitersporttag in Dortmund 1928

Weitere Dokumente aus Privatbesitz

Grete Pütz Prüfungs-Zeugnis Karl Pütz, geboren 24.12.1899. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Arbeiter-Sanitäs-Kolonne. Alt Solingen. Solingen, den 2. Juli 1932.

Teilnehmerkarten „Arbeiter-Samariter-Bund e.V.“, Sitz Chemnitz, Kolonne Altona, jeweils „zur Bezirksübung nach Brunsbüttelkoog für Mitglieder“, einmal „Für Mitglieder“ und einmal „Preis der Karte 2,50“, wahrscheinlich für Nichtmitglieder.

V.3. Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang**, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. 4. Auflage. Köln 1978.
- Alexander, S.**, Geschichte der Berliner Rettungsgesellschaft. In: Ders./Meyer, George (Hrsg.), Die soziale Bedeutung des Rettungswesens. Berlin 1906, S. 1-27.
- Alexander, S./Meyer, George (Hrsg.)**, Die soziale Bedeutung des Rettungswesens. Berlin 1906.
- Appelius, Stefan**, 1909-1984, 75 Jahre Arbeiter-Samariter in Wilhelmshaven. Rede anlässlich der Eröffnung der Ausstellung am 15. Mai 1984 im großen Saal der Volkshochschule der Stadt Wilhelmshaven. Unveröffentlichtes Exemplar. Wilhelmshaven 1984.
- Appelius, Stefan/Feuerlohn, Bernd**, Die braune Stadt am Meer. Wilhelmshavens Weg in die Diktatur. Hamburg 1985.
- Arbeiter-Samariter-Bund, Landesverband Bayern, Ortsverband Lauf a. d. Pegnitz**, 1911-1986: 75 Jahre Ortsverband Lauf an der Pegnitz das Arbeiter-Samariter-Bundes, Lauf an der Pegnitz, 1986, 27 S.
- Arbeiter-Samariter-Bund, Landesverband Berlin e.V., Ortsverein Spandau**, 1910-1985, Festschrift zum 75-jährigen Bestehen, Berlin 1986, 16 S.
- Arbeiter-Samariter-Bund e.V., Ortsverband Erlangen**, 60 Jahre. Festschrift zum 60-jährigen Bestehen. Erlangen 1971.
- Arbeiter-Samariter-Bund, Ortsverband Göttingen-Land in Hann. Münden**, 1932-1982, 50 Jahre. Festschrift zum 50-jährigen Bestehen. Hann. Münden 1982.
- Arbeiter-Samariter in Hamburg**, 50 Jahre. Festschrift zum 50-jährigen Bestehen. Hamburg 1957.
- Arbeiter-Samariter-Bund Hamburg**, 80 Jahre, 1907-1987 ASB. Festschrift zum 80-jährigen Bestehen. Hamburg 1987.
- Arbeiter-Samariter-Bund, Ortsverband Wuppertal**, 1907-1982, 75 Jahre. Festschrift zum 75-jährigen Bestehen. Wuppertal 1982.
- Beck, Konrad**, Vorwärts – Durch Nacht zum Licht! Die Vor- und Frühgeschichte der Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin und Umgegend (1884-1910). In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. IWK 2/1986, S. 166-196.

- Beck, Konrad**, Die Sache des Gustav D. Der Roman der Arbeiter-Samariter. Berlin 2000.
- Benjamin, Georg (Hrsg.)**, Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf. Eine Frage an die Mitglieder des Arbeiter-Samariter-Bundes. Selbstverlag Georg Benjamin Berlin 1928.
- Bethge, Werner**, Bund Jungdeutschland (BJD). In Fricke, Dieter (Hrsg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Band 1, Leipzig 1968, S. 162-175.
- Beuchelt, H.**, Lehrbuch des Arbeiter-Samariter-Bundes. 1. Auflage, Berlin 1927.
- Bleker, Johanna/Schmiedebach, Heinz-Peter (Hrsg.)**, Medizin und Krieg. Vom Dilemma der Heilberufe 1865 bis 1985. Frankfurt 1987.
- Böttger, Herbert**, Esmarch, Johannes Friedrich August von. In: Neue Deutsche Biographie 4. Berlin 1959.
- Boch, Rudolf/Krause, Manfred**, Historisches Lesebuch zur Geschichte der Arbeiterschaft im Bergischen Land. Schriftenreihe Otto-Brenner-Stiftung 33. Bayreuth 1983.
- Botta, Eberhard**, Die Tätigkeit Georg Benjamins als praktischer Arzt in Berlin. In: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung 71. Jg., Heft 4, Geschichte der Medizin. 1977, S. 197-201.
- Bräg, Dieter**, Klaus Täubert: „Unbekannt verzogen ...“. In: SoZ – Sozialistische Zeitung, Juli 2007, S. 26.
- Brauns, Nikolaus**, Schafft rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919-1938). Bonn 2003.
- Brockhaus Enzyklopädie**, Mannheim, Bd. 1 (1986) - 30 (1996).
- Büttner, Lothar/Meyer, Bernhard**, Gesundheitspolitik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Reihe Medizin und Gesellschaft 25, VEB Verlag Volk und Gesundheit. Berlin 1984.
- de Jong, Jutta**, Die Bochumer Arbeiter-Samariter-Kolonie 1913-1933. In: Arbeitskreis Arbeitende Jugend Bochums vor 1933. VHS/DGB, Rathausplatz 2-6, Bochum (Hrsg). Heft 9. Bochum 1985.
- Deppe, Frank/Fülberth, Georg/Harrer, Jürgen (Hrsg.)**, Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Köln 1977.
- Döpp, Annette**, Arbeiterbewegung in Solingen 1918-1920. In Schriftenreihe: Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden, Bd. 14, Hamburg 1981.

- Eifert, Christiane**, Rezension zu Müller, Wilhelm, Unser Dienst am Nächsten. Der Arbeiter-Samariter-Bund. Ein Buch über das Helfen. Wiesbaden 1983. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. IWK 2/1986, S. 285-286.
- Faeskorn, Ilse/Faeskorn, Werner**, Das Verbrechen in der Hagener Donnerskühle im April 1945. Remscheid 2005.
- Finker, Kurt**, Geschichte des Roten Frontkämpferbundes. Berlin (Ost) 1981.
- Frank, Paul**, Das Berliner öffentliche Rettungswesen, seine Entwicklung und seine jetzige Gestalt. Berlin 1927.
- Frey, Alexander Moritz**, Die Pflasterkästen. Ein Feldsanitätsroman. Frankfurt 1986.
- Friedrich, Ernst**, Krieg dem Kriege. Frankfurt 1980.
- Fülberth, Georg**, Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von ihrer Gründung bis zum Revisionismusstreit. In: von Freyberg, Jutta et al., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863-1975. 2. Auflage. Köln 1977 (1), S. 11-36.
- Fülberth, Georg**, Vom Reformismusstreit bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. In: von Freyberg, Jutta et al., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863-1975. 2. Auflage. Köln 1977 (2), S. 37-50.
- Fürst, Moritz/Windscheid, F. (Hrsg.)**, Handbuch der Sozialen Medizin. Fünfter Band. Jena 1905.
- Gedenkstätte SA-Gefängnis Papestraße**, Kurzbiographie Fritz Fränkel (1892-1944). Berlin 2006.
- Gietinger, Klaus/Roth, Karl Heinz**, Die Verantwortung der Mehrheitssozialdemokratie für die Morde der deutschen Gegenrevolution im Jahr 1919. Eine Dokumentation. In: junge Welt. Teil I: Symbiose mit der Reaktion, 15.12.2007. Teil II: ... sofort an die Mauer, 17.12.2007.
- Gögler, E.**, Notarztsysteme in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichtlicher Rückblick. In: Münchner medizinische Wochenschrift. MMW 124 (1982), Nr. 48, S. 1083-1086.
- Gounot, André**, Die Rote Sportinternationale 1921-1937. Kommunistische Massenpolitik im europäischen Arbeitersport. In: Schriften zur Körperkultur, Band 38, Münster 2002.
- Goldmann, Justus**, Die Entwicklung notfallmedizinischer Versorgungssysteme in Deutschland. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe II in Sozialwissenschaften. Bielefeld 1996.

- Gorlas, Johannes/Peukert, Detlev (Hrsg.)**, Ruhrkampf 1920. Essen 1986.
- Gottwald, Herbert**, Der widersprüchliche Ausbau des Reiches und der Kampf der Arbeiterklasse während der kapitalistischen Hochkonjunktur (1871 bis 1873/74). Die kapitalistische Entwicklung in den Gründerjahren. In: Schmidt, Walter et al. (Hrsg.), Deutsche Geschichte. Band 5. Der Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Übergang zum Monopolkapitalismus im Kaiserreich von 1871 bis 1897. Köln 1988, S. 57-123.
- Gottschild, Dietmar**, Der proletarische Gesundheitsdienst und seine Bedeutung als revolutionäre Sanitätsorganisation der Arbeiterklasse. Leipzig 1965.
- Grüneisen, Felix**, Das Deutsche Rote Kreuz in Vergangenheit und Gegenwart. Potsdam-Babelsberg 1939.
- Guttenberg, Jutta**, Die fragwürdige Strukturierung des Deutschen Roten Kreuzes – Entwicklung und Mißbrauch durch die Nationalsozialisten. In: Baader, Gerhard/Schultz, Ulrich (Hrsg.), Medizin und Nationalsozialismus. Tabuisierte Vergangenheit – Ungebrochene Tradition? Dokumentation des Gesundheitstages Berlin 1980, Band 1. Berlin 1980, S. 229-239.
- Haffner, Sebastian**, Der Verrat. Deutschland 1918/1919. 4. Auflage, Berlin 2000.
- Hawerkamp, Hartwig**, Der ASB von seiner Entstehung (1888) bis zu seinem Verbot (1933). Öffentlicher Vortrag, gehalten im Oktober 1984 auf dem „Gesundheitstag“ in Bremen. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript.
- Henius, Leopold**, Samariter- und Rettungswesen. In: Fürst, Moritz/Windscheid, F. (Hrsg.), Handbuch der Sozialen Medizin. Fünfter Band. Jena 1905, S. 1-116.
- Henius, Leopold**, Standesangelegenheiten. Aus den Verhandlungen der Preussischen Aerztekammern im Jahre 1911. In: Deutsche Medizinische Wochenschrift. No. 19 (Schluß aus No. 18), S. 908-909.
- Herden, Ralf Bernd**, 1933 – Die Nazis zerschlagen den ASB. Hilfsorganisation verboten, weil sie nicht ins braune Weltbild passt. In: Das Netzwerk der Autoren suite101.de. <http://www.suite101.de/content/1933-die-nazis-zerschlagen-den-asb-a56900>. 3.6.2009.
- Hermann, Christian**, Frei Hilf! Samariter in Dresden. Zur Geschichte der Arbeiter-Samariter-Kolonie-Dresden (1901-1933). Leipzig 1999.
- Historische Arbeitsgruppe beim Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes der DDR (Hrsg.)**, Beiträge zur Geschichte des Deutschen Roten Kreuzes (1863-1945), des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschlands (1909-1933) und des Proletarischen Gesundheitsdienstes (1921-1926). Dresden 1977.

- Hoffmann, Stefan**, Das Selbstverständnis des Arbeiter-Samariter-Bundes im historischen Wandel. Öffentlicher Vortrag, gehalten am 23.4.1985 im Evangelischen Gemeindehaus Lüneburg. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript.
- Jacobeit, Sigrid und Wolfgang**, Illustrierte Alltagsgeschichte des deutschen Volkes 1810-1900. Köln 1987.
- Kaiser, Wolfram, Piechocki, W., Sühs, H.**, Die Anfänge eines organisierten Krankentransports am Beispiel der Stadt Halle. In: Zeitschrift für die gesamte Hygiene und ihre Grenzgebiete. Jg. 18, Heft 4, 1972, S. 258-265.
- Klühs, Alfred**, Aus der Geschichte des ASB. In: Gesundheit und Lebensfreude (Organ des ASB), Heft 2, 1965, S. 23-24.
- Klühs, Alfred**, Die Geschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes Von der Gründung 1888 bis 1967. Zusammengestellt anlässlich der 80-Jahr-Feier des ASB 1968. Ohne Ortsangabe, S. 3-12.
- Krause, Paul**, Die Arbeiter-Samariter-Kolonnen. In: Arbeiter-Jugend. Jg. 3, 1911, H. 24 (Beilage), S. 380-381.
- Kuczynski, Jürgen**, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes 1871-1918. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Band 4. Köln 1982.
- Kuczynski, Jürgen**, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes 1918-1945. Weimarer Republik, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg. Band 5. Köln 1982.
- Kuczynski, Jürgen**, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart. Bd. 1-6, Berlin 1962-1968.
- Labisch, Alfons**, Selbsthilfe zwischen Auflehnung und Anpassung. In: Argument-Sonderband AS 77, Alternative Medizin. Argument-Verlag Berlin 1983, S. 11-26.
- Labisch, Alfons**, Die gesundheitspolitischen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie von ihrer Gründung bis zur Parteispaltung (1863-1917). Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 16, 1976, S. 325-370.
- Labisch, Alfons**, Der Arbeiter-Samariter-Bund 1888-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeitersamariterbewegung. In: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.), Arbeiterkultur. Neue Wissenschaftliche Bibliothek 104. Geschichte. Königstein/Ts. 1979, S. 145-167.
- Labisch, Alfons**, Der Arbeiter-Samariter-Bund 1888-1933. Von der Selbsthilfe zur Wohlfahrtspflege. In: Der deutsche Arzt, H. 1, 1980, S. 31-36.

- Langewiesche, Dieter**, Zur Geschichte der Arbeiterkultur in Deutschland. In: Stadt Duisburg (Hrsg.), Trotz alledem! Arbeiteralltag und Arbeiterkultur zur Zeit der Weimarer Republik in Duisburg. Essen 1992, S. 9-21.
- Lehnert, Detlef**, Die Weimarer Republik. Stuttgart 2009.
- Lichtenstein, Heiner**, Angepaßt und treu ergeben. Das Rote Kreuz im „Dritten Reich“. Köln 1988.
- Löhle, Rüdiger**, 100 Jahre Arbeiter-Samariter-Bund. Mit einem Unfall fing alles an ... In: Der Zivildienst, 20. Jg., 1989, Heft 2, S. 12-13.
- Moschke, Gerd**, Die Aufgaben und die historische Rolle des Arbeiter-Samariter-Bundes. Aus dem Referat des Kameraden Gerd Moschke auf der Konferenz zum 80. Jahrestag der Gründung der ersten proletarischen Sanitätsorganisation. In: Unser Standpunkt (Monatliches Informationsblatt für die Funktionäre des Deutschen Roten Kreuzes in der DDR). Heft 12. Dresden 1968, S. 1-8.
- Moschke, Gerd**, Die Rolle des Arbeiter-Samariter-Bundes, Kolonne Leipzig, im Sanitäts- und Rettungswesen der Stadt Leipzig in den Jahren 1918 bis 1928, Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Halle XXIII ,74 M, H. 4, S. 96-99.
- Moschke, Gerd**, Die sozial- und gesundheitspolitische Aktivität der Leipziger Kolonne des Arbeiter-Samariter-Bundes von 1904-1933 und ihr Kampf als Sanitätseinheit der Arbeiterklasse gegen die Folgen der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung. Dissertation. Leipzig 1975.
- Moschke, Gerd**, Die Stellung der Gesundheitserziehung in der Tätigkeit des Arbeiter-Samariter-Bundes und ihr Niederschlag in dessen Organ „Der Arbeiter-Samariter“. In: NTM-Schriftenreihe Geschichte, Naturwissenschaft, Technik, Medizin. Band 14. Leipzig 1977 (1), S. 63-67.
- Moschke, Gerd**, Der Arbeiter-Samariter-Bund Deutschlands (1909-1933). In: Historische Arbeitsgruppe beim Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes der DDR (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte des Deutschen Roten Kreuzes (1863-1945), des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschlands (1909-1933) und des Proletarischen Gesundheitsdienstes (1921-1926). Dresden 1977 (2), S. 50-134.
- Mühlberg, Dietrich und Autorenkollektiv**, Arbeiterleben um 1900. Berlin (Ost) 1983.
- Müller, Wilhelm**, Unser Dienst am Nächsten. Der Arbeiter-Samariter-Bund. Ein Buch über das Helfen. Wiesbaden 1983.
- Müller, Wilhelm**, ASB-Chronik 1888-1984. Bonn 1984.

- Müller, Wilhelm**, ASB-Chronik 1888-1984. Ein Buch über die Geschichte des ASB, Bonn 1984 (2. Aufl. unter dem Titel: Kleine ASB-Chronik).
- Müller, Wilhelm**, Kleine ASB-Chronik, Ein Buch über die Geschichte des ASB. 2. Auflage. Köln 1986.
- Müller, Wilhelm**, Mit einem Unfall fing es an ... Illustrierte Geschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes. Wiesbaden 1988.
- Müller, Wilhelm**, Illustrierte Geschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes 1888-1998. Köln 1998.
- Nobel, Rolf**, Viele Anfechtungen. Felix Albrecht ist seit fünfundsechzig Jahren Gewerkschaftsmitglied. In: ÖTV-Magazin 10/1984, S. 10.
- Osterroth, Franz/Schuster, Dieter (Hrsg.)**, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. 2. Vom Beginn der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Berlin 1980. FES-Library (Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn 2001.
- Parlow, Siegfried**, „Braunes Kreuz“, Das DRK in der Nazi-Zeit. In: Demokratisches Gesundheitswesen, Heft 2/1984, S. 30-31.
- Plivier, Theodor**, Der Kaiser ging, die Generäle blieben. Frankfurt am Main, Neuauflage 1984.
- Pressestelle Bezirksamt Reinickendorf**, Der Ortsteil Reinickendorf. Berlin 1997. Ergänzt durch die Pressestelle Bezirksamt Reinickendorf 2002. http://www.reinickendorf.de/index_5143_de/html.
- Ritter, Gerhard A. (Hrsg.)**, Arbeiterkultur. Neue Wissenschaftliche Bibliothek 104. Geschichte. Königstein/Ts. 1979.
- Rübner, Hartmut**, Der proletarische Gesundheits- und Sanitätsdienst. HistorikerInnen-Rundbrief Nr. 10. Dortmund 1994, S. 19-22.
- Sbosny, Inge/Schabrod, Karl**, Widerstand in Solingen. Aus dem Leben antifaschistischer Kämpfer. Frankfurt a.M. 1975.
- Schmidt, Walter et al. (Hrsg.)**, Deutsche Geschichte. Band 5. Der Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Übergang zum Monopolkapitalismus im Kaiserreich von 1871 bis 1897. Köln 1988.
- Schröder, Wolfgang**, Die Entwicklung des Kapitalismus im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts. Die Gründung der I. Internationale. In: Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Geschichte. Lehrbuch für Klasse 8. Volk und Wissen. Volkseigener Verlag Berlin 1982 (1), S. 49-67.
- Schröder, Wolfgang**, Der Kampf um die nationale Einigung Deutschlands. Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung zwischen 1849 und

1871. Die Gründung des Deutschen Reiches. In: Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Geschichte. Lehrbuch für Klasse 8. Volk und Wissen. Volkseigener Verlag Berlin 1982 (2), S. 68-82.

Schuster, Kurt G.P., Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Düsseldorf 1975.

Schult, Johannes, Geschichte der Hamburger Arbeiter 1890-1919. Hannover 1967.

Schwartz, Herbert, 50 Jahre proletarischer Gesundheitsdienst. In: Zeitschrift für Militärmedizin 6/1971, S. 346-347.

Schwartz, Herbert, Zur Geschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes. In: Kühn, Kurt (Hrsg.), Ärzte an der Seite der Arbeiterklasse, Berlin (Ost) 1977, S. 38-58.

Seeber, Gustav, Die Entwicklung Deutschlands von 1871 bis zur Jahrhundertwende. In: Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Geschichte. Lehrbuch für Klasse 8. Volk und Wissen. Volkseigener Verlag Berlin 1982, S. 95-124.

Seidel, Wolfgang/Benjamin, Hilde, Der „Proletarische Gesundheitsdienst“. In: humanitas, 17/1978, S. 11.

Seifert, Rudolf, Opfermut und Nächstenliebe. Schauspiel in einem Aufzug. Arbeiter-Theaterverlag Alfred Jahn. Leipzig 1928.

Seithe, Horst, Das Deutsche Rote Kreuz im Dritten Reich (1933-1939). Die Transformation des DRK vom zivilen Wohlfahrtsverein zur nationalsozialistischen Sanitätsorganisation. Dissertation. Münster 1993.

Seithe, Horst/Hagemann, Frauke, Das Deutsche Rote Kreuz im Dritten Reich (1933-1939). Frankfurt 1993.

Sühs, Heinrich, Der hallesche Krankentransport, seine Entwicklung, Analyse der Leistungen und Möglichkeiten der Verbesserung. Inaugural-Dissertation, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 1969.

Stamerjohann, Hermann, 75 Jahre Arbeitersamariter in Hamburg. Fotokopie der von ihm verfassten Festschrift. Altona 1982, 5 Seiten.

Stoll, Rolf W., An jedem Ort, zu jeder Zeit.: 75 Jahre Arbeiter-Samariter in Ulm und Neu-Ulm. Neu-Ulm 1998.

Täubert, Klaus, „Unbekannt verzogen ...“ Der Lebensweg des Suchtmediziners, Psychologen und KPD-Gründungsmitglieds Fritz Fränkel. Berlin 2005.

- Teichler, Joachim/Hauk, Gerhard (Hrsg.)**, Illustrierte Geschichte des Arbeitersports. Berlin 1987.
- Tollmien, Cordula**, Die Geschichte der Arbeiterwohlfahrt in Hann. Münden. Volkmarshausen 1983.
- Trautmann, Lilo**, Die Gründung des Roten Kreuzes in Deutschland und seine Entwicklung zur Hilfsorganisation des kaiserlichen Heeres unter dem Einfluß der junkerlich-militaristischen Kreise in Preußen-Deutschland (1863-1918). In: Historische Arbeitsgruppe beim Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes der DDR (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte des Deutschen Roten Kreuzes (1863-1945), des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschlands (1909-1933) und des Proletarischen Gesundheitsdienstes (1921-1926), Dresden 1977, S. 10-48.
- Trautmann, Lilo**, Im Sinne revolutionärer Traditionen wirken. Zum 60. Gründungstag des Proletarischen Gesundheitsdienstes in Deutschland. DDR-DRK-Zentralorgan, 6/1981, S. 18.
- Tutzke, Dietrich (Hrsg.)**, Geschichte der Medizin. Berlin 1980.
- Ueberhorst, Horst**, Frisch, frei, stark und treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893-1933. Düsseldorf 1973.
- VVN – Bund der Antifaschisten, Landesverband NRW**, Jahre in Lüttringhausen, Endstation Wenzelsberg – Berichte von antifaschistischen Widerstandskämpfern. Düsseldorf ohne Jahresangabe.
- von Bergmann, Ernst**, Das Berliner Rettungswesen. Berlin 1899.
- von Esmarch, Friedrich**, Die Aufgaben der Vereine vom Roten Kreuz im Kriege und im Frieden und ihr Verhältnis zum Deutschen Samariter-Verein. Breslau 1892.
- von Esmarch, Friedrich**, Die erste Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen. Ein Leitfaden für Samariter-Schulen. Leipzig 1922.
- von Freyberg, Jutta et al.**, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863-1975. 2. Auflage, Köln 1977.
- Weilmünster, Heinrich/Weilmünster, Lina/Beck, Margret**, Aus eigener Kraft. Beiträge zur Geschichte der Arbeiter-, Sport- und Kulturbewegung in Dietzenbach. ohne Orts- und Jahresangabe.
- Winkler, Heinrich August**, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. Berlin 1984.

- Winter, Irina**, Der Verein Sozialistischer Ärzte. Ein Beitrag zur Geschichte des Ärztestandes. In: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung, 58. Jg., 1964, Heft 19, S. 1140-1143.
- Winter, Irina/Jürigs, Alice**, Gemeinsam für die Gesundheit der Arbeiter, Kommunistische und sozialdemokratische Ärzte und Samariter im Kampf gegen die Gesundheitspolitik der Bourgeoisie. In: humanitas, 8/1966, S. 3.
- Winter, Irina**, Zur Geschichte der Gesundheitspolitik der deutschen Arbeiterbewegung. In: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung. 62. Jg., 1968, Heft 18, S. 1062-1072.
- Winter, Irina**, Arbeiter-Samariter-Bund. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Math.-Nat. R. XIX, 1970, H. 4, S. 351-354.
- Winter, Irina**, Zur Geschichte der Gesundheitspolitik der KPD in der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung, 67. Jg., 1973 (1), Heft 9, Geschichte der Medizin, 1. Teil, S. 445-472.
- Winter, Irina**, Zur Geschichte der Gesundheitspolitik der KPD in der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung, 67. Jg., 1973 (2), Heft 10, Geschichte der Medizin, 2. Teil, S. 498-526.
- Wunderer, Hartmann**, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890-1933). Frankfurt 1980.
- Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR**, Geschichte. Lehrbuch für Klasse 8. Volk und Wissen. Volkseigener Verlag Berlin 1982.
- Zumpe, Lotte**, Zur Geschichte der Unfallverhältnisse in der deutschen Industrie von 1885-1932. Dissertation, Berlin (Ost) 1961.

Zeitschriften:

- Der Arbeiter-Samariter.** Organ des Arbeiter-Samariter-Bundes. Monatliche Zeitschrift.
- Der oppositionelle Arbeiter-Samariter**, Reichsorgan der oppositionellen Kolonnen 2. Jg. 1931, Nr. 5.
- Der Sanitäter**, Mitteilungsblatt für die internationale Sanitärarbeiterbewegung und das Gesundheitswesen. Führer-Verlag Berlin 1926-1929. Monatliches Erscheinen.

Beiträge zur Geschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes von seiner Gründung (1888) bis zu seinem Verbot (1933)

Hartwig Hawerkamp

Die rasante Industrialisierung Deutschlands Ende des 19. Jahrhunderts ließ erhebliche Lücken in der Erste-Hilfe-Versorgung Verunglückter entstehen. Bauhandwerker gründeten in Verbindung mit der erstarkenden politischen Arbeiterbewegung eine proletarische Rettungshilfegruppe, die sich über die Grenzen Berlins hinaus rasch ausbreitete.

Die Spaltung der Nachkriegs-Sozialdemokratie in eine reformistische und revolutionäre Ausrichtung wirkte sich ebenfalls erheblich auf die Arbeiter-Samariter-Bewegung der Weimarer Zeit aus. Der durch die ASB-Bundesleitung aufoktroierte Konkurrenzdruck gegenüber dem staatlich und militärisch protegierten DRK favorisierte die Hinwendung zur reformistisch-staatsbejahenden Strömung in der Hoffnung auf Gleichbehandlung durch die behördlichen Institutionen.

1933 fiel der ASB dem Verbot „marxistischer Organisationen“ zum Opfer, politisch aktive Mitglieder wurden verfolgt. Das Bundeseigentum wurde dem DRK, den SA- oder SS-Sanitätseinheiten zugeschlagen.

ISBN 978-3-8405-0070-1 EUR 19,00

0 1 9 0 0



9 783840 500701